

Voranschlag 2013, Teil B

Globalbudgets
IAFP

Inhaltsverzeichnis

Departement Kulturelles und Dienste

Personalamt	5
Stadtentwicklung	15
Theater Winterthur	24
Bibliotheken	31
Subventionsverträge und Beiträge an Dritte	38
Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten	47
Rechtspflege	55

Departement Finanzen

Finanzkontrolle	61
Finanzamt	66
Informatikdienste (IDW)	71
Steuerbezug	81
Immobilien	88
Städtische Allgemeynkosten/Erlöse	100
Steuern und Finanzausgleich	104

Departement Bau

Tiefbau	108
Entsorgung	117
Vermessung	124
Baupolizei	132
Städtebau	139

Departement Sicherheit und Umwelt

Stadtrichteramt	149
Stadtpolizei	154
Betrieb Parkhäuser und Parkplätze	162
Feuerwehr	169
Zivilschutz	177
Melde- und Zivilstandswesen	183
Umwelt- und Gesundheitsschutz	189

Departement Schule und Sport

Volksschule.....	198
Materialverwaltung.....	211
Sonderschulung.....	218
Familienunterstützende Angebote.....	224
Berufsbildung.....	231
Sportamt.....	239

Departement Soziales

Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.....	248
Sozial- und Erwachsenenhilfe.....	253
Prävention und Suchthilfe.....	261
Individuelle Unterstützung.....	270
Spitex.....	278
Alterszentren.....	285
Beiträge an Organisationen.....	292
Arbeitsintegration.....	297

Departement Technische Betriebe

Stadtwerk Winterthur.....	305
Stadtbus Winterthur.....	312
FinöV Stadt.....	322
Forstbetrieb.....	328
Stadtgärtnerei.....	335

Behörden und Stadtkanzlei

Stadtkanzlei.....	344
Ombuds- und Datenaufsichtsstelle.....	351
Anhang.....	357

Personalamt

Auftrag

Das Personalamt der Stadt Winterthur bearbeitet die personalrechtlichen Fragen für den Stadtrat und bereitet die personalrechtlichen Erlasse vor. Es erfüllt die personalpolitischen, personalrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Querschnittsaufgaben der Personalführung und der Personalentwicklung der Stadtverwaltung. Es ist zuständig für deren rechtsgleichen und einheitlichen Vollzug des Personalrechts. Es unterstützt die Departemente und Bereiche in der Personalarbeit mit geeigneten Instrumenten, Massnahmen und Beratungsleistungen.

Produkte

1 Personalpolitik / Personalrecht

Erstellung bzw. Anpassung der personalpolitischen und personalrechtlichen Grundlagen, Bearbeiten personalpolitischer Projekte, Koordination des Vollzugs des Personalrechts und der Umsetzung der stadträtlichen Personalpolitik, Beratung in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen, Bearbeitung von personalrechtlichen Fragen und Rechtsmittelverfahren. Koordination und Leitung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements.

2 Zentrales Personalmanagement

Betreiben des Personalinformations- und Abrechnungssystem PIAS (Betrieb, Wartung, Entwicklung), Lohnverarbeitung und Abrechnungen mit Sozialversicherungen, Bereitstellung und Bewirtschaftung geeigneter HR-Instrumente, Stellenplanbewirtschaftung und Funktionsbewertung, beratende und unterstützende Dienstleistungen zu Gunsten der Departemente, Bereiche und Ämter. Operative Führung des Personaldienstes für das Departement Kulturelles und Dienste, Stadtkanzlei und Behörden (SR, GGR).

3 Personalentwicklung und Beratung

Bereitstellung eines zentralen Weiterbildungsangebots, beratende und unterstützende Dienstleistungen im Bereich Personalentwicklung und Beratung zu Gunsten der Departemente, Bereiche und Ämter. Kaufmännische Lehrlingsausbildung für die ganze Stadtverwaltung.

4 Chancengleichheit und Gleichstellung

Beratung und Unterstützung der Departemente, Bereiche und Ämter in Fragen der Chancengleichheit und Gleichstellung, Bearbeitung von gesellschaftspolitischen Themen, initiieren und koordinieren von Projekten, Mitarbeit und Unterstützung in den Produkten 1 und 3 sowie weiteren Projekten der Stadtverwaltung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Personalgesetz vom 27. September 1998 (LS 177.10) sowie Ausführungserlasse dazu (subsidiäre Geltung)
- Gemeindegesetz vom 6. Juni 1926 (LS 131.1)
- BG über die Gleichstellung von Mann und Frau vom 24. März 1995 (SR 151), kantonales Einführungsgesetz zum Gleichstellungsgesetz vom 29. Oktober 2001 (LS 151)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Personalstatut vom 12. April 1999
- Vollzugsverordnung zum Personalstatut vom 9. Juni 1999
- Weitere GGRB und Ausführungserlasse des Stadtrats

Stufe Verwaltungseinheit

- Wartungsverträge, Versicherungen, Mandate für Personalschulung

Verantwortliche Leitung

Eva Schwarzenbach

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Leistungserbringung Personalamt insgesamt Das Personalamt erbringt seine Dienstleistungen kostengünstig. <i>Messung / Bewertung:</i> Gesamtkosten des Personalamtes (exkl. Kostenart 309001) im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung (exkl. Lehrkräfte) <i>Messgrösse:</i> Betrag pro Kopf (der Gesamtzahl der Mitarbeitenden) in CHF Bei Beratungsanfragen erfolgt der Erstkontakt in der Regel innert sieben Tagen. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik des Personalamtes <i>Messgrösse:</i> Reaktionszeit zwischen Eingang und erster Kontaktaufnahme in Tagen	728	777	777
2 Kundenorientierung zentrales Personalmanagement Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Personalamtes zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität der Dienstleistungen, Verfügbarkeit der Dienstleistungen, Reaktionszeit bzw. Termintreue. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	90	85	85
3 Kundenorientierung Personalentwicklung Die Kundschaft ist mit dem Weiterbildungsangebot zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität des Angebots, Qualität der administrativen Abwicklung. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	86	85	85
4 KV-Ausbildungsplätze Die Stadt bietet eine möglichst hohe Zahl an KV-Ausbildungsplätzen an. <i>Messung / Bewertung:</i> Vorgegebene Mindestzahl an KV-Ausbildungsplätzen <i>Messgrösse:</i> Zahl der vorhandenen/geplanten Ausbildungsplätze	60	61	61
5 Leistungserbringung Chancengleichheit und Gleichstellung Die Kundschaft ist mit den Leistungen der Fachstelle für Chancengleichheit und Gleichstellung zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität der Dienstleistungen, Verfügbarkeit der Dienstleistungen, Reaktionszeit bzw. Termintreue. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	97	85	90

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die Fachstelle für Chancengleichheit und Gleichstellung initiiert oder beteiligt sich jährlich an Projekten in den Bereichen Chancengleichheit und Gleichstellung von Frau und Mann oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik Chancengleichheit und Gleichstellung <i>Messgrösse:</i> Anzahl Projekte pro Jahr	5	4	4

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	3'417'275	3'480'607	3'401'165

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Personalkosten

Die Zunahme bei den Personalkosten ist hauptsächlich auf folgende Faktoren zurückzuführen:

Aufgrund der lediglich anteilmässigen Budgetierung der per 2012 neu geschaffenen Stellen fallen im Voranschlag 2013 Folgekosten für das ganze Jahr an.

Die Führungsentwicklung soll in der Stadtverwaltung vorangetrieben werden. Es ist vorgesehen, am gemeinsamen Führungsverständnis gezielt zu arbeiten und entsprechende Massnahmen in der Führungsentwicklung einzuleiten. Es braucht zielgruppengerechte Schulungen, definierte und standardisierte Prozesse, geeignete Führungsinstrumente und Führungsgefässe, die diese Führungsentwicklung ermöglichen. Im Jahr 2013 erfolgt eine erste Aufbauarbeit.

Das vom Stadtrat am 6. Juni 2012 beschlossene Berufsbildungskonzept soll ab dem Jahr 2013 umgesetzt werden. Neben einer neuen Organisationsstruktur sind Massnahmen vorgesehen, die Mehrkosten verursachen: Einführung eines Qualitätsmanagements, welches nach Berufsbildungsgesetz obligatorisch ist; gezielte Schulungen und Qualifizierung der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner, um die Professionalisierung zu erhöhen; städtisches Berufsbildungsmarketing, um die Attraktivität und den Bekanntheitsgrad der Stadtverwaltung als Ausbildungsbetrieb zu erhöhen und somit die Nachwuchssicherung aktiv anzugehen.

Sachkosten

Als Folge der Beschaffung einer Bewerbungsverwaltungs-Software für die administrative Unterstützung der dezentralen Personaldienste sowie der Programmierung eines Berechnungsmoduls der Treueprämie für die Lehrpersonen im PIAS fallen höhere Software-Unterhalts- und Lizenzkosten an.

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

Als Folge des Projektes "elektronisches Personaldossier" steigen die kalkulatorischen Kosten an.

Mietkosten

Aufgrund der vom Stadtrat beschlossenen Erhöhung des Flächenansatzes bei den Verwaltungsgebäuden von bisher CHF 165 auf neu CHF 280 pro m2 erhöhen sich die Mietkosten.

Übrige interne Kosten

Die Erhöhung des Kostenanteils für das Departementssekretariat ist auf Schaffung des Personaldienstes DKD zurückzuführen.

Externe Erlöse

Höhere Verwaltungsentschädigungsbeiträge bei den Sozialversicherungen (UVG/Quellensteuer) führen zu einer Zunahme der externen Erlöse.

Interne Erlöse

Die departementsinterne Verrechnung der Kosten für den Personaldienst sowie die Erhöhung des Residualkostenbeitrages führen insgesamt zu einer Zunahme der internen Erlöse.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Personalkosten

Folgende hauptsächliche Faktoren führen insgesamt zu einer Zunahme der Personalkosten gegenüber der Rechnung 2011:

Zwei mehrmonatige Vakanzen sowie der nicht ausgeschöpfte Führungsgruppenkredit führten zu einer Entlastung der Rechnung 2011. Als Folge der unterjährigen Besetzung der im Jahr 2011 neu geschaffenen Stellen fallen im Voranschlag 2013 die Kosten für das ganze Jahr an. Weiter fallen die Kosten für die Lohnmassnahmen 2012 und die per 2012 bewilligte Stelle HR-Marketing/Rekrutierung an.

Ab dem Jahr 2013 soll die Führungsentwicklung in der Stadtverwaltung vorangetrieben und das vom Stadtrat beschlossene gesamtstädtische Berufsbildungskonzept umgesetzt werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011**Sachkosten**

Als Folge des Beschaffung einer Bewerbungsverwaltungs-Software für die administrative Unterstützung der dezentralen Personaldienste sowie der Programmierung eines Moduls für die Berechnung der Treueprämie für die Lehrpersonen im PIAS fallen höhere Software-Unterhalts- und Lizenzkosten an.

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

Als Folge des Projektes "elektronisches Personaldossier" steigen die kalkulatorischen Kosten an.

Mietkosten

Aufgrund der vom Stadtrat beschlossenen Erhöhung des Flächenansatzes bei den Verwaltungsgebäuden von bisher CHF 165 auf neu CHF 280 pro m2 erhöhen sich die Mietkosten.

Externe Erlöse

Höhere Verwaltungsentschädigungsbeiträge bei den Sozialversicherungen (UVG/Quellensteuer) führen zu einer Zunahme der externen Erlöse.

Interne Erlöse

Die departementsinterne Verrechnung der Kosten für den Personaldienst sowie die Erhöhung des Residualkostenbeitrages führen insgesamt zu einer Zunahme der internen Erlöse.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	3'342'963	3'505'731	3'668'525
Sachkosten	1'301'414	1'241'880	1'270'221
Beiträge an Dritte	24'086	25'700	10'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	204'893	214'678	260'742
Mietkosten	118'964	119'100	160'900
Übrige interne Kosten	78'229	52'475	77'438
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'070'549</i>	<i>5'159'565</i>	<i>5'447'826</i>
Verrechnungen innerhalb PG	6'080	0	0
Total effektive Kosten	5'064'469	5'159'565	5'447'826
Externe Erlöse	395'044	422'500	455'500
Interne Erlöse	1'258'230	1'256'458	1'591'161
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'653'273</i>	<i>1'678'958</i>	<i>2'046'661</i>
Verrechnungen innerhalb PG	6'080	0	0
Total effektive Erlöse	1'647'193	1'678'958	2'046'661
Total Nettokosten / Globalkredit	3'417'275	3'480'607	3'401'165
Kostendeckungsgrad in %	33	33	38

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	12.79	15.55	15.55
▪ Auszubildende	59.00	61.00	61.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderung gegenüber dem VA 2012

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Folgeprojekte HR-Transformation (Umsetzung HR-Strategie, HR-Organisation und Qualifikation, HR-Audit)
- Betriebliches Gesundheitsmanagement, Absenzenmanagement
- Umsetzung gesamtstädtisches Berufsbildungskonzept
- Führungsentwicklung
- Bewerbungsverwaltungs-Software
- Elektronisches Personaldossier

Produkt 1 Personalpolitik / Personalrecht**Leistungen**

- Erarbeitung bzw. Anpassung der personalpolitischen Grundsätze
- Vorbereitung von personalpolitischen Entscheiden des Stadtrates
- Bearbeitung von personalpolitischen Projekten
- Erarbeitung bzw. Anpassung der personalrechtlichen Erlasse
- Überwachung des rechtsgleichen und einheitlichen Vollzugs des Personalrechts und Koordination der personalrechtlichen Praxis
- Bearbeitung personalrechtlicher Geschäfte und Mitwirkung in Rechtsmittelverfahren
- Beratung des Stadtrats, der Departemente und Bereiche in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen
- Koordination, Leitung und Begleitung von Themen und Projekten zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement in der Stadtverwaltung
- Strategisches HR-Controlling

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'029'790	958'027	1'253'582
Erlös	252'950	252'959	469'237
Nettokosten	776'840	705'067	784'344
Kostendeckungsgrad in %	25	26	37

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Siehe Massnahmen und Projekte			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl von Mitberichten zu Personalgeschäften des Stadtrats	55	80	60
Anzahl von Personalverfügungen mit Zustimmung des Personalamts	6	45	10
Anzahl von Rechtsmittelverfahren, in denen das Personalamt mitwirkt	1	2	2
Anzahl bearbeitete parlamentarische Vorstösse	0	2	2

Produkt 2 Zentrales Personalmanagement

Leistungen

- Führung der zentralen Personaladministration
- Bereitstellung und Bewirtschaftung des HR-Systems PIAS (Lohn, Budget, Stellenplan, Helpdesk usw.)
- Koordination und Bereitstellung des Instrumentariums für das dezentrale Personalmanagement
- Koordination und Unterstützung der dezentralen Personalrekrutierung
- Leitung der Funktionsbewertung
- Beratung der Linienvorgesetzten und Personalverantwortlichen in Fragen des Personalmanagements, Bereitstellung und Bewirtschaftung der Informationen
- Führen des Personaldienstes für das Departement Kulturelles und Dienste, Stadtkanzlei und Behörden (SR, GGR)

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'096'434	1'123'936	1'119'982
Erlös	477'695	465'104	636'006
Nettokosten	618'739	658'832	483'976
Kostendeckungsgrad in %	44	41	57

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kundenzufriedenheit im Bereich PIAS in %	95	85	85

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl begleitete Kaderselektionen (1)	14	15	15
Anzahl Lohnauszahlungen	77'345	76'700	77'500

Produkt 3 Personalentwicklung und Beratung

Leistungen

- Konzeption und Bereitstellung des zentralen Weiterbildungsangebots (jährliches Weiterbildungsprogramm)
- Konzeption und Durchführung der obligatorischen Führungsschulung
- Konzeption und Durchführung von verwaltungsinternen Kursen, Seminaren und Workshops
- Kursadministration und Bereitstellung der Kursinfrastruktur
- Konzeptionelle Weiterentwicklung der strategischen und operativen Personalentwicklungsmassnahmen
- Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen im Bereich Personalentwicklung und Beratung
- Persönliche Beratung von Mitarbeitenden und Vorgesetzten
- Kaufmännische Lehrlingsausbildung und Koordination des Lehrlingswesens für die ganze Stadtverwaltung

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'072'513	2'180'852	2'258'851
Erlös	532'844	540'084	546'958
Nettokosten	1'539'669	1'640'768	1'711'893
Kostendeckungsgrad in %	26	25	24

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Zufriedenheit mit der Qualität der KV-Ausbildung in %	94.00	85.00	85.00

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Kurse zentrales Weiterbildungsangebot (1)	62	45	40
Anzahl Teilnehmertage zentrales Weiterbildungsangebot (1)	1'314	1'100	1'100
Anzahl Beratungsgespräche der Mitarbeitendenberatung	987	1'100	850

(1) exkl. ChG/GIG und IDW

Produkt 4 Chancengleichheit und Gleichstellung

Leistungen

- Beratung und Unterstützung der Departemente und Bereiche in der Umsetzung der Chancengleichheit und Gleichstellung von Mitarbeitenden
- Bearbeitung von Fragestellungen und Vorstössen zur Chancengleichheit und Gleichstellung
- Koordination und Bereitstellung von Weiterbildungsangeboten zur Chancengleichheit und Gleichstellung (in Zusammenarbeit mit der Personalentwicklung)
- Persönliche Beratung von Mitarbeitenden und Vorgesetzten betreffend Chancengleichheit und Gleichstellung
- Verwaltung der Arbeitgeber-Krippenplätze
- Mitwirkung und Unterstützung in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen (zu Gunsten Produkt 1)
- Vergabe der Stipendien für den beruflichen Wiedereinstieg
- Leitung der städtischen Arbeitsgruppe für Chancengleichheit und Gleichstellung

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	855'540	896'750	815'411
Erlös	386'427	420'811	394'460
Nettokosten	469'113	475'939	420'951
Kostendeckungsgrad in %	45	47	48

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Siehe Massnahmen und Projekte			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Beratungen Departemente, Bereiche, Mitarbeitende und Vorgesetzte	12	50	40
Anzahl Kurse zur Chancengleichheit und Gleichstellung	23	18	18
Anzahl Kurstage Chancengleichheit und Gleichstellung	375	200	200
Anzahl bearbeitete Stipendiengesuche	10	15	12
Anzahl bearbeitete parlamentarische Vorstösse	0	1	2

IAFP Personalamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	5'064	5'159	5'447	5'698	5'538	5'548
Erlös	1'647	1'678	2'046	2'047	2'047	2'047
Nettokosten/Globalkredit	3'417	3'480	3'401	3'651	3'491	3'501
Kostendeckungsgrad in %	33	33	38	36	37	37

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	400'000	400'000	130'000	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Leistungserbringung Personalamt insgesamt Gesamtkosten des Personalamtes (exkl. Kostenart 309001) im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung (exkl. Lehrkräfte). Messgrösse: Betrag pro Kopf (der Gesamtzahl der Mitarbeitenden) in CHF	728	777	777	801	801	801
Reaktionszeit zwischen Eingang und erster Kontaktaufnahme bei Beratungsanfragen in Tagen	2	4	3	3	3	3
2 Kundenorientierung zentrales Personalmanagement Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Personalamtes zufrieden. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	90	85	85	85	85	85
3 Kundenorientierung Personalentwicklung Die Kundschaft ist mit dem Weiterbildungsangebot zufrieden. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	86	85	85	85	85	85
4 KV-Ausbildungsplätze Zahl der vorhandenen/geplanten Ausbildungsplätze	60	61	61	61	61	61
5 Leistungserbringung Chancengleichheit und Gleichstellung Die Kundschaft ist mit den Leistungen der Fachstelle Chancengleichheit und Gleichstellung zufrieden. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	97	85	90	90	90	90
Die Fachstelle Chancengleichheit und Gleichstellung initiiert oder beteiligt sich jährlich an Projekten zur Chancengleichheit und Gleichstellung von Frau und Mann oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Messgrösse: Anzahl Projekte pro Jahr	5	4	4	4	4	4

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Umsetzung HR-Strategie
- Umsetzung Berufsbildungskonzept
- Elektronisches Personaldossier
- Personalbefragung 2014
- Führungsentwicklung
- Bezug Superblock
- Beschaffung Personalentwicklung-SW

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Stadtentwicklung

Auftrag

Die Produktgruppe Stadtentwicklung pflegt und entwickelt die gesellschaftliche und wirtschaftliche Attraktivität der Stadt Winterthur und ihrer Quartiere. Sie fördert das Zusammenleben, unterstützt die Vernetzung der verschiedensten Institutionen und begünstigt die Quartier- und Stadtentwicklung. Dadurch erhöht sie die Lebensqualität der Stadt Winterthur.

Produkte

1 Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklung hat die Aufgabe, die Steuerkraft der Stadt Winterthur nachhaltig zu verbessern. Sie setzt sich für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und einen attraktiven Wirtschaftsstandort ein. Mit einer gezielten Wohnungspolitik soll sich auch die Steuerkraft bei den natürlichen Personen erhöhen. Gleichzeitig soll die Lebensqualität in den Quartieren erhalten und wo möglich verbessert werden.

Als Mittel dazu dienen eine fachlich fundierte Politikberatung des Stadtrates und des Stadtpräsidenten, die zielgerichtete Koordination/Vernetzung aller Akteure in Stadtentwicklungsfragen, die Konzipierung und Durchführung von Stadtentwicklungsprojekten in allen standortrelevanten Bereichen. Dies sind namentlich die Bereiche Wirtschaftsstandort, Wohnen, Bildungsstandort, Entwicklungsgebiete und Stadtquartiere. Begleitet wird dies von einer aktiven Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in Fragen der Stadtentwicklung.

2 Integrationsförderung

Die Integration von Ausländern und Ausländerinnen soll in der Stadt Winterthur gefördert werden. Als Basis dient das städtische Integrationsleitbild. Darin wird Integration als gegenseitiger Prozess von Fördern und Fordern verstanden. Die Ausländer und Ausländerinnen sollen befähigt werden, ihre Rechte und Pflichten gleichermassen wahrzunehmen. Gleichzeitig soll die Chancengleichheit sichergestellt werden.

Die Integrationsdelegierte übernimmt in der Integration strategische Aufgaben. So sind die Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung der Massnahmen des Integrationsleitbildes die zentralen Aufgaben. Dazu gehören namentlich die fachliche Beratung von kooperativen Verfahren und Projekten sowie Vernetzungsaufgaben. Die Integrationsförderung ihrerseits ist für operative Aufgaben zuständig. Sie bietet niederschwellige Angebote für Personen mit Sprach- und Integrationsproblemen, Projektberatungen sowie die Vermittlung von Interkulturellen Übersetzern und Übersetzerinnen an.

3 Quartierentwicklung

Die Quartierentwicklung fördert mit den Quartierträgerschaften den soziokulturellen Austausch und das Zusammenleben der Quartierbevölkerung. Sie stellt zusammen mit den Quartierträgerschaften Partizipation und Integration der Quartierbevölkerung sicher. Sie berät und unterstützt die freiwillig tätigen Quartierträgerschaften bei ihren Aufgaben und anerkennt ihr Engagement. Sie koordiniert, vermittelt und vernetzt Anliegen der Quartierträgerschaften und der Quartierbevölkerung im Quartier und zur Verwaltung und umgekehrt.

Sie berät andere Verwaltungsstellen bei Mitwirkungsprozessen und Entwicklungsaufgaben in der Quartierentwicklung. Sie fördert die öffentliche Freizeitgestaltung mit eigenen Angeboten, Leistungsvereinbarungen und Subventionen.

Bei auftretenden Interessen – und Nutzungskonflikten in den Zuständigkeitsbereichen der Quartierentwicklung leistet sie ein aktives Konfliktmanagement zu deren Beilegung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Integrationsartikel 25a (ANAG, 1.10.1999)
- Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer Artikel 53 und Artikel 56 (AuG 1.1.2008)
- Leistungsvereinbarung "Kompetenzzentrum Integration" mit dem Bundesamt für Migration (BFM)
- Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Zürich gemäss Schwerpunktprogramm des Bundes (Schwerpunkt 1)
- Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Zürich betreffend Öffnung der Dienstleistungen für Bezirke Winterthur Land und Andelfingen

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) v. 10.07.2006
- Integrationsleitbild der Stadt Winterthur (2000)
- Leitbild Integrationspolitik der Stadt Winterthur (2012)
- GGR-Beschluss v. 19.10.70: Schaffung der Geschäftsstelle Quartierkultur und Freizeitaktionen
- SR-Beschluss SR vom 1.02.2012: Soziale Stadtentwicklung - Broschüre und entsprechende Beschlüsse (SR.12.133-1)

Stufe Verwaltungseinheit

- Bericht „Auftrag, Führung und Organisation der Koordinationsstelle für Integration“ zuhanden des SR vom 3.3.2003
- SR-Beschluss SR.11.716-1 zur Namensänderung in "Integrationsförderung" vom 29.6.2011

Verantwortliche Leitung

Mark Würth

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Stadtentwicklung Arbeitsschwerpunkte - eingesetzte Stunden pro Jahr für Grundlagen und Statistik (Fachstelle Statistik; Grundlagen zur Konzepterarbeitung) - eingesetzte Stunden pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit (Internetauftritt, Quartierveranstaltungen, Medienkontakte etc.) - eingesetzte Stunden pro Jahr für Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten) eingesetzte Stunden für Projekte nach Themenbereichen - Wirtschafts- und Bildungsstandort (1) - Wohnen, Wohnstandort (2) - Stadtteilentwicklung - Aussenbeziehungen	1'486 1'730 3'850 1'004 708 1'855 283	900 1'300 4'200 1'050 500 1'900 750	1'000 1'200 4'850 1'050 600 2'200 1'000
2 Integrationsförderung Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung des Integrationsleitbildes - Anzahl unterstützte Projekte (3) (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten) - Anzahl fachliche Beratungen für kooperative Verfahren und Projekte - Anzahl Anfragen für interkulturelle Übersetzungsdienste - Anzahl vermittelte Übersetzungsdienste, welche von der Fachstelle erledigt werden konnten. (4) Vernetzungsaufgaben - Anzahl Kontakte (lokal, regional, kanton, national) Einzelberatung: Information und Triage / Interkulturelle Übersetzer - Anzahl Beratungen von Migranten und Institutionen gemäss Vorgaben des Bundes (5) - Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der vermittelten Übersetzungsdienste zufrieden oder sehr zufrieden. Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	28 99 1'645 1'566 84 2'403 97	25 70 1'400 1'350 120 1'900 95	25 70 1'600 1'500 120 2'400 95
3 Quartierentwicklung Quartierförderung - Information, Beratung und Unterstützung der Quartierträgerschaften - Die Arbeit der freiwillig tätigen Quartierträgerschaften wird gefördert und unterstützt. - Begleitung von Aufbau- und Entwicklungsaufgaben mit Quartierträgerschaften Messgrössen: - Anzahl Besprechungen mit Quartierträgerschaften - Anzahl Massnahmen der Anerkennung und Unterstützung - Anzahl Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten) Öffentliche Freizeitgestaltung - Kostendeckungsgrad Ferienprogramm % - Kostendeckungsgrad Vermietung Musikübungsräume in % - Kostendeckungsgrad Spielbus, Freizeitmaterialverleih und Holzwerkstatt in %	836 6 30 27 88 21	600 6 25 27 86 21	800 6 30 27 86 21

1) inkl. Raumentwicklung und Verkehr

2) inkl. Nachhaltigkeit, Stadtlcht

3) Städtischer Integrationskredit

4) In 88 Fällen konnte die Fachstelle die Anfragen nicht selber erledigen (seltene Sprachen, Anfragen von ausserhalb Winterthurs). Sie leitete die Anfragen in diesen Fällen an andere Vermittlungsstellen weiter.

5) Anzahl persönlicher Beratungen gemäss Vergaben des Bundes ohne Anzahl telefonischer Beratungen und Beantwortung von elektronischen Anfragen.

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	4'544'134	4'498'117	4'868'059

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Personalkosten:

Im Voranschlag 2012 sind teilweise Lohnkosten von neuen Stellen noch nicht vollständig im Budget enthalten. Per 2013 ist eine 30%-Stelle für Betrieb und Vermietung der Halle 710 enthalten, die im Kredit der Halle 710 als Sachkosten bereits drin waren, aber jetzt von der Quartierentwicklung Oberwinterthur übernommen werden (vorerst für die drei Jahre 2013 – 2015).

Sachkosten

Im Voranschlag 2012 mussten grosse Einsparungen bei den Honoraren und bei den Dienstleistungen Dritter hingenommen werden. Um die pendenten Projekte durchführen zu können, müssen diese Positionen wieder erhöht werden. Sie liegen aber immer noch deutlich unter den effektiven Ausgaben von 2011.

Beiträge an Dritte

Neue Anlaufstellen der Quartierentwicklung führen zu höheren Beiträgen.

Mietkosten

Auf den Voranschlag 2013 hin hat die Abteilung Liegenschaften ihre Mietpreise drastisch erhöht. Weiter wurde im 2012 die Halle 710 noch nicht budgetiert sowie die Miete der privaten Liegenschaft für den Quartiertreff Unionsplatz.

Übrige interne Kosten

Die Erhöhung ist vor allem auf höhere Umlagekosten des Departementsekretariates zurückzuführen. Weiter wird mit höheren IDW-Betriebskosten für Windows 7 gerechnet.

Interne Erlöse

Die Integrationsförderung rechnet mit höheren internen Erträgen für ihre interkulturellen Vermittlungen. Weiter wurden im 2012 interne Erträge von Fr. 4000 als Aufwandreduktion verbucht, welche nun im 2013 als interner Ertrag ausgewiesen werden.

Beiträge von Dritten

Die Integrationsförderung rechnet mit einem tieferen Ertrag vom Kanton Zürich für die in Rechnung gestellten Fallpauschalen (Rückerstattung Aufwand Beratungen für Personen aus Bezirken Winterthur Land und Andelfingen)

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Personalkosten

Neben der Lohnrunde 2012 wurde mit dem Voranschlag 2012 eine 60%-Stelle für Aussenbeziehungen bewilligt. Auf 3 Jahre befristet wurde eine weitere 30%-Stelle wurde bei der Quartierentwicklung Oberwinterthur genehmigt für den Betrieb und die Vermietung der Halle 710. Zudem wurde auch die 3. Anlaufstelle (50 Stellenprozente) in Wülflingen genehmigt. Die geplante 4. Anlaufstelle im Gutschick-Mattenbach konnte noch nicht ins Budget aufgenommen werden.

Sachkosten

Im Vergleich mit dem 2011 werden die Kosten für Dienstleistungen Dritter und für diverse Projekte stark reduziert. Weiter wird bei den Honoraren gespart.

Beiträge an Dritte

Neue Anlaufstellen der Quartierentwicklung führen zu einer Erhöhung der Beiträge.

Kalkulatorische Kosten

Unter dieser Position schlagen sich die Abschreibungen und Zinsen der Investitionen der Quartierentwicklung sowie der Halle 710 nieder.

Mietkosten

Für den Voranschlag 2013 hat die Abteilung Liegenschaften ihre Mietpreise drastisch erhöht. Weiter fallen ab 2012 die Mietkosten für die Halle 710 sowie die Miete der privaten Liegenschaft für den Betrieb des Quartiertreffs Unionsplatz an.

Übrige interne Kosten

Alljährlich fallen bei den Istkosten interne Verrechnungen an, welche bei der Budgetierung nicht bekannt sind und somit nicht in den jeweiligen Voranschlag einfließen können.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	2'197'425	2'324'099	2'383'440
Sachkosten	1'724'114	1'311'550	1'435'582
Beiträge an Dritte	527'413	582'700	602'600
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	373'448	495'396	445'273
Mietkosten	186'562	262'501	457'860
Übrige interne Kosten	138'174	80'611	110'455
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'147'136</i>	<i>5'056'857</i>	<i>5'435'209</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'147'136	5'056'857	5'435'209
Externe Erlöse	483'420	441'000	446'450
Interne Erlöse	46'338	37'740	47'200
Beiträge von Dritten	73'244	80'000	73'500
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>603'002</i>	<i>558'740</i>	<i>567'150</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	603'002	558'740	567'150
Total Nettokosten / Globalkredit	4'544'134	4'498'117	4'868'059
Kostendeckungsgrad in %	12	11	10

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	13.91	15.06	15.36
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Die 30% Stellenprozent Zunahme betreffen das dreijährige Pilotprojekt (2013-2015) für den Betrieb der Halle 710, welches mit dem GGR-Beschluss vom 24.01.2011 bewilligt wurde. Die 30%-Stelle für die Halle 710 ist refinanziert, da ohne interne Stellenbesetzung die gleichen Kosten via Honorare bezahlt werden müssten.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

Stadtentwicklung

- Erarbeitung und Umsetzung Planungsgrundlage für Entwicklungsgebiet Neuhegi/Grüze
- Konkretisierung Planung und Entwicklungsbegleitung der Gebiete Sulzer Stadtmitte und Zeughaus-Teuchelweiher
- Quartieraufwertungsprozesse: Wülflingen, Dättlau, Töss (Controlling), allenfalls ein neues Quartier
- Entwicklung Industrieansiedlung Frauenfelderstrasse und Projekt Gewerbehäus A1
- Entwicklung/Konkretisierung Innovationsparkprojekt (Auftrag aus GGR)
- Vergaben der Wohnareale Maienried und Busdepot Deutweg zum Zwecke des günstigen Wohnungsbaus
- Umsetzung Soziale Stadtentwicklung
- Veranstaltungsreihe zur Stadtentwicklung (Thema noch offen)
- Stadtmarke: Gesamtkoordination und Weiterentwicklung
- Metropolitankonferenz Zürich: Aktive Mitarbeit in den Entscheidungsgremien

Integrationsförderung

- Umsetzung des neuen Leitbildes zur Integrationspolitik
- Initiierung von Projekten gemäss neuem Massnahmenplan
- Beratung von Behörden und Institutionen zu Fragen des Umgangs mit Vielfalt und der interkulturellen Kommunikation
- Fachliche Unterstützung von Projekten im Frühförder- und Elternbildungsbereich, im Gesundheits- und Altersbereich

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Projektförderung von lokalen Integrationsprojekten (Beratung, Begleitung, Bereitstellung von finanziellen Mitteln)
- Betrieb der Beratungsstelle: Einzelberatung (Information und Triage, muttersprachliche Beratung, Rechtsberatung zum Aufenthaltsrecht, niederschwellige Sozialberatung), Deutschkursberatung
- Vermittlung von qualifizierten interkulturellen Übersetzungen

Quartierentwicklung

- 2. Anlaufstelle: Quartierentwicklung Oberwinterthur in der Halle 710 und Aufbau Quartierraum und Infofoyer.
- Pilotprojekt Betrieb und Vermietung Halle 710, 2013 – 2015 durch Quartierentwicklung Oberwinterthur
- Aufbau 3. Anlaufstelle: Quartierentwicklung Wülflingen in der Freizeitanlage Holzlegi: Bürgernahe, städtische Anlaufstelle für Information, Koordination, Vernetzung und Beratung, um die soziokulturelle Versorgung und Entwicklung im Stadtkreis und zur Verwaltung zu unterstützen und zu fördern analog Töss und Oberwinterthur.
- Konzipierung und Infrastrukturplanung der weiteren vier Anlaufstellen wird zeitlich verschoben
- Güterschuppen Töss: Führung der Zwischennutzung und Projektierung Gesamtsanierung.
- Entwicklung Schloss Hegi in drei Modulen: Zwischennutzung Kellerräume mit öffentlichen und privaten Vereinsanlässen und privaten Vermietungen sowie Führung Schlossschenke durch den Verein Schloss Hegi. Erfahrungssammlung als Grundlage für die Projektierung der sanften Sanierung der Kellerräume und sanitären Anlagen und für das definitive Nutzungs- und Betriebskonzept.
- Freizeitanlage Holzlegi: Neubau mit integrierter Anlaufstelle Wülflingen wurde mit GGR-Beschluss vom 10.12.12 zurückgewiesen und um zwei Jahre zurückgestellt. Zwischennutzung der Freizeitanlage und Provisorium der Anlaufstelle in anderem Lokal werden geprüft.
- Zeughäuser: Quartierraum Wildbach-Langgasse geplant in den Zeughäusern. Als Provisorium Quartierraum im Löwengarten.
- Quartier Wyden: Aufbau Quartierräume.
- Alle Freizeitanlagen: Ausweitung der öffentlichen Nutzung für gemeinnützigen Quartierbedarf, z.B. Spielgruppen, Deutschkurse, Frühförderung, mobile Jugendarbeit, etc.
- Standortveränderung der Freizeitangebote an der Palmstrasse.
- Projekt Sommerferienaktionen: drei Wochen in drei Quartieren unentgeltliche Spielbusanimation.
- Mitarbeit in diversen städtischen Grossprojekten: Raum für Bewegung und Sport, Planungszone Neuhegi, Projekt Wülflingen mit Teilprojekten Quartierinfrastrukturen, Auswirkungen des Wincity aufs Quartierzentrum Gutschick.

Produkt 1 Stadtentwicklung

Leistungen

Koordination und Politikberatung:

- Organisation Stadtentwicklungskommission
- Unterstützung des Stadtpräsidenten bei der Beantwortung von parlamentarischen Geschäften und internen Mitberichten
- Einsitznahme in diversen Gremien wie bsw. operativer Ausschuss der Metropolitankonferenz

Gebietsentwicklung:

- Stadtteilaufwertungsprojekte wie in Töss oder neu in Wülflingen
- Koordination Entwicklungsgebiet Neuhegi/Grüze
- Koordination Gebiet Zeughaus-Teuchelweiher
- Gesamtkoordination von Stadtteilentwicklungen (Projekt Töss, Wülflingen)

Projekte:

- Vgl. Liste Wesentliche Massnahmen und Projekte

Aussenbeziehungen:

- Teilnahme an gemeindeübergreifenden Projekten und Einbringen der Interessen der Stadt Winterthur
- zusätzliche Aufgaben im Rahmen des neu entwickelten Pflichtenheftes

Grundlagen und Statistik:

- Erhebung bzw. Nachführung von Statistischen Daten
- Beschaffung von Grundlagen in diversen Geschäftsfeldern
- Vertretung der Stadt in gesamtschweiz. Gremien
- Auskünfte an Drittpersonen
- Bevölkerungsbefragung

Leistungen

Anlaufstelle:

- Gesamtkoordination innerhalb der Stadt bei Anfragen aus Wirtschaftskreisen
- Schnittstelle zur Standortförderung und zu Winterthur Tourismus

Öffentlichkeitsarbeit:

- Information der Öffentlichkeit über stadtentwicklungsrelevante Themen
- Stärkung der "Stadtmarke Winterthur"

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'738'816	1'655'984	1'883'687
Erlös	6'356	85'000	89'000
Nettokosten	1'732'460	1'570'984	1'794'687
Kostendeckungsgrad in %	0	5	5

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Steuerkraftentwicklung absolut (exkl. juristische Personen) 1)	1'793	1'800	1'850
Steuerkraftentwicklung relativ in % (inkl. jur. Personen) 2)	75	79	78
Anzahl erstellte Wohnungen	679	550	700
Anteil erstellte Wohnungen in % 3)	100	100	100
- davon Wohnungen im höheren Preissegment	5	15	10
- davon Wohnungen im mittleren Preissegment	94	75	80-85
- davon Wohnungen im tieferen Preissegment	1	10	5-10

1) Steuerkraftentwicklung absolut: Grundlage Steueramt Winterthur

2) Steuerkraftentwicklung relativ zum kantonalen Mittel: Grundlage Statistisches Amt Kanton Zürich

3) Preissegmente Wohnungen: Grundlage Baustatistik Stadt Winterthur. Berechnung aus bewilligter Bausumme im Verhältnis zur Anzahl Zimmer, kleine Wohnungen stärker gewichtet. Werte > 145'000 hoch, < 90'000 tief, dazwischen mittel. Die früher verwendeten Werte von 130'000 resp. 80'000 wurden für Bewilligungen ab 2010 aufgrund der aufgelaufenen Bauteuerung angepasst. Die Anpassung der Wohnungspolitik schlägt erst ab 2014/15 zu Buche.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl laufende Projekte per 31.12.	17	15	19
Anzahl abgeschlossene Projekte pro Periode	8	7	9
Anzahl geplante Projekte pro Periode	8	5	5

Produkt 2 Integrationsförderung

Leistungen

- Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung der Massnahmen des Integrationsleitbildes
- Niederschwellige Angebote für Personen mit Sprach- und Integrationsproblemen
- Fachliche Beratung für kooperative Verfahren und Projekte
- Vernetzungsaufgaben Bund, Kanton, Institutionen und Verwaltung (teilweise bundesfinanziert)
- Information und Beratung von Migranten und Institutionen (teilweise bundesfinanziert)
- Vermittlung von interkulturellen Übersetzern und schriftlichen Übersetzern
- Beratung und Begleitung von Integrationsprojekten (teilweise bundesfinanziert)
- Grundlagen- und Öffentlichkeitsarbeit (teilweise bundesfinanziert)

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'015'771	976'209	974'285
Erlös	319'131	271'740	274'700
Nettokosten	696'640	704'469	699'585
Kostendeckungsgrad in %	31	28	28

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl fachliche Beratungen für Kooperative Verfahren/Projekte	99	70	70
Altersstruktur der beratenen Migranten (bis 20 / 21-50 / 51 und älter)	2/46/52	2/47/55	2/47/55
Geschlecht der beratenen Migranten (männlich / weiblich)	45/55	50/50	50/50
Anzahl Beratungen und Begleitungen von Integrationsprojekten (Projektförderung)	47	75	45
Anzahl durch die Integrationsförderung berücksichtigter Projektgesuche	28	25	25
Anzahl Projekte mit Bundes- und/oder Kantonsbeiträgen	14	13	13
Anzahl Teilnehmer in Deutschkursen, die aus dem Integrationskredit und/oder vom Bund finanziert werden. (1)	220	130	190

1) Die Deutschkurse des Vereins DFM Deutsch für fremdsprachige Mütter Oberi wurden per Ende August 2012 vom DSS übernommen. Diese Teilnehmerinnen fallen in der obenstehenden Statistik daher weg.

Produkt 3 Quartierentwicklung

Leistungen

A) Quartierförderung und Freiwilligenarbeit

- Anlaufstelle für Information, Beratung und Unterstützung der freiwilligen Quartierträgerschaften sowie der Quartierbevölkerung.
- Vermittlung, Vernetzung und Begleitung der Trägerschaften im Quartier und zur Stadtverwaltung bei Aufbau-, Integrations- und Entwicklungsaufgaben.
- Unterstützung und Beratung der Trägerschaften beim Betrieb der Freizeitanlagen und Quartierlokale, bei der Herstellung der Quartierzeitungen, bei der Führung der Ludotheken und der Pflege der Spielplätze sowie bei neuen Aufgaben und Projekten.
- Anerkennung und Förderung der subventionierten Quartierträgerschaften, welche mit der Quartierentwicklung einen Leistungsauftrag abgeschlossen haben. Die Massnahmen sind Weiterbildung, Workshops, Freiwilligenfest, Vernetzungsanlässe, Informationsschreiben, Einsatz des Sozialzeitausweises.
- Vernetzung und Information aller Quartier-, Orts- und Bewohnervereine in Winterthur mit Informationsschreiben und Anlässen.
- Beratung anderer Verwaltungsstellen bei Mitwirkungsprozessen und Entwicklungsaufgaben in der Quartierentwicklung.
- Aktives Konfliktmanagement bei Interessens- und Nutzungskonflikten in den eigenen Zuständigkeitsbereichen.
- Unterhalt, Sanierung und Neubau von Quartierinfrastrukturen

B) Öffentliche Freizeitgestaltung

- Ferienprogramm Winterthur: Ferienaktivitäten für Kinder während den Frühlings-, Sommer- und Herbstferien; sowie einzelne Freizeitangebote in den Quartieren wie Abenteuer Hüttenbau und Spielnachmittage.
- Informationsstelle am Holderplatz 2 für Quartierkultur- und Freizeitbelange mit persönlicher Beratung, telefonischer Auskunft und per Mail; Bewirtschaftung Vereinsverzeichnis und Veranstaltungsraumverzeichnis im Internet.
- Vermietung von Musikübungsräumen, Ausleihe von Spielmaterial und Spielbus sowie Führung der öffentlichen Holzwerkstatt; Unterstützung der Trägerschaften beim Betrieb der Werkstatt und Töpferei mit einer Leistungsvereinbarung.
- Aktives Konfliktmanagement bei Interessen – und Nutzungskonflikten in den eigenen Zuständigkeitsbereichen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'337'548	2'424'664	2'577'237
Erlös	218'217	202'000	203'450
Nettokosten	2'119'332	2'222'664	2'373'787
Kostendeckungsgrad in %	9	8	8

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl unterstützte Quartierzeitungen	9	9-10	9-10
Anzahl unterstützte Quartierlokale	20	23-25	21-23
Anzahl unterstützte Ludotheken	3	3	3
Anzahl Verleihungen des Spielbuses	54	35	50
Anzahl Musikübungsräume	41	41	41
Anzahl Teilnehmende an Ferienprogrammen	1'097	1'000	1'000

IAFP Stadtentwicklung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	5'147	5'056	5'435	5'558	5'769	5'724
Erlös	603	558	567	567	567	567
Nettokosten/Globalkredit	4'544	4'498	4'868	4'991	5'202	5'157
Kostendeckungsgrad in %	12	11	10	10	10	10

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	1'270'000	2'130'000	2'675'000	290'000	50'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Stadtentwicklung						
Arbeitsschwerpunkte						
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Grundlagen und Statistik (Fachstelle Statistik; Grundlagen zur Konzepterarbeitung	1'486	900	1'000	1'000	1'250	1'000
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit (Internetauftritt, Quartierveranstaltungen, Medienkontakte etc.)	1'730	1'300	1'200	1'300	1'300	1'300
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	3'850	4'200	4'850	4'750	4'500	4'750
eingesetzte Stunden für Projekte nach Themenbereichen						
▪ Wirtschafts- und Bildungsstandort (1)	1'004	1'050	1'050	1'050	1'050	1'050
▪ Wohnen, Wohnstandort (2)	708	500	600	600	550	600
▪ Stadtteilentwicklung	1'855	1'900	2'200	2'100	1'900	2'100
▪ Aussenbeziehungen	283	750	1'000	1'000	1'000	1'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Integrationsförderung Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung des Integrationsleitbildes						
▪ Anzahl unterstützte Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten) (3)	28	25	25	25	25	25
▪ Anzahl fachliche Beratungen für kooperative Verfahren und Projekte	99	70	70	70	70	70
▪ Anzahl Anfragen für interkulturelle Übersetzungsdienste	1'645	1'400	1'600	1'600	1'600	1'600
▪ Anzahl vermittelte Übersetzungsdienste, welche von der Fachstelle erledigt werden konnten. (4)	1'566	1'350	1'500	1'500	1'500	1'500
Vernetzungsaufgaben						
▪ Anzahl Kontakte (lokal, regional, kantonal, national)	84	120	120	120	120	120
Einzelberatung: Information und Triage / Interkulturelle Übersetzer						
▪ Anzahl Beratungen von Migranten und Institutionen gemäss Vorgaben des Bundes (5)	2'403	1'900	2'400	2'400	2'400	2'400
▪ Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der vermittelten Übersetzungsdienste zufrieden oder sehr zufrieden. Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	97	95	95	95	95	95
Quartierentwicklung Messgrössen für Quartierförderung:						
▪ Anzahl Besprechungen mit Quartierträgerschaften	836	600	800	800	850	850
▪ Anzahl Massnahmen der Anerkennung und Unterstützung	6	6	6	6	6	6
▪ Anzahl Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	30	25	30	30	35	35
Messgrösse Öffentliche Freizeitgestaltung:						
▪ Kostendeckungsgrad Ferienprogramm in %	27	27	27	27	27	27
▪ Kostendeckungsgrad Vermietung Musikübungsräume in %	88	86	86	86	86	86
▪ Kostendeckungsgrad Spielbus, Freizeitmaterialverleih und Holzwerkstatt in %	21	21	21	21	21	21

1) inkl. Raumentwicklung und Verkehr

2) inkl. Nachhaltigkeit, Stadtrecht

3) Städtischer Integrationskredit

4) In 88 Fällen konnte die Fachstelle die Anfragen nicht selber erledigen (seltene Sprachen, Anfragen von ausserhalb Winterthurs). Sie leitete die Anfragen in diesen Fällen an andere Vermittlungsstellen weiter.

5) Anzahl persönlicher Beratungen gemäss Vergaben des Bundes ohne Anzahl telefonischer Beratungen und Beantwortung von elektronischen Anfragen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Abhängig von den Legislaturzielen des Stadtrates 2014 - 2018
- Weiterführung der noch laufenden Projekte
- Etappierte Dezentralisierung der Quartierarbeit in 7 Stadtkreis-Anlaufstellen, um mit bürgernahen städtischen Beratungsstellen im Bezugspersonensystem den Auftrag präventiver, effizienter und nachhaltiger ausführen zu können. Grundlagen dazu sind die Auswertungen der Quartierentwicklung Töss im Projekt Töss. Neben den bewilligten Stellen für Oberwinterthur und Wülflingen werden Konzipierung und Infrastrukturplanung der weiteren vier Anlaufstellen zeitlich verschoben; abhängig von der Bewilligung der Stellenprozente
- Umsetzung des neuen Integrationsleitbildes

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Theater Winterthur

Auftrag

Das Theater Winterthur ist das grösste und wichtigste Gastspieltheater der Schweiz mit internationalen Produktionen in allen Bühnensparten und in hoher künstlerischer Qualität. Der Spielplan zeigt einen Querschnitt durch das Theaterschaffen der bedeutendsten Bühnen Europas.

Damit deckt das Theater Winterthur einen wichtigen Teil der Nachfrage an kulturellem Angebot für die ganze Bevölkerung der Stadt und der Umgebung ab und ergänzt das Angebot der Kulturstadt Winterthur.

Das Theater steht mit seiner erstklassigen technischen Ausstattung und Infrastruktur den Kulturorganisationen und Veranstaltern für eigene Produktionen zur Verfügung.

Das Theater verpflichtet sich der Winterthurer Politik der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit.

Produkte

1 Theateraufführungen

Angebot von hoher kultureller Qualität, bezüglich Bildungs- und Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovationskraft, Ausstrahlung und innerer Stimmigkeit des Spielplans.

2 Vermietungen: Kongresse und Tagungen

In spielfreien Zeiten (vor allem Juni/Juli) wird das Haus vermietet:

A: Zu marktkonformen Preisen für private Kongresse, Tagungen, Feierlichkeiten und andere Veranstaltungen.

B: Zu vergünstigten Konditionen für kulturelle Veranstaltungen von lokalen Veranstalter/innen und Organisationen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Kanton: Subventionierung aufgrund des Kulturförderungsgesetzes und des Gesetzes über den Finanzausgleich.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Volksabstimmung vom 24.09.1972 - Entscheidung für ein Gastspieltheaterbetrieb

Beschlüsse der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) vom 4. Juli 2011

Verantwortliche Leitung

Marc Baumann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Eigenwirtschaftlichkeit Die Eigenwirtschaftlichkeit des Theaters beträgt mindestens (in %): Er berechnet sich wie folgt: Gesamtaufwand inkl. interne Verrechnungen ./ Gesamtertrag ohne öffentliche Beiträge (Kanton, Stadt, Gemeinden) = Betriebsergebnis. Eigenwirtschaftlichkeit = Betriebsergebnis in % des Gesamtaufwands.		20.98 1)	22.00
2 Nutzung und Belegung Anzahl der eigenen Aufführungen ▪ Davon auf der grossen Bühne in den klassischen Gattungen (Musiktheater, Schauspiel, Tanz) Auslastung der Sitzplätze im Theatersaal in % Durchschnittliche Anzahl Besuchende pro Vorstellung auf der grossen Bühne Anzahl Besuchende Anzahl verkaufte Abonnemente Anzahl der Vermietungstage ▪ davon für Winterthurer Non Profit Organisationen	125 129 53 401 44'443 3'429 77 56	120 100 1) 60 400 45'000 3'590 75 50	120 100 52 420 48'000 3'590 75 50
3 Kundenorientierung Das Theaterpublikum und die Mieter/innen sind zufrieden Messung / Bewertung: 1) Regelmässige Publikumsbefragungen durch das Theater selbst und alle vier bis sechs Jahre eine Befragung durch Externe. Abgabe Bericht des Theaters Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Systematische Feedbacks der Mieterinnen und Mieter zur Dienstleistung und Infrastruktur werden eingeholt und regelmässig ausgewertet. Abgabe Bericht des Theaters. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	durchgeführt 89 90	Ende Mai 2013 1) aufgehoben 1) Ende Mai 2013 1) aufgehoben 1)	--- 2) 90
4 Theaterangebot Ausgewogenes Angebot in den verschiedenen Theatersparten, für alle Altersstufen, insbesondere für Erwachsene. Hohe Qualität und Ausgewogenheit bezüglich Theaterkultur, Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovation, Ausstrahlung und handwerklicher Kompetenz. Innere Stimmigkeit und Vielfalt des Spielplans. Messung / Bewertung: Evaluation des Theaterangebots am Ende der Saison mittels Beurteilungsraster durch die Theaterkommissionsmitglieder (Ziel: Beurteilung von 50% der Aufführungen) Messgrösse: Beurteilung auf der Skala: sehr gut / gut / genügend / kann den Erwartungen nicht genügen	gut-sehr gut	gut-sehr gut	gut-sehr gut

1) An BSKK-Sitzungen vom 30.5.2011 und 4.7.2011 beschlossene Anpassungen ab VO 2012.

2) Zur Kundenorientierung: Die Publikumsabstimmungen mit den «Gefällt-Mir»- und «Gefällt-Mir-Nicht»-Boxen wurden nach zwei Jahren aufgehoben. Ab Herbst 2012 wird ein «Applauskoeffizient» berechnet und laufend im Internet publiziert.

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	3'123'574	6'031'245	5'618'807

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Im Vergleich mit dem VO 2012 wurden die Kosten aus Spargründen reduziert. Tiefere Personalkosten, Einsparungen bei den Inseratekosten, bei Anschaffungen und bei Unterhaltskosten sowie auch bei den Dienstleistungen Dritter tragen zu dieser Reduktion bei. Weiter fallen die transitorischen Kosten voraussichtlich tiefer aus als im VO 2012.

Ein Teil der oben erwähnten Unterhaltskosten wird auf das im Investitionsplan eingestellte Projekt "Gesamtsanierung Theatergebäude" verschoben, welches ab 2013 mit einer ersten Teilsumme (Projektierungskredit) eingestellt wurde.

Auf der Erlösseite rechnet man mit höheren externen Erträgen. Die Beiträge von Dritten sinken dafür leicht.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011**Personalkosten**

Im Vergleich mit der Rechnung 2011 fällt einerseits die Lohnrunde an, andererseits wurden Angestellte in neue Funktionsstufen eingereiht. Weiter wurde bisher externes Reinigungspersonal festangestellt und erscheint somit neu unter den Personalkosten (bisher Sachkosten).

Sachkosten

Die oben erwähnte Verschiebung von bisher externem Reinigungspersonal zu Festanstellungen führt zu einer Reduktion der Sachkosten. Diese Verschiebung wird wieder etwas reduziert durch höhere Honorare und Unterhaltskosten von Schauspielern. Vermehrt werden von den Schauspielern Einzelzimmer verlangt, was zu höheren Kosten führt.

Kalkulatorische Kosten

Der ehemalige Neubau des Theaters (1970-iger Jahre) wird im 2012 mit einem letzten Restbetrag abgeschrieben. Dadurch können die kalkulatorischen Kosten gegenüber der Rechnung 2011 stark reduziert werden.

Externe Erlöse

Aufgrund der positiven Entwicklung bereits im 2011 und nun auch im 2012 rechnet man für den VO 2013 mit höheren externen Erträgen.

Beiträge von Dritten

Mit dem neuen Finanzausgleich wird der gesamte Zentrumslastenausgleich zentral beim Finanzamt gebucht. Der darin enthaltene zweckgebundene Beitrag für die Kultur (6,9% von Fr. 86,4 Mio.) wird somit nicht mehr in den Rechnungen der Kultur ausgewiesen. Im 2011 betrug der Anteil des Theaters Fr. 2'707'100 Mio. Zusätzlich fällt der bisherige Staatsbeitrag des Kantons Zürichs in der Höhe von Fr. 0,5 Mio. aufgrund dem neuen Finanzausgleichsgesetz ab 2012 weg. Unter den Beiträgen erscheinen somit nur noch die Beiträge der Gemeinden sowie der Beitrag aus dem Kulturförderungsgesetz.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	2'737'532	3'006'477	2'915'307
Sachkosten	4'815'969	4'865'659	4'678'305
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'367'625	738'556	599'306
Mietkosten	58'540	57'980	57'980
Übrige interne Kosten	245'474	240'874	265'509
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'225'140</i>	<i>8'909'545</i>	<i>8'516'407</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	9'225'140	8'909'545	8'516'407
Externe Erlöse	1'815'897	1'797'700	1'850'900
Interne Erlöse	43'571	38'600	19'700
Beiträge von Dritten	4'242'098	1'042'000	1'027'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'101'566</i>	<i>2'878'300</i>	<i>2'897'600</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	6'101'566	2'878'300	2'897'600
Total Nettokosten / Globalkredit	3'123'574	6'031'245	5'618'807
Kostendeckungsgrad in %	66	32	34

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	23.74	22.95	24.95
▪ Auszubildende	1.00	3.00	4.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Seit 2011 bildet das Theater Veranstaltungsfachleute (4jährige Lehre) aus; per Ende August 2012 wird die zweite Lehrstelle besetzt. Falls die Qualität der Ausbildung aufrechtgehalten werden kann, würde im 2013 eine weitere Lehrstelle angeboten, entweder als Veranstaltungsfachfrau/-mann oder im Bereich der Hauswartung/Liegenschaftsbetreuung. Weiter bietet das Theater eine Praktikantenstelle an.

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Zwei bisher externe finanzierte Reinigungsstellen werden in den ordentlichen Stellenplan integriert (SR 12.564-1 vom 16. Mai 2012). Mit dieser Verschiebung von bisher externen Kosten zu stadtinternen Personalkosten können die finanziellen Aufwände reduziert werden.

Im Frühjahr 2012 konnte das Theater Winterthur einen umfassenden Reorganisationsprozess abschliessen, der notwendig wurde, nachdem ein grosser Teil der Belegschaft pensioniert wurde. Der Prozess wurde mit einer Überprüfung der Stellen durch die Funktionsbewertungskommission abgeschlossen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

2013 sollen die Massnahmen zur Sanierung des Theatergebäudes detailliert berechnet, überprüft und dem Stadtrat zum Beschluss vorgelegt werden. Dabei sollen verschiedene Varianten beurteilt werden.

Produkt 1 Theateraufführungen

Leistungen

Ausgewogenes Angebot in den verschiedenen Theatersparten, für alle Altersstufen, insbesondere für Erwachsene. Hohe Qualität und Ausgewogenheit bezüglich Theaterkultur, Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovation, Ausstrahlung und handwerklicher Kompetenz. Innere Stimmigkeit und Vielfalt des Spielplans.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	7'535'142	8'848'831	8'456'563
Erlös	4'441'950	2'626'900	2'575'100
Nettokosten	3'093'192	6'221'931	5'881'463
Kostendeckungsgrad in %	59	30	30

Mit dem VO 2012 wird die Umlage angepasst. Das Produkt 2 beansprucht nur einen kleinen Teil der administrativen Kosten, da das Theater nur in den Sommermonaten gemietet werden kann. Die Kosten verschieben sich dementsprechend vom Produkt 2 zum Produkt 1.

Aufgrund der wegfallenden Staatsbeiträge, welche ab VO 2012 zentral beim Finanzamt verbucht werden, wird der Kostendeckungsgrad ab 2012 verändert dargestellt. Aus Transparenzgründen wird die mit dem Parlament ausgehandelte Eigenwirtschaftlichkeit unten dargestellt.

Eigenwirtschaftlichkeit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten		8'848'831	8'554'546
Eigene Erlöse		1'614'900	1'578'100
Nettokosten, finanziert durch:		7'233'931	6'976'446
Globalkredit Stadt Winterthur (exkl. Staatsbeiträge Kt. ZH)		6'221'931	5'979'446
Staatsbeiträge Kanton Zürich (1)		0	0
Beitrag aus Kulturförderungsgesetz (2)		837'000	837'000
Beiträge Gemeinden		175'000	160'000

1) Mit dem neuen Finanzausgleich werden die zweckgebundenen Staatsbeiträge neu zentral beim Finanzamt verbucht und erscheinen nicht mehr in den Rechnungen der Kultur.

2) Der Beitrag aus dem Kulturförderungsgesetz wird ab 2012 nicht mehr auf die beiden Produkte "Theateraufführungen" und "Vermietungen" aufgeteilt, sondern gesamthaft beim Produkt 1 verbucht.

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Aufwandüberschuss pro Besucher/in in CHF	64.00		
Öffentlicher Beitrag pro Besucher/in Stadt Winterthur und Kanton Zürich 1)	161.00	156.60	142.00

1) Wegen der geänderten Verbuchungspraxis ist die Aufteilung der Beiträge zwischen Stadt Winterthur und Kanton Zürich nicht möglich. Im Globalkredit (ab 2012) sind auch die ehemaligen Beiträge des Kantons Zürich inbegriffen.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
vgl. parlamentarische Zielvorgaben zu Nutzung und Belegung			

Produkt 2 Vermietungen

Leistungen

Neben seiner Aufgabe als Gastspielhaus soll das Theater den Winterthurer in spielfreien Zeiten Institutionen und Vereinen als Bühne für lokale und regionale Kulturproduktionen dienen. Die Unternehmen und Organisationen in Winterthur finden hier eine günstige und attraktive Kongressinfrastruktur. Für private Kongresse, Tagungen, Feierlichkeiten und andere Veranstaltungen verrechnet das Theater marktkonforme Preise.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'673'253	60'714	59'844
Erlös	1'659'616	251'400	322'500
Nettokosten	13'637	-190'686	-262'656
Kostendeckungsgrad in %	99	414	539

Gemäss Absprache mit der Parlamentskommission (BSKK) vom 4. Juli 2012 werden ab 2012 nur noch die direkten Kosten und effektiven Mieterträge ausgewiesen.

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Vergünstigungen der Miete für lokale Veranstalter/innen: Anzahl Vermietungstage	77	30	75
Gesamter Vergünstigungswert auf die Vollpreise	109'000	Fr. 45'000	Fr. 45'000

Das Theater Winterthur stellt für viele Organisationen und Vereine in Winterthur eine wertvolle Auftrittsmöglichkeit dar. Diesen wird das Theater zu einem vergünstigten Tarif (-35%) vermietet. Die Vergünstigungen werden ausgewiesen.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
vgl. parlamentarische Zielvorgaben zu Nutzung und Belegung			

IAFP Theater Winterthur

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	9'225	8'909	8'516	8'616	8'666	8'666
Erlös	6'101	2'878	2'897	2'898	2'898	2'898
Nettokosten/Globalkredit	3'124	6'031	5'619	5'719	5'769	5'769
Kostendeckungsgrad in %	66	32	34	34	33	33

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	0	300'000	700'000	1'000'000	1'000'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Eigenwirtschaftlichkeit Die Eigenwirtschaftlichkeit des Theaters beträgt mindestens (in %): Er berechnet sich wie folgt: Gesamtaufwand inkl. interne Verrechnungen ./ Gesamtertrag ohne öffentliche Beiträge (Kanton, Stadt, Gemeinden) = Betriebsergebnis. Eigenwirtschaftlichkeit = Betriebsergebnis in % des Gesamtaufwands.		20.98 1)	22.00	22.00	22.00	22.00
2 Nutzung und Belegung Anzahl der eigenen Aufführungen	125	120	120	120	120	120
■ Davon auf der grossen Bühne in den klassischen Gattungen (Musiktheater, Schauspiel, Tanz)	129	100 1)	100	100	100	100
Auslastung der Sitzplätze im Theatersaal in %	53	60	52	55	58	60
Durchschnittliche Anzahl Besuchende pro Vorstellung auf der grossen Bühne	401	400	420	430	450	470
Anzahl Besuchende	44'443	45'000	48'000	50'000	50'000	52'000
Anzahl verkaufte Abonnemente	3'429	3'590	3'590	3'600	3'600	3'600
Anzahl der Vermietungstage	77	75	75	75	75	75
■ davon für Winterthurer Non Profit Organisationen	56	50	50	50	50	50
3 Kundenorientierung Das Theaterpublikum und die Mieter/innen sind zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Regelmässige Publikumsbefragungen durch das Theater selbst und alle vier bis sechs Jahre eine Befragung durch Externe. Abgabe Bericht des Theaters <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	durchgeführt	Ende Mai 2013 1)	--- 2)	--- 2)	--- 2)	Durchführung
2) Systematische Feedbacks der Mieterinnen und Mieter zur Dienstleistung und Infrastruktur werden eingeholt und regelmässig ausgewertet. Abgabe Bericht des Theaters.	89	aufgehoben 1)				
<i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	0	Ende Mai 2013 1)	90	90	90	90
	90	aufgehoben 1)				
4 Theaterangebot Ausgewogenes Angebot in den verschiedenen Theatersparten, für alle Altersstufen, insbesondere für Erwachsene. Hohe Qualität und Ausgewogenheit bezüglich Theaterkultur, Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovation, Ausstrahlung und handwerklicher Kompetenz. Innere Stimmigkeit und Vielfalt des Spielplans. <i>Messung / Bewertung:</i>						

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Evaluation des Theaterangebots am Ende der Saison mittels Beurteilungsraster durch die Theaterkommissionsmitglieder (Ziel: Beurteilung von 50% der Aufführungen) Messgrösse: Beurteilung auf der Skala: sehr gut / gut / genügend / kann den Erwartungen nicht genügen	gut-sehr gut	gut-sehr gut	gut-sehr gut	gut-sehr gut	gut-sehr gut	gut-sehr gut

1) An BSKK-Sitzungen vom 30.5.2011 und 4.7.2011 beschlossene Anpassungen ab VO 2012

2) Zur Kundenorientierung: Die Publikumsabstimmungen mit den "Gefällt-Mir" und "Gefällt-Mir-Nicht"-Boxen wurden nach zwei Jahren aufgehoben. Ab Herbst 2012 wird ein "Applauskoeffizient" berechnet und laufend im Internet publiziert.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Das Theater hat die feste Absicht, sich - zusammen mit anderen Kulturinstitutionen - 2014 mit einem kulturellen Beitrag an den Feierlichkeiten zum Stadtrecht-Jubiläum (Winterthur 750) zu beteiligen.

Zusammen mit dem Opernhaus Zürich und der Fachhochschule Nordwestschweiz erarbeitet das Theater Winterthur 2013 eine Ökobilanz (Modell) für den Theaterbetrieb im Gastspielhaus. Anhand dieser können langfristige Massnahmen geplant werden. Zusammen mit der ZHAW erarbeitet das Theater in einem KTI-unterstützten Projekt (Konferenz für Technologie und Innovation des Bundes) ein Qualitätsmanagement für Theater und zertifiziert dabei seine Prozesse.

Das Theater plant zusammen mit dem Schweizerischen Bühnenverband und dem Bundesamt für Kultur (BAK) im Frühjahr 2014 die Durchführung eines ersten Schweizerischen Theatertreffens. Im Herbst 2012 entscheidet sich der Bund über die Begleitung und Unterstützung dieses Theatertreffens, an dem zum ersten Mal Theaterschaffende mit Schweizerischen Preisen ausgezeichnet werden sollen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

In den letzten Jahren hat die technische Entwicklung in der Theaterwelt grosse Schritte gemacht. Im Bereich der Beleuchtung stehen wir vor der Einführung von LED (in ein paar Jahren), was die Energiekosten um das 10-20fache reduzieren kann. Die Ton- und Videotechnik (auch für Konferenzen) wird immer komplexer und aufwändiger und auf der Bühne kommen technisch aufwändige Installationen zum Einsatz. Das Theater hat in den letzten Jahren sorgfältig und regelmässig investiert. Mit der Sanierung des Theaters werden auch im bühnentechnischen Bereich grössere Investitionen notwendig.

Bibliotheken

Auftrag

Führung eines Bibliotheksnetzes, das die Funktion einer Studien- und Bildungsbibliothek sowie von allgemeinen öffentlichen Bibliotheken abdeckt. Das Zielpublikum findet zu allen Themenkreisen und kulturellen Gattungen geeignete Medien und für die Arbeit eine geeignete Bibliotheksinfrastruktur.

Produkte

Buch- und Medienangebot der Stadtbibliothek

Unterstützen der Allgemeinbildung sowie der schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung; Förderung der Lesekultur, der Medienkompetenz und des Kulturbewusstseins in allen Bevölkerungsschichten; Förderung des informativen und kulturellen Meinungsaustausches

Buch- und Medienangebot der Quartierbibliotheken

Unterstützen der Allgemeinbildung und der Freizeitgestaltung; Förderung der Lesekultur in allen Gruppen und Schichten, vor allem unter den Kindern und Jugendlichen; Förderung des informativen und kulturellen Meinungsaustausches

Angebot der Studienbibliothek

Beschaffen und vermitteln von historischen und aktuellen Informationen über die Region Winterthur; Pflege und Erhalt des Winterthurer Kulturgutes in Wort und Bild; Anregung und Unterstützung von Publikationen über die Region Winterthur

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Jährliche Regierungsratsbeschlüsse über kantonale Beiträge an die Stadtbibliothek als überregionale Studien- und Bildungsbibliothek

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verordnung über das Öffentliche Bibliothekswesen vom 29. Januar 1996

Reglement über die Öffentlichen Bibliotheken vom 10. April 1996

Benutzungsordnung für die Öffentlichen Bibliotheken vom 1. Januar 2012

Reglement für die städtische Bildersammlung, 1971

Stufe Verwaltungseinheit

Zusammenstellung der Gebühren und Tarife vom 1. Januar 2012

Strategischer Plan der Winterthurer Bibliotheken, 2011 - 2015

Finanzkompetenzordnung für das Kader und das Personal der Winterthurer Bibliotheken vom 1. Januar 2007

Verantwortliche Leitung

Hermann Romer

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Kosten Der Betrieb des Winterthurer Bibliotheksnetzes ist kostengünstig <i>Messung/Bewertung:</i> Ermittelt anhand der Betriebszahlen der Produkte 1 und 2 <i>Messgrößen:</i> Bruttokosten pro Ausleihe in CHF Kostendeckungsgrad für Produkt 3 in %	6.69 9	6.93 4	7.04 5
2 Bibliotheksnutzung Ein grosser Anteil der Winterthurer Bevölkerung benutzt die Winterthurer Bibliotheken in % <i>Messung/Bewertung:</i> Anzahl Nutzer mit Postanschrift in Winterthur (ermittelt anhand der Betriebszahlen) im Verhältnis zur Einwohnerzahl	19.06	>19	>19
3 Kundenorientierung Die Benutzerinnen und Benutzer sind mit dem Bibliotheksangebot zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Fluktuationsrate: Aktive Nutzer des Vorjahres minus Differenz der aktiven Nutzer und der Neuanmeldungen des Berichtsjahres geteilt durch die aktiven Nutzer des Vorjahres, mal 100. <i>Messgrösse:</i> Fluktuationsrate der Vorjahresbenutzerinnen und -benutzer in %	17.10	<20	<20
4 Qualitätssicherung Das Angebot der Winterthurer Bibliotheken ist attraktiv und aktuell. <i>Messung / Bewertung:</i> Ermittelt anhand der Betriebszahlen: Zusammenstellung aus dem SISIS-System (Bibliotheksoftware) <i>Messgrösse:</i> Anteil der mindestens einmal ausgeliehenen Freihandmedien in %	83.27	>81	>81

Umsatzprognose 1'430'000 Ausleihen; Kostendeckungsgrad der Studienbibliothek ist nicht mehr durch Provisoriumskosten beeinflusst; Bevölkerungswachstum und Zunahme der Bibliotheksnutzenden verlaufen nicht mehr parallel, d.h. der Bevölkerungswachstum verläuft schneller als die Marktdurchdringung der Bibliotheken, weshalb auch der Indikator "Bibliotheksnutzung" 2011 erstmals unter die Marke 19% gefallen ist.

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	8'433'972	8'557'423	8'826'358

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Der Globalkredit erhöht sich im Vergleich zum Voranschlag 2012 um Fr. 269'000.--. Fr. 225'000.-- entfallen auf die Erhöhung der Betriebskosten der erneuerten und erweiterten Bibliothek Hegi, die restlichen 44'000.-- verteilen sich auf mehrere Kostenfaktoren: Mehrkosten aufgrund der Lohnmassnahmen, der gestiegenen Umlagen des Bibliotheks- und Museumsgebäudes und der Mieterhöhung in den städtischen Finanzliegenschaften. Diese Mehrkosten sind durch die Bibliotheken nicht beeinflussbar, gleich verhält es sich bei den Mehrkosten wegen der Umstellung der IT-Infrastruktur auf windows7. Bei den Erträgen ist mit einem Rückgang von 26'000.-- zu rechnen.

Die Personalkosten erhöhen sich um gut Fr. 86'000.--. Die Mehrkosten aufgrund der Stellenerhöhung bei der Bibliothek Hegi (Fr. 147'000.--) werden zum Teil kompensiert durch eine Reorganisation bei der Administration der Winterthurer Bibliotheken und durch tiefere Kosten bei den Überbrückungsrenten und der Rententeuerung.

Die Erhöhung der Sachkosten geht auf verschiedene Faktoren zurück: Hauptkostentreiber ist wiederum die neue Bibliothek Hegi. Daneben wird die Informatik immer mehr zum Kostenfaktor: Die Erneuerung der Hardware als Folge der win7-Umstellung führt dazu, dass die letzten gekauften PCs durch gemietete Computer ersetzt werden müssen. Die Umstellung auf windows7 selbst führt allein zu Fr. 50'000.-- Mehrkosten, die Einführung des E-Book-Portals, erhöhte Wartungskosten für das Bibliothekssystem und die dazugehörige RFID-Peripherie nach einem notwendigen grossen update 2012 führt zu höheren IT-Kosten. Die betrieblichen Konsequenzen aus dem Projekt "Kulturgüterarchiv" führen zu Zusatzkosten beim Archivmaterial und Archivlogistik. Die azyklische und unregelmässige Beschaffung von Bibliotheksausweisen sorgt für einmalige Kosten von Fr. 50'000.--. Die Erhöhung wird um die globale Kürzung mittels Novemberbrief vermindert.

Während die kalkulatorischen Kosten sinken, da keine grösseren Investitionen 2012 getätigt werden, steigen die Mietkosten wegen der Erhöhung der Mieten seitens der städtischen Immobilienabteilung und wegen der Bibliothek Hegi. Dagegen schlagen sich die Gebäudekosten für die Studienbibliothek im Museums- und Bibliotheksgebäude als Umlagen bei den internen Kosten nieder.

Bei den Erlösen wirkt sich die Erhöhung der Jahresgebühren bereits 2012 positiv aus und hat somit keine Auswirkung auf den Voranschlag 2013. Jedoch ist mit geringen Verlusten bei externen und internen Abgeltungen zu rechnen. Einerseits wird mit der Verlegung der Bibliothek der Musikschule nach Zürich dieser Verbundpartner aus dem elektronischen Verbund ausscheiden und andererseits wird die Bibliothek Hegi nicht mehr als kombinierte Quartier- und Schulbibliothek geführt, weshalb bei den internen Erlösen der Beitrag des Dept. Schule und Sport entfällt.

Hinsichtlich der Parlamentarischen Zielvorgaben rechnen die Bibliotheken mit einer Stagnation der Nutzung aufgrund der fortschreitenden Elektronisierung der Mediennutzung beim Publikum. Eine Steigerung ist höchstens bei den neuen Bibliotheken Seen und Hegi zu erwarten. Deshalb werden sich die Kosten pro Ausleihe erhöhen. Bei der Marktdurchdringung sollen die Bibliotheken den Benchmark von 19% wieder erreichen und bei den Qualitätsindikatoren können die Leistungsindikatoren fortgeschrieben werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Die Rechnung für das Jahr 2011 weist zwei Besonderheiten auf: einerseits sind wegen mehreren Mutterschaften, Krankheiten und Zivildienstesätzen deutlich höhere Personalkosten und andererseits durch den Provisoriumsbetrieb der Studienbibliothek und den Umzug zurück an die Museumsstrasse Sach- und interne Kosten angefallen. Deshalb lassen sich die Zahlen des Rechnungsjahrs 2011 nur bedingt mit jenen des Voranschlags 2013 vergleichen. Der Provisoriumsbetrieb wurde wie in den Vorjahren über die laufende Rechnung abgewickelt und Ende Jahr durch eine Umbuchung als Ertrag aus dem Investitionskredit kompensiert.

Die Personalkosten liegen 2011 Fr. 130'000.-- über dem Voranschlag, weshalb die Differenz zum Voranschlag 2013 geringer ist als jene zwischen den Voranschlägen 2012 und 2013. Die Erhöhung ist durch die gleichen Faktoren beeinflusst wie im Vergleich zum Voranschlag 2012.

Betreffend Sach- und Mietkosten kann auf das zur Abweichung zum Voranschlag 2012 Gesagte verwiesen werden. Bei den internen Kosten sind bereits höhere Kosten für den Unterhalt des Bibliotheks- und Museumsgebäudes angefallen, die Berechnung für den Voranschlag 2012 basierten noch auf tieferen Annahmen. Das Soll 2012 entspricht deshalb nicht der Realität und wird sicher in der Rechnung 2012 überschritten werden. Die Erwartung für 2013 ist deshalb korrigiert worden.

Die Entgelte 2011 verzeichnen zwar im Vergleich zum Voranschlag 2013 eine deutlich höhere Summe, jedoch ist diese Zahl nicht vergleichbar mit der Erwartung des Normalbetriebs von 2013. Die Rechnung 2011 weist Mehrerträge von Lohnrückerstattungen (Fr. 65'000.--) und internen Rückerstattungen (Fr. 56'000.--) aus, die etwa der Differenz zwischen der Rechnung 2011 und dem Voranschlag 2013 entsprechen. Die Erträge 2011 sind auch beeinflusst durch Einmalleistungen für Projekte und Buchverkäufe die etwa der Höhe der prognostizierten Mehreinnahmen durch die Erhöhung der Gebühren entsprechen. Auch dadurch bestätigt sich die Plausibilität der erwarteten Erträge.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Die Jahresergebnisse bei den parlamentarischen Zielvorgaben geben die Zielwerte vor, sie zeigen, dass sich die Bibliothek auf stabilem Kurs entwickelt.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	5'498'519	5'476'851	5'563'245
Sachkosten	2'082'471	2'133'153	2'183'589
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	810'934	826'773	727'658
Mietkosten	355'611	392'250	477'890
Übrige interne Kosten	994'150	942'674	1'062'121
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'741'686</i>	<i>9'771'700</i>	<i>10'014'503</i>
Verrechnungen innerhalb PG	8'652	0	0
Total effektive Kosten	9'733'034	9'771'700	10'014'503
Externe Erlöse	879'232	874'000	862'000
Interne Erlöse	78'585	18'278	4'145
Beiträge von Dritten	349'897	322'000	322'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'307'714</i>	<i>1'214'278</i>	<i>1'188'145</i>
Verrechnungen innerhalb PG	8'652	0	0
Total effektive Erlöse	1'299'062	1'214'278	1'188'145
Total Nettokosten / Globalkredit	8'433'972	8'557'423	8'826'358
Kostendeckungsgrad in %	13	12	12

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	48.41	47.72	49.47
▪ Auszubildende	6.20	6.20	6.20
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Mit dem Umzug aus dem aktuellen Schulhaus Hegfeld in separate Räumlichkeiten vergrössert sich die Fläche der Bibliothek und die Öffnungszeiten müssen angepasst werden. Die damit verbundene nötige Aufstockung um 1,75 Stellen erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der GGR dem Antrag des Stadtrates folgt.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Reorganisation der Magazinbewirtschaftung der Winterthurer Bibliotheken
- Erweiterung der Virtuellen Winterthurer Bibliotheken
- Eröffnung der erneuerten und erweiterten Bibliothek Hegi in Neuhegi
- Durchführung 8. Winterthurer Lesesommer 2013
- Jubiläumsveranstaltung 10 Jahre Stadtbibliothek am Kirchplatz
- Umnutzung des 2. Untergeschosses in der Stadtbibliothek am Kirchplatz
- Eröffnung des Kulturgüterarchivs im Aussendepot Seen
- Umsetzung des Digitalisierungskonzepts der Studienbibliothek

Produkt 1 Buch- und Medienangebot der Stadtbibliothek**Leistungen**

- Ausleihe von Sachbüchern, Nachschlagewerken und Zeitschriften aus allen Fachgebieten sowie von literarischen Werken verschiedener Sprachen und Epochen.
- Angebot von online Datenbanken und externen Bibliothekskatalogen.
- Ausleihe von elektronischen Medien zu allen Fachgebieten und Genres
- Bereitstellen der notwendigen elektronischen Infrastruktur für die Wissensvermittlung
- aufbereitete Angebote an Schulen, schulnahe Institutionen und Organisationen, die sich der Vermittlung von Informationskompetenz widmen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	6'140'496	6'154'077	6'075'937
Erlös	914'720	842'765	820'186
Nettokosten	5'225'776	5'311'312	5'255'752
Kostendeckungsgrad in %	15	14	13

Der Ist-Wert 2011 bei den Erlösen ist beeinflusst durch die Umlageschlüssel bei der Verteilung der zentral anfallenden Erlöse und Kosten, zu denen u.a. die Lohnrückerstattungen und internen Abgeltungen gehören. Die Stadtbibliothek hat dank dem Umlageschlüssel zulasten dem Produkt 2 profitiert.

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anteil der mindestens einmal pro Erfassungsjahr benutzten Freihandmedien in % des Freihandbestandes	82.20	80.00	81.00
Bruttokosten pro ausgeliehenes Medium in CHF	6.26	6.43	6.19

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Zahl der Besucherinnen und Besucher	366'504	370'000	365'000
Zahl der neueingeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer	3'237	3'200	3'200
Zahl der ausgeliehenen Medien	980'851	950'000	950'000
- davon Bücher	533'002	530'000	530'000
- davon CDs	210'268	200'000	180'000
- davon DVDs / Videos	210'417	200'000	200'000
- davon übrige	27'164	20'000	40'000

Zwischen der klassischen Nonbooksausleihe (CDs, DVDs) und dem Bezug von virtuellen Medien (elektronische Dateien) zeichnet sich ein Verhaltenswechsel der Kundschaft ab. Diese Trendanalyse ist berücksichtigt im "Soll 2013" von CDs, DVDs und übrigen Medien.

Produkt 2 Buch- und Medienangebot der Quartierbibliotheken

Leistungen

- Ausleihe von Büchern, Zeitschriften, audiovisuellen und elektronischen Medien sowie Spielen aus dem Segment der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken
- Angebot literarischer Werke vor allem aus dem Unterhaltungsbereich sowie der Kinder- und Jugendliteratur.
- Betrieb von Quartierbibliotheken mit der Infrastruktur als Quartiertreffpunkt

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'479'937	2'423'476	2'779'343
Erlös	279'310	323'014	312'315
Nettokosten	2'200'627	2'100'462	2'467'028
Kostendeckungsgrad in %	11	13	11

Die Mehrkosten entfallen im Wesentlichen auf die Erneuerung der Bibliothek Hegi, höhere Mietkosten und die Lohnmassnahmen. Die Hochrechnung 2012 lässt vermuten, dass der hohe Soll-Wert 2012 nicht erreicht werden kann. Gebühren, Entgelte und Rückerstattungen werden tiefer als im Vorjahr, resp. als im Voranschlag 2012 ausfallen. Die Abgeltung seitens Schule für die Bibliothek Hegi entfällt ebenfalls. Es ist realistisch, dass sich die Erlöse für 2013 auf dem Niveau von 2011 bewegen.

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anteil der mindestens einmal pro Erfassungsjahr benutzten Freihandmedien in % des Freihandbestandes	85.09	83.00	83.00
Kosten pro ausgeliehenes Medium in CHF	5.26	5.35	5.79

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Zahl der Besucherinnen und Besucher	189'044	220'000	230'000
Zahl der neueingeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer	1'354	1'200	1'400
Zahl der ausgeliehenen Medien	471'429	450'000	480'000
- davon Bücher	308'228	300'000	320'000
- davon CDs	57'374	50'000	50'000
- davon DVDs / Videos	71'764	65'000	70'000
- davon übrige	34'063	35'000	40'000

Produkt 3 Angebot der Studienbibliothek

Leistungen

- Sammeln, erschliessen und vermitteln von Bildmaterial, handschriftlichen Quellen und Familienwappen der Region Winterthur.
- Aufbewahren von kulturell und wissenschaftlich bedeutenden Nachlässen und Archiven von Persönlichkeiten, Familien und kulturellen Vereinigungen der Region Winterthur.
- Digitalisierung von wichtigen Winterthurer Handschriften und anderen Quellen.
- Herausgabe des seit 1663 erscheinenden Neujahrsblatts der Stadtbibliothek Winterthur.
- Veröffentlichung der Bibliografie der Region Winterthur im Internet und im Winterthurer Jahrbuch.
- Betrieb einer Studienbibliothek mit individuellen elektronischen Arbeits- und Studienplätzen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'112'671	1'194'148	1'159'223
Erlös	104'092	48'499	55'645
Nettokosten	1'008'579	1'145'649	1'103'578
Kostendeckungsgrad in %	9	4	5

Die Erlöse sind im Wert Ist 2011 ein letztes Mal durch die Abgeltungsleistungen für den Provisoriumsbetrieb der Studienbibliothek beeinflusst und können deshalb nicht mit den beiden Sollwerten verglichen werden.

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten pro benutztes Dokument in CHF	349.71	349.15	305.05

Dank geringeren Bruttokosten und höherer Nutzung sinken die Kosten pro Nutzung im Vergleich zu Ist- und Sollwerten der Vorperiode.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Zahl der benutzten Dokumente	2'884	3'400	3'800
Zahl der unterstützten Publikationen	1	1	1
Anzahl verkaufter Neujahrsblätter (inkl. alter Jahrgänge)	772	650	650

IAFP Bibliotheken

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	9'733	9'771	10'014	10'204	10'259	10'409
Erlös	1'299	1'214	1'188	1'188	1'188	1'188
Nettokosten/Globalkredit	8'434	8'557	8'826	9'015	9'070	9'220
Kostendeckungsgrad in %	13	12	12	12	12	11

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	150'000		150'000		550'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Kosten						
Bruttokosten pro Ausleihe in CHF	6.6	6.9	7.0	7.2	7.4	7.5
Kostendeckungsgrad für Produkt 3 in %	9.0	4.0	5.0	4.0	3.0	3.0
2 Bibliotheksnutzung						
Ein grosser Anteil der Winterthurer Bevölkerung benutzt die Winterthurer Bibliotheken in %	19.0	>19	>19	>19	>19	>19
3 Kundenorientierung						
Die Benutzerinnen und Benutzer sind mit dem Bibliotheksangebot zufrieden. Messgrösse: Fluktuationsrate der Vorjahresbenutzerinnen und -benutzer in %	17.1	<20	<20	<20	<20	<19
4 Qualitätssicherung						
Das Angebot der Winterthurer Bibliotheken ist attraktiv und aktuell. Messgrösse: Anteil der mindestens einmal ausgeliehenen Freihandmedien in %	83.2	>81	>81	>81	>82	>82

Umsatzprognose 1'430'000 Ausleihen; Kostendeckungsgrad der Studienbibliothek ist nicht mehr durch Provisoriumskosten beeinflusst; Bevölkerungswachstum und Zunahme der Bibliotheksnutzenden verlaufen nicht mehr parallel, d.h. der Bevölkerungswachstum verläuft schneller als die Marktdurchdringung der Bibliotheken, weshalb auch der Indikator "Bibliotheksnutzung" 2011 erstmals unter die Marke 19% gefallen ist.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Konsolidierung des Winterthurer Bibliotheksnetzes und von dessen Aufgaben
- Hybride Bibliothek unter Einbezug von web2.0-tools weiterentwickeln
- Ausbau der Virtuellen Winterthurer Bibliotheken
- neue digitale Strategie unter Einbezug von "bibliocommons"-Möglichkeiten
- Redesign der Aufgaben und Dienstleistungen der Stadtbibliothek gemäss strategischem Bibliotheksplan
- Reorganisation der Magazinbewirtschaftung der Winterthurer Bibliotheken
- Digitales Archiv der Winterthurer Bibliotheken
- Bibliothekspädagogik und Zusammenarbeit mit dem Bereich Bildung festigen
- Reorganisation der Administration und der administrativen Abläufe der Winterthurer Bibliotheken

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Nach der physischen und geografischen Konsolidierung des Winterthurer Bibliotheksnetzes, die mit dem Ausbau der Bibliothek Hegi ihren vorläufigen Abschluss gefunden hat, steht die elektronische Entwicklung im Zentrum. So sind künftige Investitionskreditanträge im Kontext der Sicherung und Migration elektronischer Daten und virtueller Informationsnetze zu betrachten.

Es ist eine Frage der Zeit, bis die klassische Medienausleihe von Datendownloads ersetzt wird. Die physische Bibliothek leiht dann nicht mehr Information auf physischen Datenträgern aus, sondern ihre Rolle wird darin bestehen, für die Menschen in der Region ein Wissenportal zu betreiben und im Sinn eines "Service public" Wissen zu selektionieren, aufzubereiten und zu verteilen. Die Vermittlung von Wissen steht im Zentrum. Zugang zu Datenmärkten, zu E-book-Portalen und online-Tankstellen löst die klassische Erwerbung ab und die Unterstützung der Kundschaft bei der elektronischen Recherche und der Datenaufbereitung ersetzt die traditionelle Ausleihe. Dafür braucht es in den nächsten Jahren eine Neuausrichtung, wie sie oben unter "Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014-2016" skizziert ist.

Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

Auftrag

Stärkung der kulturellen Attraktivität der Stadt Winterthur und subsidiäre Förderung und Unterstützung des zeitgenössischen Kulturschaffens mit dem Ziel das vielseitige und qualitativ hoch stehende Kulturangebot zu erhalten und im Rahmen der genehmigten Mittel auszubauen.

Produkte

1 Subventionsverträge und Beiträge an kulturelle Institutionen

Unterstützung privater Initiativen und Institutionen für ein vielfältiges und umfassendes Kulturangebot. Die Unterstützung erfolgt subsidiär. Die Subventionsbeiträge und (teilw.) Infrastrukturleistungen an private Institutionen sind auf der Basis von Leistungsvereinbarungen in den Subventionsverträgen geregelt.

2 Projektbezogene und übrige Beiträge

Projektbezogene Unterstützung von kulturellen Projekten mit einem Bezug zu Winterthur. Förderung im Bereich der bildenden Kunst mit Kunstankäufen. Ausrichtung von Kulturpreisen (Förderpreise, Kulturpreis und Kurzfilmpreis der Stadt Winterthur).

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Es besteht eine allgemeine Verpflichtung zur Erhaltung des Kulturerbes
- Kanton: Subventionierung aufgrund des Kulturförderungsgesetzes und des Gesetzes über den Finanzausgleich

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Kulturleitbild der Stadt Winterthur
- Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, Volksabstimmung vom 03.12.1939
- Sammlungen Briner und Kern, SR-Beschluss
- Kunstmuseum, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Villa Flora, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Kunsthalle Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Museum Lindengut, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Technorama, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Fotomuseum, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Fotostiftung Schweiz (ehemals Stiftung für Photographie), GGR-Beschluss vom 13.02.2002
- Orchester Musikkollegium, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Musikfestwochen, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Musikverband der Stadt Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Jazz in Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Verein LMK - Live Musik Kultur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Sommertheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Marionettentheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Kellertheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Theater am Gleis, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Theater für den Kanton Zürich, GGR-Beschluss vom 08.11.1971
- Verein tanzinwinterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Filmfoyer Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Filmbulletin, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Internationale Kurzfilmtage, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Astronomische Gesellschaft Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004

Stufe Verwaltungseinheit

- div. Subventionsbeiträge und Infrastrukturleistungen

Verantwortliche Leitung

Dr. Nicole Kurmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten exkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF Kosten inkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF	88 98	129 140	130 140
2 Kundenorientierung Sparte Museen Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Summe der üblichen Öffnungszeiten in Stunden pro Woche (2) Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	283 715	299 > 700	299 > 700
3 Kundenorientierung Sparte Musik Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	1'082	> 1150	> 1'100
4 Kundenorientierung Sparte Theater / Tanz Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Aufführungen (gemäss Veranstaltungskalender)	656	> 710	> 680
5 Einhaltung der Subventionsverträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Subventionsverträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Leistungsvorgaben der Subventionsverträge einhalten	98	98	98

(1) Ab 2012 veränderte Berechnungsgrundlagen: Der bisherige Ertrag aus den Staatsbeiträgen in dieser Produktgruppe fällt weg, da er neu zentral beim Finanzamt verbucht wird. Im 2011 bezifferte sich dieser Betrag auf CHF 2'910'900. Weiter fallen ab 2012 Pauschalbeiträge des Kantons Zürich aus dem Finanzausgleich weg, die bisher direkt an die Institutionen weitergeleitet wurden (2011 für diese Produktgruppe: CHF 1 Mio.). Die Stadt budgetiert diese Beiträge seit dem 2012 in reduzierter Höhe.

Einwohner: 104'098 Stand per 31.12.2011 / Prognose per Ende 2012 = 105'498 / Prognose per Ende 2013 = 106'798

(2) Kundenorientierung Sparte Museen: Die Villa Flora war im 2011 von Ende Mai bis Mitte November geschlossen.

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	10'203'840	14'552'797	14'896'810

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Personalkosten

Die Reduktion ist auf wegfallende Rentenleistungen sowie auf eine tiefere Rententeuerung zurückzuführen.

Sachkosten

Die Differenz betrifft eine Verschiebung von Mitgliedschaftsbeiträgen von der Kontengruppe Beiträge an Dritte zu den Sachkosten.

Beiträge an Dritte

Vorbehältlich der Bewilligung durch den GGR hat die Stadt eine Erhöhung der Subvention um Fr. 150'000 an das Musikkollegium Winterthur vorgesehen sowie im Sinne einer Überbrückung eine Anpassung um Fr. 100'000 an das Fotomuseum Winterthur als Beitrag an deren strukturelle Defizite budgetiert. Unter dem Produkt 2 ist für 2013 ein Betrag für die alle vier Jahre stattfindende "Unjurierte" eingestellt. Im VO 2013 ist im Vergleich zum VO 2012 keine Teuerung budgetiert worden. Weiter wurde im Sinne einer Bereinigung ein in den Beiträgen enthaltener Mitgliedschaftsbeitrag zu den Sachkosten verschoben.

Mietkosten

Die Abteilung Immobilien erhöht auf den VO 2013 ihre Mietpreise.

Übrige interne Kosten

Hier sind Umlagekosten von Vorkostenstellen enthalten. Die Umlage der Bauten erhöht sich aufgrund höherer kalkulatorischer und angestiegener Energiekosten. Ebenfalls erhöht hat sich die Umlage des Departementsekretariates.

Erlöse

Die Erlöse bewegen sich auf der Höhe des VO 2012.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Personalkosten

Grund für die Differenz sind die Lohnrunde, die im 2011 über mehrere Monate geschlossene Villa Flora sowie allgemein im 2011 nicht ausgeschöpfte Stellenprozente.

Sachkosten

Der leichte Anstieg ist auf die Verschiebung von Mitgliedschaftsbeiträgen aus der Kontengruppe Beiträge an Dritte zu den Sachkosten zurückzuführen.

Beiträge an Dritte

Die Abweichung ist auf das neue Finanzausgleichsgesetz, das ab 1.1.2012 in Kraft getreten ist, zurückzuführen. Im neuen Finanzausgleichsgesetz ist ein Minimalanteil von 6,9% oder Fr. 5,96 Mio. des Zentrumslastenausgleichs zweckgebunden für Kulturausgaben bestimmt worden (§ 30 des neuen Finanzausgleichsgesetzes). Im Sinne einer Fortschreibung des bis anhin geltenden und im Subventionsvertrag definierten Verteilmechanismus werden die Institutionen Musikkollegium und Kunstmuseum an der Mehrleistung des Kantons beteiligt.

Zusätzlich hatte der Kanton nach alter Regelung per Verfügung die Stadt verpflichtet, gewisse Pauschalbeiträge aus dem Finanzausgleich an die vom Kanton bezeichneten Institutionen weiterzugeben, nämlich an das Theater Winterthur, das Musikkollegium, das Kunstmuseum, das Technorama sowie das Fotomuseum Winterthur. Diese Gelder dienten der ergänzenden Betriebsfinanzierung sowie besonderen Investitionsvorhaben und betrugen in der Vergangenheit zwischen Fr. 1,5 und 2,45 Mio. Dieser Anteil ist bis anhin auf einem Durchgangskonto der Stadt verbucht worden und deshalb im Globalbudget dieser Produktgruppe nicht zu verfolgen gewesen. Mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz erfolgt die Zuweisung neu nicht mehr direkt durch den Kanton. Die Stadt Winterthur hat diese bisherigen durchlaufenden Beiträge in reduzierter Höhe ab dem VO 2012 übernommen.

Vorbehältlich der Bewilligung durch den GGR hat die Stadt eine Erhöhung des Subventionsbeitrags um Fr. 150'000 an das Musikkollegium Winterthur vorgesehen sowie im Sinne einer Überbrückung eine Anpassung um Fr. 100'000 an das Fotomuseum Winterthur als Beitrag an deren strukturelle Defizite budgetiert. Unter dem Produkt 2 ist für 2013 ein Betrag für die alle vier Jahre stattfindende "Unjurierte" eingestellt.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011**Mietkosten**

Auf den VO 2013 hin werden die städtischen Raumkosten erhöht.

Übrige interne Kosten

Hier sind Umlagekosten der Vorkostenstellen enthalten. Die Umlage der Bauten erhöht sich aufgrund diverser Kostenanpassungen gegenüber der Rechnung 2011 (höhere kalkulatorische Kosten aufgrund des Umbaus des Museums- und Bibliotheksgebäudes, nicht ausgeschöpfte Lohnkosten im 2011, zusätzliche Servicekosten, Zunahme bei den Energiekosten). Ebenfalls erhöht hat sich die Umlage des Departementsekretariates.

Externe Erlöse

Im 2011 sind noch Rückerstattungen für die Ausstellung "Im Dialog" verbucht worden. Weiter verzichtet die Stadt ab 2012 auf die Budgetierung von Lohnrückerstattungen der Villa Flora.

Beiträge von Dritten

Vor Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichsgesetzes sind hier die kantonalen Beiträge auf Basis des Kulturförderungs- und des Finanzausgleichsgesetzes verbucht worden. Ab VO 2012 werden unter den Beiträgen von Dritten nur noch die kantonalen Beiträge auf Basis des Kulturförderungsgesetzes aufgeführt. Der Zentrumslastenausgleich für die Stadt Winterthur inkl. des zweckgebundenen Anteils von mind. 6,9% oder Fr. 5,96 Mio. für die Kultur wird zentral bei der Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" verbucht und nicht mehr in den entsprechenden Produktgruppen "Theater Winterthur" und "Subventionsverträge und Beiträge an Dritte" als Beiträge von Dritten ausgewiesen. Damit ist ein direkter Vergleich mit der Rechnung 2011 nicht möglich.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	971'999	1'115'155	1'077'779
Sachkosten	664'451	648'425	686'508
Beiträge an Dritte	9'574'794	10'573'377	10'791'449
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'050'292	1'105'475	1'053'697
Mietkosten	590'551	601'920	690'650
Übrige interne Kosten	1'670'024	1'825'543	1'918'197
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>14'522'111</i>	<i>15'869'896</i>	<i>16'218'280</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	14'522'111	15'869'896	16'218'280
Externe Erlöse	113'987	24'170	25'770
Interne Erlöse	70'085	69'629	72'400
Beiträge von Dritten	4'134'200	1'223'300	1'223'300
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'318'271</i>	<i>1'317'099</i>	<i>1'321'470</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'318'271	1'317'099	1'321'470
Total Nettokosten / Globalkredit	10'203'840	14'552'797	14'896'810
Kostendeckungsgrad in %	30	8	8

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	11.02	14.20	14.20
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Die Stellen wurden im 2011 auf Seiten Museumspersonal nicht in vollem Umfang ausgeschöpft. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die Villa Flora, welche aufgrund ihrer nach Lausanne ausgeliehenen Sammlung über Monate geschlossen war.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

Der betriebliche Zusammenschluss von Kunstverein und Villa Flora im Rahmen des Projekts "Kunstmuseen Winterthur" wird vorangetrieben.

Per Ende 2013 laufen die befristeten Subventionsverträge aus. Die Erneuerung erfolgt im Rahmen einer Gesamtbeurteilung vorbehaltlich der Genehmigung durch den GGR.

Die üblichen Massnahmen (Kontrolle der Einhaltung der Subventionsverträge und Projektförderung) werden fortgesetzt.

Produkt 1 Subventionsverträge und Beiträge an kulturelle Institutionen**Leistungen**

Subsidiäre Unterstützung von privaten Institutionen für kulturelle Leistungen. Beiträge und Leistungsaufträge sind für jede Institutionen individuell in Subventionsverträgen geregelt.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	13'619'968	14'964'473	15'276'782
Erlös	4'318'271	1'317'099	1'321'470
Nettokosten	9'301'697	13'647'375	13'955'312
Kostendeckungsgrad in %	32	9	9

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Museen			
Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten	1'294'604	1'474'287	1'489'492
- davon Beitrag in CHF	0	0	0
- davon Nebenleistungen in CHF	1'371'023	1'493'507	1'508'712
- davon Ertrag in CHF	-76'419	-19'220	-19'220
Sammlungen Briner und Kern	414'799	342'407	345'960
- davon Beitrag in CHF	0	0	0
- davon Nebenleistungen in CHF	418'811	347'357	350'110
- davon Ertrag in CHF	-4'012	-4'950	-4'150
Kunstmuseum	1'083'624	2'377'908	2'526'258
- davon Beitrag in CHF	907'204	1'148'052	1'142'516
- davon Nebenleistungen in CHF	1'384'120	1'499'785	1'656'442
- davon Ertrag in CHF	-1'207'700	-269'929	-272'700
Villa Flora	281'697	383'462	394'854
- davon Beitrag in CHF	103'632	104'357	103'632
- davon Nebenleistungen in CHF	209'131	279'105	291'222
- davon Ertrag in CHF	-31'066	0	0
Kunsthalle Winterthur	140'867	151'314	116'054
- davon Beitrag in CHF	62'179	62'614	62'179
- davon Nebenleistungen in CHF	78'688	88'700	53'875

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Museum Lindengut	335'334	379'006	352'939
- davon Beitrag in CHF	31'090	31'308	31'090
- davon Nebenleistungen in CHF	376'818	403'698	380'249
- davon Ertrag in CHF	-72'574	-56'000	-58'400
Technorama	1'155'953	1'449'071	1'422'353
- davon Beitrag in CHF	569'978	836'068	829'978
- davon Nebenleistungen in CHF	585'975	613'003	592'375
Fotomuseum	310'897	509'473	605'897
- davon Beitrag in CHF	310'897	509'473	605'897
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Fotostiftung Schweiz	90'000	90'630	90'000
- davon Beitrag in CHF	90'000	90'630	90'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Musik			
Orchester Musikkollegium	2'038'192	4'259'031	4'444'729
- davon Beitrag in CHF	4'746'013	5'004'231	5'123'329
- davon Nebenleistungen in CHF	218'679	221'800	288'400
- davon Ertrag in CHF	-2'926'500	-967'000	-967'000
Musikfestwochen	196'901	198'279	196'901
- davon Beitrag in CHF	196'901	198'279	196'901
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Musikverband der Stadt Winterthur	207'265	208'716	207'265
- davon Beitrag in CHF	207'265	208'716	207'265
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Jazz in Winterthur	77'724	78'268	77'724
- davon Beitrag in CHF	77'724	78'268	77'724
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Verein LMK - Live Musik Kultur	340'000	342'100	340'000
- davon Beitrag in CHF	300'000	302'100	300'000
- davon Nebenleistungen in CHF	40'000	40'000	40'000
Theater / Tanz			
Sommertheater	301'062	302'734	300'256
- davon Beitrag in CHF	259'081	260'895	259'081
- davon Nebenleistungen in CHF	41'981	41'839	41'175
Marionettentheater	101'547	113'265	99'381
- davon Beitrag in CHF	72'543	73'051	72'543
- davon Nebenleistungen in CHF	29'004	40'214	26'838
Kellertheater	201'041	201'608	200'275
- davon Beitrag in CHF	176'175	177'408	176'175
- davon Nebenleistungen in CHF	24'866	24'200	24'100
Theater am Gleis	321'260	323'509	321'260
- davon Beitrag in CHF	321'260	323'509	321'260
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Theater für den Kanton Zürich	83'120	85'265	86'450
- davon Beitrag in CHF	80'962	83'160	84'400
- davon Nebenleistungen in CHF	2'158	2'105	2'050
Theater Katerland/bravebühne	55'000	55'385	55'000
- davon Beitrag in CHF	55'000	55'385	55'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Verein tanzinwinterthur	67'361	67'833	67'361
- davon Beitrag in CHF	67'361	67'833	67'361
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Film			
Filmfoyer Winterthur	62'179	62'614	62'179
- davon Beitrag in CHF	62'179	62'614	62'179
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Filmbulletin	20'726	20'871	20'726
- davon Beitrag in CHF	20'726	20'871	20'726
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Internationale Kurzfilmtage	93'269	93'922	93'269
- davon Beitrag in CHF	93'269	93'922	93'269
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Übrige Beiträge			
Astronomische Gesellschaft Winterthur	26'944	27'133	26'944
- davon Beitrag in CHF	26'944	27'133	26'944
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Institutionen für kulturelle Leistungen wird durch Subventionsverträge geregelt.	22	22	22

Produkt 2 Projektbezogene und übrige Beiträge

Leistungen

Projektbezogene Unterstützung von kulturellen Projekten mit einem Bezug zu Winterthur, Ausrichtung von Kulturpreisen, Ankauf von Kunstwerken, Inventarisierung der Kunstwerke im Besitz der Stadt Winterthur.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	880'307	905'422	941'498
Erlös	0	0	0
Nettokosten	880'307	905'422	941'498
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Diverse Beiträge an Kulturschaffende in CHF	37'113	83'710	37'150
Kulturpreise der Stadt Winterthur in CHF	29'098	32'500	29'000
Kunstankäufe in CHF	78'581	91'212	89'600
Kulturkommissionen (Kunstkommission, Literaturkommission) in CHF	2'700	3'000	3'000
Projektbezogene Beiträge in CHF	732'816	695'000	785'000

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl eingegangener Gesuche	174	180	180
Anzahl bearbeiteter Gesuche	170	170	170
Anzahl unterstützter Gesuche	112	100	100

IAFP Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	14'522	15'869	16'218	16'598	17'418	17'168
Erlös	4'318	1'317	1'321	1'321	1'321	1'321
Nettokosten/Globalkredit	10'204	14'553	14'897	15'277	16'097	15'847
Kostendeckungsgrad in %	30	8	8	8	8	8

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	940'000	280'000	285'000	2'200'000	3'700'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten exkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF Kosten inkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF	88 98	129 140	130 140	133 142	139 149	135 145
2 Kundenorientierung Sparte Museen Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Summe der üblichen Öffnungszeiten in Stunden pro Woche (2) Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	283 715	299 > 700	299 > 700	299 > 700	310 > 700	310 > 700
3 Kundenorientierung Sparte Musik Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	1'082	> 1150	> 1'100	> 1'100	> 1'100	> 1'100
4 Kundenorientierung Sparte Theater / Tanz Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Aufführungen (gemäss Veranstaltungskalender)	656	> 710	> 680	> 680	> 680	> 680
5 Einhaltung der Subventionsverträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Subventionsverträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Leistungsvorgaben der Subventionsverträge einhalten	98	98	98	100	100	100

(1) ab 2012 veränderte Berechnungsgrundlagen: Der bisherige Ertrag aus den Staatsbeiträgen in dieser Produktgruppe fällt weg, da er neu zentral beim Finanzamt verbucht wird. Weiter fallen ab 2012 Pauschalbeiträge des Kantons Zürich aus dem Finanzausgleich weg, die bisher direkt an die Institutionen weitergeleitet wurden. Die Stadt hat diese Beiträge in reduzierter Höhe ab VO 2012 übernommen.

Einwohner: Stand per 31.12.2011 = 104'098; prognostizierten Stand per 31.12.2012 = 105'498; 2013 = 106'798; 2014 = 107'898; 2015 = 108'898; 2016 = 109'898

(2) Kundenorientierung Sparte Museen: Die Villa Flora war im 2011 von Ende Mai bis Mitte November aufgrund ausgeliehener Sammlung geschlossen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Ab 2014 treten die neuen Subventionsverträge in Kraft.

Im Zusammenhang mit dem Projekt "Kunstmuseen Winterthur" möchte der Stadtrat (vorbehältlich Genehmigung des Gesuchs durch den Kanton Zürich) den zukünftigen Museumsbetrieb der Villa Flora ab 2015 mit zusätzlichen CHF 300'000 unterstützen. Weiter, ebenfalls ab 2015 und vorbehältlich der Genehmigung durch den Kanton Zürich, möchte der Stadtrat an das Kunstmuseum Winterthur einen Beitrag für den Nachhol- und Entwicklungsbedarf in der Höhe von CHF 300'000 leisten. Beide Anliegen werden dem GGR zu gegebener Zeit in einem Antrag unterbreitet. Im Zusammenhang mit dem neuen Ausstellungskonzept für das Museum Lindengut wird auch für den Historischen Verein eine Beitragserhöhung in Erwägung gezogen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Subventionsverträge haben eine Laufzeit von vier Jahren. Für die projektbezogene Kulturförderung gelten die im Kulturleitbild formulierten Rahmenbedingungen und Beurteilungskriterien. Die Kulturförderung der Stadt Winterthur reagiert flexibel auf die Initiative von Privaten. Kulturelle Projekte werden primär von Kulturschaffenden definiert. Die Stadt Winterthur unterstützt dieses Schaffen mit Beiträgen, Beratungen und Infrastrukturleistungen.

Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

Auftrag

1. Die städtischen Museen und Sammlungen erfüllen einen Bildungs-, Forschungs- und Vermittlungsauftrag und stärken die kulturelle Attraktivität von Winterthur. Sie erschliessen und vermitteln einer regionalen und überregionalen Öffentlichkeit durch besucherfreundliche Ausstellungen und Veranstaltungen kulturelle und naturwissenschaftliche Themen. Sie sammeln, konservieren und erforschen Kulturgüter fach- und sachgerecht und erhalten sie für die Zukunft. Im Aufgabengebiet der Bauten liegt die Substanzerhaltung der städtischen Liegenschaften und Bauten mit kultureller Nutzung. Betreiben der Infrastruktur, ausgerichtet nach den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer.
2. Das Kulturzentrum Alte Kaserne verankert die städtische Jugend- und Soziokultur und dient dem kulturellen Austausch. Weiter ist es Veranstaltungs- und Tagungsort für lokale und regionale Vereine und Gruppen.
3. Das Veranstaltungsmarketing leistet einen Gesamtüberblick über die kulturellen Veranstaltungen in Winterthur und erleichtert den Zugang zur Kultur für alle Bevölkerungsgruppen. Die Kulturvermittlung fördert mit einem breiten museums- und theaterpädagogischen Angebot das Verständnis und die Freude an Kultur.

Produkte

1 Städtische Museen

Betrieb von städtischen Museen:

- Naturmuseum
- Münzkabinett und Antikensammlung
- Gewerbemuseum und Uhrensammlung
- Schlösser Hegi und Mörsburg

Substanzerhaltung, Unterhalt und Wartung der Liegenschaften und Bauten mit kultureller Nutzung; Diverse Dienstleistungen und Infrastrukturleistungen für die Nutzer und Betreiber der kulturellen Institutionen.

2 Alte Kaserne Kulturzentrum

Dienstleistungsangebot für externe Veranstalter, eigene Veranstaltungsprogrammierung, soziokulturelle Animation.

3 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing

Publikation des kulturellen Angebotes mit der Führung eines städtischen Veranstaltungskalenders im Internet, Prospekten und Plakaten. Koordination des übergeordneten Kulturmarketings mit der Herausgabe von Drucksachen und der Koordination und Organisation von Events. Bereitstellen eines umfassenden Angebotes in der Museums- und Theaterpädagogik für Schulklassen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Es besteht eine allgemeine Verpflichtung zur Erhaltung des Kulturerbes.
- Gemäss der UNESCO-Deklaration kommen die Museen der Verpflichtung „Recht auf Bildung“ nach

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) v. 26.10.87, mit Nachtrag v. 01.12.93.
- Verpflichtung zur konservatorischen Betreuung der Uhrensammlung Kellenberger (GGR-Beschluss vom 31.07.1996)
- Volksabstimmung betr. Kultur- und Freizeitzentrum Alte Kaserne vom 02.12.84 und 06.09.87
- Betriebskonzept Alte Kaserne gem. Stadtratsbeschluss vom 13.11.91.
- Vereinheitlichung der Öffnungszeiten bei den Museen vom 19.10.88 sknr 88-1873

Verantwortliche Leitung

Dr. Nicole Kurmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
Kosten exkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro Einwohner (1) in CHF	55	64	67
Kosten inkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro Einwohner (1) in CHF	81	77	79
2 Kundenorientierung			
Die Besuchenden der städtischen Museen sind mit dem Angebot zufrieden oder sehr zufrieden.			
<i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Besuchern			
<i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	-	-	-
Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen des Kulturzentrums Alte Kaserne zufrieden oder sehr zufrieden.			
<i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die einzelnen Mieter			
<i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	-	-	-
Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen der Kulturvermittlung zufrieden oder sehr zufrieden.			
<i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die Führungsteilnehmer			
<i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	-	-	-
3 Zugänglichkeit			
Die städtischen Kultureinrichtungen stehen der gesamten Bevölkerung offen.			
<i>Messung / Bewertung:</i> Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche			
<i>Messgrössen:</i> Naturmuseum	42	42	42
Münzkabinett und Antikensammlung	12	12	12
Gewerbemuseum und Uhrensammlung	45	45	45
Schlösser Hegi und Mörsburg	17 bzw. 33	17 bzw. 33	17 bzw. 33
Kulturzentrum Alte Kaserne	95	95	95
4 Substanzerhaltung			
Die historischen Gebäude der Stadt Winterthur werden werterhaltend betreut.			
<i>Messgrösse:</i> Kosten für den Unterhalt in Prozent des Gebäudeversicherungswertes	0.19	0.40	0.20
5 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing / Leistungsmengen			
Anzahl durchgeführter Führungen für Klassen mindestens	892	920	900
Anzahl abgelehnter Führungen für Klassen höchstens	5	0	0

(1) Einwohner: 104'098 Stand per 31.12.2011 / voraussichtliche Einwohnerzahl per Ende 2012 = 105'498 / Prognose per Ende 2013 = 106'798; Mit dem VO 2012 wurde das Produkt vier (Bauten) auf Vorkostenstellen verschoben. Mit der Verschiebung auf Vorkostenstellen sind die bisherigen kalkulatorischen Kosten neu als Umlagekosten in der PG Städtische Institutionen enthalten, was aber die Messgrösse der "Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung inkl. kalk. Kosten" nicht beeinflusst.

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	8'394'223	8'054'996	8'407'058

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Personalkosten

Der Anstieg ist auf diverse Pensenanpassungen zurückzuführen. Beim Naturmuseum und dem Gewerbemuseum fallen im Rahmen von Ausstellungsprojekten regelmässig Mehrzeiten an, welche mit kleinen Anpassungen (Naturmuseum 0,18%; Gewerbemuseum 0,20%) aufgefangen werden können. Die Anpassungen sind kostenneutral. Weiter wird eine 40%-Sozialstelle, welche bisher über den Sozialstellenplan finanziert war, neu vom Münzkabinett getragen. Im Weiteren erhöht das Münzkabinett das bisherige 40%-Pensum seiner Praktikantenstelle auf 100%.

Sachkosten

Die Werbekosten sowie Honorare wurden im VO 2012 zu tief budgetiert und liegen stark unter der Rechnung 2011. Weiter fallen höhere Kosten für den Betriebsunterhalt der Alten Kaserne an (Erneuerung von Brandmelder, Sprinkleranlagen und Funkanlage).

Mietkosten

Die Abteilung Immobilien hat die Mietpreise auf den Voranschlag 2013 hin erhöht.

Externe Erlöse

Die Alte Kaserne feiert im 2012 ihr 20-jähriges Jubiläum mit zahlreichen Spezialanlässen. Sie hat deshalb für das Jahr 2012 höhere Erträge budgetiert als im 2013. Weiter orientierte sich der VO 2012 des Gewerbemuseums am Rechnungsjahr 2010. Die Erlöse sind jedoch vom Erfolg der einzelnen Ausstellungen abhängig. Im 2011 fielen die Erlöse leider tiefer aus.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Ein Direktvergleich mit der Rechnung 2011 ist nicht möglich, da mit Voranschlag 2012 das Produkt vier (Bauten) dieser Produktgruppe aufgelöst und auf Vorkostenstellen verschoben worden ist. Die auf den Vorkostenstellen budgetierten Beträge werden umgelegt und zwar in dieser Produktgruppe auf das Naturmuseum, das Münzkabinett und die Museumspädagogik. Weitere Umlagen betreffen die Produktgruppe Winterthurer Bibliotheken sowie die Produktgruppe Subventionsverträge und Beiträge an Dritte (Kunstmuseum Winterthur). Restbeträge, die sich nicht aufteilen lassen, sowie ein externer Mietertrag des Waaghäuses (CHF 84'000) erscheinen neu unter dem Produkt 1 dieser Produktgruppe. In Bezug auf die Nettokosten handelt es sich bei dieser Reorganisation um ein Nullsummenspiel. Zweck dieser Reorganisation war es, den künstlich hohen Aufwand und Ertrag in dieser Produktgruppe zu senken.

Das Globalbudget hat sich im Vergleich mit der Rechnung 2011 um lediglich Fr. 104'000 erhöht.

Personalkosten

Die Personalkosten erhöhen sich nach Abzug des Produktes vier (Bauten) um die geplanten personellen Anpassungen (siehe unter Abweichung Voranschlag 2012/2013) sowie um die Lohnrunde. Weiter fallen leicht höhere Rentenleistungen als im 2011 an.

Sachkosten

Die Reduktion ist vor allem auf die Verschiebung des Produktes vier (Bauten) auf Vorkostenstellen zurückzuführen.

Kalkulatorische Kosten

Das Produkt vier enthielt hohe kalkulatorische Kosten. Mit der Verschiebung des Produktes auf Vorkostenstellen reduzieren sich diese entsprechend.

Mietkosten

Die Abteilung Immobilien hat die Mietpreise auf den Voranschlag 2013 hin erhöht.

Übrige interne Kosten

Diese Kosten reduzieren sich aufgrund der Verschiebung des Produktes vier (Bauten) auf Vorkostenstellen.

Externe Erlöse

Im 2011 fielen aufgrund von Ausfällen hohe Lohnrückerstattungen an. Weiter haben die Museen ihre Erlöse zurückhaltender budgetiert als in Vorjahren. Die Erlöse schwanken und sind schwierig zu prognostizieren.

Interne Erlöse

Die Reduktion ist auf die Verschiebung des Produktes vier (Bauten) auf Vorkostenstellen zurückzuführen.

Beiträge von Dritten

Das Naturmuseum rechnet ab 2012 mit einem höheren Beitrag als im 2011.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	5'007'957	3'989'403	4'107'481
Sachkosten	3'524'704	3'010'468	3'034'726
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	2'639'502	1'363'162	1'358'926
Mietkosten	318'491	327'320	333'380
Übrige interne Kosten	1'150'333	1'098'477	1'074'839
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>12'640'987</i>	<i>9'788'830</i>	<i>9'909'353</i>
Verrechnungen innerhalb PG	719'627	0	0
Total effektive Kosten	11'921'360	9'788'830	9'909'353
Externe Erlöse	1'344'868	1'467'940	1'237'040
Interne Erlöse	2'886'895	235'893	235'255
Beiträge von Dritten	15'000	30'000	30'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'246'764</i>	<i>1'733'833</i>	<i>1'502'295</i>
Verrechnungen innerhalb PG	719'627	0	0
Total effektive Erlöse	3'527'137	1'733'833	1'502'295
Total Nettokosten / Globalkredit	8'394'223	8'054'996	8'407'058
Kostendeckungsgrad in %	30	18	15

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	43.60	30.35	31.38
▪ Auszubildende	4.00	5.40	6.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Auszubildende: Im Gewerbemuseum hat es je eine 100%-Praktikumsstelle. Die Alte Kaserne bietet zwei Lehrstellen für Hausdienst sowie zwei Koch-Lehrstellen an. Die Praktikantenstelle im Münzkabinett wird von 40% auf 100% erhöht.

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Naturmuseum, 0.18 Stellenprozente: Die Stellenaufstockung betrifft die Projektleitung des Kindermuseums Kerala. In den letzten sechs Jahren sind laufend neue Aufgaben hinzugekommen (zB Familienworkshops zu den Wechseiausstellungen, Projekte für fremdsprachige Familien). Die Kosten der Stellenaufstockung von rund Fr. 22'000 werden in den Personalkosten durch den Wegfall der Überstunden kompensiert. Der verbleibende Restbetrag wird bei den Sachkosten eingespart. Es ist in absehbarer Zeit nicht mit einer Verminderung des Arbeitsumfanges zu rechnen. Gewerbemuseum, 0.2 Stellenprozente: Die Stellenaufstockung betrifft die wissenschaftliche Assistenz sowie die Kommunikation um je 0.1 Stellenprozente. Zusatzaufgaben im Zusammenhang der Sammlung des Gewerbemuseums (Materialarchiv) sowie höhere Anforderungen in der Kommunikation können nicht mehr im bestehenden Stellenumfang bewältigt werden. Die Kosten der Aufstockung von rund Fr. 23'000.-- werden durch den Wegfall der Überstunden kompensiert. Es ist in absehbarer Zeit nicht mit einer Verminderung des Arbeitsumfanges zu rechnen. Alte Kaserne, 0.8 Stellenprozente: Es handelt sich um feste freie Mitarbeitende, die in den ordentlichen Stellenetat verschoben werden. Dass die Personalkosten gegenüber dem Ist 2011 um Fr. 16'000.-- höher ausfallen, ist auf die 2012 eingeführte Zusammenarbeit mit dem KAP (+ Fr. 8'000, Entschädigung für temporäre Arbeitskräfte) sowie auf die Löhne für die Lernenden (+Fr. 8'000) zurückzuführen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

Naturmuseum

Fledermäuse (Nov. 2012 - Mai 2013); Fischotter (Mai 2013 - Sept. 2013); Galapagos (Sept. 2013 - Frühling 2014)

Gewerbemuseum

Ducta - Holz in Form! (18. Nov. 2012 - Mai 2013); Welcher Handel ist gerecht? Terra fair (16. Mai - 18. August 2013); Hidden Design, Hidden Forms (Ende Juni 2013 - Ende Okt. 2013); Kunst und Wissenschaft (7./8. Sept. 2013 - Mai 2014); Lichttage (Nov. 2013)

Münzkabinett

Geld macht Geschichte (bis März 2014); Neuzugänge 2012 (Arbeitstitel) ab Januar 2013; Kunst und Wissenschaft (7./8. Sept. 2013 - März 2014);

Am Projekt "Kunst und Wissenschaft" sind zahlreiche Winterthurer Kulturinstitutionen beteiligt. Es dauert voraussichtlich vom 7./8. Sept. 2013 bis im November 2013. Die Ausstellungen werden zum Teil von einzelnen Museen noch länger geführt.

Produkt 1 Städtische Museen und Bauten

Leistungen

Die Museen gestalten in ihren Bereichen Wechselausstellungen, organisieren Führungen und Veranstaltungen, pflegen, erforschen und erweitern ihre Sammlungen und das historische Kulturgut. Die Museen sind Bildungs-, Vermittlungs- und Forschungsinstitutionen. Unterhalt, Substanzerhaltung sowie Gewährleistung des technischen Betriebs, Aufsicht und Reinigung von folgenden Gebäuden: Museums- und Bibliotheksgebäude, Waaghaus, Schlösser Hegi* und Mörsburg*, Barockhäuschen*, Kapelle Rossberg*, Musikpavillon*, Ateliers*, Cafeteria Museumsgebäude. Bei den mit * markierten Objekten ergeben sich keine Umlagekosten. Die dort anfallenden (vernachlässigbaren) Kosten werden unter Produkt 1 erfasst. Der Mietertrag im Waaghaus wird ebenfalls über dieses Produkt geführt.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	6'399'936	6'209'998	6'375'259
Erlös	403'831	522'035	472'504
Nettokosten	5'996'105	5'687'963	5'902'755
Kostendeckungsgrad in %	6	8	7

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Ausstellungen	14	11	12
Anzahl Veranstaltungen	74	51	62
Anzahl Führungen (1)	189	221	221
Verhältnis der inventarisierten Objekte zur Gesamtzahl der Objekte in % (2)	100 / 31 / 12.7	100 / 30 / 12	100 / 31 / 13

1) Ohne Führungen für Schulklassen

2) Als "inventarisiert" gelten Objekte, welche nicht nur aufbereitet, sondern auch in einer Datenbank erfasst sind. Bei der Uhrensammlung im Gewerbemuseum sind dies 100%. Im Münzkabinett geht man von 31% aus und im Naturmuseum schätzt man den inventarisierten Stand per Ende 2013 auf 13%.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Besuchende Naturmuseum	28'926	23'000	25'000
Anzahl Besuchende Münzkabinett und Antikensammlung	2'739	2'400	2'400
Anzahl Besuchende Gewerbemuseum und Uhrensammlung	27'460	22'000	25'000
Anzahl Besuchende Schlösser Hegi und Mörsburg	7'278	6'500	6'500

Produkt 2 Alte Kaserne Kulturzentrum

Leistungen

- Dienstleistung Raumbenützungen (regelmässige und einmalige) inkl. Veranstaltungs- und Projektberatungen sowie Projektbegleitungen.
- Eigene Veranstaltungen und Koproduktionen zur Bereicherung und Ergänzung der kulturellen Vielfalt in der Stadt.
- Gastrobereich mit Bistrobetrieb und –veranstaltungen sowie Catering und Spezialdienstleistungen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'494'023	2'618'529	2'559'182
Erlös	955'310	1'123'540	941'140
Nettokosten	1'538'713	1'494'989	1'618'042
Kostendeckungsgrad in %	38	43	37

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Mindestanzahl belegte Raum/Zeiteinheiten (2,5 Std./Raum) pro Jahr (45 Wochen) durch regelmässige Benutzende	3'465	3'600	3'600

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Mindestanzahl Einzelveranstaltungen pro Jahr	1'609	1'700	1'700
Anteil Eigenveranstaltungen bzw. Koproduktionen an den Einzelveranstaltungen Alte Kaserne in %	3	4	3

Produkt 3 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing

Leistungen

Dienstleistungen und Vermittlung:

Museums- und theaterpädagogisches Angebot in den Winterthurer Museen und Theatern für Schul- sowie Kindergartenklassen
Führungen und Weiterbildung für Lehrkräfte und Ausarbeitung von Lehr-Dokumentationen

Veranstaltungsmarketing:

Der Bereich umfasst Inserate, Publikationen und Werbung im Rahmen des allg. Kulturmarketings. Dazu gehören Veranstaltungskalender (Prospekt, Plakat), Internetauftritt kultur.winterthur.ch und chinderthur.ch mit Veranstaltungskalender und Veranstaltungen für Kinder, Museumsprospekt, Inserierung von Förderpreisen und Auslandateliers usw. sowie weitere Öffentlichkeitsarbeit wie die Koordination und Durchführung von Sonderevents.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	994'223	960'302	974'911
Erlös	97'598	88'258	88'651
Nettokosten	896'625	872'044	886'261
Kostendeckungsgrad in %	10	9	9

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Anfragen im Verhältnis zur Anz. durchgeführten Führungen (in %)	97	97	97

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Mindestanzahl Internetzugriffe auf den Veranstaltungskalender	97'878	60'000	90'000
Mindestanzahl Winterthurer Schüler in % von allen Schulklassen, die das Angebot Museumspädagogik nutzen	100	95	98

Nicht teilnehmende Klassen werden durch Mehrfachbesuche anderer Klassen kompensiert.

IAFP Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	11'921	9'788	9'909	9'926	9'979	9'909
Erlös	3'527	1'733	1'502	1'502	1'502	1'502
Nettokosten/Globalkredit	8'394	8'055	8'407	8'424	8'477	8'407
Kostendeckungsgrad in %	30	18	15	15	15	15

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	876'000	1'380'000	1'100'000	2'600'000	3'050'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kosten exkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro Einwohner (1) in CHF	55	64	67	66	66	64
Kosten inkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro Einwohner (1) in CHF	81	77	79	78	78	76
2 Kundenorientierung						
Die Besuchenden der städtischen Museen sind mit dem Angebot zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Besuchern <i>Messgrößen:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen des Kulturzentrums Alte Kaserne zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die einzelnen Mieter <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen der Kulturvermittlung zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die Führungsteilnehmer <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	-	-	-	90	-	-
	-	-	-	90	-	-
	-	-	-	90	-	-

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
3 Zugänglichkeit Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche Die städtischen Kultureinrichtungen stehen der gesamten Bevölkerung offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche <i>Messgrössen:</i> Naturmuseum Münzkabinett und Antikensammlung Gewerbemuseum und Uhrensammlung Schlösser Hegi und Mörsburg Kulturzentrum Alte Kaserne						
	42	42	42	42	42	42
	12	12	12	12	12	12
	45	45	45	45	45	45
	17 bzw. 33	17 bzw. 33	17 bzw. 33	17 bzw. 33	17 bzw. 33	17 bzw. 33
	95	95	95	95	95	95
4 Substanzerhaltung Die historischen Gebäude der Stadt Winterthur werden werterhaltend betreut. <i>Messgrösse:</i> Kosten für den Unterhalt in Prozent des Gebäudeversicherungswertes						
	0.1	0.4	0.2	0	0	0
5 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing / Leistungsmengen Anzahl durchgeführter Führungen für Klassen mindestens Anzahl abgelehnter Führungen für Klassen höchstens						
	892	920	900	900	900	900
	5	0	0	0	0	0

(1) Einwohner: 104'098 Stand per 31.12.2011 / voraussichtliche Einwohnerzahl per Ende 2012 = 105'498 / Prognose per Ende 2013 = 106'798; Mit dem VO 2012 wurde das Produkt vier (Bauten) auf Vorkostenstellen verschoben. Mit der Verschiebung auf Vorkostenstellen sind die bisherigen kalkulatorischen Kosten neu als Umlagekosten in der PG Städtische Institutionen enthalten, was aber die Messgrösse der "Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung inkl. kalk. Kosten" nicht beeinflusst.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit der Museen. Im 2014 findet voraussichtlich eine Erhebung der Kundenzufriedenheit statt.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Rechtspflege

Auftrag

In der Produktgruppe Rechtspflege werden die Dienstleistungen der Stadtammann- und Betreibungsämter sowie des Friedensrichteramtes zusammengefasst. Beide Bereiche erfüllen ausschliesslich gesetzliche Aufgaben.

Produkte

1 Stadtammann- und Betreibungsämter

Vollzug sämtlicher vollstreckungsrechtlicher (betreibungsrechtlicher) Aufgaben im Sinne des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG).

Vollzug der gestützt auf das Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG) zugewiesenen gerichtsvollzieherischen (stadtammannamtlichen) Aufgaben.

2 Friedensrichteramt

Die Friedensrichterinnen sind Organe der kantonalen Rechtspflege. Sie suchen als Schlichtungsbeamtinnen bei zivilrechtlichen Streitigkeiten (inkl. arbeitsrechtlichen Klagen) nach einer einvernehmlichen Lösung zwischen den Parteien und können bis SFr. 2'000.00 Streitwert auf Antrag der klägerischen Partei einen Entscheid fällen respektive bis SFr. 5'000.00 Streitwert einen Urteilsvorschlag unterbreiten.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Stadtammann- und Betreibungsämter

SchKG, OR, StGB, VZG, GOG, EZPO, EGzSchKG

Friedensrichteramt

ZGB, OR, SchKG, EGzZGB, EZPO, GOG u.w.m.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Stadtammann- und Betreibungsämter

Die Winterthurer Stadtammann- und Betreibungsämter sind gemäss Gemeindeverordnung der Stadt Winterthur der Exekutive "administrativ" zugeteilt. Materiellrechtlich sind die Stadtammann- und Betreibungsämter der Gerichtsbarkeit (Bezirksgericht / Obergericht / Bundesrat) unterstellt.

Friedensrichteramt

Das Friedensrichteramt ist gemäss Gemeindeordnung der Stadt Winterthur der Exekutive "administrativ" zugeteilt.

Aufsichtsrechtlich sind die Friedensrichterinnen dem Bezirksgericht und dem Obergericht unterstellt. Friedensrichterinnen werden für eine Amtsdauer von sechs Jahren vom Volk gewählt und sind unabhängig.

Stufe Verwaltungseinheit

Die Stadtammann- und Betreibungsämter sowie das Friedensrichteramt der Stadt Winterthur sind organisatorisch dem Departement Kulturelles und Dienste zugeteilt.

Verantwortliche Leitung

Roland Isler / Regina Müller

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Kundenorientierung Bei der Dienstleistungserbringung achten die Mitarbeitenden der Ämter auf eine korrekte und adäquate Behandlung der Klienten <i>Messung / Bewertung:</i> ▪ Stadttammann- und Betreibungsämter: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden ▪ Friedensrichteramt: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden	0 0	0 0	0 0
2 Erreichbarkeit Die Ämter sind während den üblichen Geschäftszeiten telefonisch erreichbar. <i>Messung / Bewertung:</i> telefonische Erreichbarkeit in Stunden pro Woche <i>Messgrössen:</i> ▪ Stadttammann- und Betreibungsämter ▪ Friedensrichteramt	39.50 37.50	39.50 37.50	39.50 37.50

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	230'347	381'591	375'122

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Personalkosten

Tiefere Rententeuerungen und der Wegfall von Rentenleistungen im VO13 führten zu einer Reduktion der Kosten gegenüber dem VO12.

Sachkosten

Die Anschaffung und der Unterhalt der neuen Betriebssoftware, infolge Vorgabe der Kantonalen Aufsichtsbehörde, bei den Stadtmann- und Betreibungsämter (Produkt 1) sowie die Portoerhöhung von Postfinance im 2012 und die Kosten der IDW betreffend Einführung von Win Top 2012, führen insbesondere zu höheren Sachkosten im VO13.

Mietkosten

Die Erhöhung der Raumkosten gem. SRB 08.776-7, führen zu höheren Mietkosten im VO13.

Interne Kosten

Insbesondere höhere Umlagen des Departementsekretariat führen zur Erhöhung der internen Kosten im VO13.

Erlös

Bei den Stadtmann- und Betreibungsämter (Produkt 1) wird gegenüber dem VO12 ein leichter Anstieg der Geschäftsfälle erwartet, was zu einem höheren Erlös im VO13 führt.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Personalkosten

Die nicht unmittelbare Besetzung einer Stelle und die nicht definitive Einreihung in die vorgesehene Funktionsstufe zweier Stellen bei den Stadtmann- und Betreibungsämter (Produkt 1) im Geschäftsjahr 2011, führten in der Rechnung 2011 gegenüber dem VO13 zu tieferen Personalkosten.

Sachkosten

Anschaffung und Unterhalt der neuen Betriebssoftware, infolge Vorgabe der Kantonalen Aufsichtsbehörde, und gesetzliche Abgaben an das Bundesamt für Justiz (eSchKG) bei den Stadtmann- und Betreibungsämter (Produkt 1) sowie höhere Porti bei Postfinance und Kosten der IDW in Bezug auf die Einführung von Win Top 2012, führen im Geschäftsjahr 2013 gegenüber dem 2011 zu höheren Sachkosten.

Mietkosten

Mit dem SRB 08.776-7 wurden für das Geschäftsjahr 2013 die Raumkosten erhöht, was zu höheren Mietkosten im VO13 führt.

Interne Kosten

Die Einlage in die Produktgruppenreserven führten insbesondere zu einer Erhöhung der internen Kosten im Geschäftsjahr 2011 gegenüber dem VO13.

Erlös

Der zu erwartende Geschäftsanstieg im 2013 bei den Stadtmann- und Betreibungsämter (Produkt 1) führt zu mehr Gebühreneinnahmen, weshalb sich der Erlös im VO13 gegenüber der Rechnung 11 erhöht.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	3'932'174	4'069'816	4'030'100
Sachkosten	874'372	899'588	994'935
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	49'178	49'780	61'380
Übrige interne Kosten	227'860	191'606	205'907
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'083'584</i>	<i>5'210'791</i>	<i>5'292'322</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'083'584	5'210'791	5'292'322
Externe Erlöse	4'853'015	4'829'200	4'917'200
Interne Erlöse	222	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'853'237</i>	<i>4'829'200</i>	<i>4'917'200</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'853'237	4'829'200	4'917'200
Total Nettokosten / Globalkredit	230'347	381'591	375'122
Kostendeckungsgrad in %	95	93	93

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	30.45	31.12	31.12
▪ Auszubildende	2.00	2.00	2.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Keine Veränderung gegenüber dem VA 2012

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

Keine.

Produkt 1 Stadtammann- und Betreibungsämter

Leistungen

Betreibungsamt

- Betreibungsverfahren einleiten
- Pfändungen vollziehen
- Rechtshilfeverfahren bearbeiten
- Konkursandrohungen ausstellen
- Arrest- und Retentionsverfahren durchführen
- Verwertungen von beweglichen Sachen durchführen
- Grundpfandverwertungsverfahren durchführen
- Formale Auskünfte im Rahmen der Geschäftstätigkeit

Stadtammannamt

- Beglaubigungen vollziehen
- Privatrechtliche Anzeigen tätigen
- freiwillige Steigerungen (Auktionen) durchführen
- Befundaufnahmen (Sachverhalte, Hausdurchsuchungen) vornehmen
- Gerichtliche Ausweisungen vollziehen
- Allgemeine Verbote erlassen
- Formale Auskünfte im Rahmen der Geschäftstätigkeit

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	4'583'548	4'712'622	4'790'088
Erlös	4'757'393	4'728'000	4'816'000
Nettokosten	-173'845	-15'378	-25'912
Kostendeckungsgrad in %	104	100	101

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Fälle pro Mitarbeitende	1'129	1'111	1'109
Die Geschäftsfälle werden gesetzeskonform, adäquat und kompetent behandelt. Zur Beurteilung dieses Zieles werden die jährlichen Revisionsberichte des Bezirksgerichtes Winterthur, des Betreibungsinspektorates des Obergerichts des Kantons Zürich und der Finanzkontrolle der Stadt Winterthur herbeigezogen.			
Beurteilung der Tätigkeit der Stadtmann- und Betreibungsämter	positiv	positiv	positiv
Anzahl gutgeheissene schriftliche Beschwerden im Verhältnis zur Anzahl der Zahlungsbefehle der Betreibungsämter (in %)	0.0	0.1	0.1

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl eingeleiteter Betreibungsverfahren	31'166	30'800	31'500
Anzahl Pfändungsvollzüge	14'568	14'700	14'700
Anzahl Konkursandrohungen	558	650	600
Anzahl ausgestellter Verlustscheine	11'656	11'500	11'700
Anzahl stadtmannamtlicher Geschäfte	629	650	640
- davon Beglaubigungen	482	450	490
- davon amtliche Befundaufnahmen (Befunde, Sachverhalte und Hausdurchsuchungen)	42	55	50
- davon Ausweisungen (Exmissionen)	40	50	45

Produkt 2 Friedensrichteramt

Leistungen

- Fall-Administration
- Schlichtungsverfahren in zivilrechtlichen Streitigkeiten (inkl. arbeitsrechtliche Klagen) führen
- Entscheid bis SFr. 2'000.00 Streitwert auf Antrag der klägerischen Partei fällen
- Urteilsvorschlag bis SFr. 5'000.00 Streitwert unterbreiten
- Audienzgespräche (formale Auskünfte erteilen)
- Amts-Buchhaltung
- Inkasso Gerichtsgebühren

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	484'758	498'169	502'233
Erlös	95'844	101'200	101'200
Nettokosten	388'914	396'969	401'033
Kostendeckungsgrad in %	20	20	20

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Fälle pro FriedensrichterIn	156	160	160
Anzahl der Fälle, welche durch Verfügung / Urteil / Urteilsvorschlag erledigt werden konnten im Verhältnis zur gesamten Anzahl Fälle (in %)	70	55	60
Anzahl der Fälle, welche nach einer Schlichtungsverhandlung in Anwesenheit beider Parteien durch Verfügung, Urteil oder Urteilsvorschlag erledigt werden konnten im Verhältnis zur gesamten Anzahl Fälle in %	76	65	70
Die Geschäftsfälle werden gesetzeskonform, adäquat und kompetent behandelt. Zur Beurteilung dieses Zieles wird der Visitationsbericht des Bezirksgerichts herangezogen.			
Beurteilung der Tätigkeit des Friedensrichteramtes	positiv	positiv	positiv
Anzahl gutgeheissene Beschwerden/Berufungen im Verhältnis zur Anzahl Fälle des Friedensrichteramtes (in %)	0.00	0.40	0.40

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Audienzgespräche	381	450	400
Anzahl behandelter Schlichtungsverfahren in Zivilstreitigkeiten (total)	470	480	480
davon arbeitsrechtliche Klagen	94	120	110

IAFP Rechtspflege

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	5'083	5'210	5'292	5'292	5'292	5'292
Erlös	4'853	4'829	4'917	4'917	4'917	4'917
Nettokosten/Globalkredit	230	382	375	375	375	375
Kostendeckungsgrad in %	95	93	93	93	93	93

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Kundenorientierung						
▪ Stadttammann- und Betreibungsämter: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden	0.0	0.0	0.0	0	0	0
▪ Friedensrichteramt: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden	0.0	0.0	0.0	0	0	0
2 Erreichbarkeit während den üblichen Geschäftszeiten						
telefonische Erreichbarkeit in Stunden pro Woche						
▪ Stadttammann- und Betreibungsämter	39.5	39.5	39.5	39.5	39.5	39.5
▪ Friedensrichteramt	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Keine.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Entwicklung der Fallzahlen wie auch die Komplexität des Einzelfalles sind schwierig voraussehbar. Die Entwicklung ist von diversen äusseren Faktoren abhängig, welche unsererseits - als Organe der Rechtspflege - nicht beeinfluss- und/oder planbar sind, weshalb eine künftige Prognostizierung lediglich auf Erfahrungswerten beruht.

Finanzkontrolle

Auftrag

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht der Stadt Winterthur. Sie unterstützt den Grossen Gemeinderat bei der Aufsicht über die Verwaltung und den Stadtrat bei seiner Dienstaufsicht. Sie ist fachlich selbständig und unabhängig.

Die Kernaufgaben der Finanzkontrolle sind:

- Prüfung der städtischen Rechnung (Jahresrechnung)
- Prüfung der Globalrechnungen
- Prüfung der Haushaltsführung der Organisationseinheiten (Dienststellenrevision)
- Prüfungen im Auftrag des Kantons

Zu den Sonderaufgaben der Finanzkontrolle gehören:

- Prüfung von Verwendung von städtischen Beiträgen (Subventionsprüfung)
- Prüfungen als Revisionsstelle bei Organisationen, soweit ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht
- Besondere Prüfungsaufträge der parlamentarischen Untersuchungskommissionen, der für die Finanzaufsicht zuständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates, des Stadtrates und der Departemente
- Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht (Art. 84 ZGB)

Produkte

1 Städtische Finanzaufsicht

Wahrnehmung der Finanzaufsicht im Rahmen des obigen Auftrages.

2 Externe Revisionsmandate und gesetzliche Stiftungsaufsicht

Ausübung von externen Revisionsmandaten und Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht als Sonderaufgaben der Finanzkontrolle.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesezt und Verordnung über den Gemeindehaushalt vom 23.9.84 Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt vom 10.10.84 Kreisschreiben der Direktion des Innern über die Haushaltkontrolle der Gemeinden vom 12.9.85

ZGB Art. 84 (Stiftungsaufsicht)

Stufe Stadt (GGR)

Verordnung über die Finanzkontrolle der Stadt Winterthur vom 18. April 2005

Verantwortliche Leitung

Georg Ludwig

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Leistungserbringung / Wirtschaftlichkeit			
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes: Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	97	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren	6	6	6
Kostendeckungsgrad Produkt 2:			
Externe Revisionsmandate in %	112	100	100
Gesetzliche Stiftungsaufsicht in %	102	100	100

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	719'612	775'282	806'103

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Personalaufwand: Stelleninsetate, Rentenleistungen

Sachaufwand: externe IT-Revision

Interner Aufwand: Erhöhung der Miete

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Personalaufwand: Stufenerhöhung, Leistungsanteil

Sachaufwand: externe IT-Revision

Interne Verrechnungen: Erhöhung interne Miete, mehr Residualkostenertrag

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	876'659	931'516	924'220
Sachkosten	22'901	19'862	46'760
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	49'017	49'000	65'900
Übrige interne Kosten	44'536	47'524	53'239
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>993'114</i>	<i>1'047'902</i>	<i>1'090'119</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	993'114	1'047'902	1'090'119
Externe Erlöse	13'981	13'100	12'600
Interne Erlöse	259'521	259'520	271'416
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>273'502</i>	<i>272'620</i>	<i>284'016</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	273'502	272'620	284'016
Total Nettokosten / Globalkredit	719'612	775'282	806'103
Kostendeckungsgrad in %	28	26	26

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	4.70	4.80	4.80
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderung gegenüber dem VA 2012

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

externe IT-Revision

Produkt 1 Städtische Finanzaufsicht

Leistungen

- Prüfung der städtischen Rechnung (Jahresrechnung)
- Prüfung der Globalrechnungen
- Prüfung der Haushaltsführung der Organisationseinheiten (Dienststellenrevision)
- Prüfungen im Auftrag des Kantons.
- Prüfung von Verwendung von städtischen Beiträgen (Subventionsprüfung)
- Besondere Prüfungsaufträge der parlamentarischen Untersuchungskommissionen, der für die Finanzaufsicht zuständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates, des Stadtrates und der Departemente

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	979'555	1'035'537	1'077'692
Erlös	260'412	260'220	271'516
Nettokosten	719'143	775'317	806'176
Kostendeckungsgrad in %	27	25	25

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes: Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	97	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren	6	6	6

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Volumen des zu beaufsichtigenden Finanzhaushaltes in CHF:			
Laufende Rechnung	1.389 Mia.		
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	220 Mio.		
Investitionsrechnung Finanzvermögen	34 Mio.		
Bilanzsumme	1.936 Mia.		

Produkt 2 Externe Revisionsmandate und gesetzliche Stiftungsaufsicht

Leistungen

- Prüfungen als Revisionsstelle bei Organisationen, soweit ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht
- Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht (Art. 84 ZGB)

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	11'898	12'365	12'427
Erlös	12'700	12'400	12'500
Nettokosten	-803	-35	-73
Kostendeckungsgrad in %	107	100	101

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kostendeckungsgrad externe Revisionsmandate in %	112	100	100
Kostendeckungsgrad gesetzliche Aufsichtsmandate in %	102	100	100

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Revisionsmandate	4	4	4
Anzahl Aufsichtsmandate	12	12	12

IAFP Finanzkontrolle

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	993	1'047	1'090	1'090	1'090	1'090
Erlös	273	272	284	284	284	284
Nettokosten/Globalkredit	720	775	806	806	806	806
Kostendeckungsgrad in %	28	26	26	26	26	26

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Leistungserbringung / Wirtschaftlichkeit						
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes: Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	97	90	90	90	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren	6	6	6	6	6	6
Kostendeckungsgrad Produkt 2:						
Externe Revisionsmandate in %	112	100	100	100	100	100
Gesetzliche Stiftungsaufsicht in %	102	100	100	100	100	100

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Keine.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Finanzamt

Auftrag

- Organisation des städtischen Rechnungswesens.
- Führung der Buchhaltung.
- Organisation des Controllings für den Stadtrat und die Verwaltung.
- Erstellung des Finanzplanes, des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses.
- Einsitz in der Pensionskassenverwaltung.
- Beratung des Stadtrats in allen Geschäften mit finanziellen Auswirkungen.

Produkte

1 Organisation und Führung des Finanz- und Rechnungswesens

Das Finanzamt ist einerseits für die Bereitstellung und Betreuung der Software (CS/2) für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlich. Andererseits ist das Finanzamt für die Koordination und die Erstellung des Voranschlags, der Rechnung und der Finanzplanung zuständig.

2 Externe Buchhaltungs- und Beratungsmandate

Das Finanzamt übernimmt im Auftrag von der Stadt nahe stehenden Organisationen die Führung der Buchhaltung oder auch Beratungsmandate in finanziellen Angelegenheiten.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesetz

Verordnung über den Gemeindehaushalt

Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons

Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden

Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gemeindeordnung

Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur

Stufe Verwaltungseinheit

Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Beat Holzer

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Qualitätssicherung Zufriedenheit des Stadtrats und des Gemeinderats bezüglich der zeit- und sachgerechten Buchführung und Zahlungsverkehr. <i>Messgrössen:</i> Die Finanzkontrolle empfiehlt dem GGR die Vorjahresrechnung zur Abnahme. Die Vorjahresrechnung wird vom Bezirksamt genehmigt. Anzahl Reklamationen der Lieferanten bezüglich termingerechter Zahlung	erfüllt erfüllt keine	erfüllt erfüllt keine	erfüllt erfüllt keine
2 Finanzierung Der interne Zinssatz der Stadt Winterthur liegt unter demjenigen des Kantons. <i>Messgrössen:</i> - interner Zinssatz Stadt Winterthur - interner Zinssatz Kanton		2.625% 3.000%	2.5% 2.5%
3 Liquiditätsplanung Bereitstellung einer optimalen Liquidität <i>Messgrösse:</i> Durch das Finanzamt verschuldete Verzugszinszahlungen.	keine	keine	keine
4 Kosten Die Durchführung von auswärtigen Aufgaben ist kostendeckend. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad für Produkt 2 in %	100	100	100

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	2'480'688	2'607'512	2'617'011

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Für das Budget 2013 gibt es zwei wesentliche Änderungen gegenüber dem Budget 2012. Die AHV-Zweigstelle wird neu in den Sozialen Diensten integriert. Das Budget wird um rund CHF 170'000 entlastet. Für die Einführung von HRM2 in zwei Schritten auf das Jahr 2014 und 2015 sind zusätzliche Kosten von rund CHF 170'000 geplant. Dafür ist eine zusätzliche Stelle und Beratungstage der Firma Wilken im Budget 2013 eingestellt. Der Rest sind zusätzliche interne Mietkosten.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Einerseits gleiche Begründung wie gegenüber dem Budget 2012 und andererseits wurde im Jahr 2011 die Staatsbeiträge für die AHV-Zweigstelle richtig abgegrenzt, was zu einmaligen zusätzlichen Einnahmen in der Höhe von CHF 130'000 geführt hat.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	2'387'579	2'532'266	2'330'970
Sachkosten	676'170	730'517	608'782
Beiträge an Dritte	5'390	10'000	5'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	37'149	30'533	25'356
Mietkosten	141'954	145'300	131'900
Übrige interne Kosten	473'454	366'014	654'318
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'721'697</i>	<i>3'814'631</i>	<i>3'756'326</i>
Verrechnungen innerhalb PG	45'000	68'000	68'000
Total effektive Kosten	3'676'697	3'746'631	3'688'326
Externe Erlöse	322'388	265'500	141'500
Interne Erlöse	918'621	941'619	997'815
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'241'009</i>	<i>1'207'119</i>	<i>1'139'315</i>
Verrechnungen innerhalb PG	45'000	68'000	68'000
Total effektive Erlöse	1'196'009	1'139'119	1'071'315
Total Nettokosten / Globalkredit	2'480'688	2'607'512	2'617'011
Kostendeckungsgrad in %	33	30	29

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	17.00	17.00	15.60
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Die AHV-Zweigstelle wird in die sozialen Dienste des Departements Soziales verschoben. Das ergibt eine Reduktion von zwei Stellen. Für die Einführung von HRM2 wurde eine zusätzliche Stelle bewilligt. Da aber per Ende Juli 2013 die Stelle eines in Pension gehenden Mitarbeiters nicht mehr ersetzt wird, ergeben sich nur 60 % zusätzliche Stellenprozente.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013**Vom Jahr 2012 zur Weiterführung zu übernehmende Projekte**

- Einführung von HRM2 als Pilotgemeinde.
- Online Verrechnung der internen Fakturen in der Rechnungsabwicklung.
- Skaleneffekte im Rechnungswesen im Hinblick auf Fokus.
- Mitarbeit im Projekt Pensionskassensanierung

Neue Projekte

- Überarbeitung der Investitionsapplikation im Intranet

Produkt 1 Organisation und Führung des Finanz- und Rechnungswesens

Leistungen

- Organisieren des städtischen Rechnungswesens
- Führen der Buchhaltung
- Organisieren des Controllings
- Erstellen des Finanzplanes, des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses
- Beratung des Stadtrats in allen Geschäften mit finanziellen Auswirkungen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	3'662'112	3'746'631	3'688'326
Erlös	1'191'013	1'139'119	1'071'315
Nettokosten	2'471'099	2'607'512	2'617'011
Kostendeckungsgrad in %	33	30	29

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
siehe Parlamentarische Zielvorgaben Punkt 1 und 2			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Projekte	10	5	5
Anzahl Mitberichte	332	300	300

Produkt 2 Externe Buchhaltungs- und Beratungsmandate

Leistungen

- Führen von externen Buchhaltungen
- Beratung der Pensionskassenverwaltung in finanziellen Angelegenheiten

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	45'000	68'000	68'000
Erlös	45'000	68'000	68'000
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
siehe Parlamentarische Zielvorgaben Punkt 3			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl verrechneter Stunden	565	490	500

* Die Buchhaltungskosten wurden bis 2010 pauschal verrechnet.

IAFP Finanzamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	3'676	3'746	3'688	3'688	3'688	3'688
Erlös	1'196	1'139	1'071	1'071	1'071	1'071
Nettokosten/Globalkredit	2'481	2'608	2'617	2'617	2'617	2'617
Kostendeckungsgrad in %	33	30	29	29	29	29

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	-488'000	-790'000	2'171'000	-660'000	-660'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Qualitätssicherung Die Finanzkontrolle empfiehlt dem GGR die Vorjahresrechnung zur Abnahme. Die Vorjahresrechnung wird vom Bezirksrat genehmigt. Anzahl Reklamationen der Lieferanten bezüglich termingerechter Zahlung	erfüllt erfüllt keine	erfüllt erfüllt keine	erfüllt erfüllt keine	erfüllt erfüllt keine	erfüllt erfüllt keine	erfüllt erfüllt keine
2 Finanzierung Der interne Zinssatz der Stadt Winterthur liegt unter demjenigen des Kantons. <i>Messgrößen:</i> - interner Zinssatz Stadt Winterthur - interner Zinssatz Kanton	0.0 0.0	2.625% 3.000%	2.5% 2.5%	2.3% *	2.3% *	2.3% *
3 Liquiditätsplanung Durch das Finanzamt verschuldete Verzugszinszahlungen.	keine	keine	keine	keine	keine	keine
4 Kosten Die Durchführung von auswärtigen Aufgaben ist kostendeckend. Messgrösse: Kostendeckungsgrad für Produkt 2 in %	100	100	100	100	100	100

*Gemäss RRB Nr. 253 vom 14.03.2012 / Für die Folgejahre noch nicht bekannt.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Das Projekt HRM2 ist ein städtisches Grossprojekt und wird das Finanzamt bis ins Jahr 2016 beschäftigen.
- Mit dem Projekt Skaleneffekte wird die städtische Organisation im Rechnungswesen überprüft und allenfalls restrukturiert.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Finanzpolitik der Stadt Winterthur muss unter dem neuen Finanzausgleich weiterentwickelt werden.

Informatikdienste (IDW)

Auftrag

Die Informatikdienste (IDW) sind der Informatik- und Kommunikationsdienstleister der Stadtverwaltung. Sie beraten in allen Gebieten der Informatik, der Kommunikation und der Telefonie. Sie koordinieren und planen für die Stadtverwaltung. Sie realisieren Informatik- und Telefonieprojekte und betreiben Anwendungen. Damit sorgen sie für eine optimale Unterstützung der Geschäftsprozesse mit Informatikmitteln.

Produkte

1 Software & Consulting

Beschaffung, Entwicklung, Wartung und Unterhalt von Software, Optimierung von Geschäftsprozessen

2 PC-Benutzerservice

Information und Beratung; Beschaffung und Installation der Arbeitsplatzinfrastruktur, Support, Schulung

3 Kommunikation

Ausbau und Betrieb des städtischen Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes

4 Rechenzentrum

Betrieb des Rechenzentrums, Vor- und Nachbearbeitung von Daten und Datenträger, Pflege der Datenbank- und Betriebssysteme, Webmastering für Intranet und Internet

5 Zentrale städtische Informatikdienstleistungen

Umsetzung und Überprüfung der Informatikstrategie, Informatik-Controlling, Flottenpolitik und Standards, departementsübergreifende Dienstleistungen auf dem Gebiet der IT (Informationstechnologie)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) vom 12.02.2007, Inkraftsetzung am 1.10.2008
- Verordnung über die Information und den Datenschutz (IDV) vom 28.05.2008, Inkraftsetzung am 1.10.2008
- Kantonale Informatiksicherheitsverordnung vom 17.12.97

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Informatikstrategie 2005 (SRB Nr. 2006-0080 vom 18.01.2006)
- Rechenzentrumsleistungen für Gemeinden (SRB Nr. 2001-1931 vom 14.11.2001)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild der Informatikdienste vom Dezember 2009

Verantwortliche Leitung

Markus Freuler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Kostendeckungsgrad - der Dienstleistungen für die Stadtverwaltung in % - Die Dienstleistungen für externe Auftraggeber werden gewinnbringend erbracht* - der Gesamtheit der Dienstleistungen in % Die verwaltungsinternen Dienstleistungen (Produkte 1-4) werden den Bezügerinnen und Bezügern kostendeckend verrechnet. Dienstleistungen für externe Kunden werden gewinnbringend verrechnet. * ohne verwaltungsnahen externen Kundinnen und Kunden wie Pensionskasse der Stadt Winterthur, Ombudsmann, Winterthur Tourismus, Friedensrichteramt, Standortförderung Region Winterthur. Dienstleistungen für diese Organisationen sind nur kostendeckend.	95.00 erfüllt 98.00	> 95 erfüllt > 99	> 95 erfüllt > 99
2 Kundenorientierung Die Kundschaft der IDW ist mit deren Dienstleistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen statistisch repräsentativen Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrößen:</i> - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (interne Kundschaft) - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (externe Kundschaft)	 83.30 99.90	 mind. 85 mind. 90	 mind 85 mind. 90
3 Datensicherheit Die IDW sorgen für einen sicheren Umgang mit den verwalteten Kundendaten. <i>Messung / Bewertung</i> Manuell geführte Statistik; Meldung der Benutzer/innen resp. der Kundschaft. <i>Messgrösse:</i> Datenverlust im Rechenzentrum	 keine	 keine	 keine
4 Datenschutz und -sicherheit Die Bestimmungen der kantonalen Informatik-Sicherheitsverordnung werden stadtweit durch die IDW auf Einhaltung geprüft. <i>Messung / Bewertung</i> Jährlich werden ein Teilaspekt oder ein Teilbereich der Verwaltung beurteilt. Im Verlaufe einer Legislaturperiode werden alle Bereiche oder Aspekte mindestens einmal bewertet. <i>Messgrösse:</i> Attest	 OK	 OK	 OK
5 Ausbildung Die IDW stellen jährlich einen Lernenden / eine Lernende an. <i>Messung / Bewertung</i> pro Jahr einen Lernenden / eine Lernende (ab 2005)	 erfüllt	 erfüllt	 erfüllt

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	410'911	-49'181	-88'868

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Personalkosten

- 1 zusätzlicher Mitarbeiter (HRM2)
- Bildung von Rückstellungen für Ferien und Überzeit infolge HRM2 (1/6 des Gesamtbetrages)

Sachaufwand

- Mehrkosten Miete Hardware (Ausbau Speicherverwaltungssysteme etc) infolge Datenvolumenwachstum
- Microsoft Lizenzen (Wintop2012)
- Anschaffungen digitale Telefoniegeräte für Fokus (Verteilt auf 3 Jahre)
- Dienstleistung Dritte insbesondere Umsetzung eGovernment Strategie (gegenüber eGovernment Strategie um 227'000 CHF gekürzt)
- Mehrkosten Beschaffung Hard-/Software für Kunden (ergebnisneutral da entsprechend mehr Ertrag)
- Mehrkosten Clicks Druckerlösung Optowin (ergebnisneutral da entsprechend mehr Ertrag)

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

- Mehrkosten Abschreibungen und Zinsen für Projekte (Wintop, 2. Rechenzentrum etc)

Mietkosten/übrige Interne Kosten

- Erhöhung Mietkosten (Preiserhöhung pro Quadratmeter)
- Infolge Aufbau der Abteilung Kunden&Projekte in der IDW => Signifikat mehr Leistungsverrechnungen innerhalb IDW

Externe Erlöse

- Mehrertrag Beschaffung Hard-/Software für Kunden (ergebnisneutral da entsprechend mehr Aufwand)
- Mehrertrag Gemeinden

Interne Erlöse

- Leistungsverrechnung HRM2 Stelle
- Wegfall 1x Pauschale Wintop nur 2012 (330 CHF / Jahr / Computer)
- Einnahmen Finanzierung Wintop (23 CHF / Monat / Computer)
- Infolge Aufbau des Abteilung Kunden&Projekte in der IDW => Signifikat mehr Leistungsverrechnungen innerhalb IDW
- Einnahmen Projekt Informatik Sekundarschulen
- Mehrertrag Clicks Druckerlösung Optowin (ergebnisneutral da entsprechend mehr Aufwand)
- Weiterverrechnung digitale Telefoniegeräte für Fokus (Verteilt auf 3 Jahre)

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Personalkosten

- 3 zusätzliche Mitarbeiter (HRM2, Projektleiter, Webmaster)
- Diverses (Bildung von Rückstellungen für Ferien und Überzeit infolge HRM2, ganzjähriger Ausfall eines Mitarbeiters infolge Krankheit in 2011, Lohnrunde 2012)

Sachaufwand

- Mehrkosten Miete Hardware (Speicherverwaltungssysteme etc) infolge Datenvolumenwachstum
- Microsoft Lizenzen (Wintop2012)
- Dienstleistung Dritte insbesondere für Ausbau Helpdesk und Umsetzung eGovernment Strategie (gegenüber eGovernment Strategie um 227'000 CHF gekürzt)
- Anschaffungen digitale Telefoniegeräte für Fokus (Verteilt auf 3 Jahre)
- Wegfall Diverse Kosten für Druckerlösung Optowin (Projektkosten, Kosten Vertragsauflösung etc)
- Mehrkosten Clicks Druckerlösung Optowin

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

- Mehrkosten Abschreibungen und Zinsen für Projekte (Wintop, 2. Rechenzentrum etc)

Mietkosten / übrige interne Kosten

- Erhöhung Mietkosten (Preiserhöhung pro Quadratmeter)
- Infolge Aufbau des Abteilung Kunden&Projekte in der IDW => Signifikat mehr Leistungsverrechnungen innerhalb IDW

Externe Erlöse

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

- Wegfall Swisspower
- Diverse Mehrerträge auf Verkauf Hard-/Software und Dienstleistungen

Interne Erlöse

- Leistungsverrechnung HRM2 Stelle ab 2013
- Wachstum Netzanschlüsse
- Einnahmen Finanzierung Wintop2012 (23 CHF/Monat/Computer) ab 2013
- Infolge Aufbau des Abteilung Kunden&Projekte in der IDW => Signifikat mehr Leistungsverrechnungen innerhalb IDW
- Preiserhöhung in 2012 für Fileservice/Pauschale Desktop und Notebook
- Einnahmen Projekt Informatik Sekundarschulen ab 2013

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	8'275'163	8'332'655	8'492'222
Sachkosten	8'505'461	7'928'645	8'789'759
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	561'487	632'218	1'294'133
Mietkosten	1'036'621	1'238'352	1'536'084
Übrige interne Kosten	1'095'631	1'440'880	3'722'185
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>19'474'364</i>	<i>19'572'750</i>	<i>23'834'383</i>
Verrechnungen innerhalb PG	888'564	1'232'076	3'472'144
Total effektive Kosten	18'585'800	18'340'674	20'362'239
Externe Erlöse	2'362'115	1'840'400	2'546'996
Interne Erlöse	16'701'338	17'781'531	21'376'255
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>19'063'453</i>	<i>19'621'931</i>	<i>23'923'251</i>
Verrechnungen innerhalb PG	888'564	1'232'076	3'472'144
Total effektive Erlöse	18'174'889	18'389'855	20'451'107
Total Nettokosten / Globalkredit	410'911	-49'181	-88'868
Kostendeckungsgrad in %	98	100	100

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	51.93	54.19	55.19
▪ Auszubildende	5.00	7.00	7.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	1.00	1.00

Auszubildende:

- 7 (4 Informatiklernende / 2 Praktikanten / 1 KV Lernender)

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Aufbau einer Stelle für HRM2. Die erbrachten Leistungen können den jeweiligen Organisationseinheit weiterverrechnet werden

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Abschluss des Projekt Wintop2012, Migration Betriebssystem PC von Windows XP auf Windows 7 und Migration der Office-Version XP auf Office 2010
- Bei Annahme GGR und Volk "2. Rechenzentrum" Fertigstellung Planung und Beginn Umsetzung
- Weiterführung des Projektes GREKOS; Erweiterung der Steueramtslösung um die Objektmodule (Grundsteuern) und in zweiter Linie Ablösung und stärkere Integration der bestehenden Anwendung Einwohnerkontrolle
- Weitere Umsetzung eGovernment-Strategie und Realisierung des dazugehörigen eGovernment-Portfolios
- Projekt FOKUS
- Umsetzung HRM2; intensive Umstellungsarbeiten bei Schnittstellen und Datenlieferungen im Umfeld des zentralen Systeme
- Gesamtanierung Adlergarten im Bereich Daten- und Telefonkommunikation
- Ablösung und Migration von ASP-Anwendungen (Active-Server-Page)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Abschluss Registerharmonisierung (Verbesserung der Datenqualität)
- Überarbeitung Informationsarchitektur des Intranet-Portals
- Unterstützung bei der Einführung und Umsetzung des ERMS (elektronisches Records-Management) und Projekt ELAR (elektronische Langzeitarchivierung)
- Ersatzbeschaffung Datenspeicher-Infrastruktur (Storage)
- Umsetzen und Abschluss des Relaunches des Internetportals www.stadt.winterthur.ch
- Vollständige Etablierung Erreichbarkeit Hotline
- Abschluss Einführung spezielles "Gästenetz" und Wireless Netzwerk (drahtlos)
- Einführung Sicherheitslösung und Standardisierung der mobile Endgeräte in der Stadt Winterthur

Produkt 1 Software & Consulting**Leistungen**

- Beschaffungsprojekte (Projektcoaching, -leitung und -abwicklung von Informatikvorhaben, Evaluation von Standard-Software)
- Entwicklungsprojekte (Entwickeln von Individual-Software)
- Wartung und Unterhalt von produktiven Applikationen
- Unterstützung der Verwaltungseinheiten bei der Optimierung von Geschäftsprozessen
- Konzeption und Umsetzung von Internetauftritten mit Integration in das Portal von Winterthur
- Koordination von eGovernment-Aktivitäten sowie Aufzeigen von Möglichkeiten und Einsatzgebieten von eGovernment

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	3'233'495	3'385'859	4'351'349
Erlös	3'019'220	3'275'051	4'073'280
Nettokosten	214'275	110'808	278'068
Kostendeckungsgrad in %	93	97	94

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Verrechenbarer Umsatz pro Mitarbeitende in CHF	203'112	200'000	200'000
Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	84.40	mind. 85	mind. 85

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl betreute Anwendungen	247	220	220
Stundensätze für interne Dienstleistungen			
▪ Beratung in CHF	150	150	150
▪ Realisierung in CHF	120	120	120
Stundensätze für externe Dienstleistungen (excl. MWST)			
▪ Beratung in CHF	170	170	180
▪ Realisierung in CHF	150	150	150

Produkt 2 PC-Benutzerservice**Leistungen**

- Consulting (Information, Beratung und Unterstützung der Benutzenden in IT-Fragen, konzipieren, Beschaffen, Installieren und Integrieren der Arbeitsplatzinfrastruktur)
- Help-Desk und Support (Entgegennahme und Triage von Störungsmeldungen, Störungsbehebung, Eskalation)
- Betrieb, Überwachung, Wartung, Reparatur der Arbeitsplatzinfrastruktur
- Informatikkurse
- Standards und Richtlinien, Evaluationen und Vertragsverhandlungen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	6'960'797	6'490'314	8'655'572
Erlös	6'771'000	6'735'335	9'231'819
Nettokosten	189'798	-245'022	-576'247
Kostendeckungsgrad in %	97	104	107

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Während den Betriebszeiten eingehende Anrufe auf die Hotline werden bedient (in %)	68.39	> 80	> 80
Maximale Anzahl auf Voice Mail gesprochener Anrufe (in %)	10.31	5.00	5.00
Maximal aufgelegte Anrufe während den Betriebszeiten (in %)	30.53	10.00	10.00
Abgearbeitete Probleme innerhalb von 4 Arbeitstagen (in %)	83.80	> 80	> 80
Kundenzufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	86.20	mind. 85	mind. 85
Grad der Kundenzufriedenheit mit den besuchten Kursen (aufgrund Kursbeurteilung) in %	84.80	mind. 85	mind. 85

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl stadtweit installierte PC*	2'757	2'500	2'600
Anzahl installierte Schul-PC (Primarschulen)	1'695	1'500	2'000
Informatikschulung für Benutzende			
▪ Anzahl abgeschlossener E-Learningkurse	456	1'000	3'000 **
▪ Anzahl Personen mit besuchten Kursen im E-Learn-Portal	79	4'500	600

* am Verwaltungsnetz und im BVJ angeschlossene Geräte (PC und Notebook)

** inkl. Umsteigerkurse auf Windows 7 / Office 2010

Produkt 3 Kommunikation

Leistungen

- Ausbauen und Betreiben des verwaltungsweiten Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes
- Betreuen der Kundinnen und Kunden des Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	3'825'376	4'157'769	4'559'413
Erlös	4'023'592	4'571'657	4'959'632
Nettokosten	-198'216	-413'888	-400'219
Kostendeckungsgrad in %	105	110	109

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Verfügbarkeit Stadtnetz in %	99.90	> 99	> 99
Verfügbarkeit der 14 Knoten des zentralen Teilnehmervermittlungssystems in %	100.00	> 99	> 99
Störungsbehebung im Telefonnetz innerhalb 24 Stunden nach Meldung	91.20	> 90	> 90
Betriebsbereitschaft wieder hergestellt in %	>99	> 98	> 98
Abwicklung von Telefonmutationen innerhalb von 14 Tagen bzw. auf Termin (ohne externe Firmen) in %			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Überwachter Betrieb	07.30 - 17.30	07.30 - 17.30	07.30 - 17.30
Aufwand pro Stadtnetzanschluss (CHF/Monat)*	48	47	50
Aufwand pro Telefonanschluss (CHF/Monat)*	31	27	29
Preis pro Stadtnetzanschluss (CHF/Monat)	35	35	35
Preis pro Telefonanschluss (CHF/Monat)	30	30	30
Kundenzufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	85	mind. 85	mind. 85

* Dank verrechenbaren Projekten ist der Preis pro Stadtnetzanschluss / Telefonanschluss tiefer als die effektiven Kosten.

Produkt 4 Rechenzentrum

Leistungen

- Betreiben eines sicheren Rechenzentrums
- Betreiben der im Rechenzentrum installierten Server und Informatikapplikationen
- Betreiben der Gemeindesoftware NEST / ABACUS und weiterer Anwendungen für Gemeinden im Kanton Zürich
- Evaluieren und beschaffen der zentralen Hardware und Betriebssysteme
- Webmastering für Intranet und Internet
- Pflegen der Datenbanksysteme
- Durchführen der Datensicherungen und Restores

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	4'870'164	4'818'809	5'598'049
Erlös	5'117'360	5'039'888	5'658'519
Nettokosten	-247'197	-221'079	-60'470
Kostendeckungsgrad in %	105	105	101

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Systemverfügbarkeit			
▪ Anwendungen (365 Tage x 24h) in %	99.50	mind. 98	mind. 98
▪ Server (Unix, Linux, Windows) (365 Tage x 24h) in %	99.50	mind. 98	mind. 98
Interne Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	87.40	mind. 85	mind. 85
Externe Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	99.90	mind. 90	mind. 90

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl zentral und dezentral betreute Rechner			
▪ UNIX (AIX)	5	4	2
▪ Virtuelle Unix-Server	6	6	12
▪ Windows 2003 / 2008 R2	70	80	60
▪ Virtuelle Server Windows 2003 / 2008 R2	270	250	290
▪ Linux	42	45	40
Anzahl registrierte Benutzende	4'400	4'200	4'400

*Anzahl verrechenbare Benutzende

Produkt 5 Zentrale städtische Informatikdienstleistungen

Leistungen

- Umsetzen und laufende Überprüfung der Informatikstrategie
- Informatikcontrolling (Machbarkeits-, Projekt- und Nutzencontrolling), Reporting
- Definieren der verwaltungsweiten Flottenpolitik
- Übrige departementsübergreifende Dienstleistungen
 - Einsitz in verschiedenen Fachgremien
 - Behandlung von politischen Vorstössen
 - Evaluation und Adaption von neuen Technologien
 - Standards für Informatiksicherheit
 - Stufengerechtes Informationswesen
 - Internet (E-Government)
 - Intranet
- Submissionsunterstützung, Rahmenverträge mit den Lieferanten
- Leiten / Mitarbeiten in departementsübergreifenden Projekten
- Ausserordentliche Dienstleistungen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	553'020	720'000	670'000
Erlös	101'707	0	0
Nettokosten	451'313	720'000	670'000
Kostendeckungsgrad in %	18	0	0

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die IDW erbringen Dienstleistungen für die ganze Stadtverwaltung. Davon wird ein Grossteil der Kundschaft, d.h. den Ämtern, Bereichen und Betrieben, verrechnet. Es ist jedoch notwendig, eine Basis zu schaffen und zu pflegen, von der die ganze Stadtverwaltung profitieren kann. Diese Grundlagenarbeit kann nicht direkt einem bestimmten 'Owner' belastet werden. Es geht vor allem um strategische und departementsübergreifende Dienstleistungen sowie um 'Konzernregelungen'. Sie sind im Produkt 5 'Zentrale städtische Informatikdienstleistungen' zusammengefasst. Die Definition von Leistungsindikatoren ist hier äusserst schwierig. Deshalb wird darauf verzichtet.			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
- geschätzter Zeitaufwand umgerechnet in Stelleneinheiten - Lehrverhältnisse	4 4(1)	3 * 4 / 2 / 1	4 * 4 / 2 / 1
Kostenaufteilung in CHF:			
- Vorstudien und Konzepte - Intranet für die Stadtverwaltung - Gesamtstädtische Informatikstrategie; E-Gov. - Departementsübergreifende Dienstleistungen (siehe Beschreibung Produkt 5) - Datenschutz und Datensicherheit - Ausbildung von Lernenden (Basislehrjahr) - Stadtweite Archivlösung (Langzeitarchivierung und Aufbewahrung) - Datenlogistik, zentrale Datenhaltung - Aufbau einer Plattform für Microsoft Office Sharepoint (MOSS)	105'000 185'000 42'000 100'000 13'000 21'000 69'000 18'000 0	100'000 185'000 245'000 100'000 20'000 20'000 0 50'000 0	100'000 185'000 195'000 100'000 20'000 25'000 0 45'000 0

*) 4 Informatiklernende / 2 Praktikanten / 1 KV Lernender

IAFP Informatikdienste (IDW)

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	18'585	18'340	20'362	20'362	20'282	20'282
Erlös	18'174	18'389	20'451	20'563	20'422	20'471
Nettokosten/Globalkredit	411	-49	-89	-201	-140	-189
Kostendeckungsgrad in %	98	100	100	101	101	101

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	4'885'000	4'895'000	3'075'000	3'000'000	2'000'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Kostendeckungsgrad - der Dienstleistungen für die Stadtverwaltung in % - Die Dienstleistungen für externe Auftraggeber werden gewinnbringend erbracht* - der Gesamtheit der Dienstleistungen in % Die verwaltungsinternen Dienstleistungen (Produkte 1-4) werden den Bezügerinnen und Bezüger kostendeckend verrechnet. Dienstleistungen für externe Kunden werden gewinnbringend verrechnet.	95.0	> 95	> 95	>95	>95	>95
	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt
	98.0	> 99	> 99	>99	>99	>99
2 Kundenorientierung Die Kundschaft der IDW ist mit deren Dienstleistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen statistisch repräsentativen Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrößen:</i> - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (interne Kundschaft) - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (externe Kundschaft)	83.3	mind. 85	mind 85	mind. 85	mind. 85	mind. 85
	99.9	mind. 90	mind. 90	mind. 90	mind. 90	mind. 90
3 Datensicherheit Die IDW sorgen für einen sicheren Umgang mit den verwalteten Kundendaten. <i>Messung / Bewertung</i> Manuell geführte Statistik; Meldung der Benutzer/innen resp. der Kundschaft. <i>Messgrösse:</i> Datenverlust im Rechenzentrum	keine	keine	keine	keine	keine	keine
4 Datenschutz und -sicherheit Die Bestimmungen der kantonalen Informatik-Sicherheitsverordnung werden stadtweit durch die IDW auf Einhaltung geprüft. <i>Messung / Bewertung</i> Jährlich werden ein Teilaspekt oder ein Teilbereich der Verwaltung beurteilt. Im Verlaufe einer Legislaturperiode werden alle Bereiche oder Aspekte mindestens einmal bewertet. <i>Messgrösse:</i> Attest	OK	OK	OK	OK	OK	OK
5 Ausbildung Die IDW stellen jährlich einen Lernenden / eine Lernende an. <i>Messung / Bewertung</i> pro Jahr einen Lernenden / eine Lernende (ab 2005)	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Abschlussarbeiten für das Projekt GREKOS (Grundsteuern, Einwohnerkontrolle, ordentliche Steuern)
- Weiterführung des elektronischen Recordsmanagement ERMS sowie Starten des Projektes ELAR (elektronische

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Langzeitarchivierung) als Folgeprojekt in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv

- Projekt FOKUS
- Weitere Umsetzung der eGovernment-Strategie und damit des eGovernment-Portfolios
- Weiterführung der Umsetzung HRM2; intensive Umstellungsarbeiten bei Schnittstellen und Datenlieferungen im Umfeld des zentralen Systeme
- Fertigstellung und Inbetriebnahme des 2. Rechenzentrums
- Abschluss Gesamtanierung Adlergarten im Bereich Daten- und Telefonkommunikation
- Planung, Bewilligung Ersatz-Rechenzentrum Obertor
- Ersatzbeschaffung Datenspeicher-Infrastruktur
- Machbarkeitsstudie zur Einführung eines stadtweiten Zugriffverwaltungssystems (IAM), welches erlauben würde, die Sicherheit der städtischen Systeme zentral zu erhöhen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Mit dem Projekt GREKOS werden die letzten grossen Oracle-Eigenentwicklungen (Grundsteuern und Einwohnerkontrolle) durch Standard-Software-Produkte abgelöst.
- Aufgrund der Resultate aus der Kundenbefragung muss die Erreichbarkeit des Helpdesk, die Kundenorientierung sowie die Systemumgebung der IDW weiter verbessert werden. Dies bedeutet einen weiteren Ausbau und damit eine Erhöhung der Kosten. Die Kosten werden jeweils durch eine Erhöhung des Betriebspauschale den Organisationseinheiten verrechnet.
- Die Menge der gespeicherten Daten wird auch in den nächsten Jahren voraussichtlich jährlich um ca. 10 - 20 Terrabyte steigen. Die Datenverfügbarkeit ist mit der Spiegelung der Daten an zwei verschiedene Standorte gewährleistet. Infolge der grossen Datenmenge muss die Datensicherungs-Strategie umgestellt werden und anstelle auf Bänder mittels moderner Technologie auf Disks gesichert werden.
- Die zunehmende Komplexität der Systeme, deren gegenseitige Abhängigkeiten sowie die geforderte hohe Verfügbarkeit und Sicherheit werden in den kommenden Jahren weiterhin verstärkten Einfluss auf die Kostenentwicklung haben.

Steuerbezug

Auftrag

Im Rahmen der Steuergesetzgebung sind die Steuereinschätzungen und der Steuerbezug der Stadt Winterthur zuverlässig und kundenfreundlich sicherzustellen.

Produkte

1 Steuern natürliche Personen

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) sowie für berechnigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden.

2 Steuern juristische Personen

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) sowie für berechnigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden.

3 Grundsteuern

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) und andere Gemeinden (Grundstückgewinnsteuerveranlagungen) sowie für berechnigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden (Verkehrswert- und Liegenschaftenbewertungsschätzungen).

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz vom 14.12.1990 über die direkte Bundessteuer
- Verordnung zum DBG
- Verordnung vom 13.11.1985 über Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3)
- Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) vom 12. Februar 2007
- Verordnung über die Information und den Datenschutz (IDV) vom 28. Mai 2008
- Gesetz über die direkten Steuern vom 08.07.1951 bzw. Steuergesetz des Kantons Zürich vom 08.06.1997
- Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, Dienstanleitung zum Steuergesetz, Weisungen der Finanzdirektion
- Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Staats- und Gemeindesteuern vom 29.04.1998

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild des Steueramtes vom August 1991 / September 2000 / August 2005 / Dezember 2010

Verantwortliche Leitung

Pius Kuhn

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Steuereinschätzungen und der Steuerbezug werden wirtschaftlich erbracht <i>Messung / Bewertung:</i> - Durchschnittliche Kosten pro nat. Person in CHF - Durchschnittliche Kosten pro jur. Person in CHF - Durchschnittl. Kosten pro Grundstücksgewinnsteuerfall in CHF <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der eigenständig vorgenommenen Einschätzungen von Unselbständigerwerbenden	12.89 76.51 1'426.77	12.44 79.28 1'135.36	12.03 76.24 1'131.53
2 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Steueramtes zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlich: Kundenumfrage bei den im Steueramt persönlich Erschienenen, mit welcher die Verständlichkeit der Unterlagen, die Bedienungsqualität, die Erreichbarkeit, die Wartezeit sowie die Öffnungszeiten der Dienststellen nachgefragt werden. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	92	90	90
3 Steuergerechtigkeit Im Rahmen der Gesetzgebung werden alle Kundinnen und Kunden gleich behandelt <i>Messung / Bewertung:</i> - Anzahl von Einsprachen gegen eigene Einschätzungen - Anzahl von Einspracheabweisungen - Anzahl Nachsteuer- und Bussenfälle - Anzahl neu gefundener Steuerfälle - Mehrerträge neu gefundener Steuerfälle - Anzahl Eingriffe in Konkurs- und Betreibungsverfahren <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der erfolgreichen Einsprachen	771 433 105 85 83'320 29	1'000 500 60 55 200'000 25	1'000 500 60 55 200'000 25

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	2'810'411	2'807'696	2'828'428

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Der Globalkredit 2013 fällt leicht höher aus als im Vorjahr. Mehraufwand generiert der Ausbau für neue Kundengemeinden, die internen Mietkosten und Umlagen des Departementssekretariates. Ein Teil dieses Mehraufwandes kann mit tieferen Personalkosten und den zu verrechnenden Dienstleistungen der neuen Kundengemeinden und Direktzustellungsgemeinden für das Scanzentrum kompensiert werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Der Globalkredit 2013 muss gegenüber der Rechnung 2011 geringfügig erhöht werden.

Die Kapazitätserweiterung des Scanzentrums mit zusätzlichen Kundengemeinden, die Erhöhung der internen Mietkosten wie auch das Projekt GREKOS verursachen einen Mehraufwand. Die Bezugsentschädigung des Kantons durch die steigende Anzahl Steuerpflichtiger mit den Einschätzungen dazu sowie die Mehreinnahmen unserer Dienstleistungen durch die Erweiterung des Scanzentrums erzielen Mehrerträge, so dass der Mehraufwand beinahe kompensiert werden kann.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	6'522'217	6'650'571	6'463'795
Sachkosten	2'158'988	2'252'257	2'430'923
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	29'375
Mietkosten	363'305	358'500	474'400
Übrige interne Kosten	1'041'049	973'598	1'005'475
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>10'085'558</i>	<i>10'234'926</i>	<i>10'403'968</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	10'085'558	10'234'926	10'403'968
Externe Erlöse	7'178'977	7'328'250	7'470'400
Interne Erlöse	96'170	98'980	105'140
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'275'147</i>	<i>7'427'230</i>	<i>7'575'540</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	7'275'147	7'427'230	7'575'540
Total Nettokosten / Globalkredit	2'810'411	2'807'696	2'828'428
Kostendeckungsgrad in %	72	73	73

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	57.16	58.90	58.90
▪ Auszubildende	6.00	6.00	6.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	5.00	5.00	5.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderung gegenüber dem VA 2012

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Projekt GREKOS Ablösung Modul Liegenschaftendaten (GGS)
- Migration der Datenbank- und Entwicklungsplattform für die Steuersoftwarelösung
- E-Government mit interaktiven Möglichkeiten vorantreiben
- Projektbereinigung e-Taxes (RE05) sowie des neuen Workflows (RE03) des Kantons
- Der elektronische Steuerdatenaustausch mit dem Kanton laufend anpassen und optimieren
- Die bestehenden und neuen kantonalen Projekte weiterhin aktiv mitgestalten
- Weitere Ausbreitung der Direktzustellung der zu scannenden Dossiers der Kundengemeinden
- Weiterführung der Überarbeitung der Prozesslandschaft "Steuern erheben"
- Die Zahl der Einschätzungen mit guter Qualität halten
- Erkenntnisse aus dem Controlling der Kundenorientierung umsetzen
- Projekt Fokus unterstützen und interne Projektbegleitung vorantreiben
- Den internen Ausbildungsstand der Mitarbeitenden weiter fördern und fordern

Produkt 1 Steuern natürliche Personen**Leistungen**

- Prüfen und einschätzen von Steuererklärungen und Verrechnungsanträgen
- Registerführung
- Steuerbezug
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Erstellen von Steuerausweisen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren
- Inventarisierung im Todesfall

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	7'850'173	7'978'926	8'104'422
Erlös	7'012'731	7'172'297	7'310'827
Nettokosten	837'442	806'629	793'595
Kostendeckungsgrad in %	89	90	90

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die Steuerrechnungen werden innert 30 Tagen nach Einschätzung verschickt in %	99	99	99
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Steuereinschätzung, Steuerbezug und Inventarisierung, Nettokosten pro steuerpflichtige Person in CHF	12.89	12.44	12.03
Fehlerfreie Bearbeitung von Register und Steuerbezug. Beanstandung der Steuerkontrolle in %	0.2	0*	0.2

* Im Jahr 2012 ist keine Revision durch die Steuerkontrolle geplant.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl steuerpflichtige natürliche Personen	64'955	64'800	65'955
Anzahl Pflichtige gemäss Quellensteuerverordnung I	9'498	8'400	9'500
Anzahl Fälle gemäss Quellensteuerverordnung II	931	800	950
Anzahl Inventarisierungen	786	930	800
Anzahl Steuerrechnungsmahnungen	31'714	38'000	33'000
Anzahl Steuererklärungsfristerstreckungen (Anzahl Bewegungen)	19'722	20'000	20'000
Anzahl Betreibungen	2'873	3'500	3'000
Anzahl Einsprachen	1'286	1'400	1'400
Restanzen in % des Gesamtnettosolls der Jahresabrechnung*	7	10	10
Anzahl aktive Steuerauscheidungen	588	660	630
Anzahl passive Steuerauscheidungen	243	275	275
Anzahl Steuerausweise	2'188	2'000	2'000
Anzahl Bescheinigungen Einbürgerungen	462	500	500

* Gesamtsoll entspricht dem Total der natürlichen und juristischen Personen aus der Jahresrechnung per 31.12.

Produkt 2 Steuern juristische Personen

Leistungen

- Prüfen von Steuererklärungen
- Registerführung
- Steuerbezug
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Erstellen von Steuerausweisen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	482'855	489'193	498'187
Erlös	211'638	206'165	217'233
Nettokosten	271'217	283'028	280'954
Kostendeckungsgrad in %	44	42	44

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die Steuerrechnungen werden innert 30 Tagen nach Einschätzung verschickt in %	99	99	99
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Steuereinschätzungen und Steuerbezug, Nettokosten pro steuerpflichtige Person in CHF	76.51	79.28	76.24
Fehlerfreie Bearbeitung von Register und Steuerbezug, Beanstandungen der Steuerkontrolle in %	0.2	0*	0.2

* Im Jahr 2012 ist keine Revision durch die Steuerkontrolle geplant.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl steuerpflichtige juristische Personen	3'545	3'520	3'685
Anzahl Steuerrechnungsmahnungen	1'043	1'300	1'300
Anzahl Betreibungen	90	100	100
Anzahl Einsprachen	68	70	70
Restanzen in % des Gesamtnettosolls der Jahresabrechnung*	1	2	2
Anzahl aktive Steuerauscheidungen	124	155	130
Anzahl passive Steuerauscheidungen	66	50	70

* Gesamtsoll entspricht dem Total der natürlichen und juristischen Personen aus der Jahresrechnung per 31.12.

Produkt 3 Grundsteuern

Leistungen

- Prüfen von Steuererklärungen
- Handänderungssteuern
- Registerführung
- Steuerbezug
- Erstellen von Bestätigungen (Ausstehende Grundstückgewinn-/Handänderungssteuern)
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'746'493	1'766'808	1'801'360
Erlös	48'635	48'769	47'481
Nettokosten	1'697'858	1'718'039	1'753'879
Kostendeckungsgrad in %	3	3	3

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die Grundstückgewinnsteuereinschätzungen (ohne Gesamtüberbauungen und Teilverkäufe von Stockwerkeigentum) sind innert 7 Monaten nach dem ordentlichen Abgabetermin der Steuererklärung beschlussfertig vorbereitet und fakturiert. in %	86	90	90
Die Grundstückgewinnsteuereinschätzungen werden innert 10 Tagen nach Beschlussfassung fakturiert. in %	100	100	100
Die verbleibenden Einschätzungen der Grundstückgewinnsteuern sind vor Ablauf der Verjährungsfrist zu fakturieren. in %	100	100	100
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Einschätzung und Bezug der Grundstückgewinnsteuerfälle. Nettokosten pro steuerpflichtigem Fall. in CHF	1'426.77	1'135.42	1'131.53

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Grundstückgewinnsteuerfälle	1'190	1'500	1'550
Anzahl Handänderungen	1'614	1'450	1'490
Anzahl Mahnungen	154	200	120
Anzahl Fristerstreckungen von Steuererklärungen (Anzahl Kunden)	84	100	60
Anzahl Betreibungen	1	1	1
Anzahl Einsprachen / Grundstückgewinnsteuern	2	3	3
Anzahl Rekurse / Grundstückgewinnsteuern	0	0	0
Anzahl Beanstandungen	41	50	50
Anzahl Restanzen	1'621	1'100	1'100
Anzahl Pfandrechtseintragungen	1	5	2

IAFP Steuerbezug

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	10'085	10'234	10'403	10'254	10'254	10'254
Erlös	7'275	7'427	7'575	7'630	7'666	7'701
Nettokosten/Globalkredit	2'810	2'808	2'828	2'624	2'588	2'553
Kostendeckungsgrad in %	72	73	73	74	75	75

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	200'000	430'000	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit der Steuereinschätzungen und des Steuerbezugs						
▪ Durchschnittliche Kosten pro nat. Person in CHF	12.89	12.44	12.03	10.04	9.85	9.60
▪ Durchschnittliche Kosten pro jur. Person in CHF	76.51	79.28	76.24	73.80	72.58	71.38
▪ Durchschnittl. Kosten pro Grundstücksgewinnsteuerfall in CHF	1'426.77	1'135.36	1'131.53	1'112.93	1'112.93	1'112.93
▪ Prozentsatz der eigenständig vorgenommenen Einschätzungen von Unselbständigerwerbenden	91	90	90	90	90	90
2 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Steueramtes zufrieden. Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	92	90	90	90	90	90
3 Steuergerechtigkeit						
▪ Anzahl von Einsprachen gegen eigene Einschätzungen	771	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000
▪ Anzahl von Einspracheabweisungen	433	500	500	500	500	500
▪ Anzahl Nachsteuer- und Bussenfälle	105	60	60	50	50	50
▪ Anzahl neu gefundener Steuerfälle	85	55	55	55	55	55
▪ Mehrerträge neu gefundener Steuerfälle	83'320	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000
▪ Anzahl Eingriffe in Konkurs- und Betreibungsverfahren	29	25	25	25	25	25
▪ Prozentsatz der erfolgreichen Einsprachen	44	50	50	50	50	50

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Projekt GREKOS Überführung in den ordentlichen Betrieb und notwendige Bereinigungen umsetzen
- Die Standardisierung und Weiterentwicklung der Steuersoftware der Nestgemeinden Kanton Zürich mit der Stadt Zürich binden weitere Mittel
- Weiterentwicklung papierarme Arbeitsprozesse im Hinblick auf Fokus

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Der Planungshorizont für die kantonalen Projekte Züri Primo (IT-Ausbau Kanton) ist immer noch bis ins 2015 ausgerichtet
- Es ist bis dato immer noch kein Entscheid über den Aufbau resp. der Umsetzung des kantonalen Steuerregisters gefällt worden. Die Auswirkungen für uns können noch nicht abgeschätzt werden. Schnittstellenanpassungen zwischen Züri-Primo und NEST können gegebenenfalls weiter Einfluss auf die Ablauforganisation und die Kosten haben.
- Die Mitwirkung in den kantonalen Projekten wird vom Kanton gefordert und von uns angestrebt um mögliche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu beeinflussen.
- Die Vorstösse und Entwicklungen auf politischer Ebene werden soweit erkennbar, berücksichtigt.

Immobilien

Auftrag

Die Aufgaben des Bereich Immobilien lassen sich in Planungs- und Steuerungsaufgaben, interne Dienstleistungen und Aufgaben in Kontakt mit der Bevölkerung unterteilen.

- Sicherstellung des städtischen Liegenschaftenverkehrs und der strategisch nachhaltigen Bewirtschaftung
- Beschaffung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Beschaffung von Räumen für die Bevölkerung
- Bewirtschaftung von landwirtschaftlich genutzten Flächen

Produkte

1 Bewirtschaftung Finanzvermögen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für die Bevölkerung
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Finanzvermögen

2 Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Verwaltungsvermögen

3 Zentrale Dienste

- Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projektarbeiten

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB)
- Schweizerisches Obligationenrecht (OR)
- Handbuch über das Rechnungswesen der zürcherischen Gemeinden
- Landwirtschaftsgesetz vom 02.09.1979 (Ackerbaustelle/agrarpolitische Massnahmen)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung vom 26.11.1989
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) vom 10.07.2006
- SRB-Nr. 98-0170 vom 28.01.1998 (Verrechnung von kalkulatorischen Mietzinsen und Nebenkosten)
- SRB-Nr. 2004-0354 vom 18.02.2004 (Konzept für das Liegenschaftenportefeuille im Finanzvermögen)
- Immobilienhandbuch (IHB)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild Departement Finanzen
- Leitbild Immobilien
- Arbeitshandbuch und Prozessabläufe Immobilien

Verantwortliche Leitung

Erich Dürig / Beat Fehr

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit Bei vermieteten Objekten des Finanzvermögens wird eine marktübliche Rendite erzielt. <i>Messung / Bewertung:</i> Bruttorendite (Bruttorendite = Nettoertrag*100/Anlagenwert) <i>Messgrößen:</i> - Finanzvermögen: (Durchschnitt) (in %) - Wohn- und Geschäftshäuser (in %) - Subventionierter Wohnungsbau (in %) - Restaurantbetriebe (in %) - Landwirtschaftliche Pachtbetriebe (in %) - Baurechte (in %) - Unbebaute Grundstücke (in %)			
2 Energie- und umweltgerechte Bauten Neubauten erreichen den MINERGIE-Standard. Bei der Erneuerung von bestehenden Bauten wird in 1. Priorität der Standard für MINERGIE-Sanierungen umgesetzt. Auf eine Komfortlüftung kann verzichtet werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der Sanierungen <i>Messgrößen:</i> - Anteil Sanierungen mit Gebäudestandard 2008 (in %) - Anteil Sanierungen mit MINERGIE-P-Standard (in %)			
3 Kundenzufriedenheit Kundenzufriedenheit bei der Bewirtschaftung des Finanzvermögens. <i>Messung / Bewertung:</i> Die Kundenzufriedenheit bei der Bewirtschaftung des Finanzvermögens ist hoch. <i>Messgrößen:</i> - Gesamtzahl Schlichtungsfälle - Anzahl rechtslose Schlichtungsfälle			
4 Liegenschaften Finanzvermögen Diverse Informationen über die Liegenschaften des Finanzvermögens. <i>Messung / Bewertung:</i> Allgemeine Kennzahlen zum Finanzvermögen und detaillierte Angaben über die einzelnen Bereiche. <i>Messgrößen:</i> - Anzahl Städtische Gebäude (ohne Baurechte und unbebaute Grundstücke) - Verhältnis Liegenschaftenaufwand / Ertrag (in %) - Verhältnis Verwaltungsaufwand / Ertrag (in %) <u>Wohn- und Geschäftshäuser</u> - Anzahl Verträge - Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TFr.) - Buchwert (in TFr.) <u>Subventionierter Wohnungsbau</u> - Anzahl Verträge - Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TFr.) - Buchwert (in TFr.) <u>Restaurantbetriebe</u> - Anzahl Betriebe - Anzahl Verträge - Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TFr.) - Buchwert (in TFr.)			

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
<u>Landwirtschaftliche Pachtbetriebe</u>			
▪ Anzahl Bauernhöfe	9	10	9
▪ davon BIO-Betriebe	1	1	1
▪ Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TFr.)	-2'160	-271	-2'405
▪ Buchwert (in TFr.)	5'706	7'800	7'000
<u>Baurechtsgrundstücke</u>			
▪ Anzahl Verträge	68	74	68
▪ Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TFr.)	678	557	611
▪ Buchwert (in TFr.)	23'246	25'100	23'200
<u>Unbebaute Grundstücke</u>			
▪ Anzahl Verträge	547	540	550
▪ Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TFr.)	-2'143	-2'414	-2'344
▪ Buchwert (in TFr.)	92'376	90'000	88'600
5 Liegenschaften Verwaltungsvermögen Diverse Informationen über die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens. <i>Messung / Bewertung:</i> Allgemeine Kennzahlen zu den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens. <i>Messgrößen:</i>			
▪ Anzahl Städtische Gebäude (ohne Baurechte und unbebaute Grundstücke)	68	68	68
▪ Anlagewert (in TFr.)	235'095	235'095	235'095
▪ Intern verrechenbare Mietkosten (in TFr.)	8'345	8'303	11'489
▪ Anzahl Externe Anmietverhältnisse	1	1	1
▪ Mietaufwand für externe Mieten inkl. NK (in TFr.)	857	653	620
▪ Verhältnis Liegenschaftenaufwand / Ertrag (in %)	76.00	76.00	62.00
▪ Verhältnis Verwaltungsaufwand / Ertrag (in %)	9.79	11.20	9.50
6 Liegenschaften Finanz- und Verwaltungsvermögen Diverse Informationen über die Liegenschaften des Finanz- und Verwaltungsvermögens. <i>Messung / Bewertung:</i> Allgemeine Kennzahlen zu den Liegenschaften des Finanz- und Verwaltungsvermögens. <i>Messgrößen:</i>			
▪ Bewirtschafteter Anlagewert (in TFr.)	600'048	610'000	620'195
▪ Sanierungsaufwand Investitionsrechnung (in TFr.)	3'360	3'655	5'770
▪ Aufwand in der Laufenden Rechnung für Instandhaltung und Instandsetzung (in TFr.)	9'691	8'378	10'629

(Minusbeträge = Aufwandüberschuss) (Anlagewert = GVZ-Wert) (Buchwert = ohne unvollendete Bauten und überbewertetes Grundeigentum)
(Aufzählung der Restaurantbetriebe beinhaltet 1 Restaurant des Verwaltungsvermögens)

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	5'510'114	5'937'802	-133'647

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Die Nettokosten des Voranschlages 2013 sind unter dem Vorjahresniveau.

Die Personalkosten konnten aufgrund Stellenreduktionen aus der GGR-Sparmassnahme sowie Ablauf von Doppelbesetzungen infolge Pensionierung gesenkt werden.

Die Sachkosten liegen, aufgrund des erhöhten Sachaufwandes für baulichen Unterhalt aus Gesamtsanierungen, über dem Vorjahresniveau.

- VO 2012=3,655 Mio. (Wohn- und Geschäftshäuser)

- VO 2013=5,770 Mio. (Badgasse 8 (560'), Büelrainstrasse 16 (1'160'), Talwiesenstrasse 14 - 18 (390'), Wartstrasse 37/39 (420'), Restaurant Bruderhaus (1 Mio), Eidbergstrasse 57 (630'), Eschenbergstrasse 2(610'), Weierstrasse 47 (1 Mio)

Die Zunahme bei den übrigen internen Kosten beruht in der Mehrheit auf die gestiegenen Energiekosten, welche direkt intern vom Stadtwerk belastet werden.

Die Zunahme bei den Verrechnungen innerhalb der PG beruht auf den per 01.01.2013, durch den Stadtrat (SR.08.776-7) eingeführten höheren internen Mietkosten. Der bisherige Mietansatz von Fr. 185.--/m2/Jahr für ausgebaut Hauptnutzfläche HNF ist auf neu Fr. 280.--/m2/Jahr angehoben worden.

Die externen Erlöse haben sich aufgrund der getätigten Zukäufe sowie der individuellen Mietzinsanpassungen aufgrund der ausgeführten Gesamtsanierungen entsprechend erhöht und der Mietertrag konnte dadurch gesteigert werden. Die generelle Mietzinssenkung auf Ende 2012, aufgrund der Reduktion des Referenzzinssatzes von 2,5% auf 2,25%, im Umfang von 155' ist berücksichtigt. Zudem ist der einmalige Buchgewinn aus dem Verkauf KVA-Areal darin enthalten (3,9 Mio.).

Die internen Erlöse sind aufgrund der per 01.01.2013 durch den Stadtrat (SR.08.776-7) eingeführten höheren internen Mietkosten angestiegen. Der bisherige Mietansatz von Fr. 185.--/m2/Jahr für ausgebaut Hauptnutzfläche HNF ist auf neu Fr. 280.--/m2/Jahr angehoben worden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Nach Bereinigung der jährlich in unterschiedlicher Höhe anfallenden Aufwendungen der werterhaltenden Investitionen für Gesamtsanierungen, sowie der Buchgewinne und Verluste, konnten die Nettokosten reduziert werden.

Die im Produkt 1 "Bewirtschaftung Finanzvermögen" angegliederte Übersichtstabelle "Grundeigentum im Finanzvermögen" zeigt die Zahlen pro Institution auf.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	4'508'846	4'563'982	4'412'662
Sachkosten	14'671'165	13'099'859	15'277'922
Beiträge an Dritte	127'792	126'000	128'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	12'817'085	13'455'731	13'467'862
Mietkosten	871'215	667'012	635'512
Übrige interne Kosten	1'053'902	885'788	1'030'265
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>34'050'005</i>	<i>32'798'372</i>	<i>34'952'223</i>
Verrechnungen innerhalb PG	220'000	205'000	248'100
Total effektive Kosten	33'830'005	32'593'372	34'704'123
Externe Erlöse	20'050'750	18'393'300	23'462'000
Interne Erlöse	8'489'140	8'467'270	11'623'870
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>28'539'890</i>	<i>26'860'570</i>	<i>35'085'870</i>
Verrechnungen innerhalb PG	220'000	205'000	248'100
Total effektive Erlöse	28'319'890	26'655'570	34'837'770
Total Nettokosten / Globalkredit	5'510'114	5'937'802	-133'647
Kostendeckungsgrad in %	84	82	100

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	41.18	44.01	42.86
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

0.05 Stellenprozente retour ---> Anpassung an effektives Arbeitsvolumen Ackeretstrasse 17 / Reinigung mit Anteil Hauswartung Stv.

0.50 Stellenprozente retour Reinigung MZA ---> GGR-Sparmassnahmen

Uebertrag von 0.60 Stellenprozenten aus dem Bereich Immobilien zur Zentralisierung der HR-Organisation auf Departementsebene gemäss SR.08.1619-4 (06.07.2011) / SR.12.54-1 (18.01.2012)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Laufende Überprüfung und Optimierung der Aufgaben und Dienstleistungsstandards
- WIN03-Massnahmen 18-21, Bereinigung des Liegenschaftenportefeuilles durch Zu- und Verkäufe
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Restaurants
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Wohnhäuser Finanzvermögen
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Landwirtschaftsbetriebe
- Unterstützung Projekt "Fokus" - Zentralisierung eines grossen Teils der Stadtverwaltung an einem Standort

Produkt 1 Bewirtschaftung Finanzvermögen

Leistungen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für die Bevölkerung
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Finanzvermögen
- Bewirtschaftung von landwirtschaftlich genutzten Flächen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	22'375'948	21'035'614	23'107'209
Erlös	18'634'612	16'993'420	22'995'521
Nettokosten	3'741'336	4'042'194	111'688
Kostendeckungsgrad in %	83	81	100

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Minimale Leerstandsquote durch optimale Wiedervermietung: (Anteil Leerstandskosten im Verhältnis zum Ertrag) in %	2.0	0.3	0.2

Temporäre Leerstände infolge Gesamtsanierungen an Wohnhäusern.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
siehe weitere Leistungsmengen in den 'parlamentarischen Zielvorgaben' 1 - 3			
Liegenschaftenbestand Die Immobilien verwalten folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:			
Wohn- und Geschäftshäuser			
- Wohnungsverträge	414	385	420
- Einfamilienhäuser	50	45	45
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	199	188	200
- Garagenverträge	95	106	95
- Parkplatzverträge	198	184	200
Subventionierter Wohnungsbau			
- Einfamilienhausverträge	23	23	23
- Garagenverträge	2	2	2
- Parkplatzverträge	27	27	27
Restaurants			
- Restaurants	11	11	9
- Wohnungsverträge	21	24	20
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	7	8	7
- Garagenverträge	0	0	0
- Parkplatzverträge	0	0	0
Landwirtschaftliche Pachtbetriebe			
- Bauernhöfe	9	10	9
- davon nach Bewirtschaftungsform "BIO"	1	1	1
- davon nach Bewirtschaftungsform "ÖLN"	8	9	9
Unbebaute Grundstücke			
- Land in ha	492	492	492
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	547	540	550
Baurechte			
- Baurechte für Wohnbauten	25	28	25
- Baurechte für Industriebauten	43	46	43
Verwaltungsmandate			
Liegenschaften der Pensionskasse			
- Wohnungsverträge	189	189	189
- Einfamilienhausverträge	0	0	0
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	6	3	6
- Garagenverträge	81	81	81
- Parkplatzverträge	34	44	34
Diverse städtische Objekte			
- Wohnungsverträge	6	6	6
- Einfamilienhausverträge	7	7	7
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	77	55	77
- Restaurants	4	4	4
- Baurechte	9	7	9
- Garagenverträge	32	32	32
- Parkplatzverträge	127	73	127
Inkassomandat für diverse städtische Objekte			
- Wohnungsverträge	179	182	179
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	17	41	17
- Garagenverträge	44	53	44
- Parkplatzverträge	48	94	48

(1 Are a = 100m²)(1 Hektara ha = 10'000m²)

Übersicht "Grundeigentum im Finanzvermögen"

Institution	Buchwert 01.01.2013	Überbewertetes Grundeigentum 01.01.2013	Unvollendete Bauten 01.01.2013	Total aktiviertes Grundeigentum 01.01.2013	Ertrag 2013	* in %	Int. Kapitalzins	Übriger Aufwand (Unterhalt, Verwaltung)	Soll 2013 Überschuss Ertrag / Aufwand (-)	Ist 2011 Überschuss Ertrag / Aufwand (-)
Wohn- / Gesch. Häuser	207'000'000	4'840'000	10'900'000	222'740'000	13'050'754	5.86	5'455'795	6'988'642	606'317	-850'876
Sub. Wohnungsbau	7'500'000	780'000	0	8'280'000	441'500	5.33	208'503	169'527	63'470	-53'473
Restaurants	26'500'000	5'200'000	2'500'000	34'200'000	1'849'100	5.41	782'964	2'340'071	-1'273'935	-2'154'267
Landw. Pachtbetriebe	7'000'000	250'000	2'600'000	9'850'000	172'400	1.75	141'964	2'435'129	-2'404'693	-2'159'998
Baurechte	23'200'000	540'000	0	23'740'000	1'508'100	6.35	604'433	292'927	610'740	677'901
Unbebaute Grundstücke	88'600'000	390'000	4'000'000	92'990'000	570'667	0.61	2'503'545	411'403	-2'344'281	-2'143'248
Total	359'800'000	12'000'000	20'000'000	391'800'000	17'592'521	4.49	9'697'204	12'637'699	-4'742'382	-6'683'961
Buchgewinne aus Verkauf FV									5'400'000	
Buchverluste aus Verkauf FV									-525'000	
Grundbuchgeschäfte									-244'306	
Total Nettokosten Bewirtschaftung FV									-111'688	

* Bruttorendite (Ertrag x 100 / Anlagewert)

Im Aufwandüberschuss der Institution Wohn- und Geschäftshäuser ist ein Anteil von 2,53 Mio., Restaurants 1 Mio. und Landwirtschaftliche Pachtbetriebe 2,24 Mio. enthalten.

Im Mietzins ertrag der Wohn- und Geschäftshäuser ist die Reduktion des Referenzzinssatzes von 2,5% auf 2,25% bereits berücksichtigt.

Produkt 2 Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen

Leistungen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Verwaltungsvermögen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	10'729'047	10'798'835	10'946'123
Erlös	9'632'910	9'547'500	11'821'749
Nettokosten	1'096'136	1'251'335	-875'626
Kostendeckungsgrad in %	90	88	108

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Minimale Leerstandsquote durch optimale Wiedervermietung: (Anteil Leerstandskosten im Verhältnis zum Ertrag) in %	1.1	0.3	0.0

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ siehe weitere Leistungsmengen in den 'parlamentarische Zielvorgaben' 1 -3			
▪ Liegenschaftenbestand Die Immobilien verwalten folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:			
Verwaltungsliegenschaften			
- Wohnungsverträge	8	9	8
- Benützungsverträge Stadtverwaltung	91	101	91
- Garagenverträge	24	24	24
- Parkplatzverträge	28	75	28
Betrieb Mehrzweckanlage			
- MZA Teuchelweiher (Alt- und Neubau)	1	1	1
- Anlage Luftschutztruppen ALST Steinacker	0	0	0
- Schiessanlagen (Ohrbühl, Wieshof)	1	1	1
- Objekte (Plätze, Parkplätze etc.)	10	13	10
Uebriege Liegenschaften			
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	32	26	32
- Garagenverträge	3	5	3
- Parkplatzverträge	11	27	11
Püntenverwaltung			
- Pachtverträge (inkl. Arealpachtverträge)	717	719	717

Produkt 3 Zentrale Dienste

Leistungen

- Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projekte.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	921'617	963'923	898'891
Erlös	272'368	319'650	268'600
Nettokosten	649'250	644'273	630'291
Kostendeckungsgrad in %	30	33	30

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Der Bereich Immobilien erbringt als Kompetenzzentrum diverse Dienstleistungen für die ganze Stadtverwaltung: - Behandlung von politischen Anfragen - Leitung oder Einsitz in Projektorganisationen - Einsitz in verschiedenen Fachgremien - Dienstleistungen als Fachkompetenzzentrum			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projekte in CHF	649'250	621'489	635'383

IAFP Immobilien

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	33'830	32'593	34'704	28'539	28'569	36'069
Erlös	28'319	26'655	34'837	31'898	40'498	41'588
Nettokosten/Globalkredit	5'510	5'938	-134	-3'359	-11'929	-5'519
Kostendeckungsgrad in %	84	82	100	112	142	115

- WIN03-Massnahme 18: Reduktion Aufwandüberschuss um jährlich 30' durch Verkauf von 10 EFH/Jahr bis ins Jahr 2015.
- In der Zeile Kosten ist im Soll 2013 ein Betrag von 5,77 Mio. für Gesamtanierungen im Finanzvermögen eingestellt. Für die gleiche Tätigkeit ist im Plan 2014 noch 180'000, im Plan 2015 360'000 und im Plan 2016 1,23 Mio. vorgesehen.
- Für den Umzug der Stadtverwaltung in den Superblock sind die entsprechenden neuen Mietbeträge im Plan 2016 berücksichtigt. Das Einsparpotenzial aus Fokus der LR wird zentral im IAFP des Finanzamtes dargestellt.
- Für Buchgewinne ist ein jährlich wiederkehrender Erlös von 1,5 Mio. bis ins Jahr 2015, danach 1,0 Mio. eingesetzt, ausser im Plan 2014 ist zusätzlich der Landverkauf HWRB Hegmatten, sowie im Plan 2015 der Verkauf Zeughausareal eingestellt.

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	3'213'000	3'491'000	3'130'000	2'780'000	3'980'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit Bei vermieteten Objekten des Finanzvermögens wird eine marktübliche Rendite erzielt. <i>Messung / Bewertung:</i> Bruttorendite (Bruttorendite = Nettoertrag*100/Anlagenwert) <i>Messgrößen:</i> - Finanzvermögen: (Durchschnitt) (in %) - Wohn- und Geschäftshäuser (in %) - Subventionierter Wohnungsbau (in %) - Restaurantbetriebe (in %) - Landwirtschaftliche Pachtbetriebe (in %) - Baurechte (in %) - Unbebaute Grundstücke (in %)						
	4.00	4.32	4.49	4.49	4.49	4.73
	4.80	5.89	5.86	5.86	5.86	6.04
	5.20	5.90	5.33	5.33	5.33	5.33
	5.60	5.26	5.41	5.41	5.41	5.41
	3.00	2.11	1.75	1.75	1.75	1.75
	6.90	5.96	6.35	6.35	6.35	6.35
	0.90	0.61	0.61	0.61	0.61	0.61
2 Energie- und umweltgerechte Bauten Neubauten erreichen den MINERGIE-Standard. Bei der Erneuerung von bestehenden Bauten wird in 1. Priorität der Standard für MINERGIE-Sanierungen umgesetzt. Auf eine Komfortlüftung kann verzichtet werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der Sanierungen <i>Messgrößen:</i> - Anteil Sanierungen mit Gebäudestandard 2008 (in %) - Anteil Sanierungen mit MINERGIE-P-Standard (in %)						
	100.00	100.00	100.00	67.00	100.00	100.00
	0	0	0	33	0	0
3 Kundenzufriedenheit Kundenzufriedenheit bei der Bewirtschaftung des Finanzvermögens. <i>Messung / Bewertung:</i> Die Kundenzufriedenheit bei der Bewirtschaftung des Finanzvermögens ist hoch. <i>Messgrößen:</i> - Gesamtzahl Schlichtungsfälle - Anzahl rechtslose Schlichtungsfälle						
	5	5	5	5	5	5
	4	5	0	0	0	0
4 Liegenschaften Finanzvermögen Diverse Informationen über die Liegenschaften des Finanzvermögens. <i>Messung / Bewertung:</i> Allgemeine Kennzahlen zum Finanzvermögen und detaillierte Angaben über die einzelnen Bereiche. <i>Messgrößen:</i> - Anzahl Städtische Gebäude (ohne Baurechte und unbebaute Grundstücke) - Verhältnis Liegenschaftenaufwand / Ertrag (in %) - Verhältnis Verwaltungsaufwand / Ertrag (in %) <u>Wohn- und Geschäftshäuser</u> - Anzahl Verträge - Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TFr.) - Buchwert (in TFr.)						
	202	200	195	200	200	208
	39.00	36.00	33.00	33.00	33.00	33.00
	6.00	5.20	4.70	4.70	4.70	4.70
	956	908	960	960	960	1'030
	-851	-2'371	305	2'845	2'645	1'645
	199'052	170'000	207'000	207'000	207'000	257'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
<u>Subventionierter Wohnungsbau</u>						
▪ Anzahl Verträge	52	52	52	52	52	52
▪ Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TFr.)	-53	-1	63	63	63	63
▪ Buchwert (in TFr.)	7'489	7'500	7'500	7'500	7'500	7'500
<u>Restaurantbetriebe</u>						
▪ Anzahl Betriebe	11	11	9	9	9	9
▪ Anzahl Verträge	39	43	36	36	36	36
▪ Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TFr.)	-2'154	-725	-1'277	-250	-250	-250
▪ Buchwert (in TFr.)	24'158	25'000	26'500	26'500	26'500	26'500
<u>Landwirtschaftliche Pachtbetriebe</u>						
▪ Anzahl Bauernhöfe	9	10	9	9	9	9
▪ davon BIO-Betriebe	1	1	1	2	1	1
▪ Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TFr.)	-2'160	-271	-2'405	-200	-200	-200
▪ Buchwert (in TFr.)	5'706	7'800	7'000	7'000	7'000	7'000
<u>Baurechtsgrundstücke</u>						
▪ Anzahl Verträge	68	74	68	68	68	68
▪ Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TFr.)	678	557	611	611	611	611
▪ Buchwert (in TFr.)	23'246	25'100	23'200	23'200	23'200	23'200
<u>Unbebaute Grundstücke</u>						
▪ Anzahl Verträge	547	540	550	550	550	550
▪ Aufwand-/Ertragsüberschuss (in TFr.)	-2'143	-2'414	-2'344	-2'344	-2'344	-2'344
▪ Buchwert (in TFr.)	92'376	90'000	88'600	88'600	88'600	88'600
5 Liegenschaften Verwaltungsvermögen Diverse Informationen über die Liegenschaften des Verwaltungsvermögens. <i>Messung / Bewertung:</i> Allgemeine Kennzahlen zu den Liegenschaften des Verwaltungsvermögens. <i>Messgrössen:</i>						
▪ Anzahl Städtische Gebäude (ohne Baurechte und unbebaute Grundstücke)	68	68	68	68	68	59
▪ Anlagewert (in TFr.)	235'095	235'095	235'095	235'095	235'095	145'095
▪ Intern verrechenbare Mietkosten (in TFr.)	8'345	8'303	11'489	11'500	12'500	12'500
▪ Anzahl Externe Anmietverhältnisse	1	1	1	1	2	2
▪ Mietaufwand für externe Mieten inkl. NK (in TFr.)	857	653	620	620	7'760	7'760
▪ Verhältnis Liegenschaftenaufwand / Ertrag (in %)	76.00	76.00	62.00	62.00	62.00	62.00
▪ Verhältnis Verwaltungsaufwand / Ertrag (in %)	9.79	11.20	9.50	9.50	9.50	9.50
6 Liegenschaften Finanz- und Verwaltungsvermögen Diverse Informationen über die Liegenschaften des Finanz- und Verwaltungsvermögens. <i>Messung / Bewertung:</i> Allgemeine Kennzahlen zu den Liegenschaften des Finanz- und Verwaltungsvermögens. <i>Messgrössen:</i>						
▪ Bewirtschafteter Anlagewert (in TFr.)	600'048	610'000	617'620	617'620	617'620	575'000
▪ Sanierungsaufwand Investitionsrechnung (in TFr.)	3'360	3'655	5'770	180	360	1'230
▪ Aufwand in der Laufenden Rechnung für Instandhaltung und Instandsetzung (in TFr.)	9'691	8'378	10'629	5'100	5'300	6'600

(Minusbeträge = Aufwandüberschuss) (Anlagewert = GVZ-Wert) (Buchwert = ohne unvollendete Bauten und überbewertetes Grundeigentum)
(Aufzählung der Restaurantbetriebe beinhaltet 1 Restaurant des Verwaltungsvermögens)

1 Wirtschaftlichkeit:

Umzug der Stadtverwaltung in den Superblock mit Neuausrichtung der freiwerdenden Liegenschaften inkl. Uebertrag vom VV ins FV ab 2016 berücksichtigt.

2 Energie- und umweltgerechte Bauten:

Zürcherstrasse 90 und Tanneweg 47/49 in MINEGIE-P, Wartstrasse 37/39 in Gebäudestandard 2008

4 Liegenschaften Finanzvermögen:

Die geplante Buchwertabnahme von ca. 5 Mio./Jahr im FV durch die WIN03-Massnahme 18-21 bis ins Jahr 2015 kompensiert sich durch neue Investitionen und Gesamtsanierungen im Finanzvermögen.

Umzug der Stadtverwaltung in den Superblock mit Neuausrichtung der freiwerdenden Liegenschaften inkl. Uebertrag vom VV ins FV ab 2016 berücksichtigt.

5 Liegenschaften Verwaltungsvermögen:

Ab 2015 neuer Anmietvertrag Superblock / Intern verrechenbare Mietkosten inkl. Superblock, Polizei, Stadthaus etc.

Umzug der Stadtverwaltung in den Superblock mit Neuausrichtung der freiwerdenden Liegenschaften inkl. Uebertrag vom VV ins FV ab 2016 berücksichtigt.

6 Liegenschaften Finanz- und Verwaltungsvermögen:

Umzug der Stadtverwaltung in den Superblock mit Neuausrichtung der freiwerdenden Liegenschaften inkl. Uebertrag vom VV ins FV ab 2016 berücksichtigt.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Laufende Überprüfung und Optimierung der Aufgaben und Dienstleistungsstandards
- Laufende Personalentwicklung durch situatives Anbieten von Weiterbildungsmöglichkeiten
- Bereinigung des Liegenschaftenportefeuilles durch Zu- und Verkäufe
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Wohnhäuser Finanzvermögen
- Unterstützung Projekt "Fokus" - Zentralisierung eines grossen Teils der Stadtverwaltung an einem Standort

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Baulicher Unterhalt aus Gesamtsanierungen

Im Mehrjahresvergleich der Produktgruppe-Nettokosten sind auch die einmaligen Aufwände aus den Gesamtsanierungen aufgeführt, was jeweils zu grösseren jährlichen Abweichungen führen kann.

- Buchgewinne/-verluste aus Immobilienverkäufen

Im Mehrjahresvergleich der Produktgruppe-Nettokosten sind auch die einmaligen Erträge (Buchgewinne/-verluste aus Arealverkäufen) aus den Immobilienverkäufen aufgeführt, welche im Produkt 1 separat ausgewiesen werden, was jeweils zu grösseren jährlichen Abweichungen führen kann.

Städtische Allgemeynkosten/Erlöse

Auftrag

Die Städtischen Allgemeynkosten bestehen aus den Sammelkonten für sämtliche städtischen Kosten, welche nicht eindeutig mittels Verrechnungen oder Umlagen an die Bereiche weitergegeben werden können. Es sind dies typischerweise Kosten wie z.B. Versicherungen, Pauschalkorrekturen oder Dividenden, Beiträge von eigenen Anstalten und Betrieben (Erlöse).

Da die städtischen Allgemeynkosten vollständig abhängig sind von den gesamten internen Verrechnungen und Umlagen, können sie nicht aktiv gesteuert werden. Aus diesem Grund sind keine Indikatoren für diesen Bereich definiert.

Die städtischen Allgemeynkosten sind zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe aufgeführt, aber sie sind kein Bereich im herkömmlichen Sinn. Insbesondere sind ihnen keine Mitarbeitenden und keine Führungskräfte zugeteilt.

Die inhaltliche Verantwortung für die städtischen Allgemeynkosten liegt beim Leiter des Finanzamts.

Produkte

Die städtischen Allgemeynkosten/Erlöse weisen nur ein einziges Produkt "Städtische Allgemeynkosten/Erlöse" auf.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesetz
Verordnung über den Gemeindehaushalt
Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons
Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden
Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gemeindeordnung
Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur

Stufe Verwaltungseinheit

Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Beat Holzer, Leiter Finanzamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
Total Investitionen für die Berechnung der Abschreibungen im allgemeinen Verwaltungsvermögen in Mio. CHF	60.0	80.0	70.0
Höhe des Konzernzinssatzes (in %)	2.62	2.62	2.50
Dividendenausschüttung der Zürcher Kantonalbank in Mio. CHF	8.1	7.5	7.9

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	-3'983'618	2'989'242	-18'062'284

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Der Kreditüberschuss beträgt CHF 18,1 Mio. Das ist eine Verbesserung von CHF 21,1 Mio. gegenüber dem Budget vom Vorjahr. Diese Abweichung setzt sich wie folgt zusammen:

Die Aufwandsveränderungen betragen insgesamt CHF -17,8 Mio.

- 1,8 Personalaufwand (nicht verteilte Lohnmassnahmen im Budget 2012 von CHF 1,8 Mio)
- 10,8 Sachkosten (Zinsen CHF -6,0 Mio. und div. Sachkosten CHF -4,8 Mio., inklusive Pauschalkürzungen GGR VO2013)
- 4,4 Beiträge an Dritte (im Budget 2012 wurden für die PK-Sanierung 5,0 Mio. budgetiert, öffentliche Beleuchtung CHF +0,3 Mio.)
- 0,9 kalkulatorische Zinsen

Die Nettomehrerträge betragen insgesamt CHF 3,3 Mio.

- 4,6 Buchgewinne (im Budget 2012 wurde wegen dem Verkauf der Fortuna Obertor AG ein Buchgewinn von CHF 5,0 Mio erfasst)
- + 0,8 Mehrerträge der restlichen externen Erlöse (ZKB CHF +0,4 Mio. und verschiedene Positionen CHF +0,4 Mio.)
- + 8,1 Mehrerträge aus kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen
- 1,2 Beiträge von Dritten (eigene Anstalten)

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Der Kreditüberschuss beträgt CHF 18,1 Mio. Das ist eine Verbesserung von CHF 14,0 Mio. gegenüber der Rechnung 2011. Diese Abweichung setzt sich wie folgt zusammen:

Die Aufwandsveränderungen betragen insgesamt CHF -3,3 Mio.

- 0,4 Personalaufwand (nicht beanspruchter Sozialstellenkredit)
- 2,5 Sachkosten (Zinsen CHF - 2,6 Mio., Abschreibungen CHF +5,5 Mio., verschiedene Positionen CHF -5,3 Mio., inklusive Pauschalkürzungen GGR VO2013)
- 0,3 Beiträge an Dritte (öffentliche Beleuchtung; in der Rechnung 2011 ist ein Abgrenzungsfehler von CHF 0,4 Mio. enthalten)
- 0,9 interne Verrechnungen (kalkulatorische Zinsen CHF -1,1 Mio., andere interne Verrechnungen CHF +0,2 Mio.)

Die Nettomehrerträge betragen insgesamt CHF 10,7 Mio.

- 2,5 Reduktion der zu aktivierenden Bauzinsen von Stadtwerk
- 0,4 Restliche externe Erlöse (ZKB CHF -0,2 Mio., Entnahme Spezialfinanzierungen CHF + 0,2 Mio.)
- + 14,0 Mehrerträge aus kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen
- 0,6 Beiträge von Dritten (eigene Anstalten)

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	712'899	2'816'113	1'100'000
Sachkosten	75'686'562	83'780'000	73'125'000
Beiträge an Dritte	4'216'934	8'307'000	3'921'600
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	20'221'291	20'177'387	19'121'552
Mietkosten	0	0	0
Übrige interne Kosten	56'813	261'000	283'893
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>100'894'499</i>	<i>115'341'500</i>	<i>97'552'044</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	100'894'499	115'341'500	97'552'044
Externe Erlöse	12'122'101	13'025'000	10'055'000
Interne Erlöse	83'528'016	89'527'258	97'559'329
Beiträge von Dritten	9'228'000	9'800'000	8'000'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>104'878'116</i>	<i>112'352'258</i>	<i>115'614'329</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	104'878'116	112'352'258	115'614'329
Total Nettokosten / Globalkredit	-3'983'618	2'989'242	-18'062'284
Kostendeckungsgrad in %	104	97	119

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

Siehe Produktgruppe Finanzamt.

Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Sozialstellenplan	712'899	1'000'000	1'000'000
Diverser Personalaufwand (Teuerung, Stufe, Leistung) *	0	1'816'113	100'000
Total Personalkosten	712'899	2'816'113	1'100'000
Sachaufwand	1'011'814	240'000	-4'525'000
Passivzinsen	27'431'693	30'900'000	24'850'000
Abschreibungen	47'103'055	52'500'000	52'600'000
Versicherungsfonds	140'000	140'000	200'000
Total Sachkosten	75'686'562	83'780'000	73'125'000
Vermögenserträge inkl. Buchgewinne	828'739	5'500'000	1'500'000
Entgelte	2'955'796	25'000	455'000
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	8'127'312	7'500'000	8'100'000
Entnahme Spezialfinanzierung	210'254	0	0
Total externe Erlöse	12'122'101	13'025'000	10'055'000

IAFP Städtische Allgemeinkosten/Erlöse

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	100'894	115'341	97'552	112'908	118'208	123'908
Erlös	104'878	112'352	115'614	120'366	122'141	122'684
Nettokosten/Globalkredit	-3'984	2'989	-18'062	-7'458	-3'933	1'224
Kostendeckungsgrad in %	104	97	119	107	103	99

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Total Investitionen für die Berechnung der Abschreibungen im allgemeinen Verwaltungsvermögen in Mio. CHF	60.0	80.0	70.0	*	*	*
Höhe des Konzernzinssatzes (in %)	2.62	2.62	2.50	2.30	2.30	2.30
Dividendenausschüttung der Zürcher Kantonalbank in Mio. CHF	8.1	7.5	7.9	8.0	8.0	8.0

* Investitionstätigkeit: Die Höhe der Abschreibungsbasis für die Jahre 2014 bis 2016 ergibt sich aus den finanziellen Möglichkeiten der Stadt.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Siehe Produktgruppe Finanzamt.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Aufgrund des Nachholbedarfs an Investitionen erhöhen sich die künftigen Abschreibungen in den Planjahren.
- Die dadurch entstehende Erhöhung des Fremdkapitals, wird die Jahresrechnungen 2014 bis 2016 zusätzliche belasten.
- Für die Lohnsteigerung ist in den Jahren 2014 bis 2016 jeweils mit 1 % gerechnet. Das belastet den IAFP jährlich mit jeweils CHF 3 Mio. zusätzlichen Aufwendungen.

Steuern und Finanzausgleich

Auftrag

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" stellt die Einnahmen der Stadt in ihrer Gesamtheit und mit ihren Untergruppen dar.

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" wird zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe aufgeführt, sie ist aber kein Bereich im herkömmlichen Sinn. Insbesondere sind ihnen keine Mitarbeitenden und keine Führungskräfte zugeteilt.

Die inhaltliche Verantwortung für die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" liegt beim Leiter des Steueramts (Einnahmen aus Steuern) und beim Leiter des Finanzamts (Einnahmen aus dem Finanzausgleich).

Produkte

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" weist nur ein einziges Produkt "Steuern und Finanzausgleich" auf.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Finanzausgleichsgesetz vom 12.07.2010, Inkraftsetzungsdatum 01.01.2012
- Bundesgesetz vom 14.12.1990 über die direkte Bundessteuer
- Verordnung zum DBG
- Steuergesetz des Kantons Zürich vom 08.06.1997
- Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, Dienstanleitung zum Steuergesetz, Weisungen der Finanzdirektion
- Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur
- Gemeindeordnung

Stufe Verwaltungseinheit

- Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Pius Kuhn, Leiter Steueramt
Beat Holzer, Leiter Finanzamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Steuern Steuerfuss in %	122	122	122

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	-497'477'538	-555'862'100	-556'487'000

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Steuern:

- Die Steuererträge über alle Steuerarten verringern sich gegenüber dem Vorjahresbudget um rund 2.7%. Die grösste Differenz ist bei den Steuern des laufenden Jahres zu verzeichnen. Dies ist die Folge des Ausgleichs der kalten Progression, deren Effekt bisher unterschätzt wurde. Weiter zeigen die Erträge der Vorjahre einen rückläufigen Verlauf. Die Erträge der juristischen Personen dürften auf dem Niveau des Voranschlages 2012 stagnieren. Der budgetierte Rückgang der Steuererträge resultiert demnach ausschliesslich bei den natürlichen Personen.
- Die Gemeindesteuern zum kantonalen Maximalsatz betragen 122%.
- Die Grundstückgewinnsteuern dürften gegenüber dem Vorjahresbudget knapp auf dem gleichen Niveau gehalten werden können.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Steuern:

- Auch gegenüber der Rechnung 2011 verringern sich die Steuererträge um 1.85%. Dabei legen die natürlichen wie auch die juristischen Personen bei den Steuern des laufenden Jahres gegenüber der Rechnung 2011 um 0.95% resp. 8% zu. Dagegen sind Einbussen bei den Steuern der Vorjahre wie auch bei den Grundstückgewinnsteuern zu verzeichnen, wobei bei den Grundstückgewinnsteuern zu bemerken ist, dass in der Rechnung 2011 wenige grosse Fälle zu ausserordentlichen Erträgen geführt hatte.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	0	0	0
Sachkosten	5'264'327	5'682'000	5'682'000
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	0	0	0
Übrige interne Kosten	0	0	0
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'264'327</i>	<i>5'682'000</i>	<i>5'682'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'264'327	5'682'000	5'682'000
Externe Erlöse	502'741'866	561'544'100	562'169'000
Interne Erlöse	0	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>502'741'866</i>	<i>561'544'100</i>	<i>562'169'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	502'741'866	561'544'100	562'169'000
Total Nettokosten / Globalkredit	-497'477'538	-555'862'100	-556'487'000
Kostendeckungsgrad in %	9'550	9'883	9'894

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

Steuern:

- Keine.

Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Passivzinsen	2'211'045	1'920'000	1'920'000
Abschreibungen	2'000'924	2'800'000	2'700'000
Entschädigung für Dienstleistungen anderer Gemeinden	1'052'358	962'000	1'062'000
Total Sachkosten	5'264'327	5'682'000	5'682'000
Steuern	389'593'555	392'879'100	382'404'000
Vermögenserträge	2'636'989	2'665'000	2'465'000
Finanzausgleich	110'511'322	166'000'000	177'300'000
Total externe Erlöse	502'741'866	561'544'100	562'169'000

IAFP Steuern und Finanzausgleich

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	5'264	5'682	5'682	5'682	5'682	5'682
Erlös	502'741	561'544	562'169	543'310	555'527	568'744
Nettokosten/Globalkredit	-497'478	-555'862	-556'487	-537'628	-549'845	-563'062
Kostendeckungsgrad in %	9'550	9'883	9'894	9'562	9'777	10'010

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Steuerfuss in %	122	122	122	122	122	122

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Steuern:

- Im Bereich der Staats- und Gemeindesteuern, der direkten Bundessteuern wie auch bei den Grundstückgewinnsteuern werden in immer kürzeren Abständen verschiedene Vorstösse und Ideen für Veränderungen diskutiert, eingebracht und Initiativen sind hängig. Die möglichen Auswirkungen können zu massiven Steuerausfällen, im Besonderen bei den Gemeindesteuern bei Veränderungen der Voraussetzungen der Grundstückgewinnsteuern, führen. Im IAFP sind solche Steuereinsparungen nicht berücksichtigt.
- Generell ist davon auszugehen, dass sich die Steuererträge bei den juristischen Personen nicht im gleichen Ausmass wie in den Vorjahren entwickeln werden.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Steuern:

- Keine.

Tiefbau

Auftrag

Die Verkehrswege, die Gewässer und die öffentlichen WC-Anlagen sind nach technischen, wirtschaftlichen, kundenorientierten und ökologischen Gesichtspunkten so zu bauen und zu betreiben, dass sie ihrem Zweck entsprechend sicher und für die Umgebung möglichst schonend benutzt werden können und deren Wert langfristig erhalten bleibt.

Produkte

1 Ingenieur Dienstleistungen

Kompetenzzentrum für Tiefbauten. Planung, Projektierung und Realisierung von Tiefbauvorhaben.

2 Baulicher Unterhalt des Strassennetzes

Baulicher Unterhalt von Strassen/Werterhaltung. Dienstleistungen für die Städtischen Werke und Dritte.

3 Strassenreinigung

Betrieblicher Unterhalt. Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen und Private.

4 Winterdienst

Betrieblicher Unterhalt. Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen und Private.

5 Strassensignalisation

Produktion, Stellen und Aufbringen im Auftrag der Polizei und Unterhalt.

6 Gewässerunterhalt

Bau und Unterhalt

7 Öffentliche Toiletten und Wartehallen

Betrieb und Unterhalt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über den Binnenmarkt vom 6.10.95
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15.09.03
- Submissionsverordnung
- Werkeigentümerhaftung OR 58
- Bundesgesetz über die Fischerei (BGF)
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG)
- Strassenverkehrsgesetz (SVG)
- Strassenverkehrsordnung (VRO)
- Strassengesetz des Kantons Zürich
- Zugangsnormen Kanton Zürich
- Kantonale Signalisationsverordnung
- Kantonales Wasserwirtschaftsgesetz

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Richtlinien für die Ausführung von Unter- und Oberbau von Strassen, Wegen und Trottoirs.
- Verordnung über die Privatstrassen

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Hr. Reifler Max

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur ist im baulichen und betrieblichen Unterhalt (Produkt 2 - 4) pro m2 günstiger als der Mittelwert der vergleichbaren CH-Städte. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten <i>Messgrösse:</i> CHF pro m2 (relative Werte)	3.63	4.10	4.15
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft. Mind. in % Die direkten Ingenieurdienstleistungen für Verkehrs- und Kanalbauten sind den verursachenden Objekten zu belasten <i>Messung / Bewertung</i> Kostendeckung für die Bauleitung der zu beeinflussenden Bauten <i>Messgrösse:</i> Kostendeckung in % für die beeinflussbaren Verkehrs- und Kanalbauten	95 75.5	100 82.0	100 76.0
3 Kundenorientierung Die Kundschaft (Bevölkerung) ist mit den Dienstleistungen der Produktegruppe Tiefbau zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Repräsentative Kundenumfrage 2009 2) Statistik Messung der Beschwerdehäufigkeit <i>Messgrössen:</i> 1) Prozentsatz der auf die Frage 'Macht die Stadt Winterthur Ihrer Meinung nach genug, um die Stadt sauber zu halten?' mit Ja Antwortenden. 2009 Umfrage Resultat 82% Ja 2) Anzahl der berechtigten Beschwerden - Baulicher Unterhalt - Strassenreinigung - Ingenieur Dienstleistungen	82.00 5 6 4	82.00 10 10 10	82.00 10 10 10
4 Sicherheit Die Sicherheit der Benützer und Benutzerinnen von Verkehrswegen und WC Anlagen ist gewährleistet. <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Einhaltung der Zeitlimiten für die Durchführung der Massnahmen 2) Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58 <i>Messgrössen:</i> 1) Einhaltung der Zeitlimiten beim Winterdienst und bei der Behebung von gefährlichen Belagsschäden. Zielerreichungsgrad mind. in %: 2) Anzahl Haftungsfälle zu Lasten der Stadt	98 0	95 0	95 0
5 Umweltschutz (Oekologie) Die Verkehrswege, die Gewässer und öffentlichen WC-Anlagen werden so erstellt, betrieben und unterhalten, dass sie für die Umgebung möglichst schonend benutzt werden können. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährliche Audits über die Einhaltung der Gesetze durch die Umweltschutzfachstelle <i>Messgrösse:</i> Zielerreichung: Audit erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	19'679'084	20'662'021	21'088'185

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

- Der Nettoglobalkredit erhöht sich im Voranschlag 2013 um rund CHF 426'000.- auf 21.1 Mio. CHF. Dieser Anstieg wird durch höhere Abschreibungen von CHF 502'000.- und Kapitalzinsen von CHF 86'000.- verursacht.
- Durch die Realisierung des Glasfasernetzes in Winterthur erwarten wir im Produkt 2 "Baulicher Unterhalt des Strassennetzes (Belagsinstandstellungen)" eine Zunahme des Sachaufwands von rund 0.9 Mio. CHF. Diese Leistungen gegenüber Stadtwerk und Dritten werden verrechnet und somit durch höhere Erträge kompensiert.
- Der Sachaufwand erhöht sich unter anderem auch durch den Unterhalt des kommunalen Strassennetzes und der Mietzinserhöhung am Standort Neumarkt.
- Je länger je mehr wird die Rechnung der PG Tiefbau durch Arbeiten zur Beseitigung von Vandalismus und Littering negativ beeinflusst, da eine Verrechnung an die Verursacher meist nicht möglich ist.
- Bei den externen Erträgen wird ein Anstieg von rund CHF 1.2 Mio. erwartet. Bei den Belagsinstandstellungen wird eine Zunahme des Ertrags um CHF 900'000.- erwartet. Weitere CHF 100'000.- Mehreinnahmen werden aus der Verrechnung von Leistungen der Strassensignalisation kommen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

- Der Globalkredit erhöht sich gegenüber der Rechnung 2011 um rund CHF 1.4 Mio. auf CHF 21.1 Mio. Diese Abweichung resultiert zu einem grossen Teil aus dem Wegfall des Staatsbeitrages für Gemeindestrassen von über 1 Mio. CHF. Dieser Beitrag wird infolge des neuem Finanzausgleichs ab dem Jahr 2012 nicht mehr entrichtet.
- Der Globalkredit erhöht sich unter anderem auch infolge höheren Personalkosten (Lohnerhöhung 2012), höherem Sachaufwand aufgrund des Unterhalts von Anschlussgeleisen sowie zusätzlichen Zinsen und Abschreibungen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	12'267'120	12'568'636	12'332'760
Sachkosten	10'235'050	9'042'934	10'132'524
Beiträge an Dritte	12'991	20'000	20'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	8'360'210	8'230'697	8'756'443
Mietkosten	165'318	165'681	204'296
Übrige interne Kosten	3'569'083	2'587'469	2'752'037
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>34'609'772</i>	<i>32'615'417</i>	<i>34'198'058</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	34'609'772	32'615'417	34'198'058
Externe Erlöse	6'871'790	5'243'021	6'459'726
Interne Erlöse	6'842'481	6'469'375	6'409'148
Beiträge von Dritten	1'216'417	241'000	241'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>14'930'688</i>	<i>11'953'396</i>	<i>13'109'874</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	14'930'688	11'953'396	13'109'874
Total Nettokosten / Globalkredit	19'679'084	20'662'021	21'088'185
Kostendeckungsgrad in %	43	37	38

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	127.11	131.90	133.90
▪ Auszubildende	7.00	7.00	7.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

1.00 Stelleneinheiten (Projektleiter/in) für das städtische Gesamtverkehrskonzept.
 1.00 Stelleneinheiten (Handwerker/in Signalisation) für die Graffiti-Entfernung.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Planung und Realisierung Einzelprojekte Masterplan Stadtraum Bahnhof
- Etappenweise Planung und Realisierung Zulaufkanal Neumarkt - Schützenwiese, koordiniert mit übrigen Grossprojekten.

Produkt 1 Ingenieur-Dienstleistungen**Leistungen**

- Planung und Projektierung von Tiefbauobjekten
- Fachliche Führung / Realisierung von Bauvorhaben
- Planung, Projektierung und Realisierung von überkommunalen Projekten des Kantons gemäss Strassengesetz (722.1 / 722.18)
- Beratung und Information von Bauherren und der Bevölkerung
- Kompetenzzentrum Tiefbauten

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'886'267	2'016'050	2'163'944
Erlös	1'439'186	1'639'278	1'627'787
Nettokosten	447'081	376'772	536'157
Kostendeckungsgrad in %	76	81	75

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kostendeckungsgrad der Ingenieur Dienstleistungen der beeinflussbaren Projekte in %	75.5	82.0	76.0
Zustandsbericht der Strassen MSE (Management-Informationssystem), Anteil stark beschädigter Strassen mit notwendigen Massnahmen. Geringer oder gleich in %	6.0	5.0	5.0
Die Anzahl berechtigter Reklamationen tief halten	4	10	10

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl ausgeführte Projekte im Strassenbau	13	15	10
Anzahl ausgeführte Projekte im Kanalbau	10	20	10
Anzahl abgerechnete Projekte, Verfügung Dept. Vorsteherin	11	20	10
Anzahl abgerechnete Projekte, Bauausschuss	5	15	10

Das Tiefbauamt ist in den vergangenen Jahren dazu übergegangen, mehrere Strassen in einem Gesamtprojekt zusammenzufassen (z.B. Eichliacker, Tössfeld, Veltheim, Neuwiesen usw.). Dies führt zahlenmässig zu weniger Projekten, welche jedoch grössere Investitionssummen auslösen. In den vergangenen Jahren wurde die Investitionen für die Erneuerungen der Kanalisationen kontinuierlich gesteigert, dies mit einer geringeren Anzahl von Projekten. Die geringere Anzahl Projekte zieht zwangsläufig auch weniger Abrechnungen nach sich. Bei einer zukünftigen Ueberarbeitung der Leistungsmengen und Messgrössen wäre es ev. sinnvoll, neu die Investitionssummen als Messgrösse zu nehmen.

Produkt 2 Baulicher Unterhalt des Strassennetzes

Leistungen

- Das gesamte öffentliche Strassennetz und Kunstbauten kontrollieren und entsprechende Massnahmen veranlassen.
- Den Wert der Objekte durch entsprechende Bauarbeiten erhalten.
- Vorbeugende Instandhaltungsarbeiten ausführen.
- Kleinbauliche Aufträge von Privaten ausführen.
- Bauvorhaben submittieren, an Unternehmer vergeben und deren Ausführung kontrollieren.
- Grabenaufbrüche kontrollieren und instandstellen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	16'530'341	14'466'533	15'967'823
Erlös	6'236'494	4'594'667	5'712'963
Nettokosten	10'293'847	9'871'866	10'254'860
Kostendeckungsgrad in %	38	32	36

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Durch einen gezielten baulichen Unterhalt die Werterhaltung des öffentlichen Grundes sicherstellen.			
Keine Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58	0	0	0
Bei Grabenaufbrüchen einen Kostendeckungsgrad von 100% erreichen	95.3	100.0	100.0
Die Anzahl der berechtigten Reklamationen tief halten (max.)	5	10	10
Gefährliche Belagsschäden innerhalb 36 Std. beheben. Mindestens in %	97.0	95.0	95.0
Die Kosten für den baulichen Unterhalt tief halten (Kosten pro m2 unterhaltene Fläche) in CHF.	0.82	1.00	0.95
Anteil Lösungsmittel in Prozent des Verbrauchs bei Produkten für den Belagsunterhalt. Max. in %	10.6	20.0	20.0

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Strassenlänge in m	371'416	380'000	372'000
Gesamte zu unterhaltende öffentliche Strassenfläche in m2	3'172'487	3'160'000	3'173'000

Produkt 3 Strassenreinigung

Leistungen

- Manuelles und maschinelles Reinigen des öffentlichen Grundes.
- Öffentliche Papierkörbe leeren.
- Strassenentwässerung kontrollieren und instandhalten.
- Plätze und Strassen nach öffentlichen Veranstaltungen reinigen.
- Private Reinigungsaufträge ausführen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	9'944'424	9'320'668	9'173'912
Erlös	4'299'912	3'538'315	3'495'498
Nettokosten	5'644'512	5'782'353	5'678'414
Kostendeckungsgrad in %	43	38	38

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Sauberkeit und Hygiene auf öffentlichem Grund sicherstellen. Bedürfniskonforme Reinigung der gesamten Strassenfläche Die Kundschaft (Bevölkerung) ist der Meinung, die Stadt Winterthur macht genug, um die Stadt sauber zu halten. Zustimmung: 77% Ja Die Anzahl berechtigter Reklamationen tief halten Die Kosten der Reinigung auf tiefem Niveau halten in CHF. - Kosten pro m2 unterhaltene Fläche	82.00 6 2.36	82.00 10 2.30	82.00 10 2.35

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Alle Strassensammler innert 2 Jahren einmal leeren (Anzahl pro Jahr) Zu reinigende öffentliche Strassenfläche in m2	3'750 3'172'487	4'400 3'160'000	4'400 3'173'000

Produkt 4 Winterdienst

Leistungen

- Strassen, Rad- und Gehwege, Plätze und Treppen geh- und fahrsicher halten.
- Den öffentlichen Grund von grösseren Schneemengen freipflügen.
- Private Winterdienstaufträge ausführen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'790'355	2'645'483	2'304'987
Erlös	946'866	877'304	800'400
Nettokosten	843'489	1'768'178	1'504'587
Kostendeckungsgrad in %	53	33	35

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Hauptstrassen und Strassen mit öffentlichem Verkehr innert 4 Std. befahrbar machen. Mindestens in % erfüllt	100.0	95.0	95.0
Das übrige Strassennetz innerhalb 12 Std. befahrbar machen. Mindestens in % erfüllt	100.0	100.0	100.0
Die Kosten des Winterdienstes auf tiefem Niveau halten Kosten pro m2 unterhaltene Fläche in CHF	0.45	0.80	0.80

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Gesamte öffentliche Strassenfläche in m2	3'172'487	3'160'000	3'173'000

Produkt 5 Strassensignalisation

Leistungen

- Bodenmarkierungen erneuern oder neu erstellen.
- Signalisationstafeln instandhalten und im Auftrag der Stadtpolizei neu erstellen.
- Signalisationen reinigen.
- Umsetzen von Tempo 30 Zonen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'768'750	2'398'830	2'693'737
Erlös	1'919'045	1'217'104	1'391'826
Nettokosten	849'705	1'181'727	1'301'912
Kostendeckungsgrad in %	69	51	52

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Strassensignalisation und Strassenmarkierung intakt halten und durch regelmässige Reinigungen stets sichtbar halten.	nicht erfüllt	erfüllt	erfüllt
Anteil Lösungsmittel in Prozent des Verbrauchs bei Produkten für die Strassenmarkierung. Max. in %	1.7	10.0	10.0

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Schlecht sichtbare Wegweiser und Tafeln instandsetzen in Stk.	2'540	2'400	2'000
Schlecht sichtbare Bodenmarkierungen erneuern in m	27'500	15'000	12'000

Produkt 6 Gewässerunterhalt

Leistungen

- Kies, Sandfänge und Rückhaltebecken leeren.
- Bachbette reinigen, Gras mähen, Gebüsche zurückschneiden.
- Bauliche Massnahmen für den Hochwasserschutz treffen und realisieren.
- Periodisch Gewässerkontrollen durchführen und geeignete Massnahmen planen und ausführen.
- Sofortmassnahmen bei Ueberschwemmungen veranlassen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	878'495	1'032'413	1'049'261
Erlös	24'722	20'729	22'156
Nettokosten	853'772	1'011'684	1'027'105
Kostendeckungsgrad in %	3	2	2

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Hochwasserschutz an den öffentlichen Gewässern sicherstellen	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kontrolle der 154 öffentlichen Gewässer, zweimal jährlich	308	304	304
Gewässerböschungen einmal pro Jahr mähen	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Aktuell per Mai 2012 sind in Winterthur 152 Gewässer verzeichnet (2011: 154), die vom Strasseninspektorat unterhalten werden.

Produkt 7 Öffentliche Toiletten und Wartehallen

Leistungen

- WC-Anlagen und Wartehallen kontrollieren, reinigen und instandhalten.
- Reparaturen ausführen oder veranlassen
- Durch geeignete Massnahmen die Anlagen möglichst sicher und invalidengerecht machen.
- Wartungsarbeiten für Dritte ausführen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	775'741	735'441	844'394
Erlös	59'892	66'000	59'245
Nettokosten	715'849	669'442	785'149
Kostendeckungsgrad in %	8	9	7

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Betrieb von sauberen und sicheren WC-Anlagen	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Realisierung von WC-Anlagen nach neuem Konzept	1	1	1

2013 ist die bauliche Sanierung des WC Rosenberg geplant.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die WC-Anlagen werden pro Jahr desinfiziert	5	6	4

IAFP Tiefbau

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	34'609	32'615	34'198	34'399	34'519	34'519
Erlös	14'930	11'953	13'109	13'110	13'180	13'180
Nettokosten/Globalkredit	19'679	20'662	21'088	21'288	21'338	21'338
Kostendeckungsgrad in %	43	37	38	38	38	38

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	18'375'000	18'965'000	18'085'000	20'155'000	22'990'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur ist im baulichen und betrieblichen Unterhalt (Produkt 2 - 4) pro m2 günstiger als der Mittelwert der vergleichbaren CH-Städte. Messung: Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten CHF pro m2 (relative Werte)	3.63	4.10	4.15	4.15	4.20	4.20
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft. Mind. in % Kostendeckung für die Bauleitung der zu beeinflussenden Bauten. Messgrösse: Kostendeckung in % für die beeinflussbaren Verkehrs- und Kanalbauten	95 75.5	100 82.0	100 76.0	100 76.0	100 76.0	100 76.0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
3 Kundenorientierung						
1) Prozentsatz der auf die Frage 'Macht die Stadt Winterthur Ihrer Meinung nach genug, um die Stadt sauber zu halten?' mit Ja Antwortenden. 2009 Umfrage Resultat 82% Ja	82.0	82.0	82.0	80	80	80
2) Anzahl der berechtigten Beschwerden						
- Baulicher Unterhalt	5	10	10	10	10	10
- Strassenreinigung	6	10	10	10	10	10
- Ingenieur Dienstleistungen	4	10	10	10	10	10
4 Sicherheit						
Die Sicherheit der BenutzerInnen von Verkehrswegen und WC Anlagen ist gewährleistet.						
1) Einhaltung der Zeitlimiten für die Durchführung der Massnahmen. Messgrösse: Einhaltung der Zeitlimiten. Zielerreichungsgrad mind. in %:	98	95	95	95	95	95
2) Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58. Messgrössen: Anzahl Haftungsfälle zu Lasten der Stadt	0	0	0	0	0	0
5 Umweltschutz (Oekologie)						
Jährliche Audits über die Einhaltung der Gesetze durch die Umweltschutzfachstelle. Zielerreichung: Audit erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Masterplan Stadtraum Bahnhof: Gleisquerung 2. Etappe
- Neugestaltung Breitestrasse: Abschnitt Breiteplatz bis Langgasse
- Im Link, Oberwinterthur: Neubau Rad- und Gehwegunterführung

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Entsorgung

Auftrag

Umweltgerechte und wirtschaftliche Entsorgung von festen und flüssigen Wertstoffen und Abfällen unter Beachtung des Kostendeckungs- und Verursacherprinzips.

Produkte

1 Stadtentwässerung

Ableitung des Abwassers aus dem Stadtgebiet zur ARA

Planung, Erstellung, Betrieb und Unterhalt der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen (exkl. ARA), sowie Aufsicht über die privaten Abwasseranlagen und die industriellen/gewerblichen Abwassereinleitungen.

2 Abfallentsorgung

Sammlung und Entsorgung der Siedlungsabfälle.

Abfallbewirtschaftung, Abfallberatung, Abfallunterricht, Abfallkontrolle, Kehrachtsammeldienst, Separatsammlungen

3 Deponie

Deponieren von Bauabfällen

Annahme, Kontrolle, Triage und Deponie von Bauabfällen

Annahme von Kleinmengen brennbarer Abfälle aus Haushalten und Gewerbebetrieben

Deponieunterhalt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Werkeigentümerhaftung OR 58
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG)
- Technische Verordnung über Abfälle (TVA)
- Kantonales Abfallgesetz
- Eidgenössische Verordnung über Abwassereinleitungen
- Kantonales Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz (EGSchG)
- Kantonale Verordnung über den Gewässerschutz
- Kantons Wasserwirtschaftsgesetz
- RRB Nr. 161/1991 Rechte und Pflichten zu Abwasser- und Abfallverhältnissen
- RRB Nr. 854/2004 Umsetzung vom generellen Entwässerungsplan (GEP)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VSE)
- Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Siedlungsentwässerung
- Verordnung über die Abfallentsorgung
- Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Abfallentsorgung

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements
- Abfall-Leitfaden

Verantwortliche Leitung

Hr. Reifler Max

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur betreibt eine effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung. Die Abfallgebühren sind günstiger als der Mittelwert von vergleichbaren CH-Städten. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten <i>Messgrösse:</i> CHF pro 35 Liter Sack Grundgebühr Wohnung in CHF pro Jahr Grundgebühr Einfamilienhaus in CHF pro Jahr			
	1.80	1.80	1.80
	80.00	80.00	80.00
	140.00	140.00	140.00
2 Kostendeckungsgrad Die Entsorgungsbetriebe sind vollständig über den Gebührenertrag zu decken. Der Kostendeckungsgrad von 100% ist jährlich über die Gebühreneinnahmen unter Einbezug der dafür vorgesehenen Spezialfinanzierungen sicher zu stellen. Dienstleistungen für Dritte sind immer kostendeckend in %.	100.0	100.0	100.0
3 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Entsorgungsbetriebe zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Regelmässige Kundenumfrage; alle 2 Jahre ein Betrieb <i>Messgrösse:</i> Zufriedenheitsgrad in %	85	85	85
4 Sicherheit Einhalten der EKAS-Richtlinien in allen Betrieben (Eidg. Koordinationskommission für Arbeitssicherheit) EKAS Audit Anzahl Entlastungen ins öffentl. Gewässer und Rückstaus in Liegenschaften infolge Betriebsstörungen	erfüllt 0	erfüllt 0	erfüllt 0
5 Umweltschutz (Ökologie) Die Siedlungsentwässerungsanlagen werden so geplant und betrieben, dass die Vorgaben des generellen Entwässerungsplans (GEP) eingehalten werden können, insbesondere wird der Werthaltung der Infrastruktur grosses Gewicht beigemessen. <i>Messung / Bewertung:</i> 2-Jährlicher GEP-Check mit AWEL <i>Messgrösse:</i> Zielerreichung: GEP-Check erfüllt Abfallentsorgung Fördern des Abfallverhaltens in der Bevölkerung (Vermeiden, trennen, verwerten, umweltgerecht entsorgen) <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der wieder verwendbaren Stoffe halten oder steigern <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der wieder verwertbaren Abfälle an der Gesamtabfallmenge. Mind. in % Deponie Das AWEL prüft anhand des detaillierten Jahrsberichts die Einhaltung der Gesetze <i>Messgrösse:</i> Audit erfüllt	erfüllt 50.8 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt	erfüllt 52.0 erfüllt

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

- Die Produktgruppe Entsorgung setzt sich aus den Betrieben Stadtentwässerung, Abfallentsorgung und Deponie Riet zusammen. Alle diese Betriebe führen eine Betriebsreserve. Jährliche Schwankungen im Betriebsergebnis werden letztlich über die Reserven ausgeglichen. Der Globalkredit weist aus diesem Grunde immer einen Saldo von CHF 0.- aus.
- Gemäss Stadtratsbeschluss wird bei der Stadtentwässerung die Benutzungsgebühr (Mengenpreis und Grundgebühr) per 1.1.2013 um 20% angehoben. Die Entwicklung der Betriebsrechnung wird weiterhin auch über einen langen Planhorizont nachvollzogen. Mit entsprechenden Massnahmen wird eine sichere Finanzierung der Abwasserentsorgung sichergestellt.
- Im Jahre 2013 können letztmals Direktamortisationen verbucht werden (unter HRM2 nicht mehr erlaubt). Diese Anpassung trifft vor allem die Stadtentwässerung beim Bau von Regenbecken, deren Finanzierung über die Kostenstelle "Vorfinanzierung Umsetzung GEP" (Genereller Entwässerungs-Plan) abgewickelt werden konnte. Ist im VO 2012 noch eine Entnahme aus Spezialfinanzierungen von rund CHF 13.0 Mio. vorgesehen reduziert sich dieser Betrag im VO 2013 auf CHF 4.6 Mio.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

- Die kalk. Zinsen steigen infolge des höheren Investitionsvolumens in den Planjahren 2012 und 13 an
- Die Einnahmen fallen durch die Gebührenerhöhung bei der Stadtentwässerung (Mengenpreis und Grundgebühr) um 20% höher aus. Demgegenüber reduzieren sich die Erträge in der Deponie Riet, da die Zwischenlagerung von Shreddergut nicht mehr notwendig ist. Neben den Erträgen reduzieren sich in diesem Zusammenhang auch die internen Kosten.

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	74.25	70.90	71.40
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

0.50 Stelleneinheiten (Laborant/in) Übertrag von Stadtwerk.

Nettokosten / Globalkredit der Betriebe	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	9'841'635	9'768'440	9'866'830
Sachkosten	14'799'004	24'449'756	15'584'845
Beiträge an Dritte	9'000	7'000	7'000
Spezialfinanzierungen (Einlage)	4'421'564	3'620'843	4'427'258
Residualekosten	402'129	402'130	406'445
(kalkulatorische) Abschreibungen und Zinsen	1'883'172	2'402'556	2'619'583
Mietkosten	112'826	112'719	135'447
Übrige interne Kosten	10'137'521	9'839'551	8'892'838
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>41'606'850</i>	<i>50'602'995</i>	<i>41'940'246</i>
Verrechnungen innerhalb PG	4'317'032	4'920'000	4'720'000
Total effektive Kosten	37'289'818	45'682'995	37'220'246
Externe Erlöse	27'713'294	28'109'730	27'894'762
Interne Erlöse	9'413'002	9'508'862	9'503'788
Beiträge von Dritten	84'080	0	0
Spezialfinanzierungen (Entnahme)	4'396'474	12'984'403	4'541'695
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>41'606'850</i>	<i>50'602'995</i>	<i>41'940'246</i>
Verrechnungen innerhalb PG	4'317'032	4'920'000	4'720'000
Total effektive Erlöse	37'289'818	45'682'995	37'220'246
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Ergebnisermittlung Betriebe	IST 2011	Soll 2012	Soll 2013
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
+ Einlage in Betriebsreserve	4'421'564	3'620'843	4'427'258
./. Entnahme aus Betriebsreserve	4'396'474	12'984'403	4'541'695
Ergebnis vor Reserveveränderung	-25'090	9'363'560	114'437

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

Stadtentwässerung

- Projektierung einer Tössquerung im Bereich Wässerwiesen zur Verbesserung der Betriebssicherheit.
- Realisierung des Zulaufkanals zum Regenbecken Schützenwiese.
- Planungsvorbereitung Regenbecken Talacker.

Abfallentsorgung

- Bauabschluss und Inbetriebnahme der Vergärungsanlage im Gebiet Riet, Oberwinterthur (Kompogas Winterthur AG).
- Bau des neuen Stützpunktes "Werkhof Scheidegg" für den Entsorgungsdienst (und zwei Reviere des Strasseninspektorats) bei der KVA.
- Fortschreitende Erneuerung der Sammelstelleninfrastruktur.

Deponie Riet

- Abschluss der Übergangsleistungen für die KVA (Handabläder).
- Projektierung und Realisierung der Annahme- und Wäge-Anlagen (koordiniert mit Betrieb Etappe 7).

Produkt 1 Stadtentwässerung

Leistungen

- Dokumentation Kanalnetz
- Planung Werterhaltung und Funktionsverbesserungen öffentliches Kanalnetz und öffentliche Gewässer auf Grundlage GEP (genereller Entwässerungsplan)
- Beratung, Bewilligung und Kontrolle privater Abwasseranlagen
- Beratung, Bewilligung und Kontrolle Industrieabwasser (Abwasservorbehandlung), Führung Industriekataster
- Betrieb des Kanalnetzes gewährleisten durch Kontrolle, Unterhalt, Reinigung und vorbeugende Massnahmen
- Spezialbauwerke/Pumpwerke (inkl. Abwasserpumpwerk Sennhof) unterhalten und betreiben
- Dienstleistungen für Strassenentwässerung, öffentliche Gewässer und Grundstückentwässerungen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	16'783'493	22'573'195	17'778'494
Erlös	16'783'493	22'573'195	17'778'494
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Dokumentation - Ersterfassung Liegenschaftsentwässerung in GIS bis Jahr 2011 abgeschlossen. Jährliche Erfassung in %	100.0	abgeschlossen	abgeschlossen
Funktionsverbesserung Kanalnetz: - Anzahl Eliminationen von grösseren, messbaren Fremdwasserquellen	1	1	1
Liegenschaftsentwässerung: - Anzahl Kanal-TV-Aufnahmen bei Hausanschlüssen - Kundenzufriedenheit halten	530 erreicht	400 erreicht	400 erreicht
Industrieabwasser: Max. Anzahl Betriebsstörungen bei Spezialbauwerken	130	80	80
Anzahl Entlastungen und Rückstaus infolge Betriebsstörungen im Kanalnetz	0	0	0
Öffentliches Kanalnetz mit Kanal-TV aufnehmen und auswerten in %	2.5	5.0	3.0
Öffentliches Kanalnetz reinigen in %	17.2	20.0	16.0

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Länge öffentliches Kanalnetz in km	320	324	324
Anzahl Spezialbauwerke/Pumpwerke	31	31	31

Produkt 2 Abfallentsorgung

Leistungen

- Öffentlichkeitsarbeit, Abfallberatung, Abfallunterricht, Abfallkontrolle
- Kehrichtsammeldienst, Separatsammlungen, Annahme von Sonderabfällen
- Betrieb der dezentralen Sammelstellen, Häckseldienst
- Abfallbewirtschaftung, Gebührenadministration (inkl. Verwaltung Sackgebührenverbund)
- Sammeldienst Gemeinden

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	19'334'513	20'643'094	20'125'928
Erlös	19'334'513	20'643'094	20'125'928
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Förderung des Abfallverhaltens in der Bevölkerung (Vermeiden, Verwerten, umweltgerecht entsorgen)			
Prozentsatz der Wertstoffe an der Gesamtabfallmenge. Mind. in %	50.8	50.0	52.0
Der Abfall-Tourenplan wird zu 100% eingehalten, keine Tour fällt aus	100.00	100.00	100.00
Effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung			
Verursacherorientierte Finanzierung			
Gebühren Benchmark mit CH-Städten			
Ziel:			
Sackgebühr günstiger als Mittelwert CH-Städte in CHF	1.80	1.80	1.80
Grundgebühr Wohnung pro Jahr in CHF	80.00	80.00	80.00
Grundgebühr Einfamilienhaus pro Jahr in CHF	140.00	140.00	140.00

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Total gesammelte Abfallmengen in Tonnen	37'876	37'800	38'000
Abfallmenge pro EinwohnerIn in kg	360	366	360

Produkt 3 Deponie

Leistungen

- Annahme, Kontrolle, Triage und Deponie von Bauabfällen
- Annahme von brennbaren Abfällen
- Deponieunterhalt
- Dienstleistungen für Dritte

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	5'488'845	7'386'707	4'035'824
Erlös	5'488'845	7'386'707	4'035'824
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kostendeckende Bewirtschaftung (Betrieb/Nachsorge) in %	100	100	100
Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen Kontrolle durch AWEL	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Deponiertes Material in Tonnen	25'333	25'000	26'000
Annahme von brennbaren Abfällen in Tonnen	11'453	8'000	2'000

Nach dem Umbau der Kehrichtverbrennungsanlage werden immer weniger brennbare Abfälle aus Anlieferungen von Handablädern und Shreddergut angenommen, sodass die Menge massiv zurückgehen wird.

IAFP Entsorgung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	37'289	45'682	37'220	31'945	33'160	34'310
Erlös	37'289	45'682	37'220	31'945	33'160	34'310
Nettokosten/Globalkredit	0	0	0	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	32'780'000	27'790'000	27'360'000	30'300'000	26'000'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur betreibt eine effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung. Die Abfallgebühren sind günstiger als der Mittelwert von vergleichbaren CH-Städten. Messung: Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten. CHF pro 35 Liter Sack Grundgebühr Wohnung in CHF pro Jahr Grundgebühr Einfamilienhaus in CHF pro Jahr	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00
2 Kostendeckungsgrad Die Entsorgungsbetriebe sind vollständig über den Gebührenertrag zu decken. Der Kostendeckungsgrad von 100% ist jährlich über die Gebühreinnahmen unter Einbezug der dafür vorgesehenen Spezialfinanzierungen sicher zu stellen. Dienstleistungen für Dritte sind immer kostendeckend in %.	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
3 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Entsorgungsbetriebe zufrieden. Messgrösse: Zufriedenheitsgrad in %	85.0	85.0	85.0	85	85	85
4 Sicherheit Einhalten der EKAS-Richtlinien in allen Betrieben EKAS Audit Anzahl Entlastungen ins öffentl. Gewässer und Rückstaus in Liegenschaften infolge Betriebsstörungen	erfüllt 0.0	erfüllt 0.0	erfüllt 0.0	erfüllt 0	erfüllt 0	erfüllt 0
5 Umweltschutz (Oekologie) Die Siedlungsentwässerungsanlagen werden so geplant und betrieben, dass die Vorgaben des GEP eingehalten werden können, insbesondere wird der Werthaltung der Infrastruktur grosses Gewicht beigemessen. Zielerreichung: GEP-Check erfüllt Abfallentsorgung: Prozentsatz der wieder verwertbaren Abfälle an der Gesamtabfallmenge. Mind. in % Deponie: Das AWEL prüft anhand des detaillierten Jahrsberichts die Einhaltung der Gesetze. Messgrösse: Audit erfüllt.	erfüllt 50.8 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt	erfüllt 52.0 erfüllt	erfüllt 52.0 erfüllt	erfüllt 52.0 erfüllt	erfüllt 52.0 erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Stadtentwässerung

- Planung und Bau Regenbecken Schützenwiese inklusive Zulaufkanal
- Planung und Projektierung der Erneuerung des Abwasser-Hauptkanals entlang der Töss bis Abwasserreinigungsanlage (ARA)

Abfallentsorgung

- Inbetriebnahme Werkhof Scheidegg

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Vermessung

Auftrag

- Nachführung und Unterhalt des amtlichen Vermessungswerkes der Stadt Winterthur
- Bauvermessung, Umsetzung der gesetzlichen geometrischen Vorgaben im Hoch- und Tiefbau
- Betrieb der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW)
- Betrieb des zentralen städtischen Gebäudestamms (GSW)
- Geoinformationsdienstleistungen für städtische und private Stellen
- Plan- und Datenausgabe für städtische und private Bedürfnisse
- Strassenbenennung
- Gebäudeadressierung

Produkte

Amtliche Vermessung, Vermessungsaufträge

Nachführung des Grunddatensatzes der amtlichen Vermessung, Ausfertigung der Messurkunden zuhanden des Grundbuches und der Grundeigentümer, abstecken und einmessen von Bauwerken und Leitungen, baupolizeiliche Vermessung, Spezialvermessungen und Terrainaufnahmen

Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes

Erneuerung des Fixpunktnetzes, Neuvermessungen, Neustrukturierung und Ergänzung der Grundstücksregister, Revision des Inhaltes der amtlichen Vermessung (AV93), Nachführung des Übersichtsplanes

Betrieb Geographisches Informationssystem (GIS) Winterthur, Datenausgabe und Dienstleistungen

Geschäftsführende Stelle des GIS-Winterthur, Betrieb der zentralen Infrastruktur des GIS-Winterthur, Sicherung, Unterhalt und Bereitstellung der Geodaten, Beratung der Fachstellen, Spezialauswertungen, Betrieb einer Auskunftsstelle, Plan- und Datenausgabe, Strassenbenennung, Gebäudeadressierung, Betrieb eines zentralen städtischen Gebäudestamms

4

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

- Bundesgesetz über Geoinformation vom 5. Oktober 2007 (Geoinformationsgesetz, GeoIG); SR 510.62
- Verordnung vom 21.05.2008 über Geoinformation (Geoinformationsverordnung, GeoIV); SR 510.620
- Verordnung vom 21.05.2008 über die geografischen Namen (GeoNV); SR 510.625
- Verordnung vom 09.09.1998 über die Reproduktion von Daten der amtlichen Vermessung (RDAV); SR 510.622
- Verord. des EJPD vom 09.09.1998 über die Repr. von Daten der amtlichen Vermessung (RDAV-EJPD); SR 510.622.2
- Art. 950 Abs. 2 des Zivilgesetzbuches (ZGB); SR 210
- Verord. der Bundesversammlung vom 06.10.2006 über die Finanzierung der amtlichen Vermessung (FVAV); SR 211.432.27
- Verordnung vom 18. November 1992 über die amtliche Vermessung (VAV); SR 211.432.2
- Technische Verordnung des VBS vom 10. Juni 1994 über die amtliche Vermessung (TVAV); SR 211.432.21
- Verordnung vom 21.05.2008 über die Ingenieur-Geometerinnen und Ingenieur-Geometer (GeomV); SR 211.432.261

Stufe Kanton

- Verordnung über die amtliche Vermessung vom 17. Dezember 1997; LS 255
- Gebührenverordnung über Vermessungsdaten vom 18. Juli 2001; LS 255.1
- Technische Weisungen des Amtes für Raumentwicklung (ARE)
- PBG, Bauverfahrensverordnung (Anforderungen an die Grundlagen für Baubewilligungen und die Bauvermessung)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Gewinnung von Geoinformation (Geoinformationsverordnung) vom 11. Juli 2007; SRB-Nr. 2007-1236
- Geoinformationsstrategie vom 11. Juli 2007; SRB-Nr. 2007-1236
- Verordnung über die Strassenbenennung und die Gebäudenumerierung vom 9. Dezember 1983
- Verträge zwischen Geodateneigentümern resp. -nutzern und dem Vermessungsamt

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgabe des Departements

Verantwortliche Leitung

Herr Daniel Kofmel

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Kostendeckungsgrad Vermessungsaufträge der amtlichen Vermessung sowie des Tief- und Hochbaus (Produkt 1) werden kostendeckend ausgeführt in %. <i>Messung / Bewertung:</i> Gegenüberstellung von Aufwand und Ertrag (betriebliches Rechnungswesen)	104	100	100
2 Kundenorientierung Das Vermessungsamt führt in der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW) vollständige, verlässliche und verbindliche Grundlagendaten für Bau-, Planungs- sowie Verwaltungszwecke. Erstellt diese der öffentlichen Hand und Privaten in geeigneter Form zur Verfügung. <i>a) Messung / Bewertung:</i> Zufriedenheit der Kunden aus Kundenbefragung (zweijähriger Turnus) <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der zufriedenen oder sehr zufriedenen Kundschaft <i>b) Messung/Bewertung:</i> Aktualität der Daten der amtlichen Vermessung <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	- 100	85 100	- 100
3 Technologiestandard / Innovationsgrad Der Technologiestandard des Vermessungsamtes ist hoch und neuen Entwicklungen angepasst. <i>Messung / Bewertung:</i> Nennung wichtiger Meilensteine <i>Messgrösse:</i> - Die elektronische Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch ist eingeführt. - Auftragsvergabe für 3D-Stadtmodell ist erfolgt. - Bis zur registerbasierten Basisstatistik 2012 sind die aus der Wohnungserhebung durch die Schweizerische Post verbliebenen GWR-Restfälle bereinigt. - Durchführung eines Tages der offenen Tür. - Bereitstellung der Software zur Überführung der städtischen Geodaten in das künftige städtische Geografische Informationssystem. - Bereitstellung von Grundstücksregister und Gebäudestamm zwecks Ablösung der veralteten Grundsteuerdatenbank des Steueramtes. - Im Portal der Stadt Winterthur steht ein moderner Kartenbrowser zur Verfügung, der den bisherigen Stadtplan ablöst. 3D-Stadtmodelldaten stehen zur Nutzung bereit. - Die Verdichtungsmessungen zwecks Bestimmung der Transformationsparameter zur Überführung der amtlichen Vermessung in den neuen Bezugsrahmen LV95 sind ausgeführt (Dienstanweisung Los 39A). - Das Vermessungsamt ist zertifiziert nach ISO 9001:2008.	zum Teil*	erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt	erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	768'391	713'159	593'914

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

- Tiefere Personalkosten aufgrund geringerer Kosten für AHV-Ersatzrenten, Rententeuerung und Sozialleistungen.
- Höhere Sachkosten insbesondere weil im Jahr 2013 die Info-Stadtpläne zu ersetzen sind. Weiter steigen die Kosten für den Unterhalt von Informatikanwendungen sowie die Beschaffung von Hardware und Software.
- Deutlich tiefere kalkulatorische Kosten. Einerseits weil die Investition für die im Jahr 2001 vorgenommene Gesamterneuerung des Geografischen Informationssystems abgeschrieben ist. Andererseits weil die Registerharmonisierung deutlich günstiger als geplant ausgeführt werden konnte.
- Die übrigen internen Kosten sind tiefer, weil die benötigten HW-Ersatzbeschaffungen erst sehr spät im Budgetierungsprozess bekannt wurden und deshalb unter den Sachkosten budgetiert sind.
- Die externen Erlöse sind deutlich höher, weil die angefangenen Arbeiten mit Fr. 150'000 aktiviert werden.
- Die höheren internen Erlöse setzen sich zusammen aus höheren Erträgen für den Betrieb der Geodateninfrastruktur sowie aus höheren Erträgen für die Erbringung von Geoinformationsdienstleistungen.
- Die Beiträge von Dritten sind im Jahr 2012 ausserordentlich hoch, weil die Schlusszahlungen für die Ersterhebung der amtlichen Vermessung im Altstadtkern sowie für die Gebäudeharmonisierung in der Amtlichen Vermessung fällig sind.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

- Tiefere Personalkosten aufgrund vorübergehender Vakanz sowie geringerer Kosten für AHV-Ersatzrenten.
- Deutlich tiefere kalkulatorische Kosten. Einerseits weil die Investition für die im Jahr 2001 vorgenommene Gesamterneuerung des Geografischen Informationssystems abgeschrieben ist. Andererseits weil die Registerharmonisierung deutlich günstiger als geplant ausgeführt werden konnte.
- Die externen Erlöse sind deutlich höher, weil die angefangenen Arbeiten mit Fr. 150'000 aktiviert werden.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	2'407'863	2'429'073	2'381'038
Sachkosten	548'049	500'386	570'810
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	216'380	267'969	148'533
Mietkosten	176'265	177'100	227'900
Übrige interne Kosten	78'026	99'630	75'932
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'426'582</i>	<i>3'474'159</i>	<i>3'404'214</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	3'426'582	3'474'159	3'404'214
Externe Erlöse	1'708'598	1'745'200	1'864'000
Interne Erlöse	890'093	800'500	886'300
Beiträge von Dritten	59'500	215'300	60'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'658'191</i>	<i>2'761'000</i>	<i>2'810'300</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'658'191	2'761'000	2'810'300
Total Nettokosten / Globalkredit	768'391	713'159	593'914
Kostendeckungsgrad in %	78	79	83

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	16.16	16.40	16.40
▪ Auszubildende	4.00	4.00	4.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderung gegenüber dem VA 2012

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Das Erstzertifizierungsaudit nach ISO 9001:2008 wird durchgeführt.
- Im Pilotprojekt zum Aufbau eines Katasters der öffentlichrechtlichen Eigentumsbeschränkungen im Kanton Zürich wirkt das Vermessungsamt in verschiedenen Arbeitsgruppen mit.
- Die Daten des 3D-Stadtmodells sind den Fachstellen zur Nutzung zur Verfügung zu stellen.
- Das städtische Geografische Informationssystem (High-End-GIS-, Desktop-GIS- sowie Web-GIS-Anwendungen) ist schrittweise vollständig zu erneuern. Die Werkzeuge zur Überführung der vorhandenen Geodaten in die neue Systemumgebung "Autocad Map 3D Enterprise" sind bereitzustellen. Nach der Datenmigration werden die Fachanwendungen des neuen Geografischen Informationssystems in Bezug auf die Inbetriebnahme getestet und bewertet. Hierfür wird das neue System inkl. der Schnittstellen zu Umsystemen in einer Testumgebung aufgebaut.
- Gemäss Ankündigung des Amtes für Raumentwicklung sowie des Notariatsinspektorats ist die Umstellung von der pro Stadtkeis eindeutigen numerischen "Katasternummer" auf die neu stadtweit eindeutige alphanummerische "Grundstücksnummer" vorzubereiten sowie gegebenenfalls vorzunehmen.
- Ein Konzept zur Nachführung der städtischen Nivellement-Fixpunktepunkte ist zu erstellen.
- Die Geodaten der städtischen Geodateninfrastruktur sind bis im Jahr 2016 mittels Ergänzungsmessungen, Interpolation und Transformation in das vom Kanton revidierte übergeordnete Fixpunktnetz (Bezugsrahmen) einzupassen. In diesem Zusammenhang ist im Jahr 2013, gestützt auf Verdichtungsmessungen, ein erster Satz Transformationsparameter zu bestimmen.

Produkt 1 Amtliche Vermessung, Vermessungsaufträge**Leistungen**

- Nachführung des Grunddatensatzes der amtlichen Vermessung
- Ausfertigung der Messurkunden zuhanden des Grundbuches und des Grundeigentümers
- Abstecken und einmessen von Bauwerken und Leitungen
- Allgemeine Ingenieurvermessung und Terrainaufnahmen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'319'358	1'394'033	1'349'194
Erlös	1'378'254	1'383'817	1'375'233
Nettokosten	-58'896	10'216	-26'039
Kostendeckungsgrad in %	104	99	102

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Kostendeckungsgrad in %	104	100	100
▪ Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	100	100	100

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Arbeitsleistung aufgrund kantonalen Honorarsätze (ohne Drittleistungen) in CHF	1'223'351	1'250'000	1'230'000

Produkt 2 Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes

Leistungen

- Unterhalt und Pflege der Bestandteile der amtlichen Vermessung
- Unterhalt und Erneuerung des Fixpunktnetzes
- Ersterhebung der amtlichen Vermessung im Altstadtkern
- Periodische Nachführung der amtlichen Vermessung
- Unterhalt der Grundstücksregister

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	507'178	374'191	428'682
Erlös	150'359	293'540	293'412
Nettokosten	356'819	80'651	135'270
Kostendeckungsgrad in %	30	78	68

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Einführung der elektronischen Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch. ▪ Abschluss einer Vereinbarung mit dem Amt für Raumentwicklung betreffs weiterem Vorgehen im Hinblick auf die Fixpunktrevision. ▪ Entlang der Gemeindegrenze sind die Geodaten der städtischen Geodateninfrastruktur mit den umliegenden Gemeinden abzugleichen. ▪ Ein Grobkonzept zur Einpassung der städtischen Geodaten in das revidierte übergeordnete Fixpunktnetz liegt vor. ▪ Entlang der Hoheitsgrenze ist die amtliche Vermessung entsprechend den kantonalen Vorschriften mit den Nachbargemeinden abgeglichen. ▪ Ein Konzept für den Unterhalt der Nivellementfixpunkte liegt vor.	zum Teil**	erfüllt erfüllt	
	erfüllt		
	erfüllt		
	erfüllt		erfüllt

** Die Schnittstelle wurde implementiert und getestet. Sie wird im Jahr 2012 in Betrieb genommen.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Arbeitsleistung auf Basis der kantonalen Honoraransätze (ohne Drittleistungen) in CHF	545'859	450'000	550'000

Produkt 3 Betrieb Geographisches Informationssystem (GIS) Winterthur, Datenausgabe und Dienstleistungen

Leistungen

- Betrieb der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW)
- Betrieb eines zentralen städtischen Gebädestamms (GSW)
- Sicherung, Unterhalt und Bereitstellung der Geodaten
- Beratung der Fachstellen, Spezialauswertungen
- Betrieb einer Auskunftsstelle
- Gebäudeadressierung, Strassenbenennung
- Plan- und Datenausgabe
- Datenbearbeitung und -verwaltung für Dritte
- Diverse Verwaltungsaufgaben

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'595'029	1'705'935	1'626'338
Erlös	1'129'578	1'083'643	1'141'655
Nettokosten	465'451	622'292	484'683
Kostendeckungsgrad in %	71	64	70

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Technologische Entwicklung:			
▪ Ein Pflichtenheft zur Ablösung des Internet-Stadtplanes im Portal Winterthur liegt vor.	erfüllt		
▪ Der Auftrag zur Bereitstellung eines 3D-Stadtmodells ist vergeben.		erfüllt	
▪ Geodaten erster Fachanwendungen sind in eine Pilotumgebung des künftigen städtischen Geografischen Informationssystems überführt.		erfüllt	
▪ Städtischen Mitarbeitenden wird jährlich ein Kurs zur Nutzung von Kartenbrowsern im Internet und Intranet angeboten.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
▪ Die Fachanwendungen des neuen Geografischen Informationssystems sind getestet und in Bezug auf die Inbetriebnahme bewertet.			erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Arbeitsleistung aufgrund kantonalen Honoraransätze (ohne Drittleistungen, Amortisation und Zinsen) in CHF			
▪ GIS Betriebsführung	453'226	450'000	540'000
▪ Datenausgabe, Auskünfte, Dienstleistungen und allgemeine Verwaltungsaufgaben	1'089'428	900'000	990'000

IAFP Vermessung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	3'426	3'474	3'404	3'458	3'483	3'458
Erlös	2'658	2'761	2'810	2'604	2'456	2'456
Nettokosten/Globalkredit	768	713	594	854	1'027	1'002
Kostendeckungsgrad in %	78	79	83	75	71	71

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	680'000	460'000	280'000	100'000	100'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Kostendeckungsgrad						
Vermessungsaufträge der amtlichen Vermessung sowie des Tief- und Hochbaus (Produkt 1) werden kostendeckend ausgeführt in %.	104	100	100	100	100	100

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
2 Kundenorientierung Das Vermessungsamt führt in der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW) vollständige, verlässliche und verbindliche Grundlagendaten für Bau-, Planungs- sowie Verwaltungszwecke. Erstellt diese der öffentlichen Hand und Privaten in geeigneter Form zur Verfügung. a) <i>Messung / Bewertung:</i> Zufriedenheit der Kunden aus Kundenbefragung (zweijähriger Turnus) <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der zufriedenen oder sehr zufriedenen Kundschaft b) <i>Messung/Bewertung:</i> Aktualität der Daten der amtlichen Vermessung <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	-	85	-	85	-	85
3 Technologiestandard / Innovationsgrad Der Technologiestandard des Vermessungsamtes ist hoch und neuen Entwicklungen angepasst. <i>Messung / Bewertung:</i> Nennung wichtiger Meilensteine <i>Messgrösse:</i> - Die elektronische Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch ist eingeführt. - Auftragsvergabe für 3D-Stadtmodell ist erfolgt. - Bis zur registerbasierten Basisstatistik 2012 sind die aus der Wohnungserhebung durch die Schweizerische Post verbliebenen GWR-Restfälle bereinigt. - Durchführung eines Tages der offenen Tür. - Bereitstellung der Software zur Überführung der städtischen Geodaten in das künftige städtische Geografische Informationssystem. - Bereitstellung von Grundstücksregister und Gebäudestamm zwecks Ablösung der veralteten Grundsteuerdatenbank des Steueramtes. - Im Portal der Stadt Winterthur steht ein moderner Kartenbrowser zur Verfügung, der den bisherigen Stadtplan ablöst. 3D-Stadtmodelldaten stehen zur Nutzung bereit. - Die Verdichtungsmessungen zwecks Bestimmung der Transformationsparameter zur Überführung der amtlichen Vermessung in den neuen Bezugsrahmen LV95 sind ausgeführt (Dienstanweisung Los 39A). - Das Vermessungsamt ist zertifiziert nach ISO 9001:2008. - Daten der Geodateninfrastruktur Winterthur stehen zur Nutzung mit mobilen Geräten zur Verfügung.	100	100	100	100	100	100
		erfüllt				
		erfüllt				
		erfüllt				
		erfüllt				
		erfüllt				
		erfüllt				
			erfüllt			
			erfüllt			
			erfüllt			
			erfüllt	erfüllt		

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
- Das erneuerte Geografische Informationssystem ist eingeführt. - Daten der Geodateninfrastruktur Winterthur können über das Internet elektronisch bestellt und bezogen werden. - Die Daten der städtischen Geodateninfrastruktur sind in das übergeordnete Fixpunktnetz integriert.				erfüllt	erfüllt	erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Neuerungen die sich aus dem kantonalen Geoinformationsgesetz sowie den Geoinformationsverordnungen ergeben, sind laufend umzusetzen. Insbesondere stehen der Aufbau eines Katasters der öffentlich rechtlichen Eigentumsbeschränkungen sowie von vernetzten Geoportalen an.
- Die Bestellung und Auslieferung von Geodaten soll über das Internet erfolgen können. Das kantonale Vertriebsportal für Daten der amtlichen Vermessung resp. das künftige kantonale Geodatenportal ist in die Datenbewirtschaftungs- und Datenbereitstellungsprozesse des Vermessungsamtes einzubeziehen. Der Datenaustausch mit dem kantonalen GIS ist zu fördern.
- Bis spätestens im Jahr 2014 ist das städtische Geografische Informationssystem (High-End-GIS-, Desktop-GIS-, Web-GIS-Anwendungen sowie alle Schnittstellen) vollständig zu erneuern. Die vorhandenen Fachanwendungen und Geodaten sind in die neue Systemumgebung "Autocad 3D Enterprise" der Firma Autodesk zu überführen.
- Der Bund hat den Detaillierungsgrad der amtlichen Vermessung überarbeitet. Nach Vorliegen der entsprechend angepassten kantonalen Richtlinie zur Anwendung des Detaillierungsgrads wird diese umzusetzen sein. Gegebenenfalls sind auch gewisse Anpassungen am Vermessungswerk vorzunehmen.
- Im Rahmen der Geoinformationsgesetzgebung wird zwecks Vernetzung von Geodaten eine Geometa-Datenbank bereitzustellen sein.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Die neue Geoinformationsgesetzgebung von Bund und Kanton wird zahlreiche Neuerungen mit sich bringen. Deren Auswirkungen auf die Gemeinden sind heute begrenzt abschätzbar. Der Kanton möchte nach Inkrafttreten des kantonalen Geoinformationsgesetzes rasch vorwärts gehen. Das Vermessungsamt wird sich in Zusammenarbeit mit dem Kanton, andern Gemeinden und Geometern aktiv einbringen und mitwirken (Gebührenmodelle, Kataster der öffentlich rechtlichen Eigentumsbeschränkungen, kantonales Geoportal, Leitungskataster, Datenbereitstellungsprozess, etc.).

Baupolizei

Auftrag

- Speditive Abwicklung der baurechtlichen Bewilligungsverfahren im Rahmen der Organisation Bauaufsicht
- Gewährleistung des (baulichen) Brandschutzes, der Sicherheit der Aufzugsanlagen und der Feuerungskontrolle sowie des technischen Umweltschutzes (Asbest, Lärm, Wärmedämmung, technische Ausrüstungen)
- Energieplanung
- Rechtsberatung und Prozessführung im Planungs-, Bau- und Umweltschutzrecht
- Spezielle Projektleitungen

Produkte

1 Bauaufsicht

Bauberatung, Baubewilligungen und Baukontrolle

2 Technische Bewilligung und Kontrollen

Brandschutz, Feuerungskontrolle, Aufzugskontrolle und Techn. Umweltschutz

3 Spezialaufgaben

Rechtsberatung und Prozessführung, spezielle Projektleitungen, Mutationen und Reklamen

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Baubewilligungsverfahren Winterthur

gemäss Homepage www.baupolizei.winterthur.ch

Stufe Stadt (GGR / SR)

Baubewilligungsverfahren Winterthur

gemäss Homepage www.baupolizei.winterthur.ch

Stufe Verwaltungseinheit

Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Dr. Störi Fridolin

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Grundsatz Auf der Basis der wesentlichen Grundsätze des Staats- und Verwaltungsrechts, der Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit, Eigentumsgarantie, Legalitätsprinzip u.a.m. ist die Planungs-, Bau- und Umweltschutzgesetzgebung von Bund und Kanton korrekt und vollständig zu vollziehen <i>Messung / Bewertung:</i> - Gewonnene Rechtsmittelverfahren (in %) *	95	90	90
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft bei der Bauaufsicht (Gebührenverordnung) in % Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft: - Rauchgaskontrolle in % - Aufzugskontrolle in %	68 95 93	66 100 95	64 100 100
3 Kundenorientierung Fristgerechte Erteilung aller Bewilligungen <i>Messung / Bewertung:</i> Baubewilligungen - Innert 1 Monat (in %) - Innert 2 Monaten (in %) - Innert 3 Monaten (in %) - Innert 4 Monaten (in %)	18 54 78 93	30 60 90 96	30 60 86 96
4 Sicherheit Gewährleistung der Sicherheit von Bauten und Anlagen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ** <i>Messung / Bewertung:</i> Abnahmekontrollen (in %) Gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen: - Anlagen mit grossem Gefährdungspotenzial (in %) - Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial (in %)	95 106 35	100 100 60	100 100 100
5 Umweltschutz (Oekologie) Vollständige Umsetzung der technischen Anforderungen im Bereich des Umweltschutzes <i>Messung / Bewertung:</i> - Private Kontrollen (in %) - Plausibilitätskontrolle aller Nachweise (in %) - Stichprobenweise Ueberprüfungen von allen Bauvorhaben (in %)	80 60 10	80 90 10	80 85 10

* Ad 1. Grundsatz, gewonnene Rechtsmittelverfahren: Die gewonnene Rechtsmittelfverfahren werden inkl. formelle Erledigungen gemessen.

** Ad 4. Sicherheit, gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen: Die gesetzliche Vorgabe für alle Anlagen ist 100 %, auch für die Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial.

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	2'107'938	2'069'081	2'303'587

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

- Der Voranschlag weist einen Globalkredit von CHF 2'304'000.-- aus. Dieser erhöht sich gegenüber dem Voranschlag 2012 um rund CHF 235'000.--. Obwohl die Anzahl Baugesuche als auch die Grössen der Bausummen zur Zeit hoch sind, wird die Höhe der Gebühreneinnahmen für 2013 nur um CHF 70'000.-- tiefer eingestellt.
- Der Personalaufwand erhöht sich um CHF 71'000.--, was sich vor allem auf die zusätzlichen 1.5 Stelleneinheiten zur Umsetzung des Projekts Kompetenzzentrum Energie und nachhaltiges Bauen zurückführen lässt. Im Voranschlag 2012 wurden diese Personalkosten nicht über 12 Monate budgetiert.
- Der Sachaufwand reduziert sich infolge der wegfallenden Anschaffungen (Mobiliar, Fahrzeuge und Geräte) um CHF 51'000.--.
- Die Mietkosten erhöhen sich infolge der angepassten Bruttomiete für die Liegenschaften Neumarkt 4 und Technikumstrasse 81.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

- Im Vergleich zur Rechnung 2011 erhöht sich der Globalkredit um rund CHF 196'000.--. Die Erhöhung des Globalkredites ist vor allem auf die erhöhten Personalkosten infolge des neuen Kompetenzzentrums Energie und nachhaltiges Bauen sowie der zusätzlichen 50%-Stelle bei der Feuerungskontrolle im Zusammenhang mit dem Massnahmenplan Luftreinhaltung zurück zu führen.
- Geringerer Sachaufwand infolge Wegfalls der einmaligen 'Kühlschranksaktion' sowie der hohen Kosten aus der Vollstreckung von Zwangsmassnahmen in der Rechnung 2011 (Publikationskosten und Dienstleistungen Dritter).
- Zunahme der Bruttomiete für die Liegenschaften Neumarkt 4 und Technikumstrasse 81.
- Reduzierte Gebühreneinnahmen bei den Abteilungen Bauinspektorat, Feuerpolizei und Rauchgaskontrolle um rund CHF 350'000.-- gegenüber dem sehr einnahmestarken Rechnungsjahr 2011 (abhängig von Bausummen).

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	5'526'149	5'525'362	5'595'900
Sachkosten	959'404	633'630	582'793
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	46'260	64'806	92'846
Mietkosten	316'902	331'000	431'400
Übrige interne Kosten	492'339	444'783	461'447
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'341'054</i>	<i>6'999'581</i>	<i>7'164'387</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	7'341'054	6'999'581	7'164'387
Externe Erlöse	5'087'152	4'800'500	4'730'800
Interne Erlöse	145'965	130'000	130'000
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'233'116</i>	<i>4'930'500</i>	<i>4'860'800</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	5'233'116	4'930'500	4'860'800
Total Nettokosten / Globalkredit	2'107'938	2'069'081	2'303'587
Kostendeckungsgrad in %	71	70	68

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	34.65	36.70	37.20
▪ Auszubildende	3.00	3.00	2.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

0.50 Stelleneinheiten (Technische/r Mitarbeiter/in) für die Holzfeuerungskontrollen in der Feuerpolizei.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Einführung des elektronischen Baubewilligungsverfahrens mit integrierter Geschäftskontrolle und Texthandbuch 2013.
- Weiterführung Projekt Immissionsgrenzwert Sanierung (IGW/Lärmschutz).
- Umsetzung des 2012 in Kraft gesetzten Energieplans.
- Ausbau und Weiterführung des 2012 eingeführten Kompetenzzentrums Energie und nachhaltiges Bauen.

Produkt 1 Bauaufsicht**Leistungen**

- Korrekte und umfassende Beratung von Planern und Bauherren in allen Bereichen des formellen und materiellen Planungs-, Bau- und Umweltschutzrechts (soweit erforderlich unter Beizug der Spezialisten)
- Konsequente und effiziente Verfahrensleitung in allen baurechtlichen Bewilligungsverfahren
- Erteilung der Baubewilligung im Anzeigeverfahren bzw. Antragstellung in den übrigen Baubewilligungsverfahren so speditiv als möglich, längstens aber innerhalb der gesetzlichen Fristen
- Kontrolle der Bauten und Anlagen während der Bauphase bezüglich Uebereinstimmung mit den bewilligten Plänen und den gesetzlichen Vorschriften sowie bezüglich Sicherheit (Arbeitssicherheit im Auftrag der SUVA)

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'443'672	2'330'732	2'331'971
Erlös	2'729'377	2'692'992	2'513'005
Nettokosten	-285'705	-362'260	-181'034
Kostendeckungsgrad in %	112	116	108

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Fristgerechte Erteilung aller Bewilligungen			
- Erteilung innert 1 Monat (in %)	18	30	30
- Erteilung innert 2 Monaten (in %)	54	60	60
- Erteilung innert 3 Monaten (in %)	78	90	86
- Erteilung innert 4 Monaten (in %)	93	96	96
Max. 1 % der Baurechtsentscheide müssen aufgehoben werden	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Anzeigeverfahren (mit Audienzverfahren)	738	550	650
Anzahl ordentliche Baubewilligungsverfahren	433	400	400
Anzahl Bauabnahmen	882	850	850

Alle Leistungsmengen sind nicht beeinflussbar.

Produkt 2 Technische Bewilligungen und Kontrollen

Leistungen

- Korrekte und umfassende Beratung von Planern und Bauherren im eigenen Fachbereich
- Erteilung der Bewilligungen im Rahmen der delegierten Kompetenzen bzw. Antragstellung zu Handen der verfahrensleitenden Stelle in allen Bewilligungsverfahren
- Umfassende Schlusskontrolle bei Bauvorhaben mit amtlicher Kontrolle bzw. stichprobenweise Schlusskontrolle bei Bauvorhaben mit privater Kontrolle
- Periodische Kontrollen nach den von der Amtsleitung festgelegten Prioritäten
- Weiterführung und Abschluss der Energieplanung und Umsetzung

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	3'004'886	3'171'808	3'231'964
Erlös	1'972'150	1'782'724	1'892'615
Nettokosten	1'032'737	1'389'084	1'339'349
Kostendeckungsgrad in %	66	56	59

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kostendeckungsgrad der Rauchgaskontrolle in %	95	100	100
Kostendeckungsgrad der Aufzugskontrolle in %	93	95	100
Durchführung der gesetzlichen periodischen Kontrollen, Brandschutz (soll 100%):			
- Bauten mit 2-jährigem Kontrollturnus (in %)	106	100	100
- Bauten mit 4-, 6- und 8-jährigem Kontrollturnus (in %)	35	60	100
Durchführung/Überwachung aller Feuerungsanlagen bezüglich Einhaltung von Emmissionsgrenzwerten nach Luftreinhalteverordnung (in %)	98	100	100
Überwachung Anforderung BBV I: Hygiene, Lärm, Wärmedämmung, Luftreinhaltung, technische Ausrüstungen			
- Stichprobenkontrolle (in %)	10	10	10

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Brandschutz			
Anzahl Vernehmlassungen	558	500	500
Periodische Gebäudekontrollen, Berichte:			
- Anzahl 2-jährig	56	50	50
- Anzahl 4-jährig	35	71	70
- Anzahl 6-jährig	103	176	170
- Anzahl 8-jährig	18	15	15
Kontrollen von Fall zu Fall	202	170	170
Feuerungskontrolle			
- Anzahl Bewilligungen	638	550	550
- Anzahl Sanierungen	86	190	150
- Anzahl Belästigungsklagen	8	10	10
Technischer Umweltschutz			
- Anzahl Vernehmlassungen	1'178	1'200	1'100
- Anzahl Baukontrolle	80	100	90
- Anzahl Stichproben Private Kontrollen	21	100	90

Die Mengen von Vernehmlassungen, Bewilligungen und Sanierungen sind nicht beeinflussbar.

Produkt 3 Spezialaufgaben

Leistungen

- Beratung und Unterstützung der Baubehörde sowie der Bereiche, Ämter und Abteilungen im Departement Bau in Fragen des öffentlichen Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrechts sowie des privaten Baurechts (inkl. Entwurf und Erlass von Verfügungen, Verhandlungsführung, Vertragsausarbeitung etc.)
- Beratung von Privaten in Fragen des öffentlichen Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrechts
- Führung von Rechtsmittelverfahren und Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren
- Rechtsetzung: Erarbeitung von kommunalen Gesetzes-/Verordnungsentwürfen und Verfassen von Vernehmlassungen zu Gesetzes-/Verordnungsvorlagen des Kantons bzw. des Bundes
- Erteilung der Bewilligungen für Grenzänderungen und Reklamen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'871'323	1'497'042	1'600'452
Erlös	531'589	454'784	455'180
Nettokosten	1'339'733	1'042'258	1'145'272
Kostendeckungsgrad in %	28	30	28

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Gewonnene Rechtsmittelverfahren (inkl. formelle Erledigungen) in % Max. 2 % der Baurechtlichen Entscheide zu den Reklamebewilligungen und Mutationen müssen aufgehoben werden	95 erfüllt	90 erfüllt	90 erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Rechtsmittelverfahren:			
- Anzahl erledigter planungs- und baurechtlicher Verfahren *	66	65	65
- Anzahl gewonnener und formell erledigter planungs- und baurechtlicher Verfahren **	63	55	55
- Anzahl erledigter Submissionsbeschwerden *	2	2	2
- Anzahl erledigter Strafverfahren (inkl. Einstellungen, Strafverfügungen und Überweisungen an Statthalter) **	1	10	10
Baurechtliche Entscheide:			
- Anzahl Reklamen *	180	120	140
- Anzahl Mutationen *	59	60	60

*) nicht beeinflussbare Leistungsmengen

**) nur bedingt beeinflussbare Leistungsmengen

IAFP Baupolizei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	7'341	6'999	7'164	7'164	7'164	7'164
Erlös	5'233	4'930	4'860	4'861	4'861	4'861
Nettokosten/Globalkredit	2'108	2'069	2'304	2'304	2'304	2'304
Kostendeckungsgrad in %	71	70	68	68	68	68

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	310'000	920'000	530'000	300'000	720'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Grundsatz Auf der Basis der wesentlichen Grundsätze des Staats- und Verwaltungsrechts, der Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit, Eigentumsgarantie, Legalitätsprinzip u.a.m. ist die Planungs-, Bau- und Umweltschutzgesetzgebung von Bund und Kanton korrekt und vollständig zu vollziehen. Messung: Gewonnene Rechtsmittelverfahren (in %)*	95	90	90	90	90	90
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft bei der Bauaufsicht(Gebührenverordnung) in % Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft: - Rauchgaskontrolle in % - Aufzugskontrolle in %	68 95 93	66 100 95	64 100 100	65 100 100	66 100 100	67 100 100
3 Kundenorientierung Fristgerechte Erteilung aller Baubewilligungen: - Inner 1 Monat (in %) - Inner 2 Monaten (in %) - Inner 3 Monaten (in %) - Inner 4 Monaten (in %)	18 54 78 93	30 60 90 96	30 60 86 96	30 60 88 96	30 60 90 96	30 60 90 96
4 Sicherheit Gewährleistung der Sicherheit von Bauten und Anlagen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben** Abnahmekontrollen (in %) Gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen (soll 100%): - Anlagen mit grossem Gefährdungspotenzial (in %) - Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial (in %)	95 106 35	100 100 60	100 100 100	100 100 100	100 100 100	100 100 100
5 Umweltschutz (Oekologie) Vollständige Umsetzung der technischen Anforderungen im Bereich des Umweltschutzes: - Private Kontrollen (in %) - Plausibilitätskontrolle aller Nachweise (in %) - Stichprobenweise Ueberprüfungen von allen Bauvorhaben (in %)	80 60 10	80 90 10	80 85 10	80 87 10	80 89 10	80 90 10

* Ad 1. Grundsatz, gewonnene Rechtsmittelverfahren: Die gewonnene Rechtsmittelfverfahren werden inkl. formelle Erledigungen gemessen.

** Ad 4. Sicherheit, gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen: Die gesetzliche Vorgabe für alle Anlagen ist 100 %, auch für die Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Strassensanierungsprogramm IGW (Immissionsgrenzwerte) operativ 2010 - 2018.
- EDV-gestützte Plattform für Vernehmlassungen im Baubewilligungsverfahren operativ 2013.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Feuerpolizei: Vermehrte Kontrolle der Bauten mit geringem Gefährdungspotenzial, wenn der Personalbestand wieder ausgeglichen und geschult ist (gesetzliches Soll des Kantons ist 100 %).
- Rauchgaskontrolle: Festlegung der Zusammenarbeit mit den Kaminfeuern und der Kontrollen nach LRV an den Holzöfen nach Einführung des Auftrages im Oktober 2007. Steigerung des Aufwandes für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages. Bei der Rauchgaskontrolle erhöht sich der administrative Aufwand auch aus dem Massnahmenplan Luftreinhaltung.

Städtebau

Auftrag

Schaffen der raumplanerischen Voraussetzungen für eine gedeihliche Stadtentwicklung auf der Basis eines zukunftsgerichteten, effizienten und ressourcenschonenden Umgangs mit dem Boden. Bereitstellung von Grundlagen zur Förderung des optimalen stadtverträglichen Verkehrs in Verbindung mit einer hohen Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Erstellung, Erneuerung und Unterhalt stadt-eigener Bauten unter Beachtung von Ökologie und Nachhaltigkeit. Abstimmung der Interessen zwischen Bauherrschaften und Bevölkerung. Erhaltung und Pflege der bestehenden Baukultur und Förderung einer innovativen städtebaulichen und architektonischen Entwicklung der Stadt.

Produkte

1 Raum und Verkehr

Bereitstellen von Planungsgrundlagen (inkl. Verkehrsdaten); Richt- und Nutzungsplanung (inkl. Bau- und Niveaulinien) sowie Sondernutzungsplanungen (Gestaltungspläne, Sonderbauvorschriften, Quartier- und Erschliessungspläne) gemäss den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung; Prüfung von Bauvorhaben hinsichtlich Übereinstimmung mit Planungszielen und -vorgaben; Planung und Steuerung der Verkehrsinfrastruktur.

2 Denkmalpflege

Bereitstellen von Unterlagen, Beauftragen von Schutzabklärungen und Beratung bei der Renovation von übrigen Bauten zu Händen von Bauherrschaften und des Bauausschusses im kommunalen Inventar der schutzwürdigen Kulturdenkmäler sowie bei Neu- und Umbauten in Ortsbildschutzzonen; Führen der Fachgruppe Denkmalpflege; Beraten und Sensibilisierung der Öffentlichkeit in Fragen der Erhaltung von Baudenkmälern.

3 Beratung und Entwicklung

Bereitstellen von Unterlagen und Beratung von übrigen Bauten zu Händen von Bauherrschaften und des Bauausschusses; Begutachten von privaten und städtischen Baugesuchen in gestalterischer Hinsicht; Führen der Fachgruppen Stadtgestaltung; Erarbeiten von Entscheidungsgrundlagen für bauliche Strategien; Planen und Durchführen von Architektur- und Planungswettbewerben sowie Planerwahlverfahren.

4 Bau 1 und Bau 2

Planen, Bauorganisation, Begleitung der städtischen Hochbauten und dem baulichen und technischen Unterhalt optimiert nach funktionalen, konstruktiven, ökonomischen, ökologischen und gestalterischen Vorgaben. Umsetzung von Kunst am Bau.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Raumplanungsgesetz (RPG) und Raumplanungsverordnung (RPV)
- Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich (PBG) inkl. Verordnungen
- Besondere Bauverordnung (BBV)
- Kantonale Richtpläne (Siedlung und Landschaft; Verkehr; Versorgung; Entsorgung; Öffentliche Bauten und Anlagen)
- SIA Normen, VSS Normen
- Strassenverkehrsrecht (Bund); Strassengesetz des Kantons Zürich
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG) inkl. Verordnungen
- Eidgenössische Verordnung über das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (VISOS)
- Luftreinhalteverordnung (LRV); Lärmschutzverordnung (LSV)
- Energiegesetz (EnG) inkl. Verordnung (EnV)
- Brandschutzrichtlinien, Vereinigung kantonaler Feuerungsversicherungen (VKF)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Bau- und Zonenordnung der Stadt Winterthur, inkl. die Ergänzungspläne der Kernzonen KI-KIV sowie des Sulzer-Areales
- Richtpläne Siedlung und Landschaft, Verkehrspläne
- Sondernutzungspläne
- Bau- und Zonenordnung der Stadt Winterthur, inkl. die Ergänzungspläne der Kernzonen KI-KIV sowie des Sulzer-Areales
- Energieplan für die Stadt Winterthur
- SRB über die Nachhaltigkeit: Energieoptimierung öffentlicher Bauten
- Inventar der schutzwürdigen Bauten von kommunaler Bedeutung

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Michael Hauser

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Grundlagen			
<u>1.1 Raum und Verkehr</u> ▪ Erstellen des jährlichen Verkehrsberichtes mit Leitbildcharakter	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt
<u>1.2 Denkmalpflege</u> Erarbeiten von Gutachten zu Inventar- und Schutzobjekten und Gebieten (Kernzonen) ▪ Anzahl erarbeitete Projekte	21	20	20
<u>1.3 Beratung und Entwicklung</u> Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen (vgl. Rubrik operative Ziele) ▪ Anzahl erarbeitete Grundlagen	10	5	5
2 Vernetzen und informieren			
<u>2.1 Raum und Verkehr</u> Austausch mit Städten, umliegenden Gemeinden, Kanton und Bund ▪ Anzahl Veranstaltungen	15	17	17
<u>2.2 Denkmalpflege</u> ▪ Anzahl Veranstaltungen und Führungen ▪ daraus erreichte Besucherzahl	8 1'400	6 1'200	7 1'200
<u>2.3 Beratung und Entwicklung</u> ▪ Anzahl Publikationen zu Städtebau und Architektur in der Tages- und Fachpresse	16	15	15
3 Beraten und Beurteilen			
<u>3.1 Raum und Verkehr</u> ▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %	70	80	70
<u>3.2 Denkmalpflege</u> ▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %	60	80	60
<u>3.3 Beratung und Entwicklung</u> Beratung bei Studien, Testplanungen, Konkurrenzverfahren und Bauvorhaben. ▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in % ▪ Anzahl Entscheidungsgrundlagen für bauliche Strategien erarbeiten und Planerwahlverfahren durchführen	70 6	80 5	80 5
4 Prozesse gestalten, leiten und moderieren			
<u>4.1 Raum und Verkehr</u> Planung von Strassenräumen und Plätzen ▪ Durchführung von Studien und Planungen	7	7	7
<u>4.2 Beratung und Entwicklung</u> Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren ▪ Anzahl Verfahren	13	10	10
<u>4.3 Bau 1 und Bau 2</u> ▪ Einhaltung der Kredite bei Bauabrechnungen kleiner in % (Durchschnitt aller Kredite)	91.7	100.0	100.0
Ertrag ▪ Bauherreneigenleistungen mind. von Mio. CHF	1.0	1.1	1.0

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
5 Nachhaltigkeit fördern			
5.1 Raum und Verkehr			
Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung. Art der Projekte und Massnahmen vgl. Rubrik operative Ziele			
▪ Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten	22	22	22
5.2 Denkmalpflege			
▪ Anzahl Schutzobjekte konstant halten	157	153	158
▪ Anzahl neuer Schutzverträge und Verfügungen	9	5	5
5.3 Bau 1 und Bau 2			
▪ Anzahl Gebäude mit Energiebuchhaltung	130	140	150
Minergiestandard bei fertig gestellten Bauten			
▪ Anzahl Neubauten	1	4	5
zertifiziert	1	0	2
▪ Anzahl Gesamtanierungen	5	3	0
zertifiziert	1	0	0
Primäranforderungen erfüllt		1	0

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	7'977'487	7'896'043	8'461'399

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

- Der Globalkredit 2013 der PG Städtebau erhöht sich gegenüber dem Voranschlag 2012 um rund CHF 565'000.-- auf CHF 8.5 Mio.
- Die Personalkosten erhöhen sich infolge einer zusätzlichen Stelle von 40% für die Bauzustandserfassung und Unterhalt sowie einer Projektleiterstelle von 80 % für die Bearbeitung des städtischen Gesamtverkehrskonzepts (sGVK).
- Zunahme der Beiträge an Dritte infolge höherer Kostenbeteiligung an die Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU) von CHF 77'000.--.
- Höhere Mietkosten aus Anpassung der internen Bruttomiete für die Liegenschaft Technikumstrasse 81.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

- Gegenüber der Rechnung 2011 erhöht sich der Globalkredit um rund CHF 484'000.
- Höhere Personalaufwendungen infolge zusätzlichen Stelleneinheiten für das zentrale Immobilienmanagement und Projektleitung sGVK sowie Lohnerhöhung 2012. Demgegenüber Wegfall von Kosten aus Doppelbesetzungen infolge Mutterschaftsurlaub und Krankheit.
- Höhere kalk. Abschreibungen und Zinsen von rund CHF 248'000 auf der Grundlage des Investitionsprogramms.
- Zunahme der Mietkosten um rund CHF 155'000.-- für die Liegenschaft Technikumstrasse 81.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	6'413'547	6'309'970	6'465'319
Sachkosten	1'186'708	1'047'316	1'136'030
Beiträge an Dritte	167'147	88'000	165'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	881'004	1'027'441	1'129'032
Mietkosten	483'631	485'800	638'200
Übrige interne Kosten	295'369	291'716	304'817
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'427'407</i>	<i>9'250'243</i>	<i>9'838'399</i>
Verrechnungen innerhalb PG	2'500	0	0
Total effektive Kosten	9'424'907	9'250'243	9'838'399
Externe Erlöse	1'386'828	1'354'200	1'377'000
Interne Erlöse	63'091	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'449'919</i>	<i>1'354'200</i>	<i>1'377'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	2'500	0	0
Total effektive Erlöse	1'447'419	1'354'200	1'377'000
Total Nettokosten / Globalkredit	7'977'487	7'896'043	8'461'399
Kostendeckungsgrad in %	15	15	14

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	39.19	38.90	40.10
▪ Auszubildende	3.00	3.00	3.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

0.40 Stelleneinheiten (Projektleiter/in) für das Zentrale Immobilienmanagement (ZIM).
0.80 Stelleneinheiten (Projektleiter/in) für das städtische Gesamtverkehrskonzept.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Vertiefung der Teilprojekte aus dem städtischen Gesamtverkehrskonzept sGVK (Zürcherstrasse, Rudolfstrasse, Technikumstrasse, Revision der Abstellplatzverordnung, Positivplanung stark verkehrsintensiver Nutzungen SVN, Hochleistungskorridor Stadtzentrum - Neuhegi, RVS, Veloschnellroute Querung Grüze, Zentrumserschliessung etc.)
- Gestaltungspläne Werk 1 und Talgut
- Inventarergränzung Periode 1945 - 1980, Umsetzung Leitbild Töss, Sanierung Schanzengarten, Steinberggasse 3/5, Neumarkt 5 etc.
- Durchführung und Begleitung von Konkurrenzverfahren: Tannenweg 47/49, Zürichstrasse 90, Schulhaus Wallrüti, Alterszentrum Oberwinterthur, Schulhaus Gutenberg, Busdepot Deutweg, Frohsinn, Günstiges Wohnen Maienried, Wohnüberbauung Vogelsangstrasse, Campingplatz am Schützenweiher, Restaurant Bruderhaus etc.
- Planung und Projektierung: Polizeigebäude, Hegifeldstrasse 76a/b (Wohnheim), Villa Flora, Schulhaus Neuhegi, Busdepot Grüzefeld, Fussballstadion Schützenwiese, Güterschuppen Töss, LRV-Sanierung etc.
- Ausführung: Werkhof Scheidegg, Alterszentrum Adlergarten, Schulhaus Zinzikon, verschiedene Pachtbetriebe, Villa Bühl, Wartstrasse 37/39, Badgasse 8, Busdepot Grüze etc.
- Abschluss: Freibad Oberwinterthur, Sanierung Hallenbad Geiselweid
- Planungszone Neuhegi - Grüze: Rahmengestaltungspläne Umfeld Grüze, Umfeld Hegi sowie Bestimmung Gesamtperimeter

Produkt 1 Raum und Verkehr**Leistungen**

- Richt- und Nutzungsplanung gemäss Begehren aus Politik, Verwaltung und Bevölkerung und in Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklung.
- Erarbeitung und Antragstellung von öffentlichen Sondernutzungsplanungen
- Beratung bei Planungsinstrumenten
- Gesamtkoordination in strategischen Verkehrsfragen
- Aufgleisen von Verkehrsprojekten
- Beratung und Koordination in Verkehrsfragen
- Erheben von Verkehrsdaten

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'293'333	2'162'640	2'656'275
Erlös	94'888	49'547	103'390
Nettokosten	2'198'445	2'113'093	2'552'885
Kostendeckungsgrad in %	4	2	4

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Prozesse gestalten, leiten und moderieren			
Nachhaltigkeit fördern			
Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung			
▪ Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten	22	23	22
Massnahmen zur baulichen Verdichtung			
▪ Anzahl erstellte Massnahmen	2	5	5
▪ Anzahl laufende Massnahmen	5	4	3

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Nicht Bauzone gesamt in ha	4'934.8	4'934.0	4'933.0
▪ Bauzone gesamt in ha	1'876.4	1'877.0	1'878.0
Bauzone überbaut			
▪ Bauzone überbaut gesamt in ha	1'657.5	1'665.0	1'679.0
Bauzone nicht überbaut			
▪ Bauzone nicht überbaut gesamt in ha	218.9	213.0	199.0
▪ davon rechtskräftig erschlossen in ha	178.7	182.0	171.0
▪ davon nicht erschlossen in ha	40.2	31.0	28.0
▪ Anzahl laufende Quartierpläne, Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften	10	10	10
▪ Anzahl Strassen- und Platzprojekte	7	9	10

Ab dem Jahr 2010 wird die überbaute Bauzone neuen Bewertungskriterien unterzogen

Produkt 2 Denkmalpflege

Leistungen

- Bereitstellung von Grundlagen für die Erhaltung des baulich kulturellen Erbes
- Beraten und sensibilisieren der Öffentlichkeit im Umgang mit historischer Bausubstanz
- Mitwirkung in Baubewilligungs- und anderen Verfahren im Bereich Denkmalpflege und Ortsbildschutz

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'325'955	1'244'948	1'410'149
Erlös	5'858	24'600	5'990
Nettokosten	1'320'097	1'220'348	1'404'159
Kostendeckungsgrad in %	0	2	0

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Grundlagen			
Erarbeiten von Artikeln und Publikationen			
▪ Anzahl erstellte Artikel und Publikationen	2	2	2
Vernetzen und informieren			
Vernetzung mit anderen Städten			
▪ Anzahl Veranstaltungen, Anlässe	5	6	6

1143

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Anzahl inventarisierte Objekte absolut	1'143	1'143	1'143
▪ Anzahl inventarisierte Objekte in % des gesamten Gebäudebestandes	6.3	6.3	6.3
▪ Anzahl Schutzobjekte absolut	157	153	158
▪ Anzahl Schutzobjekte in % des gesamten Gebäudebestandes	0.8	0.8	0.8
▪ Fläche der Kernzone im Verhältnis zu sämtlichen Bauzonen	5.7	5.7	5.7
Geschäftsfälle			
▪ Geschäftsfälle Gesamt	505	450	500
▪ davon Anzahl Baugesuche zu Inventar- und Schutzobjekten	151	120	120
▪ davon Anzahl Baugesuche in Kernzonen	103	75	75

Produkt 3 Beratung und Entwicklung

Leistungen

- Bereitstellen von Grundlagen für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Stadt mit städtebaulicher und gestalterischer Qualität
- Beraten und sensibilisieren der Öffentlichkeit in Fragen der Stadtgestaltung und des Umgangs mit der bestehenden Bausubstanz
- Mitwirken in Baubewilligungs- und anderen Verfahren im Bereich der Stadtgestaltung
- Planen und Durchführen von Architektur- und Planungswettbewerben
- Geschäftsführung Fachgruppe Stadtgestaltung
- Erarbeiten von Entscheidungsgrundlagen für bauliche Strategien und Durchführen von Planerwahlverfahren

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'730'453	1'796'390	1'803'675
Erlös	70'479	8'077	3'060
Nettokosten	1'659'974	1'788'313	1'800'615
Kostendeckungsgrad in %	4	0	0

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Grundlagen Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen (Juryberichte, Leitbilder, Wettbewerbsprogramme) ▪ Anzahl erarbeitete Grundlagen	10	5	5
Prozesse gestalten, leiten und moderieren Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren ▪ Anzahl Anliegen	13	10	10

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Anzahl begleitete Studien und Konkurrenzverfahren ▪ Anzahl selbst durchgeführte Studien und Konkurrenzverfahren ▪ Anzahl Berichte in der Tages- und Fachpresse	4 9 16	7 3 15	7 3 15
Geschäftsfälle ▪ Geschäftsfälle Gesamt ▪ davon Anzahl Baugesuche	1'102 551	950 550	950 550

Produkt 4 Bau 1 und Bau 2

Leistungen

- Führen der Planung und Realisierung von städtischen Hochbauvorhaben in der Investitionsrechnung (Neu- und Umbauten sowie Sanierungen) im Auftrag des Stadtrates
- Führen der baulichen und haustechnischen Sanierungs- und Unterhaltsarbeiten aller städtischen Liegenschaften im Auftrag der Eigentümer (Nutzerdepartement)
- Bereitstellen von Entscheidungsgrundlagen zur optimalen Erhaltung und Entwicklung der städtischen Liegenschaften

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	4'069'339	4'046'265	3'968'301
Erlös	1'265'699	1'271'976	1'264'560
Nettokosten	2'803'640	2'774'289	2'703'741
Kostendeckungsgrad in %	31	31	32

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Beraten und beurteilen			
▪ Begleiten durch den politischen Prozess. Anzahl Projektverstellungen (BA, SR, GGR, Öffentlichkeit)	32	20	20
Prozesse gestalten, leiten und moderieren			
▪ Bauherrenaufwand in der laufenden Rechnung (Aufwand in CHF pro 1'000.-- Baukosten)	186	260	250
▪ Bauherrenaufwand in der Investitionsrechnung (Aufwand in CHF pro 1'000.-- Baukosten)	49	50	50
▪ Bauherreneigenleistungen mind. von Mio. CHF	1.0	1.1	1.0

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Betreute Liegenschaften von der Stadt Winterthur	560	561	561
▪ Anzahl Anträge für den Stadtrat	30	30	30
Projekte im Rahmen der laufenden Rechnung			
▪ Anzahl laufende Projekte	807	800	800
▪ Bauvolumen (Total Zahlungen in CHF)	7'080'000	5'500'000	5'500'000
▪ Durchschn. Bauvolumen pro Projekt in CHF	8'773	6'800	6'800
Projekte im Rahmen der Investitionsrechnung unter 10 Mio. CHF			
▪ Anzahl laufende Projekte	129	130	130
▪ Durchschn. Bauvolumen pro Projekt in CHF	1'285'000	1'150'000	1'300'000
Projekte im Rahmen der Investitionsrechnung über 10 Mio. CHF			
▪ Anzahl laufende Projekte	11	11	13
Investitionen gesamt			
▪ Gesamtes Bauvolumen in der Investitionsrechnung (Total Zahlungen in CHF)	53'470'000	48'000'000	52'000'000

IAFP Städtebau

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	9'424	9'250	9'838	9'838	9'838	9'838
Erlös	1'447	1'354	1'377	1'377	1'377	1'377
Nettokosten/Globalkredit	7'977	7'896	8'461	8'461	8'461	8'461
Kostendeckungsgrad in %	15	15	14	14	14	14

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	2'960'000	2'680'000	2'130'000	1'800'000	1'850'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Grundlagen						
1.1 Raum und Verkehr						
▪ Erstellung des jährlichen Verkehrsberichtes mit Leitbildcharakter	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt
1.2 Denkmalpflege						
Erarbeiten von Gutachten zu Inventar- und Schutzobjekten und Gebieten (Kernzonen)						
▪ Anzahl erarbeitete Projekte	21	20	20	20	20	20
1.3 Beratung und Entwicklung						
Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen (vgl. Rubrik operative Ziele)						
▪ Anzahl erarbeitete Grundlagen	10	5	5	5	5	5
2 Vernetzen und informieren						
2.1 Raum und Verkehr						
Austausch mit Städten, umliegenden Gemeinden, Kanton und Bund						
▪ Anzahl Veranstaltungen	15	17	17	17	17	17
2.2 Denkmalpflege						
▪ Anzahl Veranstaltungen und Führungen	8	6	7	7	7	7
▪ daraus erreichte Besucherzahl	1'400	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200
2.3 Beratung und Entwicklung						
▪ Anzahl Publikationen zu Städtebau und Architektur in der Tages- und Fachpresse	16	15	15	15	15	15
3 Beraten und Beurteilen						
3.1 Raum und Verkehr						
▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %	70	80	70	70	70	70
3.2 Denkmalpflege						
▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %	60	80	60	60	60	60
3.3 Beratung und Entwicklung						
Beratung bei Studien, Testplanungen, Konkurrenzverfahren und Bauvorhaben.						
▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %	70	80	80	80	80	80
▪ Anzahl Entscheidungsgrundlagen für bauliche Strategien erarbeiten und Planerwahlverfahren durchführen	6	5	5	5	5	5
4 Prozesse gestalten, leiten und moderieren						
4.1 Raum und Verkehr						
Planung von Strassenräumen und Plätzen						
▪ Durchführung von Studien und Planungen	7	7	7	7	7	7
4.2 Beratung und Entwicklung						
Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren						
▪ Anzahl Verfahren	13	10	10	10	10	10
4.3 Bau 1 und Bau 2						
▪ Einhaltung der Kredite bei Bauabrechnungen kleiner in % (Durchschnitt aller Kredite)	91.7	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Ertrag						
▪ Bauherrenereignisseleistungen mind. von Mio. CHF	1.0	1.1	1.0	1.1	1.1	1.1

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
5 Nachhaltigkeit fördern						
5.1 Raum und Verkehr						
Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung. Art der Projekte und Massnahmen vgl. Rubrik operative Ziele						
▪ Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten	22	22	22	22	22	22
5.2 Denkmalpflege						
▪ Anzahl Schutzobjekte konstant halten	157	153	158	158	158	158
▪ Anzahl neuer Schutzverträge und Verfügungen	9	5	5	5	5	5
5.3 Bau 1 und Bau 2						
▪ Anzahl Gebäude mit Energiebuchhaltung Minergiestandard bei fertig gestellten Bauten	130	140	150	160	170	180
▪ Anzahl Neubauten	1	4	5	3	1	1
zertifiziert	1	0	2	1	1	1
▪ Anzahl Gesamtanierungen	5	3	0	5	0	0
zertifiziert	1	0	0	2	0	0
Primäranforderungen erfüllt		1	0	2	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Grundlagenerarbeitung zur Richt- und Nutzungsplanung wird fortgesetzt. Erarbeitung der dazu notwendigen Grundlagen.
- Vertiefung der Teilprojekte aus dem städtischen Gesamtverkehrskonzept sGVK (Zürcherstrasse, Technikumstrasse, Revision der Abstellplatzverordnung, Hochleistungskorridor Stadtzentrum - Neuhegi, RVS etc.)
- Umsetzung Planungszone
- Siedlungsinventar 1945 - 1980
- Vorbereitung Umnutzung Liegenschaften aus Fokus, Vorbereitung Umzug Polizei
- Erstellen von Faltblätter als Wegleitung zu Kernzonen, zu Schutzobjekten und Energie etc.
- Durchführung und Begleitung Konkurrenzverfahren
- Grosse/wichtige stadtseigene Bauten werden aufgegeben und umgesetzt: Villa Flora, Restaurant Bruderhaus, Hegifeldstrasse 76a/b, weitere Ökonomiegebäude, Campingplatz am Schützenweiher, Polizeigebäude, Schulhaus Zinzikon, Schulhaus Neuhegi, Schulhaus Wallrüti, Fussballstadion Schützenwiese, Alterszentrum Adlergarten, Alterszentrum Oberwinterthur, Busdepot Grüzefeld, Umnutzung Untere Vogelsangstrasse (Gebäude Stadtwerke) etc.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Stadtrichteramt

Auftrag

Rechtmässige und sachgerechte Bearbeitung der eingehenden Verzeigungen mittels Erlass von Verfügungen (Strafbefehle, Einstellungen, Abtretungen). Bearbeitung der Einsprachefälle, gegebenenfalls mittels Durchführung von Strafuntersuchungen einschliesslich abschliessender Verfügungen. Vollzug der rechtskräftigen Verfügungen und Entscheide (Inkasso, Vollzugsaufträge).

Produkte

1 Übertretungsstrafverfahren

Erledigung der im Rahmen des Auftrages anfallenden Arbeiten

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Strafgesetzbuch
- weitere bundesrechtliche Erlasse (SVG, BetmG, PBG, AuG usw.)
- Schweizerische Strafprozessordnung
- Zürcherisches Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozessrecht
- kantonale Verordnung über die Zuständigkeit der Gemeinden im Übertretungsstrafrecht
- kantonale Verordnung über die Gebühren, Auslagen und Entschädigungen der Strafverfolgungsbehörden
- weitere kantonale Erlasse

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung
- Geschäftsordnung des Stadtrates
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung
- weitere städtische Erlasse
- Stadtratsbeschlüsse

Stufe Verwaltungseinheit

- interne Bussenlisten

Verantwortliche Leitung

Gabi Bienz-Meier

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Ergebnis der Verfügungstätigkeit			
Akzeptanz der Strafbefehle durch die Gebüssten			
Messung / Bewertung:			
Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung			
Messgrössen:			
Verhältnis eingehende Einsprachen/Strafbefehle in %	4.60	4.40	4.60
Verhältnis Einspracherückzüge (inkl. geänderte Strafbefehle)/eingehende Einsprachen in %	57.40	62.50	54.35
2 Erledigung der Fälle			
Erledigung der Verzeigungs- und Einsprachefälle			
Messung / Bewertung:			
Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung			
Messgrössen:			
Verhältnis total bearbeitete Fälle/eingehende Verzeigungen in %	107.00	100.00	100.00
Verhältnis erledigte Einsprachen/eingehende Einsprachen in %	103.70	106.00	108.30

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	-1'135'662	-1'223'408	-1'263'831

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Im Februar 2011 wurde ein Bundesgerichtsentscheid publiziert, welcher zur Folge hatte, dass der Hauptanteil aller Fälle im öffentlichen Transportwesen (ÖTW), d.h. das Fahren ohne gültigen Fahrausweis, derzeit nur noch zivilrechtlich geahndet werden kann. Dies hatte für das Stadtrichteramt direkte und erhebliche Auswirkungen bereits auf das Budget 2012 (weniger Erträge und weniger Debitorenverluste). Die erwähnte Gesetzeslücke ist bis anhin nicht geschlossen worden. Somit bewegt sich das Budget 2013 weitgehend im Rahmen des Voranschlages 2012.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Unter Berücksichtigung der normalen Schwankungen des Geschäftsganges wird im Budget 2013 von einem Gesamtergebnis ausgegangen, welches leicht besser als dasjenige des Rechnungsjahres 2011 ausfällt.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	1'115'200	1'140'942	1'124'303
Sachkosten	888'200	977'010	968'054
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	23'406	4'589	0
Mietkosten	84'474	84'400	82'928
Übrige interne Kosten	125'270	161'973	108'307
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'236'550</i>	<i>2'368'915</i>	<i>2'283'592</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	2'236'550	2'368'915	2'283'592
Externe Erlöse	3'372'212	3'592'300	3'547'400
Interne Erlöse	0	23	23
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'372'212</i>	<i>3'592'323</i>	<i>3'547'423</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'372'212	3'592'323	3'547'423
Total Nettokosten / Globalkredit	-1'135'662	-1'223'408	-1'263'831
Kostendeckungsgrad in %	151	152	155

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	7.95	8.50	8.50
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderung gegenüber dem VA 2012

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

Vernetzung und fachlicher Austausch mit den anderen u.a. neugeschaffenen Übertretungsstraßbehörden innerhalb des Kantons Zürich.

Produkt 1 Uebertretungsstrafverfahren

Leistungen

- Beurteilung der zur Anzeige gebrachten Fälle aus dem Bereich des Übertretungsstrafrechts des Bundes (Allgemeines Strafrecht, Strassenverkehr, Betäubungsmittelkonsum usw.), des Kantons Zürich (Gastwirtschaftswesen, Gesundheitswesen usw.) und der Stadt Winterthur (Allgemeine Polizeiverordnung, Einwohnermeldewesen, Benützung des öffentlichen Grundes usw.).
- Durchführung von Strafuntersuchungen in Einsprachefällen
- Auskünfte an Beteiligte im Rahmen hängiger Verfahren einschliesslich Einschätzung der Chancen und Risiken bei Weiterführung des Verfahrens

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'236'550	2'368'915	2'283'592
Erlös	3'372'212	3'592'323	3'547'423
Nettokosten	-1'135'662	-1'223'408	-1'263'831
Kostendeckungsgrad in %	151	152	155

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Verhindern des Anstiegs der Pendenzanzahlen (Verzeigungsfälle/Einsprachen).	814/98	580/60	800/98

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Verzeigungsfälle			
▪ Pendenzanfang Jahr	1'143	523	800
▪ Neueingänge	10'638	11'000	10'700
▪ Strafbefehle	10'715	10'300	10'000
▪ Sonstige Erledigungen	662	700	700
▪ Pendenzende Jahr	814	523	800
Einsprachen			
▪ Pendenzanfang Jahr	113	81	98
▪ Neue Einsprachen	490	480	460
▪ Rückzüge	199	240	200
▪ geänderte Strafbefehle	43	60	50
▪ Aufhebungen	129	130	130
▪ Überweisung an Bezirksgericht	23	20	20
▪ Sonstige Erledigungen	54	60	60
▪ Pendenz Einsprachen Ende Jahr	98	51	98
Beurteilung der überwiesenen Fälle durch Bezirksgericht			
▪ Verurteilungen (Schuldsprüche)	12	10	10
▪ Freisprüche	0	10	5
erledigte Rechtshilfesuche	1	0	0

IAFP Stadtrichteramt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	2'236	2'368	2'283	2'284	2'284	2'284
Erlös	3'372	3'592	3'547	3'547	3'547	3'547
Nettokosten/Globalkredit	-1'136	-1'223	-1'264	-1'264	-1'264	-1'264
Kostendeckungsgrad in %	151	152	155	155	155	155

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Ergebnis der Verfügungstätigkeit Akzeptanz der Strafbefehle durch die Gebüssten <i>Messung / Bewertung:</i> Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung <i>Messgrössen:</i> Verhältnis eingehende Einsprachen/Strafbefehle in % Verhältnis Einspracherückzüge (inkl. geänderte Strafbefehle)/eingehende Einsprachen in %	4.6 57.4	4.4 62.5	4.6 54.3	4 60	4 60	4 60
2 Erledigung der Fälle Erledigung der Verzeigungs- und Einsprachefälle <i>Messung / Bewertung:</i> Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung <i>Messgrössen:</i> Verhältnis total bearbeitete Fälle/eingehende Verzeigungen in % Verhältnis erledigte Einsprachen/eingehende Einsprachen in %	 107.0 103.7	 100.0 106.0	 100.0 108.3	 100 100	 100 100	 100 100

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Für die Planungsperiode gilt es im Hinblick auf das Projekt "Fokus" die notwendigen Investitionen, insbesondere im Bereich E-Gouvernement, zu planen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Wie die Vorjahre gezeigt haben, liegt der Schwerpunkt aller Verzeigungen bei den Strassenverkehrsdelikten. Ob es im Bereich des Öffentlichen Transportwesens (ÖTW) in Bezug auf das "Fahren ohne gültigen Fahrausweis" eine Änderung mit direkten finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt des Stadtrichteramtes geben wird, lässt sich zum heutigen Zeitpunkt nicht abschätzen.

Stadtpolizei

Auftrag

- Sicherheitspolizeidienst und Mitwirkung beim Kriminalpolizeidienst
- Verkehrspolizeidienst
- Verwaltungspolizeidienst

Produkte

Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung

Sichtbare Präsenz der Polizei; periodische Kontrollen an öffentlichen Orten; Angebot eines bevölkerungsfreundlichen Kontakts zur Polizei (Quartierpolizei); Schutz gefährdeter Objekte durch Einsatz von Technik und/oder Personal der Polizei; sämtliche Massnahmen, die einen geordneten, möglichst unfallfreien Verkehrsfluss sicherstellen; Erteilung und Kontrolle von Bewilligungen

Ereignisbewältigung

Intervention bei Verkehrsunfällen (Sicherung, Rettung, Tatbestandsaufnahme, Erstbetreuung von Ereignisbetroffenen); Einsatz bei Grossanlässen (z.B. Albanifest, Fasnacht, Sportanlässe, Demonstrationen); Intervention bei Delikten; schneller und verhältnismässiger Einsatz bei Konflikten; Bewältigung von Grossereignissen und Katastrophenfällen

Ermittlung/Aufklärung

Suchen von Personen und Gegenständen (ohne kriminalistische Fahndung); Ermittlung bei Delikten; Festhalten von Sachverhalten (z.B. Verlustanzeigen von Ausweisen, Aufnahme von Verlustprotokollen bei Fahrzeugdiebstählen); Personen- und Sachfahndung bei Vermutung bzw. Vorliegen eines kriminellen Hintergrundes; Erstellen von Ermittlungsrapporten zu Händen dritter Stellen

Information / Prävention

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit; Prävention; Ausbildung von Dritten; Verkehrsschulung

Polizeinahe Dienstleistungen

Gewähren von Rechtshilfe; Ausführen von Transporten; Betreiben eines Fundbüros; Erstellen von Gutachten, Beratungen; Lebensraumschutz (Flurpolizei); Verkehrstechnik; Betrieb der Verkehrsregelungsanlagen; Inkasso für den ärztlichen Notfalldienst; Foto- und Kopierarbeiten für Amtsstellen und Dritte; Lärmmessungen für Dritte; Vermietung von Signalisationsmaterial und mobilen Lichtsignalanlagen; Durchführen von Wochen-, Jahr-, Floh- und Kunsthandwerkmärkten

Kontrolle ruhender Verkehr

Nachtparkieren; Bewirtschaften öffentlicher Parkplätze; Parkraumüberwachung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bund unter anderem: Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937; Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG); Bearbeitungsreglement zum Informationssystem HOOGAN (gestützt auf Art. 24a bis 24h des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit [BWIS] vom 21. März 1997 und Art. 21a bis 21n der Verordnung über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit [VWIS] vom 27. Juni 2001); Gesetz betreffend den Strafprozess (Strafprozessordnung) vom 5. Oktober 2007.

Kanton unter anderem: Polizei-Organisationsgesetz vom 29. November 2004; Gewaltschutzgesetz (GSG) vom 19. Juni 2006; Polizeigesetz (PolG) vom 23. April 2007.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Winterthur vom 26. April 2004; Organisations- und Dienstreglement der Stadtpolizei Winterthur (Polizeireglement) vom 22. Dezember 2010; Dienstkleiderreglement Polizeikorps vom 22. Dezember 2010; Zuständigkeitsordnung der Stadt Winterthur zur kantonalen Verordnung über den Vollzug des Strassensignalisationsrechts des Bundes vom 12. November 1980 vom 4. November 1981; Verordnung betreffend die Ausnahmebewilligungen zur signalisierten Strassenverkehrsvorschriften vom 22. Juni 1988; Vorschriften über das unbeschränkte Parkieren in blauen Zonen (Parkkartenvorschriften) vom 17. Juni 1987; Verordnung betreffend das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund vom 31. Mai 1965; Vorschriften über die Benützung des öffentlichen Grundes zu Sonderzwecken vom 8. Juni 1979; Verordnung über das Taxiwesen vom 11. Januar 1989; Tarifordnung für das Taxiwesen der Stadt Winterthur vom 11. Juni 2008; Winterthurer Marktordnung vom 12. Oktober 1983; — zur Gesetzgebung über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen Getränken vom 4. April 1990; Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) vom 10. Juli 2006; Gemeinderechtliches Ordnungsbussenverfahren vom 30. September 2009.

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Fritz Lehmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF #	243.87	256.07	248.09
Kostendeckungsgrad insgesamt in % #	39	37	38
2 Kundenorientierung			
1. Die Bevölkerung fühlt sich sicher (subjektive Sicherheit)			
2. Kurze Interventionszeit nach Alarmierung			
3. Gute Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin			
4. Die Stadtpolizei ist sichtbar präsent			
<i>Messung / Bewertung:</i>			
1. Messung des Grades der subjektiven Sicherheit *			
2. Erfassen der Interventionszeit während zwei Wochen pro Jahr			
3. Messung des Zufriedenheitsgrades mit der Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin durch Befragung *			
4. Anteil der Arbeitszeit während Mitarbeitende der Stadtpolizei an der "Front" tätig sind			
<i>Messgrössen:</i>			
1. Grad der subjektiven Sicherheit (sicher oder sehr sicher) in % *	70	70	70
2. Interventionszeit <=5' in % der Einsatzfahrten	68	75	75
3. Zufriedenheitsgrad (zufrieden oder sehr zufrieden) in % *	60	65	65
4. Anteil der Frontstunden in % der Gesamtarbeitsstunden	41	42	42

* Messung nur alle 2 Jahre (ISO-Umfrage)

automatische Berechnung

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	25'387'187	26'618'918	26'495'617

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Die Abweichung ist vor allem auf höhere Personalkosten, höhere Mietzinsbelastungen durch Immobilien für städtische Liegenschaften, höhere Debitorenverluste und etwas höhere Sachkosten zurückzuführen. Die höheren Kosten können teilweise durch gesteigerte Erträge kompensiert werden.

Die Personalkosten steigen, weil drei zusätzliche Stellen im Stellenplan enthalten sind.

Die Mietkosten für städtische Liegenschaften wurden vom Stadtrat angepasst.

Die höheren Debitorenverluste sind auf die Umstellung der Verbuchung der Ordnungsbussen (vereinnehm/vereinbart) zurückzuführen. Diese konnten für den Voranschlag 2012 infolge fehlender Vorjahreszahlen nicht abgeschätzt werden.

Die höheren Sachkosten sind unter anderem auch auf höhere Kosten für den Unterhalt zusätzlicher Geschwindigkeitsmessanlagen, die im Voranschlag 2012 noch nicht enthalten waren, zurückzuführen.

Die höheren Erlöse sind auf im Jahr 2012 nicht budgetierte Ordnungsbussen zurückzuführen (Anschaffung im Jahr 2011 einer zusätzlichen Geschwindigkeitsmessanlage).

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Die Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013 gilt für die Kosten weitgehend auch hier.

Die höheren Erlöse sind auf im Jahr 2013 anzuschaffende Verkehrsüberwachungsanlagen und den daraus resultierenden höheren Busseneinnahmen und zusätzliche Gebühreneinnahmen zurückzuführen. Die internen Erlöse sinken, weil das Stadtrichteramt Zustellungen vermehrt nicht mehr durch die Stadtpolizei vornehmen lässt. Die Beiträge von Dritten fallen weg, da der Kanton keine Staatsbeiträge mehr für kommunale Strassen gewährt.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	32'707'821	33'186'176	33'368'078
Sachkosten	5'314'131	5'270'202	5'460'672
Beiträge an Dritte	3'450	3'450	3'450
Residualkosten	7'424	7'424	8'103
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'882'252	1'715'925	1'684'025
Mietkosten	942'076	909'580	1'473'202
Übrige interne Kosten	993'025	899'819	963'041
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>41'850'180</i>	<i>41'992'576</i>	<i>42'960'571</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	41'850'180	41'992'576	42'960'571
Externe Erlöse	15'659'010	14'715'300	15'826'300
Interne Erlöse	714'956	658'358	638'654
Beiträge von Dritten	89'027	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>16'462'992</i>	<i>15'373'658</i>	<i>16'464'954</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	16'462'992	15'373'658	16'464'954
Total Nettokosten / Globalkredit	25'387'187	26'618'918	26'495'617
Kostendeckungsgrad in %	39	37	38

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	232.08	240.15	243.15
▪ Auszubildende	7.67	9.68	14.50
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	3.00	3.00	3.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Verstärkung der Sicherheitspolizei (Dienstgruppen) um 3 Stellen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Planung Polizeigebäude
- Personalverstärkung gemäss Projekt AHAB - Sichere Innenstadt an Wochenenden
- Umsetzung Konzeptänderungen Verkehrsleitsendienst
- Erste Umsetzungen des Projekts Rapportierung+ zur erleichterten Rapportierung der Zürcher Polizeien
- "Gsund und zwäg" (Gesundheitsförderung, Arbeitsplatzergonomie)

Produkt 1 Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung**Leistungen**

- Präventive Präsenz
- Objekt- und Personenschutz
- Bearbeitung des fliessenden Verkehrs
- Polizeiliche Bewilligungen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	15'340'769	15'564'594	16'244'295
Erlös	9'211'160	7'793'322	9'418'491
Nettokosten	6'129'609	7'771'272	6'825'804
Kostendeckungsgrad in %	60	50	58

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Patrouillen und Kontrolltätigkeit in Prozent der effektiven Arbeitszeit	18	20	20
Übertretungsquote bei Geschwindigkeitskontrollen in Prozent	6	6	6

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Gesamtstunden sichtbare Präsenz	59'362	58'000	60'000
Anzahl Stunden für Objekt- und Personenschutz	173	160	160
Anzahl Rotlicht-/Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen	8	8	10
Anzahl stationäre Geschwindigkeitsmessgeräte	6	5	6
Kontrollstunden Überwachung des fliessenden Verkehrs	91'443	95'000	96'000
Anzahl bearbeitete Bewilligungen	5'576	5'000	5'000
Anzahl Gastwirtschaften	486	450	480
Anzahl Patente für Verkauf alkoholischer Getränke	159	150	150
Anzahl saisonale Strassencafés	81	70	80
Anzahl Lärmmessungen	24	20	20

Produkt 2 Ereignisbewältigung**Leistungen**

- Intervention bei Delikten
- Intervention bei Verkehrsunfällen
- Übrige Interventionen/Konfliktbewältigung
- Einsatz bei Grossanlässen/Grossereignissen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	6'968'287	8'901'903	7'050'294
Erlös	80'764	92'751	74'307
Nettokosten	6'887'523	8'809'152	6'975'987
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Intervention vor Ort innerhalb von 5 Minuten (in %)	68	75	75
Mit der Intervention zufriedene Opfer in Prozent	N/A	85	85

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Verkehrsunfälle	1'175	1'270	1'200
Einsatzstunden für Grossanlässe/Grossereignisse	6'645	10'000	7'000
Anzahl Interventionen bei häuslicher Gewalt	312	250	320
Anzahl Anzeigerapporte bei häuslicher Gewalt	96	100	110
Anzahl Einsätze mit Diensthunden	294	130	200

Einsatzstunden für Grossanlässe/Grossereignisse: Fussball-EM 2012

Produkt 3 Ermittlung / Aufklärung

Leistungen

- Ermittlung bei Delikten
- Festhalten von Sachverhalten
- Personen- und Sachfahndung
- Suchen von Personen und Gegenständen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	10'309'185	8'505'421	10'810'725
Erlös	91'353	64'985	73'697
Nettokosten	10'217'832	8'440'436	10'737'027
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Innert Monatsfrist erledigte und verfügte Fälle in Prozent	78	90	90

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Gesamtstunden für Ermittlungsarbeiten	66'810	50'000	66'000
Anzahl Berichte und Rapporte	18'257	18'000	18'000
Gesamtstunden für Personen- und Sachfahndung	10'272	10'000	10'000
Anzahl Suchaktionen	2	0	0
Anzahl Verhaftungen tatverdächtiger Personen durch den Ermittlungsdienst	252	300	250
Anzahl Interventionen des Jugenddienstes	728	700	700

Produkt 4 Information / Prävention

Leistungen

- Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
- Prävention allgemein
- Prävention Verkehr

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'299'940	1'355'201	1'489'620
Erlös	8'001	8'920	8'289
Nettokosten	1'291'939	1'346'281	1'481'331
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Maximale Anzahl Verkehrsunfälle	1'175.00	1'270.00	1'200.00

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Medieninformationen	333	300	300
Anzahl durchgeführte Präventionskampagnen	11	10	10
Anzahl unterrichteter Schulklassen (Verkehrsschulung)	522	540	520

Produkt 5 Polizeinahe Dienstleistungen

Leistungen

- Rechtshilfe
- Fundbüro
- Umwelt und Flurpolizei (Lebensraumschutz)
- Verkehrstechnik
- Marktwesen
- Diverse Dienstleistungen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	5'461'984	5'381'745	5'484'920
Erlös	1'776'437	1'616'066	1'772'007
Nettokosten	3'685'548	3'765'680	3'712'912
Kostendeckungsgrad in %	33	30	32

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Innert Monatsfrist erledigte Rechtshilfegesuche in Prozent	78	90	90
Anteil erfolgreich vermittelter Fundgegenstände in Prozent	37	40	40

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl erledigte Rechtshilfegesuche	8'683	8'700	8'700
Anzahl erfasste Fundgegenstände	4'818	4'500	4'800
Anzahl Verkehrsanordnungen	525	400	500
Anzahl durchgeführte Märkte	125	120	120
Anzahl Inkassofälle ärztlicher Notfalldienst	126	160	140
Anzahl Vermietungen Signalisationsmaterial	464	470	470
Anzahl Vermietungstage mobile Lichtsignalanlagen	1'344	600	1'200
Anzahl Lotsenposten (Schulwegsicherung)	20	22	20
Anzahl gemeldete Alarmanlagen, bei denen gebührenpflichtig ausgerückt wird (inklusive angeschlossene Einbruch- und Überfallmeldeanlagen)	1'005	900	1'000
Anzahl angeschlossene Einbruch- und Überfallmeldeanlagen	118	130	120

Produkt 6 Kontrolle ruhender Verkehr

Leistungen

- Inkasso der Nachtparkgebühren
- Bewirtschaftung von Parkplätzen auf öffentlichen Strassen und Plätzen
- Erteilen von Parkier- und Ausnahmegewilligungen
- Kontrolle der bewirtschafteten Parkplätze und der blauen Zonen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'346'879	2'285'691	1'880'718
Erlös	5'295'276	5'797'611	5'118'160
Nettokosten	-2'948'397	-3'511'920	-3'237'442
Kostendeckungsgrad in %	226	254	272

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Kontrollstunden des ruhenden Verkehrs	9'173.00	10'000.00	10'000.00

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl in Winterthur immatrikulierte Fahrzeuge (Nachtparkgebühren)	55'344	54'000	55'000
Anzahl gebührenpflichtige Parkplätze	1'042	1'055	1'055
Anzahl bearbeitete Bewilligungen	10'561	10'000	10'000

IAFP Stadtpolizei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	41'850	41'992	42'960	43'381	43'761	44'121
Erlös	16'462	15'373	16'464	16'575	16'685	16'695
Nettokosten/Globalkredit	25'387	26'619	26'496	26'806	27'076	27'426
Kostendeckungsgrad in %	39	37	38	38	38	38

In den Nettokosten für die Jahre 2014 - 2016 sind die Kosten für zusätzliche Kapitalzinsen und Abschreibungen für das neue Polizeigebäude noch nicht enthalten.

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	2'444'000	2'770'000	2'850'000	8'350'000	20'150'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF #	243.8	252.3	248.0	248	248	249
Kostendeckungsgrad insgesamt in % #	39	37	38	38	38	38
2 Kundenorientierung						
1. Die Bevölkerung fühlt sich sicher (subjektive Sicherheit)						
2. Kurze Interventionszeit nach Alarmierung						
3. Gute Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin						
4. Die Stadtpolizei ist sichtbar präsent						
Messung / Bewertung:						
1. Messung des Grades der subjektiven Sicherheit *						
2. Erfassen der Interventionszeit während zwei Wochen pro Jahr						
3. Messung des Zufriedenheitsgrades mit der Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin durch Befragung *						
4. Anteil der Arbeitszeit während Mitarbeitende der Stadtpolizei an der "Front" tätig sind						
Messgrößen:						
1. Grad der subjektiven Sicherheit (sicher oder sehr sicher) in % *	70	70	70	70	70	70
2. Interventionszeit ≤ 5' in % der Einsatzfahrten	68	75	75	75	75	75
3. Zufriedenheitsgrad (zufrieden oder sehr zufrieden) in % *	60	65	65	65	65	65
4. Anteil der Frontstunden in % der Gesamtarbeitsstunden	41	42	42	42	42	42

* Messung nur alle 2 Jahre möglich (ISO-Umfrage)

automatische Berechnung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Volksabstimmung und Realisierung Polizeigebäude
- Personalverstärkung zur besseren Bewirtschaftung der Brennpunkte
- Fortsetzung des Projekts Rapportierung+
- "Gsund und zwäg" (Gesundheitsförderung, Arbeitsplatzergonomie)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Entwicklung in der Investitionsrechnung (Plan 2015) ist begründet durch den geplanten Baubeginn des neuen Polizeigebäudes.

Das Wachstum der Stadtbevölkerung, das veränderte Freizeit- und Ausgehverhalten sowie der vermehrt auftretende extensive Alkoholgenuss erfordern eine erhöhte Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum, insbesondere auch zu Nacht-, Wochenend- und Randzeiten. Dies führt zu einem zusätzlichen Personalbedarf, dessen finanzielle Auswirkungen in den IAFP eingeflossen sind.

Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

Auftrag

Betrieb von Parkhäusern, Parkgaragen, Parkplätzen und eines Parkleitsystems

Produkte

Parkhäuser (Altstadt)

Betrieb von vier Parkhäusern in der Altstadt für Kurzparkieren und Dauermieten

Parkgaragen

Betrieb von drei Parkgaragen, die nur Dauermietern zur Verfügung stehen

Parkplätze

Betrieb von neun Parkplätzen für Dauermieter in den Quartieren

Parkleitsystem

Betrieb und Unterhalt des Parkleitsystems für die Parkhäuser und Parkplätze rund um die Altstadt

Dienstleistungen

Technischer Unterhalt und Reinigung von Parkhäusern, die von Dritten betrieben werden

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Beschluss des Grossen Gemeinderats vom 22. Mai 1967 zur Errichtung einer besonderen Unternehmung "Parkplätze und Parkhäuser" beim Polizeiamt; Beschluss des Stadtrats vom 26. September 1986 zur Weiterführung der bisherigen "Unternehmung Parkplätze und Parkhäuser" nach neuem Rechnungsmodell als Gemeindebetrieb "Parkhäuser und Parkplätze"

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Fritz Lehmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
Ertragsüberschuss	1'444'057	1'497'630	1'506'669
Auslastung der Parkhäuser, Parkgaragen und Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) in % *	95	95	95
2 Kundenorientierung			
1. Die öffentlich zugänglichen Parkhäuser werden von den Benutzerinnen und Benutzern als sicher und sauber beurteilt			
2. Die nicht öffentlich zugänglichen Parkgaragen werden von den Mieterinnen und Mietern als sicher und sauber beurteilt			
3. Die vermieteten Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) werden von den Mieterinnen und Mietern als sauber beurteilt			
4. Die technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen sind gut gewartet und weisen kleine Ausfallzeiten auf			
<i>Messung / Bewertung:</i>			
1. - 3. Befragung der Kundinnen und Kunden alle zwei Jahre			
4. Störungen an den technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen, die die Benützung beeinträchtigen			
<i>Messgrößen:</i>			
1. - 3. Grad der Zufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	N/A	75	75
4. Anzahl der Störungen und durchschnittliche Dauer bis zur Behebung	1 x pro Woche max. 1 Std.	1 x pro Woche max. 1 Std.	1 x pro Woche max. 1 Std.

* Bezogen auf Parkflächen für Dauermieter

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Der voraussichtliche Ertragsüberschuss 2013 des Betriebs Parkhäuser und Parkplätze bewegt sich in der Höhe desjenigen des Jahres 2012. Den höheren Sachkosten stehen höhere Mietzinseinnahmen gegenüber.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Der voraussichtliche Ertragsüberschuss 2013 des Betriebs Parkhäuser und Parkplätze dürfte etwas höher ausfallen als 2011. Dies ist hauptsächlich auf zusätzliche Einnahmen beim Parkleitsystem zurückzuführen. Erlöse für 2011 angeschlossene Parkhäuser privater Betreiber fallen erstmals 2012 an.

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	4.13	4.00	4.00
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderung gegenüber dem VA 2012

Nettokosten / Globalkredit der Betriebe	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	454'132	449'532	450'390
Sachkosten	515'709	514'561	637'231
Beiträge an Dritte	0	0	0
Spezialfinanzierungen (Einlage)	1'444'057	1'497'630	1'507'469
Residualkosten	27'222	27'221	28'357
(kalkulatorische) Abschreibungen und Zinsen	80'628	82'860	72'146
Mietkosten	496'630	505'600	506'000
Übrige interne Kosten	5'016	-28'751	-38'464
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'023'393</i>	<i>3'048'653</i>	<i>3'163'129</i>
Verrechnungen innerhalb PG	60'000	60'000	60'000
Total effektive Kosten	2'963'393	2'988'653	3'103'129
Externe Erlöse	2'659'906	2'701'600	2'751'100
Interne Erlöse	363'487	347'053	412'029
Beiträge von Dritten	0	0	0
Spezialfinanzierungen (Entnahme)	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'023'393</i>	<i>3'048'653</i>	<i>3'163'129</i>
Verrechnungen innerhalb PG	60'000	60'000	60'000
Total effektive Erlöse	2'963'393	2'988'653	3'103'129
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Ergebnisermittlung Betriebe	IST 2011	Soll 2012	Soll 2013
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
+ Einlage in Betriebsreserve	1'444'057	1'497'630	1'507'469
./. Entnahme aus Betriebsreserve	0	0	0
Ergebnis vor Reserveveränderung	-1'444'057	-1'497'630	-1'507'469

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Einführung einer neuen Gebührenordnung für Kurzzeitparkierer/innen (Änderung des Abrechnungstaktes) und damit verbunden Ersatz der Parkhauskassen

Produkt 1 Parkhäuser (Altstadt)**Leistungen**

Für die Parkhäuser Technikum Nord, AXA-Winterthur, Theater und Museum Nord ("Glaspalast"):

- Vermieten von Parkplätzen für Kurzzeitparkierer/innen
- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'173'524	1'113'716	1'243'156
Erlös	2'307'841	2'371'689	2'444'425
Nettokosten	-1'134'318	-1'257'974	-1'201'269
Kostendeckungsgrad in %	197	213	197

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Hohe Auslastung der Parkhäuser			
▪ Dauermieter in %	96	95	95
▪ Kurzzeitparkierer in %	39	40	40

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Dauermietplätze	247	257	257
Anzahl Kurzzeitparkplätze	373	365	365

Produkt 2 Parkgaragen**Leistungen**

Für die Parkgaragen Neumarkt, Flüeli, Berufsbildungsschule und Unteres Bühl:

- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	149'880	151'498	136'567
Erlös	239'267	243'393	240'685
Nettokosten	-89'387	-91'895	-104'118
Kostendeckungsgrad in %	160	161	176

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Hohe Auslastung der Parkgaragen			
▪ Dauermieter in %	93	95	95

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Dauermietplätze	126	118	118

Produkt 3 Parkplätze

Leistungen

Für die Parkplätze Kreuzstrasse, Adlerstrasse, Auenrainbrücke, Bleichestrasse, Sägeweg, Schlosstalbrücke, Friedhofstrasse, Nägelsee, Grüzefeldstrasse und NOK Töss:

- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen
- Vermieten von Parkplätzen für Kurzzeitparkierer/innen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	66'838	98'044	66'141
Erlös	163'610	158'052	165'213
Nettokosten	-96'772	-60'008	-99'071
Kostendeckungsgrad in %	245	161	250

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Hohe Auslastung der Parkplätze			
▪ Dauermieter in %	92	90	90

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Dauermietplätze	205	201	205
Anzahl Kurzzeitparkplätze	144	137	144

Produkt 4 Parkleitsystem

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt des Parkleitsystems

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	128'972	130'904	148'175
Erlös	257'411	224'708	261'637
Nettokosten	-128'439	-93'804	-113'462
Kostendeckungsgrad in %	200	172	177

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Hohe Betriebssicherheit des Parkleitsystems (maximale Ausfallzeit in %)	1.00	3.00	3.00

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013

Produkt 5 Dienstleistungen

Leistungen

- Technischer Unterhalt und Reinigung von Parkhäusern, die von Dritten betrieben werden

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	60'123	56'861	61'621
Erlös	55'264	50'800	51'170
Nettokosten	4'859	6'061	10'451
Kostendeckungsgrad in %	92	89	83

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kundenbewertung	gut	gut	gut

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Geleistete Arbeitsstunden	810	700	800

IAFP Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	2'963	2'988	3'103	3'103	3'103	3'103
Erlös	2'963	2'988	3'103	3'103	3'103	3'103
Nettokosten/Globalkredit	0	0	0	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	0	290'000	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Ertragsüberschuss	1'444'057	1'497'630	1'506'669	1'506'669	1'506'669	1'506'669
Auslastung der Parkhäuser, Parkgaragen und Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) in % *	95	95	95	95	95	95
2 Kundenorientierung						
1. Die öffentlich zugänglichen Parkhäuser werden von den Benutzerinnen und Benutzern als sicher und sauber beurteilt						
2. Die nicht öffentlich zugänglichen Parkgaragen werden von den Mieterinnen und Mietern als sicher und sauber beurteilt						
3. Die vermieteten Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) werden von den Mieterinnen und Mietern als sauber beurteilt						
4. Die technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen sind gut gewartet und weisen kleine Ausfallzeiten auf						
<i>Messung / Bewertung:</i>						
1. - 3. Befragung der Kundinnen und Kunden alle zwei Jahre						
4. Störungen an den technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen, die die Benützung beeinträchtigen						
<i>Messgrössen:</i>						
1. - 3. Grad der Zufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	N/A	75	75	75	75	75
4. Anzahl der Störungen und durchschnittliche Dauer bis zur Behebung	1 x pro Woche max. 1 Std.	1 x pro Woche max. 1 Std.	1 x pro Woche max. 1 Std.	1 x pro Woche max. 1 Std.	1 x pro Woche max. 1 Std.	1 x pro Woche max. 1 Std.

* Bezogen auf Parkflächen für Dauermieter

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Für die Jahre 2014 - 2016 sind zurzeit keine wesentlichen Massnahmen und Projekte geplant.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Feuerwehr

Auftrag

Kern- und Hilfeleistungsaufgaben

Die Feuerwehr ist zur Rettung von Menschen und Tieren sowie zur Schadenbekämpfung bei Bränden, Explosionen, Elementarereignissen und Erdbeben verpflichtet. Sie trifft bei unmittelbarer Bedrohung durch solche Gefahren die erforderlichen Abwehrmassnahmen. Die Feuerwehr leistet Hilfe bei atomaren, biologischen und chemischen Schadenereignissen (ABC-Schutz) und leistet Nachbarschaftshilfe ausserhalb ihres Einsatzgebietes. Weiter leistet sie Hilfe bei Unfällen im Strassen-, Schienen-, Schiffs- und Luftverkehr, bei Fahrzeugbränden, bei Unglücksfällen und in Notlagen, insbesondere zur Rettung von Menschen und Tieren sowie bei Wasserschäden im Gebäude, die nicht durch ein Elementarereignis verursacht wurden.

Weitere übertragene Aufgaben: Einsätze bei ABC-Terrorereignissen, Seuchen und Hilfeleistungen für Partnerorganisationen. Das Aufräumen des Schadenplatzes ist Sache der Feuerwehr, soweit dies für die völlige Löschung des Feuers, für die Beseitigung von weiteren Gefahren und für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist. Die Feuerwehr ist jederzeit in der Lage, den Ersteinsatz bei allen üblicherweise zu erwartenden Schadenereignissen zu leisten.

Dienstleistungen

Die Feuerwehr kann für Dienstleistungen eingesetzt werden, wenn die Erfüllung der Kern- und Hilfeleistungsaufgaben gewährleistet ist.

Stützpunktaufgaben

Neben der Erfüllung der Aufgaben als Ortsfeuerwehr leistet die Stützpunktfeuerwehr Hilfe bei regionalen, kantonalen und überkantonalen Sonder- oder Grossereignissen.

Produkte

Ereignisbewältigung

Schutz von Leben, Gesundheit, Umwelt und Eigentum. Minimierung von Schadenereignissen und Schäden.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

- 814.01 Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG) vom 7. Oktober 1983 (Stand am 1. August 2010).
- 814.20 Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG) vom 24. Januar 1991 (Stand am 1. Januar 2011).
- 814.318.142.1 Luftreinhalte-Verordnung (LRV) vom 16. Dezember 1985 (Stand am 15. Juli 2010).

Richtlinien und Vorschriften

- Weisungen zur Ausrüstung von Fahrzeugen mit Blaulicht und Wechselklanghorn (mit integriertem Merkblatt zu deren Verwendung). In Kraft seit 6. Juni 2005.

Stufe Kanton

- 132.2 Staatsbeitragsgesetz vom 1. April 1990. Fassung vom 22. März 2010. In Kraft seit 1. Juli 2010.
- 132.21 Staatsbeitragsverordnung (StBV) vom 19. Dezember 1990. Fassung vom 30. Juni 2010. In Kraft seit 1. August 2010.
- 172.5 Verordnung über die strategische Führung und den Einsatz der kantonalen Führungsorganisation (KFOV) vom 22. Dezember 2010. In Kraft seit 1. April 2011.
- 520 Bevölkerungsschutzgesetz (BSG) vom 4. Februar 2008. In Kraft seit 1. Juli 2008.
- 528.1 Kantonale Verordnung über den ABC-Schutz (ABCV) vom 28. Februar 2007. In Kraft seit 1. April 2007.
- 700.5 Normalien über die Anforderungen an Zugänge (Zugangsnormalien) vom 9. Dezember 1987 (vom Regierungsrat erlassen).
- 711.1 Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz (EG GSchG) vom 8. Dezember 1974. Fassung vom 22. März 2010. In Kraft seit 1. Juli 2010.
- 711.11 Verordnung über den Gewässerschutz vom 22. Januar 1975. Fassung vom 12. Dezember 2007. In Kraft seit 1. April 2008.
- 724.11 Wasserwirtschaftsgesetz (WWG) vom 2. Juni 1991. Fassung vom 13.9.2010. In Kraft seit 1. Januar 2011.
- 861.1 Kantonales Gesetz über die Feuerpolizei und das Feuerwehrwesen vom 24. September 1978. Fassung vom 13. September 2010. In Kraft seit 1. Juli 2011.
- 861.12 Verordnung über den vorbeugenden Brandschutz (VVB) vom 8. Dezember 2004. In Kraft seit 1. Januar 2005.
- 861.2 Kantonale Verordnung über die Feuerwehr vom 22. April 2009. In Kraft seit 1. Juni 2009.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

- 861.21 Kantonale Verordnung über die Subventionen der Gebäudeversicherungsanstalt an den Brandschutz vom 18. September 1991. Fassung gemäss RRB vom 22. April 2009. In Kraft seit 1. Juni 2009.
- 861.211 Vollzugsvorschriften für das Feuerwehrwesen vom 14. September 2010. In Kraft seit 1.1.2011.
- 861.31 Tarifordnung für die Aufwendungen der ABC-Wehr vom 8. Mai 2009. In Kraft seit 1. Juni 2009.
- 861.32 Tarifordnung für die Aufwendungen von Feuerwehreinsätzen bei Verkehrsunfällen und Fahrzeugbränden vom 8. Mai 2009. In Kraft seit 1. Juni 2009.
- 862.1 Gesetz über die Gebäudeversicherung (GebVG) vom 2. März 1975. Fassung gemäss Gesetz vom 22. März 2010. In Kraft seit 1. Juli 2010.
- 862.11 Vollzugsbestimmungen für die Gebäudeversicherung vom 1. Oktober 1999. In Kraft seit 1. Januar 2004.
- 862.111 Geschäftsreglement für die Gebäudeversicherung vom 10. Dezember 1999. Fassung vom 30. April 2009. In Kraft seit 31. Mai 2009.

Richtlinien und Vorschriften

- Weisung betreffend das Autodrehleiter- und Hubretter-Konzept vom 20. Dezember 2010. In Kraft seit 1. September 2010.
- Feuerwehrkonzept 2010 der GVZ/Kantonale Feuerwehr. Fassung vom 6. März 2006.
- Feuerwehrkonzept 2015. Beschluss der Regierungskonferenz der Feuerwehr Koordination Schweiz FKS vom 5. Juni 2009.
- Weisung bezüglich Einsätze bei Funden von Pulver mit Verdacht auf B-Agentien vom 6. September 2007. In Kraft seit 10. September 2007.
- Vorschrift über die Bekleidung und persönliche Ausrüstung der Feuerwehren vom 1. Januar 2009. Fassung vom März 2010.
- Weisung betreffend Feuerwehraufgebot bei Auslösung einer Brand-, Gasmelde- oder Sprinkleranlage (Gefahrenmeldeanlagen) der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) vom April 2006. In Kraft seit 6. April 2006.
- Weisung der GVZ für die Rechnungsstellung bei Feuerwehreinsätzen vom 5. Juli 2011.
- Richtlinien SFV für die ärztliche Untersuchung von Feuerwehrleuten SFV (Ausgabe 2007)
- Weisung First Responder der Feuerwehr (FRF) im Kanton Zürich vom März 2011. In Kraft seit 1. Januar 2009.
- Weisung zur Medienarbeit der Feuerwehr im Einsatz vom 7. Juli 2009.
- Reglement bezüglich Alarmierung von Angehörigen der Feuerwehr (AdF) vom 31. Oktober 2006. In Kraft seit 1. November 2006.
- Weisung betreffend das Strassenrettungs-Stützpunkt-Konzept vom April 2009. In Kraft seit 1. Juni 2009.
- Weisung betreffend Gebrauch von Stützpunktfahrzeugen der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) vom 14. August 2006.
- Weisung betreffend Tierrettungen der Feuerwehren vom 1. Februar 2011.
- Weisung betreffend Zugänge für die Feuerwehr vom 27. Mai 2010. In Kraft seit 1. Juni 2010.

Leistungsvereinbarung

- GVZ/Kantonale Feuerwehr mit der Feuerwehr Winterthur als Stützpunktfeuerwehr und zum Führen eines Materialkompetenzzentrums vom 1. Januar 2010.

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Städtisches Dienstreglement für die Berufsfeuerwehr vom 7. September 1988.
- Nachtrag zum Dienstreglement für die Berufsfeuerwehr vom 8. April 1998.
- Städtisches Dienstreglement für die Freiwillige Feuerwehr vom 6. Dezember 2000.
- Stadtratsbeschluss betreffend Gebühren vom 10.03.1999 (SRB-Nr. 99-0364).
- Stadtratsbeschluss betreffend Sold und Entschädigungen der Freiwilligen Feuerwehr vom 11. Dezember 2002 (SRB-Nr. 2002-2141 und SRB-Nr. 2004-1329).

Leistungsvereinbarungen

- Stadt Winterthur und den Schweizerischen Bundesbahnen SBB betreffend Bezug von Leistungen bei der Berufs- und Stützpunktfeuerwehr Winterthur im Hinblick auf Ereignisse auf dem Schienennetz des SBB Betriebswehrstützpunktes Winterthur vom Mai 2007 (SRB-Nr. 2007-1193).
- Vereinbarung betreffend die rettungsdienstliche Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Basel-Stadt und den Städten Zürich und Bern (SR.10.1132-1).
- Stadt Winterthur und Bienenzüchterverein Winterthur (SRB-Nr. 2002-0436). In Kraft seit 1. April 2002.

Stufe Verwaltungseinheit

- Leistungsvereinbarung DSU mit Fw 2010 - 2014
- IAFP 2014 bis 2016
- Legislaturziele Fw 2010 bis 2014
- Jahresziele Feuerwehr 2013

Verantwortliche Leitung

Jürg Bühlmann, Kommandant und Bereichsleiter Feuerwehr

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit			
1.1 Kostendeckungsgrad in % *	21	21	21
1.2 Nettokosten pro Einwohner/in in CHF *	66.75	66.72	70.62
2 Kennzahlen und Leistungsstandards			
2.1 Anzahl Einsätze pro 1000 Einwohner/innen	8.33	8.66	8.43
2.2 Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Einwohner/innen	1.54	1.54	1.50
2.3 Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 / durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.29	0.27	0.25
2.4 Leistungsnorm für die Ausrückung nach Alarmeingang im Feuerwehrgebäude Messung/Messgrösse:			
▪ Ausfahrt des ersten Fahrzeugs ab Alarmstufe "Kleinalarm" bei einer Einsatzfahrt mit besonderer Warnvorrichtung jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute (minimaler Vorgabewert 95%)	91%	95%	95%
2.5 Einhaltung der Leistungsnorm bezüglich Fahrzeit bis zum Einsatzort, Anzahl Personen und Fahrzeuge im Einsatz und Auftrag vor Ort Messung / Messgrösse:			
2 - 4 Fahrzeuge mit 9-10 Feuerwehrleuten für zwei unabhängige Interventionen (Rettung und Brandbekämpfung) nach Alarmierung:			
▪ in dicht besiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	22%	95%	95%
▪ in dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	28%	95%	95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze (Nationalstrassen, Bahnanlagen, regionale Strassenrettung oder Drehleitereinsatz, etc.) im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	65%	95%	95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze Oel- und ABC-Wehr im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	73%	95%	95%

Berechnungsgrundlagen:

Personalbestand 24h-Schicht 10 AdBF, Personalbestand Gesamtfeuerwehr 160 AdF, 900 Einsätze der Fw, Bevölkerung siehe Anhang Kennzahlen.

* automatische Berechnung

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	6'948'840	7'039'514	7'542'257

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013*Total Nettokosten / Globalkredit*

- Der für die Aufgabenerfüllung notwendige Nettoglobalkredit steigt gegenüber dem VA 2012 um insgesamt rund CHF 500'000. Erhöhung des Aufwandes um CHF 560'000 bei gleichzeitiger Ertragssteigerung um CHF 60'000.

Personalkosten

- Mehraufwand von insgesamt rund CHF 370'000 bedingt durch drei zusätzliche Berufsfeuerwehrstellen im Schichtdienst und Mehrkosten von CHF 30'000 für die Berufsausbildung.

Sachkosten

- Mehraufwand von insgesamt rund CHF 150'000: 2. Tranche Digitalfunknachrüstung (CHF 65'000), baulicher Unterhalt (CHF 35'000), Werbung für die Freiwillige Feuerwehr (CHF 25'000) und Unterhalt Fahrzeuge (CHF 25'000).

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

- Erhöhung der Kapitalzins- und Abschreibungsbeträge von insgesamt rund CHF 30'000 (Gebäudesanierung, Fahrzeug-Neubeschaffungen).

externe Erlöse

- Mehreinnahmen von insgesamt rund CHF 70'000 aus Einsätzen und Dienstleistungen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011*Total Nettokosten / Globalkredit*

- Der für die Aufgabenerfüllung notwendige Nettoglobalkredit steigt gegenüber der Rechnung 2011 um insgesamt rund CHF 590'000. Erhöhung des Aufwandes um CHF 690'000 bei gleichzeitiger Ertragssteigerung um CHF 100'000.

Personalkosten

- Mehraufwand von insgesamt rund CHF 660'000 bedingt durch zwei zusätzliche Rekrutenstellen (Pensionierungen), Stelle Brandschutz- und Einsatzplanung und drei zusätzlichen Berufsfeuerwehrstellen im Schichtdienst.

Sachkosten

- Mehraufwand von insgesamt rund CHF 10'000 wegen höherem Aufwand für die Infrastrukturerhaltung.

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

- Erhöhung der Kapitalzins- und Abschreibungskosten von insgesamt rund CHF 50'000 (Gebäudesanierung, Fahrzeug-Neubeschaffungen).

übrige interne Kosten

- Minderkosten von insgesamt rund CHF 25'000.

externe Erlöse

- Mehreinnahmen von insgesamt rund CHF 165'000 aus Einsätzen und Dienstleistungen.

interne Erlöse

- Mindereinnahmen von insgesamt rund CHF 50'000.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	6'817'594	7'107'546	7'478'248
Sachkosten	1'032'843	893'285	1'041'125
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	655'253	676'139	706'019
Mietkosten	1'650	0	0
Übrige interne Kosten	302'384	261'370	277'706
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'809'724</i>	<i>8'938'341</i>	<i>9'503'099</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	8'809'724	8'938'341	9'503'099
Externe Erlöse	732'068	828'000	898'000
Interne Erlöse	51'662	8'128	142
Beiträge von Dritten	1'077'155	1'062'700	1'062'700
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'860'884</i>	<i>1'898'828</i>	<i>1'960'842</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'860'884	1'898'828	1'960'842
Total Nettokosten / Globalkredit	6'948'840	7'039'514	7'542'257
Kostendeckungsgrad in %	21	21	21

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	39.44	47.00	50.00
▪ Auszubildende	9.56	4.00	4.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Drei zusätzliche Stellen für Berufsfeuerwehrmitarbeitende im Schichtdienst (eine Stelle pro Abteilung). Mit dem heutigen Gesamtbestand von 13 Mitarbeitenden pro Schichtdienstabteilung können die gesetzlichen Mindestvorgaben bezüglich Ausrückungsbestand und damit auch die parlamentarischen Zielvorgaben (mindestens 9 bis 10 ausrückende Berufsfeuerwehrleute) nicht erfüllt werden. Dazu wären pro Schichtdienstabteilung rechnerisch 14.51 (gerundet 15) Mitarbeitende notwendig, was eine Erhöhung um insgesamt sechs Stellen bedeuten würde.

Auszubildende: 2 Ausbildungsplätze Berufsfeuerwehr (Ersatz für zwei anstehende Pensionierungen), 1 Lehrstelle Fachmann / Fachfrau Betriebsunterhalt, 1 KV-Rotationsausbildungsplatz.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

Schwerpunktziele

- Projekt Entwicklung Feuerwehr 2014 bis 2020 (Entwicklungen in modernen Rettungsorganisationen):
 - Teilprojekt Überarbeitung Dienstreglement Berufsfeuerwehr
 - Teilprojekt Überarbeitung Dienstreglement Freiwillige Feuerwehr
 - Teilprojekt Lohnportfolio / Gehaltsrevision Berufsfeuerwehr
 - Teilprojekt Besoldungsrevision (Sold und Entschädigungen Freiwillige Feuerwehr)
 - Teilprojekt 58+ / Weiterbeschäftigung von Berufsfeuerwehrmitarbeitenden nach dem zurückgelegten 58. Altersjahr
- Schaffung von drei zusätzlichen Stellen bei der Berufsfeuerwehr.
- Projekt "Feuerwehrtalente gesucht": Neue Impulse für die Rekrutierung von Freiwilligen Feuerwehrleuten.

Weitere Ziele

- Nachrüstung Funksystem Polycom; Funkgerätebeschaffung für Einsatzfahrzeuge und Kader.
- Pilotprojekt "e-Learning": Zeitgemässe Detailausbildung und dadurch Reduktion der Übungsstunden FFW durch "Heimstudium".
- Infrastruktur Gebäude und Umgebung: Das Betriebsgebäude und –areal inkl. Parkplätze muss im heutigen Zustand für die Feuerwehr für den Einsatz und den Übungsbetrieb erhalten bleiben. Die Verkehrsträger und Signalisationen rund um das Feuerwehrgebäude sollen so ausgestaltet werden, dass diese der Feuerwehr dienlich sind und die Ausrückfähigkeit nicht beeinträchtigen.
- Gebührenverordnung: Überarbeitung der Verordnungsgrundlagen für die Verrechnung von Einsätzen und Dienstleistungen der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehr.
- Einsatzunterstützung Front: Durch den Einsatz von modernen Informatikmitteln soll eine effiziente Übermittlung von Einsatzinformationen zum EL-Front sichergestellt werden.
- Entwicklung eines Materialcontainers im Zusammenhang mit dem Projekt "Logistik in der Feuerwehr" (Trägerfahrzeug bereits vorhanden).
- Vorprojekt Beschaffung eines weiteren Tanklöschfahrzeuges zur Verstärkung der Freiwilligen Feuerwehr.
- Projekt "Kader der Zukunft": Realisation einer höheren Fachausbildung für Feuerwehrkader mit BBT-Abschluss. Projekt der schweizerischen Profirettungsorganisationen.

Investitionen

- Ersatzbeschaffung Materialtransportfahrzeug E68 Mercedes-Benz 310, Jahrgang 1991.

Produkt 1 Ereignisbewältigung

Leistungen

- Schutz von Leben, Umwelt, Gesundheit und Eigentum.
- Minimierung von Schadenereignissen und Schäden.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	8'809'724	8'938'341	9'503'099
Erlös	1'859'125	1'898'828	1'960'842
Nettokosten	6'950'599	7'039'514	7'542'257
Kostendeckungsgrad in %	21	21	21

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Einsätze pro 1000 Einwohner/innen	8.33	8.66	8.43
Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Einwohner/innen	1.54	1.54	1.50
Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 / durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.29	0.27	0.25
Messgrösse: Ausfahrt des ersten Fahrzeugs ab Alarmstufe "Kleinalarm" bei einer Einsatzfahrt mit besonderer Warnvorrichtung jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute (minimaler Vorgabewert 95%)	91%	95%	95%
Messgrössen: 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten für zwei unabhängige Interventionen (Rettung und Brandbekämpfung) nach Alarmierung:			
▪ in dicht besiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	22%	95%	95%
▪ in dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	28%	95%	95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze (Nationalstrassen, Bahnanlagen, regionale Strassenrettung oder Drehleitereinsatz, etc.) im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	65%	95%	95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze Oel- und ABC-Wehr im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	73%	95%	95%

Berechnungsgrundlagen:

Personalbestand 24h-Schicht 10 AdBF, Personalbestand Gesamtfirewehr 160 AdF, 900 Einsätze der Fw, Bevölkerung siehe Anhang Kennzahlen.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Brände	180	230	210
▪ Alarmer automatischer Brandmelde- und Löschanlagen	142	180	180
▪ Öl- und Chemiewehr	68	100	90
▪ Technische Einsätze	444	390	420
Einsätze im Total	834	900	900
davon Einsätze zusammen mit der Freiwilligen-Feuerwehr	199	180	180

IAFP Feuerwehr

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	8'809	8'938	9'503	9'899	10'259	10'469
Erlös	1'860	1'898	1'960	1'941	1'941	1'941
Nettokosten/Globalkredit	6'949	7'040	7'542	7'958	8'318	8'528
Kostendeckungsgrad in %	21	21	21	20	19	19

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	310'000	110'000	110'000	340'000	230'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit						
1.1 Kostendeckungsgrad in % *	21	21	21	20	19	19
1.2 Nettokosten pro Einwohner/in in CHF *	66.75	66.72	70.62	73.75	76.38	77.59
2 Kennzahlen und Leistungsstandards						
2.1 Anzahl Einsätze pro 1000 Einwohner/innen	8.33	8.66	8.43	8.34	8.26	8.55
2.2 Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Einwohner/innen	1.54	1.54	1.50	1.48	1.47	1.36
2.3 Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 / durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.29	0.27	0.25	0.25	0.25	0.23
2.4 Leistungsnorm für die Ausrückung nach Alarmeingang im Feuerwehrgebäude <i>Messung/Messgrösse:</i>						
Ausfahrt des ersten Fahrzeugs ab Alarmstufe "Kleinalarm" bei einer Einsatzfahrt mit besonderer Warnvorrichtung jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute (minimaler Vorgabewert 95%)	91%	95%	95%	95%	95%	95%
2.5 Einhaltung der Leistungsnorm bezüglich Fahrzeit bis zum Einsatzort, Anzahl Personen und Fahrzeuge im Einsatz und Auftrag vor Ort <i>Messung / Messgrösse:</i>						
2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten für zwei unabhängige Interventionen (Rettung und Brandbekämpfung) nach Alarmierung:						
in dicht besiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	22%	95%	95%	95%	95%	95%
in dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	28%	95%	95%	95%	95%	95%
2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze (Nationalstrassen, Bahnanlagen, regionale Strassenrettung oder Drehleitereinsatz, etc.) im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	65%	95%	95%	95%	95%	95%
2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze Oel- und ABC-Wehr im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	73%	95%	95%	95%	95%	95%

Berechnungsgrundlagen:

- Personalbestand 24h-Schicht: 10 AdBF (2016: 11)

- Personalbestand Gesamtfeuerwehr: 160

- Einsätze: 900 pro Jahr (2016: 940)

- Bevölkerung siehe Anhang Kennzahlen

* automatische Berechnung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Projekt Entwicklung Feuerwehr 2014 bis 2020 / Aufbau- und Ablauforganisation, Bestände, Einsatzplanung, Dienstbetrieb, Evaluation von Entwicklungen in modernen Rettungsorganisationen
 - Teilprojekt Überarbeitung Dienstreglement Berufsfeuerwehr
 - Teilprojekt Überarbeitung Dienstreglement Freiwillige Feuerwehr
 - Teilprojekt Lohnportfolio / Gehaltsrevision Berufsfeuerwehr
 - Teilprojekt Besoldungsrevision (Sold und Entschädigungen Freiwillige Feuerwehr)
 - Teilprojekt 58+ / Weiterbeschäftigung von Berufsfeuerwehrmitarbeitenden nach dem zurückgelegten 58. Altersjahr
- Projekt "Kader der Zukunft": Realisation einer höheren Fachausbildung für Feuerwehrkader mit BBT-Abschluss. Projekt der schweizerischen Profirettungsorganisationen.
- Überführung der Freiwilligen Feuerwehr in das Konzept Feuerwehr 2015 der Feuerwehrkoordination Schweiz (FKS).

Investitionen

- Fahrzeuersatzbeschaffungen: Mannschaftstransportfahrzeug (2014), Tanklöschfahrzeug (2015), zwei Kommando- und Mannschaftstranportfahrzeuge (2016).
- Fahrzeugneubeschaffungen (in der Investitionsplanung noch nicht aufgenommen): Logistikcontainer (2014), Tanklöschfahrzeug (2015).
- Infrastruktur: Ersatzbeschaffungen Schlauchwaschanlage (2014) und Atemschutz-Druckluftkompressor (2015).

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Entwicklungsschritte der Feuerwehr Winterthur 2014 bis 2020

Mit dem Ziel, den wachsenden Ansprüchen des Kantons und der Stadtbevölkerung nach integraler Sicherheit gerecht zu werden, die Einsatz- und Dienstleistungsqualität der Berufs- und Stützpunktfeuerwehr zu erhalten und nach Möglichkeit noch zu verbessern, hat das Kommando der Berufs- und Stützpunktfeuerwehr mit der Ausarbeitung des Entwicklungskonzeptes 2014 bis 2020 begonnen. Das Sicherheitsumfeld in Städten verändert sich laufend. Wachstum, verdichtetes Bauen, gestiegene Mobilität, verändertes Freizeit-, Konsum- und Ausgehverhalten, längere Öffnungszeiten der Konsum- und Unterhaltungstempel, demographischer Wandel, technologische Innovationen oder soziale Entmischung sind allesamt Trends, welche die Blaulichtorganisationen (Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehr) stark fordern. Die Feuerwehr muss sich somit kontinuierlich weiter entwickeln, um neuen Herausforderungen stets rechtzeitig und angemessen zu begegnen.

Freiwillige Feuerwehr

Mit dem Wandel von der traditionellen Feuerwehr zu einer multifunktionalen Rettungs- und Dienstleistungsorganisation wird nicht nur laufend die Aufgabenvielfalt grösser, gleichzeitig steigen auch die Anforderungen an jeden einzelnen AdFFw stetig. Durch die Erweiterung des Einsatzspektrums sind die Feuerwehrleute nicht nur in fachlicher Hinsicht stark gefordert, sondern auch vermehrt in persönlichen, zwischenmenschlichen und kommunikativen Belangen.

Tagesverfügbarkeit

Bei den Arbeitgebern sinkt die Bereitschaft, Personal für die Ausbildung und den Einsatz in der Feuerwehr zur Verfügung zu stellen. Wohn- und Arbeitsort sind je länger je mehr nicht mehr identisch. Dies führt dazu, dass auswärts Erwerbstätige der Feuerwehr am Wohnort tagsüber nicht zur Verfügung stehen (verminderte Tagesverfügbarkeit). Der Verbleib in einer Feuerwehrorganisation ist durchwegs kürzer, als dies früher der Fall war (höhere Fluktuationsrate).

Rekrutierung

Die Rekrutierung wird zunehmend schwieriger. Vor allem wird es schwieriger, Kaderfunktionen mit geeigneten Leuten zu besetzen.

Zeitgerechtes Einrücken

Verkehrsüberlastung und Verkehrsberuhigungsmassnahmen beeinflussen das zeitgerechte Einrücken der Freiwilligen Feuerwehr immer stärker.

Somit sind für den Feuerwehrdienst auch für die Zukunft gute Rahmenbedingungen zu erhalten oder zu verbessern, um sowohl den notwendigen Nachwuchs zu sichern, als auch genügend Einsatzkräfte in der Organisation zu behalten.

Zivilschutz

Auftrag

Der Zivilschutz Winterthur schützt in Zusammenarbeit mit den Partnern des Bevölkerungsschutzes die Menschen bei Katastrophen und Notlagen sowie bei bewaffneten Konflikten. Dabei trägt er wesentlich zur Begrenzung und Bewältigung von Schadenereignissen bei.

Produkte

Zivilschutzorganisation

Gewährleisten eines wirkungsvollen Bevölkerungsschutzes durch Werterhaltung der Zivilschutzinfrastruktur; durch Sicherstellung der Alarmierung mittels stationären und mobilen Sirenen; durch einen hohen Ausbildungsstand der Zivilschutzformationen; Schutz der beweglichen und unbeweglichen Kulturgüter; Fördern der Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen; Steuerung des Schutzraumbaus.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG) vom 4. Oktober 2002

Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung (Landesversorgungsgesetz) vom 8. Oktober 1982 (Stand am 5. Juni 2001 bzw. 13. Juni 2006)

Verordnung über die Warnung, Alarmierung und Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung (Alarmierungsverordnung AV) vom 5. Dezember 2003

Verordnung über den Zivilschutz (Zivilschutzverordnung) vom 5. Dezember 2003

Verordnung über Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft (VEZG) vom 5. Dezember 2003 bzw. 6. Juni 2008

Verordnung über die ärztliche Beurteilung der Schutzdienstpflichtigen (VABS) vom 5. Dezember 2003

Verordnung über die Funktionen, die Grade und den Sold im Zivilschutz (FGSV) vom 9. Dezember 2003

Verordnung über die Organisation der wirtschaftlichen Landesversorgung (Organisationsverordnung Landesversorgung) vom 6. Juli 1983 (Stand am 22. Juli 2003)

Verordnung über die strategische Führung und den Einsatz der kantonalen Führungsorganisation (KFOV) vom 22. Dezember 2010

Weisungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz über die Durchführung von Sirenentests vom 1. März 2004

Weisungen des Bundesamtes für Sozialversicherung betreffend die Bescheinigung der Dienstage gemäss

Erwerbsersatzordnung (gültig ab 1. Juli 2005 bzw. 1. Januar 2010)

Weisung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz über die vorzeitige Entlassung aus der Schutzdienstpflicht vom 1.04.2004

Technische Weisungen für die Schutzanlagen der Organisation und des Sanitätsdienstes TWO, 1977

Technische Weisungen für spezielle Schutzräume TWS, 1982

Technische Weisung für den Pflichtschutzraumbau TWP, 1984

Reglemente des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS)

Gesundheitsgesetz vom 1. Juli 2008 (ersetzt Gesundheitsgesetz vom 4. November 1962)

Regierungsrätlische Vorgaben zur Umsetzung des Zivilschutzes im Kanton Zürich, RRB vom 2. April 2003

Zivilschutzgesetz (ZSG) vom 19. März 2007, Inkrafttreten: 1. August 2007

Kantonale Zivilschutzverordnung (KZV) vom 17. September 2008, Inkrafttreten: 1. November 2008

Weisung über den Vollzug der Verordnung über Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft im Kanton Zürich vom 1. März 2004 bzw. 18. Februar 2010

Weisungen für Aufbau und Vollzug im Zivilschutz (WAV-ZS) vom 14.06.2000

Leistungsvereinbarung mit dem Amt für Militär und Zivilschutz über das Stützpunkt-Rettungsdetachment vom Februar 2002

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gebührenordnung für den baulichen Zivilschutz vom 23. Juni 2004

Stufe Verwaltungseinheit

Gliederung und Sollbestände der Zivilschutzorganisation Winterthur

Anlage und Standorte der Zivilschutzorganisation Winterthur

Zivilschutz Katastrophen- und Nothilfeplanung

Ernstfalldokumentation für bewaffnete Konflikte (EFD)

Mehrjahresplanungen für die Zivilschutzorganisation Winterthur

Leitidee

Strategische Erfolgspositionen (SEP)

Legislatur- und Jahreszielplanungen

Entschädigungsreglement vom 1.1.1997 (Regelung über Entschädigungen an Lehrpersonal, Kaderfunktionäre und Spezialisten des Zivilschutzamtes Winterthur sowie an nebenamtliches Instruktionspersonal)

Verantwortliche Leitung

Thomas Engesser, Amtsvorsteher / Kommandant Zivilschutz

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Auftragserfüllung nach dem Grundsatz möglichst ausgewogenes Kosten-/Nutzenverhältnis <i>Messung / Bewertung:</i> Massgebende Anzahl Einwohner/innen Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/In in CHF * Kostendeckungsgrad insgesamt in % *	117'081 28.75 30	116'853 27.55 29	119'781 28.27 27
2 Kundenorientierung 1) Die Anliegen der Zivilschutzpflichtigen werden kundenorientiert, gerecht und speditiv behandelt. 2) Die Infrastruktur des Zivilschutzes wird Dritten nach Möglichkeit in geeigneter Form zur Verfügung gestellt <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Jährliche Erhebung bei 50 Zivilschutzpflichtigen mit Fragebogen 2) Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden aus Kundenbefragung im zweijährigen Turnus in den ungeraden Kalenderjahren <i>Messgrössen:</i> 1) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden antwortenden Kundinnen und Kunden	95.00 100.00	>90 ---	>90 >90
3 Einsatzbereitschaft Die Einsatzbereitschaft ist während des ganzen Jahres gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Aufgebot der Einsatzformationen des Stützpunkt-Rettungsdetachementes mittels Alarmauslösung überprüfen 2) Ueberprüfung der Funktionstüchtigkeit der privaten Schutzräume 3) Ueberprüfung des Zustandes der Alarmierungsmittel 4) Einsatzdokumentationen Kulturgüterschutz für die Katastrophen- und Nothilfe <i>Messgrössen:</i> 1) Eingerückter Formationsbestand innerhalb von zwei Stunden in % 2) Kontrollierte Schutzräume ohne Mängel in % 3) Jährliche Funktionskontrolle durch Auslösen des Sirenenalarms: Anzahl funktionstüchtige Sirenen in % 4) Anzahl Einsatzdokumentationen für Kulturgüter-Institutionen der Stadt Winterthur	57 95 98.00 8	50 95 >98 8	50 95 >98 8

Das Gebiet der Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung umfasst die Gemeinden Winterthur, Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon. Die Einwohnerzahlen sind in den Leistungsmengen detailliert aufgeführt.

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	3'367'184	3'219'746	3'386'834

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Der Nettoglobalkredit im Voranschlag 2013 liegt gegenüber dem Voranschlag 2012 höher. Auf der Kostenseite wirken sich die höheren Sachkosten aufgrund der Umsetzung der kantonalen gesetzlichen Bestimmungen zur Beschaffung von Einsatzmaterial sowie der persönlichen Ausrüstung aus. Die Kostentragung erfolgt vollumfänglich durch die Gemeinden (ZSG Art. 20, Abs. 2, Ziff c.). Obwohl wegen des Neu- und Umbaus des Busdepots Grüzefeld dauernde Ertragsausfälle aus dem Wegfall bewirtschafteter Parkfelder resultieren, kann der externe Erlös voraussichtlich geringfügig erhöht werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Der Voranschlag 2013 weist einen leicht höheren Nettoglobalkredit aus als die Rechnung 2011. Die tieferen kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen können die nur wenig unter dem Niveau der Rechnung 2011 liegenden Sachkosten (bedingt durch die Materialbeschaffung sowie die Vorbereitung der Sicherheitsverbundübung 2014) nicht kompensieren. Ertragseinbussen resultieren aus dem dauernden Wegfall von bewirtschafteten Parkfeldern sowie aus der voraussichtlichen geringeren Bautätigkeit.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	2'863'053	2'906'782	2'848'410
Sachkosten	1'109'695	875'847	1'057'582
Beiträge an Dritte	101'203	110'000	110'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	426'175	350'581	345'452
Mietkosten	220'289	220'900	221'500
Übrige interne Kosten	76'016	66'292	67'544
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'796'431</i>	<i>4'530'401</i>	<i>4'650'488</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'796'431	4'530'401	4'650'488
Externe Erlöse	1'159'590	1'088'500	1'094'500
Interne Erlöse	99'710	90'555	87'554
Beiträge von Dritten	169'947	131'600	81'600
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'429'247</i>	<i>1'310'655</i>	<i>1'263'654</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'429'247	1'310'655	1'263'654
Total Nettokosten / Globalkredit	3'367'184	3'219'746	3'386'834
Kostendeckungsgrad in %	30	29	27

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	17.94	19.31	19.31
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderung gegenüber dem VA 2012.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

Beschaffung sowie Schulung und Einführung des neuen Materials und der persönlichen Ausrüstung gemäss Vorgaben des AMZ.

Durchführung des Sicherheitstages am 21. September 2013.

Erstellen einer Videodokumentation über den Kulturgüterschutz in Winterthur.

Abschluss der Vorbereitungs- und Planungsarbeiten bezüglich Um-/Neubau Busdepot Grüzefeld für das Zivilschutzamt und die ZSO.

Vorbereitung des Stadtführungsstabes auf die Übung SVU 2014.

Revision des bestehenden Regelwerks über die Führung bei Grossereignissen und Notlagen (Koordination Bevölkerungsschutz).

Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Zivilschutz 2015+ des Bundes.

Vermehrte Überprüfung der Qualität der ELZ 2011.

Produkt 1 Zivilschutzorganisation

Leistungen

- Bereitstellung der Schutzinfrastruktur / Alarmierung der Bevölkerung
- Schutz und Betreuung von Schutzsuchenden und von obdachlosen Personen
- Schutz von Kulturgütern (Kulturgüterschutz KGS)
- Unterstützung der Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes insbesondere bei Katastrophen und Notlagen
- Führungsunterstützung und Logistik
- Instandstellungsarbeiten
- Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	4'796'163	4'530'401	4'650'488
Erlös	1'349'251	1'310'655	1'263'654
Nettokosten	3'446'912	3'219'746	3'386'834
Kostendeckungsgrad in %	28	29	27

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Keine schwerwiegenden Unfälle bei Zivilschutzübungen	1	0	0
Alle Kaderfunktionen der Organisation besetzt in %	87	87	87
Alle Zivilschutzpflichtigen sind für die Ernstfalleinsätze vollständig ausgerüstet in %	98	98	98
Betriebsbereitschaft der Anlagen zu 100 % gewährleistet.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Jährlicher Sirentest	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Schutzdienstpflichtige			
▪ Offiziere	47	65	60
▪ Unteroffiziere	129	165	160
▪ Zivilschutzsoldaten	707	670	680
Gesamte Anzahl Dienstage	4'744	4'100	4'100
▪ zu Gunsten WK / Werterhaltung	2'797	1'900	1'900
▪ zu Gunsten humanitärer Organisationen	210	300	300
▪ zu Gunsten der Gemeinschaft	1'737	1'900	1'900
Anzahl Uebernachtungen in Zivilschutzanlagen	672	850	700
Anzahl Schutzplätze für die Bevölkerung	113'255	112'000	112'000
Anzahl kontrollierte private Schutzplätze	17'783	15'000	15'000
Anzahl neu erstellte Schutzplätze	1'394	500	600

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Sirenen			
▪ stationär	40	40	40
▪ mobil	6	6	6
Anzahl Stabsübungen	2	2	2
Anzahl Stabsrahmenübungen	1	1	1
Bevölkerungszahl total: Grundlage für Parlamentarische Zielvorgaben	117'081	116'853	119'781
Bevölkerungszahl Winterthur (gemäss Finanzamt)	104'098	103'950	106'798
Bevölkerungszahl Bertschikon (gemäss statistischem Amt des Kantons Zürich)	1'048	1'048	1'048
Bevölkerungszahl Seuzach (gemäss statistischem Amt des Kantons Zürich)	7'062	7'050	7'062
Bevölkerungszahl Wiesendangen (gemäss statistischem Amt des Kantons Zürich)	4'873	4'805	4'873

IAFP Zivilschutz

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	4'796	4'530	4'650	4'980	5'015	4'965
Erlös	1'429	1'310	1'263	1'274	1'274	1'304
Nettokosten/Globalkredit	3'367	3'220	3'387	3'707	3'742	3'662
Kostendeckungsgrad in %	30	29	27	26	25	26

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	275'000	525'000	250'000	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Auftragserfüllung nach dem Grundsatz möglichst ausgewogenes Kosten-/Nutzenverhältnis <i>Messung / Bewertung:</i> Massgebende Anzahl Einwohner/innen	117'081	116'853	119'781	120'881	121'881	122'881
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/In in CHF *	28.75	27.55	28.27	30.66	30.70	29.80
Kostendeckungsgrad insgesamt in % *	30	29	27	26	25	26
2 Kundenorientierung 1) Die Anliegen der Zivilschutzpflichtigen werden kundenorientiert, gerecht und speditiv behandelt. 2) Die Infrastruktur des Zivilschutzes wird Dritten nach Möglichkeit in geeigneter Form zur Verfügung gestellt <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Jährliche Erhebung bei 50 Zivilschutzpflichtigen mit Fragebogen 2) Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden aus Kundenbefragung im zweijährigen Turnus in den ungeraden Kalenderjahren <i>Messgrössen:</i> 1) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden antwortenden Kundinnen und Kunden	95.0 100.0	>90 ---	>90 >90	>90 ---	>90 >90	>90 ---

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
3 Einsatzbereitschaft Die Einsatzbereitschaft ist während des ganzen Jahres gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Aufgebot der Einsatzformationen des Stützpunkt-Rettungsdetachementes mittels Alarmauslösung überprüfen 2) Überprüfung der Funktionstüchtigkeit der privaten Schutzräume 3) Überprüfung des Zustandes der Alarmierungsmittel 4) Einsatzdokumentationen Kulturgüterschutz für die Katastrophen- und Nothilfe <i>Messgrössen:</i> 1) Eingerückter Formationsbestand innerhalb von zwei Stunden in % 2) Kontrollierte Schutzräume ohne Mängel in % 3) Jährliche Funktionskontrolle durch Auslösen des Sirenenalarms: Anzahl funktionstüchtige Sirenen in % 4) Anzahl Einsatzdokumentationen für Kulturgüter-Institutionen der Stadt Winterthur						
	57	50	50	50	50	50
	95	95	95	95	95	95
	98.0	>98	>98	>98	>98	>98
	8	8	8	8	9	9

* automatische Berechnung

Das Gebiet der Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung umfasst die Gemeinden Winterthur, Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon. Die Einwohnerzahlen sind in den Leistungsmengen detailliert aufgeführt.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Beschaffung von neuem Zivilschutzmaterial

Sicherheitsverbandsübung 2014

Bauliche Anpassungen im Zusammenhang mit dem Neu- und Umbau des Busdepots Grüzefeld

Vorbereitung der Umstellung auf das System Polyalert

Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Zivilschutz 2015+ des Bundes

Umstellungen im Rahmen des Projektes HRM2

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die sich abzeichnenden Veränderungen aufgrund der "Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+" werden aktiv verfolgt und mögliche strukturelle Anpassungen frühzeitig erkannt.

Melde- und Zivilstandswesen

Auftrag

Die Einwohnerkontrolle registriert, verwaltet und bewirtschaftet die Daten der Einwohnerinnen und Einwohner Winterthurs als Grundlage für alle weiteren Verwaltungsbereiche. Sie erstellt Auszüge und Bestätigungen (u.a. Wohnsitzbestätigung und Handlungsfähigkeitszeugnis) und nimmt Gesuche für das Ausstellen von Schweizerischen Dokumenten (Identitätskarte) entgegen. Das Personenregister der Einwohnerkontrolle bildet die Grundlage aller auf die Einwohnerinnen und Einwohner bezogenen Verwaltungstätigkeiten der Gemeinde. Sie registriert alle in Winterthur lebenden Hunde sowie überprüft die Haltevoraussetzung. Das Führen des Stimmregisters, die Mit-Organisation von Wahlen und Abstimmungen und Entgegennahme der brieflichen Stimmabgabe gehört auch zu ihren Hauptaufgaben. Sie ist die 1. Anlaufstelle für die ausländische Bevölkerung und erledigt Aufgaben (u.a. Gesuch für die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung, Verlängerung des Ausländerausweises und Verpflichtungserklärung) für das Migrationsamt des Kantons Zürich.

Das Zivilstandsamt ist hauptsächlich für die Beurkundung des Personenstandes, für die Vorbereitung und Durchführung der staatlichen Trauungen und für die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft zuständig. Die professionelle Beratung und Begleitung der Bevölkerung und der Bürger und Bürgerinnen (Heimort) in Personenstands- und Bürgerrechtsfragen zählen ebenfalls zu den Kernaufgaben. Das Zivilstandsamt beurkundet im Personenstandsregister Infostar natürliche Zivilstandsereignisse (Geburt, Todesfall), Erklärungen (u.a. Anerkennung, Namensklärung), Gerichts- und Verwaltungsentscheide (u.a. Scheidungen, Einbürgerungen) sowie Auslandereignisse. In Form von Registerauszügen werden persönliche wie auch familiäre Verhältnisse bestätigt (Bekanntgabe von Personendaten). Im Zuge der gesamtschweizerischen Professionalisierung im Zivilstandswesen übernahm das Zivilstandsamt Winterthur die zivilstandsrechtlichen Aufgaben aller 21 Gemeinden des Bezirks Winterthur.

Produkte

- 1 Einwohnerkontrolle
- 2 Zivilstandsamt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

ZGB / Schweiz. Zivilstandsverordnung / Bundesgesetz über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (Ausweisgesetz) und Verordnung dazu / Bundesgesetz und Verordnung über die politischen Rechte / Bundesgesetz und Verordnung über die politischen Rechte der Auslandschweizer/innen / Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) und Verordnungen / Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen / Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts / Bundesgesetz über das internationale Privatrecht / Eidg. Partnerschaftsgesetz / Registerharmonisierungsgesetz und Verordnung dazu.

Stufe Kanton

Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch / Zivilstandsverordnung des Kantons Zürich / Gesetz und Verordnung über die Information und den Datenschutz / Gemeindegesetz des Kantons Zürich / Gesetz und Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen / Gesetz über das Vorschlagsrecht des Volkes / Verordnung über die Gebühren der Gemeindebehörden / Weisungen des Migrationsamtes des Kantons Zürich / Kantonale Dolmetscherverordnung / Hundegesetz und Verordnung.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung (Meldewesen Einwohnerregister)

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Kennzahlen:

Bevölkerung am 31.12.2011: 104'098 (gemäss Bevölkerungsstatistik EK)
 Prognose Bevölkerung 2012: 105'498
 Prognose Bevölkerung 2013: 106'798
 Prognose Bevölkerung 2014: 107'898
 Prognose Bevölkerung 2015: 108'898
 Prognose Bevölkerung 2016: 109'898

Verantwortliche Leitung

Daniel Bugeda, Bereichsleiter

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit / Optimaler Einsatz der Ressourcen			
<i>Messgrössen</i>			
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF	13.99	14.88	15.11
Kostendeckungsgrad Einwohnerkontrolle in %	63	65	61
Kostendeckungsgrad Zivilstandsamt in %	70	63	65
Kostendeckungsgrad insgesamt in %	65	64	63
2 Kundenorientierung			
Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen zufrieden oder sehr zufrieden			
<i>Messgrössen</i>			
Zufriedenheitsgrad Einwohnerkontrolle			
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	96	95	95
Zufriedenheitsgrad Zivilstandsamt			
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	96	95	95
Zufriedenheitsgrad Trauungen			
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	98	97	97
Kurze Reaktionszeit			
<i>Messgrössen</i>			
▪ Die Einwohnerkontrolle erledigt einen Kundenauftrag innert 2 Tagen in %	100	98	98
▪ Das Zivilstandsamt erledigt einen Kundenauftrag innert 5 Tagen in %	100	99	99
▪ Eine Adressauskunft wird innert 24 Std. erteilt in %.	99	98	98
Kurze Wartezeiten			
<i>Messgrössen</i>			
▪ Die Kundschaft der Einwohnerkontrolle wird innert 12 Minuten bedient in %	96	86	90

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	1'457'050	1'570'719	1'613'871

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Der Nettoglobalkredit steigt gegenüber dem VA 2012 um rund 43'000 CHF.

Erlöseseitig wirkt sich aus, dass das Budget für die Hundeabgaben den effektiven Einnahmen der letzten zwei Jahren angepasst wurde. Zudem hat das Zivilstandsamt die Gebühren für die Portokosten gesenkt, was sich ebenfalls auf die Planerlöse auswirkt.

Kostenseitig können die höheren internen Kosten für Miete (aufgrund eines SRB) und die neu entstehenden kalkulatorischen Kosten zu einem grossen Teil durch tiefere Personalkosten aufgefangen werden. Die kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen ergeben sich aus der Ablösung des Einwohnerkontrollprogrammes. Im Zivilstandsamt entfällt ab 2013 eine durch den Stadtrat für das Projekt Infostar befristet bewilligte Stelle, und die Einwohnerkontrolle reduziert ihren Stellenplan ebenfalls um eine Stelle.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Die Abweichungen der Positionen 'Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen' sowie 'Mietkosten' gegenüber der Rechnung 2011 können weitgehend auf die gleichen Faktoren zurückgeführt werden wie die Veränderungen vom VA 2012 zum VA 2013. In der Rechnung 2011 waren in der Position 'Übrige interne Kosten' noch Informatikdienstleistungen für das Projekt Registerharmonisierung enthalten.

Die Personalkosten waren, bedingt durch die Nichtbesetzung von durchschnittlich 4.32 Stellen, in der Rechnung 2011 vergleichsweise tief und sind im Budget 2013 daher trotz tieferem Stellenplan höher. Diese Vakanzen waren auf zum Teil bewusst verzögerte Wiederbesetzungen in beiden Hauptabteilungen zurückzuführen. So blieb beispielsweise auch die bis zum 31.12.2012 befristete Stelle des Zivilstandsamtes 2011 vakant.

Die gegenüber der Rechnung 2011 tieferen externen Erlöse ergeben sich aus der Reduktion der Gebühren für Portokosten des Zivilstandsamtes.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	2'876'427	3'072'676	2'927'983
Sachkosten	908'489	890'793	874'471
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	56'250
Mietkosten	221'359	216'100	289'900
Übrige interne Kosten	211'885	186'230	182'340
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'218'161</i>	<i>4'365'799</i>	<i>4'330'943</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'218'161	4'365'799	4'330'943
Externe Erlöse	2'761'110	2'795'000	2'717'000
Interne Erlöse	0	79	72
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'761'110</i>	<i>2'795'079</i>	<i>2'717'072</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'761'110	2'795'079	2'717'072
Total Nettokosten / Globalkredit	1'457'050	1'570'719	1'613'871
Kostendeckungsgrad in %	65	64	63

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	24.88	29.20	27.20
▪ Auszubildende	4.00	4.00	4.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	4.00	4.00	4.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

"Die Einwohnerkontrolle reduziert ihren Stellenplan um eine Stelle, da das Projekt ""Kantonales Integrationsprogramm"" nochmals aufgeschoben worden ist (bis 2014).
Im Zivilstandsamt wird die bis 31.12.2012 befristete Stelle aufgehoben (SRB 2007-1132)."

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Automatische Verarbeitung von Meldungen auf der Einwohnerkontrolle via Datentransfer
- Ablösung der Einwohnerkontrollsoftware EK2000 durch eine markterprobte Standardsoftware
- Kantonales Integrationsprogramm: Unterstützung bei der Integrationsförderung
- Elektronisches Meldewesen aus Infostar an die Einwohnerkontrolle
- Umsetzung Massnahmen gegen Zwangsheirat
- Umsetzung neues Namens- und Bürgerrecht
- Projekt Mikroverfilmung Familienregister

Produkt 1 Einwohnerkontrolle**Leistungen**

- Führen und pflegen des Einwohnerregisters
- Erstellen von Auszügen und Bestätigungen aus dem Register, Erteilen von Auskünften und fachliche Beratung
- Entgegennahme des Antrages für die Schweizerische Identitätskarte
- Führen des Hunderegisters, Einzug der Hundesteuer und Überprüfung der Haltebewilligung
- Führen des Stimmregisters, inkl. Auslandschweizer/innen
- Zustellung der Stimmunterlagen, Entgegennahme der brieflichen und vorzeitigen Stimmabgabe
- Entgegennahme, Prüfung und Weiterleitung von Gesuchen im Zusammenhang mit der fremdenpolizeilichen Regelung des Aufenthalts ausländischer Personen an das Migrationsamt
- Beratung der ausländischen Wohnbevölkerung, Gebühreninkasso für Bund und Kanton
- Erstellen und Auswerten von Statistiken; Meldungen an andere Amtsstellen
- Versand von Mutationsmeldungen an andere Verwaltungseinheiten sowie Kantonale Verwaltung
- Überprüfung der Unterschriften auf Initiativen und Referenden

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'390'346	2'481'528	2'518'077
Erlös	1'498'337	1'612'544	1'537'540
Nettokosten	892'008	868'985	980'537
Kostendeckungsgrad in %	63	65	61

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Das Einwohnerregister wird kostengünstig geführt. Bruttoaufwand pro Registereintrag/-auszug (ohne Adressauskünfte) in CHF:	40.26	40.62	40.97

Für die Berechnung der operativen Ziele sind folgende Leistungsmengen zu berücksichtigen: Mutationen im Einwohnerregister, Erstellen von Dokumenten / Ausweisen aus dem Register, Anträge für Schweizer Identitätskarte

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Mutationen im Einwohnerregister	36'870	40'000	40'000
Erstellen von Dokumenten / Ausweisen aus dem Register	15'872	15'000	15'000
Anträge für Schweizer Identitätskarte	6'626	6'800	6'800
Briefliche und vorzeitige Stimmabgaben	136'397	115'000	120'000
Kontrollierte Unterschriften (Initiative / Referendum)	33'629	30'000	30'000
Total aller Dienstleistungen	229'394	206'800	211'800

Produkt 2 Zivilstandsamt

Leistungen

- Führung des Personenstandsregisters (Infostar)
- Beurkundung aller Zivilstandsereignisse
- Beurkundung von Gerichts- und Verwaltungsentscheiden sowie Auslandereignissen
- Erstellen von Auszügen und Bestätigungen aus den Zivilstandsregistern
- Erteilen von Auskünften und Beratung in Personenstands- und Bürgerrechtsfragen sowie im Namensrecht
- Durchführung des Vorbereitungsverfahrens zur Eheschliessung und Vornahme von Trauungen
- Durchführung des Vorverfahrens und Beurkundung der eingetragenen Partnerschaften
- Erstellen und Auswerten von Statistiken; Amtliche Mitteilung an andere Amtsstellen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'802'284	1'884'270	1'812'867
Erlös	1'262'773	1'182'536	1'179'532
Nettokosten	539'511	701'735	633'334
Kostendeckungsgrad in %	70	63	65

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Messgrössen:			
▪ Kosten pro Einwohner/in des Zivilstandskreises Winterthur in CHF	5.90	7.10	6.45
▪ Kosten pro Geschäftsfall in CHF	41.30	31.50	38.30
▪ Geschäftsfälle pro 100 Stellenprozente		3'153	2'621

Für die Berechnung der Messgrössen sind die untenstehenden Nettokosten Zivilstandskreis sowie die nachfolgenden drei Basiszahlen zu berücksichtigen.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten Zivilstandskreis (Kosten minus Gebühreneinnahmen, ohne Berücksichtigung Beitragszahlungen der Bezirksgemeinden)	920'983	1'102'665	1'034'681
Einwohnerzahl Zivilstandskreis per 31.12. (zivilrechtlicher Wohnsitz)	156'060	155'000	160'000
Anzahl Geschäftsfälle	29'749	35'000	27'000
Ist-Stellenplan Zivilstandsamt inkl. Leitung per 31.12.	11.10	11.10	10.30
Rückfassung Personen in Infostar	8'628	11'000	0
Auszüge und Bestätigungen aus den Zivilstandsregistern	10'808	11'000	15'500
Geburten (Spital- und Hausgeburten)	1'973	1'900	1'900
Trauungen	885	860	880
Todesfälle	1'278	1'300	1'300
Gerichts- und Verwaltungsentscheide	1'918	2'250	2'000

Rückfassung Personen in Infostar: Projekt abgeschlossen

Auszüge und Bestätigungen aus den Zivilstandsregistern: erstmals werden alle Auszüge, Dokumente und Bestätigungen berücksichtigt.

IAFP Melde- und Zivilstandswesen

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	4'218	4'365	4'330	4'611	4'611	4'611
Erlös	2'761	2'795	2'717	2'750	2'750	2'750
Nettokosten/Globalkredit	1'457	1'571	1'614	1'861	1'861	1'861
Kostendeckungsgrad in %	65	64	63	60	60	60

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	450'000	230'000	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit / Optimaler Einsatz der Ressourcen						
<i>Messgrössen</i>						
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF	13.99	14.88	15.11	17.24	17.08	16.93
Kostendeckungsgrad Einwohnerkontrolle in %	63	65	61	59	59	59
Kostendeckungsgrad Zivilstandsamt in %	70	63	65	61	61	61
Kostendeckungsgrad insgesamt in %	65	64	63	60	60	60
2 Kundenorientierung						
Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen zufrieden oder sehr zufrieden						
<i>Messgrössen</i>						
Zufriedenheitsgrad Einwohnerkontrolle						
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	96	95	95	95	95	95
Zufriedenheitsgrad Zivilstandsamt						
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	96	95	95	95	95	95
Zufriedenheitsgrad Trauungen						
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	98	97	97	97	97	97
Kurze Reaktionszeit						
<i>Messgrössen</i>						
▪ Die Einwohnerkontrolle erledigt einen Kundenauftrag innert 2 Tagen in %	100	98	98	98	98	98
▪ Das Zivilstandsamt erledigt einen Kundenauftrag innert 5 Tagen in %	100	99	99	99	99	99
▪ Eine Adressauskunft wird innert 24 Std. erteilt in %.	99	98	98	98	98	98
Kurze Wartezeiten						
<i>Messgrössen</i>						
▪ Die Kundschaft der Einwohnerkontrolle wird innert 12 Minuten bedient in %	96	86	90	90	90	90

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Einwohnerkontrolle: Absicht ab 2015 Führung des neuen Erfassungszentrums Winterthur im Auftrag des Kantons
- Einwohnerkontrolle: Automatischer Austausch der Einwohnerdaten zwischen den Gemeinden (Fortführungsprojekt aus der Registerharmonisierung)
- Einwohnerkontrolle: Datenaustausch Post - Einwohnerkontrollen - Bundesamt für Statistik
- Einwohnerkontrolle: Kantonales Personenadressregister
- Zivilstandsamt: Mikroverfilmung der Familienregister aller Gemeinden des Zivilstandskreises
- Zivilstandsamt: Erarbeitung Konzept Trauungen 2015
- Zivilstandsamt: Elektronische Speicherung der Belege (Verkürzung der Aufbewahrungsfrist von 50 auf 10 Jahre)
- Projekt Fokus: Detailplanung, Umzug in Superblock

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Seit 2004 werden Zivilstandsereignisse und behördliche Entscheidungen elektronisch beurkundet. Das Beurkundungssystem "Infostar" erlaubt eine aktuelle Datenhaltung, welche auch alle familienrechtlichen Beziehungen und den Nachweis der Kantons- und Gemeindebürgerrechte umfasst. An die Stelle von zivilstandsamtlichen Mitteilungen und Registerauszügen, die allein dem Datentransport von einem Zivilstandsregister in das andere dienten, ist eine zentrale Datenbank getreten. Die nach Abschluss jeder Beurkundung zu erlassenden amtlichen Mitteilungen an Behörden und Dienststellen erfolgen zunehmend automatisiert und in elektronischer Form. Damit werden Fehlerquellen bei der Registerharmonisierung eliminiert. Dadurch haben sich auch die Tätigkeiten der Zivilstandsbehörden grundlegend geändert und die Anforderungen an die Urkundspersonen sind gestiegen.

Umwelt- und Gesundheitsschutz

Auftrag

- Gesundheitsschutz der Bevölkerung gewährleisten und einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt fördern.
- Im Rahmen der Arbeitssicherheits-, Energie-, Lebensmittel- und Umweltschutzgesetzgebung und gesundheitspolizeilichen Anforderungen sind die Prüf-, Kontroll- und Vollzugsaufgaben kundenfreundlich sicherzustellen.
- Information und Beratung zu Fragen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes.
- Koordination der städtischen Aktivitäten in den Bereichen Nachhaltige Entwicklung, Umwelt und Energie.

Produkte

1 Vollzug und Kontrolle

Vollzug der einschlägigen Gesetzesbestimmungen in den Bereichen Lebensmittelhygiene, Lufthygiene, Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Ortshygiene. Koordination von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP).

2 Dienstleistungen

Führung der städtischen Querschnittsorganisation Umwelt und Energie mit der strategischen "Kommission Umwelt und Energie" sowie den beiden operativen Gruppen "Fachgruppe Umwelt" und "Fachgruppe Energie". Koordination des Prozesses der lokalen Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur. Führung der Geschäftsstelle Region Ost (Fluglärm). Information der Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Politik über den Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie die Nachhaltige Entwicklung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz)

Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz [LMG]) / Lebensmittelverordnung (LMV) / Hygieneverordnung (HyV) / Verordnung über Fremd- und Inhaltsstoffe in Lebensmitteln (Fremd- und Inhaltsstoffverordnung [FIV]) / Verordnung über Speisepilze (Pilzverordnung [VSp]) / Verordnung über Gebrauchsgegenstände (GebrV)

Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz [USG]) / Luftreinhalte-Verordnung (LRV) / Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) / SMOG-Verordnung / Massnahmenplan Lufthygiene

Kanton Zürich 2008 / Bauverfahrensverordnung (BVV Ziffer 4.1+4.2) Kanton Zürich / Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV) / Kantonale Einführungsverordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung / Gebührenordnung zum Vollzug des Umweltrechts

Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG) / Verordnung über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEV)

Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz [ArG]) / Verordnungen I bis IV zum Arbeitsgesetz [ArGV I bis IV])

Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG) / Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten (Verordnung über die Unfallverhütung [VUV])

Tierseuchenverordnung

Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz)

Energiegesetz (EnG) / Energieverordnung des Bundes (EnV)

Energiegesetz des Kantons / Verordnung über die Energieplanung und die Förderung von Pilotprojekten des Kantons (Energieverordnung)

Verordnung über den Schutz vor Störfällen (Störfallverordnung [StFV]) / Verordnung über den Vollzug der Störfallverordnung des Kantons

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Winterthur / Massnahmenplan Luftreinhaltung 2010 der Stadt Winterthur (SRB Nr. 11.454-1) / Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS)

Bericht zu Postulat Ökologische Buchhaltung vom 27. April 1987

Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Lokale Agenda 21 (GGR Nr. 99/079) / Nachhaltige Stadtpolitik: Schaffung der notwendigen Voraussetzungen (SRB-Nr. 2001-0447)

Energiekonzept 2000-2020 (SRB-Nr. 2000-94) / Aktivitätenprogramm Energie (SRB-Nr. 2001-2206) / Konzept

Öffentlichkeitsarbeit Energiestadt 2003-2006 (SRB-Nr. 2003-2224) / Programm Energieoptimierung öffentlicher Bauten (SRB-Nr. 2004-0882)

Beitritt zum Verein Klimabündnis (SRB-Nr. 94-0104) / Plattform zur Zusammenarbeit der Klimabündnis-Städte Schweiz (KBSS) (SRB-Nr. 96-0215) / Schaffhauser Memorandum der Schweizer Klimabündnis-Städte (SRB-Nr. 2002-0329)

Schaffung einer Fachstelle für Umweltschutz (GGR, 1986), Konzept Umweltschutzorganisation (SR, 1986) / Genehmigung Strategiepapier 2004-2006 sowie personelle Zusammensetzung der Organisation Umwelt und Energie (SRB-Nr. 2004-0678),

Zusammenlegung Gesundheitsamt und Umweltschutzfachstelle (SRB-Nr. 2005-1039), Organisation Umwelt und Energie:

Strategiepapier 2007-2010 (SRB-Nr. 2006-2309), Energiekonzept 2000-2020: Aktivitätenprogramm 2007-2010 (SRB-Nr. 2006-2254), Ausbau Lebensmittelkontrolle für Gemeinden (SRB-Nr. 2007-0254), Kommunikationskonzept und

Massnahmenprogramm Mobilität (SRB-Nr. 2007-0544), Beschaffung umweltschonender und energieeffizienter Fahrzeuge (SRB-Nr. 2006-1146).

Stufe Verwaltungseinheit

Strategie und Legislaturplanung Stadtrat / Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Dr. Anna Roschewitz

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung - Kosten (Globalkredit) pro Einwohner/in, in CHF - Kostendeckungsgrad insgesamt in %	15.33 51	22.97 38	27.04 32
2. Vollzug und Kontrolle Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten vor Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, die die Gesundheit gefährden können, den hygienischen Umgang sicherstellen und Schutz vor Täuschungen. Schutz der Arbeitnehmenden vor Unfällen und Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes. Schutz der Bevölkerung, Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume vor schädlichen Luftverunreinigungen. Termingerechte Durchführung von UVP-Verfahren. Die inspizierten Betriebe und Kund/innen sind mit der Qualität der Vollzugstätigkeit sowie den durchgeführten Kontrollen und Prüfungen zufrieden und akzeptieren die angeordneten Massnahmen. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Kontrollen und Nachkontrollen durch das Lebensmittelinspektorat, das Arbeitsinspektorat und die Fachstelle Umwelt. <i>Messgrössen:</i> - Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle) - Lebensmittelkontrollen in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle) - Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Winterthur - Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Winterthur - Wägungen von PM10-Filtern - Beurteilte Emissions-Messberichte - VOC-Bilanzen - Arbeitssicherheitskontrollen	0.88 976 75 807 3'790 26 8 230	0.85 850 55 600 3'600 20 7 220	0.85 850 55 600 3'600 23 8 220
3 Dienstleistungen Die angebotenen Dienstleistungen entsprechen den Kundenerwartungen und werden nachgefragt Aktive Öffentlichkeitsarbeit zum Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie zur lokalen Nachhaltigen Entwicklung. Veröffentlichung Umweltbericht alle 4 Jahre. <i>Messung / Bewertung:</i> Kundenbefragungen Erhebung der Nachfrage Audits Label Energiestadt (alle 4 Jahre) <i>Messgrössen:</i> - Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren - Anzahl Besucher/innen auf Internetseite - Anzahl Kampagnen / Aktionen - Umweltbericht (alle 4 Jahre) - Label Energiestadt - Zielerreichungsgrad Goldmedaille Gesamttotal	5'917 72'627 17 - 1.00 78%	40'000 80'000 7 - k. A. k. A.	7'000 80'000 7 1 k. A. 78%

Nächster Umweltbericht 2013

Nächstes Re-Audit Label Energiestadt Gold im 2015 (alle 4 Jahre)

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	1'596'763	2'423'920	2'888'565

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Personalkosten CHF - 105'000:

Die Kosten für das Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung sind ab 2013 unter den städt. Allgemeinkosten budgetiert.

Sachkosten CHF + 263'000:

Zusätzlicher Mittelbedarf für Projekte (Erarbeitung und Umsetzung erste Massnahmen des Massnahmenplans Energiekonzept 2050, Umsetzung Massnahmenplan Luftreinhaltung). Erarbeitung und Publikation Umweltbericht 2013 und Emissionskataster. Die Kosten für das Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung sind ab 2013 unter den städt. Allgemeinkosten budgetiert.

Beiträge an Dritte CHF + 97'000:

Blue-Tech, Clever Supermarkt sowie diverse kleinere Unterstützungsbeiträge.

Mietkosten CHF + 47'000:

SRB: Erhöhung der Raumkosten

Externe Erlöse: CHF - 144'000

Die UVP-Gebühren werden als externe Erlöse budgetiert.

Das Lebensmittelinspektorat rechnet mit einem erhöhten Arbeitsaufwand aufgrund der Erfahrungen im 2012.

Die Erlöse aus der Rückverteilung der CO₂-Abgabe sind ab 2013 unter den städt. Allgemeinkosten budgetiert.

Interne Erlöse CHF - 16'000:

Die internen Erlöse durch UVP-Gebühren sind zu unsicher.

Die einzelnen Projekte:

Der Massnahmenplan Luftreinhaltung (SR.11.454-1) wurde am 14. April 2011 vom SR zur Kenntnis genommen und wie folgt festgelegt : Das Departement Sicherheit und Umwelt, Umwelt- und Gesundheitsschutz, wird beauftragt, zusammen mit verschiedenen anderen städtischen Stellen diverse Massnahmen zu konzipieren und umzusetzen, dies teilweise als federführende Stelle, teils als unterstützende Stelle. Es sind dies u.a.:

- Entwicklung eines Förderkonzeptes für die Sanierung bestehender Zentral-Holzfeuerungen ≤ 70 kW (Federführung UGS)
- Erarbeitung eines Sanierungskonzeptes für die städtischen Holzfeuerungen (Mitwirkung UGS)
- Vorlegen eines Programms zur Förderung von Partikelfiltern für dieselbetriebene Nutzfahrzeuge, Maschinen und Geräte im privaten Bereich (Federführung UGS)
- Entwicklung eines Mobilitätskonzeptes für Grossveranstaltungen (Federführung UGS)
- Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes zur Information der Bevölkerung zu den Themen Feinstaub und Ozon sowie Durchführung einer entsprechenden Informationskampagne (Federführung UGS)
- Erarbeitung eines Pflichtenheftes für eine zentrale, beim Tiefbauamt angesiedelte Beratungsstelle (Mitwirkung UGS)
- Einzelbetriebliche Sanierung von Kieswerken, Steinbrüchen und ähnlichen Anlagen gemäss LRV (Federführung UGS)
- Führung des Umsetzungscontrollings des Massnahmenplans Luftreinhaltung sowie Berichterstattung an den Stadtrat (Federführung UGS)

Die Grundlagen Energiekonzept 2050 hat der SR am 23.3.2011 zustimmend zur Kenntnis genommen (SR.11.306-1) und Umwelt- und Gesundheitsschutz damit beauftragt, basierend auf ebendiesem Grundlagenbericht und in enger Zusammenarbeit mit Stadtwerk Winterthur ein Aktivitätenprogramm 2010-2014 (Massnahmenprogramm) zu erarbeiten, welches dem Stadtrat bis Ende 2012 zur Genehmigung zu unterbreiten ist. Gemäss diesem SRB werden die zur Erarbeitung und späteren Umsetzung des Aktivitätenprogramms erforderlichen zusätzlichen personellen und finanziellen Mittel ab dem Jahr 2012 im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten im Globalbudget der Produktgruppe Umwelt- und Gesundheitsschutz berücksichtigt. Bedingt durch die Initiative "ENERGIE 2050", welche im Herbst 2012 zur Abstimmung gelangt, wird der ursprüngliche Zeitplan noch angepasst.

Das Aktivitätenprogramm 2010-2014 wird neu nach den 6 Themenfeldern des Energiestadt-Katalogs gegliedert. Die Struktur der einzelnen Massnahmenblätter soll folgende Punkte beinhalten: Ziel der Massnahme, räumlicher Bezug, Verantwortlichkeiten, Termine und Vorgehensschritte, Budget sowie Wirkungen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Das Controlling der Leistungen für die Umsetzung der Massnahmen erfolgt in der Fachgruppe Energie unter der Federführung von Umwelt- und Gesundheitsschutz. Für das Monitoring der Wirkungen werden alle 4 Jahre die bisherigen Kennzahlen des Umweltberichtes, die Kernindikatoren Umwelt sowie die zusätzlichen Kennzahlen von Energiestadt erhoben und beurteilt unter der Federführung von Umwelt- und Gesundheitsschutz.

Das Projekt Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung wird unter der Federführung von Umwelt- und Gesundheitsschutz bearbeitet. Der Stadtrat und der Gemeinderat entscheiden voraussichtlich im Herbst 2012 über die Umsetzung des Mobilitätsmanagements in einer Einführungsphase 2013 - 2016. Basis dazu bilden die gesetzlichen Verankerungen bzw. geplanten Anpassungen im Personalstatut und den ergänzenden Vollzugsverordnungen, sowie dem Parkplatzreglement. Das Umsetzungskonzept beinhaltet u.a. Faktenblätter zu Kernmassnahmen, eine Übersicht zu den administrativen Abläufen und Finanzströmen, die Erarbeitung von Kommunikations-, Informations- und Monitoringkonzepten, das Einrichten einer Mobilitätsplattform sowie einen Umsetzungszeitplan. Die Kosten für die Umsetzung des Mobilitätsmanagements Stadtverwaltung sind unter den städt. Allgemeinkosten budgetiert.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Die Begründungen Abweichung Voranschlag 2012/2013 gelten weitgehend auch hier.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	2'529'934	2'792'587	2'687'219
Sachkosten	389'100	951'986	1'215'482
Beiträge an Dritte	108'412	5'000	102'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	135'107	131'500	178'237
Übrige interne Kosten	83'466	46'899	44'679
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'246'019</i>	<i>3'927'972</i>	<i>4'227'616</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	3'246'019	3'927'972	4'227'616
Externe Erlöse	1'305'129	1'173'000	1'029'000
Interne Erlöse	41'581	16'052	51
Beiträge von Dritten	302'547	315'000	310'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'649'256</i>	<i>1'504'052</i>	<i>1'339'051</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'649'256	1'504'052	1'339'051
Total Nettokosten / Globalkredit	1'596'763	2'423'920	2'888'565
Kostendeckungsgrad in %	51	38	32

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	17.46	19.37	19.36
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderung gegenüber dem VA 2012 (-0.01 = Rundungsdifferenz).

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung (s.o.): Konzeptionierung und Umsetzung
- Energiekonzept 2050 (s.o.): Aktivitätenprogramm 2010 - 2014 erarbeiten
- Diverse Projekte zu den Themen Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und Luft durchführen
- Öffentlichkeitsarbeit Energiestadt Gold
- Massnahmenplan Luftreinhaltung 2010 der Stadt Winterthur (Statusbericht alle 2 Jahre ab 2011) einschliesslich Öffentlichkeitsarbeit
- Publikation Umweltbericht 2013 (Daten per Ende 2012) und Emissionskataster 2012
- Mitwirkung an diversen Veranstaltungen: Tag der Sonne, Velobörse, Wohga, Wintimäss, Nachhaltigkeits-Kampagne, Blue-Tech, EnergyDay, BlueDay
- Pflege der Websites

Produkt 1 Vollzug und Kontrolle**Leistungen**

- Lebensmittelkontrolle
- Pilzkontrolle
- Immissionsüberwachung
- Vollzug Luftreinhalte-Verordnung (LRV) und Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV)
- Vollzug Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
- Koordination von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP)

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'325'354	2'639'086	2'842'906
Erlös	1'417'978	1'304'038	1'339'037
Nettokosten	907'376	1'335'048	1'503'869
Kostendeckungsgrad in %	61	49	47

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Lebensmittelkontrollen pro Mitarbeitende	680	680	680
EKAS Entschädigung (Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit) in CHF	222'547	235'000	235'000
Termingerechte Durchführung von UVP-Verfahren in %	100	100	100

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	0.88	0.85	0.85
Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Partnergemeinden (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	0.8	0.8	0.8
Lebensmittelkontrollen in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	976	850	850
Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Winterthur	75	55	55
Lebensmittelkontrollen in Partnergemeinden (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	4'832	3'800	3'800
Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Partnergemeinden	304	240	240
Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Winterthur	807	600	600
Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Partnergemeinden	2'056	2'100	2'100
Besucher/innen Pilzkontrolle	323	300	300
Wägungen von PM10-Filtern	3'790	3'600	3'600
Beurteilte Emissions-Messberichte	26	20	23
VOC-Bilanzen	8	7	8
Arbeitssicherheitskontrollen	230	220	220
Planbegutachtungen	174	120	120
Anzahl erfolgreicher gerichtlicher Beanstandung bei UVP-Verfahren	0	0	0
Anzahl erfolgreicher Einsprachen gegen Bewilligungen, Auflagen, Verfügungen, Verwarnungen oder Verzeigungen	0	0	0
Kadaverentsorgung (t)	---	---	---

Produkt 2 Dienstleistungen

Leistungen

- Führung der städtischen Querschnittsorganisation Umwelt und Energie
- Koordination des Prozesses der lokalen Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur
- Geschäftsstelle Fluglärmorganisation Region Ost
- Beratung der Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Politik bei Fragen zu Umwelt- und Gesundheitsschutz
- Öffentlichkeitsarbeit zu Umwelt- und Gesundheitsschutz
- Projektarbeit «Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung»

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	880'738	1'288'886	1'384'710
Erlös	231'278	200'014	14
Nettokosten	649'460	1'088'871	1'384'696
Kostendeckungsgrad in %	26	16	0

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Besucher/innen auf Internetseite	72'627	80'000	80'000
Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren	5'917	40'000	7'000
Label Energiestadt (Re-Audit 2011)	1.00	-	-
▪ Zielerreichungsgrad Gesamttotal	78	-	78
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Entwicklung, Raumordnung'	81	-	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Kommunale Gebäude, Anlagen'	61	-	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Versorgung, Entsorgung'	83	-	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Mobilität'	82	-	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Interne Organisation'	79	-	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Kommunikation, Kooperation'	77	-	-

Nächstes Re-Audit Label Energiestadt Gold im 2015 (alle 4 Jahre).

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Medienmitteilungen und Anfragen durch Medien	19	20	18
Anzahl durchgeführter Kurse, Seminare und gehaltener Referate	8	7	7
Anzahl Kampagnen / Aktionen	17	7	7
Umweltbericht (alle 4 Jahre)	-	-	1

IAFP Umwelt- und Gesundheitsschutz

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	3'246	3'927	4'227	4'498	4'578	4'438
Erlös	1'649	1'504	1'339	1'339	1'339	1'339
Nettokosten/Globalkredit	1'597	2'424	2'889	3'159	3'239	3'099
Kostendeckungsgrad in %	51	38	32	30	29	30

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
▪ Kosten (Globalkredit) pro Einwohner/in, in CHF	15.33	22.97	27.04	29.27	29.74	28.19
▪ Kostendeckungsgrad insgesamt in %	51	38	32	30	29	30
2 Vollzug und Kontrolle						
Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten vor Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, die die Gesundheit gefährden können, den hygienischen Umgang sicherstellen und Schutz vor Täuschungen.						
Schutz der Arbeitnehmenden vor Unfällen und Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes.						
Schutz der Bevölkerung, Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume vor schädlichen Luftverunreinigungen.						
Termingerechte Durchführung von UVP-Verfahren.						
Die inspizierten Betriebe und Kund/innen sind mit der Qualität der Vollzugstätigkeit sowie den durchgeführten Kontrollen und Prüfungen zufrieden und akzeptieren die angeordneten Massnahmen.						
<i>Messung / Bewertung:</i>						
Anzahl Kontrollen und Nachkontrollen durch das Lebensmittelinspektorat, das Arbeitsinspektorat und die Fachstelle Umwelt.						
<i>Messgrössen:</i>						
▪ Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	0.88	0.85	0.85	0.85	0.85	0.85
▪ Lebensmittelkontrollen in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	976	850	850	850	850	850
▪ Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Winterthur	75	55	55	55	55	55

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
- Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Winterthur - Wägungen von PM10-Filtern - Beurteilte Emissions-Messberichte - VOC-Bilanzen - Arbeitssicherheitskontrollen	807	600	600	600	600	600
	3'790	3'600	3'600	3'600	3'600	3'600
	26	20	23	23	23	23
	8	7	8	8	8	8
	230	220	220	220	220	220
3 Dienstleistungen Die angebotenen Dienstleistungen entsprechen den Kundenerwartungen und werden nachgefragt Aktive Öffentlichkeitsarbeit zum Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie zur lokalen Nachhaltigen Entwicklung. Veröffentlichung Umweltbericht alle 4 Jahre. <i>Messung / Bewertung:</i> Kundenbefragungen Erhebung der Nachfrage Audits Label Energiestadt (alle 4 Jahre) <i>Messgrößen:</i> - Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren - Anzahl Besucher/innen auf Internetseite - Anzahl Kampagnen / Aktionen - Umweltbericht (alle 4 Jahre) - Label Energiestadt - Zielerreichungsgrad Goldmedaille - Gesamttotal						
	5'917	40'000	7'000	6'000	6'000	6'000
	72'627	80'000	80'000	80'000	80'000	80'000
	17	7	7	7	7	7
	-	-	1	-	-	-
	1.0	k. A.	k. A.	k. A.	1	k. A.
	78%	k. A.	78%	78%	78%	78%

Nächster Umweltbericht 2013

Nächstes Re-Audit Label Energiestadt Gold im 2015 (alle 4 Jahre)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Projekte zu den Themen Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und Luft durchführen
- Öffentlichkeitsarbeit Energiestadt Gold
- Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung: Einführung 2013 - 2016; Federführung in diversen Aufgaben
- Energiekonzept 2050: Umsetzung, Monitoring und Controlling Aktivitätenprogramm 2010 - 2014
- Implementierung Massnahmenplan Luftreinhaltung 2010 der Stadt Winterthur (Statusbericht alle 2 Jahre ab 2011)
- Lebensmittelinspektorat: Änderung des Lebensmittelgesetzes per 2014. Neu: Inspektion von Gebrauchsgegenständen und Kontrolle von Dusch- und Badewasser durch Übernahme der EU-VO.
- Fachstelle Umwelt (Immissionsüberwachung): Planung / Abbau Messstation am Obertor 32 und Aufbau der neuen Messstation an noch festzulegendem Standort (da nicht im Superblock möglich).
- Mitwirkung an diversen Veranstaltungen: Tag der Sonne, Velobörse, Wohga, Wintimäss, Nachhaltigkeits-Kampagne, Blue-Tech, EnergyDay, BlueDay

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Lebensmittelinspektorat: Zusätzlicher Mittelbedarf ab dem Jahr 2014 von CHF 290'000.- (CHF 240'000 für 2 neue Stellen, CHF 50'000 im 2014 für Anschaffung neuer Messgeräte) als Folge der geplanten Änderung des Lebensmittelgesetzes per 2014. Neu sind die Inspektion von Gebrauchsgegenständen und Kontrolle von Dusch- und Badewasser durch Übernahme der EU-VO. Eine allfällige Gebührenerhöhung (Partnergemeinden) kann noch nicht abgeschätzt werden.
- Fachstelle Umwelt (Immissionsüberwachung): Zusätzliche Mittel für Planung / Abbau Messstation am Obertor 32 und Aufbau der neuen Messstation (insgesamt CHF 100'000 im Jahr 2015) an noch festzulegendem Standort (im Superblock nicht möglich).
- Eingestellte Mittel im 2013 für Umweltbericht und Emissionskataster (alle 4 Jahre) entfallen.

Volksschule

Auftrag

Die Stadt Winterthur führt im Auftrag und entsprechend den Vorgaben des Kantons die Volksschule in der Stadt Winterthur.

Die Volksschule ist integrativ ausgerichtet. Die Förderung der Chancengerechtigkeit sowie der Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz der Schüler/innen steht im Mittelpunkt. Sie bereitet die Schüler/innen ihren Fähigkeiten entsprechend auf eine weiterführende Schule, Berufsausbildung oder weitere Anschlusslösung vor. Um ihren Auftrag zu erfüllen, arbeitet sie mit den Erziehungsberechtigten zusammen.

Bedarfsgerechte Tagesstrukturen runden das umfassende Bildungsangebot der Schule ab.

Die Unterstützenden und Präventiven Dienste stehen bei Bedarf den Schüler/innen zur Verfügung. Weiter unterstützen sie die Lehrpersonen, Erziehungsberechtigten und Schulbehörden in der Förderung der Schüler/innen.

Produkte

1 Kindergarten- und Primarstufe, inkl. integrative sonderpädagogische Massnahmen

Das Produkt beinhaltet den Unterricht gemäss Volksschulgesetz für den Kindergarten und die Primarschule. Dazu gehören auch die sonderpädagogischen Massnahmen wie Integrative Förderung (IF), Therapien, Deutsch als Zweitsprache (DaZ) sowie Besondere Klassen.

2 Sekundarstufe I, inkl. integrative sonderpädagogische Massnahmen

Das Produkt beinhaltet den Unterricht gemäss Volksschulgesetz für die Sekundarstufe I. Dazu gehören auch die sonderpädagogischen Massnahmen wie Integrative Förderung (IF), Therapien, Deutsch als Zweitsprache (DaZ) sowie Besondere Klassen.

3 Ergänzende Angebote

Das Produkt beinhaltet ergänzende Angebote gemäss Volksschulgesetz (§§ 15 – 18) wie Aufgabenhilfe, Musikalische Grundausbildung, freiwilliger Schulsport, Blockflötenunterricht, handwerkliche Kurse etc.

4 Tagesstrukturen

Das Produkt beinhaltet sämtliche Angebote an Tagesstrukturen für Kinder und Jugendliche im Volksschulalter. Das Volksschulgesetz verlangt, dass die Gemeinden bei Bedarf Tagesstrukturen anbieten.

5 Unterstützende Präventive Dienste (UPD)

Das Produkt beinhaltet unterstützende, präventive Angebote des Schulpsychologischen Dienstes (SPD), der Schulsozialarbeit (SSA), des Schulzahnärztlichen Dienstes (SZD) und des Schulärztlichen Dienstes (SAD). Diese Leistungen müssen – mit Ausnahme der Schulsozialarbeit - gemäss kantonalem Recht von der Stadt angeboten werden.

Mit Inkraftsetzung des neuen Jugendhilfegesetzes per 1.1.2012 wird die Stadt Winterthur voraussichtlich in der Pflicht sein, eine "bedarfsgerechte Versorgung mit Schulsozialarbeit" sicherzustellen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

Bundesverfassung vom 18. Dezember 1998, Art. 62 Abs. 2

Stufe Kanton

Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005, Art. 115 und 116

Kantonale Volksschulgesetzgebung, insbesondere Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 (LS 412.100)

Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz) vom 4. November 1962

Stufe Stadt (Volk/GGR / SR)

Geschäftsordnung Volksschule vom 3. Mai 2010

Volksabstimmung zur Einführung der Schulsozialarbeit vom 24. September 2006

neues Jugendhilfegesetz, voraussichtliche Inkraftsetzung 1. Januar 2012

Übergangsgeschäftsordnung für die Volksschule in Winterthur vom 16. Juni 2008

Verordnung über die Schulzahnpflege der Stadt Winterthur vom 24. Oktober 1994

Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 27. April 1998

Beitragsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998

Betriebsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998

Reglement Schuldienste in der Stadt Winterthur vom 13. Mai 2008

Stufe Zentralschulpflege

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Zentralschulpflege

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

[illegible]

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die Schule stellt Angebote für die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten zur Verfügung. (L) ▪ Anteil (in %) Schulen in denen mindestens zwei, von Eltern und Schule gemeinsam organisierter Anlass Anlässe stattfindet umsetzen. (7)			80

(W) Wirkung / (L) Leistung

a: Gemäss Rechnung 2011

b: Schätzung, der Indikator wurde bisher nicht erhoben. Rechnung 2011 war der Indikator- nicht nach Stufen erhoben- 83%.

(1) Fremdsprachig: Als Muttersprache gilt die Sprache, in welcher die Lernenden denken und die sie am besten beherrschen. Die Zahlen werden der Bildungsstatistik entnommen.

Anteil Fremdsprachige in Winterthur: 49%. Kennzahlen 2011: Schuljahr 2011/12

Kantonaler Wert gemäss Bildungsstatistik: Sek A 26%, Sek B 50%, Sek C 71%. Anteil Fremdsprachige im Kanton Zürich: 38%. Kennzahlen 2011: Schuljahr 2011/12

(2) Beispiele für entsprechende Weiterbildungen sind CAS (Certificate of Advanced Studies) Deutsch als Zweitsprache DaZ, CAS Umgang mit Vielfalt, CAS oder MAS Schulische Heilpädagogik

(3) Der Index ist 100. Ein Ergebnis grösser als 100 entspricht Anzahl Prozente, welche die Winterthurer 5. Klassen besser sind als die Vergleichsgruppe (und umgekehrt).

(4) Beinhaltet auch Besuch der Schulzahnklinik, obligatorische Schulanlässe, Sporttag, etc. Wert im VA 2011 geschätzt.

(5) Das Projekt kann auf Klassen- oder Schulhausebene durchgeführt werden. Das Projekt muss in Zusammenarbeit mit der Suchtpräventionsstelle der Stadt Winterthur, der Schulsozialarbeit oder im Rahmen des „Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen“ durchgeführt werden.

(6) Erhebung durch Fachstelle Schulevaluation der Bildungsdirektion.

(7) Beinhaltet gemeinsam organisierte Anlässe (Bsp. Umgang mit neuen Medien, Erziehungsfragen, etc.) und nicht allgemeine Infoveranstaltungen (Bsp. Elternabend zur Klasseneinteilung etc.).

(8) Die Anschlusslösung kann eine Berufslehre (Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis EFZ / Eidgenössischer Berufsattest EBA), der Besuch eines Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) (ehemals 10. Schuljahr) oder vergleichbar oder ein Übertritt an eine Kantonsschule sein. Explizit keine Anschlusslösung sind Angebote des RAV wie beispielsweise das Motivationssemester. Der Indikator wird von den Schulen zwei Wochen vor den Sommerferien erhoben. Nicht berücksichtigt sind Anschlusslösungen, die während den Sommerferien realisiert werden.

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	148'620'227	181'121'575	184'160'645

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

CHF 0.60 Mio. Ausbau 2013 in der schulergänzenden Betreuung auf 1'478 Plätze, dafür notwendige Personalkosten (inkl. neuen Anstellungsbedingungen) und Sachkosten/Verpflegung, Mehreinnahmen aus zusätzlichen Plätzen bzw. neuem Beitragsreglement.

CHF 1.85 Mio. Schulpsychologischer Dienst/Schulsozialarbeit: Wegfall Staatsbeitrag (CHF 1.60 Mio.), Aufstockung Schulsozialarbeit (CHF 0.25 Mio.).

CHF 0.85 Mio. Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule (=ISR): Umlagerung von Sonderschulressourcen (6.43 Vollzeiteinheiten) in die Volksschule. Der Zuwachs ergibt sich, weil rund 30 Schüler/innen nicht in die städtischen Sonderschulen aufgenommen werden konnten und deshalb in die Volksschule integriert werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

CHF 27.93 Mio. Lehrerbesoldungen: Durch Refa steigt der Gemeindeanteil bei LP-Besoldungen von 54.8% auf 80% um CHF 23.87 Mio., Kosten für Anlaufstufen, Beförderungen (Angaben Gemeindeamt) sowie Wachstum der Stadt Winterthur CHF 2.08 Mio., Vollzug der a.o. Lohnmassnahmen CHF 1.98 Mio.

CHF 1.10 Mio. Tagesstrukturen: Ausbau 2013 auf 1'478 Plätze, dafür notwendige Personalkosten (inkl. neuen Anstellungsbedingungen) und Sachkosten/Verpflegung (CHF 1.37 Mio.), Mehreinnahmen aus zusätzlichen Plätzen bzw. neuem Beitragsreglement (CHF -0.53 Mio.), Wegfall von Anstossfinanzierung des Bundes (CHF 0.26 Mio).

CHF 2.26 Mio. Schulpsychologischer Dienst/Schulsozialarbeit: Wegfall Staatsbeitrag (CHF 1.60 Mio.), Aufstockung Schulsozialarbeit (CHF 0.50 Mio.).

CHF 0.38 Mio. Schulcredit: Rechnung 11 wurde um diesen Betrag nicht ausgeschöpft, nötiges Geld soll jedoch gemäss Voranschlag zur Verfügung stehen.

CHF 0.35 Mio. Beiträge Musikschule: Erhöhung Beiträge infolge Wachstum an Winterthurer Kindern und Jugendlichen an Musikschulen, Revision der kant. LP-Besoldungen sowie den Lohnmassnahmen 11. Verpflichtung basiert auf kantonaler Musikschulverordnung.

CHF 0.83 Mio. Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule (=ISR): Umlagerung von Sonderschulressourcen (6.43 Vollzeiteinheiten) in die Volksschule. Der Zuwachs ergibt sich, weil rund 30 Schüler/innen nicht in die städtischen Sonderschulen aufgenommen werden konnten und deshalb in die Volksschule integriert werden.

CHF 1.22 Mio. Schu::Com: Kosten für ICT Kiga, Primar und Sek.

CHF 1.73 Kalk. Abschreibungen und Zins aufgrund div Neubauten in den Jahren 12 und 13

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	108'443'374	137'115'455	137'074'456
Sachkosten	22'338'561	22'758'335	23'456'938
Beiträge an Dritte	7'413'195	7'933'000	8'143'500
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	16'354'840	17'278'341	18'075'573
Mietkosten	2'087'875	1'862'000	2'304'258
Übrige interne Kosten	4'586'963	4'671'013	4'745'052
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>161'224'807</i>	<i>191'618'145</i>	<i>193'799'777</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	161'224'807	191'618'145	193'799'777
Externe Erlöse	8'985'739	8'094'940	9'053'017
Interne Erlöse	300'173	161'630	228'115
Beiträge von Dritten	3'318'668	2'240'000	358'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>12'604'580</i>	<i>10'496'570</i>	<i>9'639'131</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	12'604'580	10'496'570	9'639'131
Total Nettokosten / Globalkredit	148'620'227	181'121'575	184'160'645
Kostendeckungsgrad in %	8	5	5

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	296.14	291.55	298.66
▪ Auszubildende	29.00	39.04	39.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
+ 8.28 Ausbau Gruppenleitung und Mitarbeitende Schulergänzende Betreuung: Erhöhung Angebot auf neu 1478 Plätze, bedarfsgerechter Ausbau des Personals gemäss Anmeldungen + 1.0 Leitung Fachstelle Sonderpädagogik, Umwandlung einer Lehrerstelle in eine Verwaltungsstelle - 2.7 Hauswart und Reinigung, Reduktion der Hauptreinigung gemäss Vorgaben der Grossen Gemeinderates

Produkt 1 Kindergarten- und Primarstufe, inkl. integrative sonderpädagogische Massnahmen

Leistungen

Das Produkt beinhaltet den Unterricht gemäss Volksschulgesetz für den Kindergarten und die Primarschule. Gleichzeitig umfasst es integrative, sonderpädagogische Massnahmen wie Integrative Förderung (IF), Therapien, Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Aufnahmeunterricht, Besondere Klassen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	97'464'925	119'612'404	120'732'016
Erlös	2'752'936	2'024'466	1'735'161
Nettokosten	94'711'990	117'587'938	118'996'854
Kostendeckungsgrad in %	3	2	1

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Schüler/innen erhalten die zur Erreichung der Lernziele definierten Unterrichtslektionen.			
▪ Anteil (in %) stattgefundene Lektionen	99	96	99
Die Leistungen der die Lehrpersonen unterstützenden Fachleute und die Weiterbildungen stellen die Integrationsfähigkeit der Schule und den individualisierenden Unterricht sicher.			
▪ Anteil (in %) Lehrpersonen in der Primarschule, die eine Zusatzausbildung mindestens im Rahmen eines CAS zum Thema Vielfalt haben	32	*	15*
Anteil (in %) Lehrpersonen in der Sekundarschule, die eine Zusatzausbildung mindestens im Rahmen eines CAS zum Thema Vielfalt haben	*	*	10*
Die Schule stellt Angebote für die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten zur Verfügung.			
▪ Anteil (in %) Schulen in denen mindestens ein, von Eltern und Schule gemeinsam organisierter Anlass stattfindet	19	*	80*

*Neu formulierte Ziele ab 2013. Vergleichbarkeit ist daher nicht gegeben.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
- Anzahl Schüler/innen im Kindergarten und Primarschule - Durchschnittliche Klassengrösse - Übertritte (in %) Mittelschule ab 6. Primar (3j-Mittel) - Fremdsprachenquote (in %) - Ausländerquote (in%) - Anzahl Nationalitäten, die unterrichtet werden - Anzahl Vollzeiteinheiten für Kindergarten- und Primarstufe - Davon Anzahl Vollzeiteinheiten / Lektionen sonderpädagogischer Massnahmen für die Unterstützung der integrativen Ausrichtung der Volksschule - gesamt - davon Deutsch als Zweitsprache (DaZ) - davon Integrative Förderung (IF) - davon Integrative Förderung plus - davon Therapien - davon Begabtenförderung - Anteil (in %) von Schüler/innen in besonderen Klassen - Kosten / Bildungsaufwand pro Schüler/in	7'395 20.8 13 47 26 21 460.7 120.2 39.7 38.6 14.7 25.3 1.9 1 12'808	7'320 21.1 13 43 28 20 455.5 115.4 36.0 37.8 15.0 26.4 1.9 1 16'047	7'611 20.8 13 47 26 21 467.8 120.0 39.3 38.3 14.0 26.5 1.9 1 15'663

Anzahl Schüler/innen und Anzahl Vollzeiteinheiten im Soll 2013 basieren auf den Prognosen für das Schuljahr 2012/13

Für die Erhöhung der IF (ehemals IF plus) stehen den Kreisschulpflegen 6.5 VZE für die gezielte Stärkung der Regelschule (Primar- und Sekundarstufe) zur Verfügung. 8.8 VZE (inkl. Sekundarstufe) stehen für Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Integrierten Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule (ISR) zur Verfügung, deren Angebot die bisherige Integrative Förderung plus ablöst.

Produkt 2 Sekundarstufe I, inkl. integrative sonderpädagogische Massnahmen

Leistungen

Das Produkt beinhaltet den Unterricht gemäss Volksschulgesetz für die Sekundarstufe I. Gleichzeitig umfasst es integrative, sonderpädagogische Massnahmen wie Integrative Förderung (IF), Therapien, Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Aufnahmeunterricht, Besondere Klassen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	40'389'857	48'749'215	48'851'875
Erlös	579'447	394'331	492'444
Nettokosten	39'810'411	48'354'884	48'359'431
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Schüler/innen erhalten die zur Erreichung der Lernziele definierten Unterrichtslektionen.			
Anteil (in %) stattgefundene Lektionen	99	96	99
Die Schulen fördern und realisieren Vorhaben im Rahmen der Schüler/innen-Partizipation			
Anteil (in%) Schulen, die mindestens einen vom Schüler/innen angeregten Vorschlag umsetzen	*	*	80.00
Anschlusslösungen			
Anschlusslösungen			
Anteil (in %) Schüler/innen mit Anschlusslösung in der Berufsbildung oder weiterführenden Schule	*	*	90.00

* neuer Messwert ab 2013

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
- Anzahl Schüler/innen in der Sekundarstufe I - Durchschnittliche Klassengrösse - Übertritte (in %) in die Mittelschule ab 2. Sek. (3j-Mittel)	2'316 18 5	2'380 19 6	2'277 18 5

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Übertritte (in %) in die Mittelschule ab 3. Sek. (3j-Mittel)	6	7	6
Fremdsprachenquote (in %)			
▪ nach A (1)	28	25	28
▪ nach B (1)	61	57	61
▪ nach C (1)	81	75	81
Ausländerquote (in %)			
▪ nach A (1)	14	15	14
▪ nach B (1)	36	40	36
▪ nach C (1)	64	65	64
▪ Anzahl Nationalitäten die unterrichtet werden	21	20	21
▪ Anzahl Vollzeiteinheiten für Sekundarstufe I	151.6	160.8	150.6
▪ davon Anzahl Vollzeiteinheiten / Lektionen sonderpädagogischer Massnahmen für die Unterstützung der integrativen Ausrichtung der Volksschule			
- gesamt	12.8	11.3	12.1
- davon Deutsch als Zweitsprache (DaZ)	2.0	1.8	2.1
- davon Integrative Förderung (IF)	7.7	7.5	6.7
- davon Integrative Förderung plus	1.2	1.0	1.3
- davon Therapien	1.9	2.0	2.0
- davon Begabtenförderung	0	0	0
▪ Anteil (in %) von Schüler/innen in besonderen Klassen	1	2	2
▪ Kosten / Bildungsaufwand pro Schüler/in	17'189	20'134	21'209

Anzahl Schüler/innen und Anzahl Vollzeiteinheiten im Soll 2013 basieren auf den Prognosen für das Schuljahr 2012/13

Produkt 3 Ergänzende Angebote

Leistungen

Das Produkt beinhaltet ergänzende Angebote gemäss Volksschulgesetzes (§§ 15 – 18) wie Aufgabenhilfe, Musikalische Grundschule, freiwilliger Schulsport, Blockflötenunterricht.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'022'054	1'856'789	1'811'028
Erlös	180'897	214'000	227'200
Nettokosten	1'841'157	1'642'789	1'583'828
Kostendeckungsgrad in %	9	12	13

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die Schulen stellen vielfältige und bedürfnisgerechte ergänzende Angebote zur Verfügung.			
▪ Anteil (in %) Kindergarten- und Primarstufen-Schüler/innen, die schulergänzende Unterrichtsangebote besuchen (1)		*	**
▪ Anteil (in %) Sekundarstufen-Schüler/innen, die mehr Wahlfächer besuchen als minimal erforderlich	***	*	***

(1) Kurse wie Schulsport, handwerkliche Kurse, Musikurse etc.

* Indikatoren lassen sich erst mit der Ist-Erhebung (ab 1.1.2011) beziffern, noch keine Sollwerte.

** Freiwillige Handarbeitskurse auf der Primarstufe werden per Schuljahr 13/14 aus Spargründen nicht mehr angeboten. Das Minderangebot lässt sich rechtfertigen, weil in der 5. und 6. Klasse der Primarschule mehr Handarbeitslektionen obligatorisch durchgeführt werden.

*** Operatives Ziel mit zumutbarem Aufwand nicht erhebbar.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Anzahl der freiwilligen Schulsportkurse	85	85	85

Produkt 4 Tagesstrukturen

Leistungen

Das Produkt beinhaltet sämtliche Betreuungsangebote in den Tagesschulen und die Mittagstische in Sekundarschulen.

- Zu den städtischen schulergänzenden Betreuungseinrichtungen für Primarschulkinder zählen (Stand Mai 2012): Obertor, Neuwiesen, Tössfeld, Schachen, Schachen Pavillon, KK Schachen, Feldstrasse, Wiesenstrasse, Wülflingerstrasse, Eulach, Linde, Wartstrasse, Langwiesen, Wyden, Laubegg, Laubegg Pavillon, Rebwiesen, Zelgli, Eichliacker, Gutschick, Schooren, Guggenbühl, Unterwegli, Talwiesen, Zinzikon, Wallrüti, Oberseen, Tägelmoss, Steinacker 1, Steinacker 2, KK Steinacker, Sennhof, Brühlberg, Hegi TMZ, Hegifeld, Hegi Dorf, Im oberen Gern, Inneres Lind, Geiselweid, Schönggrund, Tiefenbrunnen, Tagesschule Mattenbach, Weberstrasse, am Bach.

Schulergänzende Betreuung auf Primarstufe, Öffnungszeiten:

Mittagstische: 11.50 - 13.45

Nachmittagsbetreuung: 13.30 - 18.00 oder im Anschluss an den Unterricht

- Mittagstisch auf Sekundarstufe: Sekundarschulen Heiligberg, Wallrüti, Rychenberg, Feld, Hohfurri, Oberseen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	12'742'445	13'211'763	13'819'078
Erlös	4'552'085	4'525'707	4'672'496
Nettokosten	8'190'360	8'686'057	9'146'582
Kostendeckungsgrad in %	36	34	34

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die Schule stellt bedürfnisgerechte Tagesstrukturen zur Verfügung.			
▪ Anzahl betreute Schüler/innen pro 100%-Stelle Betreuungspersonal (Stichtag 31.12.)	26	27	29
▪ Anzahl der Schüler/innen auf Warteliste (per Semesterbeginn 1.2/1.8)	0	0	0
Die Leistungen der die Lehrpersonen unterstützenden Fachleute und die Weiterbildungen stellen die Integrationsfähigkeit der Schule und den individualisierenden Unterricht sicher.			
▪ Anteil (in %) Betreuungspersonen, die eine Weiterbildung zum "Umgang mit Vielfalt" absolviert haben	30	11	30

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Anzahl Plätze			
- in Tagesschule (Kindergarten, Primarstufe)	1'225	1'291	1'478
- Mittagstische (Sekundarstufe)	135	160	160
▪ Anzahl betreute Schüler/innen	2'163	2'300	2'550
▪ Anteil (in %) der betreuten Schüler/innen	22	24	25
▪ Kosten pro Betreuungsstunde			
- in Tagesschule (Kindergarten, Primarstufe)	7.62	7.55	7.79
- Mittagstische (Sekundarstufe)	3.44	4.10	--

(1) Bruttokosten ohne Raumkosten, ohne Mahlzeiten, geteilt durch Stunden (= angebotene Plätze x Stunden Öffnungszeit pro Tag x 195 Tage + geschätzte Ferienbetreuungsstunden pro Platz pro Jahr).

Von den 1478 Plätzen, sind 176 reine Mittagsplätze

Mittagstische (Sekundarstufe): Der Mittagstisch Sekundarschule wird ab 1.1.2012 nicht mehr separat ausgewiesen.

Produkt 5 Unterstützende Präventive Dienste (UPD)

Leistungen

Unterstützende und Präventive Dienste (UPD)

In den Unterstützenden und Präventiven Diensten sind der Schulpsychologische Dienst (SPD), die Schulsozialarbeit (SSA), der Schulzahnärztliche Dienst (SZD) und der Schulärztliche Dienst (SAD) zusammengefasst.

Leistungen

Der Schulpsychologische Dienst bietet diagnostische Abklärungen und Beratungen bei schulischen Fragestellungen an. Die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen arbeiten auch in den Schulen vor Ort (Schulhaussprechstunden, Fachteams, schulische Standortgespräche, Interventionen u.a.). Wichtig ist die Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen, Schulleitungen, Kreisschulpflegern und anderen Fachstellen. Der SPD ist zwingend beizuziehen für die Abklärung für Sonderschulung und bei Fragen im Dissensfall.

Die Schulsozialarbeit unterstützt die Kinder und Jugendlichen in ihrer sozialen Entwicklung und der Bewältigung des Alltags. Ebenso zielt sie auf eine Verbesserung des Lernumfeldes und der sozialen Integration ab. Die Schulsozialarbeit hat in den 15 Stammschulen ein niederschwelliges Angebot und bietet Beratung bei sozialen Problemen, Konflikten und Gefährdungen an. Die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter werden auf Anfrage von Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen und Eltern aktiv, in den 20 Kontaktschulen nur auf Anfrage der Schulleitungen.

Der Schulzahnärztliche Dienst untersucht gemäss kantonalem Gesundheitsgesetz regelmässig die Zähne der Schülerinnen und Schüler. Die Untersuchungen sind für die Eltern kostenlos und erfolgen jeweils im Klassenverband. Zusätzlich werden Massnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung in den Schulen (Prophylaxe-Unterricht) durchgeführt. Auf Wunsch werden auch konservierende und kieferorthopädische Behandlungen durchgeführt. An diese Behandlungen werden einkommensabhängig Unterstützungsbeiträge entrichtet.

Der Schulärztliche Dienst führt in allen öffentlichen Schulen und Kindergärten (2. Kindergarten, 4. und 8. Klasse) die gesetzlich vorgeschriebenen Untersuchungen durch, um Krankheiten und Epidemien vorzubeugen und die Gesundheit der Kinder zu erhalten und zu fördern. Die schulärztlichen Leistungen umfassen verschiedene Tests, die Überprüfung des Impfstatus und Impfungen, schulärztliche Beratungen für Kinder, Jugendliche, Lehrpersonen und Eltern sowie Grundlagenvermittlung in der Prävention bei Jugendlichen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	8'445'561	8'187'973	8'585'781
Erlös	4'539'215	3'338'066	2'511'830
Nettokosten	3'906'346	4'849'907	6'073'950
Kostendeckungsgrad in %	54	41	29

Der Kostendeckungsgrad 2013 verschlechtert sich aufgrund wegfallenden Subventionen des Kantons für den schulpsychologischen Dienst (SPD)

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die Leistungen der die Lehrpersonen unterstützenden Fachleute und die Weiterbildungen stellen die Integrationsfähigkeit der Schule und den individualisierenden Unterricht sicher.			
▪ Anteil (in %) schulpsychologische Arbeit in den Schulen (vor Ort) (3)	21	14	20
Anzahl Schüler/innen pro Schulsozialarbeiter/innen-Stelle auf der Primarstufe			1'100.00
Anzahl Schüler/innen pro Schulsozialarbeiter/innen-Stelle auf der Sekundarstufe			700.00
Die Schule stellt bedürfnisgerechte unterstützende präventive Angebote zur Verfügung.			
▪ Wartezeit Abklärung im Schulpsychologischen Dienst (in Tagen)(1)	33	30	30

(1) Definition: Zeit von definitiver Auftragserteilung bis zur ersten Kontaktaufnahme bezüglich Abklärung.

(2) Gemäss Stellenplanung 2012 soll die Schulsozialarbeit ab Mitte Jahr um 2.9 Frontstellen aufgestockt werden.

(3) Durch die 2011 erstmalig umfassende Erhebung der schulpsychologischen Arbeit vor Ort (nicht-fallbezogene und fallbezogene Arbeit), hat sich der Anteil in % erhöht.

Prozentanteil Schulpsychologische Arbeit in den Schulen (vor Ort): durch die Einführung von Schulhaussprechstunden, Fachteams etc. wird der Anteil der Schulpsychologischen Arbeit vor Ort steigen.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Fälle Schulpsychologischer Dienst (SPD)	1'211	1'130	1'210
▪ Abklärungen/Beratungen	505	480	510
▪ Beratungen	561	490	550
▪ Kurzberatungen	145	160	150
Kosten pro Fall SPD			
▪ Abklärungen/Beratungen	1'094	1'256	1'260
▪ Beratungen	589	676	670
▪ Kurzberatungen	83	96	97

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
<i>Anzahl Stellenprozent pro 100 Schüler/innen</i>			
▪ im Schulpsychologischen Dienst	8.1	8.1	8.1
▪ in der Schulsozialarbeit	7.2	8.7	10.2
▪ Anzahl Fälle Schulsozialarbeit (SSA) (1)	1'095	1'100	1'551
▪ Kosten pro Fall SSA	1'037	1'123	1'066
▪ Anzahl Time-outs	21	20	20
▪ Anzahl obligatorische Untersuchungen Schulzahnärztlicher Dienst (SZD)	8'498	8'200	8'700
▪ Städtische Beiträge an zahnärztliche Behandlungen in CHF	446'406	435'000	460'000
▪ Anteil (in %) gesunde Znüni	59	60	62
▪ Anzahl obligatorische Untersuchungen Schulärztlicher Dienst (SAD)	2'651	2'450	2'650
▪ Anzahl verabreichte Impfungen gemäss Impfplan	524	790	520

Schulpsychologischer Dienst SPD

Fälle und Fallkosten SPD sind durchschnittliche Werte, da die Dauer eines Falles je nach Problemstellung kürzer oder länger ist. Die Erhebung der Anzahl der Fälle wurde neu gestaltet, darum verändern sich die Werte. Anstelle von geschlossenen Dossiers werden effektiv bearbeitete Dossiers gezählt. Durch die neue Erhebung der Fallzahlen verändern sich auch die Kosten pro Fall.

Schulsozialarbeit SSA

Fälle SSA sind durchschnittliche Werte. Sie können seit 2011 bei Bedarf als Kurz-, Mittel- od. Langzeitfälle ausgewiesen werden.

(1) Gemäss Stellenplanung 2012 soll die Schulsozialarbeit ab Mitte Jahr um 3 Vollzeitstellen aufgestockt werden.

Kosten pro Fall SSA: Die Berechnungsformel wurde angepasst und der richtige Sollwert 2011 beträgt 1'127.

Schulärztlicher Dienst SAD

Die obligatorischen Untersuchungen gliedern sich:

Durch SAD ausgeführt Schuljahr 2010 / 2011 = 2088 Untersuchungen 78.76%

Durch Privatarzt ausgeführt Schuljahr 2010 / 2011 = 563 Untersuchungen 21.23%

Gesamte obligatorische Untersuchungen Schuljahr 2010 / 2011 = 2651 Untersuchungen 100%

Der Wunsch der Eltern die Kinder vom Privatarzt / der Privärztin untersuchen zu lassen beeinflusst dementsprechend die Zahl der SAD-Untersuchungen.

Die Impfungen gliedern sich in:

Basisimpfungen Schuljahr 2010 / 2011 299

Hepatitis Impfungen Schuljahr 2010 / 2011 173

HPV Impfungen Schuljahr 2010 / 2011 52

Gesamte Impfungen Schuljahr 2010 / 2011 524

IAFP Volksschule

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	161'224	191'618	193'799	199'903	204'415	208'591
Erlös	12'604	10'496	9'639	9'924	10'144	10'364
Nettokosten/Globalkredit	148'620	181'122	184'161	189'979	194'271	198'227
Kostendeckungsgrad in %	8	5	5	5	5	5

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	20'851'000	28'635'000	29'388'000	42'900'000	38'550'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Chancengerechte Förderung der Schüler/innen						
Die Schüler/innen erwerben ihre Fähigkeiten grundsätzlich in der Regelklasse und erfahren in ihrer Förderung Chancengerechtigkeit. (W)						
▪ Anteil (in %) Schüler/innen in der Regelklasse	95	95	95	95	95	95

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
<i>Anteil (in%) fremdsprachiger (Definition gemäss Bildungsstatistik) Schüler/innen in den Abteilungen A, B, C der Sekundarstufe (1)</i>						
▪ A	28	25	32	28	28	28
▪ B	61	57	64	61	61	61
▪ C	81	75	83	81	81	81
Die Leistungen der die Lehrpersonen unterstützenden Fachleute und die Weiterbildungen stellen die Integrationsfähigkeit (Ermöglichung zum Verbleib in der Regelklasse) der Schule und den individualisierenden Unterricht sicher. (L)						
▪ Anteil (in %) schulpsychologische Arbeit in den Schulen (vor Ort)	21	14	20	21	22	23
▪ Anzahl Schüler/innen pro Schulsozialarbeiter/innen-Stelle auf der Primarstufe			1'100	1'100	900	900
▪ Anzahl Schüler/innen pro Schulsozialarbeiter/innen-Stelle auf der Sekundarstufe			700	700	700	700
▪ Anteil (in %) Lehrpersonen der Primarstufe, die eine Zusatzausbildung mindestens im Rahmen eines CAS zum Thema "Umgang mit Vielfalt" absolviert haben (2)			15	15	15	15
▪ Anteil (in %) Lehrpersonen der Sekundarstufe, die eine Zusatzausbildung mindestens im Rahmen eines CAS zum Thema "Umgang mit Vielfalt" absolviert haben (2)			10	10	10	10
2 Kompetenzen und Befähigung der Schüler/innen						
Die Schüler/innen erreichen eine hohe Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz. (W)						
▪ Anteil (in %) Schüler/innen in der 5. Klasse Primarstufe mit positiver Verhaltensbeurteilung (Stichprobe Erhebung aus Zeugnissen)			90	90	90	90
▪ Anteil (in %) Schüler/innen in der 2. Klasse Sekundarstufe mit positiver Verhaltensbeurteilung (Stichprobe Erhebung aus Zeugnissen)			85	85	85	85
▪ Die Leistungen der Schüler/innen der 5. Klasse Primarstufe in Deutsch entsprechen bei den Klassen-Cockpits mindestens der Vergleichsgruppe (3).			100	100	100	100
▪ Die Leistungen der Schüler/innen der 5. Klasse Primarstufe in Mathematik entsprechen bei den Klassen-Cockpits mindestens der Vergleichsgruppe (3)			100	100	100	100
Schüler/innen erhalten die zur Erreichung der Lernziele definierten Unterrichtslektionen. (L)						
▪ Anteil (in %) stattgefundene Lektionen (4)	99	96	99	99	99	99
Die Schulen fördern und realisieren im Rahmen der Schüler/innen-Partizipation Vorhaben. (L)						
▪ Anteil (in %) Schulen, die mindestens einen von Schüler/innen angeregten Vorschlag umsetzen.			90	90	90	90

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Die Gesundheitsförderung und Prävention ist in den Schulen verankert. (L) Anteil (in %) Schulen, die mindestens ein Projekt im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention durchführen.			65	65	65	65
3 Gemeinsame Förderung der Kinder und Jugendlichen Die Schule und die Erziehungsberechtigten fördern gemeinsam die Kinder und Jugendlichen in ihrer Entwicklung. (W) (6) Zufriedenheit (in %) der - Erziehungsberechtigten - Lehrpersonen - Schüler/innen Die Schule stellt Angebote für die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten zur Verfügung. (L) - Anteil (in %) Schulen in denen mindestens zwei, von Eltern und Schule gemeinsam organisierter Anlass Anlässe stattfindet umsetzen. (7)	84 73 74	* * *	84 73 74	84 73 74	84 73 74	84 73 74
4. Anschlusslösungen Anteil (in%) Schülerinnen und Schüler mit Anschlusslösung in der Berufsbildung oder weiterführender Schule			90	90	90	90

(W) Wirkung / (L) Leistung

(1) Fremdsprachig: Als Muttersprache gilt die Sprache, in welcher die Lernenden denken und die sie am besten beherrschen. Die Zahlen werden der Bildungsstatistik entnommen.

Anteil Fremdsprachige in Winterthur: 49%. Kennzahlen 2011: Schuljahr 2011/12

Kantonaler Wert gemäss Bildungsstatistik: Sek A 26%, Sek B 50%, Sek C 71%. Anteil Fremdsprachige im Kanton Zürich: 38%. Kennzahlen 2011: Schuljahr 2011/12

(2) Beispiele für entsprechende Weiterbildungen sind CAS (Certificate of Advanced Studies) Deutsch als Zweitsprache DaZ, CAS Umgang mit Vielfalt, CAS oder MAS Schulische Heilpädagogik

(3) Der Index ist 100. Ein Ergebnis grösser als 100 entspricht Anzahl Prozente, welche die Winterthurer 5. Klassen besser sind als die Vergleichsgruppe (und umgekehrt).

(4) Beinhaltet auch Besuch der Schulzahnklinik, obligatorische Schulanlässe, Sporttag, etc. Wert im VA 2011 geschätzt.

(5) Das Projekt kann auf Klassen- oder Schulhausbene durchgeführt werden. Das Projekt muss in Zusammenarbeit mit der Suchtpräventionsstelle der Stadt Winterthur, der Schulsozialarbeit oder im Rahmen des „Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen“ durchgeführt werden.

(6) Erhebung durch Fachstelle Schulevaluation der Bildungsdirektion.

(7) Beinhaltet gemeinsam organisierte Anlässe (Bsp. Umgang mit neuen Medien, Erziehungsfragen, etc.) und nicht allgemeine Infoveranstaltungen (Bsp. Elternabend zur Klasseneinteilung etc.).

(8) Die Anschlusslösung kann eine Berufslehre (Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis EFZ / Eidgenössischer Berufsattest EBA), der Besuch eines Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) (ehemals 10. Schuljahr) oder vergleichbar oder ein Übertritt an eine Kantonsschule sein. Explizit keine Anschlusslösung sind Angebote des RAV wie beispielsweise das Motivationssemester. Der Indikator wird von den Schulen zwei Wochen vor den Sommerferien erhoben. Nicht berücksichtigt sind Anschlusslösungen, die während den Sommerferien realisiert werden.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Umsetzung Massnahmen aus den Think Tanks im Projekt "Schulen unterwegs".

Umsetzung Projekt Schulbehördenreorganisation 2. Teil mit Reduktion der Schulkreise und der Kreisschulpflegen.

Projekt Stärkung der Integrationskraft der Regelschule.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Kosten im IAFP nehmen zu aufgrund der steigenden Kosten des kantonal angestellten Lehrpersonals, dem Ausbau in der schulergänzenden Betreuung und der Erhöhung des Schulraumangebots aufgrund der demografischen Entwicklung

Materialverwaltung

Auftrag

Die Materialverwaltung der Stadt Winterthur ist ein departementsübergreifender Dienstleistungsbetrieb für die professionelle Beschaffung und Verteilung von Verbrauchs- und Investitionsgütern. Sie sichert damit der Stadtverwaltung eine wichtige Kernkompetenz in Bezug auf das Beschaffungswesen.

Produkte

Beschaffung und Verkauf

Koordinierte Beschaffung von Investitions- und Verbrauchsgütern unter Berücksichtigung der ökologischen und qualitativen Aspekte.

Dienstleistungen (Konzerndienstleistungen)

Unterstützung von städtischen Verwaltungsstellen bei Beschaffungsvorhaben (Beschaffungsberatung), mit dem Zweck gezielt und preiswert zu beschaffen. Zentrales Kompetenzzentrum für Submissionen im Rahmen des GATT/WTO-Abkommens.

Lagerung, Transport und Entsorgung

Koordinierte und effiziente Lagerung und Verteilung von Investitions- und Verbrauchsgütern zwecks Kostenoptimierung. Sicherstellung einer nach ökologischen Gesichtspunkten organisierten Entsorgung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Lehrmittelverordnung für die Volksschule vom 5. Januar 2000
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Stadtratsbeschluss vom 21. Mai 2003 über die Richtlinien für das Beschaffungswesen
- Projekt "Nachhaltige ökologische Beschaffung" vom November 1998

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild der Materialverwaltung vom April 2000

Verantwortliche Leitung

Peter Buchwalder, Leiter Materialverwaltung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit Die Materialverwaltung ist ein zentrales Dienstleistungs- und Beschaffungszentrum der Stadtverwaltung Winterthur. Durch optimierte Abläufe, koordinierte Beschaffung und eine effiziente Materialwirtschaft leistet sie den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung. <i>Messgrössen:</i> Der Kostendeckungsgrad in % für das Produkt 1 Der Kostendeckungsgrad in % für die Produkte 2 und 3 ist im Durchschnitt	102 57	102 73	102 69
2 Wirkung Der Warenkorb mit den 100 umsatzstärksten Lagerartikeln wird im Durchschnitt gegenüber dem Fachhandel, dem Detailhandel und dem Internetmarkt, bei der Materialverwaltung um mindestens x % günstiger angeboten. 1) <i>Messung / Bewertung</i> mit einem jährlich durchgeführten Preisvergleich <i>Messgrösse:</i> Zielerreichungsgrad in %	0	18	18
3 Qualität Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Materialverwaltung zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Die Zufriedenheit wird anhand der Reklamationen erhoben. 2) - Anzahl Reklamationen infolge falschem Auslieferungsort - Anzahl Reklamationen infolge verspätetem Liefertermin - Anzahl Reklamationen infolge mangelnder Produktqualität	0 0 0	43 36 25	40 35 25
4 Ökologie Der Anteil von A4 Recycling-Kopierpapier und der Rücklauf von wieder verwertbaren Produkten wird gefördert. <i>Messung / Bewertung:</i> - Anteil von Recycling-Kopierpapieren gemessen am Gesamtverbrauch in % (mindestens) - Anteil von Recycling + FSC-Papier gemessen am Gesamtverbrauch in % - Rücklauf der sinnvoll wieder verwertbaren Produkte gemessen am Gesamtverbrauch in % Der gesamtstädtische Anteil an Normdrucksachen (Formulare, Couverts etc.), die auf Recyclingpapier gedruckt sind, wird gehalten <i>Messgrösse:</i> Prozentualer Anteil	65 0 71 91	75 100 70 90	95 100 70 90

1) Gemäss dem Steuergesetz vom 1.1.2010 müssen Stadt-interne Leistungen nicht mehr versteuert werden. Es wird deshalb der steuerfreie Verkaufspreis dem externen Inklusive-Preis gegenüber gestellt.

2) Die Erhebung erfolgt während je eines Monats pro Quartal.

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	22'680	-5'071	-13'106

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

- Keine wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

- Nachdem im Jahr 2011 durch begründete Minderumsätze die finanziellen Ziele nicht ganz erreicht werden konnten, wird für das Jahr 2013 wieder eine schwarze Null budgetiert.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	996'838	1'032'257	1'009'544
Sachkosten	6'786'586	6'862'786	6'899'919
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	26'102	26'102	23'941
Mietkosten	195'292	195'300	213'240
Übrige interne Kosten	104'588	75'072	78'262
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'109'406</i>	<i>8'191'516</i>	<i>8'224'907</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	8'109'406	8'191'516	8'224'907
Externe Erlöse	2'028'671	1'820'000	1'905'000
Interne Erlöse	6'058'055	6'376'586	6'333'012
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'086'726</i>	<i>8'196'586</i>	<i>8'238'012</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	8'086'726	8'196'586	8'238'012
Total Nettokosten / Globalkredit	22'680	-5'071	-13'106
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	8.90	8.90	8.90
▪ Auszubildende	2.00	2.00	2.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderung gegenüber dem VA 2012

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Projekt Neubau Schulhaus Zinzikon: Durchführung der Beschaffungen im Bereich Mobiliar, interaktiven Wandtafeln, Maschinen und Geräten. Erarbeitung eines neuen Einrichtungskonzeptes betreffend den im Neubau vorhandenen "Lernlandschaften".
- Projekt Fokus: Planung und Beginn der Vorbereitung für die Büro-Mobiliarbeschaffungen.

Produkt 1 Beschaffung und Verkauf

Leistungen

- Sicherstellen der Versorgung von städtischen Verwaltungsstellen und Schulen mit den zur koordinierten Beschaffung zugeteilten Gebrauchs- und Verbrauchsgütern und den damit verbundenen Dienstleistungen.
- Beschaffung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung von Ökologie, Qualität, Bedarf und Lieferbereitschaft.
- Durch kosten-/ nutzenorientierte Beschaffung den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung leisten.
- Beschaffen und Auswerten der für den Bereich Materialwirtschaft wichtigen Informationen aus dem Beschaffungsmarkt.
- Führen und Aktualisieren einer umfassenden Lieferantendokumentation.
- Gesamtstädtische Bedarfserhebungen zur koordinierten Beschaffung von Agenden, Telefonbüchern etc.
- Beschaffung von Geschäfts- und Individualdrucksachen für Verwaltungsstellen und Schulen im Rahmen von Sammelbestellungen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	7'626'178	7'709'183	7'732'129
Erlös	7'807'392	7'846'571	7'897'995
Nettokosten	-181'214	-137'388	-165'866
Kostendeckungsgrad in %	102	102	102

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die Anzahl der Einkaufsbestellungen für Lagermaterial wird durch Optimierung der Bestellabläufe reduziert Anzahl Einkaufsbestellungen	kein OZ	1'260	1'240

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl der Bestellungen für Individualdrucksachen	392	450	450
Umsatzanteil der städtischen Schulen in %	64	65	65
Anzahl Bestellungen insgesamt	14'638	14'500	14'300
Anzahl Bestellungen im Internet-Shop	7'702	8'000	8'200
Anzahl Kundinnen und Kunden	1'268	1'250	1'250

Produkt 2 Dienstleistungen (Konzerndienstleistungen)

Leistungen

- Produkteberatung bei grösseren Beschaffungsvorhaben für die städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Vermittlung von Lieferanten und Kontaktpersonen bei Beschaffungsvorhaben der städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen wie Beschaffungskommission, Erscheinungsbildkommission, Arbeitsgruppe Lehrmittel, Materialprüfungskommission, Maschinenkommission etc.
- Beratungen bezüglich städtischem Erscheinungsbild.
- Aufbereitung und Verteilung von Informationsmaterial für die städtischen Schulen.
- Vermietung von Ausstellungsmaterial an Schulen, Verwaltung und Private.
- Planung und Durchführung von Submissionen unter GATT/WTO für die gesamte Stadtverwaltung. Auch den Aussengemeinden wird diese Fachkompetenz zu gewinnbringenden Honoraren angeboten.
- Wahrnehmen von GU-Funktionen im Rahmen von Neu- und Umbauten in Bezug auf Beschaffung und Koordination.
- Planen und Durchführen einer jährlichen Ausstellung für Kindergartenmaterial.
- Planen und Durchführen von Kursen in den Bereichen Handarbeit und Werken.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	248'936	248'474	253'855
Erlös	151'386	180'008	185'009
Nettokosten	97'550	68'466	68'846
Kostendeckungsgrad in %	61	72	73

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl der Produktberatungen bei Beschaffungen von > Fr. 5'000			
- Für Druckaufträge - Für allgemeine Dienstleistungsaufträge	kein OZ keine OZ	54 65	50 65
Bis zur Realisierung von Fokus: Die Kosten für Beschaffungsvorhaben von Büromobiliar werden durch Beratungen und das zusätzliche Angebot von Alternativen (z.B. Occasionsmobiliar, Einsatz von Günstigprodukten) um x % reduziert.	kein OZ	10.00	20.00

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anteil des Aufwandes für städtische Schulen in %	75	75	75

Produkt 3 Lagerung, Transport und Entsorgung

Leistungen

- Effiziente Lagerbewirtschaftung durch periodische Überprüfung der Lagerbestände und Anpassung der Lagerreichweiten unter Einbezug der Wiederbeschaffungsfristen.
- Zentrale Bewirtschaftung und koordinierte Verteilung sämtlicher Lagerartikel in den Bereichen Büromaterial, Schulmaterial, Handarbeitsmaterial, Reinigungsmaterial, Werkzeuge, Sportgeräte etc.
- Organisation und Durchführung von Umzügen und Transporten für die städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Sammeln von Beleuchtungsmaterial und Sicherstellung von ökologisch sinnvoller Entsorgung oder Wiederverwertung.
- Lagerung und Verteilung von Occasionsmobiliar und -maschinen für städtische Verwaltungsstellen und Schulen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	234'292	233'858	238'922
Erlös	123'094	170'007	155'008
Nettokosten	111'199	63'851	83'914
Kostendeckungsgrad in %	53	73	65

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Jeder Lagerartikel ist innert 4 Tagen lieferbar			
- Einhaltung der Lieferfristen in %	90.00	90.00	90.00
Durch gezielte Kundeninformation wird der Rücklauf von sinnvoll wieder verwertbaren Produkten erhöht			
- Zielerreichungsgrad: prozentualer Rücklauf in Relation zur Anzahl verkaufter Produkte	96	96	96
Lagerumschlag pro Jahr (Umsatz : Lagerwert)	kein OZ	3.90	3.90

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl der organisierten Umzüge und Transporte	270	250	220

IAFP Materialverwaltung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	8'109	8'191	8'224	8'225	8'225	8'225
Erlös	8'086	8'196	8'238	8'238	8'238	8'238
Nettokosten/Globalkredit	23	-5	-13	-13	-13	-13
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit <i>Messgrössen:</i> Der Kostendeckungsgrad in % für das Produkt 1 Der Kostendeckungsgrad in % für die Produkte 2 und 3 ist im Durchschnitt	102 57	102 73	102 69	102 69	102 69	102 69
2 Wirkung Der Warenkorb mit den 100 umsatzstärksten Lagerartikeln wird im Durchschnitt gegenüber dem Fachhandel, dem Detailhandel und dem Internetmarkt, bei der Materialverwaltung um mindestens x % günstiger angeboten. 1) <i>Messung / Bewertung</i> mit einem jährlich durchgeführten Preisvergleich <i>Messgrösse:</i> Zielerreichungsgrad in % <i>Messgrösse:</i>	kein Indikator	18	18	18	18	18
3 Qualität Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Materialverwaltung zufrieden. Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Materialverwaltung zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Die Zufriedenheit wird anhand der Reklamationen erhoben. 2) - Anzahl Reklamationen infolge falschem Auslieferungsort - Anzahl Reklamationen infolge verspätetem Liefertermin - Anzahl Reklamationen infolge mangelnder Produktqualität	kein Indikator kein Indikator kein Indikator	43 36 25	40 35 25	35 30 25	35 25 20	30 20 20

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
4 Ökologie Der Anteil von A4 Recycling-Kopierpapier und der Rücklauf von wieder verwertbaren Produkten wird gefördert. <i>Messung / Bewertung:</i>						
▪ Anteil von Recycling-Kopierpapieren gemessen am Gesamtverbrauch in % (mindestens)	65	75	95	95	95	95
▪ Anteil von Recycling + FSC-Papier gemessen am Gesamtverbrauch in %	kein Indikator	100	100	100	100	100
▪ Rücklauf der sinnvoll wieder verwertbaren Produkte gemessen am Gesamtverbrauch in %	71	70	70	70	70	70
Der gesamtstädtische Anteil an Normdrucksachen (Formulare, Couverts etc.), die auf Recyclingpapier gedruckt sind, wird gehalten <i>Messgrösse:</i> Prozentualer Anteil	91	90	90	90	90	90

1) Gemäss dem Steuergesetz vom 1.1.2010 müssen Stadt-interne Leistungen nicht mehr versteuert werden. Es wird deshalb der steuerfreie Verkaufspreis dem externen Inklusiv-Preis gegenüber gestellt.

2) Die Erhebung erfolgt während je eines Monats pro Quartal.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Fokus Projekt Materialverwaltung, Konzept und Realisierung

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Sonderschulung

Auftrag

Die Sonderschulen bereiten Kinder und Jugendliche mit besonders hohem Förderbedarf, bzw. mit Behinderungen auf eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung oder angemessene Anschlusslösung vor. Die möglichst selbstständige Bewältigung des Alltags steht dabei im Mittelpunkt.

Die Umsetzung richtet sich nach kantonalen und städtischen Vorgaben sowie nach Möglichkeit nach dem Lehrplan für die Zürcher Volksschule. Die Integrierte Sonderschulung in Regelklassen ist ein wichtiges Angebot der Sonderschulen. Ziel ist, möglichst viele Kinder und Jugendliche durch heilpädagogische Unterstützung in Regelklassen integriert zu unterrichten.

Produkte

1 Sonderschulische Angebote

Das Produkt beinhaltet sämtliche sonderschulischen Angebote wie Heilpädagogische Schule (Michaelschule HPS), Schule für Kinder mit cerebraler Lähmung, körperlicher Behinderung oder Mehrfachbehinderungen (Maurerschule CPS), Kleingruppenschule (KGS) für verhaltensauffällige Jugendliche, Angebote der Integrierten Sonderschulung (IS), auswärtige Sonderschulungen und weitere Dienstleistungen (Therapien, Einzelunterricht, Transporte).

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

Bundesverfassung vom 18. Dezember 1998, Art. 62 Abs. 2

Stufe Kanton

Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005, Art. 115 und 116

Kantonale Volksschulgesetzgebung, insbesondere Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 (LS 412.100)

Stufe Stadt (Volk/GGR / SR)

Volksabstimmung Maurerschule vom 17. September 1964

Volksabstimmung Michaelschule vom 17. September 1964

GGR-Beschluss vom 25. August 2008 betr. vorläufiger Weiterführung von Sprachheilkindergärten

Stufe Zentralschulpflege

Reglement über die sonderpädagogischen Massnahmen in Winterthur vom 13. Mai 2008, Art. 19

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Zentralschulpflege

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Förderung der individuellen Fähigkeiten Jugendliche mit besonders hohem Förderbedarf bzw. mit Behinderungen können eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung absolvieren. (W) ▪ Anzahl Jugendliche, die im Anschluss eine Berufsausbildung oder einer weiterführenden Schule besuchen (1)(2) - HPS - CPS - KGS Die Sonderschulen und Eltern schöpfen die organisatorischen und pädagogischen Möglichkeiten aus, damit die Jugendlichen mit individualisierten Lernzielen eine angemessene Anschlusslösung finden. (L) ▪ Anzahl austretende Jugendliche, die eine berufliche Tätigkeit ausüben oder über eine ausserfamiliäre Tagesstruktur (Institution) verfügen (1)	 7 7 5 2	 3 5 6 12	 3 5 6 12
2 Förderung der Selbstständigkeit und Integration Während ihrer Schulzeit sind die Kinder und Jugendlichen möglichst selbstständig und integriert. (W) Zu diesem Zweck schöpfen die Sonderschulen und Eltern die organisatorischen und pädagogischen Möglichkeiten aus, damit die Kinder und Jugendlichen ihren Schulweg selbstständig bewältigen oder sich im Schulhaus selbstständig bewegen können. (L) ▪ Anteil (in %) der Kinder und Jugendlichen, die ihren Schulweg selbstständig bewältigen können ▪ Anteil (in %) Kinder und Jugendliche, die sich selbstständig im Schulhaus bewegen, bzw. orientieren können Die Schüler/innen der Sonderschulen werden nach Möglichkeit integriert unterrichtet (Schule in der Regelklasse). (L) ▪ Anzahl integriert unterrichtete Sonderschüler/innen (3)	 44 76 94	 33 74 82	 33 74 104

(W) Wirkung / (L) Leistung

(1) Im ersten Indikator wird die Anzahl Jugendliche aufgeführt, die eine Ausbildung (Berufsausbildung oder weiterführende Schulen) absolvieren. Im zweiten Indikator wird die Anzahl Jugendliche ausgewiesen, welche keine Ausbildung absolvieren und direkt ins Erwerbsleben (berufliche Tätigkeit oder ausserfamiliäre Tagesstruktur) einsteigen. Die beiden Indikatoren sind zu kumulieren. Ziel ist, dass alle Jugendlichen eine Anschlusslösung haben. Total Anzahl Austritte: 26 Jugendliche

(2) Anzahl vorhandene Plätze, HPS: 149, CPS: 125, KGS: 21

(3) Der Anstieg der integriert unterrichteten Sonderschüler/innen resultiert aus der Überführung von IF++ Schüler/innen zur Integrierten Sonderschulung in der Verantwortung der Sonderschule.

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	20'304'056	20'728'081	24'693'886

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Die Erhöhung der Nettokosten resultiert aus der steigenden Anzahl von Schüler/innen, welche in einer auswärtigen Sonderschule platziert sind (knapp 3 Mio. im Vergleich zum Ist 2011). Die Überführung von IF++ Schüler/innen zur Integrierten Sonderschulung in der Verantwortung der Sonderschule führt zu Mehrbelastungen in der Produktgruppe Sonderschulung und zu einer Entlastung der Produktgruppe Volksschule.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Die Erhöhung der Nettokosten (knapp 3 Mio. im Vergleich zum Ist 2011) resultiert aus der steigenden Anzahl von Schüler/innen, welche in einer auswärtigen Sonderschule platziert sind. Die Überführung von IF++ Schüler/innen zur Integrierten Sonderschulung in der Verantwortung der Sonderschule führt zu Mehrbelastungen in der Produktgruppe Sonderschulung und zu einer Entlastung der Produktgruppe Volksschule. Im 2011 erhielt die Stadt einen Staatsbeitrag für die auswärtigen Sonderschulplatzierungen, welcher im 2013 nicht mehr ausgerichtet wird (neues Finanzausgleichsgesetz). Dieser Umstand bewirkt, dass die Erlöse, 2013 im Vergleich zum 2011 trotz gestiegener Erträge aufgrund der grösseren Schüleranzahl, stagnieren.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	20'441'778	19'353'815	21'460'581
Sachkosten	3'640'773	2'943'328	3'366'878
Beiträge an Dritte	9'774'012	10'581'000	13'250'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'527'513	1'495'728	1'469'398
Mietkosten	17'325	39'650	38'857
Übrige interne Kosten	509'803	371'135	567'127
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>35'911'204</i>	<i>34'784'656</i>	<i>40'152'841</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	35'911'204	34'784'656	40'152'841
Externe Erlöse	5'130'318	5'436'250	5'347'500
Interne Erlöse	2'069	325	384
Beiträge von Dritten	10'474'762	8'620'000	10'111'071
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>15'607'149</i>	<i>14'056'575</i>	<i>15'458'955</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	15'607'149	14'056'575	15'458'955
Total Nettokosten / Globalkredit	20'304'056	20'728'081	24'693'886
Kostendeckungsgrad in %	43	40	39

Die höheren Personalkosten resultieren aus den zusätzlichen ISS Plätzen und den erhöhten Aufwänden für die Betreuungsangebote.

Die höheren Beiträge an Dritte sind Ausdruck der Schulgeldkosten, welche die Stadt an die auswärtigen Sonderschulen für die höhere Anzahl platzierter Schüler/innen entrichten muss.

Die externen Erlöse bleiben trotz Wegfalls des Staatsbeitrages für die auswärtige Sonderschulung konstant, da die steigenden Personalkosten zu höheren Staatsbeiträgen für die städtischen Sonderschulen führen.

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	48.76	43.81	48.55
▪ Auszubildende	20.00	21.60	20.80
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

3.34 Bedarfsgerechter Ausbau der Betreuung in den Sonderschulen HPS und CPS gemäss Vorgaben Volksschulgesetz
 1.4 Leitung Fachstelle Integrative Pädagogik, Umwandlung von Lehrerstellen in Verwaltungsstellen; Führung von 51 Heilpädagoginnen und 9 Klassenassistenten in der Integrativen Pädagogik in den Regelklassen. Diese Verschiebung ist kostenneutral, da die Personen bisher als Lehrpersonen angestellt waren und bereits diese Funktion ausgeübt haben.

Produkt 1 Sonderschulische Angebote

Leistungen

Das Produkt beinhaltet sämtliche sonderschulischen Angebote wie Heilpädagogische Schule (Michaelschule HPS), Schule für Kinder mit cerebraler Lähmung, körperlicher Behinderung oder Mehrfachbehinderungen (Maurerschule CPS), Kleingruppenschule (KGS) für verhaltensauffällige Jugendliche, Angebote der Integrierten Sonderschulung (IS), auswärtige Sonderschulungen und weitere Dienstleistungen (Therapien, Einzelunterricht, Transporte).

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	35'911'204	34'784'656	40'152'841
Erlös	15'607'149	14'056'575	15'458'955
Nettokosten	20'304'056	20'728'081	24'693'886
Kostendeckungsgrad in %	43	40	39

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die Sonderschulen und Eltern schöpfen die organisatorischen und pädagogischen Möglichkeiten aus, damit die Jugendlichen mit individualisierten Lernzielen eine angemessene Anschlusslösung finden. (1) <i>Anzahl austretende Jugendliche, die eine berufliche Tätigkeit ausüben oder über eine ausserfamiliäre Tagesstruktur (Institution) verfügen</i>			
▪ HPS	1	10	10
▪ CPS	1	2	2
▪ KGS	0	0	0
Die Sonderschulen und Eltern schöpfen die organisatorischen und pädagogischen Möglichkeiten aus, damit die Kinder und Jugendlichen ihren Schulweg selbstständig bewältigen oder sich im Schulhaus selbstständig bewegen können			
▪ Anteil (in %) der Kinder und Jugendlichen, die ihren Schulweg selbstständig bewältigen können	44	33	33
▪ Anteil (in %) der Kinder und Jugendlichen, die sich im Schulhaus selbstständig bewegen, bzw. orientieren können	76	74	74
Die Schüler/innen der Sonderschulen werden nach Möglichkeit integriert unterrichtet (Schule in der Regelklasse).			
▪ Anzahl integriert unterrichtete Sonderschüler/innen	94	82	104
Die Sonderschulen stellen Plätze zur Verfügung. <i>Angebotene Plätze (Total)</i>			
▪ HPS	134	134	149
▪ CPS	120	120	125
▪ KGS	21	21	21
<i>Belegte Plätze (Winterthurer Schüler/innen)</i>			
▪ HPS	106	105	120
▪ CPS	78	74	79
▪ KGS	21	21	21
<i>Belegte Plätze (insgesamt)</i>			
▪ HPS	137	134	149
▪ CPS	116	120	125
▪ KGS	21	21	21
Auswärtige Sonderschulplatzierungen			
▪ Anzahl	181	170	215

(1) Individualisierte Lernziele: Kein vollständiges Zeugnis.
Platzzahlen werden per Stichtag 15.11. erhoben.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Anteil (in %) Schüler/innen in Sonderschulen	3	3	4
▪ Davon Anteil (in %) Schüler/innen in nicht städtisch geführten Sonderschulen	47	44	43
▪ Kosten pro Schulplatz (ohne integrierte Sonderschulung):			
- HPS	99'000	98'000	103'000
- CPS	127'000	108'000	110'000
- KGS	88'000	87'000	91'000
- Nicht städtisch geführte	45'000	60'000	45'000
▪ Kosten pro Schulplatz (mit integrierter Sonderschulung):			
- HPS	49'000	42'000	45'000
- CPS	47'000	49'000	59'000
▪ Anzahl schulisch indizierte Sonderschulheimplatzierungen	71	65	90
▪ Anzahl sozial indizierte Sonderschulheimplatzierungen	2	5	6
▪ Durchschnittliche Kosten von Sonderschulheimplatzierungen	100'000	110'000	98'000

Die Schulplatzkosten der Städtischen Sonderschulen HPS, CPS und KGS sind Bruttokosten. Die Schulplatzkosten von nicht städtisch geführten Sonderschulen und Sonderschulheimen sind Nettokosten.

IAFP Sonderschulung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	35'911	34'784	40'152	41'938	43'208	43'478
Erlös	15'607	14'056	15'458	15'499	15'519	15'539
Nettokosten/Globalkredit	20'304	20'728	24'694	26'439	27'689	27'939
Kostendeckungsgrad in %	43	40	39	37	36	36

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	166'000	-60'000	1'200'000	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Förderung der individuellen Fähigkeiten						
Jugendliche mit besonders hohem Förderbedarf bzw. mit Behinderungen können eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung absolvieren. (W)						
▪ Anzahl Jugendliche, die im Anschluss eine Berufsausbildung oder einer weiterführende Schule besuchen (1)(2)						
- HPS	7	3	3	3	3	3
- CPS	7	5	5	5	5	5
- KGS	5	6	6	6	6	6
Die Sonderschulen und Eltern schöpfen die organisatorischen und pädagogischen Möglichkeiten aus, damit die Jugendlichen mit individualisierten Lernzielen eine angemessene Anschlusslösung finden. (L)						
▪ Anzahl austretende Jugendliche, die eine berufliche Tätigkeit ausüben oder über eine ausserfamiliäre Tagesstruktur (Institution) verfügen (1)	2	12	12	12	12	12

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
2 Förderung der Selbstständigkeit und Integration Während ihrer Schulzeit sind die Kinder und Jugendlichen möglichst selbstständig und integriert. (W) Zu diesem Zweck schöpfen die Sonderschulen und Eltern die organisatorischen und pädagogischen Möglichkeiten aus, damit die Kinder und Jugendlichen ihren Schulweg selbstständig bewältigen oder sich im Schulhaus selbstständig bewegen können. (L) - Anteil (in %) der Kinder und Jugendlichen, die ihren Schulweg selbstständig bewältigen können - Anteil (in %) Kinder und Jugendliche, die sich selbstständig im Schulhaus bewegen, bzw. orientieren können Die Schüler/innen der Sonderschulen werden nach Möglichkeit integriert unterrichtet (Schule in der Regelklasse). (L) - Anzahl integriert unterrichtete Sonderschüler/innen (3)						
	44	33	33	33	33	33
	76	74	74	74	74	74
	94	82	102	102	102	102

(W) Wirkung / (L) Leistung

(1) Im ersten Indikator wird die Anzahl Jugendliche aufgeführt, die eine Ausbildung (Berufsausbildung oder weiterführende Schulen) absolvieren. Im zweiten Indikator wird die Anzahl Jugendliche ausgewiesen, welche keine Ausbildung absolvieren und direkt ins Erwerbsleben (berufliche Tätigkeit oder ausserfamiliäre Tagesstruktur) einsteigen. Die beiden Indikatoren sind zu kumulieren. Ziel ist, dass alle Jugendlichen eine Anschlusslösung haben. Total Anzahl Austritte: 26 Jugendliche

(2) Anzahl vorhandene Plätze, HPS: 149, CPS: 125, KGS: 21

(3) Der Anstieg der integriert unterrichteten Sonderschüler/innen resultiert aus der Überführung von IF++ Schüler/innen zur Integrierten Sonderschulung in der Verantwortung der Sonderschule.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Keine.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Nettokosten im IAFP nehmen zu, aufgrund von steigenden Kosten im Zusammenhang mit der Zuweisungen von Schüler an externe Sonderschulen

Familienunterstützende Angebote

Auftrag

Kindertagesstätten und weitere Angebote für Kinder im Vorschulalter fördern die Kinder in ihrer Sozial- Sach- und Selbstkompetenz. Eine gute Vorbereitung auf den Kindergarten bedeutet namentlich für Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien bessere Chancen auf eine erfolgreiche Schullaufbahn.

Die Elternbildung stärkt die Erziehungsberechtigten in ihrer Erziehungsaufgabe und bereitet sie auf die Kooperation mit der Schule vor. Die Angebote geben Impulse für den Familienalltag, vermitteln Informationen und zeigen Lösungsansätze für vielfältige Erziehungssituationen auf.

Das Kinder- und Jugendheim Oberi bietet Kindern und Jugendlichen mit einer oft schon bewegten Vergangenheit einen längerfristigen Lern- und Lebensplatz und eine sichere und fördernde Umgebung. Diese Kinder und Jugendlichen werden im Alltag begleitet und unterstützt, um ihre persönlichen Defizite aufzuarbeiten und ihre Ressourcen und Stärken weiterzuentwickeln auf dem Weg in ein selbstverantwortliches Leben.

Produkte

1 Frühförderung

Das Produkt beinhaltet die Vernetzung und Unterstützung der Akteur/innen welche mit Kindern im Vorschulalter befasst sind sowie die Subventionierung und Angebotssteuerung der privaten Trägerschaften (Spielgruppen, Eltern-Kind-(Elki-)Gruppen). Zudem beinhaltet das Produkt Beiträge an private Trägerschaften, welche Angebote im Bereich der Frühförderung bereitstellen.

2 Subventionierung von Betreuungseinrichtungen

Das Produkt beinhaltet die Unterstützung und Subventionierung sowie die Angebotssteuerung der privaten Trägerschaften im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung (Kindertagesstätten (Kitas) und Tagesfamilien Winterthur).

3 Eltern- und Erwachsenenbildung

Das Produkt beinhaltet städtische Kurse in Elternbildung, Deutsch für fremdsprachige Frauen und textilen Arbeiten. Zudem beinhaltet es Beiträge an private Trägerschaften, welche Angebote der Erwachsenenbildung bereit stellen (Volkshochschule Winterthur VHSW).

4 Wohnangebot für Kinder- und Jugendliche

Das Produkt beinhaltet die Betreuung verhaltens- und entwicklungsauffälliger Kinder, die nicht unter der Obhut der Eltern leben können, im Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur. Dieses erfüllt die kantonalen Qualitätsvorgaben und wird vom kant. Amt für Jugend- und Berufsberatung beaufsichtigt. Es erhält aufgrund der Anerkennung Betriebsbeiträge des Kantons und des Bundesamtes für Justiz.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Kanton

Gesetz über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge (LS 852.2)

Verordnung über die Jugendheime (LS 852.21)

Kinder- und Jugendhilfegesetz (LS 852.1)

Kinder- und Jugendhilfeverordnung (LS 852.11)

Verordnung des Kantons Zürich über die Bewilligung von Kinder- und Jugendheimen, Kinderkrippen und Kinderhorten (LS 852.23)

Richtlinien der Bildungsdirektion über die Bewilligung von Kinderkrippen vom 5. Juni 2008

Stufe Stadt (GGR / SR)

Volksabstimmung vom 23. September 2001 über die leistungsorientierte Subventionierung der privaten Einrichtungen zur familienergänzenden Betreuung im Vorschulalter sowie jährliche Budget-Beschlüsse des Grossen Gemeinderates

Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung der Stadt Winterthur vom 27. April 1998

Beschluss des Grossen Gemeinderates vom 15. Juni 2009 zur Weisung 2009/038: "Frühförderung in der Stadt Winterthur"

Betriebsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998

Beitragsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998

Verordnung über das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und weitere Aus- und Weiterbildungsangebote der Stadt Winterthur vom 3. Mai 2010

Verantwortliche Leitung

Regula Forster

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Verbesserte Chancengerechtigkeit für Kinder im Vorschulalter Kinder mit entsprechendem Bedarf profitieren von den Angeboten zur Frühförderung mit dem Ziel, den Kindergarten-Eintritt erfolgreich zu meistern. (W) - Anteil der Kinder, die von Angeboten der Frühförderung profitierten mit altersgemässer motorischer Entwicklung (W) (1) - Anteil der Kinder, die von Angeboten der Frühförderung profitierten mit altersgemässen kognitiven und nichtkognitiven Fähigkeiten (W) (2) Kinder mit entsprechendem Bedarf erhalten Zugang zu subventionierten Angeboten und nutzen diese. (L) - Anzahl Kinder auf der Warteliste für einen subventionierten Platz in der Kita (Stichtag 31.12.) - Anzahl Plätze in Spielgruppen mit Zweierleitung - Anzahl Plätze in Elki-Gruppen - Anzahl Plätze im Programm "schritt:weise"	- - 116 90 48 30	- - 0 80 60 30	- - 0 100 48 30
2 Unterstützung der Erziehungsberechtigten Eltern/Erziehungsberechtigte mit entsprechendem Bedarf nutzen die Angebote der Elternbildung mit dem Ziel, ihre Erziehungskompetenz zu verbessern und sich auf die Kooperation mit der Schule vorzubereiten. (W) - Anteil (in %) positiver Einschätzungen der Erziehungsberechtigten (Befragung) (3) Städt. Institutionen bieten Erwachsenen attraktive, bedarfsgerechte Weiterbildung in Fragen der Erziehung und Lebensgestaltung an. (L) - Anzahl durchgeführte Erwachsenenurse p.a.	- 78	- 95	- 82
3 Persönlichkeitsbildung von Jugendlichen im Kinder- und Jugendheim Oberi Die zuweisenden Stellen beurteilen die Vorgaben bezüglich Wohnen, Förderung und Erziehung als erfüllt. (W) Anteil (in %) erfüllter Vorgaben	80	80	80

(W) Wirkung / (L) Leistung

(1) Grundlage: sportmotorische Tests der ETH-Zürich bei Erstklasskindern. Wird ausgewiesen ab 2014

(2) Anteil der Kinder, die in Spielgruppen mit Zweierleitung oder bei schritt:weise teilnahmen oder von der Fachstelle in Kitas und Spielgruppen eingewiesen wurden, die nach zwei Jahren Kindergarten regulär in die erste Klasse übertreten. (W) Nichtkognitive Fähigkeiten sind beispielsweise Selbstkontrolle, Selbstvertrauen, Durchhaltevermögen, Zuverlässigkeit oder Motivation. Wird erstmals 2013 ausgewiesen

(3) Durchführung alle 4 Jahre

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	7'831'077	8'788'048	8'935'508

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Spielgruppen mit Zweierleitung: 80 Plätze gem. Frühförderkredit + 10 Plätze mit Unterstützung heilpäd. Frühberatung + 10 Plätze finanziert aus Luciak-Fonds (SRB)

Elki-Gruppen: 3 Gruppen mit durchschnittlich 16 Teilnehmenden (Erwachsene und Kinder) ergibt 48 Plätze

Reduktion Erwachsenenkurse durch geplante Auslagerung der Nähkurse. Gleichzeitig Ausbau der Deutschkurse nach Übernahme der Kurse des Vereins Deutsch für fremdsprachige Mütter (DfM) Oberi.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Der Ausbau um 34 subventionierte Kinder- und 21 subventionierte Säuglingsplätze führt zu höheren Nettokosten.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	3'607'187	3'632'358	3'892'905
Sachkosten	1'369'459	920'474	960'699
Beiträge an Dritte	6'362'670	7'535'000	7'755'566
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	297'351	303'842	230'989
Mietkosten	141'128	196'500	0
Übrige interne Kosten	503'448	374'967	241'983
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>12'281'242</i>	<i>12'963'141</i>	<i>13'082'143</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	12'281'242	12'963'141	13'082'143
Externe Erlöse	2'889'653	2'951'820	2'916'000
Interne Erlöse	972	118	134
Beiträge von Dritten	1'559'540	1'223'154	1'230'500
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'450'165</i>	<i>4'175'092</i>	<i>4'146'634</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'450'165	4'175'092	4'146'634
Total Nettokosten / Globalkredit	7'831'077	8'788'048	8'935'508
Kostendeckungsgrad in %	36	32	32

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	21.57	22.70	23.65
▪ Auszubildende	4.00	8.00	4.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

"0.15 Ausbau Projektleitung Frühförderung zum Erstellen eines bedarfsgerechten Angebotes
 0.10 Sozialpädagogin Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur, Anpassung des Stellenplans an die Bedürfnisse des Betriebes
 0.70 Betreuungsmitarbeiterinnen in der Erwachsenenbildung, Übernahme Aufgaben des Vereins ""Deutsch für fremdsprachige Mütter Oberwinterthur"" DfM Oberi durch die Stadt gemäss SR-Beschluss 12.384-2. Zusätzlicher Ausbau des sehr beliebten und für die Integration wichtigen Angebotes Deutschkurse mit Kinderbetreuung."

Produkt 1 Frühförderung

Leistungen

Das Produkt beinhaltet die Vernetzung und Unterstützung der Akteur/innen welche mit Kindern im Vorschulalter befasst sind sowie die Subventionierung und Angebotssteuerung der privaten Trägerschaften (Spielgruppen, Eltern-Kind-(Elki)Gruppen). Zudem beinhaltet das Produkt Beiträge an private Trägerschaften, welche Angebote im Bereich der Frühförderung bereitstellen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	537'351	485'987	499'746
Erlös	186	29	34
Nettokosten	537'165	485'958	499'712
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
- Kinder mit entsprechendem Bedarf erhalten Zugang zu subventionierten Angeboten und nutzen diese. (L) - Anzahl Elki-Gruppen - Anzahl Spielgruppen mit Zweierleitung - Anzahl vermittelte Kinder in Frühförder-Angebote	 3 9 120	 3 8 50	 3 10 120

Anzahl vermittelte Kinder in Frühförder-Angebote: durch aufsuchende Sozialarbeiterin der Fachstelle Frühförderung vermittelt (Kooperation Jugendsekretariat - DSS)

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anteil (in %) Kinder mit altersgemässer motorischer Entwicklung (1)	91	91	91

(1) Grundlage: Sportmotorische Tests der ETH-Zürich bei Erstklasskindern.

Produkt 2 Subventionierung von Betreuungseinrichtungen

Leistungen

Das Produkt beinhaltet die Unterstützung und Subventionierung sowie die Angebotssteuerung der privaten Trägerschaften im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung (Kindertagesstätten (Kitas) und Tagesfamilien Winterthur).

Es werden bei folgenden Kindertagesstätten subventionierte Plätze eingekauft: Am Park, Am Teich, Büelwiesen, Espenstrasse, Etzberg, Dampfschiff, Fantasia, Fugu, Heckenrose, Kinderhaus Winterthur, Kindertreff Hegi, Kindertreff Im Gern, Loki, Luftibus, Montessori, Nakita, Rumpelchischtä, Schnäggehuus, Spielberg, Strickhof, Sunneberg, Sunneschii, Tandem Dätttau, Tandem Troll, Tellstrasse, Trotro, Wässerwiesen, Windrädli, Zauberschiff.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	6'338'080	7'463'605	7'836'160
Erlös	238'516	235'520	193'522
Nettokosten	6'099'564	7'228'085	7'642'637
Kostendeckungsgrad in %	4	3	2

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kinder mit entsprechendem Bedarf erhalten Zugang zu subventionierten Angeboten und nutzen diese. (L) - Anzahl subventionierte Kinderplätze in Kitas - Anzahl subventionierte Säuglingsplätze in Kitas (< 18 Monate) - Anzahl subventionierte Betreuungsstunden von Kindern in Tagesfamilien	 280 87 49'879	 314 108 70'000	 314 108 70'000

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kennzahlen zu subventionierten Plätzen von privaten Anbietern mit Leistungsvereinbarungen.			
▪ Elternbeiträge pro Jahr in CHF	2'503'805	2'173'000	3'200'000
▪ Kostendeckungsgrad in %	31	31	31
▪ Maximale Subvention pro Betreuungstag à 11 Std. in CHF (2)	94	94	89
▪ Anzahl subventionierte Betreuungsverträge in Kitas (1)	642	720	772
▪ Anzahl subventionierte Betreuungsverträge in Tagesfamilien (1)	143	160	160
▪ Anteil (in %) subventionierter Plätze am Gesamtangebot der Kitas	44	45	44

(1) Pro Kind wird ein Betreuungsvertrag abgeschlossen

(2) Ab 2012 wird der max. Subventionsbeitrag pro Betreuungstag erhoben (bis 2011 die durchschnittlichen verrechenbaren Vollkosten pro Betreuungstag).

Produkt 3 Eltern- und Erwachsenenbildung

Leistungen

Das Produkt beinhaltet städtische Kurse in Elternbildung, Deutsch für fremdsprachige Frauen und textilen Arbeiten. Zudem beinhaltet es Beiträge an private Trägerschaften, welche Angebote der Erwachsenenbildung bereit stellen (Volkshochschule Winterthur VHSW).

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'522'490	1'286'999	971'196
Erlös	303'681	241'029	160'034
Nettokosten	1'218'808	1'045'969	811'162
Kostendeckungsgrad in %	20	19	16

Der Wegfall der Staatsbeiträge an die hauswirtschaftliche Fortbildung führt zu einem tiefen Kostendeckungsgrad.

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die Eltern- und Erwachsenenbildungskurse sind attraktiv und gut besucht.			
▪ Anzahl durchgeführte Kurse in Elternbildung	14	35	35
Deutsch für fremdsprachige Frauen	24	25	34
Kochen	15	5	0
Textiles Arbeiten	25	30	13

Deutschkurs-Angebot wächst nach Integration des Standorts Oberi (Auflösung des Vereins Deutsch für Fremdsprachige Oberi).

Kurse in textilen Arbeiten sind nur noch für das 1. Semester budgetiert. Anschliessend ist geplant, dass die Kursleiterinnen die Kurse selbst anbieten, nicht mehr im Rahmen der städtischen Erwachsenenbildung. Reaktion auf Aufhebung des kantonalen Gesetzes über die hauswirtschaftliche Fortbildung 2011.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Anzahl Teilnehmende an Elternbildungskursen	201	500	420
Deutschkursen für fremdsprachige Frauen	220	250	340
Kochkursen	169	50	0
Textiles Arbeiten	284	380	145
Institutionen mit Leistungsvereinbarungen:			
▪ Anzahl durchgeführte Kursteilnehmer/innen-Stunden der Volkshochschule p.a.	4'266	2'000	2'000

Siehe Fusszeile bei den operativen Zielen (oben).

Produkt 4 Wohnangebot für Kinder- und Jugendliche

Leistungen

Das Produkt beinhaltet die Betreuung verhaltens- und entwicklungsauffälliger Kinder, die nicht in der Obhut der Eltern leben können, im Kinder- und Jugendheim Oberi. Dieses erfüllt die kantonalen Qualitätsvorgaben und wird vom kant. Amt für Jugend und Berufsberatung beaufsichtigt. Es erhält aufgrund der Anerkennung Betriebsbeiträge des Kantons und des Bundesamtes für Justiz.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	3'883'321	3'726'550	3'773'952
Erlös	3'907'782	3'698'514	3'793'044
Nettokosten	-24'461	28'036	-19'092
Kostendeckungsgrad in %	101	99	101

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Das Kinder- und Jugendheim Oberi stellt Plätze für Wohnen und Erziehen zur Verfügung			
▪ Angebotene Plätze (Stichtag 1.9.)	32	32	32
▪ Belegte Plätze total (Stichtag 1.9.) (1 Platz = 360 Betreuungstage)	30	28	30
Das Kinder- und Jugendheim Oberi führt unter Einbezug der Bezugspersonen des Kindes pro betreutes Kind eine professionelle Erziehungs- und Förderplanung durch.			
▪ Anteil (in %) Kinder mit dokumentierten Förderplänen (2 pro Jahr)	100	100	100

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Kosten pro Platz und Tag in CHF	230	230	230

IAFP Familienunterstützende Angebote

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	12'281	12'963	13'082	14'160	14'688	15'146
Erlös	4'450	4'175	4'146	4'147	4'147	4'147
Nettokosten/Globalkredit	7'831	8'788	8'936	10'014	10'542	11'000
Kostendeckungsgrad in %	36	32	32	29	28	27

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	0	-180'000	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Verbesserte Chancengerechtigkeit für Kinder im Vorschulalter						
Kinder mit entsprechendem Bedarf profitieren von den Angeboten zur Frühförderung mit dem Ziel, den Kindergarten-Eintritt erfolgreich zu meistern. (W)						
▪ Anteil der Kinder, die von Angeboten der Frühförderung profitierten mit altersgemässer motorischer Entwicklung (W) (1)	-	-	-	-	-	-
▪ Anteil der Kinder, die von Angeboten der	-	-	-	-	-	-

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Frühförderung profitierten mit altersgemässen kognitiven und nichtkognitiven Fähigkeiten (W) (2) Kinder mit entsprechendem Bedarf erhalten Zugang zu subventionierten Angeboten und nutzen diese. (L)						
▪ Anzahl Kinder auf der Warteliste für einen subventionierten Platz in der Kita (Stichtag 31.12.)	116	40	0	0	0	0
▪ Anzahl Plätze in Spielgruppen mit Zweierleitung	90	80	100	120	140	140
▪ Anzahl Plätze in Elki-Gruppen	48	60	48	64	64	64
▪ Anzahl Plätze im Programm "schritt:weise"	30	30	30	30	30	30
2 Unterstützung der Erziehungsberechtigten Eltern/Erziehungsberechtigte mit entsprechendem Bedarf nutzen die Angebote der Elternbildung mit dem Ziel, ihre Erziehungskompetenz zu verbessern und sich auf die Kooperation mit der Schule vorzubereiten. (W)						
▪ Anteil (in %) positiver Einschätzungen der Erziehungsberechtigten (Befragung) (3)	-	-	-	-	-	-
Städt. Institutionen bieten Erwachsenen attraktive, bedarfsgerechte Weiterbildung in Fragen der Erziehung und Lebensgestaltung an. (L)						
▪ Anzahl durchgeführte Erwachsenenurse p.a.	78	95	82	90	100	100
3 Persönlichkeitsbildung von Jugendlichen im Kinder- und Jugendheim Oberi Die zuweisenden Stellen beurteilen die Vorgaben bezüglich Wohnen, Förderung und Erziehung als erfüllt. (W)						
▪ Anteil (in %) erfüllter Vorgaben	80	80	80	-	-	-

(W) Wirkung / (L) Leistung

(1) Grundlage: sportmotorische Tests der ETH-Zürich bei Erstklasskindern, welche erstmals im 2013 durchgeführt werden können.

(2) Anteil der Kinder, die in Spielgruppen mit Zweierleitung oder bei schritt:weise teilnahmen oder von der Fachstelle in Kitas und Spielgruppen eingewiesen wurden, die nach zwei Jahren Kindergarten regulär in die erste Klasse übertreten. (W)

Anzahl Plätze in Integrationsspielgruppen+, in Krabbelgruppen+, im Programm

(3) Durchführung alle 4 Jahre

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Der Kredit für die Frühförderung ist befristet bis Ende 2013. Es ist geplant, einen neuen Kredit ab 2014 zu beantragen.
- Die Revision der gesetzlichen Grundlagen für die familienergänzende Kinderbetreuung in Winterthur soll per 2014 realisiert werden.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Gemäss Statistik der Stadt Winterthur hat sich in den letzten 10 Jahren die Zahl der Kinder zwischen 0 und 4 Jahren um rund 1'000 Kinder von 4'566 auf 5'593 erhöht. Dieses Wachstum schlägt sich sowohl in den Angeboten der Frühförderung als auch in der familienergänzenden Betreuung nieder.

Berufsbildung

Auftrag

Die Produktgruppe Berufsbildung umfasst die Berufswahlschule, die Werkjahrschule, die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule und die msw-winterthur.

Sie stellt ein ausgewogenes Angebot an Schulungsplätzen für das Berufsvorbereitungsjahr sicher. Sie engagiert sich in der Schnittstelle zwischen der obligatorischen Schulzeit und dem Eintritt in eine Berufsgrundausbildung. Sie bietet Lehrplätze in technischen, zukunftsorientierten Berufen an.

Produkte

1 msw-winterthur

Die msw-winterthur bietet als Vollzeitschule folgende Ausbildungsgänge an:

- Lehre als Polymechaniker oder Polymechanikerin
- Anlagen- und Apparatebauer oder Anlagen- und Apparatebauerin
- Automatiker oder Automatikerin
- Elektroniker oder Elektronikerin
- Informatiker oder Informatikerin

2 Werkjahrschule

Die Werkjahrschule (WJS) bietet Berufsvorbereitungsjahre an:

- Berufswahl Profil A
- Berufsfeld Gestaltung und Druck
- Berufsfeld Bau und Gebäudetechnik
- Berufsfeld Malerei und Oberflächenveredelung

3 Berufswahlschule

Die Berufswahlschule (BWS) bietet ein Berufsvorbereitungsjahr Berufswahl Profil B an.

4 Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule

Die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS) bietet Berufsvorbereitungsjahre an:

- Berufswahl A
- Berufsfeld Gesundheit/Soziales
- Berufsfeld Gestaltung/Textilien/Schönheit
- Berufsfeld Gastronomie/Nahrung
- Berufsfeld Wirtschaft/Verwaltung
- Berufsfeld Verkauf
- Sprache Kultur
- Vorlehre Gesundheit und Soziales

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

msw-winterthur:

- Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002
- Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003
- Personalgesetz des Kantons Zürich vom 1. Januar 2002
- Mittel- und Berufsschullehrerverordnung vom 7. April 1999
- Verordnung über die Staatsbeiträge an die Berufsbildung vom 15. Dezember 1993
- Regierungsratsbeschluss vom 01.02.2006; Beitragsberechtigung
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 14. Januar 2008
- Ausbildungsreglemente

BWS / WJS / HFS:

- Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002
- Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 14. Januar 2008
- Verordnung zum EG BBG vom 8. Juli 2009
- Verordnung des Regierungsrats über die BVJ 2009/2010 bis 2012/2013 vom 25. Mai 2011
- Verordnung des Bildungsrats über die Zulassung zu den BVJ 2011/2012 und 2012/2013 und die Anforderungen an die Lehrpersonen vom 28. Februar 2011
- Reglement der Bildungsdirektion über das Absenzwesen und die Disziplinarordnung an den Berufsfachschulen und Berufsmaturitätsschulen sowie an Schulen die BVJ anbieten (Disziplinarreglement vom 14. August 2009)
- Reglement des Bildungsrates über die Abschlussbeurteilung der BVJ 2011/2012 und 2013 vom 28. Februar 2011

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und weitere Aus- und Weiterbildungsangebote der Stadt Winterthur
- Schulordnung msw-winterthur vom 13. Juni 2005 (gegenwärtig in Überarbeitung)
- Geschäftsordnung für die Aufsichtskommission der BWS + WJS vom 9. Januar 2002 (gegenwärtig in Überarbeitung)
- Schulordnung HFS vom 5. Juni 2007 (gegenwärtig in Überarbeitung)
- Submissionsordnung
- Datenschutzgesetz

Stufe Verwaltungseinheit

- Finanzkompetenz DSS / Personalkompetenz DSS
- Reglement über den Erlass des Schulgeldes für den Besuch der Berufsvorbereitungsjahre, für in Winterthur wohnhafte Schülerinnen und Schüler vom 25. Mai 2009

Verantwortliche Leitung

Pierre Zesiger, Bereichsleiter Berufsbildung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots			
Produkt msw-winterthur			
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	18'467.00	17'608.00	19'900.00
Brückenangebote Berufsvorbereitungsjahr			
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	10'304.00	11'058.00	10'156.00
2 Angebot			
Produkt msw-Winterthur			
▪ Anzahl Ausbildungsplätze	246	248	248
▪ Anteil Winterthurer/Winterthurerinnen an Lernenden in %	31.40	30.00	30.00
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung			
▪ Anzahl Ausbildungsplätze (Berufsvorbereitungsjahr)	420	410	410
3 Wirkungsorientierter Faktor			
Produkt msw-Winterthur			
▪ Qualität des Lehrabschlusses, Ø Abschlussnote	4.82	4.70	4.70
▪ Volkswirtschaftlicher Nutzen für die Stadt Winterthur (wird ca. alle 5 Jahre durch die msw erhoben)			
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung			
▪ Anschlusslösung an das Berufsvorbereitungsjahr in %	97.00	93.00	93.00

Kosten pro Ausbildungsplatz msw: die Kosten sind höher weil neu die Beiträge für die Schweizerische Technische Fachschule (stfw) und zhaw (total 250'000.-) vom Bereich Berufsbildung übernommen und auf die einzelnen Produkte umgelegt werden. Ein für 2013 einmalig höheres Rahmenbudget trägt zu einer weiteren Erhöhung bei. Ohne diese beiden Faktoren entsprechen die Ausbildungsplatzkosten der Rechnung 2011.

Kostendeckungsgrad:

Ertrag (aus prod. Aufträgen + Schulgeld + div. Einnahmen + Subventionen Bd./Kt) in Relation zum Aufwand.

Brückenangebote Berufsvorbereitungsjahr, Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF: Die Kosten pro Platz werden aufgrund der erwarteten Auslastung und den ersten Auswirkungen des neuen Finanzierungsmodells tiefer ausfallen.

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	8'941'395	9'258'541	9'283'487

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Die Beiträge für die Schweizerische Technische Fachschule Winterthur (stfw) und die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (zhaw) von total 250'000.- werden neu vom Bereich Berufsbildung entrichtet. Diese Umlage wirkt sich direkt auf die Ausbildungsplatzkosten aus. Bei den BVJ wird dieser Anstieg durch das neue, erweiterte Angebot kompensiert. Bei der msw kommen zu dem Beitragsanteil ausserordentliche Kosten für die Modernisierung der Informatik-Infrastruktur hinzu, was zu den höheren Ausbildungsplatzkosten 2013 führt.

Die anderen parlamentarischen Ziele bleiben gegenüber 2012 bestehen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Grundsätzlich verändern sich die Ziele nicht. Wie bereits oben erwähnt entstehen durch zusätzliche Beitragszahlungen und höhere Kosten bei der Informatik der msw erhöhte Arbeitsplatzkosten.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	15'631'320	15'858'947	15'927'637
Sachkosten	3'643'654	3'880'452	4'064'964
Beiträge an Dritte	5'000	0	250'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'530'974	1'499'524	1'157'070
Mietkosten	757'067	793'000	947'619
Übrige interne Kosten	552'933	241'449	376'734
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>22'120'948</i>	<i>22'273'372</i>	<i>22'724'024</i>
Verrechnungen innerhalb PG	152'745	57'000	138'000
Total effektive Kosten	21'968'204	22'216'372	22'586'024
Externe Erlöse	4'386'348	4'480'150	4'694'254
Interne Erlöse	798'872	530'031	431'583
Beiträge von Dritten	7'994'334	8'004'650	8'314'700
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>13'179'554</i>	<i>13'014'831</i>	<i>13'440'537</i>
Verrechnungen innerhalb PG	152'745	57'000	138'000
Total effektive Erlöse	13'026'809	12'957'831	13'302'537
Total Nettokosten / Globalkredit	8'941'395	9'258'541	9'283'487
Kostendeckungsgrad in %	59	58	59

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	23.63	23.28	22.94
▪ Auszubildende	232.00	248.00	248.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- 0.32 Reduktion Reinigung aufgrund der Vorgaben des Grossen Gemeinderates
- 0.02 Reduktion Stelle Konstrukteur

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

Einige bereits im 2012 gestartete Projekte werden sich ins 2013 erstrecken. Dazu gehören:

- IT-Projekte msw und BVJ
- Namensfindungen msw und BVJ (für alle drei Schulen)
- Qualitätsmanagement System einführen in BVJ
- Geschäftsordnung msw fertig stellen
- Umsetzung der Besoldungsverordnung im Schuljahr 2013/2014

Neben dem vollen Ausbildungsprogramm fördern wir Spitzenleistungen durch die Teilnahme an Wettbewerben (msw).

Produkt 1 msw-winterthur

Leistungen

- Ausbildung von Lernenden in folgenden Berufen:
 - Polymechaniker und Polymechanikerinnen in Theorie und Praxis
 - Automatiker und Automatikerinnen in Theorie und Praxis
 - Anlagen- und Apparatebauer und Anlage- und Apparatebauerinnen in der Praxis
 - Elektroniker und Elektronikerinnen in Theorie und Praxis
 - Informatiker und Informatikerinnen in der Praxis
- Vermitteln von Lerninhalten die für den Eintritt in Bildungsinstitute des tertiären Bereichs von massgebender Bedeutung sind.
- Herstellung von Produkten mit möglichst grossem Lerninhalt und marktüblichem Ertrag.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	11'620'753	11'738'792	12'095'279
Erlös	7'114'694	7'370'691	7'201'391
Nettokosten	4'506'059	4'368'101	4'893'888
Kostendeckungsgrad in %	61	63	60

Kosten: Zusätzliche Umlagen vom Bereich Berufsbildung (+194k) und einmalige Ausgaben von (ca. 300k) erklären den Anstieg gegenüber 2011.

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Abschlussquote in %	98.15	100.00	100.00
Lehrabbruchquote in %	.88	3.00	3.00
Ø Anzahl Lernende /Klasse	16.00	17.00	17.00
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	38'533	37'931	41'000
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	18'467	17'608	20'328
Ertrag aus produktiven Aufträgen in CHF	736'453	945'000	926'500

Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF: siehe Kommentar unter Nettokosten.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Plätze	246	248	248
Anzahl Lernende	226	233	233

Anzahl Plätze: 244 msw-Ausbildungsplätze und 4 Praktikantenplätze. Die msw unterstützt die Wiedereingliederung mit 4 Praktikumsplätzen. Mit der Abbruchquote und der Einstellung von Lehrabbrechern wird sich die Zahl der Lernenden bei ca. 233 stabilisieren.

Produkt 2 Werkjahrschule

Leistungen

- Führen von Berufsvorbereitungsjahren.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Durchführung von Veranstaltungen, die der Berufswahl und dem Zugang zu einer Lehrstelle dienen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'842'882	2'208'535	2'129'186
Erlös	1'033'801	958'051	1'056'485
Nettokosten	809'081	1'250'484	1'072'702
Kostendeckungsgrad in %	56	43	50

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Ø Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	10.0	12.0	11.0
Schulabbruchquote in %	5	8	8
Anschlussersfolgsquote in %	95	95	95
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	21'009	28'946	28'114
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	10'114	17'674	15'428

Kantonsbeitrag pro Schüler CHF 12'000 (Praktische Profile mit hohem Anteil an benötigter Infrastruktur, Maschinen etc.)

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Plätze	80	70	70
Anzahl Schülerinnen und Schüler	55	60	54
davon Winterthurer und Winterthurerinnen	27	36	34

Produkt 3 Berufswahlschule

Leistungen

- Führen von Berufsvorbereitungsjahren.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Beratung der Schülerinnen und Schüler in der Berufswahl.
- Durchführung von Veranstaltungen, die der Berufswahl und dem Zugang zu einer Lehrstelle dienen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'052'344	1'631'104	1'810'085
Erlös	1'077'240	1'131'017	1'242'731
Nettokosten	975'103	500'087	567'354
Kostendeckungsgrad in %	52	69	69

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	18	20	19
Schulabbruchquote in %	3	2	3
Anschluss Erfolgsquote in %	100	95	95
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	17'840	13'556	15'420
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	9'751	4'886	5'732

Kantonsbeitrag pro Schüler CHF 5'200 (Schulisches Profil mit niedrigem Anteil an benötigter Infrastruktur, Maschinen etc.)

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Plätze	100	100	100
Anzahl Schülerinnen und Schüler	94	100	94
davon Winterthurerinnen und Winterthurer	54	60	54

Produkt 4 Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule

Leistungen

- Durchführung von Berufsvorbereitungsjahren.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Gezielte berufsfeldbezogene Vorbereitung.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	6'604'970	6'694'941	6'689'474
Erlös	3'953'818	3'555'073	3'939'931
Nettokosten	2'651'151	3'139'868	2'749'543
Kostendeckungsgrad in %	60	53	59

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Ø Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	13.00	13.00	13.00
Schulabbruchquote in %	7.00	7.00	7.00
Abschluss Erfolgsquote in %	97.80	91.00	91.00
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	23'216.00	21'278.00	23'976.00
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	11'046.00	11'637.00	9'905.00

Schulgeld für Schülerinnen und Schüler CHF 2'500.00

Beitrag von Gemeinden für auswärtige Schülerinnen und Schüler ab Schuljahr 2012/2013 CHF 12'000.00.

Die Erhöhung der Vollkosten pro Arbeitsplatz basiert auf der Anpassung an die tatsächlich zu erwartende Nachfrage an Ausbildungsplätzen. Das neue Finanzierungsmodell ergibt für die Stadt Winterthur geringere Kosten pro Ausbildungsplatz unter der Voraussetzung eines stabilen Anteils von ausserhalb Winterthur wohnhaften Schülerinnen und Schülern.

Kantonsbeitrag pro Schüler CHF 8'000 (Praktische und schulische Profile mit unterschiedlich hohem Anteil an benötigter Infrastruktur)

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Plätze	240	240	280
Anzahl Schülerinnen und Schüler	244	228	258
▪ davon Winterthurerinnen und Winterthurer	133	131	150

Gerechnet wird mit gleich viel Klassen wie 2012= 20 Kl à 14 Schüler/innen -> 280 Plätze

Aktueller Trend: es zeichnet sich ab, dass sich weniger auswärtige Schüler/innen anmelden, deshalb wird mit mehr Winterthurer Schüler/innen als 2012 gerechnet

IAFP Berufsbildung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	21'968	22'216	22'586	23'126	22'656	22'606
Erlös	13'026	12'957	13'302	13'383	13'383	13'383
Nettokosten/Globalkredit	8'941	9'259	9'283	9'743	9'273	9'223
Kostendeckungsgrad in %	59	58	59	58	59	59

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	220'000	610'000	580'000	900'000	1'200'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots						
Produkt msw-winterthur						
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	18'467.0	17'608.0	19'900.0	18'900	18'900	18'900
Brückenangebote Berufsvorbereitungsjahr						
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	10'304.0	11'058.0	10'156.0	10'156	10'156	10'156
2 Angebot						
Produkt msw-Winterthur						
▪ Anzahl Ausbildungsplätze	246	248	248	253	258	258
▪ Anteil Winterthurerinnen/Winterthurer an Lernenden in %	31.40	30.00	30.00	30.00	30.00	30.00
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung						
▪ Anzahl Ausbildungsplätze (Berufsvorbereitungsjahr)	420	410	410	410	410	410
3 Wirkungsorientierter Faktor						
Produkt msw-Winterthur						
▪ Qualität des Lehrabschlusses, Ø Abschlussnote	4.8	4.7	4.7	4.7	4.7	4.7
▪ Volkswirtschaftlicher Nutzen für die Stadt Winterthur (wird ca. alle 5 Jahre durch die msw erhoben)	0.0	0.0	0.0	0	0	0
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung						
▪ Anschlusslösung an das Berufsvorbereitungsjahr in %	97.0	93.0	93.0	93	93	93

Kosten pro Ausbildungsplatz msw: die Kosten sind höher weil neu die Beiträge für die Schweizerische Technische Fachschule (stfw) und zhaw (total 250'000.-) vom Bereich Berufsbildung übernommen und auf die einzelnen Produkte umgelegt werden. Ein für 2013 einmalig höheres Rahmenbudget trägt zu einer weiteren Erhöhung bei. Ohne diese beiden Faktoren entsprechen die Ausbildungsplatzkosten der Rechnung 2011.

Kostendeckungsgrad:

Ertrag (aus prod. Aufträgen + Schulgeld + div. Einnahmen + Subventionen Bd./Kt) in Relation zum Aufwand.

Brückenangebote Berufsvorbereitungsjahr, Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF: Die Kosten pro Platz werden aufgrund der erwarteten Auslastung und den ersten Auswirkungen des neuen Finanzierungsmodells tiefer ausfallen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Keine.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Der Aufwand im IAFP 14 steigt aufgrund des Unterhaltes an den Hochbauten und Aufwändungen wegen des 125-Jahr Jubiläums der MSW.

Sportamt

Auftrag

Die Stadt Winterthur fördert den Sport im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten. Sie betreibt eine auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Sportorganisationen abgestimmte Sportpolitik.

Die Leitsätze der städtischen Sportpolitik

- Der Anteil der bewegungsaktiven Bevölkerung wird erhöht.
- Es wird ein gutes Angebot an Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt geschaffen.
- Die Stadt stellt attraktive Sportanlagen bereit und sorgt für deren Unterhalt und intensive Nutzung.
- Speziell gefördert werden der obligatorische und der freiwillige Schulsport, der Jugendsport und Breitensport.
- Die Stadt würdigt die Leistungen der Spitzensportlerinnen und Spitzensportler und leistet in Einzelfällen Unterstützung.
- Sportlich besonders begabte Schülerinnen und Schüler der Volksschule werden speziell gefördert.
- Die Stadt setzt in der Sportförderung Prioritäten und unterstützt gezielt Projekte von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung.
- Die Sportentwicklung der Stadt Winterthur hat eine Ausstrahlung auf die Region Winterthur.
- Der Stellenwert und die Akzeptanz des Sports in der Stadt (-Politik) werden erhöht.
- Auf ökologische Anliegen wird beim Bau von Sportanlagen und bei der Durchführung von Sportanlässen Wert gelegt.

Produkte

1 Hallen- und Freibad Geiselweid

Betrieb und Unterhalt des Hallen- und Freibades inkl. Sauna und Naturpool, Solarium, Shop und Verpachtung Restaurant

2 Quartierbäder

Beteiligung: 4 Freibäder inkl. Saunen sind im städtischen Besitze. Die Betriebsgenossenschaften werden unterstützt

3 Eissportanlage Deutweg

Betrieb und Unterhalt der Eissportanlage Deutweg und Verpachtung Restaurant

4 Turn- und Sportplatz Deutweg

Betrieb und Unterhalt der Leichtathletikanlage Deutweg und Verpachtung Kiosk

5 Fussballplätze

Betrieb und Unterhalt der städtischen Fussballanlagen inkl. Fussballstadion Schützenwiese

6 Übrige Sportanlagen

Beteiligung am Unterhalt der Sportinfrastruktur

7 Sportförderung

Auslastung, Disposition und Vermarktung der Sportanlagen, Vermietung der Räume in Schulanlagen ausserhalb der Schulzeit, freiwilliger Schulsport, Sportförderungsprojekte, Information; Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Jugendsportförderung, Ehrungen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport (1972)

- Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit
- Konzept des Bundesrates für eine Sportpolitik der Schweiz (2000)
- Kantonale Verordnung über die Koordinationsstelle Sport und die Sportkommission (2000)
- Kantonales Nachwuchsförderungskonzept
- Kantonale Volksschulverordnung (Schulturnen)
- NASAK (Nationales Sportanlagen Konzept)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Leitbild zur Sportförderung in der Stadt Winterthur 2006

Stufe Verwaltungseinheit

- Ganzheitliches Sportkonzept Winterthur 1992
- Grundsätze des Sportamtes 1996
- Betriebs-Verträge mit Eulachhallen AG, Schwimmbadgenossenschaften und Genossenschaft Schützenwiese
- Raumbedeutsames Leitbild 1997
- Leistungsvereinbarung
- Konzept Raum für Bewegung und Sport

Verantwortliche Leitung

Dave Mischler, Bereichsleiter Sportamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Finanzen / Wirtschaftlichkeit			
▪ Ausgaben für Sport pro Einwohner/Einwohnerin (1) in CHF	112	120	129
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt mit Kapitalkosten	0	22	22
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt ohne Kapitalkosten	41	36	38
▪ Beitrag Jugendsportförderung in CHF	200'000	200'000	200'000
2 Qualität			
▪ Kundenumfrage alle 5 Jahre parallel mit nationalem Sportobservatorium (4)	--	--	--
In den Zwischenjahren (ab 2008) werden vier Schwerpunkte (alternierend) befragt oder ausgewertet.			
▪ Kundenzufriedenheit mit Reservationsstelle	--		
▪ Gebäudezustand erfassen;	--	Fussnote	
▪ Fussballplätze: Zustandsbericht	Bericht		
▪ Energieverbrauch (5)	763'633	770'000	821'870
3 Quantität			
▪ Anzahl verkaufte Sportpässe pro Jahr	13'520	12'000	15'000
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (2)	371'753	250'000	370'000
▪ Anzahl Eintritte Eissportanlage Deutweg (3)	82'555	80'000	80'000
Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche (Mädchen/Knaben)			
▪ Mädchen	1'591	1'800	1'800
▪ Knaben	3'200	3'200	3'200
4 Wirkungsziele			
Ergebnisse aus nationalem Sportobservatorium: es werden drei Schwerpunkte entwickelt.	--	--	--
▪ Der Sportpass erreicht national wiederum die Höchstnote für Sportdienstleistungen	--	--	--
▪ Der Anteil der 15 - 74jährigen, die nie Sport treiben, wird gesenkt (7)	--	--	--
▪ Die Bewertung der Information über die Sportmöglichkeiten in Winterthur wird gesteigert (8)	--	--	--

(1) Durchschnittliche Wohnbevölkerung in Winterthur: Prognose 2013: 106'798 (Vorgabe Finanzamt)

(2) 5-Jahres-Durchschnitt 2007 - 2011: 362'295 Eintritte

(3) 5-Jahres-Durchschnitt 2007 - 2011: 71'671 Eintritte

(4) Erhebung im 2013, Ergebnisse liegen im Mai 2014 für Rechnung 2014 vor (nationale Erhebung alle 5 Jahre)

(5) 5-Jahres-Durchschnitt 2007- 2011: CHF 773'029. Die Zahlen für den Voranschlag 13 basieren auf Berechnungen der Stadtwerke. In den Werten sind die die Tarifmodelländerungen der Stadtwerke miteingeflossen.

(7) Nationale Erhebung 2008 (Sportobservatorium) ergab einen Wert von 18 %, Ziel für (Erhebung 2013) Soll 2014 auf unter 16 %

(8) Nationale Erhebung 2008 (Sportobservatorium) ergab einen Wert von 3.5, Ziel für (Erhebung 2013) Soll 2014 ist eine Steigerung auf 3.7 auf einer 5er Skala

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	11'634'938	12'542'848	13'667'645

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Personal (Aufwandminderung):

- Reduktion Lernende Betriebsunterhalt von 5 auf 4
- Zwei Sozialstellen wurden nicht mehr budgetiert

Sachkosten (Mehrkosten):

Auf Grund der Sanierung des Hallenbades waren 2012 die Betriebskosten tiefer. Das neue Strom-Tarifmodell hat höhere Energiekosten zur Folge. Die starke Belastung der Fussballplätze bedingt einen intensiveren Unterhalt.

Kapitalkosten:

Auf Grund der Sanierung Schwimmbad Geiselweid und dem Neubau Schwimmbad Oberwinterthur steigen die Kapitalkosten um CHF 1.3 Mio.

Erträge (Mehrertrag):

Im Jahr 2012 war das Hallenbad während 6 Monaten geschlossen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Personalkosten (Aufwandminderung):

- Zwei Sozialstellen wurden nicht mehr budgetiert.

Sachkosten (Mehraufwand):

Der bauliche- und gärtnerische Unterhalt sowie höhere Energiekosten (neues Tarifmodell) führen zu einem Mehraufwand.

Kapitalkosten:

Auf Grund der Sanierung Hallenbad Geiselweid und dem Neubau Schwimmbad Oberwinterthur steigen die Kapitalkosten um CHF 1.9 Mio.

Erträge (Minderertrag):

Auflösung Rückstellung Sportpass entfällt

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	4'782'822	4'856'091	4'682'957
Sachkosten	4'137'499	3'795'602	4'189'924
Beiträge an Dritte	883'940	835'000	835'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	5'620'840	6'192'812	7'498'318
Mietkosten	26'984	37'000	26'176
Übrige interne Kosten	332'104	385'181	352'355
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>15'784'188</i>	<i>16'101'686</i>	<i>17'584'730</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	15'784'188	16'101'686	17'584'730
Externe Erlöse	3'972'485	3'389'800	3'756'800
Interne Erlöse	176'766	145'039	150'285
Beiträge von Dritten	0	24'000	10'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'149'250</i>	<i>3'558'839</i>	<i>3'917'085</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'149'250	3'558'839	3'917'085
Total Nettokosten / Globalkredit	11'634'938	12'542'848	13'667'645
Kostendeckungsgrad in %	26	22	22

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	40.43	38.86	39.11
▪ Auszubildende	6.00	8.80	6.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

0.3 zusätzliche Stelle Projektleiter IZLB befristet bis März 2012
 - 0.05 kleinere Stellenanpassungen in diversen Bereichen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Überdachung Freibad, Realisierung nach der Badesaison. Vorbehältlich Volksabstimmung und Baurekursionsentscheid
- Bau eines Kunstrasenfeldes im Stadion Schützenwiese
- Realisierung der Auflagen der Swiss Football League um das Stadion Schützenwiese Challenge League-tauglich zu machen
- Einführung Fit for Kids
- Erweiterung Sportpasspool (Stadt Illnau-Effretikon)
- Umsetzung Konzept Raum für Bewegung und Sport
- Baubeginn WinCity

Produkt 1 Hallen- und Freibad Geiselweid**Leistungen**

- Betrieb und Unterhalt des Hallen- und Freibades Geiselweid inkl. Sauna, Solarium, Shop und Verpachtung des Restaurants
- Infrastruktur und Dienstleistungen für den Wassersport

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	4'758'335	4'423'986	5'785'466
Erlös	2'694'355	1'588'793	2'192'877
Nettokosten	2'063'980	2'835'193	3'592'588
Kostendeckungsgrad in %	57	36	38

Gegenüber 2011 sind die reinen Betriebskosten tiefer. Die Kapitalkosten hingegen steigen um 1.25 Millionen

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb des Hallen- und Freibades Geiselweid			
▪ Kostenüberschuss pro Eintritt (Eintritte Hallen- und Freibad, inkl. Sauna) in CHF	6.26	11.20	9.75
Kostendeckung Zusatzangebote (Aqua Fitness) in %	219.00	220.00	220.00

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Öffnungszeiten des Hallenbades Geiselweid (Tage pro Jahr)	342	148	342
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (1)	371'753	250'000	370'000
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna pro Tag	1'087	1'689	1'082
▪ Anzahl Eintritte Sauna Geiselweid (2)	21'674	10'000	20'000
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna pro Tag (3)	145'679	950	1'250
- Sommersaison (Mitte Mai - Mitte September)			
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna pro Tag (3)	226'074	1'020	958
- Wintersaison (Jan. - Mitte Mai und Mitte September - Ende Jahr)			

(1) 5-J.-Durchschnitt 2007-2011: 362'295 Eintritte

(2) 5-J.-Durchschnitt 2007-2011: 22'346 Eintritte

(3) Indikatoren auf Tageswert geändert, Istwert 2011 entspricht Jahreswert, Gesamtdurchschnitt 1'087 Eintritte pro Tag

Produkt 2 Quartierbäder

Leistungen

- Beteiligung an vier Freibädern (Wülflingen, Wolfensberg, Oberwinterthur und Töss) inkl. Saunen
- Fachliche und finanzielle Unterstützung der Genossenschaften.
- Werterhalt der Bausubstanz

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'928'212	2'316'616	2'597'196
Erlös	1'744	411	12
Nettokosten	1'926'468	2'316'205	2'597'184
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

- Jährlicher Betriebsbeitrag an die Bäder Töss, Wülflingen und Oberwinterthur Fr. 150'000 bzw. Wolfensberg Fr. 125'000

- Die Kapitalkosten sind gegenüber der Rechnung 2011 um Fr. 645'000 höher.

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Finanzen: Halten des Kostenniveaus pro Eintritt			
▪ Nettokosten pro Eintritt Wülflingen in CHF	8.9	8.4	8.9
▪ Nettokosten pro Eintritt Oberwinterthur in CHF	9.8	16.6	12.1
▪ Nettokosten pro Eintritt Töss in CHF	11.0	13.7	12.4
▪ Nettokosten pro Eintritt Wolfensberg in CHF	9.1	8.8	9.5
▪ Betriebsbeitrag pro Eintritt Quartierbäder Total in CHF	3.0	2.8	2.9

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Erhaltung des Angebotes			
▪ Anzahl Freibäder	4	4	4
Nutzung: Optimale Auslastung der Quartierbäder			
▪ Anzahl Eintritte Quartierbäder Total, inkl. Saunen (1)	186'939	205'000	200'000
▪ Anzahl Eintritte Wülflingen (2)	60'799	65'000	60'000
▪ Anzahl Eintritte Oberwinterthur (3)	29'953	40'000	40'000
▪ Anzahl Eintritte Töss (4)	43'143	45'000	45'000
▪ Anzahl Eintritte Wolfensberg (5)	53'044	55'000	55'000

(1) 5-J.-Durchschnitt 2007-2011: 189'252 Eintritte

(2) 5-J.-Durchschnitt 2007-2011: 68'032 Eintritte Wülflingen

(3) 5-J.-Durchschnitt 2007-2011: 31'218 Eintritte Oberwinterthur

(4) 5-J.-Durchschnitt 2007-2011: 41'293 Eintritte Töss

(5) 5-J.-Durchschnitt 2007-2011: 48'709 Eintritte Wolfensberg

Produkt 3 Eissportanlage Deutweg

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der Eishalle Deutweg, Verpachtung des Restaurants
- Infrastruktur und Dienstleistungen für den Eissport
- Vermarktung der Eishalle

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	3'344'757	3'497'596	3'467'138
Erlös	767'529	822'185	898'639
Nettokosten	2'577'228	2'675'411	2'568'498
Kostendeckungsgrad in %	23	24	26

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Eishalle Deutweg ▪ Kostenüberschuss pro Eintritt in CHF	31.04	33.50	32.30
Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Angebot: Erhaltung des Angebotes Öffnungszeiten der Eishalle Deutweg (Tage pro Eissaison) Nutzung: Optimale Auslastung der Eishalle Deutweg ▪ Anzahl Eintritte Eishalle Deutweg (1) ▪ Anzahl Veranstaltungen ▪ Belegung durch Vereine (Anzahl Std./Saison) ▪ Belegung durch öffentlichen Eislauf (Anzahl Std./Saison)	252 82'555 4 3'934 2'727	249 80'000 10 4'000 2'700	235 80'000 5 4'000 2'700

(1) 5-J.-Durchschnitt 2007-2011: 71'671 Eintritte

Produkt 4 Turn- und Sportplatz Deutweg

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der Leichtathletikanlage Deutweg und Verpachtung Kiosk
- Infrastruktur für Leichtathletik und polysportive Nutzung

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	417'403	448'656	424'107
Erlös	64'126	65'257	58'008
Nettokosten	353'277	383'400	366'099
Kostendeckungsgrad in %	15	15	14

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Sportanlage Deutweg ▪ Kostenüberschuss pro Öffnungstag in CHF	990	1'063	1'030

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Angebot: Erhaltung des Angebotes ▪ Leichtathletikstadion mit polysportiven Nebenanlagen ▪ Öffnungszeiten der Gesamtanlage (Anzahl Tage pro Jahr von 8.00-22.00 Uhr) Nutzung: Optimale Auslastung der Sportanlage Deutweg ▪ Anzahl Veranstaltung auf der Sportanlage Deutweg ▪ Anzahl Dauerbelegungen	1 358 220 61	1 358 200 75	1 358 200 70

Produkt 5 Fussballplätze

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der städtischen Fussballanlagen inkl. Fussballstadion Schützenwiese
- Infrastruktur für den Fussballsport und polysportive Nutzung der Anlagen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	3'671'240	3'672'504	3'653'337
Erlös	173'976	305'422	210'025
Nettokosten	3'497'264	3'367'081	3'443'312
Kostendeckungsgrad in %	5	8	6

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Fussballanlagen ▪ Nettokosten pro dem städtischen Fussballverband angeschlossene Mannschaft (1)	24'357	23'575	23'841

(1) Saison 2011/12: 145, davon 3 Damen-, 7 Juniorinnen- und 98 Junioren-Teams

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Angebot: Erhaltung des Angebots ▪ Anzahl Fussballanlagen ▪ Anzahl Fussballplätze (Normspielfelder) ▪ Naturrasenfläche aller Fussballplätze in m2 ▪ Kunstrasenflächen in m2 ▪ Fussballstadion	7 23 153'340 19'200 1	7 21 141'540 19'200 1	7 21 141'540 25'600 1

Der Allwetterplatz im Stadion Schützenwiese wird durch einen Kunstrasen ersetzt.

Produkt 6 Übrige Sportanlagen

Leistungen

- **Beteiligung und Unterhalt der Sportinfrastruktur (Finnenbahnen, Vitaparcours, Reitsport)**
- Finanzielle und fachliche Unterstützung der Eulachhallen AG
- Angebote im Trendsportbereich
- Unterhalt Freizeitanlage Reitplatz

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	340'127	315'984	302'802
Erlös	85'693	346'000	232'500
Nettokosten	254'434	-30'016	70'302
Kostendeckungsgrad in %	25	109	77

Im Erlös Soll 2012 sind CHF 0.30 Mio. für den Baurechtszins WinCity budgetiert worden. Im Soll 2013 sind CHF 0.20 Mio. budgetiert.
(Baubeginn hat sich verzögert).

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Jährliche Unterhaltskosten für Werterhaltung der übrigen Sportanlagen	114'354	127'000	191'500

Die Duschen in der Eulachhalle 1 müssen saniert werden.

Produkt 7 Dienstleistung / Information

Leistungen

- Auslastung, Vermietung und Vermarktung der Sportanlagen
- Vermietung der Schulräume, Singsäle, Turnhallen, Schulzimmer und Schulschwimmanlagen ausserhalb der Schulzeit.
Ertrag budgetiert in den Liegenschaften der Produktgruppe Volksschule
- Freiwilliger Schulsport
- Sportförderungsprojekte (Senioren-sport, Raum für Bewegung und Sport u.a.m.)
- Information und Beratung (Öffentlichkeitsarbeit, Entwicklung des Sportes)
- Unterstützung Vereinssport
- Ehrungen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'342'651	1'426'346	1'340'784
Erlös	356'069	430'771	325'024
Nettokosten	986'581	995'575	1'015'760
Kostendeckungsgrad in %	27	30	24

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Sportnutzung: Verkauf möglichst vieler Sportpässe			
▪ Anzahl verkaufte Sportpässe pro Jahr	13'520	12'000	15'000
▪ davon Jahrespässe gesamt	8'066	6'000	8'000

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Jugendsportförderung: Auszahlung von Beiträgen an Vereine mit jugendlichen Mitgliedern			
▪ Beitrag an Jugendsportförderung in CHF	200'000	200'000	200'000
Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche			
▪ Mädchen	1'591	1'800	1'800
▪ Knaben	3'200	3'200	3'200
Sportinformation: Verbesserung der Information über das Sportangebot in Winterthur			
▪ Anzahl Ausgaben des Prospektes über den Sportpass	1	1	1
▪ Anzahl Besuche auf der Homepage im Internet (durchschnittlich pro Monat)	20'912	20'000	20'000
Übrige Daten			
▪ Anzahl städtische Turnhallen (davon 4 Grossraumhallen)	47	47	47
▪ Auslastung Turnhallen Wochentage (Mo-Fr, 18.00-22.00 Uhr) in %	98	98	98
▪ Auslastung Turnhallen Wochenende (Sa-So, 08.00-22.00 Uhr) in %	20	15	20

Ab SJ 11/12 zusätzliche Doppeltturnhalle im Schulhaus Wyden.

IAFP Sportamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	15'784	16'101	17'584	18'560	19'210	19'110
Erlös	4'149	3'558	3'917	4'242	4'442	4'542
Nettokosten/Globalkredit	11'635	12'543	13'668	14'318	14'768	14'568
Kostendeckungsgrad in %	26	22	22	23	23	24

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	19'325'000	9'570'000	8'010'000	8'884'000	7'100'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Finanzen / Wirtschaftlichkeit						
▪ Ausgaben für Sport pro Einwohnerin und Einwohner (1)	112	120	129	130	130	130
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt mit Kapitalkosten	0	22	22	23	23	24
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt ohne Kapitalkosten	41	36	38	38	38	38
▪ Beitrag Jugendsportförderung in CHF	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
2 Qualität						
Kundenumfrage alle 5 Jahre parallel mit nationalem Sportobservatorium (4) In den Zwischenjahren (ab 2008) werden vier Schwerpunkte (alternierend) befragt oder ausgewertet.	--	--	0.0	Bericht	--	--
Kundenzufriedenheit mit Reservationsstelle	--	0	0	--	Bericht	--
Gebäudezustand erfassen;	--	Fussnote	0.0	--	--	--
Fussballplätze: Zustandsbericht	Bericht	0.0	0.0	--	--	--
Energieverbrauch (5)	763'633	770'000	821'870	830'000	840'000	850'000
3 Quantität						
Anzahl verkaufte Sportpässe pro Jahr	13'520	12'000	15'000	15'000	15'000	15'000
Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (2)	371'753	250'000	370'000	400'000	400'000	400'000
Anzahl Eintritte Eissportanlage Deutweg (3)	82'555	80'000	80'000	80'000	80'000	80'000
Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche (Mädchen/Knaben)						
Mädchen	1'591	1'800	1'800	1'800	1'800	1'800
Knaben	3'200	3'200	3'200	3'200	3'200	3'200
4 Wirkungsziele						
Ergebnisse aus nationalem Sportobservatorium: es werden drei Schwerpunkte entwickelt.						
Der Sportpass erreicht national wiederum die Höchstnote für Sportdienstleistungen	--	--	0.00	--	--	--
Der Anteil der 15 - 74jährigen, die nie Sport treiben, wird gesenkt (7)	--	--	0.00	15.90	--	--
Die Bewertung der Information über die Sportmöglichkeiten in Winterthur wird gesteigert (8)	--	--	0.00	3.70	--	--

(1) Durchschnittliche Wohnbevölkerung in Winterthur - Prognose 2013: 106'798

(2) 5-Jahres-Durchschnitt 2007-2011: 362'295 Eintritte

(3) 5-Jahres-Durchschnitt 2007-2011: 71'671 Eintritte

(4) Erhebung im 2013, Ergebnisse liegen im Mai 2014 für Rechnung 2014 vor (nationale Erhebung alle 5 Jahre)

(5) 5-Jahres-Durchschnitt 2007 - 2011: Fr. 773'029

(7) Nationale Erhebung 2008 (Sportobservatorium) ergab einen Wert von 18%, Ziel für (Erhebung 2013) Soll 2014 auf unter 16%

(8) Nationale Erhebung 2008 (Sportobservatorium) ergab einen Wert von 3.5, Ziel für (Erhebung 2013) Soll 2014 ist eine Steigerung auf 3.7 auf einer 5er Skala.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Inbetriebnahme des überdachten Freibades Geiselweid.
- Etappenweise Realisierung der Sanierung Stadion Schützenwiese.
- Sanierung Tribünengebäude Sportplatz Deutweg.
- Umsetzung Raum für Bewegung und Sport.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen-

Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

Auftrag

Die KESB Winterthur-Andelfingen erfüllt ab 1.1.2013 sämtliche Aufgaben des zivilrechtlichen Kindes- und Erwachsenenschutzes für die Bezirke Winterthur und Andelfingen. Gemäss der interkommunalen Vereinbarung ist Winterthur Sitz der Behörde. Die Aufgaben des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts werden von den 44 Vertragsgemeinden an die Stadt Winterthur übertragen, im Gegenzug beteiligen sie sich an den Kosten der KESB mit einem Anteil von 40%.

Produkte

Die KESB führt Sachverhaltsabklärungen durch und ordnet sämtliche Erwachsenen- und Kindesschutzmassnahmen an. Im Bereich der Fürsorgerischen Unterbringung ist sie nebst Ärztinnen und Ärzten zuständig. Sie behandelt die zustimmungspflichtigen Geschäfte und übernimmt Aufgaben im privatautonomen Bereich (Vorsorgeauftrag, Patient(innen)verfügung, Vertretung durch Ehegattin/Ehegatte oder eingetragene/n Partner/in im Rechtsverkehr und bei medizinischen Massnahmen, Schutz Urteilsunfähiger in Wohn- und Pflegeeinrichtungen) sowie Beratungsaufgaben. Die KESB nimmt Besitzstandsinventare, Nachlassinventare und Kindesvermögensinventare nach Scheidung auf. Sie stellt Antrag um Anordnung eines Erbschaftsinventars.

Die KESB ist beteiligt beim Adoptionsverfahren (Zustimmung zur Adoption bevormundeter Minderjähriger, Entgegennahme der Zustimmungserklärung der Eltern zur Adoption, Entscheid über Verzicht auf Zustimmung der Eltern).

Während einer Übergangsfrist von drei Jahren überführt sie nach bisherigem Recht angeordnete Massnahmen in das neue Recht und bestätigt die ärztlichen Unterbringungsentscheide. (Art 14 ff. Schlusstitel ZGB)

Krippenbewilligungen: nach heutigem Stand (Juni 2012) ist noch nicht klar, ob diese durch die KESB erteilt wird.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Art. 360ff. rev. ZGB: Der Erwachsenenschutz / Art. 307 ff. Kindesschutz (SR 210)
- EG zum KESR
- Adoptionen: Art. 264 ff. ZGB; Art. 15 Abs. 3 und 26 BG-HAÜ
- Pflegekinderbewilligungen Art. 316 Abs. 2 ZGB; Art. 26 BG-HAÜ; PAVO (SR 211.222.338)
- Kindesvermögensinventar nach Tod eines Elternteils: Art. 318 nZGB
- Nachlassinventar: Art. 553 nZGB, § 137 GOG

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung

Stufe Verwaltungseinheit

- Geschäftsordnung der KESB
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung vom 26. Oktober 1987, § 14

Verantwortliche Leitung

Dr. Karin Fischer

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Verfahren werden mit den vorhandenen Ressourcen effizient durchgeführt. <i>Messung / Bewertung:</i> Gemäss Statistik der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Verwaltungskosten pro Verfahren in CHF			1'000.00
2 Auftragserfüllung Eine korrekte und professionelle Erfüllung des gesetzlichen und behördlichen Auftrages erfordert die Begrenzung der Belastung der Mitarbeitenden. Dies bedeutet, dass sich der Stellenplan an der Fallentwicklung orientiert. <i>Messung / Bewertung:</i> Fallbelastung pro 100%-Stelle KESB-Mitglieder und Fachmitarbeitende			900

Für das Soll 2013 können noch keine verlässlichen Zahlen genannt werden, da ab 2013 nicht mehr die bisherige Vormundschaftsstatistik des Bezirksamtes, sondern die noch nicht bekannte KOKES-Statistik die Grundlagen liefert. Es ist insbesondere noch nicht klar, was als Verfahren gilt (z.B. neue Aufgaben der KESB wie Vorsorgeaufträge, Patientenverfügungen etc.).

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	2'327'109	2'588'973	3'308'707

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Die Zahlen des Vorjahres und des Budgets 2012 beziehen sich auf das bisherige Vormundschaftsamt und sind nicht mit den Zahlen der KESB vergleichbar.

Das Vormundschaftsamt Winterthur wird schrittweise in die neue Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Winterthur-Andelfingen (KESB) überführt. Während das bisherige Vormundschaftsamt (16.4 Stellen) die Geschäfte einer rein städtischen Vormundschaftsbehörde mit 5 nebenamtlich tätigen Behördenmitgliedern vorbereitete und für rund 100'000 Einwohner/innen zuständig war, wird die neue Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde für ca. 180'000 Einwohner/innen der Bezirke Winterthur und Andelfingen zuständig sein. Aufgrund von neuen gesetzlichen Aufgaben ist mit einem Mehraufwand von ca. 20% gegenüber den bisherigen Aufgaben zu rechnen.

Diese neue, vergrösserte Behörde führt zu höheren Sachkosten und einem entsprechenden räumlichen Mehrbedarf, der zu höheren Mietkosten führt.

Gemäss Anschlussvertrag tragen die 44 Anschlussgemeinden 40% der Nettokosten, somit belasten 60% die städtische Rechnung.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

siehe oben

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	2'433'349	2'742'493	4'798'963
Sachkosten	295'018	398'411	731'200
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	39'961
Mietkosten	3'360	21'368	372'760
Übrige interne Kosten	203'887	208'127	651'103
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'935'614</i>	<i>3'370'399</i>	<i>6'593'987</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	2'935'614	3'370'399	6'593'987
Externe Erlöse	605'072	779'740	3'285'280
Interne Erlöse	3'433	1'686	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>608'505</i>	<i>781'426</i>	<i>3'285'280</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	608'505	781'426	3'285'280
Total Nettokosten / Globalkredit	2'327'109	2'588'973	3'308'707
Kostendeckungsgrad in %	20	23	49

Die Zahlen des Vorjahres und des Budgets 2012 beziehen sich auf das bisherige Vormundschaftsamt und sind nicht mit den Zahlen der KESB 2013 vergleichbar.

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten			34.90
▪ Auszubildende			2.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze			2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Für den Aufbau der KESB Winterthur-Andelfingen wurden 2012 8.4 Stellen ins Budget aufgenommen (Novemberbrief). Weitere 10.1 Stellen werden ab 2013 notwendig, wenn die KESB ihre Aufgaben voll wahrnehmen wird. In diesem Stellenplan ist neu eine zweite Ausbildungsstelle (Auditoriat) enthalten. 40% der Nettokosten sind in der KESB refinanziert, dh sie können den Anschlussgemeinden weiterverrechnet werden.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

Nachdem die KESB Winterthur-Andelfingen ihren Betrieb ab 1.1.2013 vollständig aufnimmt und sich die gesamte bisherige Struktur verändert, sind die neuen betrieblichen Abläufe und Arbeitsprozesse zu konsolidieren. Die aus dem Vormundschaftsamt übernommenen sowie die neu rekrutierten Mitarbeitenden müssen intensiv geschult werden.

Produkt 1 Kindes- und Erwachsenenschutz**Leistungen**

Sachverhaltsabklärungen aufgrund von Gefährdungsmeldungen und Anträgen
Anordnung von Erwachsenenschutzmassnahmen
Anordnung von Kindesschutzmassnahmen
Vornahme von Besitzesstand-, Nachlass- und Kindesvermögensinventaren
Beteiligung im Adoptionsverfahren
Anordnung von Fürsorgerischen Unterbringungen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten			6'593'987
Erlös			3'285'280
Nettokosten			3'308'707
Kostendeckungsgrad in %			50

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten pro Einwohner/in Winterthur Stadt			32.40
Kosten pro Einwohner/in Winterthur Land			26.20
Kosten pro Einwohner/in Bezirk Andelfingen			28.00
Kosten pro Einwohner Gesamt KESB			29.95

Die für die Berechnung verwendeten Einwohnerzahlen stammen aus der Kantonalen Bevölkerungsstatistik per 31.12.2011

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Erwachsenenschutz			
▪ Anzahl Fallaufnahmen			?
▪ Errichtete Massnahmen			220
▪ Aufgehobene Massnahmen			50
▪ Andere Lösungen i.S. der Subsidiarität			?
Kindesschutz			
▪ Anzahl Fallaufnahmen			?
▪ Errichtete Massnahmen			220
davon Obhutsentzüge			50
▪ Kontradiktorische Verhandlungen gemäss § 57 EG zum KESR			?
▪ Aufgehobene Massnahmen			160
Mitwirkung bei Mandatsführungen und Aufsichtstätigkeit			
▪ Anzahl Inventaraufnahmen			200
▪ Anzahl Prüfungen zustimmungsbedürftiger Rechtsgeschäfte			240
▪ Anzahl Berichts- und Rechnungsprüfungen			1'200
▪ Anzahl Beurteilung von Beschwerden gegen Mandatspersonen			5

Es können noch keine genauen Leistungsmengen genannt werden, da ab 2013 nicht mehr die bisherige Vormundschaftsstatistik des Bezirksamtes, sondern die noch nicht bekannte KOKES-Statistik die Grundlagen liefert.

IAFP Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	2'935	3'370	6'593	6'594	6'594	6'594
Erlös	608	781	3'285	3'285	3'285	3'285
Nettokosten/Globalkredit	2'327	2'588	3'308	3'309	3'309	3'309
Kostendeckungsgrad in %	20	23	49	50	50	50

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	898'000	1'220'000	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Verfahren werden mit den vorhandenen Ressourcen effizient durchgeführt. <i>Messung / Bewertung:</i> Gemäss Statistik der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ▪ Verwaltungskosten pro Verfahren in CHF	--	--	1'000.00	1'000.00	1'000.00	1'000.00
2 Auftragserfüllung Eine korrekte und professionelle Erfüllung des gesetzlichen und behördlichen Auftrages erfordert die Begrenzung der Belastung der Mitarbeitenden. Dies bedeutet, dass sich der Stellenplan an der Fallentwicklung orientiert. <i>Messung / Bewertung:</i> Fallbelastung pro 100%-Stelle KESB-Mitglieder und Fachmitarbeitende	--	--	900	900	900	900

Für 2013 ff können noch keine verlässlichen Zahlen genannt werden, da nicht mehr die bisherige Vormundschaftsstatistik des Bezirksamtes, sondern die noch nicht bekannte KOKES-Statistik die Grundlagen liefert. Es ist insbesondere noch nicht klar, was als Verfahren gilt (z.B. neue Aufgaben der KESB wie Vorsorgeaufträge, Patientenverfügungen etc.).

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Nachdem 2013 erste Erfahrungen mit der neuen Organisation gemacht werden konnten, sind die betrieblichen Abläufe und Arbeitsprozesse wo nötig anzupassen bzw. weiter zu konsolidieren. Der Pflege des Betriebsklimas und der weiteren Kulturentwicklung kommt ebenfalls ein grosser Stellenwert zu.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Sozial- und Erwachsenenhilfe

Auftrag

- Erbringung von Sozialhilfeleistungen für Personen in persönlichen und/oder finanziellen Notlagen im Auftrag der Fürsorgebehörde und Führung deren Geschäftsstelle. Dies beinhaltet auch finanzielle Leistungen und Unterbringung von der Stadt Winterthur zugewiesenen Asylsuchende und Flüchtlinge.
- Führung von Erwachsenenschutzmassnahmen im Auftrag der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB). Schulung und Begleitung von Privatbeiständen im Wirkungsgebiet der KESB Winterthur.
- Ausrichtung von Zusatzleistungen zur AHV / IV, bestehend aus Ergänzungsleistungen des Bundes, kantonalen Beihilfen und Gemeindezuschüssen.
- Anspruchsprüfung und Erbringung von administrativen Leistungen für die via kantonalem Jugendsekretariat beantragten Alimentenbevorschussungen und Kleinkinderbetreuungsbeiträge.
- Erbringung von administrativen Leistungen im Zusammenhang mit den Gemeinden zugeordneten Aufgaben im Krankenkassenwesen.

Produkte

1 Ausrichtung Sozialhilfe und Transferleistungen

Anspruchsklärung und Durchführung der persönlichen und wirtschaftlichen Hilfe für Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Winterthur mit dem Ziel der materiellen Existenzsicherung, Förderung der wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit sowie Gewährleistung der sozialen und beruflichen Integration.

2 Erwachsenenschutzmassnahmen und persönliche Hilfe nach SHG

Führung von Erwachsenenschutzmassnahmen durch Berufs- und Privatbeistände. Schulung und Begleitung von Privatbeiständen im Wirkungsgebiet der KESB Winterthur. Durchführung von persönlicher Hilfe für Personen ohne Erwachsenenschutzmassnahme mit entsprechendem Bedarf.

3 Ausrichtung Zusatzleistungen zur AHV/IV

Durchführung der Aufgaben im Zusammenhang mit der Ausrichtung der Zusatzleistungen zur AHV / IV.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesverfassung (Art. 115 BV) (SR 101)

Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (Zuständigkeitsgesetz, ZUG) (SR 851.1)

Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB) (SR 210)

Bundesgesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) (SR 831.10)

Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELV) (SR 831.301)

Sozialhilfegesetz (SHG) (LS 851.11)

Verordnung zum Sozialhilfegesetz (SHV) (LS 851.11)

Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (EG KESR)

Gesetz über die Zusatzleistungen zur eidgenössischen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung

(Zusatzleistungsgesetz, ZLG) (LS 831.3)

Zusatzleistungsverordnung (LS 831.31)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verschiedene Beschlüsse des GGR

Verschiedene Beschlüsse des Stadtrates

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Kosten der Leistungserbringung Die Kosten für die Fallführung werden ausgewiesen. <i>Messung / Bewertung:</i> Verwaltungskosten pro Fall (Total bearbeitete Dossiers pro Jahr) (in CHF) <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG b) Erwachsenenschutzmassnahmen c) Zusatzleistungen zur AHV/IV	 2'950.00 4'711.00 509.00	 2'965.00 4'897.00 526.00	 2'837.00 4'647.00 528.00
2 Belastung der Mitarbeitenden Eine korrekte Erfüllung des gesetzlichen und behördlichen Auftrages erfordert die Begrenzung der Belastung der Mitarbeitenden. Dies bedeutet, dass sich der Stellenplan an der Fallentwicklung orientiert. <i>Messung / Bewertung:</i> Fallbelastung pro 100%-Stelle (Total bearbeitete Dossiers pro Jahr) <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG: Unterstützungsfälle pro 100%-Stelle b) Erwachsenenschutzmassnahmen: Massnahmen pro 100%-Stelle c) Zusatzleistungen zur AHV/IV: Fälle pro 100%-Stelle	 48 39 313	 50 40 310	 50 40 310
3 Unterstützungsdauer Sozialhilfe Sozialhilfe ist als vorübergehende Unterstützung konzipiert. Wenn weder Integration in den Arbeitsmarkt noch Versicherungsleistungen möglich sind, verbleiben Personen langfristig in der Sozialhilfe. <i>Messung / Bewertung:</i> Durchschnittliche Bezugsdauer der laufenden Fälle	 37.3 Monate	 keine Angabe	 38.0 Monate

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	16'647'222	17'629'844	18'372'526

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Die Produktgruppe wurde per Voranschlag 2013 neu gebildet, in dem der Verwaltungsaufwand (neu PG Sozial- und Erwachsenenhilfe) sowie die monetären Leistungen an Bedürftige (neu individuelle Unterstützung) getrennt wurden. Die bisherigen PG Jugend- und Familienhilfe sowie PG Asylwesen wurden in die zwei neuen PG integriert. Zudem wurden die Beiträge an Organisationen und z.B. an den Kanton in der neuen PG Beiträge an Organisationen zusammengefasst. Im Rahmen der Diskussion in der Kommission Soziales und Sicherheit des GGR wurden die parlamentarischen Zielvorgaben überarbeitet bzw. angepasst. Dies führt dazu, dass zum grossen Teil der Vergleich mit den Vorjahren aktuell nicht möglich ist und gewisse Erfahrungswerte zuerst erhoben werden müssen, um genaue Vorgaben zu bestimmen. Damit die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren trotz allem möglich ist, wurden die Zahlen neu zugeordnet bzw. gemäss neuer PG-Struktur berechnet.

Der Nettoglobalkredit erhöht sich um rund CHF 740'000. Hauptursache sind gestiegene Personalkosten aufgrund zusätzlicher Stellen und der Personalmassnahmen (Stufenanstieg, Beförderungen) sowie ein entsprechend höherer Bedarf an Infrastruktur.

Produkt 1 Ausrichtung Sozialhilfe und Transferleistungen:

- Mehrkosten von CHF 142'000 aufgrund Wechsel AHV-Zweigstelle vom Finanzamt zu den Sozialen Diensten.
- Beim Sozialdienste Asyl zwei zusätzliche Stellen, um der gestiegenen Fallbelastung und den erhöhten Anforderungen an die Betreuung der Asylsuchenden gerecht zu werden. Seit 2008 keine wesentliche Veränderung des Stellenplans. Es ist vorgesehen, dass eine Stelle sich vor allem um die Beschaffung von adäquatem Wohnraum für diejenigen Personen kümmert, die aufgrund des Aufenthaltstatus die Asylunterkünfte verlassen müssten.

Produkt 2 Erwachsenenschutzmassnahmen und persönliche Hilfe nach SHG:

- Auch in diesem Bereich steigen die Fallzahlen von Jahr zu Jahr. Um die Fallbelastung der Mitarbeitenden im Rahmen zu halten sind zwei zusätzliche Stellen nötig.
- Im Zusammenhang mit der neuen Organisation beim Kindes- und Erwachsenenschutz ist im Bereich der Betreuung der Privaten Mandatsträger/innen eine Leistungsvereinbarung mit der KESB geplant. Diese umfasst nebst der Stadt Winterthur auch alle Gemeinden der Bezirke Andelfingen und Winterthur-Land, was die Fallzahlen nahezu verdoppelt. Für die zusätzlichen Aufgaben werden 1.5 Stellen benötigt. Die Kosten werden durch die KESB vollumfänglich zurückerstattet.

Produkt 3 Ausrichtung Zusatzleistungen AHV/IV:

- Auch bei den Zusatzleistungen steigen die zu bearbeitenden Fälle von Jahr zu Jahr an. Seit 2009 wurde das Stellenetat nicht mehr erhöht, obwohl der Fallanstieg in diesem Zeitraum bis 2013 rund 15 % betragen wird. Damit die Fallbelastung für die Mitarbeitenden zu bewältigen ist, ist auch in diesem Bereich eine zusätzliche Stelle nötig.

Parlamentarische Zielvorgaben:

Im Rahmen der Neugestaltung der Produktgruppen wurden auch die parlamentarischen Zielvorgaben verändert. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

- Kosten der Leistungserbringung:
Die Berechnungsgrundlage wurde den heutigen Gegebenheiten angepasst. Basis bilden die jeweiligen Nettoverwaltungskosten sowie die Gesamtfallzahlen pro Jahr. Je höher die Belastung der Mitarbeitenden ausfällt, so tiefer sind die durchschnittlichen Kosten pro Fall.
- Belastung der Mitarbeitenden:
Als Berechnungsgrundlage dienen nebst den Gesamtfallzahlen jeweils alle Stelleneinheiten, die sich einem Geschäftsbereich direkt zuweisen lassen. Also z.B. alle Stellen der Hauptabteilung Zusatzleistung oder Gesetzlicher Betreuungsdienst. Bei der Sozialberatung ist der Sozialdienst Asyl sowohl bei Stellen wie auch bei Fällen nicht einbezogen, da die Rahmenbedingungen sehr verschieden sind. Die Sollwerte basieren auf den Personalressourcen, welche erforderlich sind, um die Fallführung ordnungsgemäss abzuwickeln.
- Unterstützungsdauer Sozialhilfe:
Die durchschnittliche Unterstützungsdauer ergibt sich aus der Gesamtzahl der Unterstützungsmonate per Stichtag, geteilt durch die Anzahl Fälle. Beim Sollwert wird davon ausgegangen, dass die Unterstützungsdauer leicht ansteigt, was sich auch auf die Kostenentwicklung auswirkt.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Die Kostensteigerung ergibt sich aus dem zusätzlichen Personalbedarf zweier Jahre, sowie dem Wechsel der AHV-Zweigstelle vom Finanzamt zu den Sozialen Diensten.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	14'083'609	14'907'102	15'791'521
Sachkosten	2'395'974	3'111'901	2'870'632
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	208'331	172'168	181'208
Mietkosten	16'773	59'600	37'398
Übrige interne Kosten	3'615'603	3'760'802	4'304'180
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>20'320'290</i>	<i>22'011'573</i>	<i>23'184'939</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	20'320'290	22'011'573	23'184'939
Externe Erlöse	1'568'298	1'926'708	1'779'556
Interne Erlöse	61'389	5'021	632'857
Beiträge von Dritten	2'043'381	2'450'000	2'400'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'673'068</i>	<i>4'381'729</i>	<i>4'812'413</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'673'068	4'381'729	4'812'413
Total Nettokosten / Globalkredit	16'647'222	17'629'844	18'372'526
Kostendeckungsgrad in %	18	19	20

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	106.29	110.05	111.25
▪ Auszubildende	13.90	14.40	14.40
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	7.00	5.00	5.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

+ 2.0 Stellen AHV-Zweigstelle: Wechsel vom Finanzamt zu Sozialen Diensten
+ 2.0 Stellen Sozialdienst Asyl: Stellenreduktion der letzten Jahre muss infolge erhöhtem Druck des Kantons zur Erfüllung des Kontingentes wieder ausgeglichen werden
+ 1.0 Stelle Zusatzleistungen zur AHV/IV: Fallwachstum von ZL-Fällen
+ 2.0 Stellen Gesetzlicher Betreuungsdienst: Zunahme von Erwachsenenschutzmassnahmen
+ 1.5 Stellen Gesetzlicher Betreuungsdienst, Fachstelle Private Mandate: Übernahme der PRIMA-Fälle der Bezirksgemeinden mit Leistungsvereinbarung und Entschädigung durch die neue Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde
- 0.7 Stelle Kinder- und Jugenddelegierte: Verschiebung zu 629 Bereichsleitung Soziale Dienste im Rahmen der neuen PG-Struktur
- 6.6 Stellen Fachsupport Sozial- und Erwachsenenhilfe: Verschiebung zu 629 Bereichsleitung Soziale Dienste im Rahmen der neuen PG-Struktur

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Operative Umsetzung der Änderungen im Zusammenhang mit der Einführung des neuen Kinder- und Erwachsenenschutzrechts.
- Antragstellung (GGR) betreffend Reorganisation Fürsorgebehörde.
- Aktive Mitwirkung beim Projekt Fokus als künftig grösste Organisationseinheit der Stadtverwaltung im Superblock.
- Organisatorische Integration der AHV-Zweigstelle mit Umzug in Räumlichkeiten der Sozialen Dienste.

Produkt 1 Ausrichtung Sozialhilfe und Transferleistungen

Leistungen

- Klärung des Leistungsanspruchs und Beratung von Klienten in persönlichen und finanziellen Notlagen, Vermittlung von Hilfeleistungen.
- Persönliche und wirtschaftliche Hilfe gemäss Sozialhilfegesetz und Richtlinien der Fürsorgebehörde. Dies beinhaltet insbesondere Sicherung der Existenz, Förderung der wirtschaftlichen und persönlichen Selbstständigkeit sowie Gewährleistung der sozialen und beruflichen Integration.
- Unterbringung sowie persönliche und wirtschaftliche Hilfe für Asylsuchende, die in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Winterthur bzw. einer Vertragsgemeinde fallen.
- Bearbeitung und Bewilligung von Gesuchen für Alimentenbevorschussungen und –inkasso (via kant. Jugendsekretariat).
- Bearbeitung und Bewilligung von Gesuchen für Kleinkinderbetreuungsbeträge (via kant. Jugendsekretariat).
- Abrechnung mit kostenpflichtigen Gemeinwesen sowie Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber Dritten.
- Bearbeitung von Nachmeldungen bei individuellen Prämienverbilligungen sowie weiteren den Gemeinden zugewiesenen Aufgaben im Krankenkassenwesen.
- Führung der Geschäftsstelle der Fürsorgebehörde.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	12'248'745	13'300'376	13'834'498
Erlös	2'581'789	3'245'212	3'188'639
Nettokosten	9'666'956	10'055'164	10'645'858
Kostendeckungsgrad in %	21	24	23

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Durchschnittliche Fallbelastung der Dossier führenden Mitarbeitenden pro 100%-Stelle Sozialhilfe	103	95	95
Anteil zugewiesener Personen an Integrationsangebote in % aller laufenden Fälle	--*	--*	--*
Anteil Anschlusslösungen Fachstelle Junge Erwachsene in % aller Fälle	--*	--*	--*
Anteil Anschlusslösungen Work-in in % aller Fälle	--*	--*	--*
Abschlüsse in % der Anzahl Fälle	29 %	31 %	30 %
Kostendeckungsgrad für Leistungen im Asylbereich für Vertragsgemeinden	105 %	100 %	100 %

*) Neue Messgrösse, welche bisher nicht in dieser Form erhoben wurde, darum fehlen Werte als Basis für Soll-Annahmen erst ab VA 2014 möglich.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Kontakte der Zentralen Anlaufstelle (Schalter)	--*	--*	--*
Anzahl Bedarfsabklärungen durch die Zentrale Anlaufstelle	1'582	1'600	1'700
Anzahl Fallaufnahmen Sozialhilfe (ohne Asyl)	926	1'060	1'000
Anzahl Fallabschlüsse Sozialhilfe (ohne Asyl)	823	890	850
Anzahl Fallaufnahmen Asylwesen (inkl. Vertragsgemeinden)	--*	--*	--*
Anzahl Fallabschlüsse Asylwesen (inkl. Vertragsgemeinden)	--*	--*	--*
Anzahl Zuweisungen an das Projekt Passage	404	400	400
Anzahl Teilnehmende Fachstelle Junge Erwachsene pro Jahr	206	200	200
Anzahl Teilnehmende Work-in pro Jahr	97	100	100
Anzahl bearbeitete Fälle pro Jahr (Total):			
▪ Sozialhilfe	2'822	2'860	3'100
▪ Asylwesen (Stadt Winterthur)	--**	--**	--**
▪ Asylwesen (Vertragsgemeinden)	--**	--**	--**
Anzahl aufgedeckte Missbrauchsfälle	135	120	120
Anzahl Beschlüsse der Fürsorgebehörde	3'380	3'400	3'500
Nachmeldungen Individuelle Prämienverbilligung	3'574	3'500	3'500

*) Neue Messgrösse, welche bisher nicht in dieser Form erhoben wurde, darum fehlen Werte als Basis für Soll-Annahmen erst ab VA 2014 möglich.

***) Messgrösse war bisher Anzahl abgerechneter Präsenztage, Wert muss neu erhoben werden.

Produkt 2 Erwachsenenschutzmassnahmen und persönliche Hilfe nach SHG

Leistungen

- Konkretisierung und Umsetzung des Auftrages der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB).
- Beratung und Begleitung von Klienten in allen Lebensbereichen, insb. Finanzen, Wohnen, Arbeit/Beschäftigung, soziales Umfeld und Gesundheit.
- Wahrung von Klienten-Interessen aufgrund der Vertretungsaufgaben, insb. Geltendmachen von Ansprüchen und Finanzverwaltung (Stellvertretendes Handeln).
- Werbung, Schulung und Begleitung von Privatbeiständen im Wirkungskreis der KESB Winterthur.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	5'632'130	6'187'760	6'693'303
Erlös	831'874	850'122	1'380'331
Nettokosten	4'800'256	5'337'638	5'312'972
Kostendeckungsgrad in %	15	14	21

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Durchschnittliche Fallbelastung der Berufsbeistände pro 100%-Stelle:	90	85	85
Anteil Fälle mit Betreuung durch Privatbeistände in % aller Fälle	20.7 %	20 %	20 %

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Fallaufnahmen Erwachsenenschutzmassnahmen	120	140	140
Anzahl Fallabschlüsse Erwachsenenschutzmassnahmen	89	90	90
Anzahl Fallaufnahmen Persönliche Hilfe nach SHG	25	30	30
Anzahl Fallabschlüsse Persönliche Hilfe nach SHG	20	20	20
Anzahl betreute Personen pro Jahr (Total):			
▪ Erwachsenenschutzmassnahmen	1'155	1'240	1'270
▪ Persönliche Hilfe nach SHG	131	140	150
▪ Betreuung durch Berufsbeistände	1'019	1'105	1'150
▪ Betreuung durch Privatbeistände	267	275	270
Anzahl Privatbeistände per 31.12.:			
▪ Für die Stadt Winterthur tätig	203	210	210
▪ Für die Gemeinden der Bezirke Winterthur-Land und Andelfingen tätig	--*	--*	--*
▪ Anzahl geschulte Privatbeistände	--*	--*	--*
Anzahl Anträge an KESB	--*	--*	--*

*) Mit der Einführung der KESB ab 2013 werden auch die Privatbeistände der Bezirke Andelfingen und Winterthur-Land durch die Stadt Winterthur betreut. Die Mengenangaben werden ab VA 2014 vorliegen. Diese Leistungen werden durch die KESB entsprechend vergütet.

Produkt 3 Ausrichtung Zusatzleistungen AHV/IV

Leistungen

- Abklärung der Ansprüche für Ergänzungsleistungen des Bundes, der kantonale Beihilfen und Gemeindezuschüssen zur AHV und IV gemäss Gesetzen und Richtlinien
- Berechnung und Auszahlung der Zusatzleistungen zur AHV/IV.
- Abrechnung mit kantonalen Stellen sowie Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber Dritten.
- Führung von Dossiers für andere Gemeinden im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'376'601	2'523'437	2'657'139
Erlös	256'479	286'395	243'442
Nettokosten	2'120'122	2'237'042	2'413'697
Kostendeckungsgrad in %	11	11	9

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Fallaufnahmen	656	680	700
Anzahl Fallabschlüsse	507	550	550
Anzahl bearbeitete Fälle/Dossiers pro Jahr (Total):			
▪ Stadt Winterthur	4'168	4'350	4'440
▪ Vertragsgemeinden	58	60	60
Anzahl Verfügungen pro Jahr	14'227	13'250	14'000

IAFP Sozial- und Erwachsenenhilfe

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	20'320	22'011	23'184	23'185	23'185	23'185
Erlös	3'673	4'381	4'812	4'812	4'812	4'812
Nettokosten/Globalkredit	16'647	17'629	18'372	18'373	18'373	18'373
Kostendeckungsgrad in %	18	19	20	21	21	21

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	0	4'300'000	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Kosten der Leistungserbringung Die Kosten für die Fallführung werden ausgewiesen. <i>Messung / Bewertung:</i> Verwaltungskosten pro Fall (Total bearbeitete Dossiers pro Jahr) (in CHF) <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG b) Erwachsenenschutzmassnahmen c) Zusatzleistungen zur AHV/IV						
	2'950.00	2'965.00	2'837.00	2'900.00	3'000.00	3'100.00
	4'711.00	4'897.00	4'647.00	4'900.00	5'000.00	5'100.00
	509.00	526.00	528.00	550.00	570.00	590.00

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
2 Belastung der Mitarbeitenden Eine korrekte Erfüllung des gesetzlichen und behördlichen Auftrages erfordert die Begrenzung der Belastung der Mitarbeitenden. Dies bedeutet, dass sich der Stellenplan an der Fallentwicklung orientiert. <i>Messung / Bewertung:</i> Fallbelastung pro 100%-Stelle (Total bearbeitete Dossiers pro Jahr) <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG: Unterstützungsfälle pro 100%-Stelle b) Erwachsenenschutzmassnahmen: Massnahmen pro 100%-Stelle c) Zusatzleistungen zur AHV/IV: Fälle pro 100%-Stelle						
a) Sozialhilfe gemäss SHG: Unterstützungsfälle pro 100%-Stelle	48	50	50	50	50	50
b) Erwachsenenschutzmassnahmen: Massnahmen pro 100%-Stelle	39	40	40	40	40	40
c) Zusatzleistungen zur AHV/IV: Fälle pro 100%-Stelle	313	310	310	310	310	310
3 Unterstützungsdauer Sozialhilfe Sozialhilfe ist als vorübergehende Unterstützung konzipiert. Wenn weder Integration in den Arbeitsmarkt noch Versicherungsleistungen möglich sind, verbleiben Personen langfristig in der Sozialhilfe. <i>Messung / Bewertung:</i> Durchschnittliche Bezugsdauer der laufenden Fälle						
Durchschnittliche Bezugsdauer der laufenden Fälle	37.3 Monate	keine Angabe	38.0 Monate	39.0 Monate	40.0 Monate	41.0 Monate

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Planung und Realisierung des Projektes Fokus mit Umzug in den Superblock.
- Inhaltliche Weiterentwicklung der Angebote sowie laufende Organisationsanpassung in Sinne einer optimalen Entwicklung.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Entwicklungen im Bereich der Sozialhilfe hängen stark von der generellen wirtschaftlichen Entwicklung ab. Bei den Zusatzleistungen spielt auch die demographische Entwicklung eine Rolle.

Prävention und Suchthilfe

Auftrag

- Initiierung und Koordination von Präventionsangeboten zur Verhinderung von Suchtverhalten Einzelner und Gruppen der Stadt Winterthur und den Vertragsgemeinden mit dem Fokus auf die Zielgruppe Kinder, Jugendliche und Junge Erwachsene sowie ihre Bezugspersonen.
- Gewährleistung der fachgerechten Beratung, Unterstützung, Behandlung und Therapie suchtgefährdeter und suchtkranker Personen in Kooperation mit der Integrierten Psychiatrie Winterthur.
- Verhinderung von Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit durch Bereitstellung von Unterkünften und Führung von niederschweligen und teilweise begleiteten Angeboten.
- Führung einer Anlaufstelle für suchtmittelabhängige und ausgegrenzte Menschen und Sicherstellung einer Infektionsprophylaxe.
- Führung von spezifischen Angeboten für suchgefährdete Kinder und Jugendliche.

Produkte

1 Prävention

Entwicklung, Planung und Umsetzung von suchthemenbezogener Öffentlichkeits-, Informations-, Bildungs- und Projektarbeit im Bereich der Prävention mit dem Fokus auf die Zielgruppe Kinder, Jugendliche und Junge Erwachsene. Führung der Angebote Jump und Jumpina für suchtgefährdete Jugendliche.

2 Betreuung und Wohnen

Leitung und Koordination der niederschweligen Angebote Arbeit, Tagesstruktur und Wohnen in der Stadt Winterthur. Die Angebote sind in den Bereichen Wohnen und Tagesstruktur. Ziele sind Verhinderung einer offenen Drogenszene und Obdachlosigkeit, ferner die Gewährleistung der Angebote Infektionsprophylaxe, Beschäftigung und Aufenthaltsorte.

3 Therapie und Behandlung

Substitution, Therapie und Behandlung von suchtgefährdeten und suchtkranken Personen aus der Stadt, dem Bezirk und der Psychiatrieregion Winterthur auf der Basis (sozial-)psychiatrischer und psychotherapeutischer Verfahren (Leistungen Krankenkassenberechtigt). Führung eines speziellen Angebotes für Kinder von suchtkranken Eltern.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) und Verordnungen
- Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und psychotrope Stoffe (BetmG) und Verordnung
- Dringlicher Bundesbeschluss über die ärztliche Verschreibung von Heroin bis im Jahre 2009 vom 13. 06.1999 (Ikarus und Substitution)
- Tarmed
- Institutionsbewilligung des Bundesamts für Gesundheit (BAG) (Ikarus und Substitution)
- Arztbewilligung des BAG (Ikarus und Substitution)
- Kantonales Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz)
- Kantonales Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz)
- Kantonale Verordnung über Leistungen und Gebühren der kantonalen Spitäler (Taxordnung)
- Beschluss des Regierungsrats des Kantons Zürich vom 11.11.1971 (Ikarus und Substitution)
- Bewilligung für Betäubungsmittel, Krankenanstalt der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich (Ikarus und Substitution)
- Kantonales Psychiatriekonzept
- Kantonales Suchtpräventionskonzept
- Versorgungsmodell Integrierte Psychiatrie Winterthur (ipw)
- Vertrag zwischen Santésuisse Zürich Schaffhausen und dem Departement Soziales der Stadt Winterthur (Ikarus und Substitution)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Volksabstimmung vom 17. Mai 1992 zum Drogenkonzept (Begleitetes Wohnen)
- Volksabstimmung vom 25.06.1995 Teilnahme am Versuch zur heroingestützten Behandlung (Ikarus)
- Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 und GGR 2006/055 (Läbesraum)
- Beschluss des GGR vom 20.03.1991 (Drogenanlaufstelle)
- Beschluss des GGR 2001/078 (Subita Strassensozialarbeit)
- Beschluss des GGR 1995/01 (Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme)
- Beschluss des GGR 2003/085 (jump und jumpina)
- SRB 1970/1366 (Drogenberatungsstelle)
- SRB vom Januar 1990 (Notwohnungen)
- SRB 1995/01 (Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leistungsvereinbarung zwischen dem Departement Soziales und der Produktgruppe Prävention und Suchthilfe
- Verträge mit ipw
- Verträge mit 20 Bezirksgemeinden betreffend die Leistungen der Prävention und Suchthilfe

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Präventionsangebot Präventionsangebote werden vor Ort in den Institutionen angeboten und entsprechend von diesen nachgefragt. <i>Messung / Bewertung:</i> Einzelanfragen und Projekte <i>Messgrößen:</i> Anzahl Auftraggeber / Kunden pro Gruppe: ▪ Mittelstufe -- ** ▪ Oberstufe -- ** ▪ auserschulische Partner -- ** Anzahl Projekte pro Gruppe: ▪ Mittelstufe -- ** ▪ Oberstufe -- ** ▪ auserschulische Partner -- **			keine Angabe keine Angabe keine Angabe keine Angabe keine Angabe keine Angabe
2 Verhinderung von Wohnungslosigkeit Es wird verhindert, dass in Winterthur Personen bzw. Familien obdachlos werden. <i>Messgrößen:</i> ▪ Gesuchstellende ohne rechtzeitige Lösung (Unterkunft) -- ** ▪ Durchschnittliche Verweildauer in einer Notwohnung -- ** ▪ Anteil "gerettete" Wohnverhältnisse im Verhältnis zu den gefährdeten Wohnsituationen (in %) -- **			0 2 Jahre 50 %
3 Verhinderung offene Alkohol- und Drogenszene Die Drogenanlaufstelle wird von Suchtmittelabhängigen und ausgegrenzten Menschen als Aufenthaltsort genutzt. <i>Messung / Bewertung:</i> ▪ Durchschnittliche Besucherfrequenz pro Tag (Anzahl Kontakte/Tag) -- ** ▪ Öffnungszeiten in Stunden pro Woche 55.0			95 55.0
4 Wirtschaftlichkeit <i>Messung / Bewertung:</i> Kostendeckungsgrad der Integrierten Suchthilfe Winterthur	86.00	86.00	85.00
5 Angemessene Wartezeiten Kurze Wartezeiten ermöglichen, dass die Angebote der Suchthilfe sowie die Jugendprogramme Jump/Jumpina wirksam genutzt werden können. <i>Messung / Bewertung:</i> Durchschnittliche Wartezeit für Aufnahme in Tagen: ▪ in Suchtberatung -- ** ▪ ins Therapieangebot für Kinder aus suchtbelasteten Familien (Zebra) -- ** ▪ Jump und Jumpina -- **			20 20 20
6 Kundenorientierung Das Angebot der Integrierten Suchthilfe Winterthur entspricht den Bedürfnissen der Patient/innen <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Patient/innen <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	-- **	-- **	80 %

**) Bei den neuen Indikatoren fehlen die Vorjahreswerte weitgehend, da diese nicht überall in dieser Form berechnet wurden. Kommentar zu Soll 2013 ist in Abweichungsbegründung ersichtlich.

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	4'985'419	5'371'489	4'198'922

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Im Rahmen der Diskussion über die neue Aufteilung der PG der Sozialen Dienste (siehe Kommentar PG Sozial- und Erwachsenenhilfe) wurden in der Kommission Soziales und Sicherheit des GGR die parlamentarischen Zielvorgaben überarbeitet bzw. angepasst. Dies führt dazu, dass zum grossen Teil der Vergleich mit den Vorjahren aktuell nicht möglich ist und gewisse Erfahrungswerte zuerst erhoben werden müssen, um genaue Vorgaben zu bestimmen. Zudem wurden die Leistungen an Dritte, wie z.B. Verein Läbesruum in der neuen PG Beiträge an Organisationen zusammengefasst.

Die Reduktion des Nettoglobalkredits von CHF 1.17 Mio. ergibt sich aus dem Wechsel der Beiträge an Verein Läbesruum, Verein Aids-Infostelle sowie Wohnheim der Heilsarmee, welche neu der PG Beiträge an Organisationen zugeordnet sind.

Produkt 1 Prävention:

- Geringe Kostensteigerung aufgrund höheren interner Verrechnungen (Umlagen).

Produkt 2 Betreuung und Wohnen:

- Leicht höherer Personalaufwand aufgrund Aufstockung Personal bei der DAS im Rahmen der Umsetzung des Betriebskonzeptes, welches eine Dreierpräsenz pro Schicht anstelle einer Zweierpräsenz vorsieht. Dies ermöglicht zusätzliche Aktivitäten mit den Besuchern und stellt den reibungslosen Betrieb trotz Aussenraum und zusätzlichen Räumen sicher.

Produkt 3 Therapie und Behandlung:

- Höhere Erträge dank besserer Auslastung der Therapieangebote.

Parlamentarische Zielvorgaben:

Wie oben erwähnt wurden die Zielvorgaben generell überarbeitet und aufgrund der Diskussion in der SSK neu festgelegt.

- Präventionsangebot:
Diese neuen Messgrössen müssen zuerst über eine gewisse Zeit erhoben werden, damit eine konkrete Vorgabe festgelegt werden kann, da Erfahrungswerte fehlen.
- Verhinderung Wohnungslosigkeit:
Auch diese Indikatoren sind neu. Damit Obdachlosigkeit verhindert wird, muss für alle Gesuchsteller eine Anschlusslösung gefunden werden, darum wurde der Wert auf Null festgesetzt. Die durchschnittliche Verweildauer sollte gemäss den Konzepten der Sozialen Dienste nicht über 2 Jahren liegen. Von den gefährdeten Wohnverhältnissen, die der Wohnhilfe bekannt sind, müssten dank geeigneter Interventionen rund 50 % gerettet werden können.
- Verhinderung offene Szene:
Die durchschnittliche Besucherfrequenz zeigt auf, dass die DAS auch genutzt wird und sich die Randständigen nicht in grossen Gruppen im öffentlichen Raum aufhalten. Die Öffnungszeiten bleiben unverändert.
- Angemessene Wartefristen:
Wartefristen, die länger als 20 Tage dauern, sind bei allen Angeboten zu verhindern.
- Kundenorientierung:
Ein Wert von rund 80 % zufriedenen und sehr zufriedener Patient/innen ist im Quervergleich mit ähnlichen Angeboten ein anzustrebender Wert.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Die Kostensteigerung erfolgt zur Hauptsache aufgrund der höheren Personalkosten (Lohnmassnahmen, zusätzliche Stelle DAS).

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	5'843'709	5'907'428	6'038'780
Sachkosten	4'167'596	4'360'128	4'198'015
Beiträge an Dritte	925'000	1'010'000	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	211'535	270'475	107'744
Mietkosten	369'537	370'700	524'836
Übrige interne Kosten	902'990	871'706	1'048'890
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>12'420'366</i>	<i>12'790'437</i>	<i>11'918'265</i>
Verrechnungen innerhalb PG	124'628	120'200	155'000
Total effektive Kosten	12'295'739	12'670'237	11'763'265
Externe Erlöse	6'165'289	6'226'650	6'487'100
Interne Erlöse	150'214	135'398	162'443
Beiträge von Dritten	1'119'445	1'056'900	1'069'800
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'434'948</i>	<i>7'418'948</i>	<i>7'719'343</i>
Verrechnungen innerhalb PG	124'628	120'200	155'000
Total effektive Erlöse	7'310'320	7'298'748	7'564'343
Total Nettokosten / Globalkredit	4'985'419	5'371'489	4'198'922
Kostendeckungsgrad in %	59	58	64

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	36.93	38.55	38.55
▪ Auszubildende	4.20	5.40	5.90
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

+ 1.0 Stelle DAS, Anlaufstelle: Befristete Stelle wird aufgrund Ergebnis Evaluation (SRB) definitiv

**) Bei den neuen Indikatoren fehlen die Vorjahreswerte weitgehend, da diese nicht überall in dieser Form berechnet wurden. Kommentar zu Soll 2013 ist in Abweichungsbegründung ersichtlich.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Kontinuierliche Umsetzung der Massnahmen gemäss Suchtpolitik 2012 - 2016.
- Weiterführung von Massnahmen zur Verbesserung der Situation von Wohnungssuchenden im Hinblick auf die Verhinderung von Obdachlosigkeit.

Produkt 1 Prävention

Leistungen

Suchtprävention

- Die Suchtpräventionsstelle Winterthur ist Anlauf-, Informations- und Impulsstelle für präventive Anliegen in Stadt und Bezirk Winterthur und arbeitet koordiniert mit den kantonalen Fachstellen. Sie ist zur Hauptsache in den Bereichen Information, Bildung, Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit tätig und strebt auf mehreren Einflussebenen sowohl im individuellen als auch strukturellen Bereich präventive Wirkung an. Die Suchtprävention ist ein Teilbereich der Gesundheitsförderung.

Programme JUMP und Jumpina

- Die Programme Jumpina bzw. Jump sprechen potentiell suchgefährdete weibliche bzw. männliche Jugendliche an der Schnittstelle Oberstufe – Ausbildung – Eintritt ins Erwerbsleben an. Die Programme sollen dazu führen, dass eine bessere berufliche und soziale Integration ermöglicht wird und Sucht verhindert werden kann.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'466'704	1'538'310	1'556'560
Erlös	380'468	380'134	352'694
Nettokosten	1'086'236	1'158'177	1'203'866
Kostendeckungsgrad in %	26	25	23

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Tagesvollkosten in den Projekten Jump / Jumpina in CHF	1422 / 1434	1400 / 1480	1450 / 1500
Wartefrist für Aufnahme in Projekt (in Tagen)	16	20 - 25	20

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl laufende Projekte in der Suchtprävention	23	25 - 30	25 - 30
Anzahl initialisierte Projekte in der Suchtprävention	9	15 - 20	15 - 20
Anzahl Veranstaltungen in der Suchtprävention	113	50 - 60	50 - 60
Anzahl Teilnehmende Jump / Jumpina	55 / 54	55 / 55	55 / 55
Anzahl Anschlusslösungen Jump / Jumpina	31 / 31	25 - 30 / 25 - 30	25 - 30 / 25 - 30

Produkt 2 Wohnen und Tagesstruktur

Leistungen

Notwohnungen

- Bereitstellung von Unterkunft bzw. Wohnraum für kinderreiche Familien mit beschränkten Mitteln, sozial auffällige Menschen, Ausländer/innen aus fremden Kulturkreisen, generell Personen mit bescheidenen finanziellen Verhältnissen und bei Ausweisungen. Ziel ist die Verhinderung von Obdachlosigkeit.

Begleitetes Wohnen

- Bereitstellung von Wohnraum und Begleitung von suchtmittelabhängigen und verhaltensauffälligen Menschen in ihrem Lebensalltag. Ziel ist die Erhaltung oder Verbesserung von Wohn- und Sozialkompetenzen und die Verhinderung von Aufhalten in stationären Einrichtungen.

Anlaufstelle

- Treff für suchtmittelabhängige und von Ausgrenzung bedrohte Menschen, Sicherstellung einer Infektionsprophylaxe, Information und Triage, Tagesstruktur, Verhindern einer offenen Alkohol- bzw. Drogenszene.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	5'545'921	5'661'679	5'898'507
Erlös	3'359'396	3'375'864	3'546'208
Nettokosten	2'186'525	2'285'815	2'352'300
Kostendeckungsgrad in %	61	60	60

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Kontakte pro Jahr / Stellenprozent der DAS "Die Anlaufstelle"	8'981	8'600	7'000
Anzahl begleiteter Personen / Stellenprozent des Begleiteten Wohnen	16.0	17 - 19	17 - 19
Mietaufwand im Verhältnis zum Mietertrag bei den Notwohnungen in %	97	95 - 100	95 - 100

Die Anzahl Kontakte / Stellenprozent bei der DAS reduziert sich durch die Stellenaufstockung, was zu einer spürbaren Entlastung der Mitarbeitenden führt.

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
DAS "Die Anlaufstelle":			
▪ Anzahl Besucherinnen und Besucher pro Jahr (Frequenz)	38'191	37'000	37'000
▪ Abgegebene Spritzen pro Jahr	37'390	34'000	34'000
Begleitetes Wohnen:			
▪ Anzahl begleitete Personen	64	70 - 75	70 - 75
▪ Anzahl Mietobjekte	65	70 - 75	70 - 75
▪ Anzahl Anmeldungen / Aufnahmen / Ablösungen	100 / 28 / 36	100 / 25 / 30	100 / 25 / 30
Notwohnungen:			
▪ Anzahl Wohnungen / Einfamilienhäuser / Zimmer	172 / 0 / 19	180 / 0 / 25	180 / 0 / 25
▪ In diesen Objekten wohnen per 31. Dezember:			
Erwachsene / Kinder	272 / 144	220 / 160	250 / 150
▪ In diesen Objekten wohnen per 31. Dezember: Familien / Alleinerziehende / Einzelpersonen / Paare	48 / 34 / 143 / 12	60 / 30 / 70 / 15	50 / 30 / 120 / 15
▪ Anzahl Anmeldungen / Aufnahmen / Ablösungen	420 / 55 / 31	500 / 45 / 30	500 / 45 / 30
Objekte Sozialdienst Asyl:			
Anzahl verwaltete Mietobjekte	nicht erhoben	nicht erhoben	50

Produkt 3 Therapie und Behandlung

Leistungen

Integrierte Suchthilfe Winterthur ISW

- Beratung und Behandlungen bei unterschiedlichen Suchterkrankungen (illegale Drogen, Alkohol, Medikamente, Spielsucht, etc.). Dies umfasst ambulante psychiatrische Behandlungen, Psycho- und Sozialtherapie, Durchführung strafrechtlicher Massnahmen, Beratung von Angehörigen und Bezugspersonen suchtkranker Menschen.
- Methadon- und heroingestützte Behandlung von Patient/innen mit chronifizierter Suchtentwicklung.
- Behandlung von Kindern suchtkranker Eltern.
- Die Angebote werden in enger Zusammenarbeit mit der Integrierten Psychiatrie Winterthur geführt.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	4'296'161	4'430'426	4'463'198
Erlös	3'694'599	3'662'450	3'820'441
Nettokosten	601'562	767'976	642'756
Kostendeckungsgrad in %	86	83	86

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben (Kostendeckungsgrad) abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Integrierte Suchthilfe Winterthur			
Alkoholberatungen / -behandlungen			
▪ Anzahl behandelte Personen	436	400 - 450	400 - 450
▪ Anzahl Konsultationen	3'134	3'000 - 3'200	3'000 - 3'200
▪ Anzahl Verrechnungen an Krankenkasse	2'995	2'800 - 3'000	2'800 - 3'000
▪ Anzahl Ein- / Austritte	175 / 185	170 / 190	170 / 190
Zebra / Angebot für Kinder aus suchtbelasteten Familien			
▪ Anzahl behandelte Kinder und Jugendliche	35	30 - 40	30 - 40
▪ Anzahl Konsultationen	533	500 - 550	500 - 550
▪ Anzahl Verrechnungen an Krankenkasse	520	500 - 520	500 - 520
▪ Anzahl Ein- / Austritte	nicht erhoben	nicht erhoben	15 / 15
Spezialsprechstunden (Cannabis, Kokain, Onlineabhängigkeit, etc.)			
▪ Anzahl behandelte Personen	239	200 - 250	200 - 250
▪ Anzahl Konsultationen	1'033	900 - 1'100	900 - 1'100
▪ Anzahl Verrechnungen an Krankenkasse	923	900 - 1'000	900 - 1'000
▪ Anzahl Ein- / Austritte	117 / 129	100 / 100	100 / 100
Methadonbehandlungen			
▪ Anzahl behandelte Personen	285	250 - 280	250 - 280
▪ Anzahl Konsultationen	12'814	12'000 - 13'000	12'000 - 13'000
▪ Anzahl Verrechnungen an Krankenkasse	12'780	12'000 - 12'500	12'000 - 12'500
▪ Anzahl Ein- / Austritte	43 / 46	40 / 40	40 / 40
Heroinprogramm			
▪ Anzahl behandelte Patienten	61	60	60
▪ Anzahl Patienten per 31.12.	56	58	58
▪ Anzahl Ein- / Austritte	6 / 5	5 / 5	5 / 5

IAFP Prävention und Suchthilfe

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	12'295	12'670	11'763	11'763	11'763	11'763
Erlös	7'310	7'298	7'564	7'564	7'564	7'564
Nettokosten/Globalkredit	4'985	5'371	4'199	4'199	4'199	4'199
Kostendeckungsgrad in %	59	58	64	64	64	64

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	602'000	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Präventionsangebot						
Präventionsangebote werden vor Ort in den Institutionen angeboten und entsprechend von diesen nachgefragt.						
Messung / Bewertung:						
Einzelanfragen und Projekte						
Messgrössen:						
Anzahl Auftraggeber / Kunden pro Gruppe:						
▪ Mittelstufe	--**	--**	keine Ang.	keine Ang.	keine Ang.	keine Ang.
▪ Oberstufe	--**	--**	keine Ang.	keine Ang.	keine Ang.	keine Ang.
▪ ausserschulische Partner	--**	--**	keine Ang.	keine Ang.	keine Ang.	keine Ang.
Anzahl Projekte pro Gruppe:						
▪ Mittelstufe	--**	--**	keine Ang.	keine Ang.	keine Ang.	keine Ang.
▪ Oberstufe	--**	--**	keine Ang.	keine Ang.	keine Ang.	keine Ang.
▪ ausserschulische Partner	--**	--**	keine Ang.	keine Ang.	keine Ang.	keine Ang.

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
2 Verhinderung von Wohnungslosigkeit Es wird verhindert, dass in Winterthur Personen bzw. Familien obdachlos werden. <i>Messgrößen:</i> ▪ Gesuchstellende ohne rechtzeitige Lösung (Unterkunft) ▪ Durchschnittliche Verweildauer in einer Notwohnung ▪ Anteil "gerettete" Wohnverhältnisse im Verhältnis zu den gefährdeten Wohnsituationen (in %)	--**	--**	0	0	0	0
	--**	--**	2 Jahre	2 Jahre	2 Jahre	2 Jahre
	--**	--**	50.00	50.00	50.00	50.00
3 Verhinderung offene Alkohol- und Drogenszene Die Drogenanlaufstelle wird von Suchtmittelabhängigen und ausgegrenzten Menschen als Aufenthaltsort genutzt. <i>Messung / Bewertung:</i> ▪ Durchschnittliche Besucherfrequenz pro Tag (Anzahl Kontakte/Tag) ▪ Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	--**	--**	95	95	95	95
	55.0	55.0	55.0	55.0	55.0	55.0
4 Wirtschaftlichkeit <i>Messung / Bewertung:</i> Kostendeckungsgrad der Integrierten Suchthilfe Winterthur	86.00	86.00	85.00	85.00	85.00	85.00
5 Angemessene Wartezeiten Kurze Wartezeiten ermöglichen, dass die Angebote der Suchthilfe sowie die Jugendprogramme Jump/Jumpina wirksam genutzt werden können. <i>Messung / Bewertung:</i> Durchschnittliche Wartezeit für Aufnahme in Tagen: ▪ in Suchtberatung ▪ ins Therapieangebot für Kinder aus suchtbelasteten Familien (Zebra) ▪ Jump und Jumpina	--**	--**	20	20	20	20
	--**	--**	20	20	20	20
	--**	--**	20	20	20	20
6 Kundenorientierung Das Angebot der Integrierten Suchthilfe Winterthur entspricht den Bedürfnissen der Patient/innen <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Patient/innen <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	--**	--**	80.00	80.00	80.00	80.00

**) Bei den neuen Indikatoren fehlen die Vorjahreswerte weitgehend, da diese nicht überall in dieser Form berechnet wurden. Kommentar zu Soll 2013 ist in Abweichungsbegründung ersichtlich.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Kontinuierliche Umsetzung der Suchtpolitik 2012 - 2016.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Individuelle Unterstützung

Auftrag

Geldleistungen an Einzelpersonen und Familien zur Verhinderung von Bedürftigkeit und finanziellen Notlagen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben.

- Die Produktgruppe "Individuelle Unterstützung" wird zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe geführt, dahinter steht aber keine Verwaltungseinheit im herkömmlichen Sinn.

Produkte

1 Sozialhilfe gemäss SHG

Finanzielle Leistungen an Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe.

2 Sozialhilfe Asylsuchende

Finanzielle Leistungen an Asylsuchende (inkl. Unterbringungskosten).

3 Zusatzleistungen zur AHV/IV

Zusatzleistungen für AHV- und IV-Rentner.

4 Alimentenbevorschussung

Finanzielle Leistungen zur Bevorschussung von Alimenten.

5 Kleinkinderbetreuungsbeiträge

Finanzielle Leistungen als Kleinkinderbetreuungsbeiträge.

6 Krankenkassenwesen

Finanzielle Leistungen zur Sicherstellung des Versicherungsschutzes.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Sozialhilfegesetz (SHG) (LS 851.1)

Verordnung zum Sozialhilfegesetz (SHV) (LS 851.11)

Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG) (SR 142.2)

Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländer (VIntA) (SR 142)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verschiedene Beschlüsse des GGR

Verschiedene Beschlüsse des Stadtrates

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Rechtmässige Erbringung der Leistungen Die Leistungen werden gemäss gesetzlichen Vorgaben und übergeordneten Beschlüssen erbracht. <i>Messgrössen:</i> a) Prozentsatz der rechtmässigen Leistungserfüllung b) Anzahl der Fälle mit rechtmässiger bzw. mit nicht rechtmässiger Leistungserbringung	-- *	-- *	100 % keine Angabe

*) Die Indikatoren sind neu, darum fehlen die Vorjahreswerte. Kommentar zu Soll 2013 ist in Abweichungsbegründung ersichtlich.

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	86'624'667	86'098'941	94'130'861

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Die Produktgruppe wurde per Voranschlag 2013 neu gebildet, in dem der Verwaltungsaufwand (neu PG Sozial- und Erwachsenenhilfe) sowie die monetären Leistungen an Bedürftige (neu individuelle Unterstützung) getrennt wurden. Die bisherigen PG Jugend- und Familienhilfe sowie PG Asylwesen wurden in die zwei neuen PG integriert. Zudem wurden die Beiträge an Organisationen und z.B. an den Kanton in der neuen PG Beiträge an Organisationen zusammengefasst. Im Rahmen der Diskussion in der Kommission Soziales und Sicherheit des GGR wurden die parlamentarischen Zielvorgaben überarbeitet bzw. angepasst. Dies führt dazu, dass zum grossen Teil der Vergleich mit den Vorjahren aktuell nicht möglich ist und gewisse Erfahrungswerte zuerst erhoben werden müssen, um genaue Vorgaben zu bestimmen. Damit die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren trotz allem möglich ist, wurden die Zahlen neu zugeordnet bzw. gemäss neuer PG-Struktur berechnet.

Der Globalkredit erhöht sich um rund CHF 8 Mio. Hauptgrund sind die zu erwartenden höheren Kosten bei Sozialhilfe und Zusatzleistungen zur AHV/IV.

Produkt 1 Sozialhilfe gemäss SHG:

- Aufgrund der Entwicklung der letzten Jahre wird mit einem weiteren Fall- und Kostenwachstum gerechnet. Dies, obwohl der Anteil neuer Fälle relativ stabil ist. Grund für die Steigerung von rund CHF 4.4 Mio ist, dass es schwieriger wird, Personen von der Sozialhilfe abzulösen. Dadurch steigt der Anteil von Personen, die über lange Zeit auf Sozialhilfe angewiesen sind. Dies führt auch dazu, dass mit weniger Rückerstattungen z.B. durch Versicherungen zu rechnen ist.

Produkt 2 Sozialhilfe für Asylsuchende:

- Prognosen im Asylwesen sind generell schwierig. Erschwerend kommt dazu, dass per 1.5.2012 ein Systemwechsel bei der Sozialhilfe von Vorläufig Aufgenommenen (Ausweis F) vorgenommen wurde. Diese Personengruppe wird neu nicht mehr nach Asylansätzen unterstützt, sondern untersteht dem Sozialhilfegesetz, wie alle andern Sozialhilfefälle. Konkret bedeutet es höhere Kosten für die Gemeinden, da die Bundespauschalen entfallen und die Sozialhilfe vom Kanton nach 10 Jahren Aufenthalt in der Schweiz nicht mehr rückerstattet wird. Die finanziellen Auswirkungen dieser Änderung sind schwierig abzuschätzen.
- Die Erlöse übersteigen die Kosten dieses Produktes um rund CHF 1.1 Mio. Grund dafür ist, dass die Pauschalen des Bundes auch einen Teil des Verwaltungsaufwands abgelden. Dazu kommen zum Teil sehr günstige Unterbringungslösungen (z.B. Wohnheim Hegifeld), welche ebenfalls zu einem Überschuss führen. Dies deckt einen Teil des Verwaltungsaufwandes für den Sozialdienst Asyl. Wie oben erwähnt wird sich dies in nächster Zeit ändern, eine Prognose ist jedoch äusserst schwierig.
- Der Kanton fordert konsequent die Erfüllung der Aufnahmequote ein. Dies erfordert neue Unterbringungskapazitäten, wie z.B. eine Containersiedlung. Dies erfordert Betreuungspersonal vor Ort, was zu zusätzlichen Kosten führen wird. Die finanziellen Auswirkungen sind schwierig abzuschätzen, bevor nicht erste Erfahrungswerte vorliegen.

Produkt 3 Zusatzleistungen zur AHV/IV:

- Die Entwicklung zeigt auch bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV sowohl bei Fallzahlen wie Kosten stetig nach oben. Hauptsächlich aufgrund der demografischen Entwicklung und höheren Kosten für die Pflege steigt die Anzahl der AHV-Rentner/innen, die auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind. So muss insgesamt mit zusätzlichen Kosten von Netto CHF 3.4 Mio gerechnet werden.

Produkt 4 Alimentenbevorschussung:

- Die Berechnungsgrundlagen für die Bevorschussung von Alimenten ändern per 1.1.2013. Diese Änderung wurde bereits 2012 erwartet und entsprechende Mehrkosten budgetiert, darum bleiben die Kosten auf Niveau des Vorjahres. Eine genaue Vorhersage über die finanziellen Auswirkungen ist schwierig, da alle Fälle neu auf Anspruchsberechtigung und Höhe der Bevorschussung überprüft werden müssen.

Produkt 5 Kleinkinderbetreuungsbeiträge:

- Auch bei den Kleinkinderbetreuungsbeiträgen ändern die Rahmenbedingungen der Berechnung per 1.1.2013.

Produkt 6 Krankenkassenwesen:

- Keine wesentliche Veränderung erwartet.

Parlamentarische Zielvorgaben:

- a) Ziel ist es, die Leistungen zu 100 % gemäss den rechtlichen Rahmenbedingungen zu erbringen.
- b) Es handelt sich um eine neue Zahl, die bisher nicht detailliert erfasst wurde. Die Formulierung einer Zielvorgabe ist erst aufgrund Erfahrungszahlen möglich.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Siehe dazu die Begründung zur Abweichung Voranschlag 2012/13. Bereits 2011 wurden die für das Jahr 2012 budgetierten Kosten überschritten.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	0	0	0
Sachkosten	1'409'780	1'388'341	1'422'044
Beiträge an Dritte	196'108'022	196'988'200	211'677'917
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	297'630	298'000	297'400
Übrige interne Kosten	112'717	131'500	131'500
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>197'928'149</i>	<i>198'806'041</i>	<i>213'528'861</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	197'928'149	198'806'041	213'528'861
Externe Erlöse	50'371'642	50'288'700	54'842'000
Interne Erlöse	0	0	0
Beiträge von Dritten	60'931'840	62'418'400	64'556'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>111'303'482</i>	<i>112'707'100</i>	<i>119'398'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	111'303'482	112'707'100	119'398'000
Total Nettokosten / Globalkredit	86'624'667	86'098'941	94'130'861
Kostendeckungsgrad in %	56	56	55

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Bereitstellung des Bedarfs an Betreuungs-, Wohn- und Unterbringungskapazitäten im Asylbereich, um die kantonalen Vorgaben zu erfüllen.
- Umsetzung der neuen Berechnungsgrundlagen bei der Alimentenhilfe und den Kleinkinderbetreuungsbeiträgen (in der Zuständigkeit des kantonalen Jugendsekretariates).

Produkt 1 Sozialhilfe gemäss SHG**Leistungen**

Finanzielle Leistungen an Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe im Auftrag der Fürsorgebehörde.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	73'219'891	70'300'000	79'206'000
Erlös	35'724'729	33'900'000	38'468'000
Nettokosten	37'495'162	36'400'000	40'738'000
Kostendeckungsgrad in %	49	48	49

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Total Unterstützungsfälle / Sozialhilfedossiers per 31.12.	1'999	1'970	2'250
Total Unterstützungsfälle / Sozialhilfedossiers kumuliert	2'822	2'860	3'100
Anzahl Personen kumuliert	4'825	4'830	5'200
Unterstützungsleistungen brutto in CHF	72'498'074	69'600'000	79'500'000
Unterstützungsleistungen netto in CHF	36'788'842	35'710'000	40'888'000
Durchschnittliche Nettokosten pro Fall in CHF	13'036	12'486	13'190
Durchschnittliche Nettokosten pro Person in CHF	7'625	7'393	7'863

Produkt 2 Sozialhilfe für Asylsuchende

Leistungen

- Finanzielle Leistungen an Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene.
- Kosten für die Unterbringung von vom Kanton zugewiesenen Asylsuchenden.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	7'189'051	7'564'041	7'430'278
Erlös	8'485'103	8'795'000	8'571'000
Nettokosten	-1'296'052	-1'230'959	-1'140'722
Kostendeckungsgrad in %	118	116	115

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Stadt Winterthur:			
Anteil betreuter Personen in % des vom Kanton festgelegten Aufnahmekontingentes (inkl. angerechnete Heime)	81 %	100 %	100 %
Total Unterstützungsfälle per 31.12.	192	230	230
Total Unterstützungsfälle kumuliert	--*	--*	--*
Anzahl Personen kumuliert	--*	--*	--*
Abgerechnete Präsenztage	117'412	145'000 - 170'000	--*
Unterstützungsleistungen brutto in CHF	7'189'051	7'564'041	7'430'278
Unterstützungsleistungen netto in CHF	-1'296'052	-1'230'959	-1'140'722
Vertragsgemeinden:			
Total Unterstützungsfälle per 31.12.	82	100	100
Total Unterstützungsfälle kumuliert	--*	--*	--*
Anzahl Personen kumuliert	--*	--*	--*
Abgerechnete Präsenztage	87'253	82'500 - 92'500	--*

*) Für einen Teil der durch den Sozialdienst Asyl betreuten Personen, wechselt die Art der Unterstützung und der Abrechnung per 1.5.2012. Dadurch fehlen Erfahrungs- und Vergleichswerte.

Produkt 3 Zusatzleistungen zur AHV/IV

Leistungen

Zusatzleistungen für AHV- und IV-Rentner.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	82'788'261	85'100'000	91'309'717
Erlös	36'751'294	38'328'400	40'926'000
Nettokosten	46'036'967	46'771'600	50'383'717
Kostendeckungsgrad in %	44	45	45

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Total Fälle Stadt Winterthur per 31.12.	3'661	3'675	3'900
▪ davon Betagte	1'851	1'845	2'000
▪ davon Invalide	1'719	1'735	1'800
▪ davon Hinterlassene	91	95	100
Total Fälle Vertragsgemeinden per 31.12.	58	65	65
Unterstützungsleistungen brutto in CHF	82'788'261	85'100'000	91'309'717
Unterstützungsleistungen netto in CHF	46'036'967	46'771'600	50'383'717
▪ davon Gemeindegzuschüsse in CHF	3'275'240	3'240'000	3'524'000
Durchschnittliche Nettokosten pro Fall in CHF			
▪ Betagte im Heim	47'622	48'000	49'000
▪ Betagte im Privathaushalt	16'113	17'000	18'000
▪ Invalide im Heim	49'114	50'000	51'000
▪ Invalide im Privathaushalt	22'731	23'000	24'000

Produkt 4 Alimentenbevorschussung

Leistungen

Finanzielle Leistungen zur Bevorschussung von Alimenten.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	4'302'482	5'002'000	5'000'960
Erlös	1'696'314	2'153'700	2'153'000
Nettokosten	2'606'168	2'848'300	2'847'960
Kostendeckungsgrad in %	39	43	43

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Fallaufnahmen	--*	--*	--*
Anzahl Fallabschlüsse	--*	--*	--*
Anzahl Kinder mit bevorschussten Alimenten (kumuliert)	820	850	850
Summe der bevorschussten Alimenten in CHF	4'302'482	5'002'000	5'002'000
Summe Inkasso / Rückerstattungen in CHF	1'696'314	2'153'700	2'153'000

*) Diese Zahlen wurden bisher nicht erhoben.

Produkt 5 Kleinkinderbetreuungsbeiträge

Leistungen

Finanzielle Leistungen für Kleinkinderbetreuungsbeiträge.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'885'222	1'450'000	1'450'000
Erlös	48'664	65'000	65'000
Nettokosten	1'836'558	1'385'000	1'385'000
Kostendeckungsgrad in %	3	4	4

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Fallaufnahmen	--*	--*	--*
Anzahl Fallabschlüsse	--*	--*	--*
Anzahl Fälle mit Kleinkinderbetreuungsbeiträgen (kumuliert)	123	130	130
Summe der Kleinkinderbetreuungsbeiträge in CHF	1'885'222	1'450'000	1'450'000

*) Diese Zahlen wurden bisher nicht erhoben.

Produkt 6 Krankenkassenwesen

Leistungen

Finanzielle Leistungen im Zusammenhang mit der Sicherstellung des Versicherungsschutzes.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	28'543'242	29'390'000	29'140'000
Erlös	28'597'379	29'465'000	29'215'000
Nettokosten	-54'137	-75'000	-75'000
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Summe der Prämienübernahmen	25'788'916	26'600'000	28'000'000
▪ davon Zusatzleistungen	18'219'907	18'600'000	19'600'000
▪ davon Sozialhilfe	7'205'585	7'580'000	8'000'000
▪ davon Fälle ohne wirtschaftliche Hilfe	363'424	420'000	400'000

IAFP Individuelle Unterstützung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	197'928	198'806	213'528	216'529	218'529	219'529
Erlös	111'303	112'707	119'398	119'398	119'398	119'398
Nettokosten/Globalkredit	86'624	86'098	94'130	97'131	99'131	100'131
Kostendeckungsgrad in %	56	56	55	55	55	54

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Rechtmässige Erbringung der Leistungen Die Leistungen werden gemäss gesetzlichen Vorgaben und übergeordneten Beschlüssen erbracht. <i>Messgrössen:</i>						
a) Prozentsatz der rechtmässigen Leistungserfüllung	-- *	-- *	100 %	100 %	100 %	100 %
b) Anzahl der Fälle mit rechtmässiger bzw. mit nicht rechtmässiger Leistungserbringung	-- *	-- *	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe	keine Angabe

*) Die Indikatoren sind neu, darum fehlen die Vorjahreswerte. Kommentar zu Soll 2013 ist in Abweichungsbegründung ersichtlich.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Im Wesentlichen handelt es sich um gesetzlich vorgeschriebene Leistungen ohne grosse Handlungsspielräume für die Stadt Winterthur.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Spitex

Auftrag

Die Spitexdienste gewährleisten die Pflege, Betreuung und Unterstützung zu Hause für kranke, verunfallte oder sonst in ihrer Gesundheit eingeschränkte Einwohner von Winterthur.

Produkte

1 Pflege

- Abklärung des Pflegebedarfs und Planung der notwendigen Massnahmen
- Beratung der Klienten sowie deren Angehörigen
- Massnahmen der Untersuchung und der Behandlung (Messung der Vitalzeichen, Wundversorgung, Verabreichung von Medikamenten, etc.)
- Massnahmen der Grundpflege (Körperpflege, Mobilisierung und psychiatrische und psychogeriatrische Grundpflege)

2 Hilfe bei der Alltagsbewältigung

- Hilfe und Unterstützung bei der Hausarbeit
- Zubereiten von Mahlzeiten (inkl. Schon- und Heilkost)
- Betreuung und Aktivierung von kranken, betagten und behinderten Menschen
- Vermietung von Hilfsmitteln zur Bewältigung von täglichen Aktivitäten (Rollator, Gehstöcke, etc.)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Krankenversicherungsgesetz KVG vom 18.3.1994
- Verordnung über die Krankenversicherung KVV vom 27.6.1995
- Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29.9.1995
- Kantonales Gesundheitsgesetz vom 4.11.1962
- Kantonales Pflegegesetz vom 27.9.2010
- Kantonale Verordnung über die Pflegeversorgung vom 22.10.2010

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Spitexdienste vom 21.1.2008 (GGR 2007/097)

Stufe Verwaltungseinheit

- Alterskonzept der Stadt Winterthur
- Altersplanung 2010 der Stadt Winterthur
- Beschlüsse des Grossen Gemeinderates/Volksabstimmungen

Verantwortliche Leitung

Andreas Paintner

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Spitex sind kostengünstig. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad in %	62	50	50
2 Kundenorientierung Die Klienten der Spitex sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden/sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Die Kundenzufriedenheit wird alle 2 Jahre mit einer Kundenbefragung erhoben. <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen der Spitex mit gut bis sehr gut bewerten in %.	86	0	86
3 Kapazität Die Kapazitäten der Spitex entsprechen der Nachfrage. <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Anfragen, bei denen ein Bedarf ausgewiesen ist. <i>Messgrösse:</i> Anzahl der Anfragen, die von der Spitex übernommen werden Anzahl der Anfragen, die von der Spitex nicht übernommen werden können.	1'181 36	1'200 80	1'180 200
4 Effizienz Ein hoher Anteil der geleisteten Stunden der Spitex können in Rechnung gestellt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der verrechneten Zeit zu den geleisteten Stunden <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der verrechneten Zeit	68	69	69
5 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Pflegefachpersonen - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	15 231 0 1.6	16 155 0 1.9	16 220 0 1.7

Rücklaufquote 2011 bei der Befragung der Klienten: 57.4% (angeschrieben wurden alle Klienten)

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	6'290'793	8'677'009	8'659'355

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Die hauptsächlichen Begründungen für Abweichungen werden im folgenden Abschnitt "Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011" aufgeführt, weil die Rechnung 2011 auf aktuelleren Informationen basiert als der Voranschlag 2012.

Zwischen den Jahren 2012 und 2013 bestehen keine nennenswerten Veränderungen, die nicht bereits zwischen dem Jahr 2011 und 2012 aufgetreten sind.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Parlamentarische Zielvorgaben

1. Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung

Diese Zielvorgaben haben einen direkten Zusammenhang mit den Kosten und Erträgen, die weiter unten kommentiert werden.

2. Kundenorientierung

Die nächste Kundenumfrage findet im Jahr 2013 statt. Das Beibehalten des im Jahr 2011 erreichten Wertes stellt angesichts der knappen personellen Ressourcen (vgl. Erläuterungen zu den Personalinformationen) eine Herausforderung dar.

3. Kapazität

Die Reduktion der personellen Kapazitäten auf den Stand 2011 bedeutet eine entsprechende Reduktion der übernommenen Anfragen. Deshalb wird die Anzahl der Anfragen, die nicht übernommen werden können, steigen.

4. Effizienz

Der Anteil der verrechneten an den geleisteten Stunden (Messgrösse für die Effizienz) konnte in den vergangenen Jahren nicht weiter erhöht werden. Auf die leichte Zunahme der Nachfrage wurde mit einem vorsichtigen Ausbau der Kapazitäten reagiert. Im Budget 2013 muss der Stellenplan auf der Basis 2011 begrenzt werden (vgl. unten). Damit bildet bereits das Beibehalten des bisherigen Effizienzniveaus eine Herausforderung: Wenn Kundenanfragen aus Kapazitätsgründen abgelehnt werden müssen, sind diese Anfragen weiterzuleiten. Dies ergibt einen zusätzlichen Koordinationsaufwand, der nicht weiter verrechenbar ist.

5. Ausbildungs- und Fort-/Weiterbildungsstätten

Die im Jahr 2011 erreichten Ziele sollen gehalten werden.

6. Nettokosten/Globalkredit

Der Globalkredit ist deutlich höher als im Jahr 2011. Dies ist im Wesentlichen durch folgende Entwicklungen bei den Kosten und Erlösen begründet:

- **A) Personalkosten**
Der Stellenplan wurde auf das Niveau 2011 zurückgesetzt (vgl. Abschnitt "Erläuterungen zu den Personalinformationen"). Wenn die Personalkosten im Budget 2013 trotzdem leicht höher sind als in der Rechnung 2011, so ist dies schwergewichtig auf die Personalmassnahmen 2012 zurückzuführen.
- **B) Sachkosten**
Die deutliche Zunahme der Sachkosten ist begründet durch die Zunahme der Kosten für Pflegematerial, die bisher bei den Alterszentren und neu direkt vom Lieferanten bezogen wird (+ 160 KCHF), für Software-Lizenzen (+25 KCHF), für Büromaterial und Drucksachen (+20 KCHF) und für weitere kleinere Positionen.
- **C) Externe Erlöse**
Da durch die Begrenzung des Stellenplans nicht genügend Personal zur Verfügung steht, kann trotz hoher Nachfrage nur eine geringe Erlössteigerung erzielt werden (+2%).
- **D) Beiträge von Dritten**
Mit der Umsetzung der Spitalfinanzierung per 1.1.2012 wurden die Kantonsbeiträge an die ambulante Pflege der Gemeinden aufgehoben. Dieser Posten allein erklärt knapp 85% der Zunahme des Globalkredits zwischen Rechnung 2011 und Budget 2013.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011**Produkte****Produkt 1 Pflege:**

Bei der Pflege wird die Leistungsmenge auf dem Stand 2012 plafoniert und die Effizienz wird gegenüber dem für das Jahr 2012 geplanten Wert leicht zurückgehen (vgl. Erläuterungen zu den Personalinformationen). Da die neue Pflegefinanzierung die Finanzflüsse stark verändert hat, ist die Kennzahl "Vollkosten pro Einsatzstunde" nicht mehr aussagekräftig. Eine zuverlässigere Aussage macht die Kennzahl "Nettokosten pro Einsatzstunde". Die Werte dieser Kennzahl betragen: Rechnung 2011: CHF 48, Voranschlag 2012: CHF 71, Voranschlag 2013: CHF 67. Die markante Zunahme dieser Grösse vom Jahr 2011 auf das Jahr 2012 ist fast gänzlich auf den Wegfall des Staatsbeitrags für die ambulante Pflege (Umsetzung der neuen Spitalfinanzierung) zurückzuführen.

Produkt 2 Hilfe bei der Alltagsbewältigung:

Bezüglich der Leistungsmenge, der Effizienz und der Kennzahl "Vollkosten pro Einsatzstunde" gilt im Wesentlichen die gleiche Aussage wie beim Produkt 1 Pflege. Die – zuverlässigere – Kennzahl "Nettokosten pro Einsatzstunde" weist folgende Werte auf: Rechnung 2011: CHF 32, Voranschlag 2012: CHF 36, Voranschlag 2013: CHF 41. Auch diese Veränderung hat einen Zusammenhang mit der Spitalfinanzierung, weil sich die Verhältnisse der Umlagen zwischen dem Produkt Pflege und dem Produkt Hilfe bei der Alltagsbewältigung verändert haben.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	14'381'298	14'896'965	14'653'016
Sachkosten	697'157	707'657	919'006
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	119'573	117'424	121'058
Mietkosten	249'455	319'716	308'297
Übrige interne Kosten	9'601'150	1'316'143	9'675'398
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>25'048'632</i>	<i>17'357'906</i>	<i>25'676'776</i>
Verrechnungen innerhalb PG	8'274'608	0	8'384'322
Total effektive Kosten	16'774'024	17'357'906	17'292'454
Externe Erlöse	8'292'895	8'625'164	8'471'028
Interne Erlöse	8'336'730	55'732	8'513'405
Beiträge von Dritten	2'128'215	0	32'988
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>18'757'839</i>	<i>8'680'896</i>	<i>17'017'421</i>
Verrechnungen innerhalb PG	8'274'608	0	8'384'322
Total effektive Erlöse	10'483'231	8'680'896	8'633'099
Total Nettokosten / Globalkredit	6'290'793	8'677'009	8'659'355
Kostendeckungsgrad in %	62	50	50

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	131.20	133.90	131.20
▪ Auszubildende	15.00	16.00	18.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Der Stellenplan wird auf der Basis "Ist 2011" begrenzt. Aus diesem Grund ist eine Reduktion des Stellenplans gegenüber Budget 2012 nötig. Durch diese Massnahme ist zu erwarten, dass die Zahl der an private Spitex-Organisationen weitergeleiteten Aufträge steigen wird.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

Es sind keine grösseren Projekte geplant.

Produkt 1 Pflege

Leistungen

- Abklärung und Beratung
- Behandlungspflege
- Grundpflege
- Beschaffung und Verkauf von Pflegematerial und Medikamenten

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	19'535'859	11'855'678	16'547'106
Erlös	15'601'106	5'945'017	10'988'802
Nettokosten	3'934'753	5'910'661	5'558'304
Kostendeckungsgrad in %	80	50	66

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Verhältnis zwischen geleisteten Stunden und verrechneten Stunden in %	61	62	61
Kostendeckungsgrad Produkt Pflege in %	80.0	51.0	66.0
Vollkosten pro Einsatzstunde in CHF	238	141	200

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl betreute Personen	1'472	1'500	1'480
Anzahl Einsatzstunden	82'023	83'000	83'000

Produkt 2 Hilfe bei der Alltagsbewältigung

Leistungen

- Unterstützung bei der Haushaltsführung
- Vermietung von Hilfsmitteln
- Beschaffung und Verkauf von Material

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	5'494'121	5'502'228	9'129'670
Erlös	3'156'733	2'665'880	6'028'619
Nettokosten	2'337'388	2'836'348	3'101'051
Kostendeckungsgrad in %	57	48	66

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Verhältnis zwischen geleisteten Stunden und verrechneten Stunden in %	78.0	79.0	79.0
Kostendeckungsgrad Produkt Hilfe bei Alltagsbewältigung in %	57.0	49.0	66.0
Vollkosten pro Einsatzstunde in CHF	75	69	122

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl betreute Personen	1'620	1'600	1'600
Anzahl Einsatzstunden	73'503	79'300	75'000

IAFP Spitex

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	16'774	17'357	17'292	17'542	17'792	18'042
Erlös	10'483	8'680	8'633	8'758	8'883	9'008
Nettokosten/Globalkredit	6'291	8'677	8'659	8'784	8'909	9'034
Kostendeckungsgrad in %	62	50	50	50	50	50

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Spitex sind kostengünstig. Messgrösse: Kostendeckungsgrad in %	62	50	50	49	49	49
2 Kundenorientierung Die Klienten der Spitex sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden/sehr zufrieden Messung / Bewertung: Die Kundenzufriedenheit wird alle 2 Jahre mit einer Kundenbefragung erhoben. Messgrösse: Anteil der Befragten, welche die Leistungen der Spitex mit gut bis sehr gut bewerten in %.	86	0	86	0	86	0
3 Kapazität Die Kapazitäten der Spitex entsprechen der Nachfrage. Messung / Bewertung: Erhebung der Anfragen, bei denen ein Bedarf ausgewiesen ist. Messgrösse: Anzahl der Anfragen, die von der Spitex übernommen werden Anzahl der Anfragen, die von der Spitex nicht übernommen werden können.	1'181 36	1'200 80	1'180 200	1'240 200	1'260 200	1'280 200
4 Effizienz Ein hoher Anteil der geleisteten Stunden der Spitex können in Rechnung gestellt werden. Messung / Bewertung: Anteil der verrechneten Zeit zu den geleisteten Stunden Messgrösse: Prozentsatz der verrechneten Zeit	68	69	69	69	69	69

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
5 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Pflegefachpersonen - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	15 231 0 1.6	16 155 0 1.9	16 220 0 1.7	18 155 0 1.7	18 155 0 1.7	18 155 0 1.7

Rücklaufquote 2011 bei der Befragung der Klienten: 57.4% (angeschrieben wurden alle Klienten)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Zum aktuellen Zeitpunkt ist mittelfristig kein Bedarf für grundlegende Massnahmen und Projekte erkennbar. Es wird eine Umstellung von Tiers garant auf Tiers payant erwartet (Leistungen werden direkt der Krankenkasse verrechnet).

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Der IAFP der Spitex basiert auf einer kontinuierlichen Zunahme der Personalkosten in Höhe von ca. CHFK 250 und der Entgelte von ca. CHFK 125 pro Jahr. Dieser Ausbau widerspiegelt den kontinuierlich steigenden Bedarf an Pflege- und Betreuungsleistungen, der gemäss der Grundstrategie "ambulant vor stationär" von der Spitex aufgefangen werden soll.

Spätestens per 2014 sind neue übergeordnete Vorgaben (Administrativvertrag) zum zeitlichen Abrechnungsmodus zu erwarten. Es dürfte vom 15-Minuten- auf den 5-Minutentakt umgestellt werden. Dies wird vermutlich zu deutlichen Ertragssenkungen führen, deren Höhe aber noch unbekannt ist. Diese Entwicklung ist deshalb in den obigen Zahlen zum IAFP nicht enthalten.

Alterszentren

Auftrag

Die Alters- und Pflegeheime des Bereichs Alter und Pflege bieten in Alters- und / oder Tageszentren ein Zuhause mit nach Bedarf abgestuften Dienstleistungen in Betreuung, Begleitung und Pflege für Erwachsene, in der Regel betagte Menschen. Daneben werden diverse Dienstleistungen aus Hotellerie und / oder ärztlich / therapeutischen Bereichen für Dritte erbracht.

Produkte

1 Langzeitbetreuung und -pflege

Wohngruppen für Menschen mit Demenz

Betreutes Wohnen

Alterswohnungen

2 Temporäre Angebote

Überbrückungspflege

Ferienabteilungen

Temporäre Betreuung und Pflege (länger als 24 Stunden)

Tagespflege

3 Weitere Dienstleistungen an Dritte

Hotellerie

- Restaurationen inkl. Mahlzeitenverkauf / Catering

- Übrige Verkäufe / Dienstleistungen

- Liegenschaften insbesondere Raumvermietung

Ärztliche Dienstleistungen mit separater Verrechnung

Therapeutische Dienstleistungen insbesondere Physiotherapie an Externe

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Krankenversicherungsgesetz KVG vom 18.3.1994
- Verordnung über die Krankenversicherung KVV vom 27.6.1995
- Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29.9.1995
- Kantonales Gesundheitsgesetz vom 4.11.1962
- Kantonales Pflegegesetz vom 27.9.2010
- Kantonale Verordnung über die Pflegeversorgung vom 22.10.2010

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Beschlüsse des Grossen Gemeinderates/Volksabstimmungen

Stufe Verwaltungseinheit

- Alterskonzept der Stadt Winterthur
- Altersplanung 2010 der Stadt Winterthur
- Altersplanung Stand 2005 - Schlussbericht der Projektgruppe
- Ausführungsplan "Altersplanung Stand 2005"

Verantwortliche Leitung

Andreas Paintner

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Der Betrieb der stationären Organisationen des Bereichs Alter und Pflege ist kostengünstig. <i>Messung / Bewertung:</i> Kostendeckungsgrad der Produktegruppe 'Alterszentren' in % Kostendeckungsgrad des Teilproduktes 'Hotellerie' in %	95 47.5	89 51.0	86 46.0
2 Kundenorientierung Die Bewohner, Patienten und Angehörige sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden / sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Repräsentative Umfrage alle 2 Jahre <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen mit gut bis sehr gut bewerten in %. ■ Anteil der befragten Bewohner: ■ Anteil der befragten Angehörigen:	94 86	0 0	94 86
3 Kapazität Die Organisationen bieten eine angemessene Anzahl Plätze in den verschiedenen Produkten an. <i>Messgrössen:</i> Verfügbare Plätze - in der Langzeitbetreuung und -pflege (ohne Alterswohnungen) - in Alterswohnungen - in geschützten Wohngruppen für Menschen mit Demenz - in den temporären Angeboten Eintritte in städtische Alterszentren: - Anzahl Personen mit geplantem Eintritt innerhalb von 2 Wochen (Stichdatum 30.06.) - Anzahl Personen mit geplantem Eintritt innerhalb von 6 Monaten (Stichdatum 30.06.)	616 50 49 51 22.00 71.00	616 51 49 51 7.00 66.00	580 50 49 36 22.00 71.00
4 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hoch stehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Studierende - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	101 677 2'076 2.2	106 800 1'618 2.0	106 700 2'000 2.2

Rücklaufquote 2011 bei der Befragung der Bewohnenden: 45.7% (angeschrieben wurden alle Bewohnenden mit Ausnahme der Bewohnenden in den Alterswohnungen, in der Übergangspflege und im Sunnehuus sowie der Klienten der Tagesklinik).

Rücklaufquote 2011 bei der Befragung der Angehörigen: 61.0% (angeschrieben wurde Kontaktperson 1 des/der jeweiligen Bewohners/Bewohnerin).

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	3'691'162	8'965'687	10'598'208

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Der Nettoglobalkredit erhöht sich zwischen 2012 und 2013 um rund CHF 1.6 Mio. Dies ist im Wesentlichen begründet durch die Sanierung des AZ Adlergarten, die eine Erhöhung der kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen, eine Reduktion der externen Erlöse mit sich bringt.

Unter der Position "Personalkosten" wird ein tieferer Aufwand angeführt. Dies hat einerseits mit einer tatsächlichen Reduktion der Personalkosten infolge Sanierung des Alterszentrums Adlergarten (weniger Pflegebetten im Provisorium) zu tun. Andererseits wurden aber Kosten auch durch interne Verrechnungen auf die Produktgruppen des Bereichs umgelegt, was zu einer Erhöhung der internen Verrechnungen führt und im Ergebnis neutral ist.

Die Positionen "Übrige interne Kosten" und "Interne Erlöse" weisen ebenfalls bedeutende Veränderungen auf. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Budgets 2012 waren noch nicht alle Mechanismen der internen Verrechnungen zur Verbuchung der neuen Pflegefinanzierung klar. Diese wurden im ersten Halbjahr 2012 in Zusammenarbeit mit dem Finanzamt endgültig und in Abweichung zum Budget 2012 festgelegt. Die gegenüber dem Budget 2012 veränderten Mechanismen betreffen jedoch ausschliesslich die internen Verrechnungen und sind für das Ergebnis neutral.

Produkt 1 Pflege

Das Provisorium Adlergarten weist weniger Plätze auf als das bis Quartal 3/2012 genutzte Gebäude. Diese vorübergehende Reduktion der Kapazitäten des AZ Adlergarten dürfte zu einer leichten Erhöhung der Gesamtauslastung aller Alterszentren führen. Die Verteilung der Pflegebedürftigkeit auf die BESA-Stufen wurde beibehalten. Dabei konnte die per 1.1.2013 geplante Einführung eines 12-stufigen BESA-Systems noch nicht berücksichtigt werden, weil die Auswirkungen der Umstellung noch nicht abgeschätzt werden können.

Produkt 2 Temporäre Angebote

Die temporäre Wohngruppe "Sunnehuus" wurde per Ende 2011 geschlossen, weshalb die Auslastung steigt, aber die Bewohnertage sinken.

Produkt 3 Dienstleistungen an Dritte

Im Bereich der heimärztlichen Versorgung ist für das Jahr 2013 eine Kooperation mit dem Kantonsspital Winterthur vorgesehen. Dies führt zu einer Reduktion der Grösse "Bruttoumsatz Therapie- und Arztleistungen in CHF", da keine ambulanten Arztbehandlungen mehr verrechnet werden

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Die Veränderungen zwischen 2012 und 2013, die oben beschrieben wurden, sind zu einem bedeutenden Teil bereits zwischen 2011 und 2012 aufgetreten. Zusätzlich hat die neue Spitalfinanzierung zu einem Wegfall des kantonalen Staatsbeitrags für Pflegeleistungen geführt. Diese Reduktion der Einnahmen beträgt zwischen Rechnung 2011 und Budget 2013 rund CHF 4.3 Mio.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	61'411'004	60'303'043	52'068'837
Sachkosten	14'472'698	14'880'689	14'829'657
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	3'738'869	3'915'593	5'025'112
Mietkosten	354'683	410'004	404'214
Übrige interne Kosten	14'827'117	334'482	21'281'496
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>94'804'371</i>	<i>79'843'810</i>	<i>93'609'316</i>
Verrechnungen innerhalb PG	14'798'616	450'600	16'361'417
Total effektive Kosten	80'005'755	79'393'210	77'247'900
Externe Erlöse	71'673'531	70'121'237	66'413'397
Interne Erlöse	15'162'189	756'887	16'597'711
Beiträge von Dritten	4'277'489	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>91'113'209</i>	<i>70'878'124</i>	<i>83'011'108</i>
Verrechnungen innerhalb PG	14'798'616	450'600	16'361'416
Total effektive Erlöse	76'314'594	70'427'524	66'649'692
Total Nettokosten / Globalkredit	3'691'162	8'965'687	10'598'208
Kostendeckungsgrad in %	95	89	86

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	542.80	554.56	528.80
▪ Auszubildende	101.00	106.00	105.00
▪ KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	3.00	3.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Die Renovation des Alterszentrums Adlergarten führt zu einem temporären Abbau des Stellenplans im Bereich der Pflege. Nach Abschluss der Renovationsarbeiten ist der Stellenplan der Pflege dem dann wieder erhöhten Bettenangebot anzupassen. Eine dauerhafte Reduktion der Anzahl Stellen betrifft die Hotellerie (Reinigungsdienste). Zudem werden die ärztlichen Leistungen für die Bewohnenden nicht mehr intern sondern von vom KSW angestellten Ärzten erbracht.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

Das wichtigste Projekt des Bereichs Alter und Pflege der Jahre 2013 – 2016 ist die Sanierung des Alterszentrums Adlergarten. Neben der Bindung grosser finanzieller Mittel der Investitionsrechnung wird das Vorhaben auch einen bedeutenden Teil derjenigen Führungsressourcen binden, die nicht unmittelbar für das operative Tagesgeschäft benötigt werden. Die Kapazitäten für die Umsetzung weiterer grösserer Vorhaben sind somit begrenzt.

Dies gilt umso mehr, weil die auf kantonaler Ebene hängigen Entscheide zu den Pflegebedarfsabklärungssystemen gefallen sind. Auf diese Entscheide hat der Bereich A + P ohne Verzug im Jahr 2012 reagiert und das dafür notwendige Projekt gestartet. Ziel soll es sein, dass die Bedarfsabklärung ab 2013 auf allen Wohngruppen mit dem zwölfstufigen BESA-Modell vorgenommen wird. Wie bereits im Voranschlag 2012 angedeutet, ist das Projekt für eine elektronische Bewohnerdokumentation eng mit der Einführung eines neuen Pflegebedarfsabklärungssystems verbunden. Im Jahr 2012 erfolgen die dazu notwendigen Vorarbeiten. Die Einführung der elektronischen Bewohnerdokumentation soll im Laufe des Jahres 2013 erfolgen.

Produkt 1 Langzeitbetreuung- und pflege

Leistungen

- Alterszentren:
Den individuellen Bedürfnissen der Bewohner entsprechendes professionelles Angebot an Betreuung, Pflege und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Je nach Angebot inklusive medizinischer und therapeutischer Versorgung vom Eintritt bis zum Austritt/Tod. Besonderer Wert wird auf ein möglichst autonomes und eigenverantwortliches Leben gelegt. Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Bewohnenden, z.B. durch ein Bezugspersonensystem und flexible Tagesstrukturen.
- Angebot von Aktivitäten aller Art in den Tagesstrukturen, Einbezug von Freiwilligendiensten.
- Beratung und Information von Angehörigen in allen Fragen vor und während des Aufenthaltes sowie Einbezug in den Alltag, soweit sinnvoll und gewünscht.
- Spezielle Angebote für die Bedürfnisse von Menschen mit Demenzerkrankung im Sinne von entsprechender pflegerischer und ärztlicher Betreuung sowie therapeutischer und hauswirtschaftlicher Dienstleistungen.
- Betreutes Wohnen / Alterswohnungen:
Wohnformen, in denen die Bewohner / Mieter – je nach ihren individuellen Möglichkeiten – möglichst selbständig leben können. Den Bedürfnissen der Bewohner entsprechendes Angebot an Betreuung und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Die Mieter können verschiedene weitere Dienstleistungen beziehen und an allen Anlässen der Institution teilnehmen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	84'666'307	69'979'597	83'353'961
Erlös	84'792'955	65'058'024	78'367'694
Nettokosten	-126'649	4'921'574	4'986'267
Kostendeckungsgrad in %	100	93	94

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
- Auslastung der Betten in % (Bettenbelegung)	96	95	98
- Aufwandüberschuss pro Bewohnertag in CHF	-0.5	16.0	26.1
- Qualitätskennziffern			
▪ Anzahl Stürze	1'939	1'900	1'900
▪ Dekubiti	53	95	60
▪ Menge der Anwendung freiheitsbeschränkender Massnahmen	119	220	150
- Durchschnittliche Anzahl BESA-Punkte im Verhältnis zur durchschnittlichen Anzahl Stellen der Abteilung Betreuung und Pflege	57.4	59.9	56.0
- Prozentualer Anteil des Personals der Abteilung Betreuung und Pflege am Stichtag 31.12. nach Fachbereichen			
▪ Fachmitarbeiterinnen in %	48	49	49
▪ Mitarbeiterinnen in %	31	31	31
▪ Assistentinnen in %	21	20	20

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Bewohnertage	234'287	228'000	220'000
Durchschnittliche Anzahl Bewohnende je BESA (Stufe 0-4) im Jahr			
▪ Stufe 0	50	53	40
▪ Stufe 1	113	113	103
▪ Stufe 2	128	125	123
▪ Stufe 3	122	132	117
▪ Stufe 4	213	214	208
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen pro Bewohner	1'014	940	1'000

Produkt 2 Temporäre Angebote

Leistungen

- Zeitlich begrenzter Aufenthalt in Pflege-, Alters- und/oder Tageszentren für Ferien, Entlastung der Helfenden, Erholung von einer Krankheit oder Operation, Abklärung der weiteren Wohnform.
- Je nach Angebot differenzierte Betreuung, Begleitung und Pflege für betagte Temporäraufenthalter.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	4'513'751	4'837'812	4'561'819
Erlös	3'664'349	3'145'787	2'356'296
Nettokosten	849'402	1'692'025	2'205'523
Kostendeckungsgrad in %	81	65	52

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Auslastung der Kapazitäten (Betten / Plätze) in %	57.17	64.50	78.00
Kostendeckungsgrad Produkt Temporäre Angebote in %	81	66	51
Aufwandüberschuss pro Bewohnertag in CHF	69.60	128.70	280.50
Anteil der Übertritte aus temporären in Langzeitangebote in %	13.7	7.0	12.0

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Bewohnertage	12'204	12'600	8'000
Durchschnittliche Anzahl KlientInnen in der Tagesklinik pro Tag	16	15	16
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Überbrückungspflege pro Jahr	22	23	22

Produkt 3 Weitere Dienstleistungen an Dritte

Leistungen

- Restaurationen inkl. Mahlzeitenverkauf / Catering: Die Restaurants und die damit ermöglichten weiteren Nutzungen wie Sitzungen, Schulungen, Seminare haben den Auftrag, die Institution Heim für die Bewohnenden und die Bevölkerung transparenter und durchlässiger zu machen. Das Angebot von Speisen und Getränken für Interne, Besucher und Externe wie z.B. Kursteilnehmer ist gästeorientiert, schmackhaft, abwechslungsreich und zeitgemäss (z.B. vegetarisch). Die Mitarbeitenden der Restauration bieten einen individuellen Service an. Die Durchführung von Sonderanlässen aller Art wird gewinnbringend geleistet.
- Übrige Verkäufe / Dienstleistungen: Verkauf von Artikeln verschiedenster Art an Bewohner und Besucher.
- Liegenschaften: Vermietung von Räumen, Wohnungen, Garagen- und Parkplätzen.
- Diverse Dienstleistungen aus den Bereichen Therapie, insbesondere Physiotherapie und ärztlichem Dienst an Dritte.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	5'587'753	5'026'400	5'693'537
Erlös	2'655'905	2'674'287	2'287'118
Nettokosten	2'931'848	2'352'114	3'406'418
Kostendeckungsgrad in %	48	53	40

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kostendeckungsgrad Produkt 'Weitere Dienstleistungen' in %	48	54	40
Aufwandüberschuss pro Bohnertag in CHF	11.89	10.17	11.89

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Bruttoumsatz Restaurant in CHF	1'970'322	2'000'000	2'000'000
Bruttoumsatz Verkäufe / Dienstleistungen / Vermietungen	2'092'114	1'500'000	1'500'000
Anzahl Raumvermietungstage	30	34	30
Therapieleistungen für Dritte in Taxipunkten	154'661	170'000	170'000
Arztbehandlungen für Dritte / Patienten			
Bruttoumsatz Therapie- und Arztleistungen in CHF	164'000	300'000	80'000

IAFP Alterszentren

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	80'005	79'393	77'247	77'248	78'248	78'248
Erlös	76'314	70'427	66'649	66'650	69'400	69'400
Nettokosten/Globalkredit	3'691	8'966	10'598	10'598	8'848	8'848
Kostendeckungsgrad in %	95	89	86	86	89	89

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	16'114'160	21'402'500	25'908'400	2'279'000	5'050'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kostendeckungsgrad der Produktgruppe 'Alterszentren' in %	95	89	86	83	83	83
Kostendeckungsgrad des Teilproduktes 'Hotellerie' in %	47.5	51.0	46.0	46.0	46.0	46.0
2 Kundenorientierung						
Die Bewohner, Patienten und Angehörige sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden / sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Repräsentative Umfrage alle 2 Jahre <i>Messgrösse:</i>						
▪ Anteil der befragten Bewohner:	94	0	94	0	94	0
▪ Anteil der befragten Angehörigen:	86	0	86	0	86	0
3 Kapazität						
Die Organisationen bieten eine angemessene Anzahl Plätze in den verschiedenen Produkten an. <i>Messgrössen:</i>						
Verfügbare Plätze						
- in der Langzeitbetreuung und -pflege (ohne Alterswohnen)	616	616	580	580	616	616
- in Alterswohnungen	50	51	50	50	50	50
- in geschützten Wohngruppen für Menschen mit Demenz	49	49	49	49	49	49
- in den temporären Angeboten	51	51	36	36	36	36
Eintritte in städtische Alterszentren:						
- Anzahl Personen mit geplantem Eintritt innerhalb von 2 Wochen (Stichdatum 30.06.)	22.0	7.0	22.0	22	22	22
- Anzahl Personen mit geplantem Eintritt innerhalb von 6 Monaten (Stichdatum 30.06.)	71.0	66.0	71.0	71	71	71
4 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten						
Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i>						
- Vollausbildungsplätze	101	106	106	106	106	106
- Ausbildungswochen Studierende	677	800	700	700	700	700
- Praktikumswochen	2'076	1'618	2'000	2'000	2'000	2'000
- bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	2.2	2.0	2.2	2.2	2.2	2.2

Rücklaufquote 2011 bei der Befragung der Bewohnenden: 45.7% (angeschrieben wurden alle Bewohnenden mit Ausnahme der Bewohnenden in den Alterswohnungen, in der Übergangspflege und im Sunnehaus sowie der Klienten der Tagesklinik).
Rücklaufquote 2011 bei der Befragung der Angehörigen: 61.0% (angeschrieben wurde Kontaktperson 1 des/der jeweiligen Bewohners/Bewohnerin).

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Vgl. Ausführungen oben „Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013“

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Wie bereits erwähnt wird die Sanierung des Alterszentrums Adlergarten zu einer Reduktion der Kapazitäten während der Bauphase führen. Diese Einschränkung kann teilweise im Alterszentrum Brühlgut durch Umwandlung von Einzel- zu Doppelzimmern kompensiert werden. Dieser Effekt wird sich über die Entwicklung der Auslastung abbilden. Die Personalkosten werden dieser Entwicklung so gut wie möglich angepasst. Die Erfahrung zeigt aber, dass zeitlich begrenzte Ertragsausfälle nicht vollständig durch Kostensenkungen aufgefangen werden können. In der Erlösplanung 2015 wurden die Mehrerträge durch die bessere Zimmerqualität im sanierten Adlergarten bereits berücksichtigt. Verzögerungen in der Sanierung würden diesen Mehrerlös (+1 Mio.) reduzieren.

Beiträge an Organisationen

Auftrag

- Finanzielle Beiträge an Organisationen aufgrund von gesetzlichen Vorgaben, Gemeinderats- oder Stadtratsbeschlüssen, mit dem Ziel sicherzustellen, dass diese Organisationen bestimmte Leistungen für die Stadt erbringen. Die Beiträge an das kantonale Jugendsekretariat werden ebenfalls in dieser Produktgruppe aufgeführt.
- Die Produktgruppe "Beiträge an Organisationen" wird zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe geführt, dahinter steht aber keine Verwaltungseinheit im herkömmlichen Sinn.

Produkte

1 Jugend und Familie

Beiträge an Organisationen mit der Zielgruppe Jugend und Familie und finanzielle Beiträge an das kantonale Jugendsekretariat

2 Erwachsene

Beiträge an Organisationen mit der Zielgruppe Erwachsene

3 Alter und Gesundheit

Beiträge an Organisationen mit der Zielgruppe Alter und Gesundheit

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Sozialhilfegesetz SHG (LS 851.1)

Verordnung zum Sozialhilfegesetz SHV (LS 851.11)

Pflegegesetz des Kantons (LS 855.1)

Kantonale Verordnung über die Pflegeversorgung (LS 855.11)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verschiedene Beschlüsse des GGR

Verschiedene Beschlüsse des Stadtrates

Leistungsaufträge mit privaten Trägerschaften

Stufe Verwaltungseinheit

-

Verantwortliche Leitung

Dr. Eva Weishaupt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Zielvereinbarungen mit Organisationen Die abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen erfüllen die Anforderungen der Revisionsstelle. <i>Messgrössen:</i> a) Prozentsatz der Leistungsvereinbarungen bei denen die Anforderungen erfüllt sind. b) Anzahl der Leistungsvereinbarungen bei denen die Anforderungen erfüllt bzw. nicht erfüllt sind. Die Einhaltung der Vereinbarungen wird gemäss interner Prüfliste regelmässig im Turnus überprüft. <i>Messgrösse:</i> c) Überprüfung erfolgt oder nicht erfolgt.			100 % 24 / 0 erfolgt

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	25'838'039	14'318'252	16'115'710

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Die Zahlen für Soll 2012 wurden für die bessere Vergleichbarkeit neu zusammengestellt.

Die Personalkosten dieser Produktgruppe beinhalten im Wesentlichen die Beiträge an das kantonale Jugendsekretariat. Die höheren Kosten für Beiträge an Dritte gehen grösstenteils auf die Pflegefinanzierung zurück: Infolge Sanierung des Alterszentrum Adlergarten stehen 2013 weniger Betten bzw. Pflegeplätze zu Verfügung, weshalb die Versorgung vermehrt über private Leistungsanbieter sicher gestellt werden muss. Gleichzeitig reduzieren die Krankenkassen ihre Beiträge an die Pflegekosten und bei der stationären Pflege wird ein neues Abrechnungssystem eingeführt.

Infolge Übergangs einer von der Heilsarmee als Wohnheim genutzten Liegenschaft an die Immobilien sinkt der Aufwand für kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen, neu fallen dafür Mietkosten an.

Bei den externen Erlösen fällt die von St. Urban entrichtete Miete weg. Diese wird infolge Übergangs der Liegenschaft an die Immobilien neu von diesen erhoben.

Produkt 1 Jugend und Familie

Die Mehrkosten sind auf die höheren Beiträge an das kantonale Jugendsekretariat und die Anpassung an die Ist Werte 2011 für das Frauenhaus zurückzuführen.

Produkt 2 Erwachsene

Beim Beitrag an die Heilsarmee wurde eine Kostenschätzung für ein neues Durchgangsheim miteingerechnet.

Produkt 3 Alter und Gesundheit

Die höheren Kosten sind auf die oben erwähnten Mehrkosten in der Pflegefinanzierung zurückzuführen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Die Zahlen für Ist 2011 wurden für die bessere Vergleichbarkeit neu zusammengestellt.

Durch die neue Spitalfinanzierung fallen die Beiträge ans Kantonsspital und die Sockelbeiträge der Gemeinden weg. Im Gegenzug dazu leistet der Kanton keine Zahlung mehr an die Pflegekosten.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	2'518'675	3'031'736	3'096'422
Sachkosten	64'966	49'600	51'340
Beiträge an Dritte	26'350'270	11'797'596	12'701'500
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	437'206	363'477	20'648
Mietkosten	28'912	28'900	252'800
Übrige interne Kosten	107'312	21'460	0
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>29'507'341</i>	<i>15'292'769</i>	<i>16'122'710</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	29'507'341	15'292'769	16'122'710
Externe Erlöse	1'050'485	974'517	7'000
Interne Erlöse	58'617	0	0
Beiträge von Dritten	2'560'200	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'669'302</i>	<i>974'517</i>	<i>7'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'669'302	974'517	7'000
Total Nettokosten / Globalkredit	25'838'039	14'318'252	16'115'710
Kostendeckungsgrad in %	12	6	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

Diese Produktgruppe wurde neu geschaffen mit dem Ziel, Leistungsvereinbarungen mit Dritten zentral und einheitlich zu bewirtschaften.

Produkt 1 Jugend und Familie**Leistungen**

- Finanzielle Beiträge der Stadt Winterthur an das kantonale Jugendsekretariat
- Beiträge an Organisationen, die Leistungen für die Zielgruppe Jugend und Familie erbringen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	3'995'222	4'402'260	4'429'100
Erlös	58'617	0	7'000
Nettokosten	3'936'605	4'402'260	4'422'100
Kostendeckungsgrad in %	1	0	0

Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Jugend			
Kostenbeteiligung Kantonale Jugendhilfe	2'531'590	3'043'700	3'112'000
Beiträge Jugendhaus	402'100	402'100	402'100
Mobile Jugendarbeit: Trägerverein Subita	275'000	275'000	275'000
AG Jugendprobleme (AGJP), Dachlade	10'000	10'000	10'000
Familie			
Frauenhaus Winterthur 1)	161'695	100'000	150'000
Beratungsstelle für gewaltbetroffene Frauen	60'000	60'000	60'000
Verein Partnerschafts- und Eheberatung	50'000	50'000	50'000
Scheidungsberatung	10'000	10'000	10'000

1) Defizitgarantie

Produkt 2 Erwachsene

Leistungen

- Beiträge an Organisationen, die Leistungen für die Zielgruppe Erwachsene erbringen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'451'755	1'484'021	1'651'623
Erlös	485		0
Nettokosten	1'451'270	1'484'021	1'651'623
Kostendeckungsgrad in %	3	0	0

Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Verein Läbesruum	845'000	930'000	930'000
Wohnheim der Heilsarmee 1)	148'119	229'522	326'528
Mobile Sozialarbeit	95'000	95'000	95'000
Frauenzentrale	85'000	85'000	85'000
Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes	42'000	42'000	42'000
Selbsthilfezentrum, Region Winterthur	30'000	30'000	30'000
Unentgeltliche Rechtsauskunft (der Stadt Winterthur)	21'494	23'136	22'878
Die kirchliche Fachstelle bei Arbeitslosigkeit - DFA	40'000	20'000	20'000
Verein Stadtmuur	20'000	20'000	20'000
Caritas - "KulturLegi"			20'000
Tele-Hilfe der Dargebotene Hand	18'000	18'000	18'000
Fachstelle für Schuldenfragen im Kanton Zürich	17'000	17'000	17'000
Verein "Shalom" - Mittagstisch			15'000

1) VO 2013 inkl. Kostenschätzung für Durchgangsheim (GGR Antrag geplant)

Produkt 3 Alter- und Gesundheit

Leistungen

- Beiträge an Organisationen, die Leistungen für die Zielgruppe Alter und Gesundheit erbringen.
- Beiträge an die Pflegefinanzierung für nicht städtische Institutionen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	24'060'364	9'406'488	10'041'988
Erlös	3'610'200	974'517	0
Nettokosten	20'450'164	8'431'971	10'041'988
Kostendeckungsgrad in %	15	10	0

Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Pflegefinanzierung stationär 1)	6'615'944	7'145'000	7'703'900
Pflegefinanzierung ambulant 1)	921'662	800'000	992'000
Pro Senectute Sozialberatung	802'180	813'900	971'500
Pro Senectute Mahlzeitendienst	156'212	200'000	170'000
Verein für Aidsprävention und Sexualpädagogik	80'000	80'000	80'000
ZALK ARGE Ligen und Heilstätten	28'000	24'000	29'000
Pikettenschädigungen Hebammen	26'335	24'996	27'000
Gaiwo (Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen)	20'000	20'000	20'000
Verein Freiwilligenagentur (Benevol)	20'000	20'000	20'000

1) Damit die Zahlen bei der Pflegefinanzierung vergleichbar sind, wurden die Zahlen im 2011 um den kantonalen Beitrag bereinigt

IAFP Beiträge an Organisationen

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	29'507	15'292	16'122	16'123	16'123	16'123
Erlös	3'669	974	7	7	7	7
Nettokosten/Globalkredit	25'838	14'318	16'115	16'116	16'116	16'116
Kostendeckungsgrad in %	12	6	0	0	0	0

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	-40'000	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Zielvereinbarungen mit Organisationen Die abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen erfüllen die Anforderungen der Revisionsstelle. <i>Messgrössen:</i> a) Prozentsatz der Leistungsvereinbarungen bei denen die Anforderungen erfüllt sind. b) Anzahl der Leistungsvereinbarungen bei denen die Anforderungen erfüllt bzw. nicht erfüllt sind. Die Einhaltung der Vereinbarungen wird gemäss interner Prüfliste regelmässig im Turnus überprüft. <i>Messgrösse:</i> c) Überprüfung erfolgt oder nicht erfolgt.	--	--	100 % 24 / 0 erfolgt	100 % 24 / 0 erfolgt	100 % 24 / 0 erfolgt	100 % 24 / 0 erfolgt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Überprüfung der Grundlagen für Beiträge an Dritte, transparente Ausrichtung von Beiträgen unter Berücksichtigung des Gleichbehandlungsgrundsatzes, Bewirtschaftung eines zentralen Controllingsystems.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Arbeitsintegration

Auftrag

Die Arbeitsintegration Winterthur erbringt

- im Auftrag des Kantons arbeitsmarktliche Massnahmen für Stellensuchende zur Qualifizierung und zur raschen Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt
- im Auftrag der Stadt Winterthur Massnahmen zur beruflichen Intergration für Sozialhilfe beziehende Personen.
- im Auftrag des Kantonalen Sozialamtes Massnahmen zur beruflichen Integration für vorläufig aufgenommene Asylsuchende
- im Auftrag der Sozialversicherungsanstalt Frühinterventionsmassnahmen, Arbeitstraining und Arbeitsvermittlung

Produkte

1 ALV-Angebote für Erwachsene

Förderung der Wiedereingliederung von Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt mit arbeitsmarktlichen Massnahmen gemäss den Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG).

Das Produkt 1 wird vom Bund (AVIG) finanziert.

2 Berufliche Integration für Sozialhilfe Beziehende

Förderung der (Wieder)eingliederung von Sozialhilfe Beziehenden, vorläufig aufgenommenen Asyl Suchenden und IV-Versicherten in den Arbeitsmarkt sowie langfristige Arbeitsintegration von arbeitsfähigen Sozialhilfe Beziehenden mit Arbeitsmarkthemmnissen.

Das Produkt 2 wird von der Stadt und von den zuweisenden Stellen finanziert.

3 Berufliche Integration für Jugendliche

Eingliederung von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt (Motivationssemester, Berufsintegrationsprogramm). Unterstützung von gefährdeten Jugendlichen in der persönlichen und beruflichen Entwicklung (Trampolin).

Das Produkt 3 wird vom Bund (AVIG, Motivationssemester), von zuweisenden Stellen und von der Hilfsgesellschaft Winterthur (Trampolin) finanziert.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz (AVIG) und Verordnung (AVIV) über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und Insolvenzenschädigung
Kreisschreiben des Staatssekretariates für Wirtschaft (seco) über die arbeitsmarktlichen Massnahmen

Rahmenverträge für Qualifizierungsangebote für Stellen Suchende mit dem kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Auftrag der Stimmbürger/innen der Stadt Winterthur zur Durchführung arbeitsmarktlicher Massnahmen für Erwerbslose gemäss Volksabstimmung im Jahre 1989.

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild der Arbeitsintegration Winterthur

Verantwortliche Leitung

Christoph Pohl

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Mit dem Globalkredit werden Massnahmen zur beruflichen Integration von Sozialhilfe Beziehenden (Produkt 2) und Jugendlichen (Produkt 3, ohne Motivationssemester und Berufsintegrationsprogramm) finanziert. <i>Messung:</i> Kostendeckungsgrad pro Produkt <i>Messgrössen:</i> - Produkt 1: ALV-Angebote für Erwachsene - Produkt 2: Berufl. Integration f. Sozialhilfe Beziehende - Produkt 3: Berufl. Integration für Jugendliche			
	99	99	100
	68	69	72
	89	93	94
2 Zielgruppenorientierung Teilnehmende kommen aus Winterthur <i>Messung:</i> In Winterthur wohnhafte Teilnehmende <i>Messgrössen:</i> Anteil Teilnehmertage von Personen mit Wohnort Winterthur in % aller Teilnehmertage pro Produkt - Produkt 1: ALV-Angebote für Erwachsene - Produkt 2: Berufl. Integration f. Sozialhilfe Beziehende - Produkt 3: Berufl. Integration für Jugendliche			
	28	40	40
	86	90	90
	61	60	60
3 Wirksamkeit der Massnahmen Produkt 1 Die Chancen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben sich verbessert <i>Messung</i> Einschätzung der Teilnehmenden und der zuweisenden Stellen (RAV) <i>Messgrösse</i> - Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei Teilnehmenden (in %) - Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei den zuweisenden Stellen (in %) Produkt 2 Sozialhilfe Beziehende nehmen an Arbeitsintegrationsmassnahmen bei der Arbeitsintegration Winterthur teil <i>Messung / Messgrösse:</i> - Anzahl Personen pro Jahr Produkt 3 Teilnehmende werden in eine Anschlusslösung mit beruflicher Perspektive vermittelt Übertritte in Anschlusslösungen - Anzahl Übertritte in eine Anschlusslösung im Verhältnis zu allen Austritten (in %)			
	85	90	90
	79	90	90
	575	550	550
	80	75	75

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	3'091'848	2'782'468	2'690'528

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Nettokosten / Globalkredit

Personalkosten: Hauptsächlich Zunahme der Rentenleistungen / Ruhegehälter (CHF 55'000) und leicht höhere Teilnehmerlohnkosten (CHF 74'000) im Produkt 2

Mietkosten: Erhöhte Kosten durch neuen Flächensatz für Verwaltungsbauten und angemietete Objekte (Zentrales Immobilienmanagement ZIM, Beschluss Phase 3, Realisierungsplan, SR 08.776-7)

Übrige interne Kosten: Geänderte Buchungsvorschriften für intern verrechnete Mietkosten: Die Zunahme von CHF 521'000 wird mit den "Verrechnungen innerhalb der PG (CHF 510'000) grösstenteils wieder ausgeglichen.

Externe Erlöse: Die um CHF 620'000 höheren Erlöse resultieren hauptsächlich aus höheren Einnahmen für erbrachte Dienstleistungen des Unterhaltszentrum (CHF 250'000) und aus zusätzlichen Leistungen für die Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich (CHF 340'000)

Interne Erlöse: Geänderte Buchungsvorschriften für intern verrechnete Mietkosten: Die Zunahme von CHF 661'000 werden mit den "Verrechnungen innerhalb der PG (CHF 510'600) grösstenteils wieder ausgeglichen.

Allgemein: Im Voranschlag enthalten sind CHF 200'000 für Massnahmen aus der vom Stadtrat in Auftrag gegebenen "Bedarfsanalyse Lehrstellenmarkt" als Folge der Schliessung des Restaurants "Römerpark" im Sommer 2011.

Produkt 1 ALV-Angebote für Erwachsene

- Die ab Sommer 2013 während 5 Jahren zu erbringenden Leistungen werden im Sommer 2012 im Rahmen eines Submissionsverfahrens öffentlich ausgeschrieben. Die Ergebnisse werden Mitte Februar 2013 publiziert. Die budgetierten Volumen entsprechen den aktuellen Leistungsvereinbarungen. Die Kosten werden nach Aufwand vollständig rückerstattet.

Produkt 2 Berufliche Integration für Sozialhilfe Beziehende

- Die höheren Kosten (CHF 829'000) setzen sich hauptsächlich zusammen aus dem Produkt 2 zugeordneten Personalkosten (CHF 316'000), leicht höheren Teilnehmerlohnkosten (CHF 74'000), höheren Sachkosten (CHF 110'000), höheren Mietkosten (CHF 130'000). Sie werden finanziert durch höhere Erträge aus Aufträgen und Dienstleistungen. Rund CHF 170'000 der höheren Kosten und Erlöse stehen im Zusammenhang mit geänderten Buchungsvorschriften für intern verrechnete Mieten.

Produkt 3 Berufliche Integration für Jugendliche

- Motivationssemester: Die ab Sommer 2013 voraussichtlich während 5 Jahren zu erbringenden Leistungen werden ab August 2012 mit einem Submissionsverfahren öffentlich ausgeschrieben. Die Ergebnisse werden im März 2013 erwartet. Die budgetierten Volumen entsprechen den Leistungsvereinbarungen für das Schuljahr 2011/2012. Die Kosten werden nach Aufwand vollständig rückerstattet.
- Die beantragten Nettokosten setzen sich zusammen aus rund CHF 45'000 für das Angebot "Trampolin" und CHF 200'000 für Massnahmen aus der vom Stadtrat in Auftrag gegebenen "Bedarfsanalyse Lehrstellenmarkt".

Parlamentarische Zielvorgaben

Die Messgrössen bewegen sich im gleichen Rahmen wie im Vorjahr.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Die wesentlichen Veränderungen betreffen die im Voranschlag 2013 nicht mehr enthaltenen Kosten für das Restaurant Römerpark, die Kosten für die abgegrenzten Ferien- und Mehrzeitguthaben, die Massnahmen aus der Bedarfsanalyse Lehrstellenmarkt (CHF 200'000) und zusätzliche Mietkosten als Folge des neuen Flächensatzes für Verwaltungsbauten und angemietete Objekte

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	12'281'125	12'187'621	12'252'431
Sachkosten	1'704'611	1'551'344	1'674'384
Beiträge an Dritte	40'000	20'000	0
Residualkosten	246'228	246'228	261'962
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	1'044'607	988'720	1'204'701
Übrige interne Kosten	167'538	87'253	607'638
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>15'484'108</i>	<i>15'081'167</i>	<i>16'001'117</i>
Verrechnungen innerhalb PG	32'687	0	510'600
Total effektive Kosten	15'451'420	15'081'167	15'490'517
Externe Erlöse	5'789'098	5'716'400	6'336'674
Interne Erlöse	677'316	491'058	1'152'500
Beiträge von Dritten	5'925'845	6'091'240	5'821'415
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>12'392'260</i>	<i>12'298'698</i>	<i>13'310'589</i>
Verrechnungen innerhalb PG	32'687	0	510'600
Total effektive Erlöse	12'359'572	12'298'698	12'799'989
Total Nettokosten / Globalkredit	3'091'848	2'782'468	2'690'528
Kostendeckungsgrad in %	80	82	83

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	69.68	69.00	68.40
▪ Auszubildende	16.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
- 0.60 Verschiebung an 629 BL Soziale Dienste. Umsetzung HR-Strategie.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Produkt 1: Falls Zuschläge aus der PvB-Submission: Abschluss der Leistungsvereinbarungen, Umsetzung der eingereichten Konzepte
- Produkt 3: Falls Zuschläge aus der Submission "Motivationssemester": Abschluss der Leistungsvereinbarungen, Umsetzen der eingereichten Konzepte.
- Produkt 2: Überprüfung des Angebots für Teilohnmitarbeitende in enger Zusammenarbeit mit der Sozialberatung der Sozialen Dienste.

Produkt 1 ALV-Angebote für Erwachsene

Leistungen

- Die Teilnehmenden führen an einzelnen Einsatzplätzen oder in begleiteten Gruppen berufsnahen Tätigkeiten aus, welche ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten entsprechen und erhalten resp. verbessern damit ihre Arbeitsmarktfähigkeit.
- Im Bildungsteil befassen sich die Teilnehmenden mit der Situation und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes, ihrer persönlichen Situation sowie der zielgerichteten Stellensuche.
- Im individuellen Betreuungsteil werden mit den Teilnehmenden Ziele vereinbart, die regelmässig reflektiert werden. Der Stand der Zielerreichung dient als Grundlage zur Rückmeldung an die Personalberatenden der regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV.
- Die Teilnehmenden erhalten am Ende des Einsatzes eine Arbeitsbestätigung, die über die geleisteten Tätigkeiten im Sinne eines Arbeitszeugnisses Auskunft gibt.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	3'464'809	3'512'761	3'344'523
Erlös	3'425'171	3'466'899	3'352'113
Nettokosten	39'639	45'862	-7'590
Kostendeckungsgrad in %	99	99	100

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
- Programmkosten pro Teilnehmertag - Vermittlungsquote (1. Arbeitsmarkt in %)	87.95 41	88.00 30	87.00 30

Programmkosten = Programmaufwand abzüglich programmspezifische Erträge (z.B. Dienstleistungen, Produkteverkauf)

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) (Anzahl Plätze)			
- Einzeleinsatzplätze - Gruppeneinsatzplätze Deutschförderung - Gruppeneinsatzplätze FOKUS - Gruppeneinsatzplätze für junge Erwachsene - Abklärungsmonat Praxis CHECK	56 30 12 14 10	56 30 12 14 10	70 20 12 14 8
Praktika in der Wirtschaft (Anzahl Plätze)			
Berufspraktikum learn + earn für Leiharbeiterinnen	30	30	20
Total	152	152	144

Produkt 2 Berufliche Integration für Sozialhilfe Beziehende

Leistungen

- Überbrückungs- und Abklärungsangebote: Das Überbrückungsangebot "Passage" hilft arbeitsfähigen Personen, vor dem Bezug von Sozialhilfeleistungen nochmals sämtliche Ressourcen zu aktivieren, um doch noch eine Stelle im 1. Arbeitsmarkt zu finden. Vom Abklärungsangebot "Kompass" erhalten die Verantwortlichen der Sozialhilfe eine qualifizierte Einschätzung des beruflichen Integrationspotentials.
- Teillohnstellen (Einzeleinsatzplätze in der Wirtschaft und in der Stadtverwaltung, Gruppenarbeitsplätze in externen Sozialfirmen und in Betrieben der Arbeitsintegration Winterthur) zielen auf die langfristige unbefristete Arbeitsintegration von arbeitsfähigen Sozialhilfe Beziehenden mit Arbeitsmarkthemmnissen.
- Im Auftrag des kantonalen Sozialamtes fördert das Bildungs-, Beschäftigungs- und Integrationsprogramm für vorläufig aufgenommene Asyl Suchende (Gruppen- und Einzeleinsatzplätze) mit arbeitsmarktnaher Beschäftigung, individueller Beratung und Deutschunterricht die berufliche und soziale Integration.
- Im Auftrag der Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich Durchführung von Potentialabklärungen gemäss individueller Zielvereinbarung und Arbeitsvermittlung aufgrund von individuell formulierten Einzelaufträgen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	7'806'895	7'856'595	8'685'360
Erlös	5'273'947	5'392'430	6'215'526
Nettokosten	2'532'948	2'464'165	2'469'834
Kostendeckungsgrad in %	68	69	72

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
- Programmkosten pro Teilnehmertag (ohne Teilnehmerlohnkosten) - Teilnehmerlohnkosten (Teillöhne und Passage) - Vermittlungsquote (1. Arbeitsmarkt in %)	62.65 2'807'017 10	48.70 3'010'500 10	60.70 3'084'300 10

Programmkosten = Programmaufwand abzüglich Teilnehmer-Löhne und programmspezifische Erträge (z.B. Dienstleistungen, Produkteverkauf)

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Überbrückung und Abklärung (Anzahl Plätze)			
▪ "Passage"	20	20	20
▪ Kompass	6	6	6
Teillohnstellen (Anzahl Plätze)			
▪ Teillohn Wirtschaft	50	45	40
▪ Teillohn Stadtverwaltung	25	30	30
▪ Teillohn Betriebe Arbeitsintegration	46	46	46
▪ Teillohn externe Sozialfirmen und NPO	10	10	20
Integrationsprogramm für vorläufig aufgenommene Asyl Suchende (Anzahl Plätze)			
▪ Unterhaltszentrum	15	25	23
▪ Einzeleinsatzplätze	14	14	12
Weitere Integrationsangebote			
▪ SVA (Potentialabklärung, Arbeitstraining, Arbeitsvermittlung)	0	0	7
▪ Arbeitseinsätze, Beschäftigung	17	33	37
Total	203	229	241

Produkt 3 Berufliche Integration für Jugendliche

Leistungen

Motivationssemester (Transit):

- Die Jugendlichen führen an einzelnen Einsatzplätzen oder in begleiteten Gruppen berufsnahe Tätigkeiten aus, welche ihren Fähigkeiten sowie der Arbeitsmarktrealität in Bezug auf Ausbildungsplätze entsprechen und steigern bzw. verbessern damit ihre Chancen auf eine Berufsausbildung.
- Im Bildungsteil befassen sich die Jugendlichen mit der Situation und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes, ihrer persönlichen Situation sowie der zielgerichteten Lehrstellensuche.
- Im individuellen Betreuungsteil werden mit den Jugendlichen Ziele vereinbart, die regelmässig reflektiert werden. Der Stand der Zielerreichung dient als Grundlage zur Rückmeldung an die Personalberatenden der regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV.
- Die Jugendlichen erhalten am Ende des Einsatzes eine Arbeitsbestätigung, die über die geleisteten Tätigkeiten im Sinne eines Arbeitszeugnisses Auskunft gibt.

Unterstützung von gefährdeten Jugendlichen

- Trampolin fördert in praktischen Arbeitsfeldern Schlüsselqualifikationen, welche von der Arbeits- und Ausbildungswelt eingefordert werden.
- Trampolin bietet auf individuelle Bedürfnisse abgestimmte Tagesstrukturen für Jugendliche beiderlei Geschlechts.

Unterstützung von Schulabgehenden und Lehrvertragsauflösenden

- Transit Express unterstützt Schulabgängerinnen und Schulabgänger sowie Lehrvertragsauflösende in der Stellensuche und vermittelt sie in Lehrstellen. Zur Verbesserung der Nachhaltigkeit werden die Jugendlichen mindestens ein Jahr während ihrer Berufsbildung begleitet und unterstützt.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	4'166'068	3'712'573	3'971'233
Erlös	3'693'141	3'439'370	3'742'950
Nettokosten	472'926	273'203	228'283
Kostendeckungsgrad in %	89	93	94

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag (Motivationssemester)	108.90	119.15	106.95
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag (Trampolin)	132.50	156.80	136.60
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag (Transit Express)			48.15

Programmkosten = Programmaufwand abzüglich Teilnehmer-Löhne und programmspezifische Erträge (z.B. Dienstleistungen, Produkteverkauf)

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Motivationssemester (Anzahl Plätze)			
▪ Gruppeneinsatzplätze Transit Werkstatt	50	50	45
▪ Einzeleinsatzplätze Transit Praktika	30	30	25
Unterstützung gefährdeter Jugendlicher			
▪ Trampolin (inkl. SVA)	25	25	27
Unterstützung von Schulabgehenden und Lehrvertragsauflösenden			
▪ Transit Express	10	10	30
Total	115	115	127

IAFP Arbeitsintegration

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	15'451	15'081	15'490	15'491	15'491	15'491
Erlös	12'359	12'298	12'799	12'800	12'800	12'800
Nettokosten/Globalkredit	3'092	2'782	2'691	2'691	2'691	2'691
Kostendeckungsgrad in %	80	82	83	83	83	83

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Mit dem Globalkredit werden Massnahmen zur beruflichen Integration von Sozialhilfe Beziehenden (Produkt 2) und Jugendlichen (Produkt 3, ohne Motivationssemester und Berufsintegrationsprogramm) finanziert. <i>Messung:</i> Kostendeckungsgrad pro Produkt <i>Messgrössen:</i>						
▪ Produkt 1: ALV-Angebote für Erwachsene	99	99	100	100	100	100
▪ Produkt 2: Berufl. Integration f. Sozialhilfe Beziehende	68	69	72	71	71	71
▪ Produkt 3: Berufl. Integration für Jugendliche	89	93	94	94	94	94
2 Zielgruppenorientierung Teilnehmende kommen aus Winterthur <i>Messung:</i> In Winterthur wohnhafte Teilnehmende <i>Messgrössen:</i> Anteil Teilnehmertage von Personen mit Wohnort Winterthur in % aller Teilnehmertage pro Produkt						
▪ Produkt 1: ALV-Angebote für Erwachsene	28	40	40	40	40	40
▪ Produkt 2: Berufl. Integration f. Sozialhilfe Beziehende	86	90	90	90	90	90
▪ Produkt 3: Berufl. Integration für Jugendliche	61	60	60	60	60	60

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
3 Wirksamkeit der Massnahmen						
Produkt 1						
Die Chancen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben sich verbessert						
<i>Messung</i>						
Einschätzung der Teilnehmenden und der zuweisenden Stellen (RAV)						
<i>Messgrösse</i>						
▪ Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei Teilnehmenden (in %)	85	90	90	90	90	90
▪ Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei den zuweisenden Stellen (in %)	79	90	90	90	90	90
Produkt 2						
Sozialhilfe Beziehende nehmen an Arbeitsintegrationsmassnahmen bei der Arbeitsintegration Winterthur teil						
<i>Messung / Messgrösse:</i>						
▪ Anzahl Personen pro Jahr*	575	550	550	550	550	550
Produkt 3						
a) Teilnehmende werden in eine Anschlusslösung mit beruflicher Perspektive vermittelt						
b) Übertritte in Anschlusslösungen						
c) Anzahl Übertritte in eine Anschlusslösung im Verhältnis zu allen Austritten (in %)	80	75	75	75	75	75

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

Keine.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Stadtwerk Winterthur

Auftrag

Stadtwerk Winterthur

- versorgt Haushalte und Wirtschaft der Stadt Winterthur mit Wasser, Elektrizität, Erdgas und Fernwärme.
- reinigt das Abwasser der Stadt Winterthur und weiterer topografisch geeigneter Gemeinden.
- verwertet thermisch den Abfall der Stadt Winterthur und eines weiteren Einzugsgebietes an einem Standort, der die Nutzung der anfallenden Abwärme ermöglicht.
- betreibt weitere mit den vorstehenden Aufgaben zusammenhängende unterstützende Geschäfte wie Energie-Contracting, Telecom, Hausinstallationsgeschäft.
- bietet seine Leistungen weiteren Gemeinden und Körperschaften an, zwecks Optimierung der Gesamtwirtschaftlichkeit, der Marktstellung oder zur langfristigen Zukunftssicherung.
- erbringt zugewiesene öffentliche Leistungen wie an die Konzession gebundene Lieferung von Zuschusswasser an Drittgemeinden, Klärschlammverbrennung für Dritte, sofern die Leistung in einem engen Zusammenhang mit der Grundgeschäftstätigkeit steht.

Im Bereich der Wasser- und Stromversorgung sowie der Abwasserreinigung, der Schlammverbrennung und Kehrichtverbrennung kommt die Stadt Winterthur mit Stadtwerk Winterthur ihrem gesetzlichen Auftrag nach.

Produkte

Gemäss GGR-Beschluss Nr. 2004/039 vom 19. Mai 2004 führt Stadtwerk keine Produkte-, sondern eine eigene Profitcenter-Rechnung. Diese ist in einem separaten Bericht abgebildet.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG)
- Gewässerschutzverordnung (GSchV)
- Verordnung über den Schutz der Gewässer vor wassergefährdenden Flüssigkeiten (VWF)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG)
- Luftreinhalteverordnung (LRV)
- Verordnung über umweltgefährdende Stoffe (StoV)
- Bundesgesetz betreffend die elektrischen Stark- und Schwachstromanlagen (ELG)
- Bundesgesetz über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe (RLG)
- Rohrleitungsverordnung (RLV)
- Verordnung über Sicherheitsvorschriften für Rohrleitungsanlagen
- Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG)
- Verordnung über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEV)
- Energiegesetz (EnG)
- Stromverteilungsgesetz (Strom VG)
- Stromversorgungsgesetz (Strom VV)
- Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (LMG)
- Lebensmittelverordnung (LMV)
- Energienutzungsbeschluss (ENB)
- Klärschlammverordnung
- Technische Verordnung über Abfälle (TVA)
- Verordnung über Abwassereinleitungen
- Verordnung über den Verkehr von Sonderabfällen
- Verordnung über elektrische Schwachstromanlagen
- Verordnung über elektrische Starkstromanlagen
- Verordnung über elektrische Leitungen (LeV)
- Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen (NIV)
- Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV)
- Verordnung über die Sicherstellung der Trinkwasserverordnung in Notlagen (VTN)
- Abfallgesetz Kanton Zürich

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

- Bewilligung zur Annahme von Sonderabfällen
- Betriebsbewilligungen KVA und SVA
- EKAS Richtlinien
- Finanzhaushaltsgesetz
- Handbuch über das Rechnungswesen der zürcherischen Gemeinden
- Submissionsverordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung
- Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur
- Reglement über die Abgabe elektrischer Energie inkl. Nachträge
- Regulativ über die Abgabe von Wasser aus der städtischen Wasserversorgung
- Verordnung über die Abgabe von Gas
- Verordnung über die Fernwärmeversorgung
- Verordnung über die Abfallentsorgung
- Verordnung über die Siedlungsentwässerung

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild und Strategie
- Zielvorgaben
- Kompetenzregelungen

Verantwortliche Leitung

Markus Sägesser

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
1.1 Marktgerechte Versorgungspreise			
Messung / Bewertung:			
Vergleich der Strompreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte			
Messgrösse:			
Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts von acht Schweizer Städten	89	92	92
1.2 Marktgerechte Entsorgungspreise			
Messung / Bewertung:			
Vergleich der Kehrichtverbrennungspreise mit denjenigen anderer zürcherischer KVA			
Messgrösse:			
Verbrennungspreise Stadtwerk Winterthur in % des Durchschnitts der zürcherischen KVA's	102	98	102
1.3 Marktgerechte Versorgungspreise			
Messung / Bewertung:			
Vergleich der Gaspreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte			
Messgrösse:			
Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts von acht Schweizer Städten	98	92	92
1.4 Marktgerechte Versorgungspreise			
Messung / Bewertung:			
Vergleich der Wasserpreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte			
Messgrösse:			
Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts mit Wasserversorgungen grösser 50'000 Einwohner (gem. SVGW Klasse 1).	65	85	75
1.5 Betriebsreserve Stromhandel			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Stromhandel			
Messgrösse:			
in TCHF	446	428	-179
1.6 Betriebsreserve Gashandel			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Gashandel			
Messgrösse:			
in TCHF	4'251	513	-81
1.7 Betriebsreserve Haustechnik			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Haustechnik			
Messgrösse:			
in TCHF	-738	-10	57
1.9 Betriebsreserve Verteilung Elektrizität			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Verteilung Elektrizität			
Messgrösse:			
in TCHF	-1'887	457	401
1.10 Betriebsreserve Telekom			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Telekom			
Messgrösse:			
in TCHF	-539	-2'269	-2'026
1.11 Betriebsreserve Verteilung Gas			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Verteilung Gas			
Messgrösse:			
in TCHF	182	494	-77

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1.12 Betriebsreserve Wasserversorgung <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Wasserversorgung <i>Messgrösse:</i> in TCHF	-308	-805	-1'254
1.13 Betriebsreserve KVA <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve KVA <i>Messgrösse:</i> in TCHF	-268	-392	-2'766
1.14 Betriebsreserve Kläranlage <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Kläranlage <i>Messgrösse:</i> in TCHF	51	-1'226	1'752
1.15 Betriebsreserve Fernwärme <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Fernwärme <i>Messgrösse:</i> in TCHF	-127	-1'010	740
1.16 Betriebsreserve Energie-Contracting <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Energie-Contracting <i>Messgrösse:</i> in TCHF	-237	-587	-860
2 Versorgungssicherheit 2.1 Qualität des Stromversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 50 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 2,0% <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	23 Jahre / 2,3%	22,5 Jahre / 1,7%	23,4 Jahre / 2,0%
2.2 Qualität des Wasserversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 60 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 1,7%. <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	30 Jahre / 2,4%	30 Jahre / 1,7%	30 Jahre / 1,7%
2.3 Qualität des Gasversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 70 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 1,4%. <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	29 Jahre / 1,6%	30 Jahre / 0,8%	30 Jahre / 1,0%
2.4 Qualität des Fernwärmeversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 50 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 2,0%. <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge	19 Jahre / 0,2%	21 Jahre / 0,5%	21 Jahre / 0,2%

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
3 Qualität			
3.1 Wasserqualität <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Einhaltung der massgeblichen Vorschriften, obwohl keine Wasseraufbereitung erfolgt. <i>Messung:</i> Anzahl gesetzeskonforme Proben in %	100	100	100
3.2 Reinigungsleistung ARA <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Einhaltung der massgeblichen Vorschriften <i>Messung:</i> Die Quartalskontrollen des AWEL werden bestanden	erfüllt	erfüllt	erfüllt
3.3 Gesicherte Geschäftsprozesse als Quelle der Qualität <i>Messung / Bewertung:</i> Die Geschäftsprozesse Stadtwerk Winterthur laufen qualitätsgesichert ab <i>Messgrösse:</i> Die vorgeschriebenen ISO 9001-Audits (Qualitätsnorm) werden erfolgreich bestanden	erfüllt	erfüllt	erfüllt
4 Aus- und Weiterbildung			
4.1 Lehrlingsausbildung <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Anzahl Lehrlinge im Betrieb <i>Messung:</i> Jährlicher Ausweis der beschäftigten Lehrlinge	11	12	12
5 Kundenorientierung			
5.1 Reklamationen <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Anzahl der (berechtigten) Reklamationen <i>Messung:</i> Jährlicher Ausweis der Anzahl Reklamationen.	51	100	100
5.2 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Medienkontakte und Medienberichte <i>Messgrösse:</i> Jährlicher Ausweis der Anzahl Medienkontakte (K) und positive Medienberichte (B)	1'291 K / 444 B	800 K / 400 B	800 K / 400 B
6 Nachhaltigkeit			
6.1 Massnahmen im Nachhaltigkeitsbereich <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Im Berichtsjahr durchgeführte Massnahmen im Nachhaltigkeitsbereich <i>Messung:</i> Jährliche Vorlage eines Nachhaltigkeitsberichts	erfüllt	erfüllt	erfüllt
6.2 Nachhaltige Geschäftsprozesse <i>Messung / Bewertung:</i> Die Geschäftsprozesse Stadtwerk Winterthur tragen den Nachhaltigkeitsgesichtspunkten Rechnung <i>Messgrösse:</i> Die jährlichen ISO 14001-Audits (Umweltnorm) werden erfolgreich bestanden	erfüllt	erfüllt	erfüllt
6.3 Ökostrom-Verkauf <i>Messung / Bewertung:</i> Ökostromverkauf pro Jahr in GWh <i>Messgrösse:</i> In GWh	5.65	8.00	11.00
6.4 Ökostrom-Anteil <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich Anteil des verkauften Ökostroms in Winterthur zur entsprechenden Kennzahl über den gesamtschweizerischen Verbrauch.			

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
<i>Messgrösse:</i> Ökostromanteil in % des gesamtschweizerischen Ökostromanteils (label naturemade star VUE) 6.5 Fernwärmeabsatz auf Stadtgebiet <i>Messung / Bewertung:</i> Steigerung des Fernwärmeabsatzes <i>Messgrösse:</i> Neu angeschlossene Leistung in kW/Jahr 6.6 Strom aus erneuerbaren Energien <i>Messung / Bewertung:</i> Strom aus erneuerbaren Energien im Vergleich zum Gesamtverbrauch <i>Messgrösse:</i> Anteil Strom aus erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch gemäss Stromkennzeichnung Bund 6.7 Energiemix der EC-Anlagen <i>Messung / Bewertung:</i> Bei Neuanlagen, welche zu Lasten des 40 Mio. Credits erstellt werden, sind in der Regel mind. 70% der produzierten Wärme und Kälte CO ₂ -frei oder CO ₂ -neutral erzeugt (also ohne Erdgas, Erdöl und Kohle). Jährliche Steigerungsrate 1%. <i>Messgrösse:</i> Verhältnis der CO ₂ -frei oder CO ₂ -neutral erzeugten Energiemenge Wärme und Kälte (MWh) zur Gesamtenergiemenge (MWh) in %.	80	105	120
	2'966	3'000	2'500
		25%	40%
			70

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Die Kommentare zu den Indikatoren sind aus dem separaten Budgetbericht Stadtwerk Winterthur zu entnehmen.

Nettokosten / Globalkredit der Betriebe	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	41'887'185	41'861'634	43'823'808
Sachkosten	139'943'140	151'635'241	160'691'118
Beiträge an Dritte	9'243'824	9'920'000	8'162'000
Spezialfinanzierungen (Einlage)	4'930'589	1'881'505	2'950'022
Residualkosten	1'984'663	1'984'663	2'217'215
(kalkulatorische) Abschreibungen und Zinsen	15'870'865	18'215'600	22'228'481
Mietkosten	388'997	236'862	212'900
Übrige interne Kosten	4'602'787	13'874'650	3'643'018
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>218'852'050</i>	<i>239'610'155</i>	<i>243'928'562</i>
Verrechnungen innerhalb PG	1'421'459	10'465'300	0
Total effektive Kosten	217'430'591	229'144'855	243'928'562
Externe Erlöse	177'366'921	192'996'301	200'970'169
Interne Erlöse	33'709'855	37'251'491	31'912'222
Beiträge von Dritten	3'669'842	3'072'612	3'803'730
Spezialfinanzierungen (Entnahme)	4'105'431	6'289'751	7'242'440
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>218'852'050</i>	<i>239'610'155</i>	<i>243'928'561</i>
Verrechnungen innerhalb PG	1'421'459	10'465'300	0
Total effektive Erlöse	217'430'591	229'144'855	243'928'561
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Ergebnisermittlung Betriebe	IST 2011	Soll 2012	Soll 2013
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
+ Einlage in Betriebsreserve	4'930'589	1'881'505	2'950'022
./. Entnahme aus Betriebsreserve	4'105'431	6'289'751	7'242'440
Ergebnis vor Reserveveränderung	-825'158	4'408'246	4'292'419

Stadtbus Winterthur

Auftrag

Stadtbus erbringt die vom ZVV bestellten Angebots- und Marktleistungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Marktgebiet Winterthur.

Produkte

1. Betrieb Stadtlinien

Fahrplanmässiger Betrieb der Linien 1 – 14 in Erfüllung des Transportauftrages ZVV

2. Betrieb Regional- und Nachtlinien

Fahrplanmässiger Betrieb der Regionallinien 610, 611, 658, 660, 662, 667, 674, 767 sowie der Nachtlinien N59, N61, N65, N66, N67 in Erfüllung des Transportauftrages ZVV

3. Marktbearbeitung für den ZVV im Raum Winterthur

Produktemarketing für das gesamte Marktgebiet Winterthur: Einführung und Vermarktung der ZVV-Leistungen, Angebotsplanung, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

4. Nebenleistungen

Vermietungen von Gebäuden und Parkplätzen, Werbung für Dritte, Extrafahrten

5. Unterhalt Infrastruktur

Betrieb und Unterhalt von Fahrleitungen und Haltestelleninfrastruktur (ZVV-Standard)

6. ZVV-Aufgaben

Im Auftrag des ZVV zu erbringende verbundweite Aufgaben: Verkauf von Fahrscheinen an Verkaufspunkten (Verkaufsstelle HB, Kioske, Fahrzeuge, Billettautomaten) und Leadhouse-Aufgaben

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesamt für Verkehr (BAV)

- Diverse Konzessionen für regelmässige gewerbsmässige Personenbeförderung
- Eisenbahngesetz vom 1.1.1996
- Bundesgesetz über die Personenbeförderung und die Zulassung als Strassentransportunternehmen vom 18.6.1993
- Bundesgesetz über die Trolleybusunternehmen vom 1.1.1996
- Bundesgesetz über die Arbeit in Unternehmen des öffentlichen Verkehrs (Arbeitszeitgesetz) vom 19.3.1993
- Verordnung über das Rechnungswesen der konzessionierten Transportunternehmen vom 15.3.1999
- Kanton / Zürcher Verkehrsverbund
- Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) vom 6.3.1988
- Zusammenarbeitsvertrag mit ZVV vom 3.10.89 und 24.3.99
- Transportvertrag 2012/13
- Zielvereinbarung 2012 (SRB-Nr. 2005-1235)
- Finanzierung gemäss § 25 PVG (SRB-Nr. 2005-2693)
- Verordnung über das Angebot im öffentlichen Personenverkehr vom 14.12.1988
- Verordnung über das Fahrplanverfahren im Verkehrsverbund vom 15.10.1997
- ZVV-Strategie 2012 - 2016
- Grundsätze über die Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr

Stufe Stadt (GGR / SR)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild
- Strategie
- Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Thomas Nideröst

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit Kostenvorgabe ZVV: Max. Abweichung Fahrleistungserbringung in % <i>Messgrösse:</i> ▪ CC-Rechnung „Fahrleistung“ (gemäss Zielvereinbarung vom 7. Juli 2005) Fahrleistungskosten für Stadt- und Regionallinien <i>Messgrösse:</i> ▪ Kosten der Fahrleistung pro Fahrplankilometer Verlustzeiten Stadtnetz <i>Messgrösse:</i> ▪ Volkswirtschaftlicher Schaden pro Jahr in Stunden ▪ Volkswirtschaftlicher Schaden pro Jahr in CHF Produktivität Fahrdienst <i>Messgrösse:</i> ▪ Krankheitsstunden pro MA ▪ Produktive Dienstplanstunden pro MA Kostendeckungsgrad sämtlicher Linien von Stadt und Region <i>Messgrösse:</i> ▪ Linienerfolgsrechnung ZVV / KDG in %	2.4 8.15 87 1'772 65.0	0.0 7.81 400'000 12'000'000 85 1'750 60.0	0.0 8.00 400'000 12'000'000 85 1'750 60.0
2 Marktleistung Anzahl Personenkilometer und Fahrgäste <i>Messgrösse:</i> ▪ Statistik Fahrgastzählung / Personenkilometer ▪ Statistik Fahrgastzählung / Fahrgäste Pünktlichkeitsgrad <i>Messgrösse:</i> ▪ nicht verspätete Personen (maximal 3 Minuten) in % Anzahl erschlossene Personen (in der Stadt Winterthur) gemäss §4 kantonale Angebotsverordnung <i>Messgrösse:</i> ▪ Einwohnerzahl minus Einwohner unerschlossen	62'390'000 26'350'000 90	60'000'000 26'200'000 91 98'995	62'500'000 27'000'000 92 100'000
3 Kundenorientierung Kundenzufriedenheit bei MVU (Marktverantwortliche Unternehmen) - Aufgaben <i>Messgrösse:</i> ▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Kundenzufriedenheit bei Fahrleistungsaufgaben <i>Messgrösse:</i> ▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Reklamationen <i>Messgrösse:</i> ▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	keine Messung keine Messung keine Messung	71 74 44	keine Messung keine Messung keine Messung
4 Öffentlichkeitsarbeit Kommunikation <i>Messgrösse:</i> ▪ Anzahl Medienmitteilungen ▪ Anzahl Medienanlässe Image <i>Messgrösse:</i> ▪ Anzahl positive / negative Medienberichte	13 7 3 : 1	18 3 3 : 1	18 3 2 : 1

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
5 Mitarbeitende			
Kundenfreundlichkeit des Fahrpersonals und Mitarbeiterzufriedenheit			
Messgrösse:			
▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	keine Messung	74	keine Messung
▪ Befragung zur MA-Zufriedenheit / % der zufriedenen bzw. sehr zufriedenen MA	keine Messung	74	keine Messung
Mitarbeiterzufriedenheit durch Erfolgsbeteiligung			
Messgrösse:			
▪ Realisierte Erfolgsbeteiligung in % des möglichen Maximums	24.00	50.00	50.00
Interne Kommunikation			
Messgrösse:			
▪ Anzahl Teilnehmende (freiwillig) pro Personalveranstaltung	204	220	220
Lehrlingsausbildung			
Messgrösse			
▪ Anzahl Lehrlinge, Praktikumsplätze und Anlehre (31.12)	5	4	6

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Keine Abweichungen zu Voranschlag 2012

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Keine Abweichungen zu Rechnung 2011

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	248.64	248.06	251.30
▪ Auszubildende	5.00	4.00	6.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze			

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Netzmanagement: Pensionierung Sachbearbeiter AFAZ, Doppelbesetzung während Einarbeitungsphase -0.33

Technik: Grössere Busflotte und Depotprojekt +2.1

Fahrdienst: Angebotsanpassungen +1.27

Angebotsplanung: +0.2

Die Kosten für die zusätzlichen Stellen sind zu 100% im Leistungsentgelt des ZVV enthalten.

Nettokosten / Globalkredit der Betriebe	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	29'258'838	29'638'156	29'511'601
Sachkosten	15'174'530	16'779'229	17'739'156
Beiträge an Dritte	0	0	0
Spezialfinanzierungen (Einlage)	926'759	0	0
Residualkosten	277'600	281'800	286'000
(kalkulatorische) Abschreibungen und Zinsen	700'268	1'614'305	1'782'033
Mietkosten	58'700	63'000	70'500
Übrige interne Kosten	139'163	141'100	119'669
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>46'535'859</i>	<i>48'517'590</i>	<i>49'508'959</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	46'535'859	48'517'590	49'508'959
Externe Erlöse	44'820'200	47'201'990	47'726'057
Interne Erlöse	1'546'968	1'196'150	1'584'538
Beiträge von Dritten	0	0	0
Spezialfinanzierungen (Entnahme)	168'691	119'450	198'363
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>46'535'859</i>	<i>48'517'590</i>	<i>49'508'958</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	46'535'859	48'517'590	49'508'958
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Ergebnisermittlung Betriebe	IST 2011	Soll 2012	Soll 2013
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
+ Einlage in Betriebsreserve	926'759	0	0
./. Entnahme aus Betriebsreserve	168'691	119'450	198'363
Ergebnis vor Reserveveränderung	-758'068	119'450	198'363

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Bahnhofsumbau Süd:
 - Baustellenfahrplan + Rückumstellung
 - Neue Verkaufsstelle
- Depoterweiterung / Verwaltungsneubau
- Depotsanierung
- Einführung neue Billettautomaten und Verkaufsgeräte
- Abschluss einer neuen Leistungsvereinbarung mit dem ZVV
- Abschluss Projekt S-POS

Produkt 1 Betrieb Stadtlinien

Leistungen

- Erbringung sämtlicher Fahrplanleistungen im Stadtgebiet gemäss Transportvertrag mit ZVV vom Februar 2005 (Linienführung und Kursangebot gemäss Beschluss Verkehrsrat für Verbundfahrplan 2010/2011)
- Das Leistungsangebot ist mit der vom ZVV bewilligten Anzahl Fahrzeuge (Betriebsmittelliste) zu erbringen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	34'529'607	35'285'520	34'656'271
Erlös	34'529'607	35'285'520	34'656'271
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Einhalten der maximalen %-Abweichung für CC-Fahrleistung "Stadt" gem. Zielvereinbarung 2012 mit ZVV	2.4	0.0	0.0
▪ Zeitguthaben Fahrpersonal Ende Jahr (in Stunden)	15'946	9'000	9'000
▪ Projekt Busbevorzugung (Massnahmen definiert)	erfüllt		
▪ Technische Verfügbarkeit Leitstelle für Kunden in %	98	98	98
▪ Sauberkeit Busse innen (Resultat MSQ)	keine Messung	75	keine Messung
▪ Sauberkeit Busse aussen (Resultat MSQ)	keine Messung	80	keine Messung

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Fahrplankilometer (Stadtnetz, Basis DIVA)	3'908'000	3'990'000	4'000'000
▪ Fahrplanstunden (Stadtnetz, Basis DIVA)	246'500	251'200	252'000

Produkt 2 Betrieb Regional- und Nachtlinien

Leistungen

- Erbringung sämtlicher Fahrplanleistungen im Regional- und Nachtnetz gem. Transportvertrag mit ZVV vom Februar 2005 (Linienführung und Kursangebot gemäss Beschluss Verkehrsrat für Verbundfahrplan 2011/2012)
- Das Leistungsangebot ist mit der vom ZVV bewilligten Anzahl Fahrzeuge (Betriebsmittelliste) zu erbringen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	5'770'447	6'831'960	7'921'433
Erlös	5'770'447	6'831'960	7'921'433
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Einhalten der maximalen %-Abweichung für CC-Fahrleistung "Regional" gemäss Zielvereinbarung 2012 mit ZVV ▪ siehe operative Ziele "Stadtlinien"	2.4	0.0	0.0

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Fahrplankilometer (Regional- und Nachtnetz, Basis DIVA) ▪ Fahrplanstunden (Regional- und Nachtnetz, Basis DIVA)	1'038'000 43'100	1'330'000 46'900	1'330'000 47'000

Produkt 3 Marktbearbeitung für den ZVV im Raum Winterthur

Leistungen

- Planen von Angebotserweiterungen und -veränderungen (Angebotsplanung)
- Bewerben des Linienangebotes im Marktgebiet (Produktemarketing)
- Durchführen von Marktbearbeitung und Promotion (Produktemarketing)
- Sicherstellen von aktuellen und vollständigen Fahrgastinformationen (Produktemarketing)
- Veranlassen einer aktiven Unternehmenskommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (PR-Massnahmen)

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'047'578	2'707'552	2'970'538
Erlös	2'047'578	2'707'552	2'970'538
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Neue Linienführung Linie 11 eingeführt ▪ Angebotsveränderungen frühzeitig kommunizieren ▪ Verbesserte Information bei Verspätungen/Leitstelle in Betrieb	Neu 2012 erfüllt erfüllt	Juli 2012 April 2012 Dezember	April 2013

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Auflage Taschenfahrpläne pro Jahr ▪ Auflage "Stadtbus AKTUELL" pro Jahr ▪ Auflage Geschäftsbericht pro Jahr	100'000 131'000 800	220'000 110'000 600	115'000 130'000 800

Umbau HB = einen zusätzlichen Fahrplan Sommer 2012

Produkt 4 Nebenleistungen

Leistungen

- Erzielen von Zusatzeinnahmen aus Geschäften die sich als "Nebenprodukt" der Hauptaufgabe von Stadtbus (Fahrleistungserbringung) ergeben. Hauptsächlich:
 - Werbeeinnahmen Fahrzeuge
 - Vermietung von Gebäuden
 - Reparaturreinnahmen aus Werkstattarbeiten
 - Extradfahrten und Bahnersatz

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'023'789	1'052'937	990'179
Erlös	1'023'789	1'052'937	990'179
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Durchschnittsgewinn pro Extradfahrt (in %)	20	20	20
▪ Vermietungen Depot Deutweg und Grüzefeld (keine Leerstände)	80%	70%	15%
▪ Einnahmen aus Fahrzeugwerbung	761'000	780'000	880'000
▪ Umsatzziel "Altstadt-Card"	1'155'000	1'350'000	1'370'000
▪ Anzahl Verkaufstransaktionen "Altstadt-Card"	12'650	14'100	14'100

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Anzahl verkaufte Trafficboard pro Jahr	22	28	31
▪ Anzahl verkaufte Heckwerbung pro Jahr	81	85	87
▪ Anzahl verkaufte Dachreklamen pro Jahr	68	92	97
▪ Anzahl Extradfahrten pro Jahr	104	110	110
▪ Anzahl verkaufte Teilbemalungen pro Jahr	3	5	5

Produkt 5 Unterhalt Infrastruktur

Leistungen

- Betrieb und Instandhaltung der Infrastrukturanlagen an der Fahrstrecke, insbesondere Fahrleitungen und Haltestellen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'163'396	878'256	990'179
Erlös	1'163'396	878'256	990'179
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Vandalenschäden: Zeitvorgabe für Wiederinstandstellung (nach Eingang Meldung) in Stunden	48	48	48
▪ Energieverbrauch Immobilien / Infrastruktur senken (Im Vergleich zum durchschnittlichen Verbrauch der letzten 5 Jahre) in %	0	0	0
▪ Neuausrüstung mit Haltestellenanzeigen	7	11	7

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Unterhalt Fahrleitungsnetzes (Kurslinien) (in km)	23.1	23.1	23.5
▪ Unterhalt Fahrleitungsnetzes (Dienstlinien) (in km)	2.9	2.9	3.2
▪ Unterhalt von Haltestellen im Stadtnetz (Anzahl)	276	278	278
▪ Unterhalt Haltestellenanzeigen (Anzahl)	14	21	21

Produkt 6 ZVV-Aufgaben

Leistungen

- Aufgaben, die Stadtbus gemäss separatem Auftrag für den Zürcher Verkehrsverbund ausführt. Hauptsächlich:
 - Verkauf von Fahrausweisen (Verkaufsstellen, Fahrzeuge, Billettautomaten und Dritte)
 - Instandhaltung, Unterhalt und Leerung der Billettautomaten
 - Geldabrechnung und Statistikwesen der Fahrausweisverkäufe (Inkasso, Ablieferung und Statistikdaten)
 - Umsetzung der Leistungsaufträge als Leadhouse im ZVV Gebiet

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'001'042	1'761'365	1'980'358
Erlös	2'001'042	1'761'365	1'980'358
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Umsetzung Mobilitätszentrale		Verlauf 2013	
▪ Einführung neue Billettautomaten		Verlauf 2013	
▪ Beheben von Vandalenschäden an Billettautomaten (in Stunden)	48	48	48
▪ Projekt S-POS / Testbetrieb Verkaufsgeräte in Fahrzeugen	2'012	erfüllt	

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Unterhalt Verkaufsgeräte (Anzahl)			
- Billettautomaten	198	198	198
- Entwerter (stationär)	47	49	49
- Fahrscheinausgabegeräte Fahrzeuge	32	34	34
- Fahrscheinausgabegeräte Verkaufsstellen	3	3	3
▪ Anzahl Drittverkaufsstellen (Kioske)	11	11	11
▪ Anzahl Fahrzeuge mit AFAZ ausgerüstet	17	17	17

IAFP Stadtbus Winterthur

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	46'535	48'517	49'508	52'302	49'375	48'575
Erlös	46'535	48'517	49'508	52'302	49'375	48'575
Nettokosten/Globalkredit	0	0	0	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	17'100'000	21'685'000	1'927'000	4'090'000	10'976'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit Kostenvorgabe ZVV: Max. Abweichung Fahrleistungserbringung in % Messgrösse: ▪ CC-Rechnung „Fahrleistung“ (gemäss Zielvereinbarung vom 7. Juli 2005) Fahrleistungskosten für Stadt- und Regionallinien Messgrösse: ▪ Kosten der Fahrleistung pro Fahrplankilometer Verlustzeiten Stadtnetz Messgrösse: ▪ Volkswirtschaftlicher Schaden pro Jahr in Stunden ▪ Volkswirtschaftlicher Schaden pro Jahr in CHF Produktivität Fahrdienst Messgrösse: ▪ Krankheitsstunden pro MA ▪ Produktive Dienstplanstunden pro MA Kostendeckungsgrad sämtlicher Linien von Stadt und Region Messgrösse: ▪ Linienerechnung ZVV / KDG in %	2.4 8.15 0 0 87 1'772 65.0	0.0 7.81 400'000 12'000'000 85 1'750 60.0	0.0 8.00 400'000 12'000'000 85 1'750 60.0	0.0 8.00 400'000 12'000'000 85 1'750 60.0	0.0 8.00 400'000 12'000'000 85 1'750 61.0	0.0 8.00 400'000 12'000'000 85 1'750 61.0
2 Marktleistung Anzahl Personenkilometer und Fahrgäste Messgrösse: ▪ Statistik Fahrgastzählung / Personenkilometer ▪ Statistik Fahrgastzählung / Fahrgäste Pünktlichkeitsgrad Messgrösse: ▪ nicht verspätete Personen (maximal 3 Minuten) in % Anzahl erschlossene Personen (in der Stadt Winterthur) gemäss §4 kantonale Angebotsverordnung Messgrösse: ▪ Einwohnerzahl minus Einwohner unerschlossen Kommunikation	62'390'000 26'350'000 90 0	60'000'000 26'200'000 91 98'995	62'500'000 27'000'000 92 100'000	63'000'000 28'000'000 92 99'000	64'000'000 28'500'000 93 101'000	65'000'000 29'000'000 94 103'000
3 Kundenorientierung Kundenzufriedenheit bei MVU (Marktverantwortliche Unternehmen) - Aufgaben Messgrösse: ▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Kundenzufriedenheit bei Fahrleistungsaufgaben Messgrösse: ▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Reklamationen Messgrösse: ▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	keine Messung keine Messung keine Messung	71 74 44	keine Messung keine Messung keine Messung	72 75 48	keine Messung keine Messung keine Messung	73 76 52

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
4 Öffentlichkeitsarbeit						
Kommunikation						
▪ Anzahl Medienmitteilungen	13	18	18	18	18	18
▪ Anzahl Medienanlässe	7	3	3	3	3	3
Image						
Messgrösse:						
▪ Anzahl positive / negative Medienberichte	3 : 1	3 : 1	2 : 1	3 : 1	3 : 1	3 : 1
5 Mitarbeitende						
Kundenfreundlichkeit des Fahrpersonals und Mitarbeiterzufriedenheit						
Messgrösse:						
▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	keine Messung	74	keine Messung	75	keine Messung	76
▪ Befragung zur MA-Zufriedenheit / % der zufriedenen bzw. sehr zufriedenen MA	keine Messung	74	keine Messung	75	keine Messung	keine Messung
Mitarbeiterzufriedenheit durch Erfolgsbeteiligung						
Messgrösse:						
▪ Realisierte Erfolgsbeteiligung in % des möglichen Maximums	24.0	50.0	50.0	50	50	50
Interne Kommunikation						
Messgrösse:						
▪ Anzahl Teilnehmende (freiwillig) pro Personalveranstaltung	204	220	220	230	230	230
Lehrlingsausbildung						
Messgrösse						
▪ Anzahl Lehrlinge, Praktikumsplätze und Anlehre (31.12)	5	4	6	6	6	6

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Neubau Depot und Verwaltung Grüzefeld
- Übergabe Depot Deutweg an Stadt
- Sanierung Depot Grüzefeld
- Linienverlängerung Linie 1 Zinzikon
- Projektierung Querung Grütze
- Fahrzeugbeschaffung GAB

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Erhöhung Einnahmen aus Fahrzeugwerbung
- Diverse Projekte Busbeschleunigung

FinöV Stadt

Auftrag

Finanzierung der Abteilungen der Stadt Winterthur im Bereich des öffentlichen Verkehrs gemäss gesetzlicher Grundlage, Gemeinderats- und Stadtratsbeschlüssen.

Produkte

1 Kostenunterdeckung Zürcher Verkehrsverbund

Finanzierung des jährlichen Gemeindebeitrages an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes gemäss ZVV-Abrechnung und Verkehrsratsbeschluss

2 Zusatzfinanzierung diverser Leistungen für ÖV

Finanzierung von Fahrplanleistungen, Angebotserweiterungen und Haltestelleninfrastruktur über das Verbundangebot hinaus

3 Leistungen an Stadtbus

Finanzierung von Aufwand bei Stadtbus welcher nicht durch das Leistungsentgelt des Zürcher Verkehrsverbundes gedeckt ist

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) vom 6.3.1988
- Verordnung über die Gemeindebeiträge an den Verkehrsverbund vom 14.12.1988

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Stadtratsbeschluss zur Angebotserweiterung Linie 12 (HB – Eschenberg) vom 04.03.2009, SR-Beschluss Nr. 09.283-1
- Stadtratsbeschlüsse 2000-315 und 2001-243 zu den Leistungen an Stadtbus
- Stadtratsbeschluss zur Angebotserweiterung Linie 3 und Linie 674 vom 16.06.2010, SR-Beschluss Nr. 10.673-1
- Gemeinderatsbeschluss zur Angebotserweiterung Linie 11 vom 29.08.2011

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Thomas Nideröst

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	16'266'268	17'023'479	16'550'916

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Die Zunahme des budgetierten Aufwandüberschusses gegenüber dem Voranschlag 2012 ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

Minderkosten bei:

- Rententeuerungsausgleich
- Verkehrsstudien
- Beitrag an die Kostenunterdeckung des ZVV

Mehrkosten bei:

- Wartehallenunterhalt
- §20-Leistungen (durch Winterthur bestellte Verkehrsleistungen)
- Residualkostenübernahme
- Lohnkostenübernahme aus Lohnerhöhungsdifferenz 2012 Stadt – ZVV
- Lohnkostenübernahme für Betriebsausflüge Fahrdienst von Stadtbuss
- Kapitalkosten für Wartehallen gem. Investitionsverlauf
- Prämienbelastung Versicherungsfond
- Nachführen der APG Infotafeln bei den Haltestellen

Mehrertrag bei:

- Einnahmen aus Werbung an Buswartehallen

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Die Zunahme des budgetierten Aufwandüberschusses 2013 gegenüber der Rechnung 2011 ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

Minderkosten bei:

- Rententeuerungsausgleich
- Beitrag an die Kostenunterdeckung des ZVV
- Lohnkostenübernahme für Betriebsausflüge Fahrdienst von Stadtbuss
- Nachführen der APG Infotafeln bei den Haltestellen

Mehrkosten bei:

- Wartehallenunterhalt
- Verkehrsstudien
- §20-Leistungen (durch Winterthur bestellte Verkehrsleistungen)
- Residualkostenübernahme
- Verkehrsumleitungen für Albanifest, Fasnacht, Musiktage etc.
- Lohnkostenübernahme aus Lohnerhöhungsdifferenz 2012 Stadt – ZVV
- Prämienbelastung Versicherungsfond
- Kapitalkosten für Wartehallen gem. Investitionsverlauf

Minderertrag bei:

- nicht planbare Ausgleichszahlung des Beitrags an die Kostenunterdeckung des ZVV aus Vorjahren (Rückerstattung)

Mehrertrag bei:

- Einnahmen aus Werbung an Buswartehallen
- Betriebsbeitrag Migros Rosenberg Linie 3 (ganzjähriger Betrieb)

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	247'701	293'412	154'600
Sachkosten	45'769	403'374	297'000
Beiträge an Dritte	15'355'314	15'819'911	15'102'722
Residualkosten	415'300	411'099	534'991
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'982	1'953	73'701
Mietkosten	0	0	0
Übrige interne Kosten	1'964'388	1'715'400	2'021'852
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>18'030'454</i>	<i>18'645'149</i>	<i>18'184'866</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	18'030'454	18'645'149	18'184'866
Externe Erlöse	786'194	365'000	380'000
Interne Erlöse	204'930	261'270	205'000
Beiträge von Dritten	773'062	995'400	1'048'950
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'764'186</i>	<i>1'621'670</i>	<i>1'633'950</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'764'186	1'621'670	1'633'950
Total Nettokosten / Globalkredit	16'266'268	17'023'479	16'550'916
Kostendeckungsgrad in %	10	9	9

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Umsetzung Projekt neue Buswartehallen
- Umbau Bahnhofplatz Süd

Produkt 1 Kostenunterdeckung Zürcher Verkehrsverbund

Leistungen

- Finanzielle Leistung gemäss Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) und der Verordnung über die Gemeindebeiträge an den Zürcher Verkehrsverbund

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	14'561'758	14'553'911	13'746'242
Erlös	411'149	0	0
Nettokosten	14'150'609	14'553'911	13'746'242
Kostendeckungsgrad in %	3	0	0

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Periodengerechte Abgrenzung der ZVV-Abrechnung aus Vorjahren	Dezember	Dezember	Dezember

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Anrechenbare, gewichtete Haltestellenabfahrten	19'596'000	19'262'000	19'596'000
▪ Kostenanteil an Kostenunterdeckung in % (Anteil Gemeindebeiträge)	7.4	7.4	7.4

Produkt 2 Zusatzfinanzierung diverser Leistungen für ÖV

Leistungen

- Gemeindееigene Finanzierung diverser zusätzlicher Leistungen (Angebotserweiterungen, Studien, Buswartehallen etc.) welche nicht durch den ZVV finanziert werden.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'685'170	2'471'327	2'554'133
Erlös	1'353'037	1'621'670	1'633'950
Nettokosten	332'133	849'657	920'183
Kostendeckungsgrad in %	80	66	64

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Linie 12: Einhaltung Kostenvorgabe Heidi Taxi (Mittwochnachmittag)	19'720	17'000	21'480
▪ Linie 3: Linienverlängerung und Kostenübernahme durch Migros	373'000	402'000	402'000
▪ Werbeeinnahmen (APG) aus Haltestellenwerbung in Fr.	375'045	365'000	400'000
▪ Gesamtreinigung wichtiger Haltestellen (> 600 Einsteiger/Tag) jährlich	2	2	2
▪ Reinigung Haltestellen bei ausserordentlicher Verunreinigung	3	3	3
- Wichtige Haltestellen (> 600 Einsteiger/Tag) Reaktionszeit in Std.			
▪ Leeren der Papierkörbe an Haltestellen mit hohen	1 bis 2 mal	1 bis 2 mal	1 bis 2 mal
Fahrgastfrequenzen und grossem Verschmutzungspotential	täglich	täglich	täglich
▪ Linie 674: Kostenübernahme durch Migros	472'000	472'000	472'000

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Linie 12: Fahrplankilometer Mittwochnachmittag pro Jahr	1'830	1'831	3'800
▪ Linie 674: Fahrplankilometer	74'800	102'600	103'000
▪ Linie 3: Fahrplankilometer (Linienverlängerung)	20'100	31'200	31'000

Produkt 3 Leistungen an Stadtbus

Leistungen

- Interne Vergütungen der Stadt für Leistungen oder Aufwendungen von Stadtbus, die nicht durch das Leistungsentgelt des Zürcher Verkehrsverbundes finanziert sind

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	1'783'526	1'619'911	1'884'491
Erlös	0	0	0
Nettokosten	1'783'526	1'619'911	1'884'491
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Keine neuen oder zusätzlichen Kosten für Stadtbus, die nicht durch Leistungsentgelt ZVV finanziert sind, ausgenommen neue §-20 Leistungen. Veränderung zu Vorjahr	32'332	0	0

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Betriebsausflüge Fahrdienst (Anzahl Stunden)	814	0	830
▪ Kompensationstage Weihnachten/Neujahr (Anzahl Stunden)	2'913	0	0
▪ Verkehrsdienst und Überwachung (Anzahl Anlässe)	3	3	3

IAFP FinöV Stadt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	18'030	18'645	18'184	18'402	18'428	19'159
Erlös	1'764	1'621	1'633	1'618	828	568
Nettokosten/Globalkredit	16'266	17'023	16'551	16'784	17'600	18'591
Kostendeckungsgrad in %	10	9	9	9	4	3

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	585'150	705'000	700'000	715'000	665'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit						
Angebotsverlängerung Linie 12 (Mittwochnachmittag)						
Messgrösse:						
▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	6'690	2'800	7'000			
Reinigungskosten Haltestellen (gemäss Leistungsvereinbarung TB)						
Messgrösse:						
▪ Kosten insgesamt	750'000	750'000	750'000	800'000	800'000	800'000
▪ Anzahl Haltestellen	251	251	253	253	253	255
Angebotsverlängerung Linie 674 (EKZ Rosenberg)						
Messgrösse:						
▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	189'000	100'000	270'000	300'000		
Angebotsverlängerung Linie 3 (Linienverlängerung)						
Messgrösse:						
▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	4.600 Mio.	4.400 Mio.	4.800 Mio.	4.900 Mio.		
Angebotsverlängerung Linie 11						
Messgrösse:						
▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	Start 2012	135'000	170'000	175'000	180'000	185'000
2 Kundennutzen und Nachhaltigkeit						
Messgrösse:						
▪ Fahrgastfrequenzsteigerung (Linie 12) in %	87	4	4			
Haltestelleninfrastruktur						
Messgrösse:						
▪ Anzahl neue Buswartehallen	2	9	11	11	11	11
▪ Kundenzufriedenheit: Sauberkeit an Haltestellen	keine Messung	70	keine Messung	72	keine Messung	74
▪ Kundenzufriedenheit: Haltestelleninfrastruktur (Witterungsschutz, Beleuchtung und Sitzbank)	keine Messung	72	keine Messung	73	keine Messung	75

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Umsetzung Projekt neue Buswartehallen
- Planung diverser Quartierbuslinien
- Planung weiterer Bahnausbau Winterthur

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Angebotsverlängerung Linie 12: Aufnahme ins ZVV-Angebot per Dezember 2013 geplant
- Angebotsverlängerung Linie 674 (EKZ Rosenberg) und Angebotsverlängerung Linie 3: Aufnahme ins ZVV-Angebot per Mai 2015 geplant

Forstbetrieb

Auftrag

Der Forstbetrieb Winterthur ist verantwortlich für Unterhalt, Pflege und Nutzung des Natur- und Erholungsraums Wald. Er betreibt den Wildpark Bruderhaus als Ausflugsziel und Umweltbildungsort. Die Bevölkerung findet beim Forstbetrieb kompetente Ansprechpartner für alle Belange von Wald, Wild und Natur. Der Forstbetrieb Winterthur nimmt die hoheitlichen Aufgaben des kommunalen Forstdienstes gemäss Waldgesetzgebung wahr.

Produkte

1. Verrechenbare Leistungen:

Verkauf von Holz und Holzprodukten, Erbringen von Dienstleistungen innerhalb der Stadtverwaltung und für Dritte gegen Verrechnung.

2. Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen:

Jungwaldpflege, Wildschadenverhütung und Biotophege, Betrieb Wildpark Bruderhaus, Bau, Betrieb und Unterhalt von Erholungs- und Sportanlagen, Strassen und Wegen, Führungen, Vorträge und Exkursionen, Planung und Ausführung von Naturschutzmassnahmen, Sicherheitsholzerei, Hochwasserschutz, Forstpolizei, Querschnittsaufgaben, Beförderung Privatwald, Betreuung Jagd und Fischerei.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über den Wald vom 4. Oktober 1991

Verordnung über den Wald vom 30. November 1992

Kantonales Waldgesetz vom 7. Juni 1998

Kantonale Waldverordnung vom 28. Oktober 1998

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild Forstbetrieb, Oktober 2000

Verantwortliche Leitung

Beat Kunz, Stadtforstmeister

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostendeckungsgrad aus der ordentlichen Holznutzung in % Kostendeckungsgrad aus verrechenbaren Dienstleistungen in %	118 110	>100 >110	>100 >110
2 Kundenorientierung Leistungen werden pünktlich und bedürfnisgerecht erbracht. <i>Messgrösse:</i> Anzahl begründete negative Reaktionen (Leserbriefe, Zuschriften, Anrufe)	0	<5	<5
3 Nachhaltigkeit Der Forstbetrieb Winterthur sorgt dafür, dass der Wald seine Leistungen zugunsten der Bevölkerung nachhaltig erbringt. <i>Messgrösse:</i> FSC-Audit	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden
4 Naturschutz <i>Messgrössen:</i> Flächenanteil Naturvorrangflächen in % Laufmeter Waldrandpflege, Aren Pflege Lichter Wald, Aren Eichen- und Eibenförderungsmaßnahmen. Anzahl grössere öffentliche Aktionen Anzahl Stunden für Umweltbildung	11 2'510 7 660.00	11 1'000 3 >500	11 1'000 3 >500
5 Objektschutz und Sicherheit Vermeiden von Hochwasserschäden an Siedlungen und Verkehrswegen durch naturnahen Hang- und Gewässerverbau und -Unterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Fälle Vermeiden von Werkeigentümerhaftungsfällen durch sachgemässe Waldpflege und Werkunterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Haftungsfälle Bedürfnisgerechter Unterhalt des Waldwegnetzes auf den Unterhaltsstandards hoch 66 Kilometer reduziert 91 Kilometer stark reduziert 17 Kilometer <i>Messgrösse:</i> Anzahl auf Unterhaltsmängel zurückzuführende Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle
6 Lehrbetrieb Ausbildung von Forstwartlernenden <i>Messgrösse:</i> Anzahl Lehrstellen	5	5	5

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	2'397'859	2'505'684	2'788'285

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

- Kosten
 Personalkosten:
 Neu 27.00 Stelleneinheiten und 5 Lehrstellen.
 Dazu Beschäftigung von Forstingenieur- und Försterpraktikantinnen und -Praktikanten.
 Sachkosten:
 Höhere Treibstoffpreise.
 Mehrproduktion Energieholz, Mehrkosten für Auftrag an Unternehmer zum Hacken und Transport von Holzschnitzeln.
 Sicherheit und Schutz von Drittpersonen im Privatwald:
 Ausführung von sicherheitsrelevanten, schwierigen Holzschlägen durch den Forstbetrieb und Spezialunternehmer.
 Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen auf Investitionen gemäss Investitionsprogramm 2012.
- Erlöse
 Holznachfrage und Holzpreise sind infolge der Eurokrise eingebrochen.
 Diese sind auf dem Preisniveau Winter 2011-12 budgetiert.
 Nadelstammholz Fr. 98.00 je m3, Laubstammholz Fr. 85.00 je m3.
 Mehrabsatz und Mehrerlös Energieholz dank neuer Heizzentrale Wyden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

- Kosten
 Personalkosten:
 Lohnstufenanstieg, Beschäftigung von Forstingenieur- und Försterpraktikantinnen und -Praktikanten.
 Vakanzen in der Rechnung 2011 infolge tieferer Holznutzung.
 Sachkosten:
 Höhere Treibstoffpreise, Mehrproduktion Energieholz.
 Ausbau Sicherheitsholzei im Privatwald.
 Höhere Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen auf Investitionen.
- Erlöse
 Der Hiebsatz (Nachhaltig nutzbare Holzmenge) zur Kompensation der Schäden von Orkan Lothar und als Anpassung an die Waldbaulichen Ziele gesenkt.
 Zudem sind die Holzpreise infolge der Eurokrise eingebrochen. Dadurch weniger Holzertrag.
 Real zu erwartende Erträge aus der ordentlichen Holznutzung und für Dienstleistungen.
 Staatsbeiträge für die geplanten beitragsberechtigten Leistungen in der Waldpflege.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	3'462'159	3'560'847	3'674'606
Sachkosten	1'711'670	1'980'219	1'956'613
Beiträge an Dritte	7'783	8'000	8'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	252'604	374'618	462'671
Mietkosten	33'170	30'500	39'272
Übrige interne Kosten	214'378	206'000	206'623
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'681'764</i>	<i>6'160'184</i>	<i>6'347'785</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'681'764	6'160'184	6'347'785
Externe Erlöse	1'881'636	2'421'500	2'185'500
Interne Erlöse	1'135'933	1'056'000	1'182'000
Beiträge von Dritten	266'335	177'000	192'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'283'905</i>	<i>3'654'500</i>	<i>3'559'500</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'283'905	3'654'500	3'559'500
Total Nettokosten / Globalkredit	2'397'859	2'505'684	2'788'285
Kostendeckungsgrad in %	58	59	56

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	26.49	26.50	27.00
▪ Auszubildende	5.00	5.00	5.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze			

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Mit der Entdeckung des Asiatischen Laubholzbockkäfers in Winterthur, ist in den nächsten Jahren eine verstärkte Überwachung der Baum- und Waldbestände nötig. Damit wird eine Verhinderung einer noch grösseren Verbreitung des Käfers angestrebt. Bund und Kanton schreiben dieses erhöhte Monitoring per Verfügung vor.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- An die Holzmarktlage angepasste, vermutlich reduzierte Nutzung, Versorgung der langjährigen Kundschaft mit Rohstoff.
- Beratung und Betreuung der Privatwaldeigentümerschaft, Verbesserung von Arbeitssicherheit und Sicherheit von Drittpersonen.
- Fertigstellung des Projektes Wildpferd-Mufflonanlage im Wildpark Bruderhaus.
- Projektierung Wisent-Vietnamsikaanlage im Wildpark Bruderhaus.
- Ausbau Betriebsgebäude Wildpark Bruderhaus in Zusammenarbeit mit Umbauten im Restaurant.
- Projektierung Winforst, Zusammenlegung Betriebsstützpunkte:
Zusammenlegung der gesamten Infratrakt des Forstbetriebs und teilweise des Wildparks sowie Betriebsleitung und Administration.
- Vernetzungsprojekte Wolfensberg, Lindberg und Eschenberg fertiggestellt.
- Aufwertungsprojekt Wolfensberg-Südhang.
- Revitalisierung Steglibach am Eschenberg.
- Sanierung Eschenbergturm im Hinblick auf Stadtjubiläum 2014.
- Umsetzung Projekt Reitplatz.
- Erneuerung Internetauftritt des Forstbetriebes.

Produkt 1 Verrechenbare Leistungen

Leistungen

- Produktion und Verkauf von Stammholz, Industrieholz, Brennholz, Holzschnitzeln, Kleinmaterial (Weihnachtsbäume, Dekorationsmaterial, Tische, Bänke, Pfähle, Scheitstöcke)
- Spezialholzerei in Gärten und Parkanlagen, Tiefbau, Ingenieurbiologie und Grünverbau, Planungen und Konzepte

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'247'817	2'694'361	2'699'245
Erlös	2'396'505	2'857'189	2'790'043
Nettokosten	-148'689	-162'828	-90'798
Kostendeckungsgrad in %	107	106	103

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kostendeckungsgrad Holz ab Wald in %	117.9	108.0	104.0
Keine Unfälle bei der Holzerei mit gravierenden Personenschäden	0	0	0
Umsatz Dienstleistungen für Private in CHF	178'000	162'000	180'000
Umsatz Dienstleistungen Stadtverwaltung in CHF	463'000	490'000	526'000
Kostendeckungsgrad Dienstleistungen in %	110.3	110.0	110.0
Brennstofflogistik Schnitzelheizungen jederzeit sichergestellt	Keine	Keine	Keine
Messgrösse: Betriebsunterbrüche	Betriebsunterbrüche	Betriebsunterbrüche	Betriebsunterbrüche

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Hiebsatz Stadtwald in m3	21'600	16'000	16'000
Produktion Nadelholz in m3	3'500	6'400	6'400
Produktion Laubholz in m3	1'600	2'200	1'600
Produktion Brennholz und Holzschnitzel in m3	8'700	7'400*	8'000*

* plus aus Zukauf von Schnitzelholz aus Privatwäldern in Stadt und Region Winterthur:

Soll 2012: 2'100 m3

Soll 2013: 1'300 m3

Produkt 2 Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen

Leistungen

- Jungwaldpflege
- Wildschadenverhütung, Biotophege, Wild und Jagd
- Wildpark Bruderhaus
- Planung, Bau und Unterhalt Sport- und Erholungsanlagen im Wald
- Unterhalt von Waldstrassen und Wegen
- Umweltbildung, Exkursionen, Führungen, Vorträge
- Bau, Unterhalt und Pflege von Naturschutzflächen im Wald
- Sicherheitsholzerei entlang von Strassen, Siedlungen, Infrastrukturanlagen
- Bachunterhalt und -Verbau, Rutschungs- und Hangverbau
- Forstpolizei, Bewilligungswesen
- Forstliche Planung
- Querschnittsaufgaben in der Stadtverwaltung (Umwelt, Naturschutz, Energie)
- Beförderung des Privatwaldes auf Stadtgebiet
- Betreuung Jagd und Fischerei

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	3'433'045	3'465'823	3'648'540
Erlös	887'400	797'311	769'457
Nettokosten	2'545'646	2'668'512	2'879'083
Kostendeckungsgrad in %	26	23	21

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Jungwaldpflege: Gemäss Pflegeplänen	erledigt	erledigt	erledigt
Wildpark Bruderhaus: Wisent-Vietnam-Sikaanlage		erledigt Start	Projekt bereit
Naturschutz: Holzschläge für lichten Wald:	3 Holzschläge	3 Holzschläge	3 Holzschläge
Naturschutz: Neophyten in Wald-Naturschutzgebieten eingedämmt	erledigt	erledigt	erledigt
Beförderung Privatwald in ha	462	462	462
Betriebsplanrevision Kümberg		Start	erledigt

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Jungwaldpflege in Hektaren	68	45	45
Laufender Unterhalt Wegnetz in km	170	170	170
Periodischer Unterhalt Wegnetz (Bekiesung) in km	2	3	3
Sicherheitsholzerei (Anzahl Holzschläge)	11	4	4
Kontrolle und Unterhalt von Bächen und Entwässerungsgräben im Wald in km	60	60	60
Biotopunterhalt, Anzahl gepflegter Biotope	12	12	12

IAFP Forstbetrieb

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	5'681	6'160	6'347	6'328	6'328	6'328
Erlös	3'283	3'654	3'559	3'570	3'570	3'570
Nettokosten/Globalkredit	2'398	2'506	2'788	2'758	2'758	2'758
Kostendeckungsgrad in %	58	59	56	56	56	56

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	3'080'000	2'300'000	3'050'000	2'690'000	2'200'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kostendeckungsgrad aus der ordentlichen Holznutzung in %	118	>100	>100	>100	>100	>100
Kostendeckungsgrad aus verrechenbaren Dienstleistungen in %	110	>110	>110	>110	>110	>110
2 Kundenorientierung						
Leistungen werden pünktlich und bedürfnisgerecht erbracht. <i>Messgrösse:</i> Anzahl begründete negative Reaktionen (Leserbriefe, Zuschriften, Anrufe)	0	<5	<5	<5	<5	<5
3 Nachhaltigkeit						
Der Forstbetrieb Winterthur sorgt dafür, dass der Wald seine Leistungen zugunsten der Bevölkerung nachhaltig erbringt. <i>Messgrösse:</i> FSC-Audit	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden
4 Naturschutz						
<i>Messgrössen:</i> Flächenanteil Naturvorrangflächen in %	11	11	11	11	11	11
Laufmeter Waldrandpflege, Aren Pflege Lichter Wald, Aren Eichen- und Eibenförderungsmassnahmen.	2'510	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000
Anzahl grössere öffentliche Aktionen	7	3	3	3	3	3
Anzahl Stunden für Umweltbildung	660.0	>500	>500	>500	>500	>500
5 Objektschutz und Sicherheit						
Vermeiden von Hochwasserschäden an Siedlungen und Verkehrswegen durch naturnahen Hang- und Gewässerverbau und -Unterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle
Vermeiden von Werkeigentümerhaftungsfällen durch sachgemässe Waldpflege und Werkunterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Bedürfnisgerechter Unterhalt des Waldwegnetzes auf den Unterhaltsstandards hoch 66 Kilometer reduziert 91 Kilometer stark reduziert 17 Kilometer Messgrösse: Anzahl auf Unterhaltsmängel zurückzuführende Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle
6 Lehrbetrieb Ausbildung von Forstwartlernenden Messgrösse: Anzahl Lehrstellen	5	5	5	5	5	5

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Wildpark Bruderhaus: Entwicklungskonzept 2020 zur Hälfte umgesetzt.
- Wildpark Bruderhaus:
Betriebsgebäude ausgebaut, entspricht den Vorschriften und Anforderungen für zeitgemässe Arbeitsplätze.
- Aufwertung Reitplatz gemäss Ergebnissen der Studie 2006 umgesetzt.
- Der gesamte Forstbetrieb inklusive Betriebsleitung an einem Standort zusammengeführt im Rahmen des Projekts WinForst.
- Eschenbergturm saniert.
- Verkehrskonzept Eschenberg-Bruderhaus umgesetzt.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Stadtgärtnerei

Auftrag

Die Stadtgärtnerei Winterthur stellt eine nachhaltige Entwicklung und Nutzung der städtischen Grünräume sicher. Dies beinhaltet Projektierungs- und Pflegemassnahmen, Nutzungsaufsicht und Grünberatung. Sie gewährleistet pietätvolle Bestattungen und qualitativ hochstehende Grab- und Friedhofpflege.

Produkte

1 Leistungen mit vollem Ertrag

Objektplanung für Investitionsrechnung; Baumanagement Aussenanlagen; Grünpflege Schulanlagen; Grünpflege Sportanlagen; Grünpflege Liegenschaften Stadtverwaltung; Pflanzenproduktion für Verkauf; Produktion Floristik; Innenbegrünung städtische Liegenschaften; Bestattung auswärts Wohnende; Grabpflege; Bestattungszusatzleistungen.

2 Leistungen mit Teilertrag

Naturschutzplanung und -controlling; Pflege überkommunes Verkehrsgrün; Diverse Dienstleistungen.

3 Leistungen ohne Ertrag

Grünraum- und Entwicklungskonzepte; Objektplanung für laufende Rechnung; Baubewilligungsverfahren; Bewirtschaften GIS-Daten; Pflege öffentliche Grünanlagen inkl. integrierte Einrichtungen; Pflege Naturschutzobjekte; Pflege kommunales Verkehrsgrün; Pflanzenproduktion für Grünanlagen; Pflege Friedhofanlagen; Bestattung Einwohner/innen Winterthurs.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Werkeigentümerhaftung (§ 58 OR)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz
- Eidg. Stoffverordnung
- Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich
- Strassengesetz des Kantons Zürich
- Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich
- Kantonale Bestattungsverordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über das Bestattungs- und Friedhofswesen
- Grabmalverordnung
- Gebührentarif für die Friedhöfe
- Geschäftsreglement der Naturschutzkommission
- Naturschutzkonzept
- Alleenkonzept

Stufe Verwaltungseinheit

- Entwicklungskonzepte für Grünanlagen und Friedhöfe
- Jahreszielsetzungen

Verantwortliche Leitung

Christian Wieland

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung 1.1 Marktgerechte Verrechnungsansätze bei voller Kostendeckung <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der 10 umsatzstärksten Verrechnungsansätze mit Branchenansätzen <i>Messgrösse:</i> - Ansätze StG in % der Branchenansätze im proportionalen Durchschnitt 1.2 Pflegekosten Grünanlagen <i>Messung / Bewertung:</i> Durchschnittliche Pflegekosten aller Anlagen einer Klasse pro m2 und Jahr in CHF <i>Messgrössen:</i> - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 1, Sportanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 2, Schulanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 3, Kindergärten - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 4, Öffentliche Grünanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 5, Verkehrsgrün - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 6, Naturschutzobjekte	87.60	<100	<100
2 Kundenorientierung 2.1 Hoher Grad an Kundenzufriedenheit <i>Messung / Bewertung:</i> Periodisch durchgeführte Umfrage. <i>Messgrösse:</i> - Prozentsatz der Bewertungen Stadtgärtnerei 'gut' oder 'sehr gut' 2.2 Steigerung Kundennutzen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der Ressourcen der laufenden Rechnung, die einen erhöhten Kundennutzen darstellen <i>Messgrösse:</i> - Prozentsatz der gesamthaft eingesetzten Ressourcen (laufende Rechnung)	81	*keine Erhebung	75
3 Sicherheit 3.1 Die Sicherheit von Bäumen und Anlagen (bspw. Kinderspielplätzen) wird gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführung der festgelegten periodischen Kontrollen (Bäume zweijährlich, Spielgeräte halbjährlich) und Massnahmen gemäss Checklisten <i>Messgrössen:</i> a) Prozentsatz der durchgeführten von den festgelegten Kontrollen b) Anzahl der berechtigten Ansprüche aus Werkeigentümerhaftung (ohne Bagatellfälle) 3.2 Die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz hat einen hohen Stand <i>Messung / Bewertung:</i> Umsetzung der Vorschriften, Kontrollen und Massnahmen gemäss Handbuch für den Sicherheitsbeauftragten (Arbeitssicherheit Schweiz) <i>Messgrösse:</i> - Anzahl der vermeidbaren Unfälle mit mittel- bis langfristigen Folgen	99.1 0.0	100.0 0.0	100.0 0.0

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
4 Nachhaltigkeit/Oekologie 4.1 Wiederverwendung von Grünabraum <i>Messung/Bewertung:</i> Menge des jährlichen Abraums (Schnittgut, Laub, Holz) und des wieder eingebrachten Materials (Kompost, Schnitzel) in Anlagen, Friedhöfen und Produktion. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz des wieder eingebrachten vom anfallenden Grünabraum.	37.0	30.0	30.0
4.2 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführen von Aktionen in den Bereichen Naturschutz, Umweltbildung, Gartendenkmalpflege u. dgl. <i>Messgrösse:</i> Aktionen pro Jahr	11	8	8
4.3 Naturnah gepflegte Flächen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der naturnah/extensiv gepflegten Flächen an allen Pflegeflächen in % <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der naturnah/extensiv gepflegten Flächen	23.9	22.0	24.0
4.4 Projekte im Naturschutzbereich <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl der im Budgetjahr bearbeiteten Naturschutzprojekte <i>Messgrösse:</i> Projekte im Jahr	4	4	5
4.5 Einsatz chemischer Hilfsstoffe <i>Messung / Bewertung:</i> Beschränkung des Einsatzes chemischer Hilfsstoffe auf die "Positivliste" der VSSG <i>Messgrösse:</i> Maximaler Prozentsatz der verwendeten chemischen Hilfsstoffe, die in der "Positivliste" nicht aufgeführt sind	15.1	10.0	10.0

2.1 Kundenzufriedenheit: ab 2012 ist eine zweijährliche Umfrage vorgesehen.

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	12'019'979	11'717'357	12'603'773

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

- Das Total der effektiven Kosten muss um CHF 624'000 höher budgetiert werden. Für die Grünanlagen muss eine zusätzliche Stelle für die Pflege neuer Anlagen geschaffen werden. Höhere Sachkosten müssen insbesondere für Dienstleistungen Dritter (Wochenendreinigung und Durchsetzen der Ordnung in den Parkanlagen) budgetiert werden. Im Naturschutzbereich wird ein Monitoring eingeführt. Die internen Mietkosten steigen erheblich.
Die Mehrausgaben im Novemberbrief betreffen die Biosicherheit, insbesondere die Bekämpfungsmassnahmen gegen den Laubholzbockkäfer. Der Befall im Gebiet Neuhegi ist schweizweit der grösste. Bund und Kanton haben umfangreiche Überwachungs- und Bekämpfungsmassnahmen angeordnet. Insbesondere müssen in der rund 1 km² grossen Fokuszone sämtliche Laubbäume im öffentlichen und privaten Grün minutiös kontrolliert, bei Verdacht auf Befall gerodet und entsorgt werden. Innerhalb einer 4 km² grossen "Pufferzone" sind Stichproben zu machen. Diese Arbeiten sind dreimal jährlich über 4 Jahre hinweg lückenlos durchzuführen.
- Das Total der effektiven Erlöse ist um CHF 262'000 tiefer budgetiert. Der Erlös 2012 wurde voraussichtlich zu hoch budgetiert. Leicht rückläufige Erträge sind bei den Bestattungsdienstleistungen zu erwarten.
- Die Nettokosten respektive der Globalkredit steigen gegenüber dem Voranschlag 2012 um CHF 886'000. Der Kostendeckungsgrad liegt bei 38 %.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

- Das Total der effektiven Kosten steigt um CHF 453'000. Mehraufwand bei den Personalkosten infolge Lohnmassnahmen 2012 sowie Stellenaufstockung. Beim Wareneinkauf, bei den Dienstleistungen Dritter und bei den Entsorgungskosten ist eine Teuerung und zunehmender Umsatz budgetiert.
Restliche Mehrausgaben siehe Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013.
- Das Total der effektiven Erlöse muss um CHF 131'000 tiefer budgetiert werden. Der Staatsbeitrag zu den Unterhaltskosten Gemeindestrassen (CHF 113'000) wird neu mit dem Finanzausgleich abgegolten und entfällt deshalb im Budget der Stadtgärtnerei. Leicht rückläufige Erträge sind bei den Bestattungsdienstleistungen zu erwarten.
- Die Nettokosten respektive der Globalkredit steigen gegenüber der Rechnung 2011 um CHF 584'000.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	10'629'811	10'658'142	10'848'802
Sachkosten	6'559'931	6'164'076	6'572'235
Beiträge an Dritte	22'569	25'000	25'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	2'219'448	2'451'929	2'443'918
Mietkosten	98'241	99'450	125'762
Übrige interne Kosten	408'562	368'660	375'582
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>19'938'560</i>	<i>19'767'257</i>	<i>20'391'298</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	19'938'560	19'767'257	20'391'298
Externe Erlöse	4'535'810	4'841'100	4'449'200
Interne Erlöse	3'196'372	3'101'800	3'222'425
Beiträge von Dritten	186'399	107'000	115'900
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'918'581</i>	<i>8'049'900</i>	<i>7'787'525</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	7'918'581	8'049'900	7'787'525
Total Nettokosten / Globalkredit	12'019'979	11'717'357	12'603'773
Kostendeckungsgrad in %	40	41	38

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	91.72	91.38	95.38
▪ Auszubildende	13.40	13.00	13.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Steuerfinanziert: Neuer Mitarbeitender Grünanlagen für intensivere Pflege der zusätzlichen Anlagen. Für strategische Aufgaben im Naturschutz sowie der Planung und Umsetzung im Bereich Bio-Sicherheit werden mehr personelle Ressourcen benötigt. Zwei zusätzliche Baumpfleger werden benötigt, um infolge des ALB-Befalls die erforderlichen Kontroll- und Fällarbeiten durchzuführen, aber auch Einsätze Dritter zu koordinieren. Der Bund sieht vor, die Quarantänezone erst wieder aufzuheben, wenn während vier Jahren keine Larven- oder Käferfunde mehr zu verzeichnen waren. Die Stellen werden deswegen bis Ende 2016 befristet geschaffen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Eulachpark Umsetzung Projektwettbewerb: Fertigstellung 3. Etappe
- Stadtgarten: Umsetzung Sanierungsmassnahmen (verschoben)
- Anlage Freie-/Kernstrasse: Umgestaltung
- Grünflächenmanagement Planung abgeschlossen; Umsetzung
- Friedhof Rosenberg: Zugang Aufbahnhalle, Renovation alte Kapelle
- Friedhof Rosenberg: Neubau Werkhof
- Friedhof Rosenberg: Gemeinschaftsgrab Kinder
- Friedhof Seen: Erweiterung Nischenanlage
- Friedhof Wülflingen: Sanierung Leitungsnetz
- Büel Personal- und Werkstattgebäude: Wärmedämmung
- Büel: Sanierung Abwasserkanal

Produkt 1 Leistungen mit vollem Ertrag**Leistungen**

- Objektplanung für Aussenanlagen welche über die Investitionsrechnung finanziert werden
- Baumanagement für Aussenanlagen, wie Kostenvoranschläge, Submission, Bauleitung
- Grünpflege für die Umgebung von Schulhäusern, Kindergärten und Horten
- Grünpflege für Sportanlagen, wie Rasen-, Gehölz- und Baumpflege
- Grünpflege für Liegenschaften der Stadtverwaltung
- Pflanzenproduktion für Verkauf im Friedhof und an Dritte
- Produktion Floristik, wie Dekorationen, Büroschmuck, Grabschmuck, Trauerbinderei
- Innenbegrünung für städtische Liegenschaften
- Bestattung auswärts Wohnende, Kremation i.A. von Gemeinden, Beisetzungen auf städtischen Friedhöfen
- Grabpflege für Private als Jahres- oder Dauerauftrag
- Bestattungszusatzleistungen, wie Grabplatzvermietung, Nischenbeschriftungen u.dgl.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	7'353'336	7'263'437	7'193'771
Erlös	7'037'160	7'262'454	7'114'205
Nettokosten	316'176	983	79'566
Kostendeckungsgrad in %	96	100	99

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kostendeckungsgrad für alle Leistungen des Produkts 1 in %	97.5	100.0	98.0
Kostendeckungsgrad für Bestattung auswärts Wohnende in %	103.6	100.0	100.0
Verrechnungsansätze für Planungsleistungen in % der KBOB-Ansätze	82	<100	90
Auslastung der Kulturflächen in den Gewächshäusern in %	69.00	65.00	65.00

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Planungsleistungen in Std.	2'115	2'100	2'100
Pflegeflächen Sportanlagen in m2	189'675	189'700	197'000

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Pflegeflächen Schulanlagen in m2	472'988	480'000	490'000
Pflegeflächen Kindergärten in m2	105'856	105'000	105'000
Anzahl für Verkauf produzierte Topf- und Gruppenpflanzen	191'400	198'500	198'500
Anzahl Kremationen auswärts Wohnende	1'626	1'700	1'650
Anzahl gepflegte Erdgräber (Sarg-, Urnen-, Privatgräber) FH Rosenberg	5'042	5'050	5'000
Anzahl gepflegte Erdgräber (Sarg- und Urnengräber) Vorortsfriedhöfe	2'353	2'310	2'300
Anzahl neu erstellte Privat- und Baumgräber	32	40	30

Produkt 2 Leistungen mit Teilertrag

Leistungen

- Naturschutzplanung und -controlling, wie Naturschutzprojekte und Umsetzung, Beitragswesen, Kontrollen
- Pflege überkommunales Verkehrsgrün, wie Alleen, Hecken und Rabatten an "überkommunalen" Strassen
- Diverse Dienstleistungen, wie Rückerstattungen, Vermietungen, Verwaltungsleistungen

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	2'268'328	2'199'481	2'394'728
Erlös	872'175	787'446	673'320
Nettokosten	1'396'153	1'412'035	1'721'408
Kostendeckungsgrad in %	38	36	28

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anteil erstellter Pflegepläne aller Naturschutzflächen auf Stadtgebiet in %	67.3	75.0	80.0
Anzahl der zusätzlich gepflanzten Alleebäume an überkommunalen Strassen (ohne Ersatzpflanzungen)	20	30	30
Anzahl Arbeitsplätze für Integration	12	12	13

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Planungsleistungen für Naturschutz in Std.	1'012	1'000	1'100
Beaufsichtigte Naturschutzgebiete überkommunal, m2	239'000	239'000	239'000
Beaufsichtigte Naturschutzgebiete kommunal, m2	190'900	190'900	190'900
Wertvolle Naturschutzobjekte (noch nicht inventarisiert), m2	28'000	25'000	30'000
Anzahl Strassenbäume, überkommunal	2'572	2'620	2'630

Produkt 3 Leistungen ohne Ertrag

Leistungen

- Grünraum- und Entwicklungskonzepte für Park- und Friedhofanlagen, Kinderspielanlagen und Verkehrsgrün
- Objektplanung für die laufende Rechnung, wie Umgestaltungen, Neubelegungen und Pflegepläne
- Baubewilligungsverfahren für Umgebungsgestaltung im Auftrag des Baupolizeiamtes (bis Rechnung 2007 im Produkt 1)
- Bewirtschaften von GIS-Daten, Baum- und Grünflächenkataster
- Pflege öffentlicher Grünanlagen, wie Parkanlagen, Kinderspielplätze und Kleinanlagen, inkl. Einrichtungen bspw. Voliere
- Pflege der stadt eigenen Naturschutzobjekte (exkl. Wald)
- Pflege kommunales Verkehrsgrün, wie Strassenbäume, Hecken, Rabatten an Strassen
- Pflanzenproduktion für Grünanlagen für Rabatten und Blumenschalen
- Pflege Friedhofanlagen; Rasen, Beläge, Rabatten, Gehölze, Bäume, Einrichtungen
- Bestattung Einwohner/innen Winterthurs; Sarg, Einsargen, Transport, Aufbahrung, Kremation, Beisetzung

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	10'313'096	10'304'339	10'802'799
Erlös	0	0	0
Nettokosten	10'313'096	10'304'339	10'802'799
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl der erstellten Entwicklungskonzepte	3	3	2
Anteil der extensiv/naturnah gepflegten Flächen in öffentlichen Grünanlagen in %	26	28	28
Pflegepläne für öffentliche Grünanlagen, anteilmässig erstellt in %	91	100	100
Anzahl der zusätzlich gepflanzten Alleebläume an kommunalen Strassen (ohne Ersatzpflanzungen)	23	20	15
Durchschnittliche Kosten einer Bestattung in CHF	2'506	2'450	2'600

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Planungsleistungen in Std.	3'174	3'000	3'300
Pflegeflächen öffentliche Grünanlagen, m2	457'987	455'000	458'000
Naturschutzflächen durch StG gepflegt, m2	334'416	280'000	330'000
Anzahl Strassenbäume, kommunal	1'698	1'720	1'735
Anzahl für Grünanlagen produzierte Topf- und Gruppenpflanzen	33'000	34'000	35'000
Pflegeflächen Friedhofanlagen, m2	208'093	208'000	208'000
Anzahl Bestattungen Einwohner/innen Winterthurs	889	930	900

IAFP Stadtgärtnerei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	19'938	19'767	20'391	20'770	21'023	21'264
Erlös	7'918	8'049	7'787	7'868	7'904	7'937
Nettokosten/Globalkredit	12'020	11'717	12'604	12'901	13'118	13'326
Kostendeckungsgrad in %	40	41	38	38	38	37

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	4'980'000	3'840'000	4'155'000	4'240'000	4'550'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
1.1 Marktgerechte Verrechnungsansätze bei voller Kostendeckung						
Messung / Bewertung:						
Vergleich der 10 umsatzstärksten Verrechnungsansätze mit Branchenansätzen						
Messgrösse:						
▪ Ansätze StG in % der Branchenansätze im proportionalen Durchschnitt	87.60	<100	<100	<100	<100	<100
1.2 Pflegekosten Grünanlagen						
Messung / Bewertung:						
Durchschnittliche Pflegekosten aller Anlagen einer Klasse pro m2 und Jahr in CHF						
Messgrössen:						
▪ CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 1,	2.50	2.50	2.50	2.60	2.60	2.70

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Sportanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 2, Schulanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 3, Kindergärten - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 4, Öffentliche Grünanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 5, Verkehrsgrün - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 6, Naturschutzobjekte	2.38	2.60	2.50	2.60	2.70	2.80
2.1 Hoher Grad an Kundenzufriedenheit Messung / Bewertung: Periodisch durchgeführte Umfrage. Messgrösse: - Prozentsatz der Bewertungen Stadtgärtnerei 'gut' oder 'sehr gut' 2.2 Steigerung Kundennutzen Messung / Bewertung: Anteil der Ressourcen der laufenden Rechnung, die einen erhöhten Kundennutzen darstellen Messgrösse: - Prozentsatz der gesamthaft eingesetzten Ressourcen (laufenden Rechnung)	81.0	*keine Erhebung	75.0	*keine Erhebung	75	*keine Erhebung
3.1 Die Sicherheit von Bäumen und Anlagen (bspw. Kinderspielplätzen) wird gewährleistet Messung / Bewertung: Durchführung der festgelegten periodischen Kontrollen (Bäume zweijährlich, Spielgeräte halbjährlich) und Massnahmen gemäss Checklisten Messgrösse: a) Prozentsatz der durchgeführten von den festgelegten Kontrollen b) Anzahl der berechtigten Ansprüche aus Werkeigentümerhaftung (ohne Bagatellfälle) 3.2 Die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz hat einen hohen Stand Messung / Bewertung: Umsetzung der Vorschriften, Kontrollen und Massnahmen gemäss Handbuch für den Sicherheitsbeauftragten (Arbeitssicherheit Schweiz) Messgrösse: - Anzahl der vermeidbaren Unfälle mit mittel- bis langfristigen Folgen	99.1	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
4.1 Wiederverwendung von Grünabraum Messung/Bewertung: Menge des jährlichen Abraums (Schnittgut, Laub, Holz) und des wieder eingebrachten Materials (Kompost, Schnitzel) in Anlagen, Friedhöfen und Produktion. Messgrösse: Prozentsatz des wieder eingebrachten vom anfallenden Grünabraum.	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
4.1 Wiederverwendung von Grünabraum Messung/Bewertung: Menge des jährlichen Abraums (Schnittgut, Laub, Holz) und des wieder eingebrachten Materials (Kompost, Schnitzel) in Anlagen, Friedhöfen und Produktion. Messgrösse: Prozentsatz des wieder eingebrachten vom anfallenden Grünabraum.	37.0	30.0	30.0	30.0	30.0	30.0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
4.2 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführen von Aktionen in den Bereichen Naturschutz, Umweltbildung, Gartendenkmalpflege u. dgl. <i>Messgrösse:</i> ▪ Aktionen pro Jahr	11	8	8	8	8	8
4.3 Naturnah gepflegte Flächen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der naturnah/extensiv gepflegten Flächen an allen Pflegeflächen <i>Messgrösse:</i> ▪ Prozentsatz der naturnah/extensiv gepflegten Flächen	23.9	22.0	24.0	25.0	25.0	25.0
4.4 Projekte im Naturschutzbereich <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl der im Budgetjahr bearbeiteten Naturschutzprojekte <i>Messgrösse:</i> ▪ Projekte pro Jahr	4	4	5	5	5	5
4.5 Einsatz chemischer Hilfsstoffe <i>Messung / Bewertung:</i> Beschränkung des Einsatzes chemischer Hilfsstoffe auf die "Positivliste" der VSSG <i>Messgrösse:</i> ▪ Maximaler Prozentsatz der verwendeten chemischen Hilfsstoffe, die in der "Positivliste" nicht aufgeführt sind	15.1	10.0	10.0	10.0	10.0	10.0

*2.1 Kundenzufriedenheit: ab 2012 ist nur noch eine zweijährliche Umfrage vorgesehen (gesamtsstädtische).

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Eulachpark 4. Etappe: Projektierung und Bau
- Stadtgarten: Aufwertung gemäss Testplanung
- Grüzefeld: Umnutzung für Bewegung und Sport sowie Biodiversität
- Frobergpark, Adlergarten und Kanzleistrasse: Sanierung und Aufwertung
- Friedhof Rosenberg: Renovation und Umnutzung alte Kapelle
- Rollende Überarbeitung Grünflächenmanagement
- Natur- und Landschaftsschutzmassnahmen: Aktualisierung der Inventare und Vernetzungsprojekte, Überprüfung der Strategie, Umsetzung

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Im Zentrumsgebiet Neuhegi wird der Eulachpark als wesentliches städtebauliches Element in 4 Etappen (2006 bis 2017) erstellt.
- Der Stadtgarten ist als altstadtnaher Grünraum bei Einwohnern und Passanten sehr geschätzt und sehr stark genutzt. Durch gezielte Eingriffe soll auf diesen Nutzungsdruck reagiert werden. Eine Testplanung und ein Entwicklungskonzept haben mögliche Massnahmen aufgezeigt. Die Umsetzung ist in Etappen vorgesehen.
- Das Grüzefeld liegt in der Erholungszone und ist eine wichtige Landreserve für Freiräume zwischen den wachsenden Stadtteilen Mattenbach und Seen. Ein Teil davon soll nun sanft umgestaltet und so aufgewertet werden, dass er für vielfältige sportliche und spielerische Aktivitäten genutzt werden kann und ökologisch aufgewertet wird.
- Infolge der innerstädtischen Verdichtung nimmt der Nutzungsdruck auf die bestehenden, zentrumsnahen Anlagen stark zu. Frobergpark, Adlergarten und Kanzleistrasse sollen deshalb teilsaniert und dadurch aufgewertet werden.
- Die betriebliche Nutzung der alten Kapelle schadet dem Rittmeyer-Gebäude. Es soll künftig für Aufbahrungen und als Aufenthalt für Friedhofbesuchende genutzt werden. Zudem soll der Zugang zur Aufbahrungshalle behindertengerecht saniert werden.
- Das 2010 eingeführte Grünflächenmanagement soll rollend überprüft und die Pflegemassnahmen müssen wo notwendig angepasst werden. Nur so kann der Nutzwert längerfristig erhalten bleiben.
- Für Vernetzungsgebiete und Naturschutzobjekte wird eine Wirkungskontrolle durchgeführt und die daraus notwendigen Massnahmen umgesetzt.

Stadtkanzlei

Auftrag

Die Produktgruppe Stadtkanzlei stellt die administrativen Kernfunktionen der legislativen und exekutiven Tätigkeiten innerhalb der Stadt Winterthur sicher. Neben dem Grossen Gemeinderat und dem Stadtrat sind auch Wahlen/Abstimmungen und Einbürgerungen sowie das Stadtarchiv in dieser Produktgruppe enthalten.

Produkte

1 Behörden

Zu den Behörden werden der Grosse Gemeinderat (Legislative) und der Stadtrat (Exekutive) gezählt.

2 Kanzleifunktionen

Die Stadtkanzlei ist das zentrale Sekretariat von Stadtrat und Grosse Gemeinderat. Sie unterstützt und berät beide Behörden auch in juristischen Fragen. Zudem betreut sie das Einbürgerungswesen und organisiert die Wahlen und Abstimmungen. Der Stadtkanzlei ist der Informationsdienst als zentrale Stelle für die städtische Öffentlichkeitsarbeit angegliedert.

3 Stadtarchiv

Das Stadtarchiv dient gemäss gesetzlichem Auftrag der Bewahrung, Erschliessung und Vermittlung einer dauerhaften Überlieferung zu administrativen, rechtlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Zwecken.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über die Politischen Rechte
- eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über Erwerb und Verlust des Bürgerrechtes
- Gemeindegesetz
- Kantonales Archivgesetz und Vollzugsverordnung
- Gesetz über die Information und den Datenschutz IDG

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung
- Geschäftsordnungen Stadtrat und Grosser Gemeinderat
- Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Winterthur
- Verordnung betr. die Organisation des Wahlbüros
- Städtisches Archivreglement
- Beschluss betreffend Informationspolitik des Stadtrates

Stufe Verwaltungseinheit

- Ablieferungsvereinbarungen mit städtischen Amtsstellen
- Depositatverträge mit Kirchgemeinden, Firmen, Privaten
- Beschluss des Stadtrates vom 19. Dezember 2001 ("Richtlinien für den Versand von Parteienwerbung vor Proporzahlen")

Verantwortliche Leitung

Arthur Frauenfelder

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Auf parlamentarische Zielvorgaben für die Behörden (GGR und SR) wird verzichtet. Die Zielvorgaben für die Stadtkanzlei und das Stadtarchiv beziehen sich auf die Dienstleistungen mit Publikumsverkehr.			
1 Zugänglichkeit Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche Das Stadtarchiv ist der Bevölkerung zur Benutzung zugänglich. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	37.5 36.5 37.5 35	37.5 36.5 37.5 35	37.5 36.5 37.5 35
2 Kundenorientierung Das Stadtarchiv beantwortet Anfragen mit einem verhältnismässigen Einsatz. <i>Messgrössen:</i> Durchschnittlicher Zeitaufwand pro Benutzer bzw. Anfrage in Stunden	0.7	0.7	0.7

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	8'660'515	10'077'576	9'805'096

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Personalkosten

Höherer Aufwand für Entschädigungen GGR und Wahlbüros
Leicht geringere AHV-Ersatzrenten

Sachkosten

Reduktion des SR-Kredits für einmalige Aufgaben auf Fr. 980'000.--
Geringerer Aufwand für Büromaterial, Inserate und Porti i.Z. mit Wahlen und Abstimmungen
Wegfall Kosten für Beschaffung von Scope Query; erhöhte Kosten für Pilotprojekte ERMS

Beiträge an Dritte

Erhöhter Beitrag an Winterthur Tourismus gemäss Beschluss GGR

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

Leicht tiefere Kapitalzinsen und Abschreibungen i.Z. mit ERMS/ELAR

Übrige interne Kosten

Höhere Raumkosten aufgrund geänderter Verrechnung der Abt. Immobilien

Externe Erlöse

Aufgrund des Gesuchseinganges im laufenden Jahr ist mit leicht tieferen Einnahmen aus Einbürgerungsgebühren zu rechnen

Interne Erlöse

Höhere Residualkostenerträge

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Personalkosten

Wegfall Ausfinanzierung einer Rente
Geringerer Aufwand für Wahlbüros (keine Proporzahlen)
Tiefere AHV-Ersatzrenten SK

Sachkosten

Reduktion des Kredits des SR für einmalige Aufgaben von Fr. 1'400'000.-- auf Fr. 980'000.--; Reduktion des SR-Kredits für wiederkehrende Aufgaben auf Fr. 39'800.--. Beide Kredite sind in der Rechnung 2011 nicht ausgewiesen. Die entsprechenden Kosten werden nach der Zuspreehung an die einzelnen Abteilungen vom Voranschlag der Stadtkanzlei in denjenigen der begünstigten Abteilung übertragen
Wegfall Fachauftrag Organisationsentwicklung FOKUS
Ausrichtung des Beitrages an Städteverband neu über SR
Geringerer Aufwand für Versand Wahlunterlagen (2013 keine Proporzahlen)
Aufwand für Öffentlichkeitsarbeit 2013 in üblichem Rahmen
Jungbürgerfeier 2013 mit höherer Teilnehmerzahl zu erwarten
Erhöhte externe Kosten im Zusammenhang mit der Einführung von ERMS

Beiträge an Dritte

Wegfall des Beitrages an Wahlwerbungsversand (2013 keine Proporzahlen)
Beiträge an Winterthur Tourismus und an Aussenkampagne Winterthur Tourismus neu über SR
Erhöhter Beitrag an Standortförderung Region Winterthur gemäss Beschluss GGR

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

Erhöhte Abschreibungen i.Z. mit ERMS/ELAR

Übrige interne Kosten

Höhere Raumkosten aufgrund geänderter Verrechnung der Abt. Immobilien
Interne Verrechnung der Kosten für die Projektleitung FOKUS
Reduzierter Aufwand IDW i.Z. mit Wahlen/Abstimmungen; 2013 keine Proporzahlen
Grösserer Aufwand IDW im Zusammenhang mit Dienstleistungen für die Implementierung von ERMS

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011**Externe Erlöse**

keine Verrechnung für die Durchführung von Urnengängen für Kirchgemeinden absehbar

Lohnrückerstattungen nicht voraussehbar

Leicht tiefere Einbürgerungsgebühren absehbar

Interne Erlöse

Höhere Residualkostenerträge

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	6'588'388	5'753'190	5'757'341
Sachkosten	1'932'231	3'489'085	3'064'629
Beiträge an Dritte	653'000	1'065'000	1'095'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	75'653	110'979	94'805
Mietkosten	769'829	790'520	1'000'620
Übrige interne Kosten	29'971	249'103	266'209
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>10'049'073</i>	<i>11'457'877</i>	<i>11'278'605</i>
Verrechnungen innerhalb PG	10'000	10'000	10'000
Total effektive Kosten	10'039'073	11'447'877	11'268'605
Externe Erlöse	336'549	332'930	294'930
Interne Erlöse	1'052'008	1'047'371	1'178'579
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'388'557</i>	<i>1'380'301</i>	<i>1'473'509</i>
Verrechnungen innerhalb PG	10'000	10'000	10'000
Total effektive Erlöse	1'378'557	1'370'301	1'463'509
Total Nettokosten / Globalkredit	8'660'515	10'077'576	9'805'096
Kostendeckungsgrad in %	14	12	13

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	19.63	19.95	19.95
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderung gegenüber dem VA 2012

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

- Aufbau einer Infrastruktur für die Übernahme elektronischer Records aus ERMS

Produkt 1 Behörden

Leistungen

Grosser Gemeinderat

- Erfüllung der Legislativaufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch 60 nebenamtliche Mitglieder des Grossen Gemeinderates.

Stadtrat

- Erfüllung der Exekutivaufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch sieben vollamtliche Stadträte und Stadträtinnen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	4'587'326	6'392'135	6'112'179
Erlös	0	0	0
Nettokosten	4'587'326	6'392'135	6'112'179
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Auf die Angabe von operativen Zielen wird verzichtet.			

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl Sitzungen des Grossen Gemeinderates	25	25	25
Anzahl Kommissionssitzungen des Grossen Gemeinderates	127	105	125
Anzahl Sitzungen des Stadtrates	41	41	41
Anzahl Stadtratsgeschäfte	1'928	1'600	1'800

Produkt 2 Kanzleifunktionen

Leistungen

- Die Stadtkanzlei ist Stabsstelle für den Grossen Gemeinderat (GGR) und den Stadtrat (SR). Überdies sind hier der Rechtskonsulent des Stadtrates, der Informationsdienst und der Weibeldienst beheimatet. Ferner organisiert die Stadtkanzlei eine Vielzahl von Veranstaltungen des GGR und des SR. Sie ist auch zuständig für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen sowie die Bearbeitung von Einbürgerungsgesuchen.

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	4'543'404	3'973'811	4'109'146
Erlös	1'365'121	1'361'301	1'454'509
Nettokosten	3'178'283	2'612'510	2'654'637
Kostendeckungsgrad in %	30	34	35

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Wahlen und Abstimmungen			
Anzahl Urnengänge pro Jahr	6	4	4
Anzahl Sachvorlagen pro Jahr	23	15	20
Durchführung einer Proporzwahl (ja/nein)	ja	nein	nein

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Einbürgerungen			
Anzahl eingereichter Einbürgerungsgesuche von ausländischen Personen	384	400	400
Anzahl durch GGR eingebürgerte ausländische Personen	439	500	450
Anzahl durch den Stadtrat eingebürgerte ausländische Personen	161	150	170
Anzahl durch den GGR abgelehnte Einbürgerungsgesuche	3	4	3
Anzahl Rückstellungen	29	25	25
Anzahl durch den Stadtrat eingebürgerte schweizerische Personen	31	24	30
Stadtkanzlei			
Anzahl Versände an den Grossen Gemeinderat	64	70	70
Anzahl Stadtratsbeschlüsse	632	700	700
Anzahl Stadtratsbriefe	374	340	340
Anzahl organisierte Veranstaltungen	96	100	100
Informationsdienst			
Anzahl Medienmitteilungen	354	350	350
Anzahl Pressekonferenzen, Besichtigungen und Anlässe	66	70	70

Produkt 3 Stadtarchiv

Leistungen

Das dauernd bedeutsame Schriftgut (alle Arten von Daten und Dokumenten) der Stadt(verwaltung) erfassen, sichten, sichern und für den administrativen Gebrauch und die historische Forschung erschliessen und vermitteln.

a) Vorarchiv Bereich: Registraturplanung, Beratung, Akzession, Bewertung

b) Erhaltung, Restaurierung, Mikroverfilmung, Digitalisierung

c) Ordnung, Erschliessung

d) Benutzung und Vermittlung

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	918'343	1'091'932	1'057'280
Erlös	23'437	19'000	19'000
Nettokosten	894'907	1'072'932	1'038'280
Kostendeckungsgrad in %	3	2	2

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Eingesetzte Stunden für Registraturplanung, Beratung, Akzession und Bewertung	2'050	2'100	2'100
Eingesetzte Stunden für Erhaltung, Restaurierung, Mikroverfilmung und Digitalisierung	970	800	300
Eingesetzte Stunden für Ordnung und Erschliessung	3'600	3'000	3'500
Eingesetzte Stunden für Benutzung und Vermittlung	1'600	1'600	1'600

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Akzessionen Anzahl / Umfang in Laufmeter	44 / 50	35 / 50	40 / 75
Anzahl Aufnahmen (Mikrofilm / Digitalisierung)	15'600 / 20'965	9'000 / 18'000	0 / 10'000
Anzahl Benutzer aus der Verwaltung / zu wissenschaftlichen und privaten Zwecken	188 / 589	250 / 550	200 / 550
Anzahl benutzter Archivalien	4'013	3'500	3'500
Anzahl Auskünfte: mündliche / schriftliche	89 / 268	50 / 250	50 / 250
Führungen / Ausstellungen	10 / 1	5 / 1	5 / 1

IAFP Stadtkanzlei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	10'039	11'447	11'268	11'737	12'034	11'261
Erlös	1'378	1'370	1'463	1'464	1'464	1'464
Nettokosten/Globalkredit	8'661	10'078	9'805	10'273	10'570	9'797
Kostendeckungsgrad in %	14	12	13	12	12	13

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	1'850'000	2'010'000	2'895'000	3'895'000	1'700'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Auf parlamentarische Zielvorgaben für die Behörden (GGR und SR) wird verzichtet. Die Zielvorgaben für die Stadtkanzlei und das Stadtarchiv beziehen sich auf die Dienstleistungen mit Publikumsverkehr. Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung.						
1 Zugänglichkeit Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche Das Stadtarchiv ist der Bevölkerung zur Benutzung zugänglich. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	37.5 36.5 37.5 35	37.5 36.5 37.5 35	37.5 36.5 37.5 35	37.5 36.5 37.5 35	37.5 36.5 37.5 35	37.5 36.5 37.5 35
2 Kundenorientierung Das Stadtarchiv beantwortet Anfragen mit einem verhältnismässigen Einsatz. <i>Messgrössen:</i> Durchschnittlicher Zeitaufwand pro Benutzer bzw. Anfrage in Stunden	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung

- Ausbreitung des ERMS (Elektronische Records Management System) und von Records Management in der Verwaltung
- Beratung und Übernahme von Akten im Vorfeld von Fokus
- Archivraumplanung und -erweiterung

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- 2013 erfolgt voraussichtlich eine Umlagerung von Stellenprozenten im Bereich Digitalisierung/Mikroverfilmung zur Erschliessung

Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

Auftrag

Die Ombudsstelle und die Datenaufsichtsstelle als verwaltungsunabhängige Stellen prüfen

- aufgrund einer Beschwerde, auf Anregung oder von sich aus, ob städtische Behörden und Verwaltungsstellen sowie alle Institutionen und Organisationen des privaten Rechts, denen öffentliche Aufgaben übertragen worden und die überwiegend von der Stadt finanziert werden, nach Recht und Billigkeit verfahren (Grundsätze der Gesetzmässigkeit, der Verhältnismässigkeit, der Fairness und des Handelns nach Treu und Glauben usw.).
- ob die Bestimmungen des kantonalen Gesetzes über die Information und den Datenschutz durch die städtischen Behörden und Verwaltungsstellen eingehalten werden.

Produkte

1 Ombudsstelle

Behandlung der Beschwerden (Beratung, Abklärungen, nach Möglichkeit Vermittlung und notfalls Empfehlung) und der Anfragen (Geschäfte mit vergleichsweise kleinerem Bearbeitungsaufwand).

2 Datenaufsichtsstelle

Aufsicht über die Stadtbehörden, Überwachung der Anwendung der Vorschriften über den Datenschutz, Auskunftserteilung, Beratung und Information, ggf. Vermittlung, Beurteilung von Erlassen und Vorhaben, die den Datenschutz betreffen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Kanton

Datenaufsichtsstelle

- Informations- und Datenschutzgesetz IDG vom 12. Februar 2007
- Verordnung über die Information und den Datenschutz (IDV) vom 28.05.2008
- RRB-Nr. 3304 vom 27. November 1996

Stufe Stadt (GGR / SR)

Ombudsstelle

- § 70 der Gemeindeordnung
- Verordnung über die Ombudsstelle vom 23. Juni 2008
- Beschluss des GGR über die Besoldung der Ombudsperson vom 27.10.08

Datenaufsichtsstelle

- Verordnung über die/den Datenschutzbeauftragten der Stadt
- Stadtratsbeschluss "Richtlinie Sofortmassnahmen zur Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips" vom 1. Oktober 2008

Verantwortliche Leitung

Ombudsstelle:

Viviane Sobotich

Datenaufsichtsstelle:

Philip Glass

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
1 Zugänglichkeit Die Ombudsstelle und die Datenaufsichtsstelle sind leicht und formlos erreichbar. <i>Messgrössen:</i> ▪ Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche ▪ Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	 32.0 / 6.0 32.0 / 6.0	 32.0 / 12.0 32.0 / 6.0	 32.0 / 6.0 32.0 / 6.0
2 Kundenorientierung Die Ombudsstelle und die Datenaufsichtsstelle sind spezifische Kontaktstellen für Anfragen von Dritten bzw. von städtischen Stellen. <i>Messgrössen:</i> Aufteilung Kosten Ombuds- / Datenaufsichtsstelle: ▪ Anteil der Ombudsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF ▪ Anteil der Datenaufsichtsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF Ombudsstelle ▪ Erledigte Geschäfte ▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr ▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme Datenaufsichtsstelle ▪ Erledigte Geschäfte ▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr ▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme	 259'920 86'788 193 7 < 2 Tage 59 16 < 3 Tage	 271'621 129'338 150 30 < 2 Tage 80 15 < 3 Tage	 268'656 106'005 150 30 < 2 Tage 50 15 < 3 Tage
3 Leistungserbringung Die Ombudsstelle und die Datenaufsichtsstelle erbringen ihre Leistungen kompetent, adäquat und lösungsorientiert. <i>Messgrössen:</i> ▪ Abnahme des Jahresberichtes durch den GGR (Beurteilung der Tätigkeit aufgrund des Jahresberichtes) ▪ Aufschluss über die einzelnen Aktivitäten, Möglichkeiten des Vorgehens und Wirkungsgrad, u.a. aufgrund der Schilderung konkreter Fallbeispiele und der statistischen Angaben. (vgl. Rubrik Wesentliche Massnahmen und Projekte auf den folgenden Seiten). Medienorientierung findet statt:	 18. Juni 2012 (Ombudsst.) 10. Mai 2012 (Ombudsst.)	 Juni 2013 MO Juni 2013	 Juni 2014 Mo Juni 2014

Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Nettokosten / Globalkredit	349'026	400'959	374'661

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2012/2013

Der Voranschlag 2013 bewegt sich gesamthaft unter dem Voranschlag 2012.

Interne Erlöse

Der Residualkostenbeitrag erhöhte sich um Fr. 23'000.

Begründung Abweichung Voranschlag 2013 zu Rechnung 2011

Ombudsstelle

Die Ombudsstelle erhöhte die Sachkosten leicht (Porti/Gebühren, Anschaffungen von Hard- und Software) und nahm eine kleine Anpassung bei den fachlichen Aus- und Weiterbildungskosten vor. Weiter erhöhte sich auch die Verrechnung für Informatikdienstleistungen.

Datenaufsichtsstelle

Bei der Datenaufsichtsstelle wurde der Personalaufwand angepasst aufgrund der per 2012 geplanten und bewilligten 20% Sekretariatsstelle. Weiter musste der allgemeine Sachaufwand, analog dem 2012, gegenüber dem 2011 erhöht werden um die externe Vergabe von Datenschutzaudits zu ermöglichen.

Der gestiegene Residualkostenbeitrag betrifft fast ausschliesslich die Datenaufsichtsstelle. Die Funktion der Datenaufsichtsstelle wurde bis Ende 2010 interimsmässig von der Stadtkanzlei wahrgenommen. Aus diesem Grunde wurden die Residualkosten damals reduziert. Zeitlich verschoben werden sie auf das Budget 2013 hin nun wieder auf einen angemessenen Beitrag erhöht.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personalkosten	360'980	379'280	376'118
Sachkosten	52'921	79'576	80'565
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	35'596	43'000	42'140
Übrige interne Kosten	731	300	0
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>450'227</i>	<i>502'156</i>	<i>498'823</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	450'227	502'156	498'823
Externe Erlöse	0	0	0
Interne Erlöse	101'201	101'197	124'162
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>101'201</i>	<i>101'197</i>	<i>124'162</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	101'201	101'197	124'162
Total Nettokosten / Globalkredit	349'026	400'959	374'661
Kostendeckungsgrad in %	22	20	25

Personalinformationen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	0.88	1.35	1.08
▪ Auszubildende	0.00	0.15	0.15
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Die Pensen im 2011 teilen sich wie folgt auf:

0,80 Ombudsmitarbeiterin

0,08 Reinigung

Aufteilung im Voranschlag 2012:

0,80 Ombudsmitarbeiterin

0,05 Reinigungsperson Ombudsstelle

0,50 Datenaufsicht

Bei der Budgetierung des Voranschlages 2012 wurde die Aufgabe der Datenaufsichtsstelle noch interimsmässig von der Stadtkanzlei wahrgenommen und das weitere Vorgehen war noch unklar.

Aufteilung im Voranschlag 2013:

0,83 Ombudsmitarbeiterinnen

0,05 Reinigungsperson Ombudsstelle

0,20 Sekretariat Datenaufsichtsstelle

Die Stellen der Ombudsperson (80%) sowie des Datenschutzbeauftragten (30%) werden durch den GGR besetzt und werden nicht im ordentlichen Stellenplan aufgeführt.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013

Ombudsstelle

Beginn mit der Archivierung der Fälle 1992 bis 2002 im Stadtarchiv. Erneuerung der Homepage.

Datenaufsichtsstelle

Einführung von Kontrollinstrumenten und Durchführung von Kontrollen, Begleitung der weiteren Umsetzung des IDG (Anpassung des städtischen Rechts), Einführung eines Newsletters zur Information von Öffentlichkeit und Verwaltung, Erlass von Merkblättern zu wichtigen Datenschutzthemen, Schulungsangebot aufbauen.

Produkt 1 Ombudsstelle**Leistungen**

Gemäss der Verordnung über die städtische Ombudsstelle vom 23. Juni 2008

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	358'544	370'242	368'043
Erlös	98'624	98'621	99'388
Nettokosten	259'920	271'621	268'655
Kostendeckungsgrad in %	28	27	27

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Aufgabenerfüllung nach Art. 2 VO Ombudsstelle	erfüllt	zu erfüllen	zu erfüllen

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Anzahl neu eingegangener Geschäfte	181	155	155

Produkt 2 Datenaufsichtsstelle

Leistungen

Gemäss § 33 ff IDG

Nettokosten	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Kosten	89'365	131'914	130'779
Erlös	2'578	2'576	24'774
Nettokosten	86'788	129'338	106'005
Kostendeckungsgrad in %	3	2	19

Operative Ziele	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Aufgabenerfüllung nach § 33 ff IDG	z.T. erfüllt*	zu erfüllen	zu erfüllen

* siehe Tätigkeitsbericht 2011

Leistungsmengen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
Beschäftigungsgrad (in %)	30.0	Pendent	30.0

IAFP Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Kosten	450	502	498	499	499	499
Erlös	101	101	124	124	124	124
Nettokosten/Globalkredit	349	401	375	375	375	375
Kostendeckungsgrad in %	22	20	25	25	25	25

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1 Zugänglichkeit Die Ombudsstelle und die Datenaufsichtsstelle sind leicht und formlos erreichbar. <i>Messgrössen:</i>						
▪ Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche	32.0 / 6.0	32.0 / 12.0	32.0 / 6.0	32.0 / 6.0	32.0 / 6.0	32.0 / 6.0
▪ Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	32.0 / 6.0	32.0 / 6.0	32.0 / 6.0	32.0 / 6.0	32.0 / 6.0	32.0 / 6.0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
2 Kundenorientierung						
Die Ombudsstelle und die Datenaufsichtsstelle sind spezifische Kontaktstellen für Anfragen von Dritten bzw. von städtischen Stellen.						
<i>Messgrössen:</i>						
Aufteilung Kosten Ombuds- / Datenaufsichtsstelle:						
▪ Anteil der Ombudsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF	259'920	271'621	268'656	270'000	270'000	270'000
▪ Anteil der Datenaufsichtsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF	86'788	129'338	106'005	106'000	106'000	106'000
Ombudsstelle						
▪ Erledigte Geschäfte	193	150	150	150	150	150
▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr	7	30	30	30	30	30
▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage
Datenaufsichtsstelle						
▪ Erledigte Geschäfte	59	80	50	50	50	50
▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr	16	15	15	15	15	15
▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme	< 3 Tage	< 3 Tage	< 3 Tage	< 3 Tage	< 3 Tage	< 3 Tage
3 Leistungserbringung						
Die Ombudsstelle und die Datenaufsichtsstelle erbringen ihre Leistungen kompetent, adäquat und lösungsorientiert.						
<i>Messgrössen:</i>						
▪ Abnahme des Jahresberichtes durch den GGR (Beurteilung der Tätigkeit aufgrund des Jahresberichtes)	18. Juni 2012 (Ombudsst.)	Juni 2013	Juni 2014	Juni 2015	Juni 2016	Juni 2017
▪ Aufschluss über die einzelnen Aktivitäten, Möglichkeiten des Vorgehens und Wirkungsgrad, u.a. aufgrund der Schilderung konkreter Fallbeispiele und der statistischen Angaben. (vgl. Rubrik Wesentliche Massnahmen und Projekte auf den folgenden Seiten). Medienorientierung findet statt:	10. Mai 2012 (Ombudsst.)	MO Juni 2013	Mo Juni 2014	MO Juni 2015	MO Juni 2016	MO Juni 2017

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2014 - 2016 / geplante Realisierung**Ombudsstelle**

Archivierung der Fälle 1992 bis 2006 im Stadtarchiv resp. Umschaltung auf jährliche Archivierung.

Datenaufsichtsstelle

Überarbeitung des städtischen Gesetzes im Hinblick auf deren Konformität zu den Vorgaben des IDG. Einführung von Controllinginstrumenten bei Behörden, die heikle Daten bearbeiten. Erarbeitung einer Datenstromanalyse für die Stadtverwaltung. Prüfung der Zuweisung von Zugriffsbefugnissen auf das Einwohnerregister.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen.

Anhang

Kennzahlen

Kennzahlen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Bevölkerung	104'098	105'498	106'798	107'898	108'898	109'898

Kontrolltabelle

Produktgruppen	Ist 2011	Soll 2012	Soll 2013
▪ Personalamt ▪ Stadtentwicklung ▪ Theater Winterthur ▪ Bibliotheken ▪ Subventionsverträge und Beiträge an Dritte ▪ Städtische Museen, Kulturinstitution und Bauten ▪ Rechtspflege ▪ Finanzkontrolle ▪ Finanzamt ▪ Informatikdienste (IDW) ▪ Steuerbezug ▪ Immobilien ▪ Städtische Allgmeinkosten/Erlöse ▪ Steuern und Finanzausgleich ▪ Tiefbau ▪ Entsorgung ▪ Vermessung ▪ Baupolizei ▪ Städtebau ▪ Stadtrichteramt ▪ Stadtpolizei ▪ Betrieb Parkhäuser und Parkplätze ▪ Feuerwehr ▪ Zivilschutz ▪ Melde- und Zivilstandswesen ▪ Umwelt- und Gesundheitsschutz ▪ Volksschule ▪ Materialverwaltung ▪ Sonderschulung ▪ Familienunterstützende Kinderbetreuung ▪ Berufsbildung ▪ Sportamt ▪ Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ▪ Sozial- und Erwachsenenhilfe ▪ Prävention und Suchthilfe ▪ Individuelle Unterstützung ▪ Spitex ▪ Alterszentren ▪ Beiträge an Organisationen ▪ Arbeitsintegration ▪ Stadtwerk Winterthur ▪ Stadtbus Winterthur ▪ FinoV Stadt ▪ Forstbetrieb ▪ Stadtgärtnerei ▪ Stadtkanzlei ▪ Ombuds- und Datenaufsichtsstelle	3'417'275 4'544'134 3'123'574 8'433'972 10'203'840 8'394'223 230'347 719'612 2'480'688 410'911 2'810'411 5'510'114 -3'983'618 -497'477'538 19'679'084 0 768'391 2'107'938 7'977'487 -1'135'662 25'387'187 0 6'948'840 3'367'184 1'457'050 1'596'763 148'620'227 22'680 20'304'056 7'831'077 8'941'395 11'634'938 2'327'109 16'647'222 4'985'419 86'624'667 6'290'793 3'691'162 25'838'039 3'091'848 0 0 16'266'268 2'397'859 12'019'979 8'660'515 349'026	3'480'607 4'498'117 6'031'245 8'557'423 14'552'797 8'054'996 381'591 775'282 2'607'512 -49'181 2'807'696 5'937'802 2'989'242 -555'862'100 20'662'021 0 713'159 2'069'081 7'896'043 -1'223'408 26'618'918 0 7'039'514 3'219'746 1'570'719 2'423'920 181'121'575 -5'071 20'728'081 8'788'048 9'258'541 12'542'848 2'588'973 17'629'844 5'371'489 86'098'941 8'677'009 8'965'687 14'318'252 2'782'468 0 0 17'023'479 2'505'684 11'717'357 10'077'576 400'959	3'401'165 4'868'059 5'618'807 8'826'358 14'896'810 8'407'058 375'122 806'103 2'617'011 -88'868 2'828'428 -133'647 -18'062'284 -556'487'000 21'088'185 0 593'914 2'303'587 8'461'399 -1'263'831 26'495'617 0 7'542'257 3'386'834 1'613'871 2'888'565 184'160'645 -13'106 24'693'886 8'935'508 9'283'487 13'667'645 3'308'707 18'372'526 4'198'922 94'130'861 8'659'355 10'598'208 16'115'710 2'690'528 0 0 16'550'916 2'788'285 12'603'773 9'805'096 374'661
Total Stadt	2'740'765	-4'754'615	-8'090'866